



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Anhang

zu den

Gedanken und Erinnerungen

VON

Otto Fürst von Bismarck

II

Stuttgart und Berlin 1901

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

Aus

Bismarcks Briefwechsel

Stuttgart und Berlin 1901
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Ger 2205.55.1.2
B
✓

HARVARD COLLEGE LIBRARY
H. NELSON GAY
RISORGIMENTO COLLECTION
COOLIDGE FUND
1931

Alle Rechte, insbesondere das Uebersetzungsrecht, vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Bismarck an Albert v. Below, 12. April 1848 . .	1
Das Botum des Landtags auf Bewilligung eines Credits von 40 Millionen Thaler ein Botum der Angst. David Hansemanns Ulgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen.	
2. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juni 1851 . .	2
Assessor Studloff. Günstiger Verlauf der Warschauer Zusammenkunft. Kaiser Nicolaus als Gegner des Constitutionalismus. Unzufriedenheit Manteuffels mit dem Gange der Dinge in Frankfurt a. M. Oesterreich und Preußen am Bundestag: Oesterreich hat ein Interesse daran, alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, Preußen muß mit Gründen der Vernunft kämpfen.	
3. Edwin v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1851 . .	4
Die geringe Besoldung der preussischen Officiere ist in der Armeegeschichte traditionell. Die Hebung des preussischen Officierstandes kann weniger durch Geldzulagen als durch die Beseitigung der Ranggleichheit preussischer Officiere mit den Officieren anderer deutscher Contingente geschehen. Die russischen Großfürsten in Berlin.	
4. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. Juni 1851 . .	6
Manteuffel in vielfacher Heze: russischer Besuch, dänische Verhandlung, luthersische Verfassungsfrage, Besetzung von Ministerien. Personalien. Preußen und Oesterreich am Bunde in Mißtrauen gegen einander.	
5. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 11. Juli 1851. . .	7
Der König hat die Abberufung Nothows und die Ernennung Bismarcks zum Bundestagsgesandten genehmigt. Ungegeschicklichkeiten v. Althows in Behandlung der ständischen Fragen; Verstöße der Kreuzzeitung und ihre extremen Forderungen. Ihre Kriegserklärung gegen Manteuffel, von dem sie als Zeichen der Unterwerfung die Entlassung Duehls fordert. Studloffs Ausfall gegen die Kölnische Zeitung. Bitte an Bismarck, vor dem Eintritt ins Amt noch einmal in Berlin zu nothwendigen Besprechungen zu erscheinen.	

- | | Seite |
|--|-------|
| 6. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. August 1851 . | 11 |
| Der König hat gegen Bismarcks Absicht, ihm bis nach Mainz entgegenzukommen, nichts zu erinnern. | |
| 7. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 28. August 1851 . | 11 |
| Die Kammerwahl in Brandenburg. Verhandlungen des Ministeriums mit einzelnen Mitgliedern der Provinziallandtage sind unmöglich. Westphalen und Altkow sind keine politischen Köpfe, und auf den Landtagen selbst ist die Ungeschicklichkeit heißsporniger Rittergutsbesitzer zu fürchten. Sollen sich die Kammern dem Ausspruch der Landtage beugen, so müssen die Landtage einmüthig sein. Eine Rechtsverwahrung der Rittergutsbesitzer ist nicht bei den Landtagen, sondern bei König und Staatsministerium anzubringen. Geringe Betheiligung an den Wahlen; Weiterwuchern des constitutionellen Geistes. | |
| 8. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. September 1851 | 14 |
| Einverständnis des Ministers mit dem Verfahren Bismarcks in Sachen des Austritts der preussischen Ostseeprovinzen aus dem Bunde. Sächsishe Insinuationen gegen den preussischen Antrag und ihre Einwirkung auf den König. Ermächtigung Bismarcks, eventuell die raue Seite herauszulehren. Oesterreichs Aufforderung an Preußen, die Verfassung zu brechen. Angst des Königs vor den Kammern im Hinblick auf den für 1852 erwarteten déloge général. Manteuffels Rath: den Kammern gegenüber keine Schwäche und Nachgiebigkeit zu zeigen und ohne Verfassungsbruch das Mittel der Auflösung anzuwenden. Besorgniß des Königs vor der von der Bethmann-Hollwegschen Partei geplanten Gründung einer neuen Zeitung. Graf R. v. d. Goltz als Verfasser des Programms. | |
| 9. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. October 1851 . | 17 |
| Ein merkwürdiger Erlaß des Fürsten Schwarzenberg; seine Beantwortung durch Manteuffel. | |
| Anlage: | |
| Fürst Schwarzenberg an Freiherr v. Prokech-Osten,
20. September 1851 | 18 |
| Die günstige Aufnahme der Kaiserlichen Handschreiben über die Regierungsform in Oesterreich bei dem Könige von Preußen erweckt die Hoffnung, daß Preußen darin einen neuen Beweggrund zu engster Verbindung mit Oesterreich erkennen wird. Die übrigen deutschen Staaten sind über die Rückkehr Oesterreichs zum Absolutismus sehr erfreut und verleugnen nicht den Wunsch, aus der Beseitigung des Repräsentativsystems in Oesterreich Vorthail für ihre eigenen | |

schwankenden Verhältnisse zu ziehen, vorausgesetzt, daß die beiden deutschen Großmächte mit gleichmäßigem Beispiele vorangehen. Die Hoffnungen der Umsturzpartei auf einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen werden zu Schanden werden, wenn auch in Preußen der Wille des Königs die Richtung der Politik bestimmen wird. Einladung zu einem Gedankenaustausch im Sinne dieser Betrachtungen.

10. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. October 1851 . 21

Hannoversche Mahnung an Preußen, die hannoversche Regierung in Erfüllung eines Herrn Alenze gegebenen Versprechens in der Verfassungsfrage zu unterstützen. Antwort Manteuffels wohlwollend, doch ohne Verbindlichkeit, die Frage aus anderen als rechtlich-politischen Gründen zu behandeln. Ungünstige Nachrichten aus Kopenhagen: Sieg der eiderdänisch-demokratischen Partei in Aussicht. Diner zu Ehren des königlichen Geburtstags.

11. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 13. October 1851 23

Alenzes Ansicht von der Pflicht Preußens, um des Vertrags vom 7. September willen das Ministerium Münchhausen bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen, ist rein individuell. Der finanzielle Werth des Vertrags und seine politische Bedeutung für die Conservativen Hannovers. Das Ministerium Münchhausen fühlt sich durch die Beschwerde der Landstände und die Behandlung des Bundestags nicht bedroht, sofern der letztere in seinen Beschlüssen der hannoverschen Regierung gegenüber in milden Formen auftritt.

12. General v. Rothow an Bismarck, 1. November 1851 25

Die lederne Treitmühle in der Eschenheimer Gasse. Wien und Berlin verständigen sich leichter mit einander als die Vertreter der beiden Großmächte in Frankfurt a. M. Ein faules Ei des Herrn v. Beust in Bezug auf den Hannoververtrag. Politische Wichtigthuerei des Herrn v. Beust, der zwischen Preußen und Oesterreich gern den Vermittler spielen möchte. An eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein ist noch nicht zu denken. Zur Charakteristik der Bundestagsgesandten. Die demokratische Richtung des Kopenhagener Cabinets hat Rußland auf Preußens Seite geführt. Personalien. Nothwendigkeit einer Oberpolizeibehörde für Deutschland.

13. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 28

Das dänische Cabinet geht nicht darauf ein, dem Herzog von Augustenburg eine eventuelle Succession nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian

einzuräumen. Die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz hat das Verdienst der Einfachheit, jede Stipulation zu Gunsten des Augustenburgerz zwingt zur Regulirung anderer Erbschaftsfragen und gefährdet die durch europäische politische Interessen gebotene Integrität der dänischen Monarchie: Bereitwilligkeit des Ministers Bluhme, auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche einzugehen. Der Herzog von Augustenburg muß sich dem Rathe des preussischen Königs fügen. Differenz in der Berechnung der Abfindungssumme.

14. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 29

Ein Schreiben des Grafen Rostitz über sächsische Machinationen gegen den Anschluß Hannovers an den Zollverein. — Bodenschwinghs Tenacität.

Anlage:

- Graf Rostitz an Otto v. Manteuffel 30

Beusts Antrag auf eine Besprechung mit Minister v. Münchhausen und Münchhausens Antwort. Intriguen gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover und den Zollverein überhaupt, den man zu einer Sache des Bundes zu machen bestrebt ist, um dem Bundestag bei der Neuorganisation Einfluß zu verschaffen. Gesundheitszustand des Königs Ernst August.

15. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 13. November 1851 32

Anstellung eines Polizeilaganten in Frankfurt a. M. Schellwitz' Versetzung nach Schlesien, Oppermanns Ernennung zum Dirigenten der landwirthschaftlichen Abtheilung in Merseburg. Westphalen und v. Alßow, Angriffsobjecte für die Kammern.

16. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. November 1851 35

Empfehlung des Staatsanwalts Meyer. Die Frankfurter Behörden müssen in gutem Zuge erhalten werden bei Verfolgung der auf den Umsturz Preußens gerichteten Conspirationen.

17. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. November 1851 36

Die deutsche Flotte und die Deutschthümer. Beschwerde Manteuffels bei Fürst Schwarzenberg über preußenfeindliche Machinationen. Die Einigkeit der beiden Großmächte ist die Voraussetzung des Gedeihens Deutschlands. Charakteristik Oesterreichs: bei unmäßiger Größe und Kraft häßliche Krankheitsformen. Was folgt daraus für den Verkehr Preußens mit Oesterreich? Die Folgen eines Zusammenbruchs Oesterreichs müssen für Europa verhängnisvoll sein. Fürst Schwarzenberg der einzige Mann, der Oesterreich noch zusammen-

hält, ihn zu stürzen liegt nicht in Preußens Interesse. Der Bundestag nicht die Form, aus Deutschland etwas zu machen, aber das Mittel, den inneren Zerfall zu verdecken und ein fester Punkt für die kleinen Staaten. Ersuchen, zur Präsidentenwahl in der Kammer zu erscheinen. Graf Th. zu Stolberg.

18. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 40
Aufforderung zur Anwesenheit bei der Präsidentenwahl.

19. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 40
Einladung, bei dem Minister während des Berliner Aufenthaltes Quartier zu nehmen. Die Thronrede wird kein Wort von auswärtiger Politik enthalten, da die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht machen können.

20. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. December 1851 41
Personalien. Bitte, gegenüber den kleinlichen Intriguen am Bundestag kaltes Blut zu bewahren. Beschwerde bei Fürst Schwarzenberg ist eingelegt. Annäherung Oesterreichs an Louis Napoleon, der zur Beseitigung der Verfassung in Sardinien und zur Einmischung in Belgien gestachelt wird. Auch gegen Rußland sucht Oesterreich Frankreich aufzureizen. Preußens Stellung zu Rußland und England ist gegeben; doch neigt der König um Neuenburgs willen zur Gemeinschaft mit Frankreich. Aufforderung, zur Besprechung aller schwebenden Fragen nach Berlin zu kommen.

21. Otto v. Manteuffel an Bismarck, ? Januar 1852 . 44
Rückgabe von Briefen des Herrn v. Schöle und des Grafen Thun. Zustellung eines v. Canitzschen Schreibens.

22. Bismarck an Otto v. Manteuffel, ? Februar 1852 . 45
Staatsrath Fischer als Vertrauensmann der altconservativen Partei in Oesterreich. Angriffe auf den Fürsten Windischgrätz wegen seines Feldzugs in Ungarn und seine Vertheidigungsschrift. Bitte, den Sympathien des Fürsten Windischgrätz für Preußen durch eine günstige oder wohlwollende Beurtheilung seiner Selbstvertheidigung in den militärischen Zeitschriften entgegenzukommen. Gereiztheit des österreichischen Adels über die zugefügten materiellen Verluste.

Anlage:

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer, 27. December 1851 47

Im Kampfe zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen muß der Conservative dem unbeweglichen den Sieg wünschen. Dazu ist der Freihandel das Mittel, der Schutz Zoll der Weg, zum Freihandel zu gelangen. Abfällige

Beurtheilung eines Artikels des Grafen Bismarck durch die Kreuzzeitung. Preußens Haltung in der Zollfrage ist durch politische Erwägungen bestimmt. Preußen erstrebt das Aufgehen Deutschlands in Preußen. Was ist Deutschland? Seit der Reformation giebt es kein wahres Deutschland mehr. Oesterreich erstrebt ein engeres Bündniß, ausgedehnt auf größere Staaten, und will um des guten Zweckes willen diesen mitteleuropäischen Bund Deutschland nennen lassen. Der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland bricht dem Katholicismus in Deutschland das Genick und gefährdet die Selbständigkeit der kleineren Staaten. Im Interesse der österreichischen conservativen Partei liegt es, wenn die Conservativen Preußens gegen den österreichischen Zollverein nicht Opposition machen.

23. Hausminister Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. April 1852 50
 Glückwunsch zum Geburtstag: der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen die Freundeshand.
24. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. April 1852 . . . 51
 Die Betheiligung des Bundes an den Londoner Conferenzen gestattet weder England, noch dient sie dem preussischen Interesse. Bitte, sich über die geäußerten Bedenken auszusprechen und im Falle des Einverständnisses die Gründe in den Berichten aus den Frankfurter Verhältnissen heraus zu reproduciren.
25. Graf v. Moltke an Bismarck, 6. April 1852 52
 Der Tod des Fürsten Schwarzenberg, ein wichtiges Ereigniß für Preußen. Ansichten des Herrn v. Schele hinsichtlich eines allgemeinen deutschen Preßgesetzes.
26. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. April 1852 . . . 53
 Bitte um baldige Erstattung eines amtlichen Berichts über die Londoner Convention im Sinne des Privatschreibens.
27. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . . . 54
 Der Besuch der Seelmesse für den Fürsten Schwarzenberg durch den preussischen Bundestagsgesandten in amtlicher Eigenschaft ist nicht angemessen.
28. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . . . 54
 Dank für das Privatschreiben vom 7. April. Bevorstehende Eröffnung des Berliner Zollvereinscongresses: Preußen wird mit Hannover eine starke Ermäßigung der Eisenzölle vorschlagen. Der König wünscht, daß Bismarck den Grafen Manteuffel kennen lerne und deshalb nach Berlin komme.

	Seite
29. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. April 1852 .	56
Mittheilungen über den Kaufmann Wed. Unzufriedenheit des Königs mit der Eröffnungssrede Manteuffels. Bunsens Theorie von der zukünftigen Organisation Europas.	
30. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. April 1852 .	58
Uebersendung eines königlichen Handschreibens, das Bismarck zur Verhandlung über die Patriebildung nach Berlin ruft. Gäste beim Abendconcert im Schlosse. Klage über des Königs Inconsequenz, Willkürlichkeiten, schlechte Laune. Inhalt der Darmstädter Verabredungen.	
31. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. April 1852 .	60
Meldung des Beginns der Verhandlungen über Bildung der Ersten Kammer.	
32. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 .	60
Verschiebung des Termins der Verhandlungen.	
33. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 24. April 1852 .	61
Lassen sich nicht zwingende Gründe finden, Bismarcks Fernbleiben von Berlin zu rechtfertigen?	
34. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 .	61
Zwingende Gründe lassen sich nicht finden.	
35. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. April 1852 .	62
Meldung der Ankunftszeit.	
36. Karl v. Manteuffel an Bismarck, ? April 1852 .	62
Amendement des Grafen Burghausen, betr. die Bildung der Ersten Kammer.	
37. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. Mai 1852 .	62
Aufforderung nach Berlin zu kommen, um dem Kaiser Nicolaus vorgestellt zu werden.	
38. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 29. Mai 1852 .	63
Bitte um Entschuldigung wegen Oeffnung eines an Bismarck gerichteten Briefes.	
39. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 3. Juni 1852	63
Beifung, sich in Vertretung des Grafen Arnim nach Wien zu begeben.	
40. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. Juni 1852 .	64
Eine Befragung des Königs betr. der Aushändigung des königlichen Handschreibens an den Kaiser ist zur Zeit unmöglich. Des Ministers Rath ist, auf der Reise nach Ungarn nicht zu bestehen und den Brief durch sichere Beförderung dem Kaiser zuzustellen. In der Hofsache hat Oldenburg acceptirt,	

Hannover sucht noch Preußen zur Nachgiebigkeit gegen Oesterreich zu bestimmen. Herr v. Alindworth in Berlin im Auftrage des Königs von Württemberg. Gründe der Ablehnung der württembergischen Vorschläge. Oesterreich ist jeder Nachgiebigkeit gegen Preußen abgeneigt. Der vorläufige Zerfall des Zollvereins würde Preußen die eigenmächtige Regelung seines Tarifs gestatten. Weisung für Bismarck: das Verhandeln nicht zu sehr zu suchen, sondern nach Constatirung der Willfährigkeit es an sich kommen zu lassen. Personalbemerkungen: Graf Grunne, Graf Platen, Linden. Bitte um Vorsicht im Gasthof und gegen v. Hindelbey.

41. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. Juni 1852 . 68

Die Darmstädter Coalition hat Frankreichs Beistand nachgesucht und dagegen das Versprechen der Neutralität in allen zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten vorkommenden Collisionsfällen gegeben.

42. Résumé d'une conversation du Comte Nesselrode avec le Comte de Buol 69

Oesterreich wünscht nicht die Auflösung, sondern die Ausdehnung und Befestigung des Zollvereins, gönnt auch Preußen das Uebergewicht über die kleinen Staaten; es wünscht nur eine Prüfung seiner Vorschläge nach Handelsvertrag Lit. A und Verhandlungen mit Preußen darüber während der Dauer der Zollvereinsverhandlungen. Hinsichtlich des Handelsvertrages Lit. B zwischen dem Zollverein und Oesterreich ist letzteres zufrieden, wenn Preußen sich den Verhandlungen nicht widersetzt, sondern für später wohlwollende Prüfung verheißt. Die auf dem Wiener Zollcongreß vertretenen Staaten glauben an die Möglichkeit eines Vertrages nach Schema Lit. A, sowie in Zukunft nach Lit. B. Warum versagt sich Preußen einer von ganz Deutschland verlangten Prüfung der Frage?

43. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. Juni 1852 . 71

Das Schreiben v. Scheles scheint einigermaßen unter russischem Einflusse geschrieben zu sein und klingt an das Résumé an. Schele ist über das österreichische Intriguenspiel aufzuklären. Die Antwort auf die preußische Erklärung vom 7. Juni ist in München formulirt und mit Herrn v. Prolesch besprochen worden. Hannover denkt nicht an Rücktritt vom Septembervertrag. Schmählische Haltung des Ministeriums gegenüber der Kammer. Weisung an Bismarck, freundlich und eingehend zu sein, aber allen festen Engagements zu entschlüpfen. Der Schein des Bruchs ist zu vermeiden; der Urlaub genehmigt. Entsendung Rochows an das Hoflager des Königs von Württemberg. Eine neue Erklärung Preußens in der Zollconferenz.

- | | | |
|--|--|-------------|
| 44. | Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juni 1852 . | Seite
75 |
| <p>Verschiedenheit des Standpunktes in Wien und Berlin: Oesterreich stellt den politischen Zweck an die Spitze des Zollvereins, Preußen sucht durch den materiellen Vortheil des Zollvereins den politischen Zusammenschluß homogener Staaten zu erreichen. Oesterreich will auch die heterogensten Theile, eventuell durch einen der Bundesacte widersprechenden Zwang, zusammenschmieden.</p> | | |
| <p>Anlage:</p> | | |
| | Graf Buol an Minister v. Manteuffel, 21. Juni 1852 | 76 |
| <p>Würdigung der Entsendung Bismarcks nach Wien. Uebler Eindruck der in Berlin ausgesprochenen Ablehnung der von den deutschen Regierungen vorgeschlagenen Zolleinigung mit Oesterreich. Der von Preußen vorgeschlagene Weg bietet wegen der daran geknüpften Bedingung einer vorhergehenden Umgestaltung und Erweiterung des Zollvereins größere Schwierigkeiten als der österreichische Antrag auf Anerkennung des Principes der Einigung mit Oesterreich. Letzteres legt auf die Erweiterung des Zollvereins durch Aufnahme Oesterreichs großen Werth, nicht aus finanziellen, sondern aus politischen Gründen, da auf die Dauer eine der beiden deutschen Großmächte nicht neben dem Bunde stehen darf. Haltbares in Deutschland kann nur aus dem Zusammenwirken von Oesterreich und Preußen hervorgehen; will Preußen die materielle Spaltung durch Ausschluß Oesterreichs verlängern, so muß das die politische Einigung der deutschen Staaten bedrohen.</p> | | |
| 45. | Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Juli 1852 . . | 80 |
| <p>Urlaubsbewilligung.</p> | | |
| 46. | Graf Platen an Bismarck, 8. Juli 1852 | 81 |
| <p>Graf Buols Ansicht von Platens Vermittelungsvorschlag: annehmbar, wenn die Staaten der Darmstädter Coalition zu den Verhandlungen zugezogen werden. Bitte, den Vorschlag der preussischen Regierung zu unterbreiten.</p> | | |
| 47. | Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1852 . | 82 |
| <p>Desavouirung falscher Gerüchte. Schädlichkeit des Nesselrodeschen Vermittelungsvorschlags. Baron Prokesch als Verfasser hässlicher Artikel gegen Preußen. Mlenzes Verdächtigungen Bismarcks.</p> | | |
| 48. | Graf Platen an Bismarck, 30. Juli 1852 | 84 |
| <p>Bitte um Auskunft über das angebliche Gerwürfniß zwischen Manteuffel und Bismarck. Bevorstehende Ankunft Beusts. Platens Vermittelungsvorschlag und Berichtigung einer mißverständlichen Auffassung. Personalien.</p> | | |

- | | Seite |
|--|-------|
| 49. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. August 1852 .
Glückwunsch zur Geburt des zweiten Sohns und Annahme
der Patenschaft. | 85 |
| 50. Graf Platen an Bismarck, 13. August 1852 . . .
Indiscrete Mittheilungen, die Platen zur Last gelegt
werden. Ueberweisung von Auszügen aus den amtlichen
Berichten. | 86 |
| 51. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. August 1852 .
Gruß an Junker Wilhelm. Dummheit Platscheren ist
Manteuffel nicht zugänglich. Die beabsichtigte Berufung des
Generals v. Radowicz zum Chef des Militärbildungswesens
würde Manteuffel zur Einreichung seiner Demission nöthigen.
Württembergs Uebertritt zu den Darmstädtern. | 91 |
| 52. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. September 1852
Vertretung Manteuffels bei der Taufe. Festes Auftreten
Preußens in der Zollsache, auch gegen Württemberg. Bis-
marcks Urlaubsgesuch. | 92 |
| 53. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. September 1852
Die Münchener Erklärung schlau und dehnbar gefaßt, für
Preußen aber nicht annehmbar. Graf Kottitz als Befür-
worter hannoverscher Vermittelungsgelüste. Entsendung des
Grafen Alvensleben nach Hannover, v. Rosenbergs nach
Darmstadt. Alindworths Ruf schlimmer als er verdient. | 94 |
| 54. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. September 1852
Die Notiz des Preussischen Wochenblatts über die Luxem-
burger Angelegenheit Gegenstand polizeilicher Ermittlungen.
Geheimrath Matthies als wahrscheinlicher Verfasser auf
Grund Frankfurter Mittheilungen aus der preussischen Ge-
sandtschaftskanzlei. Ersuchen, weitere Nachforschungen anzu-
stellen. Anlage: Zwei Polizeiberichte über die Mitarbeiter
des Preussischen Wochenblatts und ihre Verbindungen. | 95 |
| 55. v. d. Schulenburg an Bismarck, 28. September 1852
Lauft im Hause Bismarck. Beitritt Kurheffens zu den
bayerischen Propositionen in Sachen des Zollvereins. Hasen-
pflugs Protestationen kaum ehrlich gemeint. Man hofft auf
Hannovers Rücktritt vom Septembervertrag; die Bevölkerung
Kurheffens aber steht zu Preußen. Kurheffische Wünsche und
Zumuthungen an Preußen. | 101 |
| 56. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. October 1852.
Graf Thuns Beförderung als Gesandter nach Berlin ist an-
genommen worden, sein Nachfolger in Frankfurt a. M. noch | 103 |

nicht bestimmt. Hohe Meinung des Königs vom Werthe des Bundestags; abweichende Ansicht des Ministers. Ein Auftrag für Alindworth. Ein Memoire in der Zollangelegenheit als Erwiderung eines österreichischen Memoires. Verblühte Andeutungen Buols wegen einer privaten Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich. Verlegenheit des Ministers. Umkehr Württembergs unter russischem Einflusse. Unhaltbarkeit des österreichischen Tarifs. Allein zu bleiben hat für Preußen nichts Bedenkliches. Bismarcks Wahl in die Kammer.

57. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. November 1852 107

Stand der Zollangelegenheit: österreichische Bedensarten von einer Verständigung, die Preußen nicht wolle. Herabstimmung der österreichischen Forderungen. Voraussetzung der Verhandlungen mit Oesterreich ist die Reconstitution des Zollvereins. Hannovers Haltung, seine preußenfeindliche Einwirkung in Oldenburg und Braunschweig. Antinapoleonische Gesinnung des Königs, englisches Memorandum gegen die Ziffer III.

58. Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg an Bismarck, 5. December 1852 . . 110

Mittheilung von einer Reise nach Coburg.

59. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. December 1852 111

Antrag der Rothschilds in Frankfurt auf Verleihung des Titels Hofbanquier. Ersuchen um Berichterstattung.

60. Friedrich Wilhelm IV. an Otto von Manteuffel, 2. Januar 1853 118

Die Einführung des dänischen Commandos beim holsteinischen Contingent darf der Deutsche Bund nicht dulden.

61. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. Januar 1853 . 113

Ernennung Proleschs zum österreichischen Bundestagsgesandten. In Paris verweigert man die Annahme der russischen Creditive. — Glückwunsch zum neuen Jahre.

62. Freiherr v. Prolesch-Osten an Bismarck, 18. Januar 1853 114

Begrüßung Bismarcks bei Uebernahme der Präsidialstellung: Absichten und Hoffnungen.

63. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 1. Februar 1853 . 116

Der König befiehlt dem General v. Herwarth mit dem preussischen Officiercorps dem Feldmarschall-Lieutenant v. Prolesch Besuch zu machen. Thorheit der Kreuzzeitungsartikel gegen das französische Kaiserthum: Preußen darf nicht im Schlepptau Oesterreichs und Rußlands gehen, sondern muß sich suchen, aber auch finden lassen.

	Seite
64. Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck, 14. Febr. 1853	118
Ein Artikel der Kölnischen Zeitung: legale Giftbereitung.	
65. Quehl an Bismarck, 11. März 1853	120
Einverständnis des Ministers mit Bismarcks Verfahren gegenüber Prokesch. Oesterreichs Wunsch nach einem gemeinschaftlichen Protest gegen England wird abschlägig beschieden werden. Mit Bayern sind freundliche Beziehungen zu unterhalten. Freude Quehls über die Uebereinstimmung zwischen Minister und Gesandten. Anfeindungen Manteuffels durch die doctrinär-feudal-pietistische Partei und durch kurzfristige oder ränkesüchtige Collegen. Mangel an Activität gegen unbrauchbare Freunde und gefährliche Gegner: Preußens Action nach außen darf nicht durch inneres Siedthum aller Basis beraubt werden.	
66. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. März 1853 .	123
Verlauf zweier zur deutschen Flotte gehörigen Schiffe. Einvernehmen Manteuffels mit Bismarcks Auffassung von der Stellung Preußens zu Oesterreich. Für Preußen empfiehlt sich die Schonung der mittleren deutschen Staaten, damit sie die preussische Führung suchen. Abfällige Kritik des Prinzen von Preußen. Neue Schwierigkeiten von Seiten Hannovers. Erkrankung der Frau v. Manteuffel. Erwählung des Prinzen Karl zum Herrenmeister des Johanniterordens. Graf Thun, die österreichische Note gegen England und Preußens ablehnende Haltung.	
67. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 30. Mai 1853 . .	126
Charakteristik der Mitglieder des Bundestags und ihrer Stellung zu Preußen.	
68. Freiherr v. Prokesch an Bismarck, 3. Juni 1853 .	141
Ein Vorschlag für den Ulm-Mastatter Baufonds.	
69. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 12. September 1853	142
Ein Mißverständnis in den Regionen des Prinzen von Preußen.	
70. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., ? September 1853	143
Was bestimmte Bismarck zu den Mittheilungen an den Prinzen von Preußen?	
71. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Januar 1854 .	144
Kriegsdrohungen im Osten. Miserable Rolle Oesterreichs, widerspruchsvolle Haltung Ruols. Pourtales' Sendung nach London. Spaltung im englischen Cabinet. Der Befehl an	

die Flotte zum Einlaufen ins Schwarze Meer wird vermuthlich die russische Kriegserklärung nach sich ziehen. Kammer vorlagen. Beust in Berlin.

72. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. Januar 1854 147
 Bismarcks Sendung nach Karlsruhe kann ersprießlich für das Verhältniß Preußens zu Baden sein. Bedenken gegen eine Verhandlung Badens mit Rom, nachdem der Papst für die Bischöfe Partei genommen hat. Ruhiges Abwarten imponirt, jede Beeiferung zur Beilegung des Streites wird als Schwäche gedeutet werden. Bedeutung des Ausgangs des oberrheinischen Kirchenconflicts für die Stellung der ultramontanen Partei in Deutschland und der protestantischen Regierungen zur katholischen Kirche.
73. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. Februar 1854 152
 Bitte um baldiges Erscheinen in Berlin.
74. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 5. Februar 1854 153
 Erneute Bitte um Erscheinen auf dem Berliner Kampfplatz.
75. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. Februar 1854 154
 Oesterreichs Ultimatum an Rußland.
76. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Februar 1854 154
 Vertragsabschluß zwischen Oesterreich und Frankreich.
77. Handschriftliche Notizen Bismarcks, ? März 1854 . 154
 Preußens Interessen sind defensiver Natur, ein Bündniß mit Oesterreich nur möglich, wenn Oesterreich neutral bleiben will. Militärischen Beistand kann Oesterreich nur verlangen, wenn Deutschland ohne österreichische Provocation in Kriegsgefahr geräth.
78. Entwurf von Bismarcks Hand zu einer Erklärung in der Kammer, März 1854 156
79. Entwurf von Manteuffels Hand zu einer Ansprache an die Kammern, März 1854 160
80. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 7. April 1854. 162
 Entwurf eines österreichisch-preussischen Schutz- und Trutzbündnisses auf Grund gegenseitiger Garantie für die außerdeutschen Provinzen. Der Bund soll zum Beitritt aufgefordert werden. Verhüllte Ministerkrisis in Berlin.

	Seite
81. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., 25. April 1854	164
Ergebung des Prinzen von Preußen in die Willensmeinung des Königs unter Verurtheilung jedes Protestes im Namen der Armee. Bereitwilligkeit des Prinzen, durch ein Schreiben an den König den letzten Rest der Verstimmung zu beseitigen.	
82. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. April 1854	166
Drohendes und drängendes Auftreten der Westmächte in Berlin. Graf Esterhazy. Wunsch des Prinzen von Preußen, von der Großherzogl. hessischen Regierung in Mainz ein Regierungsgebäude als Wohnung angeboten zu erhalten.	
83. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. April 1854	168
Der Vertrag mit Oesterreich ein fait accompli, aber ohne allzu starke Verbindlichkeit für Preußen. Werth des Bündnisses gegenüber Rußland und Oesterreich und ein Schutz gegen den Druck der Westmächte. Bunsens Entfernung vom Condoner Posten.	
84. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Mai 1854	170
Befehl des Königs an Bismarck, zur Besprechung über die Behandlung des preussisch-österreichischen Bündnisses am Bund in Berlin zu erscheinen.	
85. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. Mai 1854	171
Sendung des Grafen Moensleben nach Wien und seine Berichte: Oesterreich wünscht den Krieg mit Rußland zu vermeiden und den Druck der Westmächte auf Preußen abzuweichen. Die österreichischen Aushebungen und Rußlands Gegenmaßregeln. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung muß preussisches Programm sein. Die französische Flotte bei Kiel.	
Anlage:	
Graf Mostiz an Otto v. Manteuffel, 26. Mai 1854	173
Preußens Politik muß sein, Oesterreich von jedem Schritte, der zur Action führen könnte, abzuhalten und in Collisionsfällen zwischen Rußland und Oesterreich zu vermitteln. Das Bündniß vom 20. April ist die richtige Basis für eine solche Friedenspolitik.	
86. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1854	175
Die Bamberger Beschlüsse und ihre Beantwortung. Oesterreichische Auslegung des Zusatzartikels. Lage des Kaisers über Preußens Rückständigkeit hinsichtlich der Rüstungen. Buols Raisonnement: Oesterreich und Deutschland müssen die Westmächte gegen Rußland unterstützen, sonst wird der Friede	

auf Oesterreichs und Deutschlands Kosten geschlossen werden. Rußland will keine Erweiterung seines Gebietes, wohl aber Ausdehnung seines Protectorats über die europäische Türkei und dann über Deutschland. Dem muß entgegengetreten werden, indem man es so bald als möglich Frieden zu schließen nöthigt.

87. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. Juni 1854 . 179
 Eine erobernde Politik für Preußen saure Trauben. Das Bündniß vom 20. April ist auf die Initiative des Königs zurückzuführen; nachdem es geschlossen ist, muß man es sich nutzbar machen, indem man sich nicht ziehen und zerren läßt. Das Bündniß ist auch ein Rußland erwiesener Dienst. Oesterreichs Verhalten ist bisher correct. Unfluges Vorgehen der Bamberger. Ungünstige Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Umstimmung der Prinzessin von Preußen.
88. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Juni 1854 . 182
 Neigung der Bamberger, einzulenken und dem österreichisch-preussischen Bündniß beizutreten. Absicht der Bamberger Juristen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oesterreich sich abermals zu versammeln. Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten. Anregung eines Fürstencongresses in Brüssel. Mission des Obersten Komarowski. Heidelberger Zusammenkünfte und Umtriebe des Freiherrn v. Bursian. Besuch des Königs Ludwig von Bayern in Coblenz.
89. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 3. Juli 1854 . 186
 Einverständnis aller Mittelstaaten mit Ausnahme Württembergs zum Bündniß vom 20. April. Eine englische Note an die bayerische Regierung. Einrücken der Oesterreicher in die Walachei.
90. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juli 1854 . 187
 Günstige Aufnahme der russischen Antwort in Wien. Erbitterung in England gegen Preußen.
91. Legationsrath Wenzel an Bismarck, 9. Juli 1854 . 188
 Günstige Aufnahme der russischen Antwort auf die preussische Note in Berlin. Der Kurhessische Verfassungskstreit. Geneigtheit, Landau ganz an Bayern zu überlassen.
92. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 10. Juli 1854 . 190
 Oesterreich hat sich erboten, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken.
93. Graf Wrshomez an Bismarck, 19. Juli 1854 . 191
 E. Manteuffel geht als Träger der russischen Antwort nach Wien und München.

- Seite
94. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Juli 1854 . 191
 Die österreichische Antwort auf die preussische Depesche vom 15. Juli. Ein Immediatbericht des Grafen Alvensleben: Unklarheit des gemachten Vorschlags. Bericht E. Manteuffels aus Wien. Einrücken des Generals Fesß in die Walachei.
95. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. Juli 1854. . 195
 Der Zeitpunkt zur Mittheilung der russischen Antwort an die Bundesversammlung ist eingetreten; bei der Schwere der Geschäftsgänge am Bunde ist schnelles Vorgehen nützlich. Eine Betheiligung des Bundes an den Wiener Conferenzen ist bedenklich, von den Mittelstaaten auch nicht gewünscht. Die österreichische Politik, die mehr und mehr ehrgeizig und kriegerisch wird, kann nur im Zaume gehalten werden durch die öffentliche Kundgabe, daß muthwilliges Händelsuchen mit Rußland Preußen und den Bund nicht zur Unterstützung Oesterreichs verpflichtet. Preußen muß den Mittelstaaten Anlehnung gewähren und die wirklichen deutschen Interessen kräftig vertreten. Feindschaft Oesterreichs und der Ultramontanen gegen Preußen. Preußen darf eine Vergrößerung Oesterreichs nicht zugeben, wenn es nicht im gleichen Maße wächst. Westmächtlige Pläne einer Herstellung Polens, Oesterreich steht dieser Frage nicht absolut verneinend gegenüber, da die Herstellung Polens seinem System bedeutende Vortheile bietet.
96. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juli 1854. . 203
 Der preussische Standpunkt in der orientalischen Frage ist für die mittleren und kleinen deutschen Staaten sehr angenehm. Ihre Sympathie zu Preußen aber ist nur temporär, ein Product der Furcht; beim Eintritt großer politischer Katastrophen werden sie von Preußen abfallen. Kommt es zu einem großen Kriege, so gehen sie ihrem Untergang entgegen. Preußen kann Bürgschaften für den Fortbestand der Staaten in ihren jetzigen Verhältnissen nicht übernehmen.
97. Legationsrath Wenzel an Bismarck, 3. August 1854 205
 Prokesch weigert sich, die russische Antwort ohne Ermächtigung durch Bismarck dem Ausschusse der Bundesversammlung vorzulegen. Die Mobilisationsforderungen in der österreichischen Circulardepesche vom 28. Juli 1854.
98. Legationsrath Wenzel an Bismarck, 4. August 1854 207
 Der österreichische Mobilisationsantrag. Die dänische Beitrittserklärung. Bentincksche Beschwerden.
99. Cabinetrath Niebuhr an Bismarck, 22./23. August 1854 208
 Der Mangel der preussischen Politik ist nicht Mangel an Wahrheit nach außen, sondern Unwahrheit gegen Preußen

- selbst. Preußen fürchtet seine Großmachtsstellung zu verlieren, die doch einzig auf seinem guten Schwerte beruht. Die Folge der Unwahrheit ist die Unklarheit in den Entschlüssen. Gedanke des Königs, den Artikel 2 des Aprilvertrags durch einen article unique zu ersetzen. Mögliche Gegenstände der neuen Vereinbarung. v. Hindelben und seine Machinationen zum Nachtheil der Autorität und Ruhe des Königs. Befinden des Königs.
100. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. September 1854 212
Verlängerung des Urlaubs wird gewährt.
Anlage:
Depesche Wenzels an Otto v. Manteuffel.
101. Legationsrath Wenzel an Bismarck, 11. September 1854 213
Ausfall der Sitzung in Frankfurt a. M. Instructionen der deutschen Bundestagsgesandten im Hinblick auf die preussische Circulardepesche. Der Conflict zwischen Großherzogthum Hessen und Preußen.
102. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 31. October 1854 215
Dank für Bismarcks Theilnahme an der Reaction von Goltz. Klage über die Zunahme unpreussischer Gesinnung und den Rückgang der adeligen Tugenden. Bitte an Bismarck, auch den Schein der Solidarität mit diesen Menschen zu meiden.
103. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. November 1854 218
Gründe für die erneute Annäherung Preußens an Oesterreich durch den Zusatzartikel vom 26. November. Was hat Preußen durch den Act der Liberalität erlangt? Erste Wirkung auf Rußland.
104. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 4. December 1854 223
Der kurze Aufenthalt des Prinzen v. Preußen in Berlin unterstützt den Glauben an unfreundliche Beziehungen zwischen dem König und seinem Bruder, und dies beeinträchtigt Preußens Stellung nach außen. Die Heranziehung des Prinzen zu den Staatsgeschäften ist darum erwünscht, vorerst seine Rückkehr nach Berlin. — Der Tractat vom 2. December.
105. Oscar v. Arnim an Bismarck, 6. December 1854 . 226
Bitte an Bismarck, unter irgend einem Vorwande auf einige Zeit nach Berlin zu kommen. Antrag Binde auf Beantwortung der Thronrede.
106. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 12. December 1854 227
Noch einmal die Rückkehr des Prinzen v. Preußen nach Berlin. Der Vertrag vom 2. December ist für Preußen un-

annehmbar, da er Preußen nicht berührende Dinge enthält. Die Hoffnung, Oesterreich vom Bunde mit den Westmächten zurückzuhalten, war trügerisch. Graf Arnim wahrscheinliches Opfer der Enttäuschung.

107. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. December 1854 228
 Amtliche Mittheilung des Vertrags vom 2. December in Berlin mit Einladung zum Beitritt. Skizze der preussischen Antwort. Am Bunde ist jede Entscheidung nach Möglichkeit hinzuhalten. Oesterreich wünscht, daß Preußen die Verständigung mit den Westmächten nicht gelinge. Ugedoms Sendung nach England.
108. Assessor Zitelmann an Bismarck, 31. December 1854 231
 Zweck der Wiener Conferenzen eine Verständigung über die Präcisirung der vier Punkte. Oesterreich ist zum Kriege entschlossen, Napoleon III. besteht auf der Eroberung Sebastopols.
109. Assessor Zitelmann an Bismarck, 3. Januar 1855 . 232
 Oesterreich fordert Preußens Mobilmachung und die des halben Bundescontingents.
110. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Januar 1855 . 233
 Preussische Antwort auf Oesterreichs Antrag. Bitte um strengste Discretion. Die Westmächte wünschen zwar den Frieden, aber erst nach der Einnahme von Sebastopol.
111. Legationsrath Wenzel an Bismarck, 12. Januar 1855 235
 Scheinbare Nachgiebigkeit Oesterreichs. Darf Oesterreich ohne Preußen in Wien verhandeln? Und müssen die Westmächte nicht Preußens Zugiehung wünschen? Proteschische Reden. Bayerische Wünsche hinsichtlich der Wahl eines Bundesoberfeldherrn.
112. König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachsen, 18. Januar 1855 237
 Einsendung des Entwurfs einer Note an die deutschen Höfe zur Prüfung. Zweck der Sendung Ugedoms nach London. Preußens Ausschluß von den Friedensverhandlungen.
113. König Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel, 22. Januar 1855 238
 Weisung, Bismarck über die „Kriegsfälle mit Rußland“ zu instruiren.
114. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Januar 1855 . 239
 Uebersendung einer Abschrift des Schreibens Friedrich Wilhelms an König Johann und Weisung, sich am Bunde im Sinne dieses Schreibens auszusprechen.

	Seite
115. v. Savigny an Bismarck, 2. Februar 1855 . . .	240
Zur Frage der Wahl eines Bundesoberfeldherrn. Preußen muß für die specifisch preussische Politik bestimmte Zielpunkte ins Auge fassen; es muß in deutscher Politik den Boden für seine europäische Position finden und auf dem Boden der Bundesverträge sich zum Schutze der kleineren deutschen Genossen bereit erklären. Das Unzweckmäßige der Sendung Benedicks nach Paris. Mangel an Festigkeit und Muth in Berlin. General Willisen und Schlegell in Karlsruhe.	
116. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Februar 1855 .	242
Preußen kann schnell große Truppenmassen aufstellen, aber nicht lange stehen lassen. Eine französische Invasion in Süddeutschland zwänge Preußen zu marschiren. Muthlosigkeit der süddeutschen Fürsten. Frankfurter Indiscretionen an die französische Gesandtschaft in Berlin. Ankündigung der Blockade der Ostseehäfen durch die Franzosen bei fortgesetzter Waffenausfuhr nach Rußland.	
117. v. Savigny an Bismarck, 8. Februar 1855 . . .	244
Badens Schwentung auf die Seite Oesterreichs. Ungleichheit des diplomatischen Kampfes zwischen Oesterreich und Preußen. Niemand fürchtet Preußen.	
118. Graf Alexander Keyserling an Bismarck, 25. Febr. 1855	246
119. v. Savigny an Bismarck, 27. Februar 1855 . . .	248
Prokeschs Abgang und seine Ersetzung durch Graf Rechberg.	
120. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 2. März 1855 .	249
Bevorstehender Tod des Kaisers Nicolaus.	
121. v. Savigny an Bismarck, 5. Mai 1855	249
Oesterreich droht mit Austritt aus dem Bunde. Baden ist vorsichtiger geworden. Graf Kielmansegge in Karlsruhe.	
122. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 10. Mai 1855 .	251
Bitte an Bismarck, recht vorsichtig in seinen Aeußerungen zu sein; die deutschen Gesandten in Berlin als Zuträger des französischen.	
123. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. November 1855	252
Der König überläßt die Reise nach Berlin der Erwägung Bismarcks.	
124. Leopold v. Gerlach an Bismarck, 26. November 1855	252
125. General Graf Münster an General v. Gerlach, ? December 1855	253
Rußland ist zum Frieden bereit. Die Schwarze Meer-Flotte für Rußland kein Luxusartikel.	

- | | Seite |
|---|-------|
| 126. Graf Platen an Bismarck, 29. December 1855 . . . | 254 |
| Zur Motivirung des hannoverschen Gesetzes wegen Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe. | |
| 127. Graf Platen an Bismarck, 2. December 1856 . . . | 255 |
| Zweck der Reise des dänischen Ministers Scheel nach Berlin: Preußen durch Drohung mit der scandinavischen Union von einer Unterstützung der holsteinischen Beschwerde am Bunde abzuschrecken und durch Scheinconcessionen den Frieden zu erkaufen. Pariser Nachricht über die Neuenburger Angelegenheit: eine Aeußerung Balemstis, eine Mahnung zur Vorsicht. Der Bundesversammlung kommt nicht zu, zu vermitteln, sondern Preußens Anträge abzuwarten. | |
| 128. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1857 | 258 |
| Bitte um discrete Behandlung des Pro memoria der holsteinischen Conservativen. Hannovers Einspruch gegen eine directe Bahn von Minden nach dem Jahdebusen. Bergler v. Berglas als Typus des kleinstädtischen Diplomaten. | |
| 129. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 9. Mai 1857 . . . | 260 |
| Die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin Gegenstand weitgehender Vermuthungen. Gatzfelbts Einladung nach Fontainebleau. Napoleon III., von Palmerston in englische Fäden verwickelt. Rothans Ordensbedürftigkeit. Großfürst Constantin in Paris. | |
| 130. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 15. December 1857 . . . | 262 |
| Unpolitisches Verhalten Preußens gegen die preussischen Rittergutsbesitzer, Hamburg und Lübeck. Der Prinz von Preußen durch weiblichen Einfluß zur Reise nach England gebrängt. | |
| 131. Der Prinzregent von Preußen an Kaiser Franz Joseph, 15. Februar 1858 | 263 |
| Dank für die Theilnahme bei der Vermählung des Sohnes und für die Aufnahme der nach Wien gesandten militärischen Deputation. Erkrankung des Königs. Preußens Antrag auf Erweiterung der Festungsbauten in Mainz, desgleichen auf die Uebertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf Germersheim. Strategische Wichtigkeit von Germersheim als Rheinübergang. Anspruch Preußens auf das Mitbefestigungsrecht von Germersheim. | |
| 132. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1858 | 268 |
| Graf Rechberg, der „Kleine Tyrann“. Beuft und alle mittelstaatlichen Diplomaten in Aufregung über Preußens und Hannovers Anträge auf Reform der Bundestagsgeschäftsordnung. | |

	Seite
133. Fürst Gortschakow an Budberg, 16. Juli 1858 . .	270
Unerwarteter Widerstand des Berliner Cabinets in der dänischen Frage. Mißbrauch einer privaten Aeußerung Manteuffels zu Baron Plessen durch das dänische Cabinet. Ernstlicher Wunsch der dänischen Regierung, zu Verhandlungen zu gelangen. Die Suspension der Gesamtverfassung in ihrer Anwendung auf die Herzogthümer ist ein entgegenkommender Schritt.	
134. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1858 .	272
Ankündigung eines Besuchs Manteuffels in Frankfurt a. M. zur Besprechung der dänischen Frage.	
135. Graf R. v. d. Golz an Bismarck, 28. Juli 1858 .	273
Reisebispositionen des Prinzen von Preußen.	
136. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 12. October 1858 .	274
Verlauf der Regentschaftsangelegenheit. Westphalens Entlassung und ihre Geschichte. Abreise des Königs nach Meran. Oesterreichische Eröffnungen in Betreff Kastatts. Parteinahme Schwedens für Dänemark in der holsteinischen Frage. Hannovers Drängen auf Execution.	
137. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 7. November 1858	278
Mittheilung vom Wechsel im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.	
138. Bismarck an Minister v. Schleinitz, ? November 1858	279
139. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 13. November 1858	280
Falsche Prophezeiungen auf Grund falscher Prämissen. Bitte um weitere Mittheilungen.	
140. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 9. Januar 1859	281
141. J. E. Motley an Bismarck, 16. Februar 1859 . .	281
142. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 28. Februar 1859	285
Ein Uebergriß der Bundesmilitärcommission. Die Ernennung eines Legationssecretärs für Petersburg. Wichtigkeit des Petersburger Postens. Petersburg kein „ehrenvolles Exil“.	
143. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 12. Mai 1859 .	287
Ergebniß der Frankfurter Amtsführung: die dermaligen Bundeseinrichtungen sind für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel. Uebergewicht Oesterreichs am Bunde durch die Herrschaft über die kleineren deutschen Staaten. Majorisirung Preußens	

in allen wichtigen Fragen. Die Zeit ist günstig, eine Aenderung zum Besseren in diesen Verhältnissen herbeizuführen. Die Haltung des Prinzregenten verdient ungetheilten Beifall; die Berufung der Bamberger Staatsmänner auf bundesrechtliche Theorien, wenn sie Preußen zum Kriege treiben wollen, beweist, daß die sog. deutschen Interessen, die sie zu vertreten vorgeben, nicht auch die preussischen sein können. Preußen muß jede Gelegenheit benutzen, um zu einer Revision seiner Beziehungen zu den deutschen Staaten zu gelangen. Einfluß österreichischen Geldes auf die deutsche Presse. Die officiöse Presse Preußens muß gegen die Ueberhebungen der süddeutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preussischer Politik anschlagen. Das Wort „deutsch“ für „preussisch“ kann erst nach engerer und zweckmäßigerer Verbindung Preußens mit den deutschen Staaten auf die preussische Fahne geschrieben werden. Das Bundesverhältniß ein Gebrechen, das früher oder später ferro et igni wird geheilt werden müssen.

144. Bismarck an General Gustav v. Alvensleben, 14. Mai 1859 294
 Uebersendung einer Abschrift des Briefes vom 12. Mai an Alvensleben.
145. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 29. Mai 1859 . 295
 Die deutschen Collegien in Petersburg ein chronisches Uebel für Bismarck. Charakteristik derselben.
146. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 24. Juni 1859 . 298
 Motio der preussischen Mobilmachung und ihre verständige Auffassung in Petersburg. Beruhigende Wirkung der Truppenaufstellung auf den Kriegsfuror in Preußen und Deutschland. Preußens Absicht, in London und Petersburg den Anstoß zu einer friedlichen Intervention zu geben. Verbächtigung der amtlichen Wirksamkeit Bismarcks durch seine Gegner.
147. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 1. Juli 1859 301
 Bitte, der preussischen Anfrage für die Wiederherstellung des Friedens in Petersburg eine möglichst gute Aufnahme zu verschaffen.
148. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 25. September 1859 301
 Russische Wünsche betr. des Ortes der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinzregenten. Befürwortung von Breslau. Umschlag der Stimmung in demokratischen Kreisen zu Gunsten Preußens. Reisebisdpositionen.

- | | Seite |
|---|-------|
| 149. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 29. September 1859 | 304 |
| <p>Einverständnis des Prinzregenten mit der Wahl Breslau zum Orte der Entrevue. Preußens Antwort auf die österreichische Note an den Herzog von Coburg.</p> | |
| 150. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 31. December 1859 | 306 |
| <p>Die Wichtigkeit des Petersburger Postens macht eine anderweitige Vertretung Bismarcks als die bisherige nothwendig. Wahl des Grafen Berponcher zu dieser Mission. Persönliches.</p> | |
| 151. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 25. Juni 1860 . | 308 |
| <p>Eine Aufforderung zum Abschluß einer Coalition mit Preußen gegen Frankreich ist an Rußland nicht ergangen, konnte also auch von russischer Seite nicht abgelehnt werden. Erfreulicher und zugleich peinlicher Eindruck des Referates Bismarcks über seine Audienz beim Kaiser. Es fehlt an jedem Einverständnis zwischen russischen und preussischen Interessen mit denen Frankreichs in allen schwebenden politischen Fragen. Die Unmöglichkeit eines Bündnisses mit den Imperatoren des Ostens und Westens schließt freundschaftliche Beziehungen für Preußen nicht aus. Die Entrevue in Baden-Baden und Frankreichs Befriedigung über deren Verlauf. Eindruck der Persönlichkeit des Prinzregenten auf die deutschen Fürsten. In der orientalischen Frage kann Preußen Rußland nach Kräften unterstützen.</p> | |
| 152. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 3. August 1860 | 312 |
| <p>Die Teplitzer Zusammenkunft, ihre beruhigende Wirkung auf Handel und Wandel und ihre politische Bedeutung Frankreich gegenüber. Rußlands gerechte Beurtheilung der preussischen Intuitionen. Rußlands Nachgiebigkeit in der syrischen Frage. Immediatberichte. Depeschenbeutel. Die Werke Friedrichs des Großen als Geschenk für Gortschakow. Persönliches. Montgelas ein übler Tausch gegen Bray.</p> | |
| 153. Bismarck an Fürst Gortschakow, 3. September 1860 | 315 |
| <p>Ueberweisung der Werke Friedrichs des Großen an Gortschakow als Geschenk des Prinzregenten.</p> | |
| 154. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 21. September 1860 | 316 |
| <p>Die Warschauer Zusammenkunft darf nicht den Charakter einer gegen England gerichteten Demonstration tragen. Die Abberufung des russischen Gesandten von Turin ein „logischer Hiatus“. Personalien (Großfürstin Helene, Königin Victoria).</p> | |

	Seite
155. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 28. September 1860	318
Mißgeschick des Depeschenbeutels, der in Stettin zurückgelassen wurde.	
156. Prinz Karl v. Preußen an Bismarck, 18. November 1860	319
157. Fürst Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck, 22. November 1860	320
Uebersendung einer kunsthistorischen Abhandlung von Andr. Müller für die Akademie der Künste. Die Armereform.	
158. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 30. November 1860	320
Bourtalès wird angewiesen werden, sich mit dem französischen Hofe über den Gegenstand der Warschauer Besprechungen in directes Einvernehmen zu setzen. Verschlechterung der Lage in Oesterreich. Das eigentliche Motiv für den Liberalismus Napoleons III. eine Stärkung gegen den Ultramontanismus. Mißverständliche Auffassung einer Aeußerung des Prinzregenten hinsichtlich Sardiniens. Schwarz-Stieber.	
159. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 25. December 1860	323
Uebersendung von Schriftstücken betr. die Warschauer Besprechungen. Beantwortung der Thouvenellschen Depesche an Montebello. Interesse Deutschlands an der Erhaltung Venetiens bei Oesterreich. Strategischer Werth des Festungsvierecks. Gefahren der italienischen Nationalitätsbewegung für Deutschland und ihr revolutionärer Charakter. Das Königreich Italien wird für Preußen immer ein unsicherer Verbündeter sein. Minutolis Tod. Persönliches.	
160. Graf Nesselrode an Bismarck, 30. December 1860	326
Bitte um eine Unterredung für Staatssecretär Neutern.	
161. Bismarck an Großfürst Constantin, 6. Februar 1861	327
Bitte um eine Audienz für den Kaufmann Lühdorf.	
162. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 14. Februar 1861	328
Antwort des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses. Kühle Aufnahme der holsteinischen Sache in der Kammer. Gaetas Capitulation.	
163. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 5. März 1861	329
Eindruck der Warschauer Vorgänge. Oesterreichs Conflict mit Ungarn. Syrische Frage. Dänemarks Unnachgiebigkeit. Gaetaceremonie.	

	Seite
164. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 21. Juni 1861 .	331
Bismarck's Wunsch nach Urlaub. v. Schlözer als sein Vertreter. Schwierigkeiten in der schleswig-holsteinischen Frage, durch England gefördert, rücken die Execution immer näher. Nachtheile und Vorthelle einer europäischen Conferenz. Die Jubiläumssfeier ein Gegenstand der Differenz zwischen dem König und seinen Ministern. Reise dispositionen des Königs.	
165. Bismarck an die Fürstin Menchikow, Herbst 1861 .	335
Bitte um Zusendung des Statut organique Kaiser Nicolaus I.	
166. Fürstin Menchikow an Bismarck, Herbst 1861 . .	335
167. Minister Graf v. Bernstorff an Bismarck, 17. März 1862	336
Mittheilung der bevorstehenden Abberufung.	
168. Bismarck an Minister Graf v. Bernstorff, 22. März 1862	336
Glückwünsche des Kaisers für den König. Dank für Telegramm vom 17. März.	
169. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. October 1862	337
170. Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck, 10. November 1862	338
Dankbarkeit des Kronprinzen für Mittheilungen politischer Natur, seine Empfänglichkeit für Aufmerksamkeiten.	
171. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. December 1862	339
172. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 27. December 1862	339
173. Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm, 31. December 1862	340
Das preussische Volk und Art. 99 der Verfassung.	
174. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 11. Januar 1863	341
175. Minister a. D. v. d. Heydt an Bismarck, 24. Januar 1863	341
Bitte um den Stern zum Hohenzollernorden als Zeichen der Allerhöchsten Zufriedenheit.	
176. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 24. Februar 1863	342

	Seite
177. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 25. Februar 1863	343
178. Oberpräsident Senfft v. Pilsach an Bismarck, 9. Mai 1863	344
Der Kronprinz und die Fortschrittspartei.	
179. Minister v. d. Heydt an Bismarck, 7. Juni 1863	345
Theilnehmender Glückwunsch zu den Preßverordnungen. Der Danziger Vorfall ein bedauerliches Ereigniß.	
180. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 11. Juni 1863	346
Antwort des Königs auf das Schreiben des Kronprinzen.	
181. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 21. Juni 1863	346
Kaiser Napoleon über Preußens Vorgehen in der polnischen Frage. Grund der französischen Einmischung. Drouyn de L'Huys der heftigste Polenagitator. Fürst Metternich über Oesterreichs politische Haltung.	
182. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni, 2. Juli 1863	349
Prinzipieller Gegensatz des Kronprinzen gegen das Ministerium. Verfassungsmäßigkeit der Preßverordnung. Wahrscheinlicher Erfolg der Politik des Ministeriums: Untergrabung der Achtung vor der Verfassung, Stärkung anarchistischer Bestrebungen auf Seiten des Volks, Verfassungsbruch auf Seiten der Regierung. Verzicht auf die Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums.	
183. Graf F. zu Eulenburg an Bismarck, 7. Juli 1863	352
Die Berliner Pöbelzusammenrottungen. Gute Haltung der Schutzmannschaft. Gräuleinstift in der Niederlausitz. Personalien (Seiffarth, Graf Billers).	
184. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 10. Juli 1863	354
185. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Juli 1863	355
186. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 16. Juli 1863	355
Preßmittheilungen über den Inhalt der Correspondenz des Kronprinzen mit dem König.	
187. Bismarck an General G. v. Manteuffel, 16. Juli 1863	356

- | | Seite |
|---|-------|
| 188. Geheimrath v. Lecoq an Bismarck, 3. Januar 1864 | 357 |
| Augustenburger und Glücksburger haben durch ungleiche Heirathen das Recht auf die Erbfolge in Holstein verwirkt, in Dänemark bleiben sie nach der lex regia successionsfähig. | |
| 189. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 20. Januar 1864 | 358 |
| Einschränkung der Instruction für Graf v. Brangel, entsprechend den Erwägungen der Diplomatie. Bitte um Nachsicht bei Mißverständnissen und ungeduldbigen Aeußerungen von maßgebender Seite. | |
| 190. König Wilhelm an Kriegsminister v. Roon, 2. April 1864 | 360 |
| Zur Frage der Reduction der auf Kriegsstärke gesetzten Truppen. Gründe gegen die Reducirung. | |
| 191. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. April 1864 | 361 |
| Die nach Jütland gesandten Truppen genügen. Die Unbekanntheit mit den Zielen der preussischen Politik macht ihm ihre Unterstützung unmöglich. | |
| 192. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. April 1864 | 362 |
| Die Aufstellung eines festen Programms für Preußen ist nothwendig. Der Grundsatz, nach den Umständen zu handeln, läßt Hintergedanken einer preussischen Vergrößerungspolitik vermuthen, deren Verfolgung die deutsche Politik Preußens verfälschen würde. | |
| 193. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 6. Juni 1864 | 364 |
| Stimmung am Hofe Bückeburg und im Lipper Lande. Vertrauen des Fürsten Adolph in Bismarck. Conferenz des Prinzen Friedrich von Holstein-Glücksburg mit seinem Bruder in Sachen der Erbfolge in den Herzogthümern. | |
| 194. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Juni 1864 | 366 |
| Bitte um Uebersendung des Berichts, betr. die Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg. | |
| 195. Fürst Gortschakow an Bismarck, 9. Juli 1864 | 367 |
| Reisedispositionen des Zaren und Gortschakows. Pariser und Londoner Meldungen von Aeußerungen Gortschakows und Bismarcks. | |
| 196. Herzog v. Morny an Bismarck, 7. September 1864 | 368 |
| Napoleon III. ist in Uebereinstimmung mit Bismarck gegen Berufung einer Conferenz zu dreien. | |

	Seite
197. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 21. September 1864	369
Befriedigung der Kaiserin Eugenie über den Besuch des Königs. Warum der Kurfürst von Hessen-Kassel nicht nach Berlin gehen will.	
198. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 13. October 1864	370
Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten über den Termin für Einführung des neuen Tarifs und die Neugestaltung der Beziehungen des Zollvereins mit andern Staaten. Bahnbrechende Bedeutung des Handelsvertrags mit Frankreich.	
199. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1864	375
Glückwunsch zum Friedensschluß mit Dänemark und zum Erfolg in der Zollvereinsfrage. Die italienisch-französische Convention. Der Zollverein mit Oesterreich unmöglich. Köln-Trierer Bischofswahl, Gefahren des Listwahlsystems.	
200. General Graf v. Rostiz an Bismarck, 26. November 1864	378
Begrüßung Bismarcks als Ritter des Schwarzen Adlerordens.	
201. Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck, 2. Januar 1865	379
Die Bestätigung des Beitzfischen Ehrengerichtsurtheils eine Sache des Principis. Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburger.	
202. Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist an Bismarck, 7. Juni 1865	379
203. v. Razmer an Bismarck, 7. Juni 1865	380
204. Bismarck an Professor Virchow, 8. Juni 1865	381
205. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865	382
206. Kriegsminister v. Roon an Virchow, 8. Juni 1865	382
207. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865	382
208. Minister F. zu Eulenburg an Bismarck, 8. Juni 1865	383
209. Bismarck an Minister F. zu Eulenburg, 8. Juni 1865	383
210. v. Hennig an v. Reudell, 8. Juni 1865	384

	Seite
211. v. Reudell an Kriegsminister v. Roon, 8. Juni 1865	385
212. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865	385
213. Prof. Virchow an Kriegsminister v. Roon, 8. Juni 1865	385
214. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865	386
215. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865	387
216. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865	387
217. Graf Arnim-Boitzenburg an Bismarck, 8. Juni 1865	387
No. 202—217 Correspondenz über die Herausforderung Virchows zum Zweikampf.	
218. General Graf v. Moltke an Bismarck, 9. Juni 1865	388
219. Minister F. zu Eulenburg an Bismarck, 9. Juni 1865	388
220. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865	389
221. Bismarck an Kriegsminister v. Roon, 18. Juni 1865	389
222. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865	390
223. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 9. Juli 1865	390
v. Senffts Bitte um Verabschiedung und sein Vorschlag, den Kronprinzen an die Spitze der Civilverwaltung von Pommern zu stellen. Sein Vorschlag nur ein Versuch, zu er- fahren, wie das Ministerium zum Kronprinzen steht. Un- annehmbarkeit des Projects.	
224. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 15. Juli 1865	392
Summarische Wiedergabe des Schriftwechsels mit Wien. Aufforderung an den Kronprinzen, einer am 21. Juli in Regensburg angeordneten Conferenz bei zu wohnen. Sorg- fältige Geheimhaltung der Situation und der zu fassenden Entschliebung liegt im politischen wie finanziellen Interesse.	
225. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 15. Juli 1865	394
Zusage, zum 21. Juli in Regensburg zu erscheinen.	
226. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 14. December 1865	394
227. Marquis Wielopolski an Bismarck, 8. Mai 1866 .	395
Glückwunsch zur Errettung aus Lebensgefahr.	
228. Hofmarschall A. zu Eulenburg an Bismarck, 24. Mai 1866	396
229. Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck, 11. Juni 1866	396

	Seite
230. Professor Gelzer an Bismarck, 13. Juni 1866 . . .	397
Anfrage wegen einer Audienz.	
231. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 15. Juni 1866 .	398
Anfrage wegen des Einmarsches in Sachsen und der Kriegserklärung an Bayern.	
232. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 17. Juni 1866 .	399
Aufnahme der Preußen in Sachsen. Bitte, v. Stabowitz als diplomatischen Beistand zu senden.	
233. Fürst Heinrich LXVII. Reuß j. L. an Bismarck, 21. Juni 1866	401
Bitte, nichts Feindliches gegen das Land Reuß zu unternehmen.	
234. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Aug. 1866	401
Rundgebungen napoleonistischer Hungers. Napoleons Rheinufergelüste werden auch die Süddeutschen zu den Norddeutschen treiben. Die Statthalterstellung des Kronprinzen in Hannover.	
235. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. August 1866	403
236. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. Februar 1867	403
Der Kronprinz wird den König nach Dresden begleiten. Minister v. Bapdorf ein empfehlenswerther Candidat für die Functionen eines Bevollmächtigten zum Reichstag. Neuigkeiten der Reichstagsöffnung.	
237. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. Februar 1867	404
Uebereinstimmung des Kronprinzen mit dem Ziele der Bismarckschen Politik: Bildung eines auch Süddeutschland umfassenden Gemeinwesens. Die militärische Convention mit Sachsen. Frankreichs Ehrgeiz und Mißgunst. Die Eröffnung des ersten deutschen Reichstags ein Ausgangspunkt für die Geschichte Deutschlands.	
238. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 13. Mai 1867	406
Gesichtspunkte für die Besprechung der Reise des Kronprinzen und der Kronprinzessin nach Paris.	
239. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 28. Mai 1867	407
Preußenfreundliche Gesinnung der Großfürstin Helene. Wandlungen des Fürsten Gortschakow. Stimmung des	

	Seite
Publikums in Beziehung auf die Reise des Kaisers nach Paris.	
240. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 7. Juni 1867	408
Fürst Gortschakow über Kammerärger und preussische Finanzsorgen. Reisepläne Gortschakows. Personalien.	
241. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 7. Juli 1867	409
Savignys unklare Antwort auf das Angebot des Bundesvicelanzleramtes.	
242. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 17. Juli 1867	410
Unterredung mit Savigny: Ablehnung der Vicelanzlerstellung.	
243. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 1. August 1867	411
Rückgang des Vertrauens zu Preußen in den einverleibten Ländern und in Süddeutschland infolge der reactionären Maßregeln Eulenburgs und Tappes. Gründe der Unzufriedenheit. Die französische Depesche über Nordschleswig.	
244. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 2. August 1867	413
Uebersendung eines Aufsatzes über die Mißstände in Hannover und die Mittel ihrer Beseitigung.	
245. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. August 1867	414
Günstiger Verlauf der Verhandlungen mit den hannoverschen Vertrauensmännern. Für Hessen empfiehlt sich die Anknüpfung an die Verfassung von 1831. Desideria der hessischen Vertrauensmänner: Sicherstellung des Staatsschatzes und des Landemialfonds, Bildung einer Provinzialvertretung. Entstehung des Landemialfonds. Vorschläge für die Bildung des Provinziallandtags. Eigenartigkeit der Schleswig-Holsteiner Verhältnisse. Geh. Rath Brande.	
246. Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck, 15. December 1867	417
Dank für das Eintreten im Reichstag gelegentlich der Debatte über den Sächsischen Militärvereinskalender.	
247. Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen, 19. December 1867	419
Aufgabe der Bundespolitik ist, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen es als ein werthvolles Recht ansehen, dem	

	Seite
Bunde anzugehören. Die Centralisirung eines Theiles der Souveränitätsrechte in der Hand eines Einzelnen sichert den Fürsten die Gesamtheit ihrer sonstigen Rechte gegen innere Bewegungen wie gegen äußere Gefahren.	
248. Bismarck an v. d. Marmitz, 24. Januar 1868 . . .	420
Das Princip der Vorlage betr. die Bildung eines hannö- verischen Provinzialfonds ist richtig, seine Verwerfung durch die conservative Partei ein politischer Fehler.	
249. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 27. Januar 1868	421
Dank für das Interesse Bismarcks an Rumänien. Graf Heinrich Keyserling. Indiscretion Demetre Bratianos in Wien.	
250. v. d. Marmitz an Bismarck, 3. Februar 1868 . . .	422
251. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 6. März 1868	423
252. Professor Gelzer an Bismarck, 27. Mai 1868 . . .	423
253. Präsident Simson an Bismarck, 31. Januar 1869 . .	424
Dank für die Ernennung zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts.	
254. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 25. Fe- bruar 1869	425
Verdienste des Freiherrn v. Münchhausen um die Provinz Pommern: seine Versetzung nach Ostpreußen für Pommern ein Verlust.	
255. Hofmarschall Graf A. zu Eulenburg an Bismarck, 10. September 1869	426
256. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 15. Sep- tember 1869	427
Vorbereitungen zur Reise nach Wien, Cairo, Türkei und Palästina. Bitte, Graf H. Keyserling als Geschäftsträger von Bukarest nach Constantinopel zu senden. Vorzüge des Oberpräsidenten Horn trotz mancherlei Anfeindungen.	
257. Oberhofmarschall Graf Büdler an Bismarck, 28. Sep- tember 1869	428
Entschluß des Königs, den Landtag in Person zu eröffnen. Graf Beust. Reisebegleitung des Kronprinzen.	
258. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 22. Oct. 1869 . .	429
Anzeige der Verbindung mit der Prinzessin Elisabeth zu Wied. Die Ernennung des Grafen Keyserling nach Con-	

	Seite
stantinopel. Bitte, zum Nachfolger des Grafen Reyserling Herrn v. Stadowitz zu ernennen.	
259. Minister Camphausen an Bismarck, 29. October 1869	431
Camphausens Empfang durch den König. Vorschläge zur Abhülfe des Deficits ohne Steuerzuschlag und erste Skizze eines Finanzreformplanes.	
260. Bismarck an Präsident Delbrück, 5. November 1869	434
Camphausens Berufung in den Bundestag zu motiviren mit dem Bedürfnis präciserer Einheit der Bundesfinanzverwaltung mit der preussischen. Delbrücks Betheiligung an den Sitzungen der preussischen Minister als generell für Bismarck substituirt bedingt auch den Ministertitel für ihn.	
261. Staatssecretär v. Thile an Bismarck, 8. Juli 1870	436
Benedetti bei der Königin Augusta in Coblenz.	
262. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, ? Januar 1871	436
Großfürstin Helene weiß, warum der Krieg geführt wird, Kaiser Alexander II. ist correct trotz der ihn umgebenden Damen. Scariatins Tod.	
263. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 3. Juli 1872	437
Bedürfnis nach Ruhe. Einreichung eines Abschiedsgesuchs.	
264. Fürst Gortschakow an Bismarck, 15. November 1872	439
265. Bismarck an Fürst Gortschakow, 20. November 1872	439
266. Graf S. v. Arnim an Bismarck, 17. Januar 1873	440
Mittheilung des Dr. Evans von einem geplanten Mordversuch vermittelt einer vergifteten Cigarre.	
267. v. Scheele an Bismarck, 9. April 1873	441
Bitte, in Sachen des Reichseisenbahngesetzes den Abg. Riquel zu hören.	
268. Minister B. v. Bülow an Bismarck, 29. Juni 1873	442
Annahme des Postens eines Staatssecretärs nach erlangter Entlassung aus dem medlenburgischen Staatsdienst.	
269. Bismarck an Minister B. v. Bülow, 7. Juli 1873	443
Weiterführung des gegenwärtigen Zustandes bis nach Ablauf der Urlaubszeit.	
270. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 26. Juli 1873	444
Bitte um Gewährung einer Unterredung über die Verhältnisse an der unteren Donau. — Anlagen: 2 Meldungen von v. Stadowitz.	

	Seite
271. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 10. Oct. 1873	446
Meldung des Dienstantritts. Einführung durch Herrn v. Balan. Abschied vom Großherzog von Schwerin. Entgegenkommen des diplomatischen Corps.	
272. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 12. Oct. 1873	448
Bitte, das Abschiedsgesuch zu unterstützen mit Rücksicht auf den Rückgang der Fähigkeiten. General v. Kamete als Nachfolger im Kriegsministerium.	
273. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 10. November 1873	450
Dank für die Befürwortung der Ernennung zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums.	
274. Fürst Gortschakow an Bismarck, 10. November 1873	451
275. Bismarck an Fürst Gortschakow, 10. November 1873	452
276. Fürst Gortschakow an Bismarck, 11. November 1873	452
277. König Albert von Sachsen an Bismarck, 19. November 1873	452
Bitte um Unterstützung und guten Rath bei Antritt des Königthums, Versicherung kräftiger Unterstützung in allem, was Bismarck zum Heile des Reiches und deutschen Volkes unternehmen wird.	
278. Staatssecretär B. v. Bülow an Graf H. v. Bismarck, 6. Juli 1874	453
Delegirung eines bayerischen und eines preussischen Polizeibeamten nach Riffingen zum Schutze Bismarcks.	
279. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 9. Juli 1874	454
Verhandlungen mit Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthschaftlichen Ministeriums. Bereitwilligkeit des Königs, ihn zum Minister zu ernennen. Regierungspräsident v. Puttkamer als event. Ersatzmann, wenn Friedenthal ablehnt. Ernennung des Geh. Raths Schuhmann zum ersten Vortragenden Rath im Staatsministerium.	
280. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 14. Juli 1874	457
Glückwunsch zur Errettung aus Lebensgefahr. Eindruck des Attentats; Zusammenhang desselben mit den Hegereien der Ultramontanen. Verhalten der Minister.	
281. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 19. Juli 1874	459
Abschluß der Verhandlungen mit Friedenthal.	

	Seite
282. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 4. August 1874	460
Apathie oder gar Opposition des gläubigen Theiles der evangelischen Geistlichkeit. Die Synodalverfassung als Mittel der Besserung.	
283. Bankpräsident v. Dethend an Bismarck, 6. Januar 1875	461
Einreichung von Schriftstücken zur Bankfrage zur Entlastung von einem erhobenen Vorwurf. Finanzminister Camphausen als schuldiger Theil.	
284. Prinz Albrecht von Preußen an Bismarck, 1. April 1875	463
Glückwunsch zum 60. Geburtstag.	
285. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 8. April 1875	463
286. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 7. Juni 1875	464
Bisherige Unthätigkeit des diplomatischen Ausschusses des Bundesraths. Die verfassungsmäßige Mitwirkung des Bundesraths bei Kriegserklärungen im Namen des Reichs erheischt die Berufung des Ausschusses durch Preußen, auch wenn es nicht Mitglied desselben ist.	
287. Bismarck an Minister v. Mittnacht, 16. Juni 1875.	466
Mittnachts Schreiben ein Ausbruch reichsfreundlichen Vertrauens. Nützlichkeit des diplomatischen Ausschusses für den Reichskanzler selbst, wenn auch nicht gerade in der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Einrichtung. Der Reichskanzler wird jedem Vorschlag zur Modification erwägend näher treten, der von Seiten der im Ausschuss vertretenen Regierungen gemacht werden wird.	
288. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 11. Juli 1875	468
Besorgniß des Ministers v. Pfretzschner vor Vorwürfen in der bayerischen Abgeordnetenkammer wegen der Inactivität des diplomatischen Ausschusses. Seine Vorschläge zu einer Reform. Anfrage um gelegene Zeit zu einer Besprechung.	
289. Minister v. Pfretzschner an Bismarck, 12. August 1875	470
Wahrscheinliche Vorwürfe gegen die Regierung im bayerischen Landtage. Es ist wünschenswerth, sich über die Modalitäten zu verständigen, wie der diplomatische Ausschuss in den Dienst der gemeinsamen nationalen Interessen zu stellen ist.	
290. Bismarck an Minister v. Pfretzschner, 27. August 1875	472
Bereitswilligkeit Bismarcks, jeder Entwicklung unserer nationalen Institutionen förderlich zu sein. Die Angriffe im	

	Seite
bayerischen Landtage würden nur den nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen.	
291. Bismarck an Minister Visconti Venosta, 13. October 1875	473
Der Zustand der Gesundheit gestattet nicht die Reise nach Berlin.	
292. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. December 1875	474
Theilnahme der Kronprinzlichen Familie am Tode des Grafen Wendt zu Eulenburg.	
293. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. December 1875	475
Bitte um Vortrag über die Frage des Uebergangs sämmtlicher Eisenbahnen an das Reich.	
294. Fürst Ehl. zu Hohenlohe an Bismarck, 1. Januar 1876	475
Stellung des Fürsten Hohenlohe zum sog. Arntimparagaphen.	
295. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. Jan. 1876	477
Empfehlung des Dr. Geffden.	
296. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 8. Jan. 1876	477
Charakteristik des Dr. Geffden und sein Zusammenhang mit den Ultramontanen. Feindselige Haltung Geffdens gegen die Reichsinteressen.	
297. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Januar 1876	479
Unbekanntschaft des Kronprinzen mit Geffdens Sinneigung zum Katholicismus und seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Preußen.	
298. Graf v. Roon an Bismarck, 15. Februar 1876	480
Bitte um Beförderung des Regierungsraths v. Brauchitsch.	
299. Cardinal G. v. Hohenlohe an Bismarck, 5. März 1876	483
Äußerungen des Cardinals Ledochowski zum preussischen Kirchenstreit. Cardinal Reisch als Anstifter alles Uebels.	
300. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Mai 1876	484
301. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Mai 1876	485
Empfehlung Friedbergs für das Reichssecretariat für Justizangelegenheiten.	

	Seite
302. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 17. Mai 1876	486
Zurücknahme des Entlassungsgesuchs. Uebereinstimmung der Minister mit Bismarcks Vorschlägen betr. Bülow und Hofmann.	
303. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni 1876	486
Nochmalige Verwendung zu Gunsten Friedbergs und seiner Ernennung zum Staatssecretär für die Reichsjustizangelegenheiten.	
304. Bismarck an Botschafter Graf Münster, 6. Juli 1876	488
Einwirkung der im Immediatbericht enthaltenen Mittheilungen über einen bevorstehenden Krieg zwischen Rußland und England auf den Kaiser. Die Beruhigungsvorstellungen an England können sich an den Text des englischen Circulars von 1875 anschließen. Bitte, die Berichte an den Kaiser durch das Ministerium zu senden.	
305. Minister v. Rostitz-Wallwitz an Bismarck, 1. November 1876	489
306. Bismarck an Minister v. Rostitz-Wallwitz, 18. November 1876	490
307. Bankpräsident v. Dechend an Bismarck, 1. December 1876	491
Bemerkungen zu dem Entwurf einer Verfügung an das Reichsbankdirectorium, betr. die Silberverkäufe.	
308. Bismarck an Graf Holnstein, 27. Januar 1877 . .	492
Dank für die Ernennung v. Rudharts zum bayerischen Gesandten. Rußisch-französische Annäherung.	
309. Gambetta—Bismarck, 1877. 1878	493
I. Graf Guido Hendel-Donnersmard an Bismarck, 17. October 1877	
	493
II. Graf G. Bismarck an Graf Hendel-Donnersmard, 30. October 1877	
	494
Directe Aufträge oder Mittheilungen Gambetta zukommen zu lassen, hält Bismarck nicht für rathsam. Die republikanische Staatsform ist die einzige, die eine friedliche Gestaltung der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland dauernd ermöglichen kann. Friedliche Gesinnung der Masse des französischen Volks. Gefahren des Ultramontanismus oder eines mit ultramontaner Unterstützung gelungenen Staatsstreichs. Abneigung Bismarcks gegen Provocation irgend eines Krieges.	

	Seite
III. Graf Fendel-Donnersmard an Bismard, 23. December 1877	497
Beweise des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten. Graf Fendel erbietet sich, Gambetta öffentlich oder heimlich nach Barzin zu bringen. Gambettas bedingungslose Herrschaft in seiner Partei.	
IV. Bismard an Graf Fendel-Donnersmard, 28. December 1877	499
Freude über den Wechsel in der Person des Botschafters. Bismard ist nicht abgeneigt, mit Gambetta in persönliche Beziehungen zu treten, hält aber den Zeitpunkt in Gambettas eigenem Interesse für verfrüht.	
V. Graf Fendel-Donnersmard an Bismard, 12. April 1878	501
VI. Graf Fendel-Donnersmard an Bismard, 12. April 1878	501
VII. Bismard an Graf Fendel-Donnersmard, 14. April 1878	502
VIII. Gambetta an Graf Fendel-Donnersmard, 22. April 1878	503
IX. Graf Fendel-Donnersmard an Bismard, 23. April 1878	503
X. Graf Fendel-Donnersmard an Bismard, 23. April 1878	503
Gambetta ist zur Reise nach Berlin bereit.	
XI. Gambetta an Graf Fendel-Donnersmard, 24. April 1878	504
Behinderung Gambettas durch die Rücksicht auf die Debatte in der Kammer.	
XII. Telegramm an Graf Fendel-Donnersmard, 24. April 1878	505
310. Bismard an Fürst Ehl. zu Hohenlohe, 1. Januar 1878	506
Glückwunsch zum neuen Jahre und Dank für die geschickte und loyale Vertretung der deutschen Politik.	
311. Fürst Ehl. zu Hohenlohe an Bismard, 5. Januar 1878	507
Dank für die Anerkennung und Zusicherung voller und unbedingter Mitwirkung.	

	Seite
312. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 28. Januar 1878	508
Die Entsendung nach Rom zur Beisetzung Victor Emanuels und ihre politischen Früchte. Cardinal Hohenlohe. Prinz Napoleon.	
313. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Februar 1878	509
314. Graf H. Bismarck an Graf Holnstein, 22. Febr. 1878	510
Annahme der Stellvertretungsvorlage im Bundesrath. Bedeutung der Vorlage. Festhalten des Reichskanzlers an der föderativen Grundlage des Reichs und den verfassungsmäßigen Rechten des Bundesraths. Mit Reichsministerien hat die Vorlage nichts zu thun, sie soll nur dem Reichskanzler die Möglichkeit bieten, sich vertreten zu lassen.	
315. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. April 1878	513
316. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 14. Mai 1878 .	513
Graf Andrássy wünscht Stolbergs Verbleiben in Wien bis zur Lösung der Frage, ob und wo der Congreß stattfinden soll. Falls Abgang vor Beendigung des Kampfes mit der römischen Hierarchie würde bedenklich sein. Der principielle Gegensatz zwischen den Ansichten des Kaisers und Falls läßt eine dauernde Verständigung nicht erwarten.	
317. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1878	516
Bereitwilligkeit des Kronprinzen zur Uebernahme der Statthalterstellung in Elsaß-Lothringen.	
318. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 28. Mai 1878 .	516
Das Entlassungsgesuch des Ministers fällt im jetzigen Augenblick sehr unbequem. Wer ist schuld an den im christlichen Leben hervorgetretenen Schäden? Der Eigensinn des Präsidenten des Oberkirchenraths, Herrmann, hat die Opposition vermehrt.	
319. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 30. September 1878	518
Glückwunsch zur Verlobung der Tochter.	
320. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 10. October 1878	519
Simson als geeignete Persönlichkeit für den Posten eines Präsidenten des obersten Reichsgerichts.	

	Seite
321. Fürst Ehl. zu Hohenlohe an Bismarck, 10. Dec. 1878 Dank für die Verleihung der Insignien des Schwarzen Adlerordens.	519
322. Präsident Simson an Bismarck, 19. März 1879 Annahme des Amtes eines Präsidenten des Reichsgerichts.	520
323. Kaiser Wilhelm an Staatssecretär B. v. Bülow, 29. August 1879 Eine Reise nach Wien unthunlich, Bismarck ist zu ver- ständigen.	521
324. Bismarck an Staatssecretär B. v. Bülow, 30. August 1879 Der Besuch in Wien muß, da angekündigt, stattfinden, wegen der sonst zu befürchtenden politischen Konsequenzen.	521
325. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 30. August 1879 Einverständnis des Kaisers mit dem Besuche Bismarcks in Wien. Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren.	522
326. Graf Andrassy an Bismarck, 1. September 1879 Uebereinstimmung des Kaisers Franz Joseph mit Tendenz und Resultat der Gasteiner Besprechungen über Abschluß eines deutsch-österreichischen Defensivvertrags. Kaiser Alexander will persönlich den Frieden, aber er steht unter dem Einfluß seiner andersdenkenden Umgebung. Der Vertrag eine Garan- tie für die Zukunft beider Reiche.	522
327. Bismarck an Graf Andrassy, 3. September 1879 Schwierigkeiten geographischer und politischer Art bei den Verhandlungen mit Kaiser Wilhelm über den Abschluß des Defensivbündnisses. Wandlung in der Stimmung des Zaren Alexander, bestätigt durch die Einladung um Entsendung preussischer Officiere nach Warschau. Mantouffels Sendung. Zusammenkunft in Alexandrowo. Heilsamkeit und Noth- wendigkeit des unternommenen Werkes.	524
328. Bismarck an Graf Andrassy, 20. September 1879 Der Kaiser ist bereit, der Verabredung über eine Defensiv- allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zuzustimmen.	528
329. Cardinal Gustav v. Hohenlohe an Bismarck, 26. No- vember 1879 Hoffnung clerikaler Heißsporne, die Jesuiten wieder in Preußen einzuschmuggeln.	529

	Seite
330. Graf Lehndorff an Bismarck, 15. December 1879	530
Besorgniß des Kaisers über das Befinden Bismarcks.	
331. Bismarck an Graf Lehndorff, 15. December 1879	531
Dank für die gnädige Theilnahme des Kaisers.	
332. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 2. Mai 1880	531
Dank für die Zusendung des Erlasses über die Kirchenfrage.	
333. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 17. Mai 1880	532
Dank für Zusendung der Kirchengesetze und die sichtsvolle Darlegung der Verhältnisse. Schmerz des Königs über Bismarcks beabsichtigten Rücktritt von den Geschäften.	
334. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 15. Juni 1880	533
335. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1880.	534
Reisebericht über die in England empfangenen Eindrücke. Unterredung mit dem Thronfolger.	
336. Cardinal Gustav v. Hohenlohe an Bismarck, 25. März 1881	535
Glückwünsche zum Geburtstag.	
337. Lord Ampthill an Bismarck, 1. April 1882	535
Lord Granville über Graf F. Bismarck.	
338. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. Mai 1882	537
339. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 7. Mai 1882	537
Glückwunsch zur Geburt des Enkels.	
340. Präsident Simson an Bismarck, ? Januar 1883 (?)	537
341. Graf v. Sedendorff an Bismarck, 25. Januar 1883	538
Uebersendung der Denkmünze auf den silbernen Hochzeitstag des Kronprinzen.	
342. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1884	539
343. General v. Albedyll an Bismarck, 7. Juli 1885	540
Ohnmachtsanfall des Königs in Ems. Aeußerungen des Kronprinzen über einen Verzicht auf alle Neuerungen im Falle des Thronwechsels und über den Wunsch einer Verständigung mit Bismarck. Nothwendigkeit einer solchen Verständigung. Besserung im Befinden des Kaisers.	

	Seite
344. Bismarck an General v. Albedyll, 16. Juli 1885 .	542
Unterredung Bismarcks mit dem Kronprinzen.	
345. Kronprinzessin Victoria an Bismarck, 24. Dec. 1885	543
346. Flügeladjutant v. Pleffen an Bismarck, 15. Mai 1886	544
Meldung von einem Anfall von Lähmung bei Kaiser Wilhelm.	
347. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 4. März 1888	544
348. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 5. März 1888	545
349. Flügeladjutant v. Brösigke an Bismarck, 6. März 1888	546
350. Flügeladjutant v. Brösigke an Bismarck, 8. März 1888	546
351. Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck, 8. März 1888	547
352. Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck, 9. März 1888	547
No. 347—352 Meldungen über die letzte Krankheit Kaiser Wilhelms I.	
353. Hofmarschall Graf Radolinski an Bismarck, 11. März 1888	547
Kaiser Friedrich wird die Minister in Leipzig empfangen, Bismarck bleibt überlassen, den Kaiser erst in Bittersfeld zu begrüßen.	

1.

Bismarck an Albert v. Belov.

Lieber Albert.

Der sehr beschleunigte Geschäftsgang und Schluß des Landtags hat mich verhindert, diesen zweiten Brief dem ersten so-
gleich folgen zu lassen. Vorgestern war die letzte Sitzung; nach-
dem ich allein protestirt, und eine lange Verwahrung im Namen
des platten Landes gegen Hansemanns*) Verschwendungen für
den panier percé der Industrie eingelegt hatte**), votirte die Ver-
sammlung, durch eine sehr gute Rede von Vinde***) fortgerissen,
mit großer Majorität einen Credit von 40 Mill., nachdem die
20 Mill. des Schatzes in wenig Wochen des neuen Regimes
verarbeitet sein werden. Dieß Votum gab der Landtag, wie
alle übrigen seit dem 1 April, unter dem Einfluß der Angst
vor den Dingen, die noch kommen könnten, und gegen die
innre Ueberzeugung der Majorität. Hansemann gab zwar, als
er mir antwortete, eine Art von Versprechen, bis zur neuen
Volksvertretung keine außerordentlichen Steuern auszusprechen,
aber wohl nur, weil er wegen der Abstimmung besorgt wurde.
Nachdem man ihm die Allgewalt über den Beutel der Steuer-
pflichtigen in der Art, wie geschehn, eingeräumt, ist mir etwas
bange vor dem Gebrauch, den er davon machen wird, da
Gerechtigkeit und Besonnenheit die letzten Eigenschaften sind,

1848
12. 4.

*) David Hansemann, Finanzminister, März bis September 1848.

**) Vgl. Bismarck, Politische Reden I, 53 ff.

***) Georg Freiherr v. Vinde.

1848 die man von ihm erwarten kann. Es ist unerhört, daß der
12. 4. Landtag das Land auf diese Weise rechtlos machen konnte, indem man Hansemann (denn der überlistet die andern Minister doch) überließ, diese 40 Mill. auf jede beliebige Art, durch Erhöhung alter oder Einführung neuer Steuern aufzubringen; man konnte das Geld, wenn die Nothwendigkeit nachgewiesen war, bewilligen, aber man mußte Auskunft über die Art der Aufbringung fordern, für den Fall, daß es mit Anleihen nicht zu beschaffen wäre. — Du siehst, ich bin noch im frischen Aerger der Politik. Auf Wiedersehn.

Dein treuer Vetter

12 4 48.

Bismarck.

2.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1851 sende ich in der Person des Ueberbringers Ihrem Wunsche
7. 6. gemäß den Assessor Studloff, um ihn für litterarische Zwecke soweit als thunlich und auch sonst zu verwenden. Ich erbitte mir bald Ihre gefällige Aeußerung über seine Brauchbarkeit und bemerke, daß er, soviel ich von ihm gesehen habe, viel guten Willen, aber dabei eine gewisse ungestüme und oft fehlgreifende Thätigkeit hat.

Daß ich Ihre interessanten Mittheilungen*) bisher nicht beantwortet habe, werden Sie in gewohnter (Güte)**) mit dem außerordentlichen Drange der Geschäfte und Ereignisse, in welchen ich mich wie in einer Treitmühle befunden habe, entschuldigen. Diese übermäßigen Anstrengungen haben auf mein

*) Berichte vom 26. und 27. Mai, Preußen im Bundestage IV, No. 1 u. 2 S. 1 ff., 5 ff.

**) Ergänzung des Herausgebers.

Nervensystem eine so ungünstige Wirkung gehabt, daß Barez mich in ein Bad bei Detmold schicken will. Wie das zu ermöglichen, ist mir noch unklar. Vor der Hand gehe ich auf 3 Tage nach der Lausitz. Mit meiner Reise nach Warschau bin ich sehr zufrieden, sie war aber ebenfalls sehr anstrengend. Den Kaiser habe ich vortrefflich gefunden; leider unsern Herrn viel weniger.

1851
7. 6.

Der Kaiser hat sich mir allerdings (als)*) ein Ichneumon gegen die Protodil-Eier des Constitutionalismus zu erkennen gegeben, er blieb indeß für meinen Einwand, daß dieses sich selbst abspielende System durch gewaltsame Angriffe nur die ihm sonst fehlende Kraft erhalten könne, nicht unempfänglich.

Mit der Art und Weise, wie die Dinge in Frankfurt gehen, bin ich nicht ganz einverstanden und werde darüber nächstens offiziell an Herrn v. Rochow schreiben, auch Ihnen ausführlicher als ich jetzt vermag meine Ansicht mittheilen.

Graf Thun scheint auf gut österreichisch den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen und die Dinge de facto erledigen zu wollen; das ist aber nicht unsere Position; man muß den Fragen wirklich auf den Leib gehen; und wird man dann nicht fertig, so müssen wir uns mehr und mehr von den ganzen Geschichten zurückziehen.

Oesterreich mit seinen innerlich ungeordneten Verhältnissen hat viel mehr Interesse als wir, Alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, wobei wir dann immer mehr oder weniger das Nachziehen haben; unsere Aufgabe ist, mit Gründen der Vernunft zu kämpfen und dadurch sowie durch eigene Festigkeit den Kleinen zu imponiren. Zu diesen Aeußerungen veranlaßt mich zunächst die Hessische Sache**).

Meine Frau grüßt bestens.

*) Fehlt im Orig.

**) Der Kurhessische Verfassungskstreit.

1851 Leben Sie wohl, lieber Bismarck, und behalten Sie lieb
7. 6. Ihren
 ergebenen Diener und Freund
 B. 7/6 51. Manteuffel.

Ihre Briefe sind mir immer sehr willkommen, ich bitte
sie fortzusetzen.

3.

Edwin v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 9^{ten} Juni 1851.

Hoher Gönner.

1851 Ich habe 2 Briefe von Ihnen empfangen, den ersten von
9. 6. Mitte Mai in Warschau, den 2^{ten} vom 30^{ten} Mai: beide habe
ich Manteuffel mitgetheilt, auf den ersten hat er mir gesagt,
daß die nöthigen Schritte in Betreff Englands und Frankreichs
bereits geschehen wären, den 2^{ten} hat er mir vorgestern zurück-
geschickt, ohne daß ich Gelegenheit gehabt hätte, mit ihm über
dessen Inhalt zu sprechen. An Stodhausen*) habe ich den Brief
nicht gezeigt, da er diese Verhältnisse**) zu genau kennt, und
darin gewiß von selbst thut, was zu thun ist. Ich halte das
Ding für eins der schwierigsten. Gehen Sie die ganze Preussische
Armeegegeschichte durch, so werden Sie finden, daß die Preussischen
Officiere immer schlechter besoldet gewesen sind als alle übrigen
und immer verstanden haben, mit Anstand zu hungern und
doch in Gesellschaft ihre Rolle zu spielen***). Viel richtiger als

*) Kriegsminister.

**) Die Besoldungsverhältnisse der preussischen Offiziere.

***) Vgl. dazu Bismarcks Brief an Leop. v. Gerlach vom 22. Juni
1851, Ausgabe von H. Rohl S. 9.

specielle Geldzulagen halte ich die Wegschaffung des Unsinnes, 1851
daß ein bayerischer, darmstädtischer oder ich weiß nicht was 9. 6.
für ein deutscher Officier mit einem Preussischen nach dem
Patent rangiren soll. Das ist nie gewesen, hat zwar in der
Bundesmatrikel gestanden, war aber zu der Zeit nie in die
Realität getreten. Jetzt, seit mehreren Jahren geschieht das, und
das macht den Preussischen Officier todt. Soll er Preussischer
Officier bleiben, so muß er als Preussischer Officier von oben
hingestellt und gehalten werden. Wie ich Sec.-Lt. war, sollte
ich bei einem k(leinen) d(eutschen) Fürsten Gouverneur und Ritt-
meister in dessen Armee werden — ich sah es als eine Be-
leidigung an und jetzt soll der Preussische Officier mit all den
Leuten nach dem Patent rangiren — das kann er nicht ver-
dauen, und den Punkt halte ich für wichtiger als alle Geld-
punkte, die sich in letzter Instanz finden, wenn erst eine
gewisse Politik: das Land gefällt mir, erobert mirs: zur Geltung
kommt — und das wird sein und muß sein, denn es heißt
aut, aut — aufhören oder erobern. Ich fange an zu parabeln
und das will ich nicht: Ich kann Ihnen also von hier gar
nichts erzählen, da ich Niemand sehe. Vom General Rochow
habe ich gestern einen sehr freundlichen Brief bekommen, ich werde
General Gerlach sagen, daß er die Ordensliste wünscht, denn
ich selbst habe sie nicht und kenne sie nicht einmal; die Groß-
fürsten waren hier charmant und haben sehr gefallen. Meine
Frau läßt sich Ihnen sehr angelegentlich empfehlen. Bitte
haben Sie die Güte, General Rochow meine gehorsamsten Em-
pfehlungen auszusprechen und meinen Vetter herzlich zu grüßen.

In aufrichtiger Anhänglichkeit

Edw. Manteuffel.

4.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1851 habe ich wiederum für mehrere interessante Mittheilungen*) zu
21. 6. danken.

Ich bin in letzter Zeit hier in vielfacher Heze gewesen. Fürst Paskewitsch nebst unzähligen Russen macht gesellschaftliche Ansprüche, der Däne Reedz**) stellte die Geduld theils durch volksthümliche Zähigkeit theils durch obligates Stottern auf die Probe, und endlich kam noch Uhden***) mit Nöthen aller Art und Entstehung aus Cassel hier an, denn er klagt über den Cursfürsten, über Hassenpflug†) und über Reiningen††). Ueberdies handelt es sich darum 3 Ministerien zu besetzen, Krieg, Finanzen und Ackerbau.

Mit vieler Mühe ist es mir gelungen, Stockhausen zu bewegen, zu bleiben. Er geht auf 8 Wochen auf Urlaub. Seine Gesundheit ist sehr angegriffen.

Die beiden andern Ministerien sind noch nicht besetzt. Duesberg†††) war deshalb hier, aber es ist noch nicht abgeschlossen, und im Allgemeinen ist er mir zu charakterlos und subaltern. Die Königin will Costenoble, den finde ich noch schlimmer. Wigleben§) halte ich für unbrauchbar; er hat sich auch neuerlich in der Angelegenheit der Kreis- und Provinzial-Stände sehr unpassend benommen. Bodelschwingh aus Arnberg§§)

*) Vom 7., 11., 12. Juni, Preußen im Bundestage IV, No. 3—5 S. 8 ff.

**) Dänischer Minister.

***) Karl Alex. v. Uhden, seit 1850 preuß. Civilcommissar in Kurhessen.

†) Cursfürst. hessischer Minister der Justiz und des Innern.

††) Graf Christian Franz von Reiningen-Westerburg war 1850 als Bundescommissar nach Kurhessen gesendet worden.

†††) Oberpräsident von Westphalen.

§) Oberpräsident der Prov. Sachsen.

§§) Karl v. Bodelschwingh, damals Regierungspräsident in Arnberg.

wäre mir der liebste, wenn schon er für einen Intriguant gilt. Wissen Sie noch jemand zu nennen? 1851
21. 6.

Ihre Mittheilungen aus Frankfurt haben für mich hohes Interesse. Unsere letzten Propositionen müssen die dortigen Verhandlungen lebendiger machen. Ich meine, man muß die Kleinen auf die Probe stellen, geht es mit Staaten dieser Complexion nicht, nun dann muß man an andere Gestaltungen denken, fern von eigennützigen Phrasen, aber rein der Selbsterhaltung wegen. Schlimm ist es freilich, daß man den Oesterreichern noch immer nicht ganz trauen kann. Wäre dieß der Fall, so fürchtete ich gar nichts. Ich meine es vollkommen aufrichtig und ehrlich, so lange aber bei diesen nicht Gleiches Statt findet, so lange sie uns Fallen legen, wären es auch nur Eitelkeits-Fallen, so lange sind die Schwächlinge stark und Deutschland mit ihnen schwach. Wie es mit meiner Badereise wird, weiß ich nicht, noch sehe ich keine Möglichkeit.

Den 3^{ten} August will der König in Königsberg sein.

Meine Frau trägt mir Grüße an Sie auf.

Behalten Sie uns lieb, wie ich mit vollkommenster Treue und Liebe verharre

Ihr

ganz ergebener

B. 21/6. 51.

Manteuffel.

5.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Erw. Hochwohlgeboren

habe ich zunächst meinen Dank zu sagen für mehrere briefliche Mittheilungen**), welche ich mit hohem Interesse gelesen und (denen ich)***) meine volle Berücksichtigung zugewendet habe. 1851
11. 7.

*) Benutzt in Gedanken und Erinnerungen I, 130, 137.

**) Vom 29. Juni, 5. Juli, Preußen im Bundestage IV, No. 6—7 S. 18 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1851 Ueberdies möchte ich mit Ihnen, geehrter Freund, noch
11. 7. eine recht lange und ausführliche Unterhaltung pflegen, indeß
darauf muß ich bei dem geringen Maaß meiner heute so viel-
fach in Anspruch genommenen Zeit verzichten. Ich beschränke
mich daher auf wenige Notizen, wegen deren Rapidar-Stil ich
im Voraus um Verzeihung bitte.

1. Herr v. Rochow hat seine Abberufung von Frankfurt
beantragt, ich habe dem König davon gesagt, und dieser (hat)*)
Ihre Ernennung genehmigt. Der Bericht wird nun morgen
abgehen und die Vollziehung der Bestallung wohl demnächst
erfolgen und Ihnen hierauf zugehen. Es versteht sich dabei
von selbst, daß man Herrn v. Rochow nicht brusquement weg-
schicken kann; ich beabsichtige ihm daher heute noch einige Worte
darüber zu schreiben und glaube Ihres Einverständnisses gewiß
zu sein, wenn ich in dieser Sache mit aller Rücksicht auf
Herrn v. Rochows Wünsche verfare, da ich es in der That nur
Dank wissen kann, daß er die schwierige und undankbare
Mission angenommen hat, im Gegensatz zu manchen anderen
Leuten, die immer mit der Kritik bei der Hand sind, wenn es
aber auf das Handeln ankommt, sich zurückziehen. Daß ich
Sie damit nicht meine, brauche ich nicht zu versichern, denn Sie
sind ja auch mit auf die Bresche getreten und werden sie, so
denke ich, auch allein vertheidigen.

2. Was unsere innern Verhältnisse, namentlich die ständi-
schen Dinge betrifft, so würde die Sache ganz leidlich gehen,
wenn man darin mit etwas mehr Maaß und Geschick verführe.
Westphalen ist in der Sache vortrefflich, ich schätze ihn sehr hoch
und wir sind im Wesentlichen einverstanden; die Feder von
Alübow**) scheint mir indeß keine recht glückliche zu sein, und
es sind in der Form wohl manche nicht nothwendige Verstöße

*) Ergänzung des Herausgebers.

**) Director im Ministerium des Innern.

vorgekommen. Weit schlimmer aber noch ist die Attitude welche dabei die Kreuz-Zeitung einnimmt. Nicht allein triumphirt sie in ungeschickter und aufregender Weise, sondern sie will auch zu Extremen drängen, die ihr wahrscheinlich selbst nicht behagen würden. Wenn es z. B. möglich wäre und gelänge den vereinigten Landtag mit allen seinen Consequenzen pure wieder herzustellen, — und weiter könnte man doch nicht gehen — was wäre damit wohl gewonnen? Ich finde die Position der Regierung viel günstiger, wenn sie, bis eine gründliche organische Umgestaltung als nothwendig sich ergeben hat, die Sache gewisser Maaßen in der Schwebe hält. Ich hoffe und wünsche, daß man dann auch von den Provinzial-Ständen los etwa auf Communal-Stände nach alten historischen Begrenzungen, die auch in der Rhein-Provinz noch nicht verwischt und in allen alten Provinzen noch sehr erkennbar sind, zurückkommen und aus diesen die Landes-Vertretung hervorgehen lassen wird. Das sind aber Dinge, die man nicht im Sprunge erreichen kann, wenigstens nicht ohne große Stöße, die man doch zu vermeiden Anlaß hat. Die † Zeitung hat mir nun förmlich Fehde ankündigen und als Preis und Zeichen der Submission die Entlassung des pp. Duehl fordern lassen, ohne zu bedenken, daß selbst wenn ich einen fleißigen und aufopfernden Menschen Preis geben wollte, was nicht meine Absicht ist, ich es unter solchen Verhältnissen gar nicht könnte.

1851
11.7.

Ich bitte, daß Erw. Hochwohlgeboren mir bald einmal recht offen Ihre Ansicht über Studloff schreiben. Ich halte ihn für einen fleißigen, ehrlichen, braven Mann, aber er hat eine gewisse hastige Thätigkeit, welche nicht nur störend, sondern auch schädlich werden und sein Urtheil trüben kann. So habe ich nicht ohne Ueberraschung in einem Bericht, der wahrscheinlich aus seiner Feder geflossen ist, ersehen, daß er gegen die Kölner Zeitung, über welche ich seinen Zorn theile, angerathen hat, das Gesetz von 1849 anzuwenden, welches doch längst

1851 antiquirt ist. Als Diplomat scheint er mir, schon seiner aufgeregten Stimmung wegen, wenig geeignet, aber als Arbeiter 11. 7. ist er gewiß zu brauchen.

3. Sehr wünschenswerth würde es mir erscheinen, wenn Ew. Hochwohlgeboren vor Ihrem eigentlichen Eintritt ins Amt noch einmal hierher kommen könnten. Ich bitte sich die Möglichkeit gemeinschaftlich mit Herrn v. Nothow zu überlegen und mir Ihre Entschließung allenfalls durch den Telegraphen mitzutheilen. Es ist so vielerlei zu besprechen und gegenseitig auszutauschen, daß dies gewiß nützlich sein würde. Ich bemerke indeß in dieser Beziehung, daß ich wahrscheinlich am 16. auf einige Tage aufs Land gehe und daß der König am 25^{ten} d. M., vielleicht auch schon einige Tage früher, nach Bromberg resp. Königsberg reist. Ich werde aber bestimmt zu der Zeit hier sein, wo Sie Sich ansagen*).

Gern schriebe ich noch über mehre Dinge, allein fortwährende Störungen lassen mich nicht dazu kommen und Sie werden froh sein meiner unleserlichen Buchstaben Ende erreicht zu haben.

Meine Frau, die mich zum Thee ruft, empfiehlt sich Ihnen.

Mit unveränderter Hochachtung und Freundschaft

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 11./7. 51.

Manteuffel**).

*) Am 14. Juli sagte sich Bismarck telegraphisch bei Manteuffel an und wurde für den 15. zum König befohlen, s. das Billet des Königs an Manteuffel bei v. Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherrn v. Manteuffel II, 5.

**) Bismarcks Antwort vom 12. Juli s. in Preußen im Bundesrathe IV, No. 8 S. 21 ff.

6.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das gefällige Schreiben vom 12. d. M.*), unter 1851
Vorbehalt die übrigen Punkte später zu beantworten, daß des 15. 8.
Königs Majestät mir zwar gesagt haben, daß es Allerhöchst
Ihre Intention sei, Sie in Frankfurt zu empfangen, daß aber
durchaus Nichts dagegen zu erinnern sein würde, wenn Sie
und zwar bis Mainz entgegen kommen.

Allerhöchstdieselben wollen Ihnen aber hierüber keine Vor-
schrift machen, sondern die Entschließung Ihnen lediglich selbst
überlassen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ergebenster Diener

Berlin, den 15. August 1851.

Manteuffel.

7.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin den 28^{ten} August 1851.

Fern von der Heimath, bieten sich für Sie, geehrtester 1851
Freund, doch noch Anknüpfungspunkte dar, um uns nicht ganz 28. 8.
fremd zu werden. In dieser Beziehung habe ich mich sehr
gefreut, daß Sie Veranlassung hatten, mir zu schreiben**),

*) S. Seite 10 Anm. **), doch fehlt bei Poschinger der Passus, auf
den sich obiger Brief bezieht.

**) Von Bismarcks Brief an Unterstaatssecretär K. v. Manteuffel ist
ein Concept nicht vorhanden.

1851
28. 8. dagegen muß ich anderer Seits bedauern, daß ich Ihnen mir ausgesprochenen Wünschen nicht überall nachkommen konnte. Die Stadtverordneten in Brandenburg hatten in derselben Sitzung den Bürgermeister Brandt und einen gewissen Spitta, der wenn ich nicht irre Rämmerer, jedenfalls aber Democrat ist, wieder gewählt.

Letzterer nahm die Wahl sofort an, ersterer besann sich aber noch eine Ewigkeit, weil er noch um 200 Thlr. Gehalt handelte; die Folge davon war, daß die Potsdamer Regierung, welche über Wahlen nach der alten Stadtordnung zu entscheiden hat, dem Spitta sagte, sie könne ihn nicht bestätigen, da die Einführung der Gemeindeordnung vor der Thüre sei; nachdem dieser Bescheid ergangen ist, besiegt endlich Brandt seine Bedenken, nimmt gleichfalls an und wundert sich nun, daß die Regierung ihm denselben Bescheid ertheilt, den Spitta erhalten hat. Bei dem besten Willen sehe ich nicht ein, wie hier zu helfen ist. Anderer Seits hat Brandt auch keine Veranlassung zu verzagen; wird der Gemeinderath in Brandenburg seiner Majorität nach conservativ, so ist seine Wiederwahl höchst wahrscheinlich, wird er demokratisch, so bestätigen wir den gewählten Bürgermeister nicht und octroyiren Brandt. —

Was die bevorstehenden Landtage betrifft, so ist eine directe wenn schon vertrauliche Verhandlung des Ministerii mit einzelnen Abgeordneten nicht wohl ausführbar; die Sache würde nicht verschwiegen bleiben und sofort zu Spaltungen führen, wenn nicht Abgeordnete aus allen Provinzen und aus allen Ständen zu einer solchen Conferenz gezogen würden, während fast jeder Einzelne anders behandelt sein will als selbst sein Sinnesgenosse. Dagegen hat Arnim-Griewen*) zum 3. Septbr. seiner Seits eine Zusammenkunft mehrerer Abge-

*) Karl Otto Friedrich v. Arnim-Griewen, Vorsitzender des hinterpommerschen Provinziallandtags.

ordneten ausgeschrieben, und hier wird sich wohl Gelegenheit 1851
finden einzuwirken. Die meiste Sorge macht mir fast bei 28. 8.
dieser ganzen Angelegenheit, daß die Leitung derselben sich in
ungeschickten Händen befindet, sowohl Westphalen als Altkom
sind keine politischen Köpfe, glauben das aber leider und sind
eifersüchtig, daß der Ruhm ihnen nicht geschmälert werde; ob
sich hierin nach der Rückkehr meines Bruders *) eine Aenderung
zum besseren wird herbeiführen lassen, steht abzuwarten. Eben
so sehr fürchte ich die Ungeschicklichkeit auf den Landtagen selbst;
schon jetzt erheben einige unkluge Boltrons ein maßloses Ge-
schrei. Die ganze Sache ist darauf angelegt, daß sich die
Kammern dem Gewichte des Ausspruches der Landtage beugen
sollen; es ist daher erforderlich, daß die Landtage jedenfalls
möglichst einmüthig sind und daß namentlich itio in partes ver-
mieden werde. Viele Rittergutsbesitzer wollen aber mit einer
Rechtsverwahrung anfangen; hierdurch wird sofort der Streit
in die Versammlungen getragen, und jedes übereinstimmende
Gutachten des Landtags abgeschnitten. Hierzu tritt die Er-
wägung, daß der Landtag gar nicht die Stelle ist, wo ein
Protest anzubringen ist; das gute Recht der Rittergutsbesitzer
kann durch Anerkennung der Landtage nicht verstärkt, durch
Verweigerung nicht geschwächt werden. Der König und das
Staatsministerium sind die Instanzen, wo Rechtsverwahrungen
einzulegen sind. Ich betrachte die jetzigen Maßnahmen als
einen Versuch, durch die Reform zur Vernunft und zum Recht
zurückzuführen; gelingt dieser Versuch nicht, bleibt immer noch
Zeit, durch die Negation der Begründung der jetzigen Zustände
dies zu erreichen. Solche Schritte werden aber besser einem
muthigen Ministerio überlassen; jedenfalls haben die Ritter-
gutsbesitzer auch dieses Mal leider Gottes nicht bewiesen, daß
sie die Leute sind, solche entscheidende Schritte durchzusetzen

*) Des Ministerpräsidenten.

1851 oder nur zu unterstützen; die Theilnahme an den Wahlen ist
28. 8. eine höchst geringfügige gewesen und die Bedenken ob des
Verfassungsseides stecken schon im constitutionellen Geiste von
Personen, denen ich dies nimmermehr zugetraut hätte. Gott
bessere es; von ganzem Herzen

Ihr

aufrichtiger Freund

Manteuffel.

8.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1851 erwiedere ich auf das gefällige Schreiben*) bezüglich des Austritts
25. 9. unserer Ostsee-Provinzen aus dem Deutschen Bunde, daß Sie
darüber eine amtliche vertrauliche Eröffnung mit nächster Post
erhalten werden, daß ich aber, wie ich vorläufig und außer-
amtlich bemerke, sowohl mit dem von Ihnen bisher befolgten,
sowie mit dem für die Zukunft vorgezeichneten Verfahren voll-
kommen einverstanden bin. Es haben, wie Sie aus dem zu
erwartenden Schreiben ersehen werden, die Ansichten Seiner
Majestät über diesen Punkt mehrfach geschwankt, was nicht
ohne Einfluß auf die ganze Behandlung geblieben ist. In
neuester Zeit haben Insinuationen von Sachsen her (durch
Prinz Johann, welcher ein langes Memoire des Herrn v. Beust
eingesandt hat) Allerhöchsten Orts Eindruck gemacht, indem
man unser Verlangen als ein auf Schwächung Deutschlands,
und den Widerstand dagegen als ein Widerstreben gegen diese
Schwächung dargestellt hat. Dies hat soviel gewirkt, daß

*) Vom 23. September 1851, Preußen im Bundestag I, No. 11
S. 18 f.

Se. Majestät sich bereit erklärt hat, wenn es von vielen Seiten gewünscht wird, mit den betreffenden Provinzen wieder einzutreten. Meine Gegenbemerkung, daß die Sächsischen Bedenken wesentlich auf der unbehaglichen Stimmung beruhten, welche eine nur mit Oesterreich getheilte exceptionelle Stellung Preußens hervorbringe, fand wenig Eingang, und hatte nur den Erfolg, die Sache recht schroff und vornehm zu nehmen.

1851
25. 9.

Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren unter Bezugnahme auf diese Andeutungen die Sache sehr vorsichtig im Immediatberichte zu behandeln, wo möglich nur das fait accompli und auch dieses nicht als etwas mühsam erstrebtes zu melden. Auf das fait accompli kommt es mir in der That auch nur an; ich halte es für recht wichtig und möchte es mit möglichst wenig Geräusch erreicht sehen. Geht die Sache aber nicht, wie Sie hoffen, ganz glatt, dann bitte ich entschieden und ernst das Raue herauszuföhren und wie Sie selbst es vorschlagen, vielleicht nach vorgehender Rücksprache mit Graf Thun zu erklären, Preußen betrachte die Sache als abgemacht, und ich will erwarten, wer einer entgegengesetzten Auffassung Folge zu geben wagen wird.

Es steht übrigens zu erwarten, daß die Preussischen Provinzialstände selbst den Antrag, aus dem Deutschen Bund auszuscheiden, hierher werden gelangen lassen.

Von Oesterreich haben wir eine an Herrn v. Brotesch gerichtete Note, worin wir, wenn auch in schonendster Form, mit der Verfassung zu brechen aufgefordert werden, erhalten. Es ist dies eine Impertinenz, auf welche ich in gleicher Weise dienen werde. Der König dagegen schwebt in großer Angst vor den Kammern, namentlich mit Rücksicht auf das verhängnisvolle Jahr 1852, von dem er sich déluge général versprechen zu müssen glaubt. Ich habe ihm gestern sehr ernst meine Meinung dahin gesagt, daß ich zunächst das Jahr 1852 gar nicht als ein Jahr großer Umstürze fürchtete, daß aber, selbst wenn Eruptionen erfolgen sollten, wir diesen unter der

1851
25. 9. Voraussetzung gewachsen sein würden, daß er fest bleibe, nichts aber würde ich für schädlicher halten, als wenn jetzt gerade den Kammern gegenüber Schwäche und Nachgiebigkeit gezeigt würde; ich riethe durchaus nicht die Verfassung zu vernichten oder zu verletzen, wohl aber das ganz verfassungsmäßige Mittel der Kammerauflösung anzuwenden, und zwar, wenn über die Frage ob Zweifel entstünden, mit Rücksicht auf das Jahr 1852 lieber zu schnell als zu spät, denn die Verfassung und das constitutionelle Prinzip wären vielmehr geneigt, durch Nachgiebigkeit zu schwächen und herabzumwürdigen, als sie dem Gouvernement Kraft zu geben vermöchten, und mit keiner Constitution würde man eine demokratische Bewegung zu beschwören im Stande sein.

Große Besorgniß macht dem König auch das ihm von Gerlach mitgetheilte Programm der von der Parthei Bethmann-Hollweg zu gründenden Zeitung*) und einzuschlagenden Bahn. Er behauptet, das Ministerium werde sich nicht halten können, die Conservativen würden sich mit den Constitutionellen verbinden und niemand für das Ministerium sein. Ich halte dies nicht für wahrscheinlich, aber selbst wenn dies der Fall wäre, und der König nur fest bleibt, fürchte ich mich gar nicht. Graf G(olz), der offenbar der Verfasser jenes Em. Hochwohlgeboren ohne Zweifel bekannten Programms ist, hat nicht Kraft genug den Preussischen Staat umzuwerfen, wenn er es auch noch so böß damit meint.

In der dänischen Sache erhalten Em. Hochwohlgeboren heute ein weiteres Schreiben von mir. Ich wünschte sehr, sie bald beendet zu sehen, bezweifle aber, daß der Herzog von Augustenburg auf irgend etwas eingeht**).

B. 25./9. 51.

Manteuffel.

*) Das Preussische Wochenblatt.

**) Bismarcks Antwort vom 29. September 1851 f. Preußen im Bundestage IV, No. 12 S. 38 f.

9.

Otto v. Manteuffel an Bismard.

Erw. Hochwohlgeboren

Frau Gemahlin hat meiner Frau die Freude gemacht sie zu 1851
besuchen und sich erboten, einen Brief an Erw. Hochwohlgeboren 4. 10.
mitzunehmen; ich eile daher, Ihnen zwei Worte zu schreiben,
um sie mit dieser besten und sichersten Gelegenheit an Sie ge-
langen zu lassen.

In der Anlage erlaube ich mir Ihnen zunächst einen ziem-
lich merkwürdigen Erlaß von Fürst Schw(arzenberg) den mir
Prolessch vorgelesen abschriftlich zu senden. Graf Schlieffen *)
hatte eine sadgrobe Depesche an Graf Arnim**) als Erwiderung
aufgesetzt, worin er sagt, wir nähmen den uns ertheilten guten
Rath sehr übel, weil wir ihn nicht verlangt hätten, überhaupt
unsern eignen Weg künnten und gingen und sehr wohl wüßten,
daß die Oesterreichischen Staats-Männer bei den wichtigen und
schwierigen Aufgaben, die ihnen durch die ungeordneten Zu-
stände in ihrem eignen Lande gestellt würden, am wenigsten
Zeit und Gelegenheit hätten, über unsere Verhältnisse nach-
zudenken und Rathschläge zu ertheilen. Ich habe indeß, ob-
wohl in mancher Beziehung einverstanden, doch diese Depesche
nicht abgehen lassen, vielmehr vorgezogen, privatim an Arnim
zu schreiben und ihm meinen Standpunkt zu bezeichnen. Die
Gründe, welche mich bestimmen, werden Erw. Hochwohlgeboren
sich selbst sagen, zumal mir überdies in diesem Augenblicke die
Zeit fehlt, sie zu Papier zu bringen; sie beruhen im Wesent-
lichen darin, daß ich es für wichtig halte, gerade im gegen-

*) Graf Albert v. Schlieffen, Decernent für die deutschen Angelegen-
heiten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

**) Graf Heinrich v. Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, preußischer
Gesandter in Wien.

1851 wärtigen Moment jede Herausforderung an Oesterreich zu ver-
4. 10. meiden und ich eine ganz besondere Abneigung habe, bloß mit
scharfen Worten zu kämpfen.

Von großem Interesse würde es indeß für mich sein zu
wissen, ob etwa ähnliche Annahmen auch an andere Staaten
ergangen sind, und in welcher Weise man sie aufgenommen hat.
So eben erhalte ich Ihre telegraphische Depesche wegen des
Austritts unserer Provinzen*).

Graf Westmoreland**), der von Hannover kommend gestern
bei mir war, sagt mir, daß der alte König***) in der unglück-
lichsten Stimmung und körperlich recht leidend ist.

Gern schriebe ich mehr, aber meine Frau will soeben den
Brief zu Ihrer Frau Gemahlin bringen.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 4/10. 51.

Manteuffel †).

Anlage.

Fürst Schwarzenberg an Freiherr v. Prokesch-Osten.

Wien, den 20. Septbr. 1851.

Hochwohlgeborner Freiherr.

1851 Die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs von Preußen
20. 9. in Pisch hat dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, die
erfreulichste Gelegenheit dargeboten, sich persönlich von dem

*) Der preussische Antrag war am 8. October einstimmig ange-
nommen worden.

**) John Fane Graf v. Westmorland, englischer Botschafter am
Wiener Hofe.

***) Ernst August.

†) Bismarck's Antwort vom 9. October 1851 f. Preußen im Bundes-
tag IV, No. 16 S. 45 ff.

Eindruck zu überzeugen, welchen die kurz zuvor erlassenen 1851
Kaiserlichen Handschreiben über die Regierungsform in Oester- 20. 9.
reich auf den erhabenen Bundesgenossen Sr. Majestät hervor-
gebracht haben. Der König und sein erster Minister haben
mit den freundschaftlichsten Glückwünschen dieses Ereigniß be-
gleitet, durch welches dem Kaiserreiche die Bedingungen seiner
Festigkeit und Wohlfahrt zurückgegeben worden sind.

Einen Theil dieses Beifalls dürfen wir wohl, ohne uns
zu täuschen, dem Gedanken zuschreiben, daß mit der monarchi-
schen Grundlage der Verfassung Oesterreichs auch für das
Preussische Königthum ein unentbehrlicher Stützpunkt wieder-
gewonnen ist, und wir gründen darauf die Hoffnung, daß
Preußen in jenen Kaiserlichen Entschlüssen einen neuen
Beweggrund der engsten Verbindung mit Oesterreich erkennen
werde.

Preußens König und die Staatsmänner, die ihm zur Seite
stehen, haben auf der Bahn zur Wiederbefestigung der Re-
gierungsgewalt in Preußen, und dadurch auch im übrigen
Deutschland, bereits so viele muthvolle und entscheidende Schritte
gethan, daß wir nicht besorgen, bei dem Berliner Cabinete einer
tiefer gehenden Verschiedenheit der Ueberzeugungen zu begegnen,
so oft es sich um die grundsätzliche Einwirkung beider Mächte
auf den Gang der Dinge in Deutschland handelt.

Auch viele andere deutsche Regierungen geben uns ihre
Genugthung, ihre Freude über die Erhaltung der vollen
Staatsgewalt in den Händen des Kaisers unverhohlen zu er-
kennen. In der Beseitigung des sogenannten Repräsentativ-
systems in Oesterreich erblicken sie einen wesentlichen Schritt
zur Consolidation der politischen Zustände auch außerhalb des
Kaiserstaates und verläugnen nicht den Wunsch, für ihre eignen,
vielfach noch so schwankenden Verhältnisse Vorthail davon zu
ziehen. Sie sagen uns aber auch zugleich, daß sie die Kraft
zu entschiedenem Auftreten in ihrem Bereiche nur aus dem

1851 gleichmäßigen, wenn auch in der Form verschiedenen Beispiele
20. 9. der deutschen Großmächte zu schöpfen vermögen.

Mit desto größerer Begierde erfaßt dagegen die Umsturzpartei die Hoffnung eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen Oesterreich und Preußen, die sie an die gegenwärtige Conjunction wieder anknüpfen zu können wähnt. Diese Partei würde sich mit dem, was sie die Rückkehr zum Absolutismus in Oesterreich zu nennen beliebt, bis auf weiteres so zu sagen ausböhnen, wenn sie dafür Preußen in das Netz ihrer Trugschlüsse verstricken, es um seine wahre innere Lebenskraft betrügen, mit den Forderungen seiner politischen Stellung in Widerspruch bringen und zuletzt an den Abgrund der Revolution gegen seinen Willen hinreißen könnte.

Ohne Zweifel hat man aber auch in Berlin erkannt, wie viel der gegenwärtige Augenblick für die Stärkung der Monarchie in Europa und für die innere Kräftigung der Bande, welche die beiden deutschen Mächte zusammenhalten, somit überhaupt für die Wiederkehr besserer Zeiten werth ist; hoffen wir, daß es auch in Preußen der Wille des Königs seyn wird, welcher zum Heile Aller die Richtung der Politik bestimmen wird.

Preußen hat uns, seitdem das gewohnte enge Bündniß so glücklich wieder hergestellt und befestigt worden ist, wahrlich keine Veranlassung zu einer Ansprache in diesem Sinne gegeben. Um so lieber tauschen wir aber mit dem Preussischen Hofe die Betrachtungen aus, die in der gegebenen Lage der Dinge natürlich sind. Theilen daher Em. Excellenz diese Depesche dem Herrn Fhrn. von Manteuffel mit.

Empfangen pp.

J. Schwarzenberg.

Er. des Herrn Fhrn. von Prokesch Orc.

Berlin.

10.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf Ihr letztes, so eben erhaltenes Schreiben*), 1851
daß heute früh Herr von Steinberg, Hannoverscher Geschäfts- 6. 10.
führer, bei mir war und mir einen Bericht des Herrn Alenze**) an Herrn von Münchhausen***) vorlegte, wonach ich ihm mündlich zugesagt habe, das Hannoversche Ministerium in der Verfassungs-Frage zu unterstützen; an Erfüllung dieses Versprechens wollte man mahnen.

Ich habe darauf Herrn v. Steinberg gesagt, er möge antworten, ich hätte jede Erklärung hierüber abgelehnt, denn mit Herrn Alenze hätte ich derartige politische Abreden weder treffen wollen noch können, da er dazu durchaus nicht der geeignete Mann sei; überdies sei die Sache ganz rechtlicher Natur und würde von unserer Seite zwar mit wohlwollendster Rücksicht für Hannover, aber doch nur nach rechtlich-politischen Rücksichten behandelt werden. Ich halte übrigens dafür, daß der Abschluß des Vertrags†) so feststeht, daß selbst durch einen Conflict mit Hannover er nicht gefährdet sein würde. Immerhin bin ich der Meinung, daß man einen solchen zu vermeiden hat, ein-

*) Vom 4. October 1851, Preußen im Bundestag IV, No. 14 S. 40 ff.

**) Hannov. Generalsteuerrdirector.

***) Hannov. Minister des Königl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

†) Vom 7. September, durch den sich Hannover verpflichtete, mit den dem preussisch-hannoverschen Handelsvertrag beitretenben Steuervereinsstaaten am 1. Januar 1854 in einen gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit diesem im Zollverband stehenden Staaten zu treten; vgl. W. Weber, Der deutsche Zollverein S. 294.

1851 mal weil bei den weiteren Verhandlungen uns noch manche
6. 10. Schwierigkeiten gemacht werden können, die man besser vermeidet, sodann aber, damit Hannover nicht das Gefühl gegeben werde, es stehe unter dem Schutze von Oesterreich besser als unter dem unsrigen. Ew. Hochwohlgeboren wollen hiernach auch in Ihren Aeußerungen gegenüber Herrn von Schele *) recht freundlich sein, aber durchblicken lassen, daß ich mich einiger Maaßen über die Einmischung von Herrn Menze in diese ihm ganz fremde Angelegenheit verwundert habe.

Von Kopenhagen habe ich gestern Abend sehr ungünstige Nachrichten erhalten; das Ministerium befindet sich in gänzlicher Auflösung, und es gewinnt den Anschein, als werde die eiderdänisch-demokratische Partei siegen. Letzteres ist indeß noch keineswegs constatirt. Budberg **) sagt mir, er sei ganz einverstanden, daß die bisherige Halbheit endlich ihr Ende finde, und er halte es für ganz unmöglich, daß namentlich jetzt, wo die Erbfolge-Angelegenheit ihrer Erledigung entgegengehe, ein demokratisches Ministerium gegen ganz Europa sich halten werde. Ich bedaure besonders, daß voraussichtlich die Regelung der Schleswigschen Verhältnisse hierdurch hinausgeschoben und somit die Occupation verlängert wird. Was die Diner-Frage ***) betrifft, so ist die Trauer †) kein Grund damit Anstand zu nehmen, wenigstens werde ich ein diplomatisches Diner geben.

Meinen letzten flüchtigen Brief werden Ew. Hochwohlgeboren durch Ihre Frau Gemahlin, für welche meine Frau wahrhaft schwärmt, erhalten haben.

Morgen Nachmittag gehe ich mit dem König auf einen Tag zur Jagd nach der Schorf-Heide.

*) Hannov. Bundestagsgesandter.

**) Russischer Gesandter in Berlin.

***) Zu Ehren des Geburtstags des Königs, 15. October.

†) Um den am 28. September 1851 gestorbenen Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.

Mit wahrer Hochachtung und dankbarer Anhänglichkeit
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener und Freund
B. 6/10. 51. Manteuffel*).

1851
6. 10.

11.

Otto v. Manteuffel an Bismard.

Unter den mannigfaltigen sehr willkommenen Mittheilungen in Ew. Hochwohlgeboren gefälligem Privatschreiben vom 9. d. M.**) glaube ich auf dasjenige, was Herrn Alenze und die von ihm geäußerten Ansichten über die hannoverschen Angelegenheiten betrifft, speciell eingehen zu sollen.

1851
13. 10.

Schon bei seiner hiesigen Anwesenheit hat Herr Generaldirector Alenze die Meinung ausgesprochen, daß durch den Abschluß des Vertrags vom 7. Septbr. Preußen in die Lage gekommen sey, das derzeitige hannoversche Ministerium bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen. Er stellte in vertraulichen Unterredungen die Sätze auf, daß das jetzige Ministerium Münchhausen das einzige sey, welches den Vertrag bei den jetzigen Kammern durchzubringen vermöge, und daß diesem Ministerio auch der Beistand der Kammern in ihrer jetzigen Zusammensetzung dabei ganz unentbehrlich bleibe; weil namentlich die Ritterschaften der alten Provinzial-Stände dem Vertrage feindlich seyn würden. Diese Auffassung ist aber rein individuell, und wenn sie auch anderen Personen als Herrn Alenze angehört, so sind ihr doch die gegründetsten Zweifel entgegenzustellen. Abgesehen von dem Gewichte, welches die offenkundigen finanziellen und commerziellen Vortheile des Vertrages

*) Bismards Antwort vom 12. October 1851 f. Preußen im Bundestage I, No. 17 S. 31 f.

**) Preußen im Bundestage IV, No. 16 S. 45 ff.

1851 bei allen urtheilsfähigen Hannoveranern haben müssen, werden
18. 10. auch die Ritterschaften der Hannoverschen Landschaften und die alten Provinzial-Stände überhaupt aus politischen Motiven in dem Vertrage vom 7. September mit dem conservativen Preußen eine wesentliche Bürgschaft für ihre eigne Zukunft erkennen.

Die persönliche Meinung des Königs von Hannover und die des Kronprinzen ist außerdem für die Aufrechterhaltung des Vertrages, und es läßt sich wohl annehmen, daß ein jedes Ministerium dieser Meinung gerecht zu werden trachten wird. Endlich aber scheint in der That das jetzige Ministerium Münchhausen durch die Beschwerde der alten Landstände und die Verhandlung des Bundestages sich nicht für bedroht zu achten. Nach glaubwürdigen Nachrichten ist selbst von einer Minister-Veränderung nicht die Rede gewesen, und Graf Rostiz*) hegt keine Befürchtung irgend einer Art für den Vertrag, noch selbst für das Verbleiben des Herrn von Münchhausen in seiner jetzigen Stellung, sofern nur der Bundestag in seinen Beschlüssen der Hannoverschen Regierung gegenüber in milden schonenden Formen auftritt. Sonach wird Ew. Hochwohlgeboren Hauptaufgabe in dieser Angelegenheit dahin gehen, den Verhandlungen des Bundestags einen Character zu erhalten, welcher der Hannoverschen Regierung einen Ausweg aus der Verwickelung mit den alten Landständen bietet, und den von ihr zu ergreifenden Maßregeln den Anschein freiwilliger Entschließungen gewährt. Ein Mehreres dürfte unsererseits nicht erforderlich seyn, um die immer peinliche Wahl zwischen Unterstützung eines politisch unsichern Ministerii und Gefährdung des Vertrags vom 7. September zu vermeiden.

Berlin, den 13. October 1851.

Manteuffel**).

*) Außerordentlicher preußischer Gesandter am Hofe von Hannover.

**) Eine Antwort Bismarcks auf diesen Brief Manteuffels ist noch nicht bekannt geworden.

12.

General v. Rochow an Bismarck.

S. Petersburg, den 1. November 1851.

Sehr geehrter Herr und Freund!

Mit vielem Danke habe ich Ihr geistreiches, höchst inter- 1851
essantes und ausführliches Schreiben vom 18.—21. v. M.*) er- 1. 11.
halten und vermag Ihnen nicht zu schildern, welche große Freude
mir dasselbe bereitet. Es war mir in der That ein großer Genuß,
von Ihnen und Ihrer Wirksamkeit zu hören, ich sehe aber leider,
daß noch gar Manches beim Alten ist, und wenn Sie unver-
droffener Kämpfe frische Kraft an die Stelle eines alten ver-
dorren Stammes gesetzt haben, so werden Sie doch immer
mehr inne werden, daß die lederne Tretnöhle in der Eschen-
heimer Gasse schwer in Bewegung zu setzen ist. Zwischen Wien
und Berlin ist man viel übereinstimmender, als es in Frank-
furt die Repräsentanten der beiden Großmächte je sein werden,
weil dort auf das Präsidium so untergeordnete Kräfte in-
fluenciren. Es sind hauptsächlich die subalternen Einflüsse,
welche die Verhandlungen der Sachverständigen dominiren.
Fürst Schwarzenberg wird auch wohl durch Hezereien auf-
gestachelt, besinnt sich jedoch wieder und es würde mit Oest-
reich ganz gut gehen, wenn nicht ein Prokesch-Osten in Berlin
wäre und ein Herr v. Beust nicht dazwischen hiebe. Der hat
auch in Bezug auf den Hannover-Vertrag ein faules Ei da-
zwischen gelegt. Weder Sachsen noch Bayern können den Zoll-
verein entbehren. Es kommt aber auch auf ihn gar nicht an, aber
beide stachelt die Lust und das Bedürfniß, sich politisch geltend
zu machen, besonders möchte der superfluge Herr v. Beust,
dem der sächsische Rod zu eng ist, gern die Rolle des Ver-

*) Concept nicht vorhanden.

1851
1. 11. mittlers zwischen Preußen-Oestreich, die willkürlich gegen einander aufgebracht werden, spielen. Solche politische Wichtigkeit, solche Hezereien sind unbequem, aber sie führen in gewöhnlicher Zeit zu keinem großen Uebel, doch könnten sie bei Gelegenheit einer nicht ausbleibenden Krisis gefährlich werden.

Wäre ich in Frankfurt und besäße soviel Geist wie Sie, ich würde mit dem Grafen Thun einmal ganz unumwunden über alle dgl. Hindernisse reden.

Der Herr Minister Monteußel hat mir eine sehr gute Auseinandersetzung über den Hannover-Vertrag geschickt. In Oestreich ist der neue Tarif noch nicht publicirt. Die dortige Regierung wird Mühe haben, ihn im eignen Lande durchzuführen; der Zollverein kann seine Sätze nicht erhöhen, um sich Oestreich anzuschließen, also ist an eine Vereinigung, die allen recht sein kann, noch gar nicht zu denken. Minister Bruck, der die jetzige handelspolitische Richtung Oestreichs aufgestellt, war ein Phantast und Hod *) ist nichts Besseres — ohne positive Kenntnisse.

Sie wundern sich über die geringen Gaben von Münch **)? Er hat nicht viel, ist aber nicht so beschränkt wie ängstlich und kleinlich. Staatsmänner mit freiem Blicke dürfen Sie in den Herren des Bundes nicht suchen.

Bülow **), Derzen †) und Schele sind die gescheutesten. Ersterer ist der fähigste Ihrer Collegen, die beiden andern haben nur einen umzäunten Gesichtskreis und lokalen Maßstab.

Ich laß dem Grafen Nesselrode ††) den Ihre Negociation

*) Ritter v. Hod, österreichischer Ministerialrath.

**) Freiherr v. Münch-Bellinghausen, Großherzoglich Hessischer Bundestagsgesandter.

***) Dänischer Kammerherr, Bundestagsgesandter für Holstein und Lauenburg.

†) v. Derzen-Seppin, Bundestagsgesandter für Mecklenburg.

††) Russischer Staatskanzler.

mit Augustenburg*) betr. Passus Ihres Schreibens vor. Er hat sehr über das „entweder hängen oder höflich sein“ gelacht. 1851
1. 11.

Die Dänen haben uns durch ihr schlechtes Ministerium einen guten Dienst geleistet, in dem sie uns Rußland zugeführt, welches über die demokratische Richtung des Copenhagener Cabinets entrüstet ist.

Danken Sie dem ehrlichen Rudloff für den mühevollen Auszug, der mir sehr nützlich gewesen; grüßen Sie ihn und Wenzel**) bestens und rufen Sie mich dem Andenken des lieben Relchner***) zurück. Aber was muß der arme Mann laufen, um Ihre Villa auf halb Frankfurter, halb Nassauer und halb hessischem Ende zu erreichen. Wie geht es dem Lion Synar†) und macht Walderjee††) noch soviel Gedichte. Dem Grafen Thun und seiner ausgezeichneten Gemahlin viele Empfehlungen, auch Ihrem Nachbar Rostiz†††) und Cowley§) sowie Frau v. Brintz§§) und Tochter.

Ob ich im Winter werde loskommen können, steht dahin, ich bin in Verzweiflung und halte das Einsiedler-Leben kaum mehr aus.

In Frankreich sieht es sehr übel aus, und man muß sich beeilen, in Deutschland Ordnung zu machen. Die Aufstellung einer Ober-Polizei-Behörde ist durchaus gebieterisch. Wir dürfen uns nicht überraschen lassen.

*) Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

**) Legationsrath bei der preussischen Bundestagsgesandtschaft.

***) Hofrath Relchner war Vorstand der preussischen Gesandtschaftskanzlei.

†) Graf Ottokar v. Synar, Attaché bei der preussischen Gesandtschaft.

††) Preussischer Bevollmächtigter in der Militärcommission des Bundestags.

†††) Freiherr v. Rostiz und Zandenborf, kgl. Sächsischer Bundestagsgesandter.

§) Lord Cowley, Großbritannischer Bundestagsgesandter.

§§) Schwester des Grafen Buol-Schauenslein.

1851
1. 11. Wenn der Bundestag sich jetzt nicht Folgsamkeit verschafft,
dann ist es um Deutschland geschehen.

Legen Sie mich unbekannter Weise der gnädigen Frau zu
Füßen und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

alten Verehrer und Freund

R(ochow).

13.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851
3. 11. In Bezug auf das Königliche Handschreiben*) von gestern
erlaube ich mir einige ganz vertrauliche Bemerkungen.

Die Verwendung für Einräumung einer eventuellen Succession an den Herzog von Augustenburg nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian ist in Copen-
hagen und Petersburg eingelegt. Nach dem Bericht des Freiherrn . . . **) geht das dänische Cabinet darauf nicht ein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz mit der Prinzess von Hessen eben dadurch ein practisches Verdienst hat, daß sie alle complicirte und strittige Fragen beseitigt. Dies Verdienst der Einfachheit ginge verloren, wenn eine Stipulation zu Gunsten der eventuellen Succession des Herzogs von Augustenburg und seines Bruders hinzugefügt würde. Die eventuellen Ansprüche der Geschwister der Prinzessin Christian und der übrigen Glieder der Glücksburger Linie müßten dann gleichzeitig regulirt werden, eine schwierige Aufgabe, deren Lösung unter Erhaltung des Integritätsprinzips der dänischen Monarchie kaum

*) Vgl. Preußen im Bundestag I, S. 43 Anm. 2, ebd. No. 28
Bismarcks Immediatbericht vom 13. November 1851.

**) Name unleserlich.

zu verbürgen ist. Letzteres ist durch europäische politische Interessen geboten. Graf Nesselrode findet bei der Idee große Schwierigkeit, wobei ihm diese Bedenken wohl vorschweben. Der Passus des Königl. Handschreibens ist besonders zu accentuiren, daß S. M. das Durchsetzen Ihrer Wünsche nicht verbürgen können. Nach den neuesten Nachrichten ist das dänische Cabinet, namentlich Minister Bluhme bereitwillig auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche eingegangen, so daß die allerdings vorhanden gewesene Verstimmung in Petersburg aufgehört haben dürfte. Endlich bitte ich Ew. Hochwohlgeboren den Passus, der Herzog möge die Abfindung ganz in die Hände Sr. Majestät legen, so zu verstehen, daß der Herzog sich dem Rath Seiner Majestät jedenfalls fügen wolle. Eine selbständige Geltendmachung der Ansprüche des Herzogs kann das Königl. Cabinet nicht übernehmen, auch nicht für das Resultat seiner Bemühungen einstehen, zumal es scheint, daß der Herzog die Erträge seiner Güter irrthümlich zu hoch anschlägt. Vielleicht erklärt sich die Differenz der Angaben dadurch, daß die dänische Regierung von dem Ertrage nach Abzug der Lasten, der Herzog von dem Brutto-Ertrage spricht.

1851
8. 11.

B. 3. 11. 51.

Manteuffel.

14.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

sende ich im engsten Vertrauen und unter Bitte um sichere Rücksendung ein Schreiben des Grafen Nostitz zu Ihrer gefälligen Kenntnißnahme und Orientirung. Es wird nicht nothwendig sein zu bezeichnen, welche Stellung Preußen gegenüber den beabsichtigten Machinationen einzunehmen hat, vielmehr

1851
8. 11.

1851 wird es genügen, Ew. Hochwohlgeboren auf diesen kritischen
8.11. Punkt aufmerksam zu machen, um Ihre volle Wachsamkeit in
Anspruch zu nehmen und um die Bitte zu rechtfertigen, mir
von jeder Bewegung des Gegners in dieser Richtung baldigst
Kenntniß zu geben.

Herrn Delbrück*) bitte ich im Allgemeinen von der Tendenz
Kenntniß zu geben, um ihm in seinen Erklärungen äußerste
Vorsicht empfohlen sein zu lassen. Meine Frau trägt mir
Empfehlungen an Ew. Hochwohlgeboren und Ihre Frau Ge-
mahlin auf.

Ich bin ganz Hallali, da ich eine Staats-Ministerial-
Berathung über Etats-Verhältnisse die bis um 5¹/₄ gedauert
und mit allgemeiner Unzufriedenheit geendet hat, im Magen
habe; Bodelschwingh ist von einer mehr als Westphälischen
Tenacität.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 3/11. 51.

Manteuffel**).

(Abschrift.)

Anlage.

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel.

Eurer Excellenz

erlaube ich mir ganz vertraulich mitzutheilen, daß Herr v. Stein-
berg während seines Aufenthalts in Dresden ein Schreiben
an den Minister von Münchhausen gerichtet hat, worin er
sagt, es sei ihm vom Minister Beust der Auftrag geworden,
Herrn von Münchhausen eine Besprechung über den An-

*) Geh. Regierungsrath Delbrück war zu den Verhandlungen des
handelspolitischen Ausschusses am Bundestag delegirt.

**) Bismarcks Antwort vom 7. November 1851 s. auszugsweise in
Preußen im Bundestag I, No. 22 S. 38 f.

schluß an den Zollverein zu proponiren, welche er bei Gelegenheit seiner Durchreise durch Hannover zu haben wünschte. Die Herr von Steinberg ertheilte Antwort lautet: „Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß die Königl. Regierung nicht gemeint sein kann, ohne Vorwissen der Königl. Preussischen Regierung Verabredungen zu treffen, welche den Bestimmungen des gedachten Tractats zuwider laufend eine Abänderung bezwecken.“ Em. Excellenz wollen daraus entnehmen, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Minister von Münchhausen den gegen uns eingegangenen Verpflichtungen zu genügen bemüht ist. Gedachtes Antwortschreiben hat zur Folge gehabt, daß Herr v. Beust nicht in Hannover gewesen ist, auch keine Besprechung gehabt hat. Es ist außer Zweifel, daß Intriguen aller Art gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover im Gange sind und daß man sich alle Mühe giebt, den ganzen Zollverein zu einer Angelegenheit des Bundes zu machen. — Man betrachtet ihn nämlich nach den zu erfolgenden Kündigungen und der einseitigen Aufnahme des Steuer-Vereins als faktisch aufgelöst und will bei der neuen Organisation dem Bundestag eine einflußreiche Rolle zuwenden; zu diesem Zweck werden jetzt die Staaten des Zoll-Vereins bearbeitet und ist auch Oldenburg veranlaßt worden, mit seiner Erklärung noch zu warten, obgleich es sich früher sehr willfährig erklärte. Nachdem man sich hinlänglich überzeugt, daß keiner der Zollvereins-Staaten aus dem Bunde zurücktreten kann und, selbst wenn die Regierungen es wollten, die Opposition des Landes selbst es unmöglich machen würde, hat man, wie es scheint, den oben angedeuteten Schlachtplan entworfen, als letztes Mittel, um dem durch den Beitritt Hannovers so gesteigerten politischen Einfluß von Preußen entgegen zu wirken. —

1851
8. 11.

Obgleich ich völlig überzeugt bin, daß unsere Stellvertreter in Frankfurt am sichersten beurtheilen werden, ob überhaupt

1851 und auf welchen Wegen man gegen den Tractat vom 7. Septbr.
8. 11. intrigürt, so habe ich es doch für Pflicht erachtet, meine Wahr-
nehmungen mitzutheilen.

Im Allgemeinen ist es mir sehr lieb, wieder hier zu sein, indem es mir schon gelungen, so manche nachtheilige Gerüchte zu widerlegen, und Wahrheiten Bahn zu brechen.

Mit dem Befinden Sr. Majestät des Königs*) geht es eigentlich nicht besser, indem die Kräfte nicht zunehmen. Vorgestern war ich des Abends von 9 bis 11 Uhr bei ihm und freute mich, ihn geistig stark und theilnehmend zu finden; seit dieser Zeit ist aber kein Fortschritt wahrzunehmen, was zu großen Besorgnissen berechtigt, wenn auch nicht so schnell. Ueber die Verhältnisse für den Fall des Todes habe ich unserm gnädigsten Herrn einige Ansichten direct mitgetheilt, und hoffe, Höchstderselbe hat Ew. Excellenz davon Kenntniß gegeben.

Mit Ungeduld erwarte ich das endliche Eintreffen der hier von uns zu vertheilenden Orden, wovon ich bereits dem König Kenntniß gegeben.

Mit ausgezeichnete Hochschätzung in treuer Anhänglichkeit 2c.

Mositz.

15.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 13^{ten} Novbr. 1851.

Mein sehr verehrter Freund.

1851 Mit wahrer Freude habe ich ein Zeichen Ihrer Erinne-
18. 11. rung in Ihrem letzten Briefe**) empfangen; auch es mir an-

*) Ernst August von Hannover.

**) Concept nicht vorhanden.

gelegen sein lassen, zunächst Ihren Auftrag zu erledigen. Im 1851
allgemeinen fehlt es uns hier zwar sowohl an geschickten 18. 11.
Agenten als wie an Gelde, um dieselben zu bezahlen; indessen
hat mir Herr v. Hindeldey*) doch versprochen, Ihnen einen
zuverlässigen Mann dort nachzuweisen, und Herr von West-
phalen, die Kosten, wenn sie nicht zu hoch sein sollten, auf den
polizeilichen Dispositionsfonds zu übernehmen. Sollte nun
jenes Subject brauchbar sein, so stelle ich anheim, bei meinem
Bruder die Bewilligung der desfalligen Summe, allenfalls
unter Heranziehung des Fonds des Ministerii des Innern zu
beantragen. Sollte dagegen die ganze Sache noch nicht in den
Gang gebracht sein, so rathe ich dieselbe bei Ihrem Ministerio
anzuregen, mir aber hiervon vertrauliche Mittheilung zu machen,
damit ich nachhelfen kann.

Die von Ihnen bemängelte Ernennung von Schellwitz
trifft mich nicht direkt, sondern Bode, dagegen bin ich aller-
dings vorher befragt worden. Ich halte es für gut, daß
Schellwitz aus dem Ministerio überhaupt herausgebracht ist,
und da man ihn nicht süglich absetzen oder todt schlagen konnte,
hielt ich es noch für das glimpflichste, ihn nach Schlesien zu
schicken, da wir dieser Provinz vorzugsweise die revolutionären
landwirthschaftlichen Gesetze verdanken, diese also sich nicht be-
klagen kann, wenn der Vater derselben sie jetzt practisch aus-
führt. Gegen jede andere Verwendung des p. Schellwitz habe
ich mich auf das bestimmteste erklärt. Freund Oppermann ist
für die in Merseburg zu errichtende landwirthschaftliche Ab-
theilung als Dirigent bestimmt; leider verzögert sich die Auf-
lösung der Generalkommission zu Stendal, die vorhergehen
muß, ungebührlich.

Ich freue mich auf Ihre Gegenwart bei den Kammer-
sitzen viel mehr als auf die letzteren selbst. Wir werden

*) Polizeipräsident von Berlin.

1851 einen heißen Stand haben, was noch kein Unglück wäre, wenn
18. 11. ich hoffen könnte, daß die Kräfte vorhanden sind, um der Sache
gewachsen zu sein. Gerade mein Chef*), der vorzugsweise an-
gegriffen werden wird, ist sehr schwach, wenn schon bei vielem
guten Willen. Herr von Altkow, sein Factotum, ist noch
schwächer und aventurirt sich politische Excesse zu begehen, wo
ich dieselben gar nicht für nöthig halte. Meines Erachtens ist
der constitutionelle Kern schon gänzlich im Absterben, es ist also
nicht nöthig, ihm neuen Lebensstoff durch extreme Schritte zu-
zuführen, oder gar ihn auf gesündere Grundlagen zurückzuleiten,
um ihn zu erhalten. Ich habe in vielen Beziehungen eine
unangenehme Stellung, die indessen nun einmal ertragen werden
muß. Vorläufig arbeiten wir an jedem Tage mehrere ver-
schiedene Entwürfe zu Wahlgesetzen für die 1^{te} und 2^{te} Kammer,
zu Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen aus, und kommen
leider über alle diese Arbeiten zu keinem Abschlusse. Alles dies
werden Sie hier während der Kammer Sitzung in der Nähe
sehen und erleben. Mein Bruder kann bei dem besten Willen
nicht Alles allein leisten, und ich kann ebensowenig meinen
Chef entthronen. Dies sind jedoch Secreta, denn Westphalen
hat sich hier innerhalb einer gewissen Partei sehr zu accreditiren
gewußt, und will man dort zur Zeit noch nicht glauben, daß
es eigentlich sehr schwach mit ihm steht.

Welche Haltung die Kammern einnehmen werden, darüber
haben wir hier zur Zeit noch gar keine begründete Muth-
maßungen. Jedenfalls werden Einzelne sehr schimpfen, und
ich bleibe unter allen Umständen

Ihr

aufrichtig ergebener Freund

Manteuffel.

*) Minister v. Westphalen.

16.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

empfehle ich den Ueberbringer dieser Zeilen den Staats-Anwalt 1851
Meyer von hier, welcher über den Zweck seiner Sendung 15. 11.
mündlich das Erforderliche vortragen wird.

Uns ist an Auslieferung der dort verhafteten Preußen
viel gelegen, weil man durch sie wohl endlich den notorisch vor-
handenen und sehr weit gehenden Conspirationen auf die Spur
zu kommen hofft.

Die Frankfurter Behörden wird man quovis modo im
guten Zuge zu erhalten sich bemühen müssen. Welche Mittel
Sie dazu anwenden wollen, überlasse ich lediglich Ihrer Er-
wägung; Furcht, wenn sie sich säumig zeigen, eine auf den
Umsturz Preußens in ihren Mauern gerichtete Verschwörung
energisch zu verfolgen, Dank für das Geleistete, Versprechen
für künftig zu Leistendes, u. s. w. Zur Erstattung etwa er-
forderlicher Geld-Auslagen erkläre ich mich im Voraus bereit.
Es wäre zu wichtig, wenn man endlich einmal etwas Mehres
als Andeutungen erlangen könnte.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

Berlin, d. 15. Nov. 1851.

Manteuffel.

17.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1851 danke ich für die geneigte Mittheilung vom 19. d. M. *) ver-
23. 11. bindlichst.

Ich bin nicht nur in der Flottensache vollständig mit Ihnen einverstanden, sondern unterschreibe auch den allgemeinen Theil Ihrer Betrachtungen.

Was die Flotte betrifft, so hat man da freilich mit den so schädlichen unbestimmten und unbewußten Deutschthümlern zu thun, von welchen ich neulich in einem an den König gerichteten Erguß des Erzönigs Ludwig **) eine traurige Probe erlebt habe. Er hält die Auflösung der Flotte für Verrath am Vaterlande u. s. w. Wollte man diesem Volke von Schwärmern nachgehen, so würde man in 8 Tagen festsetzen. Den Prinzen von Preußen habe ich auf diesen Standpunkt gestellt und bei ihm ziemlich Eingang gefunden.

Was die Verhältnisse zu Oestreich im Allgemeinen betrifft, so habe ich schon vor Eingang Em. Hochwohlgeboren Schreibens aus einer besondern Angelegenheit Veranlassung genommen, an Fürst Schwarzenberg direct zu schreiben; ich habe ihm gesagt, daß ich durchaus nicht glaubte, dieses Machiniren gehe von ihm aus, aber ich sei der Meinung, er könne es verhindern, und wenn er dann nicht bald einmal ein quos ego! ausspreche, so werde mir der Athem ausgehen, das meinige zu rufen, es werde also dann von beiden Seiten gekämpft werden, und wie ich glaubte zum Nachtheil Oestreichs. Hierauf habe ich noch keine Antwort, Graf Arnim schreibt mir aber, der Fürst sei sehr

*) Preußen im Bundestag IV, No. 20 S. 53 ff.; vgl. I, No. 29 S. 44.

**) Von Bayern.

verlegen gewesen. Sobald ich die Antwort habe, werde ich mich
weiter expectoriren. 1851
28. 11.

Daß Ew. Hochwohlgeboren nicht mit Graf Thun Händel anfangen oder aufnehmen, billige ich sehr. In den mir mitgetheilten Aeußerungen des Herrn v. Rostiz*) mag etwas Wahres sein, indeß darf man dabei nicht übersehen, daß gerade das conforme Auftreten der Großmächte den Mittelstaaten fatal ist.

So lange Deutschland zweiköpfig ist, wird man immer nur dann etwas erreichen, wenn wir einig sind, und wir würden uns dabei zuletzt auch ganz leidlich stehen, wenn Oestreich nur nicht ein so wunderbarer Gesell wäre, bei dem sich unmäßige Körper-Größe und sogar Kraft mit häßlichen Krankheitsformen und daraus entstehende momentane Schwäche und Ungeschlachtheit, Conservatismus und Radicalismus, wahre Vornehmheit mit Gemeinheit, Schlaueit mit Grobheit, List mit Dumm-dreistigkeit vereinigt fänden. Eine Beseitigung dieser Uebelstände erscheint ebenso wünschenswerth als unmöglich, da sie tief mit der innersten Natur dieses Staates verwachsen sind. Da man nun Oestreich ebensowenig ignoriren kann, so bleibt nichts weiter übrig, als entweder drauf zu schlagen oder sich so gut es geht zu vertragen, ohne sich von ihm etwas gefallen zu lassen. Man muß also die Ueberlegenheit fühlen lassen, unter Umständen auf die Finger schlagen, wenn es niemand sieht, damit der Riese nur den Eindruck der schmerzlichen Empfindung, nicht aber die Wuth getränkter Eitelkeit davon trägt. Ueberhaupt ist das Bedenkliche an dem Verkehr mit Oestreich, daß dasselbe da, wohin seine Kräfte reichen, unberechenbar ist und bereit va banque zu spielen. Dies darf nicht abhalten, ihm, wo man es für unerläßlich und angemessen hält, entgegenzutreten, aber ernst und rathsam eine gewisse Reservation eintreten zu lassen, wodurch man sich nicht mehr vergiebt, als wenn ein besonnener mäßig

*) Preußen im Bundestag IV, S. 55.

1851 wohlhabender Mann eine Partie ablehnt, die ein großer Ver-
28. 11. schwender ihm anbietet. Letzterer ärgert sich darüber, daß der
Andre den Gegenstand seines Neides, die gesicherte Existenz,
nicht aufs Spiel setzen will; auf die Länge aber wird der
Besonnene doch besser abschneiden und den Großartigen zuletzt
unterstützen müssen. Den Moment wo dies geschehen soll her-
beizuführen, liegt aber nicht im Interesse des Einen oder des
Andern. Obwohl ich mich durchaus nicht vor den Oestreichischen
Intriguen verschließe und daher nicht ihr Freund bin, sehe ich
den Moment, wo dies Reich einmal zusammenbrechen möchte,
doch mit großer Besorgniß kommen; leider sind meine Berichte
aus Wien, offizielle und nicht offizielle, von der Art, daß in
dieser Beziehung die ernstesten Bedenken mir aufsteigen. Wenn
ein solcher Colos zusammenstürzt, so kann niemand die Folgen
davon berechnen, und sie können für ganz Europa höchst ver-
hängnißvoll werden. Die Zustände sind sehr kritisch; die Ruinen
können, auch wenn wir nicht von unserer Seite miniren und
so den Sturz muthwillig auf unser Haus lenken, doch dasselbe
beschädigen. Namentlich wünsche ich sehr, daß das Jahr 1852
erst vorüber und in Frankreich irgend etwas Solides entstanden
sei. Rochow schreibt mir, daß der Kaiser *) im Ganzen mit dem
Oestreichischen Gange einverstanden sei, Mettelrode aber vieles
mißbillige und beide den Schwarzenberg als einen unzuverlässigen
und wilden Politiker nicht achteten; er sieht Conflict mit Rußland
unvermeidlich nahe. Ich halte dagegen Schwarzenberg für den
einzigen Mann, der Oestreich noch zusammen hält, bis es vielleicht
später einmal der Kaiser kann, und mir würde daher an seinem
Sturze, selbst wenn ich etwas dazu beitragen könnte, nichts liegen.

Den Bundestag halte ich nicht für die Form, aus Deutsch-
land etwas zu machen, wohl aber für das Mittel, den innern
Verfall noch zu verdecken; er hat außerdem noch den nützlichen

*) Nicolaus I. von Rußland.

Zweck für die kleinen Staaten, deren Existenz man doch einmal nicht ableugnen kann, einen festen Punkt zu bieten, an den sie sich retten können aus völligem Versinken in den Schlamm ihrer Zustände. Ich bezweifle, daß man ohne große Europäische Umwälzungen aus diesem Zustande herauskommen wird. Die Aufgabe scheint mir zu sein, daß diese Form den gesunden Entwicklungen nicht nachtheilig sein darf, ohne deshalb ganz aus einander zu fallen oder den Nutzen zu verlieren, den sie für gewisse Verhältnisse haben kann. 1851 28. 11.

Mit den in Gemeinschaft von Oestreich einzubringenden Anträgen werde ich übrigens, wie ich mir ohnehin schon vorgenommen hatte, fortan sparsam sein.

Soeben erhalte ich Ihre Anfrage von vorgestern wegen der Kammer-Eröffnung. Ich wünschte wohl, daß Sie dazu anwesend wären, dennoch nehme ich Anstand Sie durch den Telegraphen zu rufen; bitte aber, daß Sie nicht zu spät und womöglich zur Präsidenten-Wahl, welche wohl am 1. oder 2. Dec. Statt finden wird, hier sind. Es scheint mir, daß es kein Unglück ist, wenn man Sie in Frankfurt etwas vermißt.

Da der König zum Begräbniß*) nach Hannover geht, so wird er die Kammern nicht selbst eröffnen; ich werde es Statt seiner thun, meine Eröffnungen werden sich aber nur auf Dinge der innern Verwaltung beschränken, und mein Streben wird darauf gerichtet sein, eine Adreßdebatte zu vermeiden.

Entschuldigen Sie diese weitläufige Erklärung, ich hätte noch viel hinzuzufügen, behalte mir das aber mündlicher Besprechung vor. Den Grafen Stolberg würde ich Ihnen bestens empfehlen, wenn ich es nicht für überflüssig hielte.

Mit dankbarer Anhänglichkeit

Em. Hochwohlgeboren

B. 23/11. 51.

ganz ergebener Diener

Monteuffel.

*) Des Königs Ernst August, gest. 18. November 1851.

18.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 24. November 1851 10 Uhr.

1851
24. 11. Ihre Herkunft zur Kammer-Eröffnung halte ich nicht für nöthig, wohl aber wünsche ich Sie in den ersten Tagen der nächsten Woche, wo möglich Montag hier zu sehen.

Manteuffel.

19.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851
24. 11. Meinem heutigen unter unzähligen Störungen geschriebenen Briefe füge ich auf Veranlassung meiner Frau und im vollen Einverständniß mit derselben noch die Bitte hinzu, daß Ew. Hochwohlgeboren bei uns Ihre Wohnung und Absteige-Quartier nehmen wollen.

Sie würden das Ihnen bekannte Quartier meines Bruders, zwei freundliche Stuben, freilich nach dem Hofe einnehmen und an unserm Mittagstisch täglich, so oft Sie nichts Besseres vorhaben, ein lieber Gast sein. Auch für Unterkommen Ihres Dieners kann gesorgt werden. Sie vermeiden dadurch die immerhin unangenehme Wohnung im Gasthofe, und wir haben um so besser Gelegenheit mit einander zu sprechen.

Haben Sie keine Gründe aus Ihrer Person unsere Bitte abzulehnen, so bitte ich dringend aus unseren Verhältnissen keine herzuleiten.

In der Thron-Rede, welche ich, da der König zum Begräbniß in Hannover abwesend sein wird, halten werde,

beabsichtige ich kein Wort von auswärtiger Politik zu erwähnen; das wird einiges Geschrei geben, aber nicht mehr als jede wirkliche Darlegung, und da nach meiner festen Ueberzeugung die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht machen können und dürfen, so scheint mir dies das Ehrlichste zu sein. 1851 24. 11.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin auf.

Mit alter Anhänglichkeit

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 24/11. 51.

Manteuffel.

20.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das geehrte Schreiben von vorgestern*) ganz ergebenst, daß ich mit dem von Ihnen gemachten Vorschlage ganz einverstanden bin. Das gestellte Verlangen kann man m. E. unter keinen Umständen zurückweisen, und ich würde gewiß jemand finden, den man vorschlagen könnte, wenn schon ich einräume, daß ich in diesem Augenblicke Niemand in promptu habe. Deshalb kommt mir Em. Hochwohlgeboren Vorschlag ganz erwünscht. Der Mann ist zwar katholisch und Rheinländer, dennoch halte ich ihn für sicher. Meiner Seits hatte ich an den Nieseler Senfft**) gedacht, doch scheint es mir mehr als zweifelhaft, ob er acceptiren würde. 1851 28. 12.

*) Concept nicht vorhanden.

**) v. Senfft-Bilsack, seit 1852 Oberpräsident von Pommern, hatte große Nieselwiesenanlagen auf Staatskosten im Osten bewirkt.

1851
28. 12. Was die dortigen Verhältnisse betrifft, so theile ich Ihre Entrüstung über die Kleinlichen Intriguen*) und werde Sie in den Mitteln, um sie abzuwehren, nicht im Stiche lassen, wenn schon ich doch immer um etwas kaltes Blut bitten möchte, schon um deshalb, weil man damit die Gegner am meisten ärgert. Ich habe gestern eigenhändig an Schwarzenberg geschrieben und meine Meinung derb ausgesprochen, indem ich ihm meiner wahren Ueberzeugung gemäß gesagt habe, daß die nothwendige Folge seines Benehmens ein Zurückziehen Preußens in eine negative Stellung sein würde, die für Oestreich sehr unbequem, für Preußen aber sehr behaglich und unangreifbar sein würde. Wie Em. Hochwohlgeboren bemerkt haben werden, nehmen wir bereits mehr und mehr diese Stellung an, und ich bin der Ansicht, daß selbst, wenn man von dort aus gute Worte geben sollte, wir unsres eignen Vortheils wegen darin verharren müssen.

Oestreich spielt meines Erachtens jetzt ein sehr gewagtes und deshalb der Eigenthümlichkeit der dortigen Staats-Männer entsprechendes Spiel. Ich habe bestimmte Nachrichten, daß man sich Oestreichischer Seits nicht nur Louis Napoleon sehr angelegentlich nähert, sondern ihn sogar zu Einmischungen in fremde Angelegenheiten stachelt. Minister Turgot hat selbst gesagt, daß man von dorthier die Aufforderung an das französische Cabinet gerichtet hat, gemeinschaftlich die Verfassung im Königreich Sardinien zu beseitigen, ebenso will man der Schweiz zu Leibe gehen, und den Instigationen gegen Belgien ist man in Wien auch nicht fremd. Es ist das eine geschickt angelegte Sache, denn für den schlechten Liberalismus in diesen Staaten wird kaum jemand anders als höchstens England in die Schranken treten, und dieses hat ohne Continental-Alliancen keine Action. Anderer Seits liegt bei Oestreich der Gedanke

*) Vgl. Bericht vom 22. December 1851, Preußen im Bundestage I, No. 38 S. 54 ff.

im Hintergrunde, sich von der Russischen Präponderanz frei 1851
zu machen, welche in Wien um so unangenehmer empfunden 28. 12.
wird, als wir jetzt sehr gut mit St. Petersburg stehen. Auch
läßt sich nicht verkennen, daß Louis Napoleon, der vermöge
seiner Entstehung auf eine aventureuse Politik hingewiesen,
und Fürst Schwarzenberg, der ihr durch Verhältnisse und Ge-
schmack auch nicht abgeneigt ist, gemeinschaftlich eine formidable
Macht auf die Beine bringen können, welche noch durch süd-
deutsche und sächsische Truppen verstärkt werden dürfte und
welche eines schönen Tags überraschend schnell und bevor viel
von Russischen Soldaten die Rede sein möchte, auf dem Theater
erscheinen könnte. Ich weiß, daß Meyendorff*) der Entwicklung
dieser Dinge mit aufmerksamem und sehr bedenklichem Blicke
folgt. Unsere Stellung zu Rußland und England ist eine genau
angewiesene. Palmerstons Rücktritt**) ebnet die Wege; allein
es sind dabei noch manche Schwierigkeiten. Der König möchte
wegen Neuenburg gar zu gern gemeinschaftliche Sache machen.
Auch unsere Kammer-Wirthschaft ist recht störend; man kann
doch wegen solcher politischen Möglichkeiten den Kammern nicht
eine Stellung anweisen, die man ihnen bisher bestritten hat,
und die ihnen in der That nicht zukommt, und wenn man es
wollte, so hätte man damit doch noch nichts gewonnen, denn
sie sind weder eine Macht, noch werden sie in Momenten kri-
stischer Entscheidungen eigentliche Straft gewähren.

Ueber alle diese Dinge möchte ich gern mit Ew. Hochwohl-
geboren ausführlich sprechen, und bitte Sie daher recht sehr
zur Wieder-Eröffnung der Sitzungen, etwa zum 5^{ten} Januar
(an welchem Tage die Präsidenten-Wahl stattfindet) oder wenig-
stens bald nachher nach Berlin in Ihr zu Ihrem Empfange bereit-

*) Russischer Gesandter in Wien.

**) Infolge seiner voreiligen Billigung des bonapartistischen Staats-
streichs hatte B. das Ministerium des Auswärtigen niederlegen müssen.

1851 gehaltenes Stübchen zu kommen. Auch der König wünscht Ihre
28. 12. Ankunft. Mir scheint es, daß gerade nach (der) *) dermaligen
Lage der Dinge Ihre Abwesenheit von Frankfurt ein geeignetes
Mittel ist zu zeigen, daß man auf die dortigen Dinge nicht zu
viel Gewicht legt. Sie haben wohl die Güte mich wissen zu
lassen, ob und wann ich auf Ihre Ankunft rechnen darf. Meine
Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und
an Sie auf.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ergebener Diener

B. 28/12. 51.

Manteuffel.

21.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1852 danke ich verbindlichst für Ihre gütigen Mittheilungen vom
? 1. 24. Januar**). Von den wieder beigefügten Briefen des Herrn
v. Scheele und Grafen Thun habe ich mit Interesse Kenntniß
genommen. Ein Urtheil darüber auszusprechen behalte ich mir
vor. — Auf meinem Arbeitstische befindet sich auch noch das
anliegende v. Canizsche Schreiben, was Em. Hochwohlgeboren
zuzustellen ich bei der vorliegenden Gelegenheit nicht habe
unterlassen wollen.

Mit Erwiederung Ihrer freundschaftlichen Grüße und in
bekannter Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den ..***) Januar 1852.

Manteuffel.

*) Fehlt im Orig.

**) Preußen im Bundestag IV, No. 22 S. 59.

***) Datum fehlt im Original.

22.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

(Ohne Datum.)*)

Em. Excellenz

geehrtes Schreiben mit der Einlage von Herrn von Schele 1852
habe ich gestern über Köln erhalten. ? 2.

Der ehemalige Oldenburgische Staatsrath Dr. Fischer, welcher Eurer Excellenz als Verfasser mehrerer politischer Schriften bekannt sein dürfte, lebt jetzt hier und beschäftigt sich unter Anderen mit Bearbeitung von Eingaben für die Rechte der Standesherrn. Theils hierdurch, theils durch andre ältere Beziehungen ist er in Verbindung mit mehreren Mitgliedern der altconservativen Parthei in Oestreich getreten, namentlich mit dem Fürsten Windischgrätz und dem Grafen Wurmbbrandt, von welchen beiden er Briefe vorlegte. Er betrachtet den Fürsten Windischgrätz als das Haupt der genannten Parthei in Oestreich und als den Candidaten derselben für die Nachfolge des Fürsten Schwarzenberg. Unzweifelhaft dürfte es sein, daß der Fürst Windischgrätz sich eines großen Ansehns bei allen conservativen Gegnern des jetzigen Oestreichischen Premier-Ministers erfreut, und aus guten Quellen höre ich, daß die Verbindungen des Fürsten mit dem Kaiser durch Vermittelung der Erzherzogin Sophie lebhafter sind als früher. In einem der Schreiben, die mir der Staatsrath Fischer zeigte, hebt der Fürst Windischgrätz das Bedürfniß der Verständigung mit Preußen besonders hervor, und Herr Fischer ergänzte dazu mündlich, daß seinen Nachrichten zufolge die ungeschickte Rücksichtslosigkeit in Be-

*) Die ungefähre Datirung ergiebt sich aus dem Briefe F. Fischers an Bismarck vom 24. Februar 1852, dem eine auf die Vertheidigungsschrift des Fürsten Windischgrätz bezügliche Denkschrift beigelegt war, Bismarck-Jahrbuch V, 159 ff.

1852 handlung der deutschen Angelegenheiten dem Fürsten Schwarzen-
? 2. berg in ähnlicher Weise zum Vorwurf gemacht werde, wie man dem Fürsten Windischgrätz gegenüber das Mißlingen des Ungarischen Feldzugs benützt, um ihn in den Augen Sr. Majestät des Kaisers als unfähig darzustellen. Ueber seine Operationen in Ungarn hat der Fürst vor Kurzem mit Nennung seines Namens eine Zusammenstellung aus offiziellen Aktenstücken veröffentlichen lassen, um dadurch die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Er soll, wie es vollkommen natürlich scheint, dem Urtheil auswärtiger Militärs, namentlich demjenigen Preussischer militärischer Zeitschriften mit besondrer Spannung entgegensehen. Ganz abgesehen von den augenblicklichen politischen Combinationen in Oestreich dürfte es nicht ohne Nutzen sein, den etwaigen Preussischen Sympathien einer unter allen Umständen hervorragenden Persönlichkeit in Oestreich entgegenzukommen. Ich stelle deshalb Eurer Excellenz gehorjamst anheim, entweder durch das Kriegsministerium oder den General von Gerlach dahin mitwirken zu wollen, daß in den militärischen Zeitschriften, von welchen man auswärts einen nahen Zusammenhang mit unsern offiziellen Kreisen anzunehmen pflegt, die Selbstvertheidigung des Fürsten Windischgrätz womöglich eine günstige, jedenfalls eine schonende und wohlwollende Beurtheilung finde.

Die mir vorgelegten Briefe des Grafen Wurmbrandt machten mir den Eindruck, daß der Oestreichische Adel dieser Parthei bisher weniger mit dem Erlangen politischer Bedeutung als mit der Gereiztheit über und mit der Abwehr gegen die ihm zugefügten materiellen Verluste beschäftigt ist.

v. Bismarck.

Anlage.

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer.

(Abschrift.)

Eiblin, den 27. Dezember 1851.

Verehrtester Herr Staatsrath!

Ich beeile mich, Ihr Schreiben vom 23. d. M., welches 1851
ich soeben erhalten habe, zu beantworten, mache Sie aber im 27. 12.
Voraus darauf aufmerksam, daß Sie meine Antwort höchst
wahrscheinlich ungenügend finden werden, indem Zoll und
Handel auf einem mir ziemlich fremden Felde liegen. Vor
allem andern mache ich Sie auch auf meinen Standpunkt auf-
merksam. Ich glaube darüber ganz klar und richtig zu sehen,
daß ein Kampf zwischen dem beweglichen und unbeweglichen
Vermögen besteht. Weil ich konservativ bin, so stehe ich auf
Seiten des unbeweglichen Vermögens und wünsche also diesem
den Sieg. Welche Mittel zum Siege führen, kann ich nur
nach dem beurtheilen, was mir meine fünf gesunden Sinne
sagen, eben weil ich kein Kunstverständiger bin. Mein einfacher
praktischer Verstand nennt mir nun den Freihandel als Mittel
und den Schutzzoll als Weg, um zu diesem Mittel zu gelangen.
Es liegt nun auf der Hand, daß die Schutzzölle in fortwährend
fallenden Ziffern aufgestellt, und fortwährend in einer und der-
selben Ziffer auf die größtmöglichste Länderstrecke ausgedehnt
werden müssen. In diesem Sinne habe ich der Kreuzzeitung
einen Artikel gesandt, welchen sie in No. 60 im Monat März
brachte, leider aber mit Bemerkungen versah, die bei uns einen
schlechten Eindruck machten und das Mißtrauen erweckten, auch
die Konservativen Preußens würden es nicht scheuen, Vorwände
vom Himmel zu reißen, wenn sie hierdurch Preußen auf Kosten
Oesterreichs mächtiger und größer machen und ihm überhaupt
einen Vortheil zuschanzen könnten. Man bemerkte schon damals,
daß, wo das specifische Preußenthum anfange, die Legitimität
und der deutsche Rechtsinn aufhöre.

1851
27. 12. Wäre eine Zolleinigung wünschenswerth zwischen Oldenburg und Kroatien, wenn das letztere Land von Deutschen bewohnt wäre, so ist sie es auch, wenn Kroatien von Slaven bewohnt wird, — und ist die Einigung zwischen Oldenburg und dem slavischen Kroatien nicht wünschenswerth, so wäre sie es auch nicht, wenn die Kroaten plötzlich in Brandenburger verwandelt würden.

Ich gestehe Ihnen ganz aufrichtig, daß mir hinter dem Vorgange, welchen Preußen in der Zollfrage einschlägt, eine andere politische zu stecken scheint, nämlich die des Dualismus. Und auch dieser scheint mir in Preußen dahin ausgelegt werden zu wollen, daß ganz Deutschland in Preußen aufgehen soll, mit Ausnahme der deutschen Länder Oesterreichs, welche diesem wenigstens vor der Hand belassen werden sollen.

Es ist möglich, daß eine Zolleinigung mit den Slovaken und Kroaten einen Nachtheil für die politische Haltung Deutschlands nach sich ziehen könnte, wenn Sie unter Deutschland etwas anderes verstehen als ich — wir müssen uns über das, was Deutschland in letzterer Zeit war und künftig werden soll, nur recht klar werden.

Das eigentliche wahre Deutschland hat aufgehört, als es keine einige deutsche Kirche mehr gab. In letzter Zeit fanden wir einen Bund verschiedener Staaten Mitteleuropas unter dem ganz unpassenden und unrichtigen Namen „Deutschland“. — Jetzt wünschen wir in Oesterreich ein noch engeres Bündniß, und dieses ausgedehnt auf größere Staaten, jedenfalls auf ganz Oesterreich, und haben des guten Zweckes halber nichts dagegen, daß dieser mitteleuropäische Staatenbund Deutschland genannt werde, wenn dieser Name dazu beiträgt, das Bündniß schnell und dauerhaft zu Stande zu bringen. — Wer in diesem Staatenbunde keine Kroaten will, der will faktisch ganz Oesterreich ausschließen.

Wird nun, unter was immer für plausiblen Vorwänden,

und wenn auch nicht auf einmal, sondern nur nach und nach, 1851
Oesterreich faktisch aus Deutschland ausgeschlossen, so wird 27. 12.
unter Einem auch dem Katholicismus in Deutschland das Genick
gebrochen; und dann wird es nicht schwer werden, die kleineren
Staaten mit dem protestantischen Preußen zu verschmelzen.

Ich habe Ihnen nun mit voller Offenheit und mit vollem
Vertrauen in Ihre Billigkeit meine Ansicht über die Zoll-
einigung und über die Politik, welche Preußen hierbei befolgt,
bekannt gemacht. Ich kann nicht sagen, daß dies die Ansicht
der ganzen Parthei sei, doch wird sie jedenfalls von den hervor-
ragendsten meiner politischen Glaubensgenossen getheilt. Ich
bin weit davon entfernt, einem Manne von Ihrer Erfahrung
zumuthen zu wollen, daß er unsere Ansicht ohne Weiteres auch
zu der seinigen mache; auf Ihre bestimmt gestellte Frage jedoch,
ob Sie im Interesse der Oesterreichischen konservativen Parthei
wohl daran thun würden, gegen den Oesterreichischen Zollverein
Opposition zu machen, muß ich Ihnen mit einem vollkommen
bestimmten „Nein!“ antworten. — Um jedoch noch sicherer zu
gehen, werde ich morgen Ihr Schreiben sammt einer Abschrift
meiner Antwort an den Grafen Wolfenstein senden und ihn
auffordern, nach Rücksprache mit den dermalen in Wien an-
wesenden Männern der Parthei selbst zu schreiben, wenn er
mit dem, was ich Ihnen geschrieben habe, nicht, oder auch nur
theilweise nicht einverstanden sein sollte.

Aus dem bereits Gesagten entnehmen Sie auch, daß ich
mit der Ansprache des Fürsten Hohenlohe, namentlich mit dem,
was er im zweiten Absätze auf der zweiten Seite sagt, ein-
verstanden sein muß.

23.

Hausminister Graf Anton Stolberg an Bismarck.

Berlin 1. April 1852.

Innig verehrter Freund!

1852
1. 4. Den heutigen Tag vermag ich nicht vorüber gehen zu lassen, ohne Ihnen nicht ein Wort treuen Segenswunsches ausgesprochen zu haben. Das letzte Jahr hat mir die große Freude gebracht, Ihnen näher stehen zu können, und ich erachte solches als ein mich erfreuendes beglückendes Ergebnis einer ernsten Zeit. Der Schluß dieses Jahres hat jedoch eine Art Weihe über unsere Bekanntschaft herbeigeführt. Ich habe lebendig erkannt, wie nahe Sie mir stehen, wie ich in väterlich brüderlicher Liebe dem Mann angehöre, dessen Bestrebungen ich seit dem Jahre 1847 mit wahrer Hochachtung gefolgt bin.

Ich bin bereits alt und nach keiner Richtung hin so ringfertig, als ich es sein möchte, demungeachtet schlägt noch ein jugendlich Herz in der alten Brust, und ich habe Ihre Erhaltung in dem kürzlichen Zweikampf*) als eines der glücklichsten Ereignisse meines Lebens begrüßt. Der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen beim Beginn des neuen Lebensjahres in tiefer innerer Bewegung die Freundeshand auf Leben und Tod und bittet Gott den Herrn, daß Sein Segen auf Ihnen und Ihrer prächtigen Gemahlin und Ihren Kindern ruhen und der aus Seinem heiligen Wort strahlende unbedingte Glaube Sie bis zum Schluß Ihrer Erdenlaufbahn zu Seiner Ehre durchglühen möge.

Empfangen Sie auch meinen Dank für alles, was Sie

*) Mit G. v. Binde.

und Ihre theure Gemahlin bewußt und unbewußt an Theodor*) 1852
thun. 1. 4.

In treuer Freundschaft bis zum letzten Herzensschlag.
Anton Stolberg.

24.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

sage ich zwei ganz vertrauliche Worte zu der heutigen Expedition. 1852
Ich halte den Weg, den der König betreten will, für sehr 4. 4.
bedenklich.

1. läßt Rußland wie mir genau bekannt ist die Theilnahme des Bundes**) als Großmacht schon aus dem Grunde nicht zu, weil auf diese Weise Oestreich und Preußen doppelt figuriren.

2. kann Preußen damit gar nicht gedient sein, denn während Oestreich außer dem Bunde doch immer noch Großmacht bleibt, ist dies bei Preußen nicht der Fall, wenigstens nicht in gleichem Maße.

3. halte ich es bei allem deutschen Patriotismus nicht ersprießlich, daß wir in Dingen, wo wir uns auf unsere eigene Hand zur Geltung bringen können, uns von Oldenburg und Coburg Sectionen geben lassen; wegen des ad 2 angedeuteten Verhältnisses trifft dies Preußen wiederum schlimmer als Oestreich.

4. wird Oestreich gegen Rußlands Willen auf den Vorschlag gewiß nicht eingehen, uns also ablaufen lassen, und es wird dann heißen, die deutschen Sachen werden doch in Wien entschieden.

*) Graf Th. Stolberg, Attaché bei der Bundestagsgesandtschaft.

**) An den Londoner Conferenzen.

1852 5. wird Fürst Schwarzenberg, wie er das sehr gut versteht,
4. 4. seine Bereitwilligkeit dem Russischen Rathe zu folgen und unsern
Vorschlag zu verwerfen, gehörig bei allen andern Cabinetten
mouffiren lassen.

6. halte ich es wirklich auch für Deutschland nicht gut,
wenn man den Kleinen solche Dinge zur Entscheidung unter-
breitet und ihnen Großmachtsgelüste beibringt, mit denen Frank-
reich vortrefflich gedient ist.

Dieß sind meine Bedenken, die ich auch wiewohl fruchtlos
Sr. Majestät unterbreitet habe. Ich schreibe sie Em. Hoch-
wohlgeboren aus zwei Gründen:

1. damit Sie die Güte haben, meine Ansicht zu berichtigen,
wenn Sie sie nicht theilen, oder

2. damit Sie, wenn Sie meiner Ansicht beitreten, meine
Gründe kennen. Em. Hochwohlgeboren mögen diese Gründe,
wenn Sie damit einverstanden sind, in Ihrem Berichte
immer reproduciren, damit die Sache Farbe hat, aber das,
worauf es mir eigentlich ankommt, sind nicht solche all-
gemeine, sondern speciell aus den dortigen Verhältnissen ent-
nommene Gründe. Diese werden hier auch mehr Effect machen.

Hochachtungsvoll, aber sehr eilig

B. 4/4. 52.

Manteuffel *).

25.

Graf v. Rostiz an Bismarck.

Hannover den 6^{ten} Apr. 1852.

Mein verehrter Freund

1852 In der Ueberzeugung, daß es für Sie von Interesse sein
6. 4. wird, die Antwort des hiesigen Gouvernements auf die Oester-

*) Vgl. Bismarck's Schreiben vom 6./7. April 1852, Preußen im
Bundestag I, No. 64 S. 89 ff., und das Privatschreiben Bd. IV, No. 26
S. 64 f.

reichlichen Anträge zu kennen, sende ich Ihnen dieselbe in beiliegender Abschrift. 1852
6. 4.

Der plötzliche Tod des Fürsten von Schwarzenberg*) ist ein für ganz Europa, namentlich aber für Preußen höchst wichtiges Ereigniß, ich hoffe, man wird den Vortheil daraus ziehen, welchen es der preussischen Politik darbietet, und würde es nur tief beklagen können, wenn es anders sein sollte.

Hier geht es in Beziehung auf uns gut; die zerrütteten Verhältnisse im Ministerium selbst sind noch nicht geändert; eine Entscheidung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Nächstens werde ich Ihnen die Ansichten des Herrn v. Schele in Betreff der Mitwirkung des Bundes für ein allgemeines Preßgesetz mittheilen.

Mit wahrer Hochschätzung und Freundschaft

Graf v. Rostiz.

26.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 14. April 1852 12 Uhr 10 Min. Nachm.
Angelommen in Frankfurt den 14. April 1852 12 Uhr 35 Min. Nachm.

Von dem vorläufigen Privatschreiben vom 6. u. 7. d. M.**) 1852
über die Londoner Convention habe ich mit Hoffnung auf Erfolg den bewußten Gebrauch gemacht. Ich bitte nunmehr den vorbehaltenen amtlichen Bericht bald zu erstatten. 14. 4.

Manteuffel***).

*) 4. April 1852.

**) S. v. S. 52 Anm. *).

***) Der amtliche Bericht vom 15. April ist noch nicht veröffentlicht worden, Concept ist nicht vorhanden.

27.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin den 15. April 1852 8 Uhr 37 Min. Vorm.

Angelommen in Frankfurt den 15. April 1852 9 Uhr 34 Min. Vorm.

1852 Antwort auf die gestern Abend spät hier eingegangene
15. 4. Anfrage vom 14. d. M. *).

Ich habe bei dem Eintritt des Fürsten Schwarzenberg keine Gelegenheit vorübergehen lassen die großen Verdienste des Fürsten schriftlich und mündlich anzuerkennen, und ich habe dies sowohl in Gemäßheit der Befehle Seiner Majestät als in Folge eigener Ueberzeugung gethan. Daß Ew. Hochwohlgeboren aber, persönlich dem Fürsten fremd und Protestant, in amtlicher Eigenschaft der Seelmesse beiwohnen, scheint mir nicht angemessen. In dieser meiner Ansicht soll indeß keine Weisung für Sie liegen, sofern die Feier den Charakter der Privatbetheiligung zuläßt.

Manteuffel.

28.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 übersende ich in der Anlage die gewünschte Abschrift des Briefs **),
15. 4. für welchen ich Ihnen sehr dankbar bin und welcher auch seinen Effect nicht verfehlt hat; der offizielle Bericht, um dessen Erstattung ich Sie ersucht habe, wird hoffentlich die Sache vollständig in Ordnung bringen. Sie ist m. E. für Preußens

*) Preußen im Bundestag I, No. 66 S. 94.

**) Vom 6./7. April.

Weltstellung nicht so unwichtig als man versucht sein möchte zu glauben; überdieß liegt mir daran, sie vor des Kaisers *) Ankunft erledigt zu sehn, und die täglichen Mahnungen von Budberg, Bloomfield und Bille-Brähe **) werden mir sehr lästig.

1852
15. 4.

Unsern Zollvereins-Congreß ***) werde ich wahrscheinlich erst Montag eröffnen; die Herren sind mit ihrer Ankunft etwas säumig gewesen, und ich will mich nun auch nicht zu sehr empresseiren. Ich habe übrigens guten Muth; nur dürfen wir nicht schwanken. Der König, der noch vor wenig Tagen die Idee hatte, eine besondere Verhandlung in Wien einzuleiten, ist jetzt ganz correct und fast zu präcipitant; er sagte mir gestern, ich möge gleich von Anfang erklären, Preußen liege an der ganzen Geschichte nichts, wir hätten deshalb die vollständige Auflösung des Vereins vorbereitet und hätten jeden, der wollte, seiner Wege zu gehen. Das kann in einem späteren Stadium nützlich und nothwendig werden, zu Anfang scheint mir der Tabak aber zu stark, namentlich auch mit Rücksicht auf Hannover, welches ja aus Furcht vor Preußens Präpotenz so gern Baiern conserviren möchte, wiewohl die beiderseitigen Interessen schnurstracks entgegengesetzt sind.

Wir werden in Gemeinschaft mit Hannover starke Ermäßigung der Eisenzölle proponiren, was ich für sehr richtig und im Interesse unseres Schiffbaues und unserer Agricultur halte; freilich wird das in Süddeutschland Geschrei und in Oberschlesien Lamento erregen, darauf kann es aber nicht ankommen. Aus Baiern wird mir aus guter Quelle gemeldet, der König habe für alle möglichen Fanfaronaden Herrn v. d. Pforden

*) Von Rußland.

**) Russischer, englischer, dänischer Gesandter am Berliner Hof.

***) Preußen hatte auf den April 1852 die sämmtlichen Zollvereinsstaaten zu einer Conferenz eingeladen, um auf Grund des mit Hannover abgeschlossenen Vertrags vom 7. September 1851 die Erneuerung des Zollvereins für den 1. Januar 1854 vorzubereiten; Weber a. a. O. S. 309 ff.

1852 carte blanche gegeben, aber sei entschlossen, unter keinen Um-
15. 4. ständen aus dem Zollverein zu treten.

Nächsten Montag beginnt nun unser Kammer-Vergnügen wieder. Proh dolor! Ob und wann Sie kommen wollen, bleibt Ihnen überlassen. Sollte Noth an den Mann gehen, so erlaube ich mir zu telegraphiren.

Der König sagte mir neulich, er wünsche, daß Sie hier mit Graf Nesselrode zusammenträfen. Dieß halte ich allerdings auch für wichtig. Ich behalte mir vor, Sie von dem Tage seiner Ankunft zu unterrichten. Vorläufig steht fest, daß die Kaiserin am 9. oder 10. Mai kommt; der Kaiser wollte später eintreffen, wird aber wahrscheinlich gar nicht kommen, wenn man nicht vorher die Kammern zu Hause schickt. Nesselrodes Ankunft war auf den 5. Mai angesagt; jetzt höre ich, daß er wahrscheinlich erst mit dem Kaiser kommen wird. Nothow ist gestern früh hier angekommen, sehr wohl und frisch.

Meine Frau grüßt, und ich verharre mit ausgezeichnete
Hochachtung

Ihr Hochwohlgeboren ganz ergebener

Diener u. Freund

Berlin, 15. April 1852.

Manteuffel*).

29.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1852 den pp. Wed ***) betreffende Zuschrift habe ich an den
20. 4. Minister des Innern gelangen lassen, und behalte mir weitere

*) Bismarcks Antwort vom 18. April 1852 f. Preußen im Bundestag IV, No. 28 S. 69 f.

**) Ein Kaufmann aus Breslau, der sich schon 1851 dem Vertreter des preussischen Ministerresidenten bei der Stadt Frankfurt, Legations-

Mittheilungen darüber vor. Vorläufig aber erlaube ich mir zu bemerken, daß der pp. Wed mir persönlich bekannt und ein höchst unzuverlässiger Mensch ist, der mir durch versprochene Enthüllungen mehrfach Geld abgepreßt und gar nichts geleistet hat. Später hat er in London Paris Karlsruhe sich auf mich bezogen, auch wohl gedroht, er werde mein Verhältniß zu ihm veröffentlichen, was ich ruhig abgewartet habe, da er gar nichts von mir in Händen hat und nur allenfalls die nicht bestrittene Thatsache nachweisen könnte, daß ich von ihm wie von manchem Andern angeführt bin. Herrn von Glinka *) dürfte daher äußerste Vorsicht anzuempfehlen sein. Daß Wed Briefe von andern Gesandten besitzt, mag wahr sein, denn er hat sich an viele angedrängt, um Geld zu erhalten und ist ebenso zugänglich für Preussische Thaler wie für Rubel und Zwanziger und besitzt, wenn man sich einmal mit ihm eingelassen hat, eine klettenhafte Anhänglichkeit.

Meine Eröffnungs-Rede von gestern **) werden Sie schon erhalten haben; der König war ungehalten darüber, indem er sie viel zu schwach fand. Erw. Hochwohlgeboren wissen, aus welchen Gründen ich sie mäßig gehalten habe; unnütze Vorbehalte aber wie der, den der König wollte, daß wir nämlich austreten wollten, erachte ich nicht für einen Beweis von Kraft. Daß man, nachdem die Kündigung erfolgt ist, austreten kann, versteht sich von selbst. Daß Oestreich und die Wiener Conferenzen gar nicht erwähnt, halte ich doch für ziemlich stark. Jetzt geht die Sache langsam an, und wenn nichts besonderes geschieht oder versehen wird, soll es mit Gottes Hülfe gut gehn.

(† Bunsen heßt den König immer mehr in die Pairie hin-

rath Graf R. v. d. Goltz, zur Ueberwachung der Demokraten in Frankfurt angeboten hatte, vgl. v. Poschinger, Manteuffels Denkwürdigkeiten I, 375.

*) Russischer Vertreter am Bundestag.

**) S. dieselbe in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 109 f.

1852
20. 4.

1852 ein. Er behauptet, die größten Staats-Männer in England
20. 4. glaubten, daß in wenigen Jahren der Continent in zwei Theile zerfallen würde: a) protestantische Staaten mit constitutionellem System getragen von den Säulen der Pairie, b) katholisch-jesuitisch-demokratisch-absolutistische Staaten. In die letzte Kategorie stellt er Oestreich, Frankreich und Rußland. Ich halte das für ganz falsch. Solche Kategorien giebt es gar nicht. Jeder Staat hat seinen eigenen Entwicklungs Gang. Friedrich Wilhelm I. war weder katholisch noch demokratisch und doch absolut. Aber dergl. Dinge machen großen Eindruck auf Se. Majestät. Das constitutionelle System, welches die Majoritäten Herrschaft proclamirt, halte ich für nichts weniger als protestantisch†)*).

Meine Frau grüßt und hält Ihnen Ihr Zimmer bereit. Schreiben Sie mir bald einmal; da Sie bei der Ersten Kammer Frage beschäftigt sein wollen, so wünsche ich schriftliche Mittheilungen.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren
ergebener Diener und Freund

B. 20/4. 52.

Manteuffel.

30.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1852 sende ich in der Anlage einen mir zur Beförderung gegebenen
21. 4. Brief Sr. Majestät. Ich kenne den Inhalt nicht, vermuthe

*) Von († bis †) in G. u. G. I, 139 nach einer Abschrift, hier berichtigt nach dem Original.

denselben aber. Gestern Abend nämlich sagte mir der König, ich solle Sie doch zu der Verhandlung über die Pairie-Bildung hieher bescheiden, da Sie sich ihm gegenüber so ganz correct und in seinem Sinne ausgesprochen hätten. Als ich einige Bedenken vorbrachte, sagte S. Majestät, Sie wüßten wohl, daß Em. Hochwohlgeboren bei dieser Gelegenheit nicht gern kommen wollten, es könne aber nichts helfen, und brach das Gespräch ab. 1852
21. 4.

Welchen Verlauf die Sache nehmen wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Die Sachen nehmen hier übrigens einen eigenthümlichen Verlauf. Die erste Kammer ist in letzter Zeit zweimal Beschluß-unfähig gewesen und sie wird wohl kaum noch lange zusammen zu halten sein.

Gestern nach meinem Vortrag sagte mir der König, ich möchte doch noch zu dem eben beginnenden Concerte gegenwärtig bleiben. Mit Rücksicht darauf, daß ich derartige Einladungen schon mehrmals zurückgewiesen, that ich es. Ich fand eine Gesellschaft, die fast nur aus Familienmitgliedern und den Radziwillschen Herrschaften bestand; nur zwei Fremde waren zugegen: Graf Fürstenberg und Herr von Bethmann-Hollweg. Acht Tage zuvor hatte mir der König gesagt, daß er mit letzterem nach seinen Abstimmungen auf dem kirchlichen Gebiete gründlichst und für immer zerfallen sei.

Was soll man davon denken?

Dabei Willkürlichkeiten, schlechteste Laune u. s. w., so daß ich es vollständig satt habe.

Durch eine ganz zuverlässige Quelle habe ich den Text der Darmstädter Verabredungen. Der Kern ist: die Staaten verpflichten sich bis zum 1^{ten} Januar 1853 mit Preußen keinen neuen Vertrag ohne Oestreich zu machen; letzteres verpflichtet sich dagegen bis dahin an sein Anerbieten, ihnen die Zoll-Revenuen zu gewährleisten, gebunden zu

1852 sein *). Intriguen und Feigheit sind also die leitenden Ge-
21. 4. danken!

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Freund und Diener

Berlin d. 21^{ten} April 1852.

Manteuffel.

Sollten Sie kommen, so bitte ich um telegraphische Nach-
richten. M.

31.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin den 22. April 1852 7 Uhr 55 Min. Nachm.

Angekommen in Frankfurt den 22. April 1852 9 Uhr 22 Min. Nachm.

1852 Am Sonnabend den 24. April beginnt die Berathung der
22. 4. 2. Kammer über Bildung der ersten Kammer.

Manteuffel **).

32.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 10 Uhr 13 Min. Vorm.

Angekommen in Frankfurt a/M. den 24. April 1852 10 Uhr 47 Min. Vorm.

1852 Die Berathung der zweiten Kammer über das Gesetz wegen
24. 4.

*) Ueber die Konferenz der mittelstaatlichen Minister in Darmstadt vgl. W. Weber a. a. O. S. 304 ff.

**) Antwort im Schreiben Bismarcks vom 23. April 1852, f. Preußen im Bundestag IV, No. 29 S. 70 ff.

Bildung der ersten Kammer beginnt heute noch nicht, vielmehr erst nächsten Montag oder Dienstag. 1852 24. 4.

Darüber, ob Ew. Hochwohlgeboren kommen, erbitte ich mir Benachrichtigung.

v. Manteuffel.

33.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphische Depesche.

Citissime.

(Sogleich abzuschicken.)

Ich soll kommen. Finden Ew. Excellenz nicht in der Augustenburger oder in der Sache des Prinzen Friedrich von Baden, von der mir General Gerlach schrieb*), zwingende Gründe, daß ich hier bleibe? 1852 24. 4.

Frankfurt, den 24. April 1852 Abends 6 Uhr 15. Min.

v. Bismarck.

34.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Ausgegeben in Berlin den 24. April 1852 8 Uhr 55 Min. Nachm.
Angelommen in Frankfurt den 24. April 1852 9 Uhr 15 Min. Nachm.

Nein, ich finde solche Gründe nicht. Die Debatte beginnt Montag den 26. April Mittags 12 Uhr. 1852 24. 4.

Manteuffel.

*) Vgl. Brief Leopolds v. Gerlach vom 15. April 1852 im Briefwechsel Gerlachs mit Bismarck, S. 26 ff.

35.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Citissime. Telegraphische Depesche.

An Herrn von Manteuffel, Excellenz zu
Berlin.

1852 Ich hoffe mit den nöthigen Einrichtungen schnell genug
25. 4. fertig zu werden, um heut noch abreisen zu können. Ich würde
dann morgen Abend in Berlin eintreffen.

Frankfurt 25. April 1852. Vormittags 10 Uhr.

v. Bismarck.

36.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

(April 1852.)

1852 Der Graf Burghausen wird im Einverständniß mit meinem
? 4. Bruder und dem Ministerium ein Amendement dahin einbringen:
„erfolgt die Bildung der Ersten Kammer durch König-
liche Verordnung mit Gesetzeskraft.“

Ich bitte nun dafür Sorge zu tragen, daß ein ähnliches Amen-
dement auch von der rechten Seite der 2^{ten} Kammer gestellt
werde.

Ihr

Manteuffel.

37.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Ausgegeben in Berlin den 19. Mai 1852 10 Uhr 45 Min. Vorm.

Angelommen in Frankfurt den 19. Mai 1852 11 Uhr 10 Min. Vorm.

1852 Erw. Hochwohlgeboren stelle ich anheim, sich, wenn es Ihre
19. 5. Geschäfte erlauben, so einzurichten, daß Sie am nächsten Sonn-

abend oder Sonntag sich hier einfinden, indem das die beste 1852
Zeit sein dürfte, Sr. Majestät dem Kaiser*) aufzuwarten. 19. 5.

Ob und wann Sie kommen, bitte ich mir telegraphisch
mitzutheilen.

Manteuffel.

38.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

muß ich um Verzeihung bitten, daß ich den anliegenden Brief, 1852
der an Sie gerichtet war, erbrochen habe; es ist geschehen, weil 29. 5.
er äußerlich als sehr eilig bezeichnet war und ich innerlich die
Hand von Herrn von Winzingerode**) erkannte, und glaubte,
daß der Inhalt sich auf die Nassau-Darmstädter-Rhein-Diffe-
renz, wo es sich jetzt um Gewalt-Maafßregeln handelt, bezöge.

Mit dem Wunsche, daß Sie glücklich angekommen und bald
wieder hier sein werden, und mit ausgezeichnete Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 29^{ten} Mai 1852.

Manteuffel.

39.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Da Ich Meinem Gesandten in Wien, dem Grafen von 1852
Arnim, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen sechs- 8. 6.
wöchentlichen Urlaub zu bewilligen veranlaßt bin, und die zur
Zeit obwaltenden mannigfaltigen Beziehungen mit dem Kaiserlich

*) Von Rußland.

**) Präsident des nassauischen Staatsministeriums.

1852 Oesterreichischen Hofe die Vertretung der diesseitigen Interessen
3. 6. durch einen Geschäftsträger nicht gestatten, so habe Ich beschlossen, Ihnen diese einstweilige Vertretung zu übertragen. Ich fordere Sie daher auf Sich, sobald es Ihre dortige Stellung zuläßt, zur Empfangnahme weiterer Instructionen nach Berlin und demnächst nach Wien zu begeben.

Sans-souci den 3. Juni 1852.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
Manteuffel.

An den Bundestags-Gesandten, Geheimen Legations-Rath
von Bismarck-Schönhausen zu Frankfurt a/M.

40.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1852 Schreiben vom 12. d. M. *) habe ich heute früh von einer Reise
14. 6. nach Breslau zurückkehrend empfangen.

Obgleich mit Geschäften überhäuft will ich doch noch heute antworten, weniger um Bescheid auf die Hauptfrage wegen Aushändigung des Schreibens Sr. Majestät zu geben, als um Ihnen einige Notizen über hiesige Verhältnisse mitzutheilen, welche für Ihre dortigen Operationen von Einfluß sein dürften.

Was zunächst Ihre Frage wegen des Briefes **) betrifft, so finde ich mich außer Stande darüber die Befehle des Königs einzuholen, da dieser heute auf der Reise nach Erdmannsdorf von Breslau aus sich befindet und dort 2 Tage mit der Königin von Baiern zubringen wird. Eine schriftliche Anfrage würde

*) Preußen im Bundestag IV, No. 30 u. 31 S. 73 ff.

**) Friedrich Wilhelms IV. an den Kaiser, G. u. G. I, 83 ff.

aber kaum eine Zeit-Ersparniß zur Folge haben und sehr 1852
ungelegen kommen. Ich werde also vor dem 18^{ten} d. M., wo ich 14. 6.
Se. Majestät hier zurückerwarte, die Bestimmung nicht einholen
können; überdieß liegt mir daran dieß persönlich zu thun. Bis
dahin kann ich Ew. Hochwohlgeboren nur rathen, nach eigenem
Gutdünken zu handeln, indem ich mich im Allgemeinen auf den
Rath beschränke, auf der Reise nach Ungarn nicht zu sehr zu
bestehen. Ich finde es sehr natürlich, daß der Kaiser Sie in
diesem desorganisirten Lande und unter Truppen, die sehr viel
zu wünschen übrig lassen, nicht gern sehen will, und ungern
gesehen zu werden oder abgewiesen zu sein, ist beides gleich
unerwünscht. Anderer Seits scheint mir nach dem Inhalt des
Königlichen Schreibens auch eine sichere Beförderung durch
Vermittlung nicht bedenklich; vielleicht ist es sogar gut, daß der
Kaiser den Brief gelesen hat, bevor er Sie sieht. Ueberhaupt
glaube ich, daß zu großes Empressment bei Ihrer Mission zu
vermeiden ist. Darüber, was Sie beschloßen, geben Sie mir
vielleicht durch den rückkehrenden Expressen Nachricht.

Nun zu unsrer Zoll-Sache. Daß die Oldenburgischen
Stände pure acceptirt haben, ist Ihnen bekannt; ich glaube
also, daß wir Hannover und Oldenburg nun sicher haben, wenn
schon der erstgenannte Staat noch so thut, als habe er noch
die Möglichkeit eines Rücktritts*), um uns zur Nachgiebigkeit
gegen Oestreich zu bestimmen. Ueberdieß braucht man dort
unser Geld, um die leidige neue Organisation, die ein Deficit
von 1½ Millionen in Aussicht stellt, durchzuführen.

Vor einigen Tagen war Herr v. Alindworth**) mit seinen
Propositionen bei mir. Ich traue dem Mann nicht, halte ihn
aber nicht für so schlecht, als man gewöhnlich glaubt; legitimirt
war er durch eigenhändigen Brief des Königs von Württem-

*) Vom Vertrag vom 7. September.

**) Württembergischer Staatsrath und geheimer Prekagent.

1852 berg*). Seine Propositionen hat er mir in dem Memoire, welches
14. 6. ich unter dem Siegel größter Discretion und (mit der) Bitte
baldiger Rücksendung beischließe, (niedergelegt)**). Nach genom-
mener Rücksprache mit Sr. Majestät werde ich morgen ab-
lehrend antworten, und zwar mit folgenden Gründen: 1) könne
der König oder sein Minister an den König von W. nicht
schreiben, so lange er keinen Gesandten her sende, 2) seien die
abzugebenden Versicherungen zwar ganz unverfänglich, aber
gerade weil sie von uns wiederholentlich abgegeben seien, würde
es den Schein erregen, als habe man es früher nicht ganz
ehrlich gemeint, wenn man sie nochmals als Stipulation fest-
setzen will; 3) würde es eine Beleidigung des Königs von W.
sein, wollte man seinen Patriotismus erst anrufen, anstatt vor-
auszusetzen, daß dieser ihn von selbst zu allem Guten treiben
werde; 4) seien die Gegengaben von Württemberg doch gar zu
unbestimmt und auf Schrauben gestellt. Ich gedenke dies Alles
möglichst selbst einzurichten und dadurch ein gänzlichcs Abbrechen
zu vermeiden.

Ein Schreiben von Winzingerode lege ich ebenfalls s. p. r.
bei; ebenso eine Notiz von Philipsborn.

Erw. Hochwohlgeboren wollen daraus entnehmen, daß unsre
Dinge gar nicht schlecht stehen.

Nun die Rehrseite: Heute Mittag war Bubberg bei mir
und sagte — Oestreich werde nicht nachgeben. Herr v. Protesch
habe heute eine seine Leistungen sehr anerkennende Depesche
mit der Versicherung, daß man dort auf nichts mehr eingehen
werde, erhalten, wir müßten daher auf alles gefaßt sein. Ich
erwiederte, daß wären wir, und wenn er meine Herzensmeinung
als Privatmann wissen wolle, so könnte mir in unserem In-
teresse nichts Erwünschteres begegnen, als wenn durch vor-

*) König Wilhelm I.

**) Die in Klammern gesetzten Worte sind Ergänzungen des Heraus-
gebers.

läufiges Verfallen des Zollvereins wir in die unbezahlbare 1852
Lage kämen, unsern Tarif nach unserm Gutdünken zu regeln. 14. 6.
Das schien ihn sehr zu verdrießen, denn diese Position ist allerdings unangreifbar, daß selbst die Diplomatie dagegen nichts ausrichten kann. Unsere letzte Erklärung vom 7. Juni*) hat in ganz Deutschland Enthusiasmus erregt, und man dringt jetzt nur darauf, daß wir eine kurze Frist zur Annahme unserer Basis oder zum Abbrechen setzen sollen. Damit glaube ich nun noch einige Wochen warten zu sollen. Ueberdies gehen die Beratungen in der Konferenz ihren Weg, man wird in etwa 14 Tagen, mit dem hannoverschen Vertrage in 8 Wochen ganz fertig sein. Ich bitte nun, daß Ew. Hochwohlgeboren, nachdem Sie einmal die Initiative genommen haben, jetzt das Verhandeln nicht zu sehr suchen, sondern nach Constatirung Ihrer Willfährigkeit es Ihrer Seite an sich kommen lassen. Herrn v. Buol bitte ich auf die neuesten Artikel des „Constitutionnel“ aufmerksam zu machen, wo die Darmstädter**) gelobt werden wegen ihrer Hinneigung zu Frankreich.

Sollte Ihnen die Zeit zu lang werden, so können Sie auch einmal fortreisen, doch wird dieß wohl nicht vor der Rückkehr des Kaisers geschehen können. Herr v. Werthern***) hat um Urlaub gebeten; soll ich ihn ertheilen? Noch einige Personalbemerkungen. Eine höchst wichtige Person ist Herr Grünne†); ich habe ihn immer als Preußen hier bezeichnen hören; nach Ihren Mittheilungen mußte eine Wandlung mit ihm vorgegangen sein. Er hat großen Einfluß auf den Kaiser, ist klug, verschlossen,

*) Daß Preußen die Verhandlung über den Zolleinigungsvertrag mit Oesterreich unbedingt ablehne und erst nach gesicherter Erneuerung des Zollvereins mit Oesterreich wegen eines Handelsvertrags unterhandeln werde, W. Weber a. a. O. 314.

**) S. v. S. 59.

***) Legationssecretär bei der Preussischen Gesandtschaft in Wien.

†) Feldmarschall-Lieutenant und Generaladjutant des Kaisers von Oesterreich.

1852 bestimmt; doch glaube ich, daß er zu gewinnen ist; es wäre schon
14. 6. viel werth, wenn er dem Kaiser einmal von unserer Auffassung
spräche; ich bin überzeugt, daß dieser sie nicht kennt; man sagt
ihm nur von unserer Negative. Graf Platen*) halte ich für sehr
preußenfeindlich: ich bitte sich mit ihm sehr vorzusehen; er
wünscht Hannovers Rücktritt schon um deshalb, weil er dann
ein Junker-Ministerium hofft. Linden**) ist beschränkt und ganz
veröstreichert, dabei intrigant und indiscret. Mit dem Verschluß
Ihrer Papiere bitte ich äußerst vorsichtig zu sein und das was
Sie nicht bei sich tragen zu verbrennen; im Gasthof hat man
gewiß Nachschlüssel. Nun Gott befohlen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 14/6. 52.

Manteuffel.

Nächsten Freitag wird Hindelben zu einer Polizei-Con-
ferenz nach Wien kommen; vertrauen Sie ihm nichts an, er ist
eitel und schwachhaft.

41.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1852 benachrichtige ich in Verfolg meines gestrigen Schreibens, daß
15. 6. mir zwar auf nicht offiziellem, aber glaubhaftem Wege die Nach-
richt zugeht, daß Herr v. d. Pfordten***) den Beistand Frank-

*) Hannoverscher Gesandter in Wien.

**) Württembergischer Gesandter in Wien.

***) Bayerischer Minister des Königl. Hauses und der auswärtigen
Angelegenheiten.

reichs für die Darmstädter Coalition nachgesucht und dagegen 1852
Namens der beteiligten Staaten Neutralität in allen zwischen 15. 6.
Frankreich und den beiden deutschen Großmächten eintretenden
Collisionen-Fällen verheißen hat. Ich hoffe in Besitz eines
diesen Vorgang beweisenden Schriftstückes zu gelangen. So
lange dieß noch nicht der Fall ist, kann diese Notiz freilich nicht
als begründet betrachtet und gebraucht werden; ich habe aber
nicht unterlassen wollen, Ew. Hochwohlgeboren davon zu Ihrer
Direction Kenntniß zu geben.

Des Königs Majestät kehren morgen, den 16. d. M. Abends
hierher zurück.

Hochachtungsvoll

Berlin, d. 15. Juni 1852.

Manteuffel.

42.

Résumé d'une conversation (du Cte Nesselrode) avec
le Cte de Buol*).

L'Autriche, loin de désirer la dissolution du Zollverein
comme résultat des conférences actuellement ouvertes à Berlin,
en souhaite au contraire l'extension et la consolidation. Elle
voudrait même y voir exercer une influence prépondérante par
la Prusse, afin que son action n'y fût point entravée — comme
elle l'est actuellement — par le veto de chacun, même des
plus petits associés. L'Autriche ne songe pas à disputer la
première place à la Prusse dans la direction des intérêts com-
merciaux de l'Allemagne. Elle ne prétend à rien autre chose
qu'à obtenir dès à présent un examen de ses propositions con-

*) Vgl. Bismarcks Bericht an Manteuffel vom 25. Juni 1852,
Preußen im Bundestag IV, No. 34 S. 89 ff.

signées dans le projet de traité de commerce Litt. A, et à cet effet elle s'attend à ce que la Prusse lui proposera de s'entendre avec elle sur ce point pendant la durée des négociations ouvertes avec les membres du Zollverein.

Quant au traité d'union commerciale Litt. B. entre le Zollverein et l'Autriche, celle-ci se contentera d'une assurance portant que la Prusse ne s'y oppose pas en principe et qu'elle examinera plus tard, si cette union entre deux groupes commerciaux ne promet pas des avantages réciproques.

L'essentiel pour l'Autriche est de savoir que la Prusse veut de bonne foi et sans arrière-pensée politique, prendre en mûre considération les intérêts matériels engagés dans ces questions.

Les Etats qui se sont fait représenter au Congrès commercial de Vienne croient à la possibilité de réaliser lors du renouvellement du Zollverein les stipulations éventuelles consignées dans la convention A et dans un avenir plus éloigné celles qui font l'objet de la Convention B.

Pourquoi la Prusse veut-elle se refuser à l'examen que lui demande l'Allemagne entière?

Mit Bezug auf dieses résumé ist in dem in der Anmerkung angeführten Bericht die handschriftlich auf der Abschrift des Berichts nach dem Satz „Den Passus aufgefäßt“ (S. 90, Z. 4 v. u.) nachgetragene Randbemerkung Bismarcks einzufügen:

Herr v. Fonton sagt mir, daß das résumé 2c. von Graf Nesselrode in Gegenwart des Grafen Buol geschrieben und von letztem approbirt worden sei. Er bat mich in Berlin von dieser Sinnesänderung des Grafen Buol, die er durch désaveu des résumé an den Tag lege, nicht zu sprechen.

43.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

bescheinige ich zunächst den Empfang der drei aus Wien an mich gerichteten geehrten Schreiben^{*)}. Die beiden letzten habe ich noch zu beantworten. Das mir geneigtest mitgetheilte Schreiben des Herrn v. Schele^{**)} sende ich in der Anlage zurück. Herr v. Budberg, der gestern bei mir war, frug mich, ob ich dieses Schreiben kenne; Em. Hochwohlgeboren Weisung gemäß und als guter Diplomat verläugnete ich dieß und blieb auch bei dieser Nothlüge, als Herr v. Budberg seine Verwunderung aussprach und bemerkte, daß Herr v. Schele die Vermuthung ausgesprochen habe, es werde mir davon Mittheilung gemacht werden. Ich habe Grund anzunehmen, daß jenes Schreiben einiger Maßen unter Russischem Dictat geschrieben ist, wenigstens scheint es mir vielfach den Wiederhall des in Em. Hochwohlgeboren Händen befindlichen résumé, welches Graf Stesselrode mir zugestellt hat^{***)}, zu enthalten, wonach Oesterreich die Rolle des bescheiden Bittenden und uns die des spröde Abweisenden zugetheilt wird. Ich darf voraussetzen, daß Em. Hochwohlgeboren diese Darstellung rectificirt haben. Meiner Seits enthalte ich mich hierauf weiter einzugehen, da Em. Hochwohlgeboren ja darüber vollständig informiert sind und füge nur hinzu, daß das Oesterreichische Intriguen-Spiel, über welches man doch Herrn v. Schele aufklären sollte, unausgesetzt fortgeht. Die Antwort, welche auf unsere Erklärung vom 7. d. M.

1852
25. 6.

^{*)} Vom 15. Juni, Preußen im Bundestag I, No. 76 S. 103 ff., vom 18./19. Juni, vom 22. Juni 1852, ebend. IV, No. 32 u. 33 S. 81 ff. 87 ff.

^{**)} S. Anhang I, 9 ff.

^{***)} S. o. S. 69 f. No. 42.

1852 gegeben werden soll, ist in München formulirt worden; sie hat
25. 6. den hiesigen Zollvereins Bevollmächtigten der Darmstädter
Coalition vorgelegen, von diesen hat sie indeß Keiner den
Preussischen Commissaren, die ihnen immer mit großer Offen-
heit entgegenkamen, mitgetheilt, wohl aber sind sie mit Herrn
v. Prokesch besprochen worden. Die Zoll Bevollmächtigten
haben übrigens gegen die Fassung jener Erklärung remonstrirt,
da sie ihnen zu scharf schien und man immer mehr zu der
Ueberzeugung gelange, daß man hier doch Ernst mache. Herr
von Rönneritz*), der kürzlich in Hannover gewesen, sagte mir
unaufgefordert, er komme von dort mit der Ueberzeugung
zurück, daß man in Hannover nicht an die Möglichkeit eines
Rücktritts vom September-Vertrage denke, und er werde dies
auch in Dresden sagen. So ehrlich also auch Schele sein mag,
so ist es doch wohl möglich, daß er aus Liebe zum Frieden
ein doppeltes Gesicht und zwar nach beiden Seiten hin ein be-
denkliches zeigt. Nach meinen Nachrichten aus Hannover geht
es dort recht schwach; in den Kammern sind die Demokraten
geradezu die Herrschenden und das Ministerium duldet dieß,
so daß je nachgiebiger man jetzt ist, doch zuletzt der coup d'état
von diesen oder andern Händen wahrscheinlich durch den Bundes-
tag ausgeführt bevorsteht. Aus Darmstadt habe ich auch
Symptome großer Bedenklichkeit vor den Folgen der Coalition.
In Summa scheint es mir, daß die Sache jetzt dergestalt auf
der Spitze steht, daß es auf Momente des längern Ausharrens
ankommt. Deshalb habe ich Ew. Hochwohlgeboren auch das
bewußte Nein**) gesandt. Das hindert nicht, daß Sie in der
Form so freundlich und eingehend als möglich sind, aber in
der Sache allen festen Engagements, auch eigentlichen Ver-

*) Agl. Sächsischer Gesandter in Wien.

**) Die Depesche, die nur aus dem Worte Nein besteht, ist erhalten;
vgl. Bismarck's Brief vom 23. Juni 1852 an die Gattin, S. 345 f. (Aus-
gabe der Briefe von Fürst F. Bismarck).

handlungen zu entchlüpfen suchen*). Dergleichen würde uns hier und unsern Feinden gegenüber mehr schaden als nützen. 1852
25. 6.
Deshalb ist mir auch Ihr Urlaubs-Gesuch nicht unangenehm; nur bitte ich alles zu vermeiden, was Ihre Abreise als einen Bruch könnte erscheinen lassen, und ich möchte anheimstellen auszusprechen, daß die Nachrichten, die Sie aus Frankfurt erhalten hätten, Sie bestimmt hätten, selbst ohne meine Genehmigung wegzugehen. Ich habe übrigens dem König von Ihrem Besuche gesagt und dessen Einwilligung erhalten. Ueber die Zeit Ihrer Abreise und den Weg, den Sie nehmen wollen, erbitte ich mir eventuell telegraphische Benachrichtigung, und bemerke, daß ich morgen (den 26^{ten}) auf zwei Tage nach der Lausitz gehe, aber am 28^{ten} wieder hier bin. Vielleicht gehe ich dem König entgegen, der am 3. oder 4^{ten} hier wieder eintreffen wird.

So eben erhalte ich das s. p. r. anliegende, von Ihnen bekannter Hand**) geschriebene Schreiben, welches meine Auffassung bestätigt. Ich habe, obwohl ich Rochow nicht für ganz geeignet zu der Mission halte, doch um nur die Sache fest zu machen, sofort an Rochow, der leider in Dresden ist, geschrieben und ihn angewiesen, sich an das Hoflager Sr. Majestät von Württemberg zu begeben, und dahin instruiert, daß er ohne ad specialia zu verhandeln, sich nur ganz generell den Austritt des Königs von W. aus der Coalition gegen die Befreiung von dem drohenden Spion solle stipuliren lassen.

Mit Rücksicht auf die immer mehr zur Entscheidung drängende Sachlage werden wir nun in den nächsten Tagen in der Zoll-Conferenz noch eine Erklärung abgeben, über deren Formulirung wir uns morgen einigen wollen, dahin gehend:

*) S. dazu die Correspondenz Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen im ersten Theile des Anhangs.

**) Offenbar von der Hand des Staatsraths v. Alindworth, den Manteuffel für einen Spion zu halten geneigt war.

1852 nachdem nunmehr der September Vertrag in den wesentlichsten
25. 6. Punkten durchdiscutirt und angenommen sei, nachdem wir zwei Monate ungeachtet der uns unbekannten Coalitionsbeschlüsse verhandelt hätten, nachdem wir unsere Position bei jeder Gelegenheit bestimmt und unzweifelhaft ausgesprochen, könnten wir mit Rücksicht auf die Interessen unseres Landes die bisherige Ungewißheit nicht fortbestehen lassen, wir müßten daher wissen, wer auf unserem Standpunkt stehe, und wer nicht; mit letzteren würden wir nicht ferner verhandeln. Oesterreichs soll in dieser Erklärung mit keinem Worte gedacht und überhaupt alles Verleßende vermieden werden. Es ist dabei die Absicht, zu vermeiden, daß wir nicht durch Beantwortung unserer letzten Erklärung in einen advocatischen Schriftwechsel hinein kommen. Vor der Hand soll auch noch keine Frist gesetzt, eine solche vielmehr als ferneres Zwangsmittel vorbehalten werden. Diese Erklärung wird etwa nächsten Mittwoch abgegeben werden.

Ich hoffe, daß Ew. Hochwohlgeboren aus dieser sehr confusen und mit ganz ermüdeter und verlahmter Hand geschriebenen Auseinandersetzung doch den Stand der Sache zu entnehmen vermögen werden; was an Instructionen fehlt, das werden Sie selbst Sich ergänzen. Sollte man Sie zu sehr zum Verhandeln drängen, so daß Sie ohne zu verletzen nicht ausweichen können, so bitte ich, Sich Frist zur Instructions-Einholung zu erbitten, dann wird man ja weiter sehen.

Meine Frau grüßt Sie und ich verharre mit ausgezeichnetester Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergeb. Diener und
Freund

Berlin, d. 25^{ten} Juni 1852.

Monteuffel *).

*) Bismarcks Antwort vom 7. Juli 1852 f. Preußen im Bundestag IV, No. 35 S. 92 ff.

44.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

sende ich in der Anlage Abschrift eines von Graf Buol an 1852
mich gerichteten Antwortschreibens. Abgesehen von dem freund- 26. 6.
lichen Ton, in welchem das Schreiben abgefaßt ist und wofür
ich dem Herrn Verfasser sehr dankbar bin, tritt die Verschieden-
heit des beiderseitigen Standpunkts darin leider sehr bestimmt
hervor. Wir läugnen eine politische Seite des Zoll-Vereins
durchaus nicht, wir würden dessen Auflösung gerade auch aus
politischen Gründen um deshalb beklagen, weil wir daraus die
Störung wesentlicher materieller Vortheile und daraussolgend
Mißbehagen der Bevölkerung als nothwendige Consequenz
hervorgehen sehen zu müssen glauben, allein wir sehen die
politischen Folgen des Zoll-Vereins als sich von selbst ergebende
aus dem freien Zusammentreten homogener Staaten an; wir
wollen natürlichen und gegebenen Verhältnissen einen sach-
gemäßen Ausdruck durch selbstständige Vereinbarung der Re-
gierungen geben. Dieß ist die Entstehung und der bisherige
Charakter des Zollvereins gewesen. Oesterreichischer Seits
wird die Sache ganz anders aufgefaßt. Man stellt den poli-
tischen Zweck an die Spitze, und die materiellen Interessen
müssen sich diesem Zweck unterordnen, deshalb werden Opfer
verlangt und freilich auch angeboten. Indesß wenn man auf
diesem Wege auch die heterogensten Theile zusammenschmieden
kann, so wird man doch entweder nichts Dauerndes erzielen
oder einen Zwang anwenden müssen, welcher nichts weniger
als Befriedigung zur Folge haben könnte. Grade um einen
solchen Zwang zu vermeiden, enthält die Bundesacte schützende
Bestimmungen, und ich bezweifle, daß man die Bundes-Ver-
fassung den deutschen Stämmen angenehm machen dürfte, wenn

1852 man diese Bestimmungen formell beseitigen oder thatsächlich
26. 6. außer Augen setzen wollte. Ich würde, wenn ich auch ganz von dem Standpunkt Preußens, welches sich einen solchen Zwang nicht wird gefallen lassen können, absehe, niemals zu einem derartigen Schritte rathen; es würde dann vorzuziehen sein, die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten überhaupt aufzuheben; dann würde wenigstens die Nothwendigkeit dem Zwange sich zu fügen, rechtlich nicht in Frage gestellt werden können.

Em. Hochwohlgeboren erlaube ich mir, diese Bemerkungen ganz vertraulich mitzutheilen, und ich stelle Ihnen anheim davon in Ihren Unterredungen mit Graf Buol den geeigneten Gebrauch zu machen. Daß ich Em. Hochwohlgeboren das Schreiben des Grafen Buol mitgetheilt habe und daß diese Bemerkungen durch dasselbe hervorgerufen worden, wollen Sie indeß unerwähnt lassen.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26^{ten} Juni 1852.

Manteuffel*).

Anlage.

Graf Buol an Minister v. Manteuffel.

Em. Excellenz

1852 haben mich durch das sehr geehrte Schreiben vom 6. d. M.,
21. 6. welches ich durch Herrn von Bismarck zu erhalten das Vergnügen hatte, zu dem lebhaftesten Danke verpflichtet. Diesen glaube ich nicht besser bethätigen zu können, als indem ich mir erlaube, dasselbe mit der größten Offenheit zu beantworten.

Em. Excellenz muß ich vor allem bitten versichert zu sein,

*) Die Antwort auf dieses Schreiben enthält Bismarcks Brief von Anfang Juli, s. o. S. 74 Anm.

daß die Sendung eines so ausgezeichneten und mit dem vollen 1852
Vertrauen seines Königs beehrten Staatsmannes sowohl, als 21. 6.
auch die freundlichen Worte, deren Ueberbringer er war, hier
nur recht aufrichtig gewürdigt werden konnten. Dabei aber
darf ich nicht bergen, daß die gleichzeitig von ihm mitgetheilte
jüngste Erklärung an die zu Berlin tagenden Zollvereinsmit-
glieder und insonders die darin ausgesprochene Ablehnung der
von den vorzüglichsten deutschen Regierungen projectirten Zoll-
einigung mit Oesterreich uns weniger angenehm berühren mußte.

Haben wir schon innig bedauert, daß die k. preußische
Regierung an den Wiener Verhandlungen, in welchen wir ihr
so gern das leitende Gewicht eingeräumt hätten, an welches es
durch die in langer Praxis erworbene Erfahrung vollen An-
spruch hat, sich nicht betheiligen wollte, so müssen wir in dem
jetzigen Stadio beklagen, daß nach den freundlichen Mit-
theilungen, die von dem Ergebnisse dieser Verhandlungen nach
Berlin gemacht wurden, Preußen immer noch darauf beharren
zu müssen glaubt, sich gegen das angebahnte Project einer
Zoll-Einigung mit einer Bestimmtheit auszusprechen, die freilich
eine Verständigung vorerst nicht zuläßt.

Allerdings ist der von Em. Excellenz als ein Mittel zur
Verständigung angedeutete Weg — nämlich sich vorerst über
die Grundlagen zu einigen und daran rückwirkende Be-
sprechungen anzuschließen, an sich zulässig und praktisch. Die
Schwierigkeit aber läge in der, wie es mir scheint, daran ge-
knüpften Bedingniß einer vorhergehenden Umgestaltung und
Erweiterung des Zoll-Vereins, und leider haben meine Ge-
spräche mit Herrn v. Bismarck mir über diesen Punkt keine
beruhigende Aufklärung gegeben. Es will uns bedünken, daß
bei der von den bedeutendsten Zollvereinsstaaten ausgesprochenen
Ansicht die Realisirung dieses Projectes auf wesentliche Hinder-
nisse stoßen würde und daß die vorausgehende Festsetzung des
Prinzips der Einigung mit Oesterreich weit eher die Verstan-

1852 digung über die in Folge des September-Vertrages einzutreten
21. 6. habende Erneuerung und Erweiterung des Zoll-Vereins fördern würde.

Blos auf diese Art wäre es uns möglich, unsern Einfluß auf unsere Verbündeten zum Behufe einer allseitigen Befriedigung geltend zu machen, während in der bisherigen Gestaltung der Frage ihre Lösung ebenso wenig in dem Bereiche unserer Kräfte liegt, als wir uns berufen fühlen können, auf die Ansichten der mit uns gleichgesinnten Regierungen in einem Sinne einzuwirken, der uns nicht zweckförderlich erscheint.

Noch eine Bemerkung muß ich mir erlauben Ihrer Verherzigung zu empfehlen. Ew. Excellenz sagen, daß Preußen nur einen geringen Werth auf die Fortdauer des Zoll-Vereins namentlich vom finanziellen Standpunkte aus zu legen berufen sey. — So wenig wir nun im Stande sind, in letzterer Beziehung uns ein vollgültiges Urtheil zu erlauben, so muß ich jedenfalls bedauern, daß von einem allgemeinen Standpunkte aus unsere Ansichten mit den Ihrigen nicht zusammenstimmen. Wir glauben nämlich auf den Fortgang und die Erweiterung des Institutes vielmehr einen großen Werth legen zu müssen, soweit freilich damit nicht unsere Ausschließung gemeint ist, und wir verlangen nichts besser als dieses Gefühl durch die That beweisen zu können. Dabei gehen wir allerdings so wenig vom finanziellen Gesichtspunkte aus, daß wir selbst bereit wären, pecuniäre Opfer zur Erreichung dieses Zweckes nicht zu scheuen. Wir glauben nämlich, daß der politische Charakter von dem Institute einmal nicht zu trennen ist und legen eben in Betracht der politischen Consequenzen einen so großen Werth auf seine Erhaltung. Wir sind überzeugt, daß das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen kein geregeltes sein kann, daß Deutschland seinen Beruf in der Politik nicht ausfüllen wird, sobald eine der beiden deutschen Großmächte, sei es nun Oesterreich oder Preußen — neben dem

Bunde stehen wird. Die Anerkennung aber des Ausspruches, daß Deutschland mit Oesterreich in keine Zolleinigung treten darf, würde eine solche Consequenz früh oder spät nach sich ziehen. — Als weitere unerläßliche Folge einer so unnatürlichen Stellung würde die Zerrüttung aller sozialen und politischen Lagen nicht ausbleiben. Dieses Ergebnis aber zu verhindern, scheint mir die Aufgabe und der Beruf der beiden Großmächte, und es dürfte eben die Lösung dieser Handelsfrage ihnen hierzu das vornehmste und naheliegendste Mittel bieten.

1852
21. 6.

Mögen die Fachmänner auf der einen Seite sich sanguinische Hoffnungen machen oder auf der andern zu ernste Besorgnisse daran knüpfen — hierüber kann man streiten und Zweifel hegen. — Uns aber kommt wohl vor allem andern zu, den politischen Standpunkt ins Auge zu fassen und insonders zu beherzigen, daß, wo Oesterreich und Preußen nicht vereint und von demselben Standpunkte aus wirken, nichts haltbares in Deutschland zusammen kommt. In dieser Richtung eifrig und aufrichtig mitzuwirken wird das Kaiserliche Cabinet stets bereit sein, und es hofft noch immer sich dabei mit Preußen zu begegnen. Sollten wir uns aber hierin täuschen, sollte Preußen das vorliegende Werk ohne Oesterreich vollbringen und die materielle Spaltung verlängern wollen oder selbst keinen Werth auf die Forterhaltung eines Institutes legen, das sich seit einer Reihe von Jahren bereits als so heilbringend bewährte, dann freilich würde auch die politische Einigung bedroht sein und auch wir — außer Stande den Zoll-Verein zu halten, — nunmehr die zu gewärtigenden Zwischenfälle abzuwarten und aufrichtig zu wünschen vermögen, daß die Gefahren von Deutschland möglichst lange abgewendet bleiben, die ein fortgesetzt widerstrebender Gang der beiden Großmächte naturgemäß im Gefolge haben muß.

Ich werde es als einen mir überaus schätzbaren Theil aus der Verlassenheit des verewigten und unvergeßlichen Fürsten

1852 von Schwarzenberg ansehen, wenn Em. Excellenz mir dasselbe
21. 6. Vertrauen und in Folge hiervon dieselbe Gelegenheit zu vertraulichen Mittheilungen gewähren wollen, deren sich der verstorbene Ministerpräsident zu erfreuen hatte.

Der unbescheidene Umfang dieses Schreibens dürfte selbst Zeugniß ablegen, wie zuversichtlich ich darauf zähle, daß den Intentionen, die meine Feder geleitet, Gerechtigkeit geleistet wird.

Mit aufrichtiger Verehrung

Em. Excellenz

ganz ergebenster Diener

Wien den 21. Juny 1852.

Graf Buol.

45.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1852 Vermittelt einer am heutigen Tage, morgens 7 1/2 Uhr
6. 7. abgegangenen telegraphischen Depesche habe ich Em. Hochwohlgeboren davon in Kenntniß gesetzt, daß der von Ihnen gewünschte Urlaub bewilligt wird. —

Da es möglich ist, daß die gedachte Depesche erst nach Ihrer Abreise von Wien dort eingetroffen, so habe ich nicht unterlassen wollen, hiervon Em. Hochwohlgeboren nochmals zu benachrichtigen.

Berlin, den 6. July 1852.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten
Manteuffel.

An

den Kgl. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten
Minister Herrn v. Bismarck-Schönhausen

zur Zeit in

Halle

Hôtel des Thüringer Bahnhof.

46.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrtester Freund und Gönner,

Nur nach Ihrer Abreise habe ich mich zum Grafen Buol 1852
begeben, um von ihm zu erfahren, warum er mit Ihnen 8. 7.
über meinen Vermittelungsvorschlag zu reden vermieden hat.
Graf Buol theilte mir mit großer Offenheit die Motive mit, welche
ihn von einem weiteren Eingehen in die Zoll- und Handels-
einigungsfrage abgehalten haben. Zuvörderst bemerkte er, wie
er jede Verhandlung ohne Zuziehung der Darmstädter Coalition
sorgfältig vermeiden müsse, um dieser nicht ombrage zu geben.
Sodann glaubte er bestimmte Anträge von Seiten der Preußi-
schen Regierung abwarten zu müssen, ehe er sich auf irgend
eine Art von Besprechung einlassen könne. Ich stellte ihm
hierauf die positive Frage, ob er meinen Vermittelungs-Vor-
schlag, falls er in Form von Anträgen von der Preussischen
Regierung hiehergebracht würde, für geeignet halte als Basis
zu demnächstigen Verhandlungen zu dienen. Er erwiederte mir
hierauf, wie er seiner persönlichen Ansicht nach eine Ver-
ständigung auf dieser Basis für möglich halte, vorausgesetzt
jedoch, daß die Coalitionsstaaten mit zu den Verhandlungen
gezogen würden. Ich schlug ihm darauf folgenden Weg vor:
Ich sei bereit, meinen Vermittelungs-Vorschlag den hier
accreditirten Repräsentanten der Coalitionsstaaten mit der
Bitte mitzutheilen, in Bezug auf denselben Instructionen von
ihren respectiven Höfen einzuholen. Zugleich wolle ich Sie
ersuchen, den Vermittelungsvorschlag Ihrer Regierung unter-
zubreiten und mit den nöthigen Instructionen hieher zurück-
zulehren, worauf denn diese Frage mit den hiesigen betreffenden
Repräsentanten besprochen und zum Abschluß gebracht werden
könne. Graf Buol äußerte sich mit diesem Wege vollkommen

1852 einverstanden und rieth mir denselben unverweilt in Ausführung
8. 7. zu bringen.

Ist es wirklich allseits die Absicht den Zollverein zu erhalten, so scheint mir der vorgeschlagene Weg der geeignetste zu sein. Sind Sie derselben Ansicht, so schreiben Sie mir gefälligst mit umgehender Post.

Leben Sie wohl und behalten Sie in gutem Andenken
Ihren aufrichtigen Freund

Wien den 8^{ten} Juli
1852.

A. Graf v. Platen*).

47.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1852 beide letzte Privatschreiben**) habe ich erhalten, und das eine
20. 7. schon telegraphisch beantwortet.

Was die Zoll-Vereins-Dinge betrifft, so erschweren die Zeitungen sie wesentlich.

Die von Ihnen gewünschte Desavouirung***) ist inmittelfst in der Adler-Zeitung erschienen.

Heute geben wir nun unsere definitive Erklärung ab †).

Ich füge Abschrift zu Ihrer Kenntnißnahme bei, sie ist mild aber verständlich.

An Nesselrode habe ich geschrieben und ihm vorgehalten, daß sein unpassender Vermittlungs-Vorschlag nur schädlich sei,

*) Vgl. dazu Bismarcks Schreiben an Manteuffel vom 11. Juli 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 36 S. 96 f.

**) Vom 17. Juli, Preußen im Bundestag I, No. 80 u. 81 S. 112 ff. 114 ff.

***) Der Gerichte wegen Ueberschreitung seiner Instructionen in den Wiener Verhandlungen, s. Anhang I, 15 Anm. *).

†) Vgl. W. Weber a. a. O. S. 315 f.

was auf Grund einer längeren Unterredung mit mir der Kaiser auch anerkannt hat. 1852
20. 7.

Noch ein Curiosum: Ich hatte Recherchen angeordnet, um den Verfasser des offiziös klingenden Artikels in der Spener'schen Zeitung*) zu ermitteln. Quehl versichert, es sei ein ganz ruppiger Jude, Protégé von Meusebach**), aber seit Jahren aus dem litterarischen Bureau entlassen. Das war richtig. Es wird Hausfuchung bei ihm gehalten, und unter vielen andern hämischen Artikeln findet sich auch einer von der mir sehr wohlbekannten Hand Sr. Excellenz des Baron Prokešch.

Herr Hirsch hat auch für die Neue Preussische Zeitung Artikel geliefert.

Ich habe die Geschichte unter dem Motto: „Vertrauen erweckt Vertrauen“ an Nesselrode geschrieben.

Herr Menze insinuirt mir heute sehr fein auf Grund eines gesandtschaftlichen Berichts, Sie hätten sich in Wien als meinen baldigen Nachfolger gerirt.

Ich habe darauf erwiedert, ich glaube das nicht, hätte aber nichts dagegen.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Sie und Ihre Frau Gemahlin auf. Wir sind soeben im Begriffe aufs Land zu gehen. Ich bekomme aber täglich meine Mappen und Correspondenzen und gedenke auch bald hier zu sein.

Ich bitte diesen Brief zu vernichten und den darin enthaltenen Bemerkungen keine Folge irgendwelcher Art zu geben.

Hochachtungsvoll

20/7. (1852).

Manteuffel.

*) Vgl. zum Inhalt desselben Bismarck's Bericht vom 15. Juli 1852, Preußen im Bundestag I, No. 79 S. 112.

**) Preussischer Consul in Bukarest.

48.

Graf Platen an Bismarck.

Wien den 30^{ten} Juli 1852.

Bester, verehrtester Freund.

1852
80. 7. Zu meinem großen Bedauern habe ich Graf Arnim gestern gesehen. Ich sage mit Bedauern, da ich nun dem Vergnügen entsagen muß, Sie hieher*) zurückkehren zu sehen. Man erzählte mir, Sie seien mit Manteuffel zerworfen und würden von ihm in der Handelsfrage nicht mehr verwendet werden. Auch fügte man hinzu, daß mein Vermittelungs-Vorschlag keinen Eingang bei dem Preussischen Ministerio gefunden und daher keine Hoffnung vorhanden sei, irgend eine Verständigung herbeizuführen. Sind diese hier verbreiteten Gerüchte gegründet oder nicht und was ist die Ursache dieser angeblichen Differenz zwischen Ihnen und Manteuffel? Sie haben gewiß die Güte, mir in dieser Beziehung einige Aufklärung zu geben.

Nächsten Sonntag wird Beust hier erwartet. Er hat mit von der Pforden in Leipzig gekocht und gedenkt sein sächsisch-baierisches Gericht dem Kaiserlichen Cabinet vorzusetzen. Aus welchen Ingredienzen das Gericht besteht, weiß ich nicht; werde es aber wohl bald erfahren.

Meyendorff wünscht sehnlicher denn je eine Verständigung. Er glaubt, daß Hannover gut thue seine bons offices anzubieten. Glauben Sie, daß dieselben von Ihrem Ministerio angenommen werden werden? Die Schwierigkeit liegt in der Art und Weise, wie Hannover vermitteln soll. Es ist wahrlich Schade, daß mein Vermittelungs-Vorschlag gescheitert ist; ich glaube, daß auf dieser Basis eine Verständigung herbeigeführt werden konnte. Die Reduction des zwölfjährigen Zeitraums**) auf 8 Jahr bezog sich meiner Ansicht nach aber nur auf den Zollverein und nicht

*) Als Gesandter an Arnims Stelle.

**) Des Zollvereins.

auf den Septembervertrag. Letzterer kann Preußen gegenüber 1852
dadurch nicht alterirt werden. Nur den übrigen Mitgliedern 80. 7.
des Zollvereins gegenüber wird nach dem Vorschlage der
Septembervertrag auf 8 Jahr reduziert. Preußen und Han-
nover bleiben in dem abgeschlossenen Vertrags-Verhältniß, so
daß nach Verlauf der 8 Jahre das jetzige Verhältniß zwischen
Hannover und Preußen wieder hergestellt wird für den Fall,
daß keine Zollvereinigung zu Stande kommen sollte. Ich erwähne
das, weil mein Vorschlag mißverstanden worden ist, und man
mir den Vorwurf gemacht hat, als wenn der Vorschlag auf
Kosten meines Vaterlandes gemacht sei. Daß ich einen für
Hannover allein nachtheiligen Vergleich nicht machen werde,
sollte sich doch von selbst verstehen. —

Der König Otto von Griechenland ist gestern hier an-
gelangt; er sieht sehr gelb aus, ist taub wie eine Bombe und
geht nach Karlsbad. —

Zum Empfang des Kaisers werden vom Gemeinderath
Triumphbögen erbaut etc. —

Josica*) ist nach Siebenbürgen. Die Fürstin Schoenburg
nach Paris. Beiden habe ich Ihre Grüße hinterbracht.

Leben Sie wohl und setzen Sie mich recht bald von Ihren
Plänen in Kenntniß.

Ihr

treuer Freund

A. Graf v. Platen.

49.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Gratulor ex animo**), acceptire dankbar die Pathenstelle, 1852
vor der Hand aber reise ich mit seit einer Stunde wartenden 4. 8.

*) Führer der Conservativen und eine Zeit lang Kanzler von
Siebenbürgen.

**) Zur Geburt des zweiten Sohnes Wilhelm.

1852 Courier-Pferden nach Gießen, von wo ich am 14. d. M. hier-
4. 8. her zurückkehre.

Antuniren Sie den Caniz*) in der Zollsache derb aufzu-
treten, namentlich in Nassau, da kann er geradezu drohen.

Unverändert

Manteuffel.

4/8. (52).

50.

Graf Platen an Bismarck.

1852 Aus Ihrem freundschaftlichen Schreiben vom 6^{ten} d.**),
13. 8. verehrtester Freund, habe ich mit Bedauern ersehen, daß meine
Vermuthungen in Bezug auf Indiscretionen, die man Ihnen
gegenüber sich zu Schulden hat kommen lassen, gegründet sind.
Ich vermag Ihnen nicht zu beschreiben, wie tief ich dies be-
klage. Es freut mich indessen, daß Sie mir solche Indiscre-
tionen nicht zur Last legen. Ob ich die unschuldige Veranlassung
dazu geworden, werde ich hoffentlich bald erfahren, da ich
eigens deshalb nach Hannover reise. Ob ich die Grenze inne
zu halten gewußt, wo die Verpflichtungen der Discretion gegen
einen Freund und Edelmann aufhören und die höheren (?)***)
gegen den Staat beginnen, mögen Sie, verehrtester Freund, aus
der Anlage beurtheilen, welche Auszüge aus meinen sämtlichen
Berichten in Betreff Ihrer Mission enthält. Es liegt mir zu
viel an Ihrer Meinung, um nicht diesen Schritt zu thun, den
ich einem andern gegenüber gewiß nicht unternommen haben
würde. Haben Sie die Güte, nach gemachtem Gebrauch das

*) Preussischer Ministerresident beim Großherzogthum Hessen,
Herzogthum Nassau und der Freien Stadt Frankfurt.

**) Concept nicht vorhanden.

***) Das Fragezeichen rührt vom Schreiber des Briefes her.

Document zu vernichten. Leben Sie wohl und bleiben Sie 1852
mein Freund, wie ich stets der Ihrige bleiben werde. 13. 8.

Der Ihrige

Wien, den 13^{ten} Aug.
1852.

A. Graf Platen.

Anlage.

Auszüge

aus meinen officiellen Berichten die Mission Bismarck betr. *)

1. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 1^{ten} Juli.

„E. E. verfehle ich nicht gehorsamst zu berichten, daß Herr von Bismarck die zwischen ihm und mir verabredete neue Fassung des Art. 1 Herrn von Manteuffel vorgelegt und am gestrigen Tage zur Antwort erhalten hat, wie bei der inmittelst preussischerseits in den Zollconferenzen abzugebenden neuen Erklärung Herr von Bismarck sich jeder bindenden Erklärung in Bezug auf eine andere Fassung der im Handelsvertrage bezüglichen Artikel bis auf Weiteres zu enthalten und etwaige desfallige Anträge lediglich ad referendum zu nehmen habe. Diese Anheimgabe wird indessen Herrn von Bismarck nicht abhalten, durch weitere Besprechungen eine Verständigung anzubahnen.

Sowohl die Wünsche des Kaiserlichen Cabinets in Betreff einer kürzeren Dauer des Zollvereins und des Zusammentritts von Commissaren behufs der Wiederaufnahme der Zollvereinigungsfrage, als auch die geäußerten Bedenken wegen der zu leistenden Garantien habe ich zur Kenntniß des Herrn von Bismarck gebracht und mit ihm besprochen¹⁾. Gegen Zollcon-

*) Die Randbemerkungen auf der dem Minister eingereichten Abschrift hat mit dieser und dem Bericht vom 17. August 1852, dem sie beigelegt war, v. Boschingen in der Deutschen Revue, Apr. 1901, 26. Jahrg. Bd. II, 8 ff. veröffentlicht.

1852 ferenzen vor dem Ablauf des erneuerten Zollvereins behufs
18. 8. Entscheidung der Zolleinigungsfrage hatte Herr von Bismarck nichts einzumenden. Desto mehr Widerstand fand ich aber in Bezug auf die gewünschte Abkürzung der zwölfjährigen Erneuerung des Zollvereins auf 6 Jahr. Er sah in diesem Vorschlage Oesterreichs die Absicht, sich ein neues Compelle zur Handelseinigung zu verschaffen. Ich bemerkte ihm, wie ein zwölfjähriger Zeitraum bei den stets wachsenden Sympathien für das Freihandelsystem keineswegs im Interesse Preußens sei, worauf er mir schließlich bemerkte, daß er persönlich gegen eine Erneuerung auf 8 Jahr weniger einzumenden habe, diesen Vorschlag jedenfalls ad referendum zu nehmen für geeignet halte.

Herr von Bismarck und ich sind nun übereingekommen, die österreichischerseits und preußischerseits vorläufig angedeuteten Modificationen im Vertrage Lit. A. zu redigiren und dieselben dann durch meine Vermittelung zur Kenntniß des Grafen Buol zu bringen. Willigt dieser in dieselben ein, so beabsichtigt Herr von Bismarck damit nach Berlin zu gehen, um sie persönlich durchzusetzen.“

2. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 3^{ten} Juli.

„Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 1^{ten} d. beehre ich mich E. E. anzuzeigen, daß ich meinen Vermittelungsvorschlag redigirt und selbigen sowohl dem Grafen Buol als auch Herrn von Bismarck übergeben habe. Derselbe lautet folgendermaßen: (folgt der Vorschlag.)

Herr von Bismarck hat im Wesentlichen diesem Vorschlage seiner persönlichen Anschauung nach beigepflichtet²⁾, dabei aber bemerkt, daß er durch neuere Instructionen gehalten sei, in keiner Weise für seine Regierung bindende Erklärungen abzugeben, sondern alle Anträge lediglich ad referendum zu nehmen. Er fügte hinzu, daß er im Fall der Annahme dieses

Vorschlags Seitens der Kaiserlichen Regierung sich sofort nach 1852
Berlin begeben und denselben durchzusetzen sich bemühen 18. 8.
werde³⁾. Dem Grafen Buol habe ich den Vorschlag mit der
Bemerkung übergeben, daß derselbe von mir persönlich aus-
gehe ohne irgend ein Zuthun meiner Regierung und daß die
Annahme desselben Seitens des Berliner Cabinets nicht un-
wahrscheinlich sei. Graf Buol versprach mir, mit Herrn von
Bismark über den Vorschlag Rücksprache zu nehmen."

3. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 6^{ten} Juli.

"E. E. habe ich die Ehre mitzutheilen, daß ich zu meinem
Bedauern mich in meiner Hoffnung, einen Anknüpfungspunkt
zu directen Verhandlungen durch meinen Vermittelungs-Vor-
schlag herbeigeführt zu haben, völlig getäuscht habe. Obgleich
Graf Buol mir versprochen, mit Herrn von Bismark in Bezug
auf den Vorschlag zu sprechen, ist unter ihnen von demselben
nicht die Rede gewesen. Herr von Bismark reist heute Abend
von hier nach Frankfurt ab."

4. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 9^{ten} Juli.

"... Da Herr von Bismark nicht abgeneigt ist, meinen
Vermittelungs-Vorschlag dem Berliner Cabinet vorzulegen
und zu befürworten⁴⁾, falls er die Ueberzeugung gewonnen habe,
daß österreichischerseits etwaige auf diesem Vorschlage basirte
Anträge nicht zurückgewiesen würden, so habe ich bei dem
Grafen Buol angefragt, ob seiner Ansicht nach auf Grund
derartiger Anträge von Seiten Preußens eine Verständigung
zu hoffen stehe. Graf Buol antwortete mir, wie er dies aller-
dings für möglich halte. Ich habe hiervon Herrn v. Bismark
in Kenntniß gesetzt."

5. Rapport au Roi en date du 13 Juin.

"Le Comte Arnim est parti hier en congé après avoir
remis la direction des affaires de la légation à M^r. de Bismark.

1852 Bien que le Comte dise de ne faire qu'une absence de six
18. 8. semaines tout au plus et de retourner alors sur son poste, je
suis disposé à croire qu'il ne reviendra pas ici et qu'il est
question de le remplacer. Si M^r. de Bismark ambitionnait ce
poste, je crois qu'on le lui accorderait volontiers. Mais il paraît
qu'il ne le lui convient guère."

6. Rapport au Roi en date du 16 Juin.

"Mr. de Bismark est très peu satisfait de son séjour ici
et je crains qu'il n'accepte point ce poste en cas qu'on le lui
offre. Il serait cependant fort à désirer, qu'il occupât un des
grands postes à l'étranger, vu qu'il a de grandes chances d'être
nommé un jour ministre des affaires étrangères, d'autant plus
que M^r. de Manteuffel est dégoûté, dit-on, des affaires et désire
vivement se retirer ⁵⁾."

**Randbemerkungen Bismarcks auf der dem Minister Manteuffel ein-
gereichten Abschrift dieser Auszüge:**

¹⁾ Non mi ricordo!

²⁾ übertrieben, cf. B(ericht).

³⁾ fiel mir nicht ein!

⁴⁾ Vorlegen, ja; befürworten, nein. — Ich habe niemals
irgend welche Anträge von Seiten Preußens in Aussicht
gestellt, selbst nicht zum Schein.

⁵⁾ Dies wird der Passus sein, welcher Herrn Menze den
Stoff zu den Insinuationen geliefert hat, die er Curer Ex-
cellenz hat machen wollen.

51.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

habe ich für mehre gütige Schreiben zu danken*). Vielsache 1852
Störungen haben mich bisher daran verhindert und auch jetzt 18. 8.
schreibe ich Ihnen nur im Augenblicke, wo ich im Begriffe
stehe, nach Putbus abzureisen.

Zunächst also meinen Gruß an den Junker Wilhelm Otto
Albrecht; möge er nur ein rechter Bär werden, die Eigen-
schaften dieses Raubthieres sind jetzt unerläßlich zum Fort-
kommen.

Daß ich an die dummen Platschereien, die über Hannover
aus Wien hierher gelangt sind, niemals geglaubt habe, darüber
habe ich mich schon früher ausgesprochen und wiederhole das
hiermit.

In unserer innern Politik hat sich ein Fall ereignet, welcher
zu einer Veränderung unseres Cabinets allerdings Anlaß geben
kann. Der König hat nämlich Radowicz zum Chef des Militär
Bildungs Wesens ernannt und nach Berlin berufen.

Vom 1. Oct. d. J. an soll er seine Functionen beginnen.

Aus Gründen, die ich nicht auseinanderzusetzen brauche,
glaube ich unter solchen Umständen nicht bleiben zu können,
und werde dies Sr. Majestät morgen in Putbus sagen. Ich
werde ganz von meiner Person, die ja am liebsten Wohl pflanzt,
absehen, auch die Königliche Machtvollkommenheit nicht in
Zweifel ziehen und nur auf die Consequenzen hinweisen.

Die Sache kommt gerade jetzt ganz mal à propos, denn
das Stichwort in Stuttgart ist ein Bericht von Prokesch,
daß ich mich nicht halten könne, gewesen. Wenn nun gleich-

*) Vom 7. und 14. August, Preußen im Bundestage IV, No. 40
und 41 S. 101 ff. 104 ff.

1852 zeitig die Sonne Nadowitz am Horizont aufgeht, so braucht
18. 8. man kein Oedipus zu sein, um zu sehen, wie befruchtend sie
für österreichische Intriguen wirkt.

Leider verdirbt sich der Herr selbst die Partie. Ne pardons
pas courage!

Württemberg läßt uns auch im Stich und hat sich den
Darmstädtern ralliirt noch im letzten Momente.

Auch das darf uns nicht irre machen. Wir müssen jetzt
um so fester auftreten, und so lange ich noch ein Wort zu sagen
habe, wird es geschehen.

Leben Sie wohl, lieber Bismarck. Ich küsse Ihrer Frau
Gemahlin die Hand und meinem Pothchen den Mund.

Meine Frau ist noch auf dem Lande, sie wird nächstens
zurückkehren.

Ich komme von Putbus zum nächsten Sonnabend wieder.

Hochachtungsvoll

B. 18/8. 52.

Manteuffel.

52.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1852 erwiedre ich auf das geehrte Schreiben vom 14. d. M. *) ganz
17. 9. ergebenst, daß ich mit meiner Stellvertretung durch Herrn
v. Kleist **) oder Herrn v. Kessel ***) bei der kirchlichen Handlung,
die Ihren Jüngstgeborenen betrifft, sehr einverstanden bin.
Beide Herren sind mir persönlich bekannt und von mir hoch
geachtet, und ich werde demjenigen, der für mich auf- und ein-

*) Preußen im Bundestage IV, No. 44 S. 109 f.

**) v. Kleist-Mezow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

***) Oberst, Commandeur der preussischen Truppen in Frankfurt a. M.

tritt, noch besonders dafür danken, verspreche auch im Voraus durch ihre Zusagen mich für gebunden zu erachten. Daß Ihre häusliche Feier durch Entziehung Ihres Hauses*) getrübt wird, bedaure ich sehr, bin aber leider außer Stande abzuhelpen.

1852
17. 9.

In der Zoll-Sache wollen wir nun nicht mehr mit Erklärungen, sondern mit Thatfachen auftreten. Wir haben daher heute schon nur noch mit unsern Verbündeten verhandelt, wobei freilich Hannover bedenkliche Erklärungen abgegeben hat.

Vom König von Württemberg habe ich einen zärtlichen, aber nichtsagenden Brief erhalten, worin er sagt, daß er sich von der Coalition trennen werde, wenn sie nicht zu vernünftigen, den Interessen Württembergs entsprechenden Entschlüssen zu bringen sei. Ich habe ziemlich bestimmt geantwortet.

Ihr Urlaubs-Gesuch habe ich Sr. Majestät vorzulegen noch nicht Gelegenheit gehabt; der König ist heute in Paris. Einen zu warmen Vertreter werden Sie aber an mir, das bemerke ich im Voraus, nicht finden, denn mir wird ganz bange, wenn ich mich von allen Seiten verlassen sehe. Ganitz**) will ja auch fort! Ich bitte also, daß Ew. Hochwohlgeboren mir umgehend sagen, ob Ihnen sehr viel an dem Urlaub gelegen und ob Sie ihn für Ihre Gesundheit unerläßlich halten.

Meine Frau empfiehlt sich Ihrer Frau Gemahlin.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den 17. Sept. 1852.

Monteuffel.

*) Das Haus war an einen mit einer reichen Spanierin verheiratheten Westphalen Lehmkuhl verkauft worden. Im Herbst bezog Bismarck das Haus Gallusstr. 19.

**) S. o. S. 86 Anm. *).

53.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1852 danke ich recht sehr für das gefällige Schreiben von vorgestern*).
24. 9. Wir sind nun im Besitz der Münchener Erklärung. Freilich wissen wir noch nicht, ob sie die Genehmigung der Souveräne erhalten hat, aber ich glaube fest, daß alle, selbst das Badische Gouvernement, sich ihr anschließen werden, denn sie ist sehr schlau gefaßt und giebt den Ministern, welche ihre Herren zur Annahme überreden wollen, die Möglichkeit alles Mögliche hineinzulegen. Für uns halte ich sie aber nicht acceptabel. Eine Abschrift, welche mir in diesem Augenblicke nicht zur Hand ist, behalte ich mir vor demnächst an Em. Hochwohlgeboren gelangen zu lassen. Meine Absicht ist gar nicht zu gestatten, daß die Erklärung offiziell in der Conferenz abgegeben werde, sondern schon jetzt den Bevollmächtigten zu eröffnen, daß wir sie schon jetzt nicht mehr als dazu gehörig betrachteten und daher nur von den einzelnen Staaten und zwar im diplomatischen Wege Erklärungen von ihnen entgegennehmen würden. Diese Frage wird übrigens erst morgen von den betheiligten Ministern erörtert werden.

Graf Rostiz in Hannover fing gänzlich an auszuspannen; anstatt den fortwährenden Vermittelungs-Gelüsten Hannovers entgegenzutreten, stimmte er ihnen selbst zu und empfahl sie uns. Ueberdies forderte er jetzt, wo der kritischste Moment eintritt, nämlich der, daß Hannover sich entscheide, ob es beim Rücktritt von der Coalition mit uns ferner verhandeln wolle oder nicht, Urlaub. Ich habe daher Graf Alvensleben**) gebeten,

*) Veröffentlicht von v. Poschinger in der Deutschen Revue, April 1901, 26. Jahrg. Bd. II 14.

**) Graf Albrecht v. A., preussischer Staatsminister a. D.

sich unverzüglich nach Hannover zu begeben, und ich habe 1852
Aussicht, daß er darauf eingehn wird, wenigstens wird er morgen 24. 9.
hierher kommen, um Rücksprache zu nehmen.

Nach Darmstadt habe ich gestern Herrn von Rosenberg ge-
sandt. Em. Hochwohlgeboren Vorschlag dort Herrn Wenzel zu
accreditiren, schien mir noch etwas verfrüht. Ich legte mir
die Frage vor: wie würde Oesterreich, wenn es in unserer
Lage wäre, dort handeln, und ich glaubte antworten zu müssen,
daß es den Posten dort ohne Weiteres nicht aufgeben, sondern
eine scharfe Spürnase wenn auch nicht persona grata, hinsenden
würde. Beides trifft bei Herrn v. Rosenberg zu.

Em. Hochwohlgeboren Urtheil über Alindworth halte ich
für richtig. Thatsächlich kann ich zwar hinzufügen, daß er von
mir schon mehre tausend Thaler empfangen hat, dennoch halte
ich ihn nicht für so schlecht als seinen Ruf. Er hat wirklich Ideen
und lebt ihnen, der Geldpunkt geht nebenher. Ich bitte
übrigens von diesen Dingen Sich nichts merken zu lassen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

24/9. [1852].

Manteuffel.

54.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

gefälliger Bericht vom 1. September*), betreffend die Entstehung 1852
der auf die Luxemburgische Angelegenheit bezüglichen Notiz in 26. 9.
dem Preuß. Wochenblatte vom 28. August cr., hat mir zu den
sorgfältigsten Nachforschungen Veranlassung gegeben. Dieselben
sind aber leider erfolglos geblieben.

*) Concept nicht vorhanden.

1852
26. 9.

Zwei den Gegenstand betreffende Anzeigen hiesiger gewandter Polizeibeamten lege ich zur gefälligen Kenntnißnahme bei und bemerke dabei noch ganz ergebenst, daß eine dritte Person, welche in diesen Dingen sehr wohl Bescheid weiß, mir die, freilich durch Beweismittel in keiner Weise unterstützte Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß der Geheime Rath Matthies der Verfasser jenes Artikels sei, das Material dazu aber nicht von hier, sondern von Frankfurt a. M. aus erhalten habe. Letzteres halte ich um deshalb auch für wahrscheinlich, weil Ew. Hochwohlgeboren erwähneter Bericht hier geschäftsmäßig in einer Weise behandelt worden ist, daß ein Verrath durch die Bureaux fast unmöglich erscheint, und weil der Artikel eine Erwähnung des Grafen Thun enthält, welche aus dem Berichte nicht zu entnehmen gewesen. Die gedachte Person behauptet übrigens aufs bestimmteste, daß sowohl Graf Holz als namentlich Herr Matthies von ihrer früheren dienstlichen Beschäftigung in Frankfurt a. M. her noch Verbindungen mit der dortigen Gesandtschaftskanzlei haben. — Ich bin indeß weit entfernt, auf diese ebenfalls aller Beweise ermangelnde Angabe hin eine Anklage erheben zu wollen, habe aber nicht unterlassen mögen, Ew. Hochwohlgeboren von dem, was mir hinterbracht worden, Kenntniß mit dem ergebensten Anheimstellen zu geben, dort über die Angelegenheit weitere Nachforschungen anzustellen und mir über ein etwaiges Ergebnis derselben seiner Zeit Mittheilung zu machen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster Diener

Berlin, den 26/9. 52.

Monteuffel*).

*) Bismarck's Antwort vom 30. September f. Preußen im Bundestage IV, No. 47 S. 114 ff.

Anlage.

Zwei Polizeiberichte.

I.

Trotz aller angewandten Mühe hat es bis jetzt bei der besonders zu beachtenden Vorsicht noch nicht ermöglicht werden können, den Verfasser des unter dem 28^{ten} v. M. im Preussischen Wochenblatte erschienenen Artikels „über die Maassnahmen der Bundesversammlung in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse in Luxemburg“ sowie den Correspondenten des gedachten Blattes in Frankfurt a. M. mit Bestimmtheit zu ermitteln. 1852 26. 9.

Eine sehr zuverlässige Quelle bezeichnet zwar als hervorragende thätige Mitarbeiter dieses Blattes außer dem Redacteur Dr. Jasmund — welcher eigentlich nur den Namen hergeben soll — Personen wie den Geh. Rath Matthies, den Reg.-Assessor v. d. Holz (früher als Hülfсарbeiter im Ministerio des Innern beschäftigt), welcher Letzterer namentlich die pikanten politischen Artikel schreibt, und den Dr. Firmenich u.; allein es wird von den Betheiligten in der Namhaftmachung der Verfasser von Artikeln eine so überaus große Verschwiegenheit beobachtet, daß es schwer hält, der Sache näher zu treten. Eine dem Dr. Firmenich nahestehende Person hat indeß bei einer unauffallenden gesprächsweißen Hindeutung auf den berregten Artikel betr. des Verfassers die Aeußerung (wörtlich) bekommen: „daß solcher von einer hohen Person und sehr gewandten Feder ausgegangen sei“. Aus derselben Quelle wird gleichzeitig und zwar mit voller Bestimmtheit versichert, daß der General Radowicz sehr eng liirt mit dieser Parthei sei und bei allen deren Schritten mit zu Rathe gezogen würde, aber mit großer Vorsicht es vermeidet, irgend etwas schriftliches von sich zu geben.

Von diesem Verhältniß sowohl wie überhaupt von den Machinationen dieser Parthei soll — wie behauptet wird —

1852 Se. Rgl. Hoheit der Prinz von Preußen unterrichtet sein und
26. 9. zu öftern auch den Dr. Firmenich (welchem die Leitung des
Preuß. Wochenblatts mit übertragen ist) gesprochen haben.
Berlin, den 22. September 1852. Nr.

II.

Es sind mir die beiden Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

I. Wer ist der Verfasser des Artikels im Preussischen Wochenblatt vom 28. August d. J. Seite 463 über die Maßnahmen der Bundes-Versammlung in Bezug auf die Verfassungs-Verhältnisse Luxemburgs?

II. Wer überhaupt ist Correspondent des Preussischen Wochenblatts über die Bundestags-Verhandlungen in Frankfurt a. M.?

Ich habe mich demgemäß soviel als möglich bemüht, die Verhältnisse des Preussischen Wochenblatts zu ermitteln, ich bin aber dabei auf bedeutende Schwierigkeiten gestoßen. Eigentliche Literaten und Zeitungs-Correspondenten von Profession werden beim Preussischen Wochenblatte gar nicht beschäftigt, das ganze Personal der Mitarbeiter besteht aus folgenden ausermählten Personen, welche sehr schwer zugänglich sind:

1. dem Wirtl. Geheimen Ober-Regierungs-Rath Matthies,
2. Herrn Bethmann-Hollweg,
3. dessen Schwiegersohn Graf Pourtales,
4. dem alten Rühne (sic *),
5. dem Legationsrath Graf Holz,
6. dem Dr. Jasmund.

Der Letztere ist mehr vorgeschobene Person, der eigentliche Redacteur ist der Geh. Rath Matthies, ohne dessen imprimatur

*) Das sic findet sich im Original. — Gemeint ist Generalsteuer-director Rühne.

nichts gedruckt werden darf. Obwohl diese Personen sich in den Nimbus einer politischen Partei zu hüllen suchen, so bilden sie eigentlich eine solche Partei nicht, sondern sie sind in der That nichts als eine Coterie Unzufriedener, welche aus verschiedenen persönlichen Motiven mit dem gegenwärtigen Ministerium verfeindet sind und welche von Gefühlen persönlicher Animosität getrieben, dem Ministerium, namentlich dem Herrn Minister-Präsidenten, in jeder möglichen Weise zu schaden suchen. Alle diese Personen haben im Staatsdienste hohe Stellungen eingenommen, und sie besitzen deshalb noch Verbindungen in den höchsten Kreisen der Beamten-Hierarchie, es steht ihnen also ein ganz vorzügliches Material zu Gebote, und sie sind vorzüglich gefährlich. Einer der Mitarbeiter Legations-Rath Graf Goltz soll sogar besondere Beziehungen zum Hofstaat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen haben, wo sein Bruder*) Adjutant ist. Der Geh. Rath Matthies war Jahre lang Chef der höheren Polizei in Preußen, er versteht es also sehr wohl, die Verbindungen des Wochenblattes zu organisiren, daß solche sehr schwer zu entdecken sind, und er soll in dieser Organisation sogar jetzt eine Lieblings-Beschäftigung finden. In der Druckerei des Blattes sind alle Recherchen vergeblich, da in solche niemals Original-Correspondenzen, sondern immer nur Abschriften eingeliefert werden. Auch eine Beobachtung des Briefwechsels auf der Post liefert kein Resultat, da die betreffende Correspondenz gewöhnlich unter secreten Adressen geführt wird.

1852
26. 9.

Jeder einzelne der oben genannten Mitarbeiter bearbeitet ein bestimmtes Fach von Artikeln, man möchte fast sagen, ein bestimmtes Decernat.

Während Herr Matthies in Verbindung mit dem Dr. Jas-mund außer der allgemeinen Redaction des Blattes besonders die Artikel über die Preussischen Verfassungs-Angelegenheiten

*) Graf Karl v. d. Goltz.

1852
26. 9. bearbeitet, und während Herr Kühne besonders für die Handels- und Gewerbefragen thätig ist, fällt das Fach der hier in Rede stehenden deutschen Bundes-Angelegenheiten ausschließlich dem Legations-Rath Graf Goltz zu. Graf Goltz war bei der Preussischen Bundes-Gesandtschaft in Frankfurt a. M. angestellt, das Zustandekommen einer reichen Heirath, welche er verfolgte, soll davon abgehangen haben, daß er eine selbständige Stellung als Gesandter irgendwo erhielt. Diesen Zweck soll er verfehlt haben, und deshalb soll er, wie man sagt, besonders erbittert sein. Er hat aus seiner früheren Stellung aus Frankfurt a. M. die intimsten Verbindungen mit vielen dortigen diplomatischen Persönlichkeiten, namentlich mit den Vertretern der kleineren Höfe, und aus diesen Quellen gehen ihm die secretesten Nachrichten zu. Mit Sicherheit läßt sich behaupten, daß er der Verfasser aller Artikel über die Bundestags-Verhältnisse und namentlich auch des Artikels in No. *) 463 über Luxemburg ist. Wer aber ihm diese oder jene von ihm benutzte Nachricht aus Frankfurt geliefert hat, dieses zu ermitteln, ist völlig unmöglich. Unter Preussischen Diplomaten soll namentlich der Preussische Gesandte von Savigny in Karlsruhe mit dem Grafen Goltz intim sein, und dieser soll, ohne daß er es eigentlich merkt und will, vielfach von Goltz benutzt werden. Namentlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majestät des Königs auf Stolzenfels soll lebhaft zwischen Goltz und Savigny correspondirt (worden) sein. Wohlunterrichtete Personen, welche es mit dem Ministerium gut meinen, sind übrigens der Ansicht, daß eine Söhnung mit den genannten Personen, namentlich mit Goltz Matthes zu wünschen sei, da diese Leute, vermöge ihrer erstreitbaren Fähigkeiten und vermöge ihrer genauen Kenntniss der Verhältnisse durch ihr unausgesetztes zähes Wirken nicht gefährlich werden können, zumal sie sich vielfach in den

*) Muß heißen auf S. 463.

Deckmantel einer wohlmeinenden gemäßigten Partei zu hüllen 1852
wissen. Golz und Matthies sind die eigentlichen arbeitenden 26. 9.
Elemente der Coterie, Bethmann-Hollweg giebt nur die Geld-
mittel her und Bourtales spielt mehr den Vermittler, so daß
die beiden letzteren von selbst fortfallen, wenn die beiden ersteren
beseitigt sind.

55.

Gesandter v. d. Schulenburg an Bismarck.

Sehr verehrter Gönner,

Ich benutze das freundliche Anerbieten des Herrn v. Scherff*), 1852
der morgen nach Frankfurt zurückkehrt, um mich in Ihr An- 28. 9.
denken zurückzurufen, da es mir in der letzten Zeit nicht möglich
war, Sie in Ihrer Residenz aufzusuchen, wie ich es gern
gethan hätte. Mit Freuden habe ich gehört, daß Ihre Frau
Gemahlin nunmehr das Wochenbett glücklich überstanden und
dieses frohe Ereigniß durch ein recht heiteres Tauffest**) gefeiert
worden. Ich sende Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch mit
der Bitte, mich, wenn auch unbekannter Weise — leider bis jetzt
noch — Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst zu empfehlen.

Was nun die Politik betrifft, und für mich existirt hier
nur eine solche Frage „der Zollverein“, so sehe ich mit vielen
Anderen hieselbst der nächsten Entscheidung in Berlin mit
größter Spannung entgegen. Daß Kurhessen den Bairischen
Propositionen in allen Stücken unbedingt beitreten würde,
konnte ich, ungeachtet der vertraulichen Versicherungen des
Herrn Hassenpflug, nie bezweifeln. Letzterer behauptet zwar

*) Niederländischer Bundestagsgesandter für Luxemburg und
Limburg.

**) Am 22. Sept. 1852.

1852
28. 9. stets noch, daß die Hoffnung auf Erhaltung respective in einiger Zeit zu erwartende Erneuerung des Zollvereins, nicht aufzugeben sei, ich habe indeß von Anfang an seinen Worten nie zu viel Glauben geschenkt, und weiß nicht, ob er gegenwärtig durch derartige Protestationen vielleicht nur das Odium, die Spaltung Deutschlands herbeigeführt zu haben, auf die Schultern seiner Collegen zu schieben versucht. Allerdings scheint es zuweilen, daß Letztere, unter welchen namentlich Herr v. Baumbach*) gänzlich bairisch-österreichisch gesinnt ist — ihm nicht so ganz mehr trauen, und daß sowohl beim Kurfürsten als bei der stodoestreichischen Civil-Beamtenparthei Hassenpflug anfängt, in den Geruch zu kommen, als sei er Preußen nicht abgeneigt! Hieraus mögen Sie abnehmen, wie es hier steht! Ob es noch möglich ist Hassenpflug für eine andre, unseren Plänen geneigte Politik zu gewinnen, weiß ich nicht; aber wenn man mir nur bedingte Ermächtigungen giebt, und vorherige Versprechen verlangt, wie dies wieder neuerdings geschehen — dann kann man wohl in dieser Beziehung nichts erwarten. Der Kurfürst hat, unerachtet $\frac{3}{4}$ seiner militärischen Umgebung und seines Hoffstaats entschieden preussisch ist, seine Zustimmung zu den Münchener Beschlüssen gegeben; auch soll die hiesige Regierung die Nachricht empfangen haben, daß in Dresden, Darmstadt und Nassau ein Gleiches geschehen. Von Baden behauptet man, daß dies nicht der Fall sei, und in Stuttgart schwankt man noch. Ueber den Inhalt der Münchener Beschlüsse habe ich noch nichts in Erfahrung bringen können, da nur 3 Personen hieselbst solchen kennen und diese selbstredend mir Alles vorzuenthalten suchen.

Man bauet hier fortwährend noch auf Hannover, und schmeichelt sich der Hoffnung, daß ein dort vielleicht zu erwartendes Rücktreten vom Septembervertrag möglicher Weise unsere

*) Minister des Aeußern und des Kurfürstlichen Hauses.

Regierung zum Nachgeben zwingen könnte. $\frac{7}{8}$ der Bevölkerung 1852
Kurheßens, selbst solche, welche sonst nicht in allen Stücken 28. 9.
preußenfreundlich gesinnt sind, würden ein Auflösen des Zoll-
vereins auf das Tiefste beklagen, und fast allgemein wird das
entschiedene Auftreten und Festhalten unseres Cabinets gebilligt.
Doch ich muß befürchten, Ihnen hinlänglich bekannte Dinge zu
oft zu wiederholen — deshalb breche ich ab, und erlaube mir
nur noch schließlich hinzuzufügen, daß man auf die Zusammen-
legung des Bundeskontingents mit Darmstadt hier noch immer
nicht verzichtet, wie mir der Kurfürst neulich selbst sagte. Auch
fürchte ich, daß man bei Berechnung der Bundes-Exekutions-
kosten für das Jahr 1850 unserem Cabinet sonderbare Zu-
muthungen zu machen beabsichtigt.

In hochachtungsvollster Ergebenheit

Ganz der Ihrige

Cassel d. 28^{ten} Sept. [1852].

G. Schulenburg.

Als Nachschrift füge ich hinzu, daß nach einer soeben mit
Hassenpflug gehaltenen Unterredung ich beinah glauben muß, daß
man in München bedeutend versöhnlicher gestimmt gewesen,
als wie ich bis jetzt vermuthete, und daß namentlich in der
betreffenden von den Coalitionstaaten demnächst abzugebenden
Erklärung Vieles zwischen den Zeilen zu lesen ist, was man
vorerst nicht hat geradezu als Concession hinstellen wollen.

56.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

schulde ich Antwort auf mehre geehrte Schreiben*). Ich bitte 1852
deshalb um Entschuldigung, werde mich aber der Angabe meiner 18. 10.

*) Vom 6. und 16. October, Preußen im Bundestage IV, No. 48
und 50 S. 118 f. 120 ff.

1852
18. 10. Excusations-Gründe für überhoben erachten und nur so viel bemerken, daß keineswegs Mangel an Interesse an den mir gemachten Mittheilungen, für welche ich sehr dankbar bin, mein Stillschweigen motiviren. Besonders habe ich Ew. Hochwohlgeboren für das gefällige Schreiben von vorgestern, welches ich heute erhalten und sofort Sr. Majestät vorgelegt habe, zu danken. In Folge desselben werde ich in den nächsten Tagen an Graf Buol antworten und die Acceptation von Thun*) melden. Von Graf Arnim aus Wien erhalte ich heute ein Schreiben, worin er ebenfalls rath Thun nicht zurückzuweisen, und gleichzeitig bemerkt, daß Buol auf sein Befragen, wen man eventuell nach Frankfurt senden werde, geantwortet hat, das wisse man noch nicht. Nechberg oder Brotesch wären allerdings sehr schlimm. Ein Punkt der Divergenz zwischen Sr. Majestät und mir beruht noch immer in der Auffassung des Bundestags. Se. Majestät sind nur zu geneigt, dieß Institut mit allen möglichen Attributionen der Macht und Würde zu bekleiden, während ich, ohne irgend dessen Bedeutung für die Dauer der dermaligen politischen Verhältnisse zu verkennen und ohne es herabwürdigen oder schwächen zu wollen, doch nie vergessen kann, daß Preußen dort unter Oesterreichischem Präsidio sitzt, und ich eine Machtstellung des Bundestags, welche dem Balanciren**) Preußens mit dem Gewicht seiner ganzen Bedeutung Eintrag thäte, nicht zu fördern vermag.

Haben Sie doch die Güte mich wissen zu lassen, ob und in welcher Weise Sie mit Alindworth in Verbindung stehen. Ist letzteres der Fall, so wollen Sie ihn wissen lassen, daß er in den nächsten Tagen einen Brief von mir zu erwarten habe, von dem ich hoffte, daß er seinen Wünschen entsprechen

*) Der an Stelle des Frhrn. v. Brotesch als österreichischer Gesandter in Berlin in Aussicht genommen worden war.

**) Anders läßt sich das flüchtig geschriebene Wort nicht entziffern, wenngleich der Ausbruch etwas auf Schrauben gestellt erscheint.

werde*). Gleichzeitig bitte ich ihm zu sagen, daß er mich 1852
verpflichten würde, wenn er mir seinem Versprechen gemäß 18. 10.
seine Ideen bezüglich der Umgestaltung der Verfassungen in
den deutschen Ländern mittheilen wollte**).

Erw. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage ein Mémoire
bezüglich der Zoll-Angelegenheit. Die Veranlassung dazu ist
folgende. Ich hatte vernommen, daß man in Wien von Herrn
Ladenbacher***) ein Memoire hat ausarbeiten lassen, welches
an Graf Nesselrode gegeben und worin unser Verfahren in der
Zollsache vom politischen Standpunkte aus beleuchtet und als
vollständig revolutionär bezeichnet worden. Ich habe mit Rück-
sicht hierauf, obwohl ich leider das Ladenbachersche Opus nicht
erlangen konnte, die anliegende Arbeit verfassen lassen und dafür
gesorgt, daß sie sowie ein französischer Auszug in Nesselrode's
Hände gelangt ist. Den Erfolg kenne ich noch nicht. Vielleicht
können Erw. Hochwohlgeboren davon bei vorkommenden Ge-
legenheiten auch einigen Gebrauch machen. Ob Sie dasselbe an
Schulenburg, Rosenberg, Savigny mittheilen wollen, stelle ich
Ihrer Erwägung anheim. Der davon zu machende Gebrauch
müßte wenigstens insofern ein discreter sein, als es nicht als
eigentliche Staatschrift, welche vom Preussischen Cabinet
ausginge, betrachtet werden dürfte. In dem Schreiben von
Buol an mich sind recht dringende aber doch verblümmte An-
deutungen, wir möchten uns nur mit Oesterreich privatim ver-
ständigen, dann werde sich alles von selbst finden. Ich bin
einiger Maaßen in Verlegenheit, was ich darauf antworten soll,
denn ich halte, da Oesterreich die Sache einmal politisch d. h.

*) Vgl. dazu den Bericht des Regierungsassessors Zitelmann vom
28. October 1852, der diesen Brief persönlich in der Villa des Staats-
raths in Oberrheinsberg abzugeben hatte. Deutsche Revue, April 1901
(26. Jahrg., Bd. II S. 31 ff.).

**) S. a. a. O., S. 32.

***) Herr v. Ladenbacher, ein Jude, dessen sich die österreichische
Regierung damals gern zu preußenfeindlicher Agitation bediente.

1852 mit andern Worten zur Unterdrückung Preußens dienend auf-
18. 10. faßt, eine Verständigung weder für möglich, noch für wünschens-
werth. Ich habe ziemlich sichere Nachrichten aus Wien, welche
bekunden, daß man dort mit dem Verlauf der Sache, selbst
wenn Preußen ganz allein bleiben sollte, nicht zufrieden sei,
weil man dann den besten Fisch nicht mitgefangen habe. Wenn
Preußen sich aber in einem Oesterreichischen, d. h. katholisch-
schuzöllnerischen Netze fangen läßt, dann ist es verloren, und
dazu werde ich nie meine Hand bieten.

Herr von Savigny behauptet, die Umkehr des Königs
von Württemberg sei durch Russischen Einfluß bewirkt worden
— und er motivirt dieß damit, daß diese Macht wünschen müsse,
Oesterreich immer nach Deutschland hingewendet zu sehen, damit
dessen Kräfte sich nicht dem Slavismus zuwenden. Mir scheint
dieß fast etwas zu fein, wenn schon es mit der österreichischen
Redens-Art von Herauswerfen aus Deutschland oder mit
Meyendorffs Leidenschaftlichkeit einiger Maßen zusammentrifft.

Graf Arnim schreibt mir aus Wien, er wisse aus guter
Quelle, daß Rübed*) geäußert habe, der Oesterreichische Tarif
beweise sich schon jetzt als unhaltbar, man müsse, um die in-
ländische Industrie zu retten, zu höheren Zöllen wieder zurück-
kehren.

Wenn wir wirklich ganz allein bleiben sollten, so halte ich
das nicht für ein großes Unglück; ich täusche mich zwar nicht
darüber, daß viele, die uns jetzt loben, sich in bittere Tadler
verwandeln werden, aber andere Staaten werden uns dann
schon suchen und vermissen, während sie uns jetzt fürchten und
verabscheuen.

Der nächste Kanonen-Schuß wird Manches nicht bloß in
Deutschland sondern in Europa umgestalten.

Wegen Ihrer Kammer Wahl will ich Em. Hochwohlgeboren

*) Präsident des österreichischen Reichsrathes.

keine Vorschrift machen. Der König wünscht Sie hier zu sehen, 1852
Ihre Bedenken verkenne ich aber nicht. Herr v. Westphalen 18. 10.
versichert, er habe sich in keinem Wahlkreise beworben.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin.

Mit unveränderter Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

Berlin, den 18. Oct. 1852.

Manteuffel.

57.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Iuer Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgestern*) veranlaßt mich Ihnen 1852
einige Worte über den Stand unserer Zoll-Angelegenheit zu 19. 11.
sagen.

Als Herr v. Prolesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich von höheren politischen Rücksichten geleitet unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanz Ministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution speculirende Preußen an der Nichtzustandebringung eines so leichten und nahe liegenden Arrangements Schuld sei, als ähnliche Plänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redensarten für eine Verwandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, ein-

*) Concept nicht vorhanden.

1852 Se. Rgl. Hoheit der Prinz von Preußen unterrichtet sein und
28. 9. zu öftern auch den Dr. Firmenich (welchem die Leitung des
Preuß. Wochenblatts mit übertragen ist) gesprochen haben.
Berlin, den 22. September 1852. Nr.

II.

Es sind mir die beiden Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

I. Wer ist der Verfasser des Artikels im Preussischen Wochenblatt vom 28. August d. J. Seite 463 über die Maßnahmen der Bundes-Versammlung in Bezug auf die Verfassungs-Verhältnisse Luxemburgs?

II. Wer überhaupt ist Correspondent des Preussischen Wochenblatts über die Bundestags-Verhandlungen in Frankfurt a. M.?

Ich habe mich demgemäß soviel als möglich bemüht, die Verhältnisse des Preussischen Wochenblatts zu ermitteln, ich bin aber dabei auf bedeutende Schwierigkeiten gestoßen. Eigentliche Literaten und Zeitungs-Correspondenten von Profession werden beim Preussischen Wochenblatte gar nicht beschäftigt, das ganze Personal der Mitarbeiter besteht aus folgenden ausgewählten Personen, welche sehr schwer zugänglich sind:

1. dem Wirkl. Geheimen Ober-Regierungs-Rath Matthies,
2. Herrn Bethmann-Hollweg,
3. dessen Schwiegersohn Graf Pourtales,
4. dem alten Rühne (sic) *),
5. dem Legationsrath Graf Holz,
6. dem Dr. Jasmund.

Der Letztere ist mehr vorgeschobene Person, der eigentliche Redacteur ist der Geh. Rath Matthies, ohne dessen imprimatur

*) Das sic findet sich im Original. — Gemeint ist Generalsteuer-director Rühne.

nichts gedruckt werden darf. Obwohl diese Personen sich in 1852
den Nimbus einer politischen Partei zu hüllen suchen, so bilden 26. 9.
sie eigentlich eine solche Partei nicht, sondern sie sind in der That
nichts als eine Coterie Unzufriedener, welche aus verschiedenen
persönlichen Motiven mit dem gegenwärtigen Ministerium ver-
feindet sind und welche von Gefühlen persönlicher Animosität
getrieben, dem Ministerium, namentlich dem Herrn Minister-
Präsidenten, in jeder möglichen Weise zu schaden suchen. Alle
diese Personen haben im Staatsdienste hohe Stellungen ein-
genommen, und sie besitzen deshalb noch Verbindungen in den
höchsten Kreisen der Beamten-Hierarchie, es steht ihnen also
ein ganz vorzügliches Material zu Gebote, und sie sind vor-
züglich gefährlich. Einer der Mitarbeiter Legations-Rath Graf
Goltz soll sogar besondere Beziehungen zum Hofstaat Sr. Königl.
Hoheit des Prinzen von Preußen haben, wo sein Bruder*) Ad-
jutant ist. Der Geh. Rath Matthies war Jahre lang Chef der
höheren Polizei in Preußen, er versteht es also sehr wohl, die
Verbindungen des Wochenblattes zu organisiren, daß solche sehr
schwer zu entdecken sind, und er soll in dieser Organisation
sogar jetzt eine Lieblings-Beschäftigung finden. In der Druckerei
des Blattes sind alle Recherchen vergeblich, da in solche niemals
Original-Correspondenzen, sondern immer nur Abschriften ein-
geliefert werden. Auch eine Beobachtung des Briefwechsels
auf der Post liefert kein Resultat, da die betreffende Cor-
respondenz gewöhnlich unter secreten Adressen geführt wird.

Jeder einzelne der oben genannten Mitarbeiter bearbeitet
ein bestimmtes Fach von Artikeln, man möchte fast sagen, ein
bestimmtes Decernat.

Während Herr Matthies in Verbindung mit dem Dr. Jas-
mund außer der allgemeinen Redaction des Blattes besonders
die Artikel über die Preussischen Verfassungs-Angelegenheiten

*) Graf Karl v. d. Goltz.

1852
26. 9. bearbeitet, und während Herr Rühne besonders für die Handels- und Gewerbebefragen thätig ist, fällt das Fach der hier in Rede stehenden deutschen Bundes-Angelegenheiten ausschließlich dem Legations-Rath Graf Golz zu. Graf Golz war bei der Preussischen Bundes-Gesandtschaft in Frankfurt a. M. angestellt, das Zustandekommen einer reichen Heirath, welche er verfolgte, soll davon abgehangen haben, daß er eine selbständige Stellung als Gesandter irgendwo erhielt. Diesen Zweck soll er verfehlt haben, und deshalb soll er, wie man sagt, besonders erbittert sein. Er hat aus seiner früheren Stellung aus Frankfurt a. M. die intimsten Verbindungen mit vielen dortigen diplomatischen Persönlichkeiten, namentlich mit den Vertretern der kleineren Höfe, und aus diesen Quellen gehen ihm die secretesten Nachrichten zu. Mit Sicherheit läßt sich behaupten, daß er der Verfasser aller Artikel über die Bundestags-Verhältnisse und namentlich auch des Artikels in No. *) 463 über Luxemburg ist. Wer aber ihm diese oder jene von ihm benutzte Nachricht aus Frankfurt geliefert hat, dieses zu ermitteln, ist völlig unmöglich. Unter Preussischen Diplomaten soll namentlich der Preussische Gesandte von Savigny in Karlsruhe mit dem Grafen Golz intim sein, und dieser soll, ohne daß er es eigentlich merkt und will, vielfach von Golz benutzt werden. Namentlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majestät des Königs auf Stolzenfels soll lebhaft zwischen Golz und Savigny correspondirt (worden) sein. Wohlunterrichtete Personen, welche es mit dem Ministerium gut meinen, sind übrigens der Ansicht, daß eine Versöhnung mit den genannten Personen, namentlich mit Golz ev. Matthies zu wünschen sei, da diese Leute, vermöge ihrer unbestreitbaren Fähigkeiten und vermöge ihrer genauen Kenntniß der Verhältnisse durch ihr unausgesetztes zähes Wirken wirklich gefährlich werden können, zumal sie sich vielfach in den

*) Muß heißen auf S. 463.

Dedmantel einer wohlmeinenden gemäßigten Partei zu hüllen 1852
wissen. Holz und Matthies sind die eigentlichen arbeitenden 28. 9.
Elemente der Coterie, Bethmann-Hollweg giebt nur die Geld-
mittel her und Pourtales spielt mehr den Vermittler, so daß
die beiden letzteren von selbst fortfallen, wenn die beiden ersteren
beseitigt sind.

55.

Gesandter v. d. Schulenburg an Bismarck.

Sehr verehrter Gönner,

Ich benutze das freundliche Anerbieten des Herrn v. Scherff*), 1852
der morgen nach Frankfurt zurückkehrt, um mich in Ihr An- 28. 9.
denken zurückzurufen, da es mir in der letzten Zeit nicht möglich
war, Sie in Ihrer Residenz aufzusuchen, wie ich es gern
gethan hätte. Mit Freuden habe ich gehört, daß Ihre Frau
Gemahlin nunmehr das Wochenbett glücklich überstanden und
dieses frohe Ereigniß durch ein recht heiteres Tauffest**) gefeiert
worden. Ich sende Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch mit
der Bitte, mich, wenn auch unbekannter Weise — leider bis jetzt
noch — Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst zu empfehlen.

Was nun die Politik betrifft, und für mich existirt hier
nur eine solche Frage „der Zollverein“, so sehe ich mit vielen
Anderen hieselbst der nächsten Entscheidung in Berlin mit
größter Spannung entgegen. Daß Kurhessen den Bairischen
Propositionen in allen Stücken unbedingt beitreten würde,
konnte ich, ungeachtet der vertraulichen Versicherungen des
Herrn Hassenpflug, nie bezweifeln. Letzterer behauptet zwar

*) Niederländischer Bundestagsgesandter für Luxemburg und
Simburg.

**) Am 22. Sept. 1852.

1852 stets noch, daß die Hoffnung auf Erhaltung respektive in einiger
28. 9. Zeit zu erwartende Erneuerung des Zollvereins, nicht aufzugeben sei, ich habe indeß von Anfang an seinen Worten nie zu viel Glauben geschenkt, und weiß nicht, ob er gegenwärtig durch derartige Protestationen vielleicht nur das Odium, die Spaltung Deutschlands herbeigeführt zu haben, auf die Schultern seiner Kollegen zu schieben versucht. Allerdings scheint es zuweilen, daß Letztere, unter welchen namentlich Herr v. Baumbach*) gänzlich bairisch-österreichisch gesinnt ist — ihm nicht so ganz mehr trauen, und daß sowohl beim Kurfürsten als bei der sächsischen Civil-Beamtenparthei Hasspflug anfängt, in den Geruch zu kommen, als sei er Preußen nicht abgeneigt! Hieraus mögen Sie abnehmen, wie es hier steht! Ob es noch möglich ist Hasspflug für eine andre, unseren Plänen geneigte Politik zu gewinnen, weiß ich nicht; aber wenn man mir nur bedingte Ermächtigungen giebt, und vorherige Versprechen verlangt, wie dies wieder neuerdings geschehen — dann kann man wohl in dieser Beziehung nichts erwarten. Der Kurfürst hat, unerachtet $\frac{3}{4}$ seiner militärischen Umgebung und seines Hofstaats entschieden preußisch ist, seine Zustimmung zu den Münchener Beschlüssen gegeben; auch soll die hiesige Regierung die Nachricht empfangen haben, daß in Dresden, Darmstadt und Nassau ein Gleiches geschehen. Von Baden behauptet man, daß dies nicht der Fall sei, und in Stuttgart schwankt man noch. Ueber den Inhalt der Münchener Beschlüsse habe ich noch nichts in Erfahrung bringen können, da nur 3 Personen hieselbst solchen kennen und diese selbstredend mir Alles vorzuhalten suchen.

Man bauet hier fortwährend noch auf Hannover, und schmeichelt sich der Hoffnung, daß ein dort vielleicht zu erwartendes Rücktreten vom Septembervertrag möglicher Weise unsere

*) Minister des Aeußern und des Kurfürstlichen Hauses.

Regierung zum Nachgeben zwingen könnte. $\frac{7}{8}$ der Bevölkerung 1852
Kurheffens, selbst solche, welche sonst nicht in allen Stücken 28. 9.
preußenfreundlich gesinnt sind, würden ein Auflösen des Zoll-
vereins auf das Tiefste beklagen, und fast allgemein wird das
entschiedene Auftreten und Festhalten unseres Cabinets gebilligt.
Doch ich muß befürchten, Ihnen hinlänglich bekannte Dinge zu
oft zu wiederholen — deshalb breche ich ab, und erlaube mir
nur noch schließlich hinzuzufügen, daß man auf die Zusammen-
legung des Bundeskontingents mit Darmstadt hier noch immer
nicht verzichtet, wie mir der Kurfürst neulich selbst sagte. Auch
fürchte ich, daß man bei Berechnung der Bundes-Exekutions-
kosten für das Jahr 1850 unserem Cabinet sonderbare Zu-
muthungen zu machen beabsichtigt.

In hochachtungsvollster Ergebenheit

Ganz der Ihrige

Cassel d. 28^{ten} Sept. [1852].

G. Schulenburg.

Als Nachschrift füge ich hinzu, daß nach einer soeben mit
Hassenpflug gehaltenen Unterredung ich beinah glauben muß, daß
man in München bedeutend versöhnlicher gestimmt gewesen,
als wie ich bis jetzt vermuthete, und daß namentlich in der
betreffenden von den Coalitionsstaaten demnächst abzugebenden
Erklärung Vieles zwischen den Zeilen zu lesen ist, was man
vorerst nicht hat geradezu als Concession hinstellen wollen.

56.

Otto v. Manteuffel an Bismard.

Erw. Hochwohlgeboren

schulde ich Antwort auf mehre geehrte Schreiben*). Ich bitte 1852
deshalb um Entschuldigung, werde mich aber der Angabe meiner 18. 10.

*) Vom 6. und 16. October, Preußen im Bundestage IV, No. 48
und 50 S. 118 f. 120 ff.

1852
18. 10. Excusations-Gründe für überhoben erachten und nur so viel bemerken, daß keineswegs Mangel an Interesse an den mir gemachten Mittheilungen, für welche ich sehr dankbar bin, mein Stillschweigen motiviren. Besonders habe ich Em. Hochwohlgeboren für das gefällige Schreiben von vorgestern, welches ich heute erhalten und sofort Sr. Majestät vorgelegt habe, zu danken. In Folge desselben werde ich in den nächsten Tagen an Graf Buol antworten und die Acceptation von Thun*) melden. Von Graf Arnim aus Wien erhalte ich heute ein Schreiben, worin er ebenfalls rath Thun nicht zurückzuweisen, und gleichzeitig bemerkt, daß Buol auf sein Befragen, wen man eventuell nach Frankfurt senden werde, geantwortet hat, das wisse man noch nicht. Nechberg oder Brotesch wären allerdings sehr schlimm. Ein Punkt der Divergenz zwischen Sr. Majestät und mir beruht noch immer in der Auffassung des Bundestags. Se. Majestät sind nur zu geneigt, dieß Institut mit allen möglichen Attributionen der Macht und Würde zu bekleiden, während ich, ohne irgend dessen Bedeutung für die Dauer der dermaligen politischen Verhältnisse zu verkennen und ohne es herabwürdigen oder schwächen zu wollen, doch nie vergessen kann, daß Preußen dort unter Oesterreichischem Präsidio sitzt, und ich eine Machtstellung des Bundestags, welche dem Balanciren**) Preußens mit dem Gewicht seiner ganzen Bedeutung Eintrag thäte, nicht zu fördern vermag.

Haben Sie doch die Güte mich wissen zu lassen, ob und in welcher Weise Sie mit Alindworth in Verbindung stehen. Ist letzteres der Fall, so wollen Sie ihn wissen lassen, daß er in den nächsten Tagen einen Brief von mir zu erwarten habe, von dem ich hoffte, daß er seinen Wünschen entsprechen

*) Der an Stelle des Frhrn. v. Brotesch als österreichischer Gesandter in Berlin in Aussicht genommen worden war.

**) Anders läßt sich das flüchtig geschriebene Wort nicht entziffern, wenngleich der Ausdruck etwas auf Schrauben gestellt erscheint.

werde*). Gleichzeitig bitte ich ihm zu sagen, daß er mich 1852
verpflichten würde, wenn er mir seinem Versprechen gemäß 18. 10.
seine Ideen bezüglich der Umgestaltung der Verfassungen in
den deutschen Ländern mittheilen wollte**).

Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage ein Mémoire
bezüglich der Zoll-Angelegenheit. Die Veranlassung dazu ist
folgende. Ich hatte vernommen, daß man in Wien von Herrn
Ladenbacher***) ein Memoire hat ausarbeiten lassen, welches
an Graf Nesselrode gegeben und worin unser Verfahren in der
Zollsache vom politischen Standpunkte aus beleuchtet und als
vollständig revolutionär bezeichnet worden. Ich habe mit Rück-
sicht hierauf, obwohl ich leider das Ladenbacher'sche Opus nicht
erlangen konnte, die anliegende Arbeit verfassen lassen und dafür
gesorgt, daß sie sowie ein französischer Auszug in Nesselrode's
Hände gelangt ist. Den Erfolg kenne ich noch nicht. Vielleicht
können Ew. Hochwohlgeboren davon bei vorkommenden Ge-
legenheiten auch einigen Gebrauch machen. Ob Sie dasselbe an
Schulenburg, Rosenberg, Savigny mittheilen wollen, stelle ich
Ihrer Erwägung anheim. Der davon zu machende Gebrauch
müßte wenigstens insofern ein discreter sein, als es nicht als
eigentliche Staatschrift, welche vom Preussischen Cabinet
ausginge, betrachtet werden dürfte. In dem Schreiben von
Buol an mich sind recht dringende aber doch verblümmte An-
deutungen, wir möchten uns nur mit Oesterreich privatim ver-
ständigen, dann werde sich alles von selbst finden. Ich bin
einiger Maaßen in Verlegenheit, was ich darauf antworten soll,
denn ich halte, da Oesterreich die Sache einmal politisch d. h.

*) Vgl. dazu den Bericht des Regierungsassessors Zitelmann vom
26. October 1852, der diesen Brief persönlich in der Villa des Staats-
raths in Oerrheinsberg abzugeben hatte. Deutsche Revue, April 1901
(26. Jahrg., Bd. II S. 81 ff.).

**) S. a. a. O., S. 82.

***) Herr v. Ladenbacher, ein Jude, dessen sich die österreichische
Regierung damals gern zu preußenfeindlicher Agitation bediente.

1852 mit andern Worten zur Unterdrückung Preußens dienend auf-
18. 10. faßt, eine Verständigung weder für möglich, noch für wünschens-
werth. Ich habe ziemlich sichere Nachrichten aus Wien, welche
bekunden, daß man dort mit dem Verlauf der Sache, selbst
wenn Preußen ganz allein bleiben sollte, nicht zufrieden sei,
weil man dann den besten Fisch nicht mitgefangen habe. Wenn
Preußen sich aber in einem Oesterreichischen, d. h. katholisch-
schuzköllnerischen Netze fangen läßt, dann ist es verloren, und
dazu werde ich nie meine Hand bieten.

Herr von Savigny behauptet, die Umkehr des Königs
von Württemberg sei durch Russischen Einfluß bewirkt worden
— und er motivirt dieß damit, daß diese Macht wünschen müsse,
Oesterreich immer nach Deutschland hingewendet zu sehen, damit
dessen Kräfte sich nicht dem Slavismus zuwenden. Mir scheint
dieß fast etwas zu fein, wenn schon es mit der österreichischen
Redens-Art von Herauswerfen aus Deutschland oder mit
Meyendorffs Leidenschaftlichkeit einiger Maaßen zusammentrifft.

Graf Arnim schreibt mir aus Wien, er wisse aus guter
Quelle, daß Rübed*) geäußert habe, der Oesterreichische Tarif
beweise sich schon jetzt als unhaltbar, man müsse, um die in-
ländische Industrie zu retten, zu höheren Zöllen wieder zurück-
kehren.

Wenn wir wirklich ganz allein bleiben sollten, so halte ich
das nicht für ein großes Unglück; ich täusche mich zwar nicht
darüber, daß viele, die uns jetzt loben, sich in bittere Tadler
verwandeln werden, aber andere Staaten werden uns dann
schon suchen und vermissen, während sie uns jetzt fürchten und
verabscheuen.

Der nächste Kanonen-Schuß wird Manches nicht bloß in
Deutschland sondern in Europa umgestalten.

Wegen Ihrer Kammer Wahl will ich Em. Hochwohlgeboren

*) Präsident des österreichischen Reichsrathes.

keine Vorschrift machen. Der König wünscht Sie hier zu sehen, 1852
Ihre Bedenken verkenne ich aber nicht. Herr v. Westphalen 18. 10.
versichert, er habe sich in keinem Wahlkreise beworben.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin.

Mit unveränderter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

Berlin, den 18. Oct. 1852.

Manteuffel.

57.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Iuer Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgestern*) veranlaßt mich Ihnen 1852
einige Worte über den Stand unserer Zoll-Angelegenheit zu 19. 11.
sagen.

Als Herr v. Prokesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich von höheren politischen Rücksichten geleitet unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanz Ministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution speculirende Preußen an der Nichtzustandebbringung eines so leichten und nahe liegenden Arrangements Schuld sei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redensarten für eine Bewandniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, ein-

*) Concept nicht vorhanden.

1852 mal uns vor ungerechten Beischuldigungen zu bewahren, zweitens
19. 11. aber auch die uns namentlich von Hannover in ungünstiger Weise angebotene Vermittelung abzuwehren.

Graf Arnim hat dann im Allgemeinen Graf Buol ganz außerordentlich herabgestimmt gefunden; man offerirt: Aufgeben der Zoll-Einigung, 12jährige Dauer und Beschränkung auf einen beiden Theilen vortheilhaften, die gegenseitige Freiheit nicht beeinträchtigenden Handelsvertrag, man verlangt nicht, daß wir nach Wien kommen, sondern will nach Berlin oder wohin wir sonst wollen, senden. Man will nur für Oesterreich und nicht für die Coalitionsstaaten, aber nur mit Preußen verhandeln und den übrigen Staaten Accessionen vorbehalten. Es bleibt also eigentlich nur die allerdings bedeutungsvolle Frage der Zeit als Schwierigkeit zurück. Aber auch über diese hinfort zu kommen, zeigt sich Aussicht. Wir haben nämlich mit Braunschweig schon abgeschlossen und gedenken in den nächsten Tagen mit den Thüringischen Staaten abzuschließen. Sobald das geschehen ist, können wir den Zoll-Verein als reconstituirt, d. h. die Coalitions-Staaten als ausgeschieden betrachten; und dann können wir ohne Inconsequenz mit Oesterreich verhandeln. Graf Buol hat dieserhalb bereits eine Note an Graf Arnim gerichtet, diese ist indeß noch nicht beantwortet und wird die Erwiderung hier entworfen, aber nicht eher abgelassen werden, als bis jene Voraussetzung, Reconstitution des Zoll-Vereins erfolgt ist. So liegt die Sache. Alles was Herr v. Dalwigk von Verhandlungen fabelt, ist gelogen; man kann es keine Verhandlung nennen, wenn Oesterreich den Wunsch mit uns zu verhandeln zu erkennen giebt und wir noch nicht einmal geantwortet haben.

Daß, wenn wir einmal zu Verhandlungen kommen, die Sache sehr schnell erledigt sein kann, vielleicht um das Resultat zu sichern, erledigt sein muß, ist richtig.

Eine sehr schlimme Rolle bei der ganzen Sache spielt

Hannover; und ich muß an mich halten, dies nicht zum Schaden des Einverständnisses Herrn v. Schele derb zu sagen. Dort weigert man sich nicht nur, einen Bevollmächtigten hieher zu senden, sondern hat sich auch nicht entblödet, in Oldenburg ganz schlimm gegen uns zu agitiren und Braunschweig geradezu von Ratification der Tractate abzumahnen. In Oldenburg hat man tüchtig geantwortet; in Braunschweig scheint man zu schwanken. Die Herren Hannoveraner wünschen, daß wir mit Oesterreich direct verhandeln; sollten sie denn wirklich nicht einsehen, daß zur Erreichung des Wunsches die Vorbedingung in der Möglichkeit der Verhandlung beruht.

1852
19. 11.

Ich werde Ihnen, geehrter Freund, dankbar sein, wenn Sie mir bald hierüber Ihre Meinung sagen und Sie sich namentlich darüber aussprechen, ob Sie in meinem Gange Bedenken sehen.

Se. Majestät sind plötzlich sehr antinapoleonisch und meinen, daß der Präsident mit allen Revolutionnairs unter einer Decke spiele.

Das lange englische Memorandum gegen die Ziffer III. *) findet Se. Majestät vortrefflich; ich finde es confus und um so mehr ungenügend, als ich schon jetzt weiß, daß es die Engländer gereut. Nichtsdestoweniger stimme ich darin überein, daß man, wenn irgend möglich, die Engländer beim Worte halten muß. Deshalb werden wir auch auf die von ihnen vorgeschlagene Conferenz in London eingehen. Oesterreich scheint dazu keine Lust zu haben.

Hochachtungsvoll

19/11. [1852].

Manteuffel.

Wenn ein Arrangement mit Oesterreich gelingen soll, so ist es nothwendig, daß nicht davon gesprochen werde und Leiden-

*) Für Louis Napoleon.

1852 schaften und Zeitungen davon fernbleiben. Deshalb finde ich
19. 11. es sehr thöricht, daß Herr v. Dalwigk solche Reden führt und
würde sie lieber desavouiren als genehmigen*).

58.

Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-
Augustenburg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1852 hatten die Güte, als ich vor Kurzem Ihnen äußerte, daß ich
5. 12. auf 10 bis 12 Tage zur Jagd nach Coburg gehen würde, mir
zu versprechen, im Fall inzwischen bey Ihnen etwas für mich
eintreffen würde, mich dorthin davon in Kenntniß setzen zu
wollen. Mit Beziehung hierauf, erlaube ich mir Sie zu be-
nachrichtigen, daß ich am 7^{ten} cr. nach Coburg zu gehen und
den 18^{ten} oder 19^{ten} c. wieder nach Frankfurt, woselbst ich
endlich ein Haus gefunden habe, zurückzukehren gedenke.

Sollte innerhalb dieser Zeit etwas für mich bey Ihnen
eintreffen, würden Sie mich sehr verbinden, wenn Sie die Güte
haben wollten, mir auf solchen Fall nach Coburg zu schreiben,
oder sollte meine Gegenwart in Frankfurt erforderlich seyn, so
werde ich auf den ersten Wink von Ihnen bereit seyn sofort
zurückzukehren.

Ich vermuthe indessen, daß, bis zu der Zeit meiner Rück-
kehr, aus Kopenhagen nichts eintreffen wird und ich somit dem
Vergnügen und der Zerstreuung der Jagd ungestört mich hin-
geben kann, einer Zerstreuung, die ich um so mehr bedarf, als
die vielen Unannehmlichkeiten und Kränkungen, die man

*) Antwort Bismarcks vom 24. November, Preußen im Bundes-
tag IV, No. 54 S. 129 ff.

dänischer Seits mir nicht ersparen zu wollen scheint, sehr 1852
störend auf meine Gesundheit wirken und mich in eine Ge- 5. 12.
müthsstimmung versetzt haben, die zu überwinden mir oft sehr
schwer wird und die mich entschuldigen muß, wenn ich gegen
meinen Willen bisweilen eine gereizte Stimmung an den Tag
lege, für welche ich um nachsichtige Beurtheilung bitten muß.

Die betreffenden Actenstücke, wie sie von Conferenzzrath
Garlieb mir mitgetheilt sind, habe ich reinschreiben lassen, so
daß sie zur Unterschrift bereit liegen und demnach, meiner Seits,
Alles zur schnellen Abmachung des Ganzen vorbereitet ist.

In der Hoffnung in kurzer Zeit Ihnen mündlich die Ver-
sicherung meiner vollkommensten Hochachtung erneuern zu
können, bin ich

Euer Hochwohlgeboren
ergebener

Homburg d. 5^{ten} Dec. Chr. August Schl.-Holstein.
1852.

In größter Eile.

59.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Nachdem vor etwa Jahr und Tag die dortigen Banquiers 1852
von Rothschild hier anwesend gewesen waren und bei dieser 80. 12.
Gelegenheit von ihnen der Wunsch zu verstehen gegeben worden,
dießseitige Hofbanquiers zu werden, sprachen Em. Hochwohl-
geboren auf desfallige Rückfrage sich dahin aus, daß die Herren
v. Rothschild für etwaniges Wirken im Preussischen Interesse
hinlänglich durch Geldvorthelle bis jetzt entschädigt seien*). —
Dem zu Folge ist damals die Sache nicht weiter betrieben und

*) Dieser Bericht ist nicht veröffentlicht.

1852 zurückgelegt worden. — In neuerer Zeit hat jedoch eine An-
30. 12. regung derselben wiederum stattgefunden und dies veranlaßt mich Ew. Hochwohlgeboren gefällige Aeußerung nochmals zu erbitten, ob jetzt die Verhältnisse etwa andere sind. Im Allgemeinen bemerke ich dabei, daß es, nach meiner Ansicht, nicht ganz leicht sein möchte, einem so großartigen Banquier-Geschäfte etwanige Geldvorthelle nachzurechnen. Sollten Dieselben sich jetzt für die Verleihung des Titels als Hofbanquiers aussprechen zu können glauben, so stelle ich anheim, mir einen gehörig motivirten amtlichen Antrag dieserhalb geneigtest vorzulegen.

Berlin, den 30. December 1852.

Manteuffel.

(Nachschrift.)

Ich bemerke, daß es eines motivirten Antrags von Ew. Hochwohlgeboren nicht einmal bedarf, sondern daß es mir genügt zu wissen, daß Dieselben nicht Grund haben, gegen die Charakterisirung sich auszusprechen. Sollten die Rothschilds noch vorherrschende antipreußische Tendenzen verfolgen, so würde ich dieß allerdings als einen solchen Grund betrachten.

Mein Interesse bei der Sache besteht, im engsten Vertrauen gesagt, darin, daß man den p. Rothschild von seinen hüzigen Bestrebungen, die Wiener Valuta zu bessern, einiger Maaßen abbringt, und daß man ihn für eine Eisenbahn-Anleihe, welche wir vielleicht machen werden, günstig stimmt.

Meinen herzlichsten Glückwunsch für Sie und die Ihrigen.

Unverändert

Manteuffel *).

*) Bismarcks Antwort vom 5. Januar 1853 f. Preußen im Bundestage IV, No. 56 S. 132. Der dort erwähnte, aber noch nicht veröffentlichte amtliche Bericht — auch ein Concept desselben ist nicht vorhanden — folgte laut handschriftlicher Notiz auf dem Original des Briefes vom 30. Dezember am 10. Januar 1853 nach.

60.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

ß. 2. Jan. 53.

Bester Manteuffel — Einige Zeitungen (Hamb. Nachr., 1853
Cöln. Ztg) geben Nachricht von der Einführung des dänischen 2. 1.
Commandos beim Holsteinschen Contingent. Das darf
nach m(einer) Meinung der Deutsche Bund, hätte er noch ein
Fünftchen Ehre im Leibe, geradezu nicht dulden. Wir müssen
zu Frankfurt eine ehrenvolle, teutsche Sprache führen, auch
wenn er*) uns aus anerzogener Unehrenhaftigkeit nicht hören
will — Deutschland aber soll und wird uns hören. Vale.

F.W.R.

Bestätigt sich die Angabe der Zeitungen, so autorisir' ich
Sie, dies Blättchen dem H. v. Bismarck im Original zuzusenden
und das Nähere mit ihm zu berathen.

61.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

wollte ich durch Graf Stolberg einen ausführlichen Brief schreiben. 1853
Leider bin ich dazu nicht gekommen, und auch der heutige Tag 4. 1.
läßt mir nur einen Augenblick. Dieser Tag hat übrigens so
viel odiosa gebracht, daß ich Ihnen nicht gern unter deren
Eindruck schreiben möchte. Einiges davon kann ich Ihnen aber
doch nicht schenken.

1. Arnim telegraphirt, daß Prolesch nach Frankfurt a/M

*) Der Bund.

1853 ernannt sei. Ich werde mich bemühen, es noch zu hindern, und
4. 1. sogar mit Bernstorff drohen. Halten Sie das aber nicht für
Ernst.

2. Varennes*) sagt mir, daß die Russischen Creditive in
Paris nicht angenommen werden würden, und daß, wenn die
unsrigen dann nicht abgegeben würden, die brouille ernstester
Art fertig sei. Ich glaube nun zwar, daß dieß ein Schreck-
schuß ist, allein möglich ist es doch und unser Entschluß, uns
mit Rußland auf ganz gleicher Linie zu halten, steht fest. Krieg
braucht daraus noch nicht zu folgen, sondern nur die Vertretung
durch Geschäftsträger.

Leider werde ich soeben wieder gestört und muß mich daher
darauf beschränken, Ihnen und den Ihrigen die aufrichtigsten
Glückwünsche zum neuen Jahre darzubringen.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 4/1. 53.

Manteuffel**).

62.

Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck.

Wien 18. Jänner 1853.

Hochwohlgeborner Freiherr,

1853 Wenn ich zu der von Sr. Majestät dem Kaiser mir über-
18. 1. tragenen Stellung den besten Willen mitbringe, so gehe ich auch
nicht ohne Hoffnung nach Frankfurt, weil ich unter den Mit-
arbeitern an dem gemeinsamen Werke Sie, hochwohlgeborner

*) Französischer Gesandter in Berlin.

**) Antwort Bismarcks vom 7. Januar 1853 f. in Preußen im
Bundestag IV, No. 57 S. 132 f.

Freiherr, dort finden werde. Die Ehrenhaftigkeit Ihres Charakters und Ihrer Gesinnungen, die Gabe höherer Anschauung und Auffassung, das beredte Wort und die lebenswürdige Form habe ich Gelegenheit gehabt schon in Berlin würdigen zu lernen und der auf dem Bundesfelde gesammelte Schatz von Erfahrungen wird Ihrem Wohlwollen die Mittel an die Hand geben, mich Ihnen herzlichst zu verpflichten. Sie haben meinen unter schwierigen Verhältnissen stets gleich gebliebenen Bestrebungen, die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen zu fördern, die Anerkennung nie versagt. Ich werde auch fortan dies Ziel im Auge behalten, welches die Kraft und Würde Deutschlands verbürgt und die geregelte Entwicklung der Interessen beider Reiche zugleich am wirksamsten sicher stellt. Ich werde mich mit Ihnen auf diesem Wege begegnen und wir werden ihn zusammen machen. In diesem Glauben komme ich.

1853
18. 1.

Noch kann ich den Tag meines Eintreffens nicht bestimmen, aber ich denke, er wird in die letzte Woche dieses Monats fallen. Wahrscheinlich nehm' ich den kürzesten Weg, wobei ich mich auch mit meiner lieben Frau zusammen finden und ihre häuslichen Rathschläge einholen kann.

Wenn ich auf den Schluß meines Aufenthaltes in Berlin zurückblicke, mir die gnädigen Aeußerungen Sr. Majestät Ihres erhabenen Königs und Herrn ins Gedächtniß führe und das Vergnügen bedenke, das mich erwartet, mit Ihnen zusammenzugehen, so bin ich geneigt, Frankfurt mit Ruhe und Heiterkeit entgegen zu blicken.

Genehmigen Sie, hochwohlgeborner Freiherr, den Ausdruck meiner innigsten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu seyn

Ihr

aufrichtigst ergebener

v. Protesch-Osten.

63.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1853
1. 2. gefällige Rückfrage vom 29. v. M. *) über die Zweifel, welche entstanden sind, ob dem Freiherrn von Broseich nach dessen Ankunft in Frankfurt a. M. mit Rücksicht darauf, daß derselbe als Feldmarschall-Lieutenant noch der Kaiserl. Oesterreichischen Armee angehört, von dem Commandeur der in Frankfurt a. M. garnisonirenden Preussischen Truppen, General v. Herwarth, mit dem dortigen Preussischen Offizier-Corps die Aufwartung zu machen sei, hat mir Veranlassung gegeben, die Befehle Sr. Majestät des Königs hierüber einzuholen.

Allerhöchstdieselben haben Sich hierauf dahin auszusprechen geruht, wie es allerdings in Idero Intentionen liege, daß dem Baron von Broseich dieser Besuch gemacht werde, indem Se. Majestät in Beobachtung der Höflichkeits-Formen bei der Ankunft des gedachten Kaiserlichen Gesandten von Preussischer Seite Nichts versäumt wissen wollen, schon aus dem Grunde, weil der nicht angenehme Eindruck, den die Ernennung desselben hervorgebracht, auf diese Weise für das dieffseitige Interesse um so leichter benuzt werden könne, je weniger man Preussischer Seits markire, daß man durch diese Ernennung sich verletzt fühle.

Dem in Rede stehenden Besuche einen rein militärischen Charakter durch eine vorherige Anmeldung zu geben und dadurch die Deutung, als gelte derselbe dem Präsidial-Gesandten, auszuschließen, wird nicht schwer zu ermöglichen sein **).

*) Concept nicht vorhanden.

**) Vgl. dazu die Correspondenz zwischen Bismarck und Broseich, Bismarck-Jahrbuch III, 69 ff.

Hiernach wollen Ew. Hochwohlgeboren das Weitere ge- 1853
fälligst in die Wege leiten. 1. 2.

Berlin, den 1. Februar 1853.

Manteuffel.

N. S. Ew. Hochwohlgeboren Ansicht über die Haltung der Presse gegenüber dem französischen Kaiserthum*) theile ich ganz und habe auch eine Rectificirung der \dagger Zeitung bereits in Anregung gebracht, was indeß nach den bekannten Verhältnissen nicht leicht ist. Ich sage mir, Preußen steht ohnehin auf dem Vorposten gegen Louis Napoleon und muß sich besonders hüten, seine ohnedieß nicht sehr nachhaltigen Kräfte in einem Präliminarkriege aufzuzehren, was nur die Folge haben würde, daß wir im Momente der Entscheidung nichts mehr in die Wagschale zu werfen hätten. Ueberdieß dürfen wir uns von Oesterreich und Rußland nicht ins Schlepptau nehmen, sondern müssen uns suchen, aber auch finden lassen. Sehen uns diese Staaten ohnehin schon engagirt, so legen sie auf uns keinen Werth. Die Kaiser-Rede ist uns in dieser Beziehung günstig. Sie ist ein Handschuh, viel mehr den Ultras des Legitimismus als uns hingeworfen, die wir ja von Maria Theresia den Titel Parvenu erhielten und vielleicht in dem Innern der Hofburg zu Wien noch erhalten. Diese Rücksichten haben bisher meine Ansichten in dieser Frage bestimmt. Ich bitte dieß aber aus nahe liegenden Gründen sehr geheim zu halten.

Hochachtungsvoll

Manteuffel.

$\frac{1}{2}$ (1853).

*) Vgl. Bericht vom 28. Januar 1853, Preußen im Bundestag IV, No. 61 S. 189 f. und Brief an E. v. Gerlach vom 27. Januar 1853, S. 55 ff. der Ausgabe von H. Rohl.

64.

Freiherr v. Prolesch-Osten an Bismard.

1858
14. 2.

Wegen des Artikels der Presse*), hochwohlgeborner und

*) Den ein Journalist Rehner im Auftrage des Ritter Braun, eines Beamten der österreichischen Gesandtschaft in Frankfurt, verfaßt haben sollte. In dem Artikel, dat. Wien 8. Februar, hieß es: „Der preußische Legationsrath und Bundestagsgesandte v. Bismard hat bekanntlich nach der Abreise des Grafen von Thun aus Frankfurt durch freiwillige Uebertragung die österreichische Stimme in der Bundesversammlung und mit ihr interimistisch den Vorsitz geführt. Herrn v. Bismards Soiréen waren im Laufe dieses Interregnums viel besucht, von einer besonderen Thätigkeit der Bundesversammlung hat man aber während der Zeit wenig vernommen. Doch scheint sich der interimistische Präsident an diese Ausnahmestellung so gewöhnt zu haben, daß er sie gar zu gern in eine dauernde verwandeln möchte. Wenigstens begegnen wir in dem Berliner ministeriellen Blatt „Die Zeit“ einem sehr legationsräthlichen Artikel aus Frankfurt, der plötzlich in die Präsidialbefugnisse Oesterreichs Zweifel setzt und jenen alten preußischen Wunsch nach Alternirung des Vorsitzes wieder durchschimmern läßt.

Es war wirklich höchst zeitgemäß, mit solchen Ansprüchen in einem Augenblicke aufzutreten, wo Oesterreich, indem es sich mit einem einfachen Handelsvertrage begnügte, deutlich genug zu erkennen gab, daß es, anstatt der ihm zugemutheten politischen Pläne, bloß materielle Verbesserungen im Auge hat. Die Haltung Oesterreichs zeigt in jeder Beziehung klar genug, daß es nirgends in den Bereich fremder Machtstellung einzugreifen gesonnen ist, daß es aber sein eigenes Recht mit jener Kraft und Ausdauer zu sichern gedenkt, welche viele Blätter der Geschichte zu rühmen wissen. Das Recht des Vorsitzes in der Bundesversammlung ist ihm durch die Bundesacte zugesichert, und wir hoffen, daß es Niemandem ernstlich einfallen wird, dieses Recht anzutasten.

Gänzlich verfehlt in seiner logischen Begründung und nicht sehr delikat in staatsmännischer Beziehung erscheint vollends der Versuch des erwähnten Frankfurter Briefes, gegen die Persönlichkeit des Kaiserlich österreichischen Präsidialgesandten Mißtrauen zu erwecken. „Wenn sich Herr v. Prolesch,“ heißt es dort, „um die Vertretung der specifisch österreichischen Politik Verdienste erworben hat, so liegt darin allein noch keine Gewähr seines Eifers für eine erfreuliche und nach allen Seiten hin befriedigende Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse. Im Gegentheil kann man sich der Besorgniß nicht erwehren, daß seine

verehrtester Herr College, habe ich mich in Wien beklagt*). 1853
Heute fällt mir der anliegende der Kölner Zeitung in die Hand, 14. 2.
der insoferne ganz interessant ist, als er einen Blick in das
Geheimniß dieser legalen Giftbereitung erlaubt.

Erstens wird eine Thatsache erfunden und als Wahrheit
hingestellt. So hier die angegebene Lösung der österreichischen
Blätter: „Ausdehnung der Befugnisse des Bundestages“. Daß
sicher kein einziges österreichisches Blatt, auch das albernste
nicht (und es gibt deren viele alberne), diese Prätension auf-
gestellt hat, daß also die Thatsache eine Lüge ist, das ist eben
ihre Kraft, denn jede Lüge hat für die Gaumen corrompirter
Völker einen besonders wohlgefälligen Geschmack, wie der Ver-
wesungsproceß des Haut goßt für die feinsten Feinschmecker.

Hat man nun das Corpus delicti geschaffen und den
Gegnern um den Hals gehängt, so ist die Sache schon halb

bisherige vorzugsweise Accentuirung der österreichischen Politik dem
allgemeinen deutschen Interesse Eintrag thun möchte.“ Auf diese Be-
hauptung ließe sich ganz einfach mit dem gar sehr zutreffenden Sprich-
wort antworten: „Wer nicht für sich zu sorgen weiß, wird auch Andern
nichts leisten.“ Die Förderung der österreichischen Interessen ging, wie
alle Welt weiß, mit den allgemeinen deutschen fortwährend Hand in
Hand; namentlich knüpft sich an die frühere Stellung des Herrn von
Prokesch die Auflösung der Union und die Vereitelung anderer Sonder-
bundspläne, Ereignisse, die gewiß einen allgemein deutschen Charakter
haben.“

*) Vgl. Prokeschs Schreiben an Graf Buol vom 13. Februar 1853,
Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten (Wien 1896) S. 294 f.
Die Stelle lautet: „Herr v. Manteuffel sandte an Herrn v. Bismarck
ein Blatt der in Wien erscheinenden „Presse“ vom 9., das einen persön-
lichen Angriff auf diesen enthält. Herr v. Bismarck beklagte sich bei
mir darüber. Ich brückte ihm mein Bedauern darüber aus, daß man
in Berlin solchen Mist auffaßt und ihm vor die Augen bringt. Ich
weiß leider, daß man dort durch die eigene Brille sieht und hinter jedem
Zeitungsgehmere die Regierung wittern will. Für mich, der ich mich
des guten Einverständnisses mit meinem preussischen Kollegen befeißt
(was an sich nicht ganz leicht ist), sind derlei Mißgriffe der Wiener
„Presse“ nicht angenehm.“

1853 gelungen. Jetzt kommen Dünkel, Hohn, Witz, tugendhafte Ent-
14. 2. rüstung und vor allem persönliche Angriffe; hiebei erforscht
man die Nieren und Gewissen, holt alles Brauchbare als eben-
soviel Erwiesenes hervor. Dieser Calcul der Unverschämtheit
ist nicht ohne Talent; er rechnet auf die Dummheit der Leser.

Drittens wird irgend einer Macht oder Person, die man
reizbar hält, geschmeichelt; die Leidenschaften werden gekitzelt
und aufgestachelt, bis sie das Urtheil und den gesunden Blick
verwirren. Zuletzt wird irgend ein Motto als Resultat des
Zustandes ausgesprochen und dadurch der Zustand erwiesen.

Wahrlich, was muß dieses Gefindel für eine Meinung von
den Regierungen haben, um von seinem rothen Lappen sich
Effekt zu versprechen!

Diese Herzensergießungen zum Morgengruße!

Ihr

14. Febr. (1853).

v. Prokesch-Osten.

65.

Quehl an Bismarck.

Euer Excellenz

1853 soll ich zuvörderst im Auftrage des Herrn Minister Präsidenten
11. 8. vorläufig benachrichtigen, wie Hochderselbe mit Ihren Auf-
fassungen und Verfahren dem Herrn v. Prokesch gegenüber
vollkommen einverstanden ist. Herr v. Manteuffel wird in
demselben Sinne mit Sr. Majestät sprechen, und es wird
sich — obgleich Se. Majestät sehr zu gemeinschaftlichen Schritten
mit Oesterreich gegen England hinneigen — wohl gerade bei
dieser Veranlassung eine gute Gelegenheit bieten, Oesterreich
auf das unpassende Verfahren des diplomatischen Dichters
aufmerksam zu machen. Es ist nämlich gestern eine große
Note von Oesterreich gekommen, der sich Preußen (gegen

England) anschließen soll. Obschon unsere Heißblütigen schon 1853
 lange sehr ungestüm „energische Maßregeln“ gegen England 11. 8.
 verlangen — als ob man etwa England mit einer kräftigen
 Rede vernichten könnte, wie einen Gesetz-Paragraphen in der
 zweiten Kammer — setzt Herr v. Manteuffel diesen Anstürmen
 große Mäßigkeit und Ruhe entgegen. Nach seiner Ansicht
 wird daher auch jetzt Oesterreich wenn auch in freundlichster
 Weise abschlägig zu bescheiden sein. Gerade in diesen Bescheid
 werden sich einige Randglossen zu Protesch einweben lassen. —
 Besonders haben sich Se. Excellenz über Ihre Baiern betreffende
 Aeußerungen*) gefreut und ermächtigen Sie im Sinne Ihrer
 Auffassungen die freundlichsten Beziehungen zu dem bairischen
 Gesandten zu unterhalten. — Obschon Ihnen das sehr gleich-
 gültig sein wird, kann ich doch nicht umhin, Hochdenselben
 meine große Freude darüber auszusprechen, daß sich Ihre und
 des Ministerpräsidenten Auffassungen so regelmäßig begegnen
 und daß Preußen gerade auf dem Punkte, der jetzt fast der
 einzige seiner Aktivität ist, einen so durch und durch preußischen
 Vertreter besitzt. Einen Vertreter, der glücklicher Weise zur Er-
 kenntniß des Richtigen auch diejenige Thatkraft besitzt, die weder
 erlernt noch erkaufte werden kann, sondern die, wie man de-
 müthig bekennen muß, eine Gabe Gottes ist. Gewiß ist es
 sehr zu beklagen, daß man Sie Beide nicht in hundert Theile
 theilen und dann mit diesen Manteuffels und Bismarcks die
 sämtlichen Gesandtschafts-, Geschäftsträger- 2c. Posten ver-
 sorgen kann. Leider wird freilich die Aussicht auf die erfreu-
 lichen Früchte, die ein Zusammenwirken wie das des Herrn
 Minister Präsidenten mit Ihnen tragen könnte, durch die
 hiesigen Ver- und Entwickelungen etwas getrübt. Die doc-
 trinär-feudal-pietistische Partei einerseits und der gute Herr

*) Im Berichte vom 8. März 1853, Preußen im Bundestag I,
 No. 155 S. 206 ff.

1853
11. 8. v. Hindelben, der allerdings den Vorzug hat, gar kein Prinzip, sondern nur sein liebes Ich zu vertreten, andererseits erschweren nicht allein Herrn v. Manteuffel seine Stellung, sondern ich fürchte fast, daß sie diese Stellung mehr und mehr erschüttern. Hierzu kommen die vortrefflichen Kollegen unseres Chefs, von denen die einen ebenso kurzfristig wie schwach, die andern (eigentlich Herr v. Bodelschwingh allein) aber ränkesüchtig sind und sich mit großen Dingen tragen. Wie kann nun ein Reich bestehen, das in sich selbst uneins ist? Doch ich verlasse für heute dies Thema mit einer Bitte, welche durch das Interesse für die Sache motivirt ist und in demselben ihre Entschuldigung findet. Ew. Excellenz Auffassung, Wort und Rath gilt bei dem Herrn Minister Präsidenten sehr viel, vielleicht so viel, wie bei diesem seltenen Charakter überhaupt irgend eine Stimme gelten kann. Auf Herrn v. Manteuffel ist nämlich ein Einfluß gegen seine eignen Intentionen überhaupt nie denkbar, wohl aber eine Ermuthigung, nach diesen Intentionen zu handeln, ebenso möglich wie vielleicht nothwendig. Ich halte dafür, daß, wenn Herr v. Manteuffel nicht bald zu einer recht bemerkbaren Aktivität übergeht, er nicht dem Schicksale des Mohren entgehen wird, der seine Schuldigkeit gethan hatte. Ihm selbst freilich wäre damit kein großer Schade gethan, im Gegentheil, wenn ich persönlichen Gefühlen für ihn folgen wollte, könnte ich ihm nur wünschen, daß er bald erlöst und einer bessern Zeit vorbehalten werde. Aber eine pessimistische Politik ist und bleibt immer eine schlechte, und da mit Herrn v. Manteuffel ein System fällt, das unter gegebenen Verhältnissen das einzig richtige zu sein scheint, so habe ich keinen sehnlicheren Wunsch, als ihn unter günstigeren Verhältnissen noch bleiben zu sehen. Meine Bitte an Ew. Excellenz ist nun keine andre, als daß Sie ihn ermuthigen, mehr aktiv zu sein, unbrauchbare Freunde oder gefährliche Gegner zu beseitigen — überhaupt das auszuführen zu suchen, was er für nothwendig selbst er-

kennt. In offener Schlacht selbst fallen ist jedenfalls rühmlicher und besser als durch Intriguen allmählig beseitigt zu werden. 1858
11. 8.
Abgesehen aber von Ihrem persönlichen Verhältniß zum Herrn Minister Präsidenten traue ich Ihnen diejenige staatsmännische Voraussicht im höchsten Grade zu, die Sie im allgemeinen wie im eigenen Interesse auf das lebhafteste wünschen läßt, daß Preußens Aktion nach Außen nicht durch inneres Siechthum aller Basis beraubt werde. Verzeihen Sie die Eile dieser flüchtigen Zeilen.

Mit aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit

Em. Excellenz

ganz ergebenster Diener

Berlin 11. 3. 53.

Duehl.

66.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

werden gestern eine telegraphische Depesche wegen des Verkaufs 1858
zweier zur deutschen Marine gehörigen Schiffe*) erhalten haben. 15. 8.
Dieselbe ist auf dringendes Verlangen des Prinzen Al-
bert R. G. erlassen worden, da ich aber zuvor weder mit dem
Kriegsminister**) noch mit dem Finanz-Minister***) Rücksprache
nehmen konnte, so habe ich eine bestimmte Weisung um so
weniger ertheilen mögen, als ich selbst der Meinung bin, daß
es gut ist, wenn die Sache endlich einmal ausgetragen wird
und doch wenig Aussicht vorhanden ist, daß die gedachten

*) „Hansa“ und „Erzherzog Johann“.

**) Eduard v. Bonin.

***) Karl v. Bodelschwingh.

1858 Schiffe für unsere Rechnung erworben werden. Ueber die
15. 8. Sachlage erbitte ich eine baldige Mittheilung *).

Das was Ew. Hochwohlgeboren über die Stellung Preußens zu Oesterreich schreiben **), halte ich durchaus für richtig. Es ist das die alte traditionelle Politik unsres Hofes, in welche man um so mehr zurückkehrt, je mehr man sich in die früheren Gleise wieder findet, welche nur während eines wilden Schneetreibens und von unfundigen Fuhrleuten (Radomitz und v. der Pfordten) verlassen werden konnten. Ich habe dies seit längerer Zeit erkannt, und wenn auch Se. Majestät gestachelt von dem Gefühl momentanen Verletztseins nicht ganz mit mir einverstanden waren, so hoffe ich doch die Sachen dahin zu führen, wohin sie eigentlich gehören.

Ich habe deshalb auch, wie Ew. Hochwohlgeboren gesehen haben werden, in den Zollvereins-Sachen die mittleren deutschen Staaten geflissentlich und mehr als Oesterreich es wünschte, geschont, ohne doch, wie ich glaube, Preußen etwas vergeben zu haben. Diese Staaten können doch nur mit uns gehen, und man muß ihnen das Gefühl geben, daß wenn sie unsere Führung suchen, sie ihnen nicht vorenthalten wird. Sind wir nur erst im Gange, so wird sich unsere Schwerkraft, sowohl die materielle als noch mehr die intellectuelle, schon in einer Weise geltend machen, welche mehr wirkt als alle Vertrags-Stipulationen. Auch hat mein Verfahren schon ganz gute Früchte getragen; die Staaten sind hier ganz außerordentlich zuthulich und verlangen so zu sagen aus der Hand zu fressen. Nichts desto weniger erhalte ich heute von Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen einen Brief, der vom hohen Olymp herab Rechenschaft von meinen Thaten abfordert und sie als Concessionen

*) S. Bericht Bismarcks vom 17. März 1858, Preußen im Bundestag IV, No. 64 S. 146 f.

**) Im Bericht vom 8. März, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

für Oesterreich stigmatist. Es ist in der That entmuthigend, wenn man für alle Mühe, Sorge und guten Willen sich solch Urtheil sprechen lassen muß. Ich habe übrigens Sr. Majestät Genehmigung dazu, gegen Baiern besonders zuvorkommend zu sein und bitte Sie in gleichem Sinne zu handeln. 1853
15. 8.

Von den Zoll-Vereins Staaten ist es wiederum Hannover, welches uns die vermehrten Schwierigkeiten macht. Ich sehne mich unendlich nach einem Ende dieser Tracasserien.

Meine Frau trägt mir auf, Ihnen für Ihren ebenso gütigen als amüsanten Brief verbindlichst zu danken. Sie hat denselben zur Zeit recht ernstlichen Unwohlseins (erhalten) *). Seit länger als 3 Wochen leidet die arme Frau wie Barez sich ausdrückt an einer Entzündung der Knochenhaut im Gesicht, was man auf deutsch wohl Ziegen Peter nennt.

Gestern ist die feierliche Erwählung des Prinzen Karl zum Herrn-Meister des St. Johanniter-Ordens gewesen. Ich habe dabei, obgleich ich Nöthigeres zu thun hatte, auch figuriren müssen.

Unsere Kammer Debatten gehen ihren langsamen Gang. Vor Mitte Mai werden wir nicht fertig.

Daß Ew. Hochwohlgeboren mit Protest Ihre Noth haben, finde ich natürlich, ich wünsche nur, daß Sie ihn sich recht fest rennen lassen.

Mit Graf Thun komme ich ziemlich gut aus. Nur in catholicis ist er sehr scharf. Ich habe jetzt eine Depesche von ihm, wonach er uns zu Collectiv-Maßregeln gegen England veranlassen soll. Das geht aber durchaus nicht aus Gründen, wie sie in der an Ew. Hochwohlgeboren gerichteten Instruction enthalten sind. Es wird aber nicht leicht sein, die Pille des abschläglichen Bescheids zu überzuckern. Ich werde in allen Vorder Sätzen Recht geben, nur die Folgerungen bescheiden-

*) Fehlt im Original.

1853
15. 8. lichst in Zweifel ziehen, zunächst ausführen, daß die Post Chilanen durchaus kein würdiges und auch kein wirksames Mittel seien, dann hervorheben, daß die Schweiz uns ja viel näher sei als England, ferner ausführen, daß England uns schnell alle Willfährigkeit für strenge Paß Controlle zu erkennen gegeben (was richtig ist) und endlich anführen, daß ich Grund hätte, an dem Mitgehn von Frankreich, sogar von Rußland zu zweifeln. Den Deutschen Bund auf dieses glatte Terrain zu bringen, würde ich entschieden abrathen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 15/3. 53.

Manteuffel*).

67.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Pro Memoria**).

1853
30. 5. Anknüpfend an meinen heutigen Bericht über das Verhalten einiger Gesandten in der Rettenburgischen Verhandlung***) erlaube ich mir nachstehend einige vertrauliche Bemerkungen über die Persönlichkeit meiner Collegen überhaupt für den Fall, daß es Eure Excellenz interessiren sollte, von denselben Kenntniß zu nehmen.

Herr von Prokesch dürfte hinreichend in Berlin bekannt

*) Bismarcks Antworten vom 17. und 24. März 1853 s. in Preußen im Bundestag IV, No. 64 und 65 S. 146 ff.

**) Dieses Pro Memoria ist mit Auslassungen und vielen Fehlern in Preußen im Bundestage I, No. 186 S. 254 ff. gedruckt; ich gebe es hier nach dem Originalconcept.

***) Preußen im Bundestag I, No. 185 S. 254 ff. Der mecklenburgische Kammerherr v. d. Rettenburg hatte sich beim Bundestag wegen angeblicher Beschränkung der Religionsfreiheit beschwert.

sein, um weitere Andeutungen über seine Persönlichkeit un- 1858
nöthig zu machen; indeß kann ich nicht umhin zu bemerken, 30. 5.
daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche Thatsachen
aufstellt oder wahre bestreitet, meine in dieser Beziehung ziem-
lich hochgestellten Erwartungen doch übertrifft und ihre Er-
gänzung findet in einem überraschenden Grade von Kaltblütig-
keit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der
Front, sobald das falsum, von welchem er ausgeht, unaus-
weichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nöthigenfalls deckt
er einen derartigen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher
Entrüstung oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit
welchem er die Discussion auf ein neues. und heterogenes Ge-
biet überträgt. Seine hauptsächlichsten Waffen in dem kleinen
Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergiren, mit ihm
führen muß, sind

1. passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen,
durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der
Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und

2. beim Angriff das *fait accompli* anscheinend unbedeuten-
der Uebergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet
sind, daß die Zurückweisung von meiner Seite den Charakter
eines Auffuchens von Streitpunkten oder einer selbststechenden
Kritik annehmen muß.

Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht
den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich
nicht den Interessen Preußens in einem Maße vergeben will,
welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung ent-
nehmen würde. Noch in den letzten Tagen war ich genöthigt,
ihn wegen eigenmächtigen Aufnehmens einer Anleihe von
37 000 fl. für den Festungsbau zur Rede zu stellen, bei welcher
Gelegenheit er sich auf „Hunderte“ von Präcedenzfällen, von
denen er mir jedoch keinen einzigen namhaft zu machen mußte,
berief. Demnächst behauptete er, daß eine gewisse discretionäre

1853
30. 5. Gewalt für das Präsidium zur Geschäftsführung unerlässlich sei, daß zu Zeiten des Grafen Münch*) Niemand gewagt haben würde, über dergleichen Kleinigkeiten eine Erinnerung zu machen, und daß es zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen uns und Oestreich nicht beitragen könne, wenn jede Handlung des Präsidenten einer übelwollenden Recension von Seiten des preußischen Gesandten ausgesetzt sei. Meine Widerlegung dieser Auffassungen veranlaßte ihn zu der Aeußerung, daß meine Führung des Präsidiums von Niemand in allen Details geprüft worden sei, um sich zu überzeugen, ob sie nicht ebenfalls zu Ausstellungen Gelegenheit gebe, und daß er einer etwaigen Beschlußnahme der Bundesversammlung mit der Gewißheit entgegensähe, daß letztere das Verfahren des Präsidiums nicht desavouiren werde. Sollte dies dennoch der Fall sein, so werde er die „Kleinigkeit der erwachsenen Zinsen“ aus eigener Tasche bezahlen. Ich erwiderte, daß mir der letztere Weg eine erfreuliche und die einzig angemessene Lösung der entstandenen Schwierigkeit zu sein scheine, und ich, wenn der Herr Präsidialgesandte es mir gestatten wolle, mich lieber an den Kosten zur Beseitigung der Sache persönlich betheiligen wolle, als dieselbe zur amtlichen Verhandlung bringen, da ich kaum erwarten könne, daß meine Regierung geneigt sein werde, an Zinszahlungen für eine unmittelbar nach einer Sitzung, allein vom Präsidium, ohne Wissen der übrigen Gesandten aufgenommene Anleihe Theil zu nehmen. Die Geringfügigkeit des betreffenden Objects gewähre uns aber dabei eine große Erleichterung zur Beseitigung eines Präcedenzfalles, dessen Wiederholung die betreffenden Regierungen, falls er ohne Monitum passirte, leicht in ausgedehnterem Maße gewärtigen könnten. Ich be- hielt mir schließlich eine amtliche Erklärung für den Zeitpunkt

*) Graf Eduard Joachim von Münch-Bellinghausen, von 1823 bis 1848 österreichischer Präsidialgesandter.

vor, wo die Sache officiell zu meiner Kenntniß gelangen würde, 1853
was bisher nur durch Privatmittheilungen des Geheimen Re- 30. 5.
gierungsraths Erüger geschehn sei. Ich habe mit Rücksicht
auf den Besuch Sr. Majestät des Königs in Wien und auf
die Möglichkeit, daß politische Folgen sich an denselben knüpfen,
sowohl in diesem wie in andern ähnlichen und gleichzeitigen
Fällen es vermieden, amtlich und mit derjenigen Entschieden-
heit, zu welcher das Sachverhältniß mich berechtigen konnte,
den Präsidialgesandten in seine Schranken zurückzuweisen, und
bin gleichzeitig bemüht gewesen, die Discussion in das Geleise
freundschaftlicher Verständigung zurückzuführen, so oft Herr
v. Prokesch dasselbe verließ. Indessen kann ich nach Lage der
Sache auf die Frage zurückkommen, sobald es mir aufgetragen
wird.

Den Bayerischen Gesandten, Herrn von Schrenk, rechne
ich zu den besten Elementen der Versammlung sowohl seiner
Befähigung als seinem Charakter nach; er ist ein gründlicher
und fleißiger Arbeiter, dabei praktisch in seinen Auffassungen
und Urtheilen, wenn auch seine mehr juristische Bildung und
Denkungsweise ihn mitunter etwas rechthaberisch macht, und
einem leichteren Fortgang der Geschäfte hemmend entgegentritt.
Im amtlichen Verkehr ist er offen und gefällig, so lange sein
in der That hochgesteigertes und sehr reizbares Nationalgefühl
geschont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich
mir besonders angelegen sein lasse.

Unser sächsischer College, Herr von Rostk, flößt mir
weniger Vertrauen ein. Er hat im Grunde eine, wie mir
scheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und seinem poli-
tischen System, welche unter anderm aus einem mehr ratio-
nalistischen als orthodoxen Protestantismus und der Furcht vor
ultramontanen Bestrebungen Nahrung zieht. Ich glaube aber
und es sollte mir lieb sein, wenn ich ihm unrecht thäte, daß
ihm im Ganzen persönliche Interessen höher stehn als politische

1853 und die Geschmeidigkeit seines Charakters gestattet ihm, die
30. 5. letzteren unter einem jeden für die ersteren zuträglichen Lichte
aufzufassen. Seine Vermögensverhältnisse sind — wie ich höre
und wie durch sein gesellschaftliches Auftreten bestätigt wird —
in keiner günstigen Lage und hängen neben seinen unverkürzt
für Verbesserung der eignen Lage verwendeten Gehaltsbezüge
noch dadurch mit seiner hiesigen Stellung zusammen, daß er
hier ein eignes, von ihm bewohntes Haus besitzt, für welches
er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt und dessen
seit 5 Jahren betriebene Vermiethung sich als unthunlich er-
wiesen hat. Sein politisches Verhalten ist daher durch den
Wunsch bedingt, jedenfalls in seiner amtlichen Stellung zu ver-
bleiben, und bei der jetzigen Richtung der sächsischen Regierung
hat allerdings Oestreich mehr Gelegenheit ihn in seiner Stel-
lung zu befestigen wie Preußen. Dieser Umstand hindert
Herrn v. Mostik zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens
zu vermeiden, soweit es seine Instructionen irgend zulassen,
aber er bildet dabei mit seiner großen Arbeitskraft, Intelligenz
und langen Erfahrung die wirksamste Stütze aller Bestrebungen
Oestreichs in der Bundes-Versammlung. Er hat ein besonderes
Geschick in Abfassung von Referaten und Anträgen über be-
denkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine an-
scheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne den Inter-
essen Oestreichs, sobald der unbestimmten Fassung die richtige
Auslegung zu Hülfe kommt, irgend etwas zu vergeben. Erst
wenn seine Vorträge die Grundlage späterer Verhandlungen
werden, stellt es sich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche
Zweck, zu dem sie verfaßt wurden, in scheinbar absichtslosen
und beiläufigen Worten niedergelegt ist. Wenn in Dresden
ein Revirement im Preussischen Sinne einträte, würde die
wichtige persönliche Unterstützung, welche Herr von Mostik ver-
möge seines Verstandes und seiner Erfahrungen und des durch
beide erworbenen Ansehns zu leisten vermag, mit derselben

Sicherheit für Preußen in die Wagschale fallen wie jetzt für 1853
Oestreich, falls nicht ein zu starkes Band in dem Umstande 30. 5.
liegt, daß einer seiner Söhne in der östreichischen Ingenieur-
Akademie erzogen wird und binnen Kurzem als Offizier in die
Kaiserliche Armee tritt.

Für Hannover ist Herr von Bothmer seit ein paar Tagen
hierher zurückgelehrt; zu meinem Bedauern höre ich aber von
ihm, daß sein längeres Verbleiben hier auf keine Weise gesichert
ist. Er ist nicht nur ein grader und Vertrauen erweckender
Charakter, sondern auch der einzige unter meinen Kollegen,
der Unabhängigkeit genug besitzt, um mir bei nothwendig
werdenden Reclamationen gegen das Präsidium einen mehr
als passiven Beistand zu leisten.

Das grade Gegentheil von ihm stellt sich in Herrn von
Reinhard*) dar; wenn Herr von Bothmer in seinen Arbeiten
gründlich, klar und objectiv ist, so tragen die des württem-
bergischen Gesandten den Stempel der Oberflächlichkeit, Ver-
worrenheit und Selbstgefälligkeit, drei Eigenschaften, welche
überhaupt die hervorragenden Kriterien seiner ganzen Erschei-
nung darstellen, und wenn man einen hohen Grad von Un-
aufrichtigkeit dazu rechnet, ihn als ein Mitglied der Bundes-
versammlung erscheinen lassen, dessen Ausscheiden aus der
letztern für uns als ein großer Gewinn zu betrachten sein
dürfte. Ich weiß nicht, ob sein Abgang von Berlin mit Um-
ständen verknüpft gewesen ist, welche nachhaltige Abneigung
gegen Preußen in ihm zurückgelassen haben, oder ob ver-
worrene politische Theorien, über welche er leichter und mit
mehr Vorliebe als über praktische Geschäfte sich ausspricht, ihn
an die Schädlichkeit des preußischen Einflusses in Deutschland
glauben lassen, jedenfalls aber übersteigt seine Antipathie gegen
uns das Maß, welches man bei seinem Landesherrn nach der

*) Württembergischer Bundestagsgesandter.

1858 politischen Lage Württembergs voraussetzen darf, und habe ich
80. 5. Grund anzunehmen, daß er seinen Einfluß auf seine Instruc-
tionen und seine Thätigkeit, soweit sie von letzteren unab-
hängig ist, prinzipiell zum Nachtheil Preußens geltend macht.

In der Discussion über die Stettenburgsche Frage glaube ich sogar annehmen zu müssen, daß er auf eigene Verantwortung ein Verhalten beobachtet, von dem er nicht wünschen kann, daß es zur persönlichen Kenntniß Seiner Majestät des Königs von Württemberg kommt *).

In seinem Benehmen gegen mich persönlich liegt nichts, was auf eine derartige Gesinnung zu schließen berechtigen würde, und nur selten kommt in der Discussion ein Moment, in welchem, gemäßigt durch eine gewisse Furchtsamkeit die verhehlte Bitterkeit gegen Preußen durchbricht. Beiläufig bemerkt ist er derjenige, der zu den Sitzungen stets als Letzter und zu spät erscheint und in denselben durch Mangel an Aufmerksamkeit und demnächstiges mißverständliches Eingreifen in die Discussion zu vielen zeitraubenden Wiederholungen Anlaß giebt.

Der Badische Gesandte, Freiherr von Marschall, ist nicht ohne Verstand und geschäftliche Brauchbarkeit; im übrigen aber eine subalterne Natur, die sorgfältig bemüht ist, die Verantwortung für ein selbständiges Urtheil von sich abzuwenden und in der unzweifelhaftesten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Theilen Recht oder doch keinem Unrecht zu geben; muß es aber sein, so neigt auch er, sei es aus verwandtschaftlichen Rücksichten seiner Familienglieder in östreichischen Diensten, sei es wegen stärkerer Scheu seiner Regierung vor Wien als vor Berlin mehr auf die Seite Oestreichs als auf die unsre. Eine Unterstützung

*) Vgl. dazu Bismarcks Bericht vom 29. Mai 1853, Preußen im Bundestag I, No. 184 S. 251 ff.

gegen das Präsidium, wie beispielsweise bei Behandlung der Geschäftsordnung, für welche er Referent ist, habe ich schwerlich von ihm zu erwarten. Die Neutralität oder wenn man will das Hinten auf beiden Seiten, welches ihm eigen ist, findet auch in der gemischten Ehe einen Ausdruck, in welcher er mit einer eifrigen Katholikin lebt. 1853 80. 5.

Unser Kurfürstlicher Colleague, Herr v. Trott, nimmt an den Geschäften so wenig Antheil als möglich, befaßt sich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausschüssen und ist vielfach abwesend unter Substitution des Vertreters von Darmstadt *). Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Betheiligung an den Verhandlungen bei weitem vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeleibten Gutsbesizers als eines Gesandten. Er beschränkt sich darauf, kurz und genau aus seiner Instruction abzustimmen, und wenn letztere von dem Minister Hassenpflug ohne Ausnahme nach den Weisungen Oestreichs eingerichtet wird, so scheint es mir doch, daß eine persönliche Unterstützung durch Herrn von Trott Oestreich oder den Staaten der Darmstädter Coalition ebensovienig zu gut kommt als uns eine Parteilosigkeit, welche dem hessischen Gesandten durch seine Abneigung gegen Geschäfte und wie ich gern glaube durch das Widerstreben seiner an sich ehrlichen Natur gegen das Intriguensystem ebensosehr erleichtert wird, wie durch seine in früheren Zeiten unzweifelhafte Sympathie für die Interessen Preußens. Seine Familie ist sehr zahlreich und seine Vermögenslage nicht glänzend.

Ein feindseligere Element finden wir in dem Großherzogl. Hessischen Gesandten Freiherrn von Münch-Bellinghausen. Wenn derselbe schon durch seine verwandtschaftlichen Verhältnisse mit dem früheren Präsidial-Gesandten gleiches Namens an die Interessen Oestreichs geknüpft ist, so wird sein Antago-

*) v. Münch-Bellinghausen.

1853
80. 5. nismus gegen Preußen noch erheblich geschärft durch starten und wie ich glaube aufrichtigen Eifer für die katholische Kirche. Im Privatverlehr ist er ein Mann von angenehmen Formen und kann ich auch über sein amtliches Verhalten insofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maß der von der antipreußischen Politik seiner Regierung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. Im übrigen ist er ein natürlicher Gegner der Preußischen Politik überall, wo diese mit Oestreich und der katholischen Kirche nicht Hand in Hand geht, und kann ich den Eifer, mit welchem er seine Meinung mir gegenüber nicht selten in der Discussion vertritt, nur für einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner politischen und religiösen Ueberzeugungen halten. Eine Anomalie ist es jedenfalls, daß ein protestantischer und augenblicklich mit den katholischen Bischöfen in Conflict stehender Souverän durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebenfowenig kann den rheinbündischen Tendenzen des Herrn von Dalwigk und des Prinzen Emil von Hessen die politische Auffassung des Herrn von Münch entsprechen, welche mehr der sogenannten großdeutschen, in Preußen durch die Reichensperger und andre vertretenen Richtung angehört. Herr von Münch war ein lebhafter Vertheidiger der bis zum vorigen Herbst auf dem Bundes-Palais stehenden schwarz-roth-goldenen Fahne und des nationalen Elements in der übrigens von ihm bekämpften Bewegung von 1848.

Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks, ist einer der gescheutesten Köpfe in der Versammlung, und ich bedaure, daß die Stellung des Staates, den er vertritt, ihm nicht gestattet, erheblichen Antheil an den laufenden Geschäften zu nehmen. Die Haltung der östreichischen Politik entspricht natürlich den Wünschen des Cabinets von Copenhagen mehr als die unsrige, indessen beobachtet Herr von Bülow in allen nicht dänischen Fragen eine ziemlich parteilose Zurückhaltung, wie denn auch

die meisten zwischen Preußen und Oestreich obwaltenden Streit- 1858
fragen von einer Natur sind und aus einer Zeit stammen, 80. 5.
daß Dänemark die Betheiligung daran prinzipiell vermeidet
und die Abstimmungen des Herrn von Bülow gewöhnlich nur
neben einer stereotyp gewordenen Verwahrung der Rechte seines
allergnädigsten Herrn die Erklärung enthalten, daß er noch
ohne Instruction sei. Die Verhandlungen sowohl am Bunde
als in der Augustenburger Angelegenheit haben mir Gelegen-
heit gegeben, Herrn v. Bülow als einen gewandten und ein-
sichtsvollen Geschäftsmann kennen zu lernen, dem sowohl im
offiziellen wie im Privatverkehr ein angemessenes und gefälliges
Benehmen eigen ist.

Zu unsern treuesten Bundesgenossen gehört Herr v. Scherff *),
der sich für seine Person ganz den Preussischen Interessen hin-
giebt, auch einen Sohn in unserm Militärdienst hat; er ist
ein erfahrener und selbst bis zur Aengstlichkeit vorsichtiger Ge-
schäftsmann. Die letztere Eigenschaft sowie die Natur des
Einflusses, den Sr. Majestät der König der Niederlande auf
die Luxemburger Instructionen übt, verhindern ihn oft, mir
in den Sitzungen diejenige Unterstützung zu gewähren, welche
ich andernfalls von ihm erfahren würde. Außerhalb der
Sitzungen habe ich stets mit Vertrauen auf ihn zählen können,
wenn ich seinen Rath in Anspruch genommen habe oder wenn
es sich darum handelte, mir mit seinem Einfluß auf einen
andern oder mit einzuziehenden Erkundigungen zu Hülfe zu
kommen. Bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen
steht Herr von Scherff und dessen Familie mit Recht in be-
sondrer Gnade.

An seinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von
Fritsch, habe ich nichts zu wünschen, als daß seine Kraft, die
Preussischen Interessen zu unterstützen, seinem Willen gleich-

*) S. v. S. 101.

1858 kommen möchte. Er ist seiner Politik nach ein ehemaliger
80. 5. Gothaer, dabei aber ein aufrichtiger, achtungswerther Mann; die Instructionen seiner Höfe sind mit einer Hingebung, die unsre lebhafteste Dankbarkeit verdient, in allen wichtigen Fragen dahin gerichtet, sich dem Preussischen Votum anzuschließen, und würde diese Unterstützung noch werthvoller werden, wenn Herrn von Fritsch in höherem Grade das Bewußtsein bewohnte, seine Ueberzeugungen selbständig vertreten und ihnen Geltung verschaffen zu können.

Nassau-Braunschweig werden durch den Freiherrn von Dungen vertreten, einen inoffensiven Charakter, der weder durch persönliche Fähigkeiten noch durch politisches Ansehn irgend einen Einfluß auf die Bundesversammlung ausübt. Wenn der Gegensatz, welcher in den meisten Fragen zwischen der Haltung Braunschweigs und Nassaus besteht, sich in den meisten Fällen zu Gunsten der nassauischen d. h. der österreichischen Ansicht löst, so sind hierauf zwar einerseits die verwandtschaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungen und seiner Gemalin zu Familien, die im österreichischen Interesse stehen, und die größere persönliche Scheu des Gesandten, der 2 Söhne im österreichischen Militärdienste hat, vor dem Ressentiment Oestreichs als vor dem Preussens nicht ohne Einfluß; hauptsächlich aber liegt der Fehler in dem Umstande, daß Braunschweig durch einen Diener des Herzogs von Nassau vertreten wird, der sich hier in der unmittelbarsten Nähe seines von österreichischen Einflüssen beherrschten Hofes befindet, mit Braunschweig aber wohl nur so nothdürftige Beziehungen unterhält, daß dieselben kaum als ein Aequivalent der 5000 Gld, welche Seine Hoheit der Herzog Wilhelm zu dem Gehalt desselben zugebt, betrachtet werden können.

Der Mecklenburgische Gesandte Herr von Derzen rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerthen Mannes, unter dem ich ihn schon vor seiner Stellung gekannt

habe. In der ersten Zeit nach dem Wiederzusammentritt des Bundestags war bei ihm wie bei einer großen Anzahl seiner Landsleute eine Hinneigung zu Oestreich nicht zu verkennen; es scheint mir aber unzweifelhaft, daß seine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die östreichische Politik durch das Organ des Präsidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Derken, ungeachtet auch er einen Sohn im östreichischen Heere hat, eine Reaction erzeugt hat, die mich auf ihn persönlich vollständig und auf seine politische Unterstützung insoweit zählen läßt, als es seine Instructionen, über deren Natur ich im Ganzen nicht klagen kann, nur immer gestatten. Jedenfalls kann ich bei ihm unter allen Umständen auf ein offnes und ehrliches Verfahren rechnen. Er bearbeitet als Referent vorzugsweise die Bentind'schen und andre Reclamations-Sachen mit vieler Gründlichkeit, wenn ich auch die Richtigkeit seines Urtheils nicht immer anerkennen kann. Seine Haltung bei Discussionen ist jederzeit ruhig und vermittelnd.

Der Vertreter der 15^{ten} Curie ist Herr von Eisendecher, ein Mann, dessen freundliches Entgegenkommen und anscheinend grades ehrliches Wesen, verbunden mit Witz und Lebhaftigkeit in der Unterhaltung, mich anfangs für ihn eingenommen hatte. Bei längerer Beobachtung hat sich mir indeß die Ueberzeugung aufgedrängt, daß seine äußere Erscheinung ihm nur als Maske für einen ziemlich hohen Grad von Verschlagenheit dient, und daß man ihm, wie das Sprichwort sagt, nicht über den Weg trauen kann. Er war früher ein sehr avancirter Gothaer, und wenn man seinen Worten glauben dürfte, so wäre diese Färbung naturgemäß übergegangen in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als starker einheitlicher Centralgewalt, indem er auf diesem Wege durch Hülfe Oestreichs einen Ersatz zu finden meint für die fehlgeschlagenen Einheitsbestrebungen im Preussischen Sinne. Ich will wünschen, daß dies das wahre Motiv ist für seine unverkennbare Parteinahme

1858
30. 5.

1853
80. 5. gegen Preußen, sogar in den Fällen, wo unsre Interessen mit denen Oldenburgs ganz unzweifelhaft identisch sind, auch ohne Rücksicht auf die allgemeine politische Sympathie, welche bei Oldenburg und seinem Regenten für Preußen vorausgesetzt werden darf. Wenn es aber auch unzweifelhaft wäre, daß mir unbekannte politische Interessen irgend einer Art dabei im Spiele sind, so scheint es mir doch, als ob Herr von Eisendecher auch in diesem für die Beurtheilung seines Charakters günstigeren Falle seinen eignen Abneigungen gegen Preußen oder gegen dessen jetzige Regierung einen stärkern Einfluß auf seine Amtshandlungen gewährte, als dies mit den Pflichten gegen seinen Herrn verträglich ist ¹⁾. Dem Vernehmen nach ist die Curiat-Verfassung von der Art, daß beide Anhalt und beide Schwarzburg, wenn sie unter sich einig sind, Oldenburg überstimmen; es fragt sich daher, ob es nicht in unsrer Macht liegt, uns der Botschaft der 4 kleineren Staaten und somit der Stimme der Curie mehr als bisher zu versichern.

Mit mehr Einfachheit und weniger List legt der Vertreter der 16^{ten} Curie, Freiherr von Holzhausen, seinen Einfluß für Oestreich in die Wagschale und sagt man von ihm, daß er sich seine Instructionen in den meisten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, sie einzuholen, selbst mache und etwaigen Reclamationen seiner Committenten durch Stillschweigen oder durch eine geschickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Curie und des Mangels an Verbindung unter

¹⁾ In dieser Ansicht werde ich noch dadurch bestärkt, daß die Oldenburgische Regierung in Folge der von uns unmittelbar in Oldenburg veranlaßten Schritte Herrn v. Eisendecher, ohne dessen Bericht einzufordern und zu seiner anscheinend großen Ueberraschung angewiesen hat, wegen der matrikularmäßigen Umlegung der Centralverwaltungs-Kosten von 534,898 fl. 33 kr. sich unsrer Auffassung anzuschließen.

denselben zu begegnen weiß. Dazu kommt, daß die meisten 1858
der kleinen Fürsten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand 80. 5.
nicht machen mögen, der zu einer regelmäßig eingerichteten
Kanzlei und Correspondenz erforderlich sein würde, und daß sie
mit den verwendbaren Mitteln, falls Herr von Holzhausen,
der nach dem Tode des Freiherrn von Leonhardi als Mindest-
fordernder die Stelle erhielt, ihnen den Dienst aufkündigt,
schwerlich einen so stattlichen Vertreter wie dieses wohlhabende,
mit mehreren Großkreuzen und dem Titel eines wirklichen Ge-
heimen Rathes geschmückte Mitglied der ältesten Frankfurter
Patricierfamilie für sich würden gewinnen können. Die nächsten
Verwandten des Herrn von Holzhausen, der selbst unverheirathet
und kinderlos ist, sind im Dienste Oestreichs. Außerdem weist
der ungewöhnlich stark ausgebildete Familienstolz dieses Herrn
mit seinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herrlichkeit
des heiligen römischen Reichs eng verknüpfte reichsständliche
Patriciat zurück, und die ganze Stellung Preußens scheint ihm
eine revolutionäre Usurpation, welche den wesentlichsten An-
theil an der Zerstörung der Privilegien derer von Holzhausen
hat. Sein großes Vermögen läßt mich annehmen, daß die
Bande, welche ihn an Oestreich knüpfen, nur die ehrgeiziger
Bestrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem Kaiserlichen
Orden oder nach der Erhebung der Familie in den östreichischen
Grafenstand sind, nicht aber pekuniäre Interessen, wenn man
nicht etwa den Besitz erheblicher Summen *Métalliques* als
solches ansehen will.

Was die Gesandten der freien Städte anbelangt, so treten
ihre Persönlichkeiten bei dem öfteren Wechsel weniger consequent
hervor, besonders wenn man die Vielseitigkeit der Factoren,
welche zu Ertheilung der Instructionen mitwirken, in Anschlag
bringt. Gegenwärtig anwesend hier sind die Herrn Kirchen-
paur für Hamburg und Garnier für Frankfurt. Beide gehören,
wenn man die Bundesversammlung in zwei Hälften theilen

1853 will, der fähigeren an, auch beide der Gothaer Partei, der
30. 5. Vertreter Hamburgs der Rechten, der Frankfurter der Linken
derselben. Ersterer scheint, so weit man es von ihm bean-
spruchen kann, und so weit die ihm ihre Entstehung verdankende
Neuner-Verfassung nicht in Frage kommt, ein grader, nach-
denkender und Zutrauen erweckender Mann zu sein, der 2^{te}
aber das Gegentheil.

Wenn mir Ew. Excellenz schließlich verstaten, die Resultate
meines gehorsamsten Vortrags kurz zusammenzufassen, so
dürften dieselben in Folgendem bestehen:

Von allen Bundestags-Gesandten sind den diesseitigen
Interessen ihrer persönlichen Ansicht nach nur die Herrn
v. Fritsch, v. Scherff und v. Derzen ergeben; Ersterer folgt
dabei zugleich den Instructionen der von ihm vertretenen
Regirungen.

Für Oestreich dagegen sind persönlich, ohne daß man von
den Regirungen, welche sie vertreten, ein Gleiches behaupten
kann, die Herrn v. Eisendecher, v. Holzhausen und v. Dungern
in Betreff Braunschweigs.

Außer diesen schließen sich Oestreich, der Instruction ihrer
Regirung gemäß, an: Herr v. Mostiz, Herr v. Reinhardt,
v. Münch, v. Trott, der jedoch gemäßigter als sein College
für Hessen-Darmstadt auftritt und Herr v. Dungern für Nassau.

Eine theils unabhängigere, theils vermittelnde Stellung
nehmen ein die Herrn v. Schrenk, v. Bothmer, v. Bülow,
v. Marshall und die Vertreter der Freien Städte, doch sind
auch bei der Haltung dieser östreichische Influencirungen nicht
selten bemerkbar.

Frankfurt a./M., den 30. Mai 1853.

v. Bismarck.

68.

Freiherr v. Prokesch an Bismarck.

Hochwohlgeborner Freiherr,

Gegen meine Erwartung ist die Sache wegen der 100000 fl. *) 1853
noch nicht ins Reine gebracht. Ich zog gestern noch das Proto- 8. 6.
koll zurück, fistirte den Druck und strich heute in Gegenwart
des Herrn Legations-Rath v. Wenzel den ganzen Paragraph
durch **). Er wird mir hierauf eine Anzeige an das Präsidium
über die Einzahlung (d. h. über die Ermächtigung zu derselben)
machen ***), worin diese Summe abermals als Vorschuß
bezeichnet wird. Da ich auf diese amtliche Mittheilung die
Weisung an die Kassenabtheilung basiren mußte, so könnte diese
die Summe auch nur als Vorschuß nehmen, der Rückstand auf
die Umlage von 1851 bliebe daher offen und somit mußte ich
den § des Protokolls wieder restituiren.

Um die Sache auszugleichen, schlug ich ihm eine Fassung
der Anzeige vor, worin sowohl das hemmende Wort „Vorschuß“
als das vielleicht anstößige „Rückstand“ vermieden ist. Er glaubt
aber anfragen zu müssen. So unlieb mir das Verzögern des
Drucks des Protokolls ist, so warte ich doch bis morgen Abends
und allenfalls bis Sonntag Mittag, wo dann Nachmittags die
Unterschriften vollends gesammelt werden können und am
Montag der schon im Zuge befindliche Satz zum Drucke bereit
gemacht werden kann.

Ich kann mir nicht denken, daß in der an sich so klaren
Sache noch ein Anstand eintrete.

Der Himmel segne Ihre Anwesenheit in Berlin. Ge-

*) Für den Ulm-Mastatter Baufonds.

**) Vgl. die Schreiben Wenzels an Bismarck vom 3., 4. u. 6. Juni,
Bismarck-Jahrbuch VI, 49 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1858
3. 6. wahren Sie mir Gerechtigkeit für meine unwandelbaren aus-
gleichenden Bemühungen. Legen Sie mich auch Sr. Majestät,
Ihrem allergnädigsten Herrn, ganz unterthänigst zu Füßen.
Hochachtungsvoll

Frankfurt
3. Juni (1853).

v. Prokesch-Osten.

69.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Rüdersdorff 12 Sept. 53.

1858
12. 9. Theuerster Bismarck — Es waltet in den Regionen meines
Bruders Wilhelm ein Mißverständnis, dessen Lösung zu All-
seitiger Befriedigung nothwendig wird. In Dobberan erhielt
ich einen Brief von ihm mit Jammergeschrey über Mantouffels
nun feststehenden Abgang, welchen er (mit Recht) als Calamität
bezeichnete. Ich forderte von Wilhelm die Lösung dieses Räth-
sels, da ja grade seit 3 Wochen Alles bengelegt sey, meine
Persévérance gesiegt habe. Er antwortete mir vor etwa 8 Tagen
„er freue sich — aber es sey Ihnen bester Bismarck ein Brief
aus Putbus*) zugegangen, welches Inhalt Sie wie ihn selbst
zu keinem andern Schlusse habe bringen können“ — Gestern
in Sans-souci frug ich ihn nach dem Autor jenes Briefes und
— er nannte mir Gerlach (Polte) — heut hab' ich Gerlach
constituirt. Derselbe versichert hoch und theuer Ihnen aus
Putbus nichts**) dergl. geschr(ieben) zu haben***).

Da haben Sie den Schlamassel. Entwirren Sie ihn mir
und Wilhelm und — so bald als möglich. Vale.

FWR.

*) Dreifach unterstrichen.

**) Zweifach unterstrichen.

***) Vgl. Gerlachs Brief an Bismarck aus Putbus vom 15. Sept.
1853, Briefwechsel S. 107 f.

70.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

(Bruchstück.)

. . . gen des Generals von Gerlach zu berichtigen, und war es mir aus diesem Grunde sehr lieb, daß ich am folgenden Tage endlich einen Brief von letzterem erhielt, der auf unverdächtige Weise darthat, daß der Schreiber alles anwenden wolle, um Herrn von Manteuffel zum Bleiben zu vermögen, weil er keinen thunlichen Ersatz für denselben wisse. Dieser Brief konnte etwa den 10. oder 12. August geschrieben sein, da er mit der langsamen Schirmmeister-Gelegenheit über Cöln nach Frankfurt gegangen, und mir von dort nach Ostende nachgeschickt, am 17. oder 18. an mich gelangte; er enthielt über die Entscheidung der Hauptfrage nichts Bestimmtes; überhaupt keine neuen Thatfachen; mein einziger Grund mitzutheilen war daher der, daß sein Inhalt mir geeignet schien, S. R. S. zu überzeugen, daß . . . ich erinnere mich des Wortlauts nicht, aber, obgleich ich mich der wörtlichen Fassung nicht erinnere, so weiß ich doch soviel, daß von der Hoffnung auf Herrn von Manteuffels Bleiben, von der politischen Nothwendigkeit desselben, und von Anbahnung eines erneuten Vertrauens des Freiherrn von Manteuffel zum General von Gerlach darin, dem Sinne nach, wenn auch nicht mit diesen Worten, die Rede gewesen ist; denn da der Brief neue Thatfachen nicht enthielt, so war der einzige Grund der mich veranlassen konnte Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen den Inhalt desselben, ich weiß nicht mehr ob ganz oder theilweis, mitzutheilen . . . *).

1853
? 9.

*) Vgl. Bismarcks Brief an G. v. Gerlach vom 23. September 1853, Ausg. von F. Rohl, S. 99 ff.

71.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

1854 habe ich schon längst schreiben wollen, ohne jedoch dazu Zeit
6. 1. finden zu können. Auch heute werden nur wenige Zeilen Ihnen die Ueberzeugung gewähren, daß ich Ihrer in alter Freundschaft gedenke.

„Ex oriente lux“ sagt Protesch; dieß Licht ist aber vor der Hand ziemlich versteckt, wenigstens sehe ich dort nur Finsterniß und die Möglichkeit, daß sich von dort ein feuerspeiender Berg entwickelt. Es spielen bei der Sache — und das ist meine einzige Hoffnung — viele vorgefaßte Meinungen und gegenseitige Exaltationen mit, welche sich doch endlich einmal verfliegen müssen. Ich für meine Person bin fest überzeugt, daß der Kaiser*) persönlich nicht den Krieg und keine Eroberung will. Weniger fest ist meine früher auch vorhandene Ueberzeugung, daß England nicht den Krieg will. Nach der Affaire von Sinope**) scheint es den Engländern damit wirklich Ernst zu sein. Im Allgemeinen ziehen sie aber doch wohl den Frieden vor. Frankreich ist jetzt merklich kühler als England, Baraguan d'Hilliers***) sagt ganz laut in Constantinopel, daß Frankreich nicht den Beruf habe, die Perser zu Gunsten der Indischen Besitzungen Englands zu bekriegen, und Drouyn de L'Huy†) nimmt auch in seinen Aeußerungen viel mehr einen elegischen als einen dithyrambischen Ton an. Die miserabelste Rolle bei der Sache spielt jeden Falls Oesterreich, welches wie eine Maus in der

*) Von Rußland.

**) Seeschlacht, 30. Nov. 1853, in welcher der russische Admiral Nakhimoff ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha schlug.

***) Französischer General und Botschafter in Constantinopel.

†) Seit 28. Juli 1852 Nachfolger Turgots als Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Falle bald zu dieser bald zu jener Oeffnung herauszieht und die Nase überall da zurückzieht, wo man drausschlägt. Graf Buol widerruft heute, was er gestern gesagt hat. Man kann dem Grafen daraus einen so großen Vorwurf nicht machen. Denn abgesehen davon, daß die Stellung Oesterreichs mit einer reducirten Armee, zerstörtem Credit und nicht organisirten Völkerschaften als unmittelbar betheiligte Macht in der That eine verzweifelte ist, soll nach sehr zuverlässigen Nachrichten, die mir aus Wien zugehen, die Wirthschaft dort im Central-Punkt eine höchst traurige sein. Graf Buol hat weder beim Kaiser noch bei seinen Collegen Geltung, das Militär-Cabinet Sr. Majestät pfuscht ab und zu in die Diplomatie hinein und verschiebt Alles, überdies ist Menendorff so unliebenswürdig und verdrießlich wie möglich. Was Oesterreich eigentlich will, ist schwer zu sagen. Vor allen Dingen wohl so lange als möglich sich aus der Sache, die ihm doch wegen der Nachbarschaft auf die Nägel brennt, herauszuhalten. Man will es mit dem Kaiser von Rußland nicht verderben, gleichwohl giebt Herr v. Hübner*) in Paris die wunderbarsten Erklärungen ab, so daß polizeiliche Nachrichten sogar versichern, Oesterreich habe dort, um den Stoß von seinen Italienischen Grenzen abzuwenden, Propositionen wegen Ueberlassung unserer Rhein-Provinz an Frankreich gemacht. Ich glaube dieß zwar nicht, will aber doch den Gedanken an solche Abfindung im Hinblick auf frühere Vorgänge des Hauses Habsburg-Erthringen nicht ganz unmöglich halten.

Wir haben uns bisher so ziemlich in unsrer ursprünglichen Stellung maintainirt. Die Mission des Grafen Pourtalès nach London hat den Zweck, das Terrain dort besser, als es der unpraktische Bunsen**) der Preussischen Wahrnehmung zu bringen

*) Oesterreichischer Gesandter in Paris.

**) Preussischer Gesandter in London.

1854 versteht, zu erforschen und vertrauliche Erklärungen zu pro-
6. 1. vociren. Er wird demnächst zurückkehren. Er hat eine wesentliche Spaltung im Englischen Cabinet gefunden, indem Aberdeen *) entschieden Oesterreichisch ist, während Clarendon **) von diesem Staat nichts wissen will. Graf Bourtalès hat übrigens vorzugsweise und mit Energie hervorgehoben, daß, wenn wir neutral bleiben wollen, kein Teufel uns davon abhalten könne.

Sehr wichtig wird es sein, welchen Eindruck die Nachricht von dem Befehl des Einlaufes ins Schwarze Meer in Petersburg machen wird. Ich möchte nach früheren Nachrichten annehmen, daß darauf mit einer Kriegs Erklärung geantwortet werden würde, bemerke indeß, daß Budbergs Sprache und Rochows Berichte jetzt milder klingen.

Was unsere Häuslichkeit betrifft, so haben die Familien Scenen in der Kammer noch nicht begonnen; morgen wird mit der Westphälischen Gemeinde Ordnung der Anfang gemacht. Am Montag bringe ich den Vertrag mit Oldenburg wegen des Jahdehafens ***) ein. Ich werde so wenig große Worte als möglich machen, um nicht Leidenschaften aufzuregen, doch wird die Sache in England nicht gern gesehen werden.

In den letzten Tagen war Minister v. Beust, der commis voyageur, hier angeblich, um seinem Oncle, dem alten Werther†), Condolenz Visite zu machen, in Wahrheit, um zu spioniren und die Münchener Reise zu verdecken. Der König, bei dem Minister v. Beust sich ausdrücklich melden ließ, hat ihn zur Tafel gezogen, aber möglichst schlecht behandelt. Mit mir

*) Englischer Premierminister.

**) Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten.

***) Durch Staatsvertrag vom 20. Juli 1853 brachte Preußen zwei Landstreifen am Ost- und Westende der engsten Stelle des Jahdebusens käuflich an sich zum Zwecke der Anlegung eines Kriegshafens („Wilhelms-haven“).

†) Wilhelm Freiherr v. Werther, Oberstmarschall.

wollte er auch Politik sprechen, ich habe ihn aber von Elb- 1854
schiffahrt und Gerichts Verfassung unterhalten. Er soll sehr 6. 1.
unzufrieden abgereist sein; das würde ich bedauern, wenn an
ihm noch etwas zu verderben wäre.

In meinem eigenen Hause geht es mir, Gott sei Dank,
gut, Frau und Kind sind gesund und ich auch leiblich. Am
Nachmittag des 1. Feiertags fuhren wir aufs Land, haben in
Falkenhain gewohnt und am 3. Festtage gejagt. Tags darauf
sind wir hierher zurückgekehrt.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin so wie
Ihren Kindern viel Glück zum neuen Jahre. Meine Frau
grüßt. Schreiben Sie mir bald einmal und nehmen Sie es
mir nicht übel, wenn ich nicht pünktlich antworte.

Mit ausgezeichnete Hochachtung und alter Freundschaft

Ihr

ganz ergebener Diener

Berlin, den 6. Januar 1854.

Manteuffel.

72.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Von der am 26^{ten} erfolgten Abreise Ew. Hochwohlgeboren 1854
nach Karlsruhe*) habe ich durch den Legations-Rath Wenzel auf 28. 1.

*) Der Erzbischof Vicari von Freiburg in Verbindung mit den
Bischöfen von Rottenburg, Limburg, Fulda und Mainz hatte im März
1851 daß in den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz (Württem-
berg, Baden, Hessen-Rassel, Hessen-Darmstadt und Nassau) geltende
Recht des Staates circa sacra bestritten und trotz erheblicher Zugeständ-
nisse im Jahre 1853 erklärt, daß er alle der kirchlichen Ordnung,
dem westfälischen Frieden, der Reichsdeputationsordnung, den Bullen
der Päpste Pius VII. und Pius VIII. widerstreitenden Gesetze für un-
verbindlich halte und danach verfahren werde. Bismarck trat entschieden

1854 telegraphischem Wege Nachricht erhalten und beeile mich Ihnen
28. 1. noch besonders meinen Dank für die entgegenkommende Weise zu sagen, mit welcher Em. Hochwohlgeboren in meine Wünsche und Auffassungen eingegangen sind. Wie auch die Lage der speziell kirchlichen Angelegenheit in Karlsruhe sein möge in diesem Augenblick, so darf ich mich jedenfalls der Hoffnung hingeben, daß Em. Hochwohlgeboren Gegenwart auch jetzt sowohl für diesen besondern Fall, als namentlich auch in allgemeineren Beziehungen für das Verhältniß Preußens zu Baden von ersprießlicheren Folgen sein werde.

Ich habe in meinem letzten Schreiben darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig die Wahl einer festen und entschiedenen Persönlichkeit zu einer vertraulichen Sendung nach Rom sein würde, wenn die Großherzogliche Regierung, wie ich aus dem Ihnen mitgetheilten Bericht des Agl. Gesandten in Karlsruhe*) entnehmen mußte, eine solche beabsichtigt. Heute kann ich nicht umhin, Em. Hochwohlgeboren in Betreff einer solchen Sendung noch einige Bedenken auszusprechen, welche sich mir bei reiflicher Ermägung der jetzigen Sachlage aufdrängen.

Der in jenem Bericht gemeldeten Uebereinkunft, die durch Vermittelung des Bischofs von Mainz**) zu Stande gekommen sein sollte, ist durch Zeitungs Nachrichten, deren Grund oder Ungrund ich noch nicht beurtheilen kann, widersprochen worden. Sollten die Verhandlungen wirklich gescheitert sein, oder die Regierung wenigstens durch eine etwaige Uebereinkunft sich nicht so die Hände gebunden haben, daß sie bestimmte Versprechungen über demnächst mit Rom anzuknüpfende Unter-

für die Pflicht Preußens ein, die babilche Regierung in ihrem Kampfe gegen hierarchische Uebergriffe moralisch zu unterstützen; man vgl. die Berichte vom 29. Nov. 1853, Preußen im Bundestage I, No. 214 S. 319 ff., vom 7. u. 25. Januar 1854, ebend. IV, No. 73 S. 160 f., No. 75 S. 166 ff., vom 31. Jan. u. 1. Febr., No. 232—234 S. 350 ff.

*) v. Savigny.

**) Freiherr v. Ketteler.

handlungen gegeben: so würde, dünkt mich, sehr zu erwägen sein, ob nicht in dem gegenwärtigen Stadium es besser sei, eine solche Verhandlung mit Rom für jetzt zu versagen, jedenfalls den ersten Schritt dazu nicht von Seiten der Regierung zu thun. Denn die Sachlage hat sich m. E. seit jenem früheren Zeitpunkt, wo die Großherzogliche Regierung eine Berufung auf Rom dem Erzbischof freistellte und von der Anknüpfung einer allgemeinen Unterhandlung die Vermeidung eines factischen Conflicts hoffen konnte, wesentlich verändert.

1854
28. 1.

Der Päpstliche Stuhl hat in der Allocution, welche Ew. Hochwohlgeboren bekannt sein wird, von der Unterdrückung der Kirche und von den gerechtfertigten Forderungen der Bischöfe in einer Weise gesprochen, durch welche er für diese letzteren entschieden Parthei genommen hat.

Es scheint mir hiernach wenigstens sehr zweifelhaft, ob es noch der Klugheit angemessen ist, sich in einer Form an den Päpstlichen Stuhl zu wenden, durch welche sie nur zu leicht als eine bittende oder sich entschuldigende erscheinen würde. Nach dem Erscheinen dieser Allocution würde die Anknüpfung einer Unterhandlung mit Rom kaum einen andern Eindruck als den einer moralischen Niederlage hervorbringen können.

Die Badische Regierung würde vielmehr jetzt in vollem Rechte sein zu erklären, daß sie allerdings die Absicht gehabt habe, sich direct nach Rom zu wenden und dort eine Verständigung zu versuchen; daß sie aber diesen Gedanken aufgeben müsse, nachdem Rom so entschieden für den Erzbischof Parthei genommen; sie sehe sich daher genöthigt, sich einfach auf die bestehenden Verhältnisse und den gesetzlichen status quo zurückzuziehen.

Wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, und nach der — soweit sich hier beurtheilen läßt — nicht mehr zweifelhaften Erfahrung, daß die Bestrebungen der ultramontanen und hier-

1854
28. 1. archischen Parthei im Lande nicht den Anhang gefunden haben, den sie gehofft, scheint mir diese ruhig abwartende Stellung die günstigste, welche die Badische Regierung haben kann. Sie wird ihren Gegnern am besten dadurch imponiren, daß sie zeigt, sie könne es an sich kommen lassen; während jede Beilegerung ihrerseits zur Beilegung des Streits ihr als Schwäche wird gedeutet werden, wodurch sie den Gegnern einen großen Vortheil in die Hand geben wird. Sie sollte das feste Selbstvertrauen, durch welches allerdings eine solche abwartende Stellung allein haltbar wird, um so weniger verlieren, als sie einerseits eine moralisch feste Stellung inne hat, andererseits der Besitz der materiellen Macht in den Händen der Regierung immer eine Waffe und ein Vortheil ist, deren Werth die Gegner wohl zu würdigen verstehen.

Es wird noch immer in ihren Händen liegen, entweder bei dem alsdann nicht unwahrscheinlichen Entgegentreten der Gegner einen günstigen Augenblick zur Unterhandlung zu wählen (wobei sie immer im Vortheil sein wird, wenn die Gegner, nicht sie, die Unterhandlung wünschen und erbitten) oder ohne weitere Unterhandlung auf dem Wege einer consequenten und besonnenen inneren Gesetzgebung die Verhältnisse zu ordnen und die Grenzen abzustechen, welche das Verhältniß des Staats zur Kirche bezeichnen.

Wenn man erwägt, wie wenig nach der prinzipiellen Römischen Auffassung zu hoffen ist, auf dem Wege der Unterhandlung von Rom jemals Zugeständnisse in Betreff der jura circa sacra zu erlangen, wie geschickt aber Rom sich dem als unabänderlich erkannten festen Willen in der Praxis anzubequemen weiß, so möchte sich der letztere Weg wohl in vieler Beziehung empfehlen. Es würde dabei allerdings sehr darauf ankommen, das Wesentliche und das Unwesentliche zu sondern und bei einer aufrichtigen Liberalität der Kirche gegenüber doch zugleich mit großer Festigkeit und Klarheit an dem Bedürfniß

einer starken Kirche festzuhalten. Ohne die Preussischen Zustände als Muster empfehlen zu wollen, würden wir mit den auf diesem Boden gewonnenen Erfahrungen der Regierung vielleicht nützlich sein können und zu jeder Mittheilung bereit sein. 1854
28. 1.

Die Hauptsache aber für den Augenblick würde sein, daß die Regierung sich weder einschüchtern noch durch scheinbare Nachgiebigkeit zu unerfüllbaren Hoffnungen verleiten lasse und sich vor Allem nicht durch Eile und Eifer das Terrain verderbe, indem sie ein Gefühl der Schwäche und ein Bedürfniß der Beilegung zeigte, wozu nach meiner Ansicht kein Grund vorhanden ist. Die Zeit läuft in diesem Falle für die Regierung; das hat sich schon jetzt bewährt und dürfte auch für die Zukunft nicht zu bezweifeln sein.

Ich brauche Ew. Hochwohlgeboren nicht erst bemerken zu machen, daß die obige Darlegung nicht unmittelbar für die Großherzogliche Regierung bestimmt ist. Wir können nicht die Absicht haben, derselben unseren Rath über das von ihr einzuschlagende Verfahren aufzudringen. Ich habe vielmehr die vorstehenden Bemerkungen, wie sie sich vom hiesigen Standpunkt aus mir ergeben haben, zunächst nur Ihnen zur eigenen Erwägung vorlegen wollen und überlasse Ihrer Beurtheilung, davon, sei es durch Vorlesen, sei es in Ihren Unterhaltungen denjenigen Gebrauch zu machen, den Sie nach der Ihnen nun gewordenen Anschauung der Verhältnisse für geeignet erachten. Es ist mir aber allerdings wünschenswerth, daß die Großherzogliche Regierung auch diese Gesichtspunkte ins Auge fasse und dieselben ihrem ganzen Umfange nach einer reiflichen Erwägung unterziehe. Der Ausgang des Conflicts in der Ober-Rheinischen Kirchen-Provinz kann von entscheidenden Folgen für die ganze Stellung, ich will nicht sagen, der Römischen Kirche, sondern der ultramontanen Parthei in Deutschland werden, und wenn die Badische Regierung ausharrt und abwartet, so kann dieser Conflict

1854 der Ausgang und Anknüpfungspunkt werden, um eine ge-
28. 1. meinsame Basis für die Stellung der protestantischen Re-
gierungen in Deutschland zur katholischen Kirche zu gewinnen
und auf Grundlage der gemeinsamen Interessen einen Zu-
sammenhang der Regierungen unter sich zu schaffen, welcher
allen Betheiligten wiederum eine feste Stellung sichern würde.

Berlin 28. Januar 1854.

Monteuffel*).

73.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 1/2. 54.

1854 Polde**) und mein Vater***) bitten Dich möglichst bald hier
1. 2. zu erscheinen, Du wirst gewiß einen guten Grund haben oder
finden. Es geht hier Alles höllisch durch einander, und in den
nächsten Tagen möchte doch eine Entscheidung nicht zu ver-
meiden sein, wenn Englands und Frankreichs Rückäußerungen
vorliegen. Ich behaupte nicht, daß Du hier Annehmlichkeiten
entgegengehst, aber ich glaube, es ist beinahe so nöthig wie
50 vor der Oesterreichischen Geschichte. Empfiehl mich Deiner
Frau Gemahlin zu Gnaden.

Dein treu ergebener

E. Stolberg.

*) Bismarcks Antwort vom 1. Februar 1854 f. Preußen im Bundes-
tag IV, No. 234 S. 358 f.

**) General Leopold v. Gerlach.

***) Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode, Oberstkämmerer und
Minister des kgl. Hauses.

74.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 5/2. 54.

Lieber Freund

Es scheint nicht, daß es in Deiner Absicht liegt uns hier 1854
zu besuchen, und doch wird es von verschiedenen Seiten dringend 5. 2.
gewünscht, zunächst von Borden und meinem Vater, dann auch
von Budberg und Thun, letzterer macht nebenbei noch die
Anforderung, man möge Dich sobald wie es irgend geht, nach
Wien senden zc. Daß Albert P(ortalès) alle orientalischen
Angelegenheiten bearbeitet, daß er täglich mehr Terrain ge-
winnt, die österreichische, englische zc. Correspondenz besorgt,
geht aus dem guten französischen Styl hervor, den nachgerade
alle Notizen und Schriftstücke, welche aus dem Ministerium her-
vorgehen, angenommen haben; daß Albert aber seine frühere
politische Anschauung beibehalten, daß er unter anderm zu
denen gehört, welche sich eher entschließen, an die Spitze der
Revolution als ihr entgegenzutreten, geht aus den Redensarten
hervor, welche Manteuffel seit einigen Wochen den russischen
und österreichischen Bestrebungen entgegensetzt; daß wir dem-
nächst zwischen zwei Stühlen sitzen werden, möchte man be-
fürchten. Noch einmal soll ich Dich Namens der beiden erst-
genannten bitten, auf dem Kampfsplatz zu erscheinen.

Empfiel mich Deiner verehrten Frau Gemahlin zu Gnaden
und komme bald, vielleicht könntest Du Hans*), der längst die
Absicht hat, bewegen, zur selben Zeit hier zu sein.

Dein treu ergebener

Eberhard**).

*) Aleist-Nezow.

**) Bismarcks Antwort am 6. 2. 1854: „nicht ungerufen“ (hand-
schriftlich auf dem Briefe bemerkt); vgl. Bismarcks Brief an E. v. Gerlach
vom 3. Februar 1854, Ausg. v. H. Rohl, S. 124 ff.

75.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Berlin 24. Februar 1854. 5 Uhr 50.

1854
24. 2. Oesterreich will Rußland einen Termin zur Räumung der
Donaufürstenthümer setzen, sonst den Krieg machen. Man wird
von uns die Aufstellung eines Armee-Corps fordern. Diese
Nachricht ist geheim, aber sicher.

Manteuffel.

76.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphische Depesche.

Frankfurt, 27. Febr. 1854. 2 Uhr.

1854
27. 2. Nach einigen in Carlsruhe bei dem Durchlauf gelesenen
telegraphischen Depeschen zwischen Wien und dem französischen
Ministerium ist am Freitag zwischen Oestreich und Frankreich
ein Vertrag abgeschlossen.

Bismarck.

77.

Handschriftliche Notizen Bismarcks aus dem
März 1854*).

1854
? 8. Wir können Oestreich nicht die allgemeine Zusicherung
geben mit ihm zu gehn und auch den Bund dahin disponiren
zu helfen, wenn wir nicht wissen, wohin Oestreich will.

*) Für die Unterredung mit dem Prinzen von Preußen?

Ein Bündniß zur Defensive mit gegenseitiger Garantie der Gränzen ohne weitere Bedingungen war möglich, wenn Oestreich neutral bleiben wollte; will es aber Krieg führen, so müssen wir wissen, gegen wen, zu welchem Zweck, mit welchen Mitteln, ehe wir von seinen Entschlüssen die unsrigen abhängig machen können.

1854
? 8.

Unsre bisherigen Interessen sind defensive, die Ausdehnung unsrer Defensiv ist durch unsre Bundespflichten bedingt; deutsche Interessen zu vertheidigen, weigern wir uns nicht, können aber bisher nicht beurtheilen, ob das, was Oestreich mit den vereinten preussisch-deutsch-österreichischen Kräften beginnen will, innerhalb der deutschen Interessen liegt.

Will Oestreich erobern, will es die russische Armee angreifen? Zu beidem kann es unsre Mitwirkung nicht ohne Weiteres verlangen, will es nur Ruhe innerhalb seiner jetzigen Gränzen, zu deren Behuf Versprechungen von Rußland und Erlaubniß, Unruhen auch auf türkischem Gebiet innerhalb gewisser Demarkationslinien zu unterdrücken, auch Gebiete besetzt zu halten, so helfen wir ihm mit Wort und Feder dazu. Wirklichen militärischen Beistand kann es nur verlangen, wenn Deutschland in Kriegsgefahr geräth, ohne daß Oestreich solche durch muthwillige Aggression provocirt. Darüber hinaus reicht weder unsre Pflicht noch unser Interesse; und sollen wir weitergehn, so muß Oestreich uns ein bestimmtes gemeinsames Ziel nennen und sein Vorhaben definiren.

Quid et ubi, quibus auxiliis, cur quomodo quando.

Auf der Rückseite eineszettels (Einladung zu einer am 14. März 1854, Vorm. 10¹/₂ Uhr, in Wilhelmstr. 76 abzuhaltenden Konferenz).

Die Regierung ist entschlossen, Preußen unter allen Umständen die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des Europäischen Gleichgewichtes zu wahren, bisher aber müssen wir uns sagen, daß Preußen nicht in gleichem Maße wie andre Staaten vermöge seiner geographischen Lage und seiner überseeischen Verbindungen der Beruf obliegt.

78.

Entwurf zu einer Erklärung in der Kammer *).

1854
? 8.

Die Regierung Sr. Majestät des Königs ist den Ereignissen, durch welche der Friede im Osten gestört und in weiterem Umfange bedroht ist, mit der ernstesten Aufmerksamkeit gefolgt und hat sich in jedem Augenblick die Pflichten gegenwärtig gehalten, welche ihr einerseits durch die europäische Machtstellung Preußens, andererseits durch die speziellen Verhältnisse dieses Landes und durch seine Beziehungen zum übrigen Deutschland auferlegt werden.

In jenen Pflichten lag der Beruf Preußens, seine Anstrengungen der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu widmen und darf sich die Königliche Regierung dem befriedigenden Bewußtsein hingeben, zur Erreichung dieses Zweckes keins der sich darbietenden Mittel unversucht gelassen zu haben. Sie hat in dieser Richtung nicht nur ihren Einfluß und das Vertrauen, dessen sie sich bei den auswärtigen Mächten erfreut, geltend gemacht, sondern auch auf den Konferenzen zu Wien ihre eifrigen Bemühungen mit denen von — vereinigt, um den zwischen Rußland und der Pforte entstandenen Streit zu friedlichem Austrag zu bringen. Die Königliche Regierung hat keinen Anstand genommen, bei dieser Gelegenheit ihre rechtliche Ansicht von der Sache in den Protokollen niederzulegen und den zur Erhaltung des Friedens gethanen Schritten der Konferenz durch ihre Mitwirkung das volle Gewicht der Gemeinschaftlichkeit zu geben; sie hat aber geglaubt, ehe sie über dieses Maß hinaus der Freiheit ihrer Entschließungen entsagte, ehe sie namentlich Verbindlichkeiten einging, welche unmittelbar oder mittelbar zu einer thätigen Betheiligung an dem ausbrechenden Streite führen konnten, die

*) Eigenhändige Aufzeichnung Bismarcks.

Opfer, welche sie dadurch dem Lande auferlegen würde, und die speziellen Interessen Preußens, welche auf dem Spiele stehn, sorgfältig und gewissenhaft gegen einander abwägen zu sollen. Wir müssen uns sagen, daß Preußen vermöge seiner geographischen und politischen Lage nicht in gleichem Maße wie andre Staaten befähigt und berufen ist, zum Schutze der Integrität des türkischen Reiches handelnd in einen Streit einzugreifen, dessen ursprünglichen Gegenstand nicht die Interessen unsres Vaterlandes, sondern die Privilegien und der Einfluß bilden, welche andre Mächte in den Ländern der Pforte in Anspruch nehmen. Wenn wir aus diesen Umständen das Recht ableiten, uns zu thatächlichem Eingreifen in den Kampf nicht in erster Linie verpflichtet zu finden, so kann es dem landesväterlichen Herzen Sr. Majestät des Königs nur wohlthun, für Preußen die Segnungen des Friedens noch länger zu erhalten, als es den unmittelbarer beteiligten Mächten ihrerseits thunlich erscheint. In diesem Sinne ist S. Majestät der König entschlossen, dem Preussischen Volke die von einem Kriege unzertrennlichen Opfer nur dann anzufinnen, wenn die wahren und eigenthümlichen Interessen des Landes, unter denen die Ehre und die Unabhängigkeit Preußens obenanstehn, einen solchen Entschluß gebieterisch fordern. Wir verlassen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle und die Stellung, welche wir durch die Erklärungen der Regierung Sr. Majestät auf demselben eingenommen haben; wenn die Herbeiführung und Erhaltung des Friedens der wesentliche Zweck der Wiener Konferenzen war, so werden wir mit demselben nicht in Widerspruch treten, wenn wir erneuten Anbahnungen friedlicher Bestrebungen, so lange es unsre besondern Verhältnisse erlauben, auch dann noch eine Stätte bewahren, wenn andre Staaten durch ihre von der unsrigen verschiedne Lage sich veranlaßt sehn zu den Waffen zu greifen. Wie wir für unser Verhalten bei gerechter und unbefangener Würdigung der Verhältnisse auf die Zustimmung der auswärtigen Mächte

1854
? 8.

1854
§ 8. überhaupt rechnen dürfen, so sind es insbesondre die Rücksichten auf unsre deutschen Bundesgenossen (und das Bewußtsein des Einverständnisses mit Oestreich?)*), welche einen hervorragenden Antheil an den Entschliefungen der Königlischen Regierung haben. Es liegt den Absichten Sr. Majestät des Königs fern, in einer schwankenden und zweifelhaften Neutralität den günstigen Augenblick abzuwarten, um sie aufzugeben, sondern wie Allerhöchstderselbe von der Königlischen Pflicht durchdrungen sind, Preußen und Deutschland vor den Leiden des Krieges zu bewahren, so lange als es beider Würde und Wohlfahrt gestatten, ebenso fest sind sie entschlossen, jedem Bundesgenossen treu zur Seite zu stehen, der durch seine geographische Lage berufen sein möchte, zur Vertheidigung deutscher Interessen das Schwert zu ziehen.

Die Königlische Regierung darf hoffen, sich auf diesem Wege einer selbständigen und nationalen Politik der vollen Zustimmung des Landes und insbesondre dieses Hohen Hauses zu erfreuen; sie darf sich aber auch nicht verhehlen, daß eine glückliche Durchführung derselben nur dann gesichert erscheint, wenn sie mit dem festen, deutlich ausgesprochenen Entschluß gepaart ist, einem jeden Versuch, von welcher Seite er auch käme, der dahin gerichtet wäre, Preußen aus der in freier Selbstbestimmung gewählten Bahn zu drängen und die Kräfte dieses Landes andern Interessen als den eignen dienstbar zu machen, mit allen Mitteln entgegenzutreten, welche Gott zur Wahrung deutscher Unabhängigkeit in die Hände Sr. Majestät des Königs (oder des Königs von Preußen) gelegt hat.

Diesen festen Entschluß glaubt S. Majestät im jetzigen Augenblick dadurch bethätigen zu sollen, daß Allerhöchstdieselben von den Kammern die Mittel fordern, um die in der gegenwärtigen ernsten Lage der europäischen Politik einzunehmende neutrale Stellung mit allem Nachdruck zu wahren und aufrecht

*) Klammern und Fragezeichen stammen von Bismarck.

zu erhalten. Der Finanzminister wird Ihnen die nähern beschaffigen Vorlagen machen. 1854
? 8.

Die Königl. Regierung legt Ihnen, meine Herren, den Weg, den sie gehn will, offen dar; je unzweideutiger in der Bewilligung der begehrten Mittel die Entschlossenheit hervortritt, mit welcher das ganze Land eine freie und feste Haltung seiner Regierung zu stützen bereit ist, um so mehr vermindert sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Regierung Anmuthungen ausgelegt sein wird, welche sie nöthigen könnten, zur Verwendung der verlangten Mittel zu schreiten, und die Regierung rechnet um so zuversichtlicher auf eine rückhaltlose Unterstützung ihrer Absichten von Seiten der Landesvertretung, als sie Ihnen die Gewißheit geben kann, daß die Allerhöchsten Entschlüsse, welche zur Benutzung des verlangten Credits führen könnten, keiner Rücksichtnahme einen Einfluß gestatten werden, welche nicht streng innerhalb des Kreises der eignen Interessen Preußens und seiner deutschen Bundesgenossen läge. Noch niemals haben die Regenten Preußens, wenn sie im Namen der höchsten Güter, im Namen der Ehre und Selbständigkeit Preußens, von dem Lande ein Opfer und ein Pfand des Vertrauens gefordert haben, eine andre Antwort von ihrem Volke erhalten als den Ausdruck der freudigen Hingebung mit Gut und Blut, und auch Sie, meine Herren, werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß Ihre Stimme treu die Gesinnung des ganzen Landes wieder giebt, wenn Sie in die Hände Sr. Majestät vertrauensvoll die Mittel legen, die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung zu schützen und das Erbe tapfrer Väter auch durch diese schweren Zeiten ungeschmälert auf unsre Kinder zu bringen.

79.

Entwurf zu einer Ansprache an die Kammern *).

Meine Herren,

1854
§ 8.

Die politischen Verhältnisse in Europa gestalten sich mehr und mehr in so drohender Weise, daß es die ernste Pflicht der Regierung Sr. Majestät ist, die herannahenden Gefahren fest ins Auge zu fassen und die Mittel in Erwägung zu ziehen, welche zur Abwehr derselben von unserem Vaterlande anzuwenden sind.

Der Russisch-Türkische Streit hat von Anfang an die Aufmerksamkeit des Cabinets seiner ganzen Bedeutung nach in Anspruch genommen. Die Regierung war sich dabei doppelter Pflichten bewußt, welche einer Seits aus der Stellung unseres Staates als Europäischer Macht, anderer Seits aus den speciellen Verhältnissen Preußens und Deutschlands herzuleiten sind.

In ersterer Beziehung glaubte die Regierung zunächst die ihr zukommende Stelle dadurch wahren zu müssen, daß sie die vollständige Freiheit ihrer Entschließungen und Handlungen sich vorbehielt, Alles zurückwies, was sie in dieser Freiheit hemmen konnte. Als demnächst in Wien eine Conferenz sich bildete, welche sich die Aufgabe stellte, jenen unseligen Streit, den das Russische Cabinet als eine nur die Pforte und Rußland betreffende Sache behandelt sehen wollte, zum Austrag zu bringen, hat Preußen keinen Anstand genommen, sich bei diesen Berathungen zu betheiligen und mit seiner rechtlichen Ansicht von der Sache nicht zurückgehalten. Die Regierung ist sich der darüber zeugenden (?) Protokolle und der daraus folgenden Consequenzen vollkommen bewußt.

Dieselbe hat aber — und hier tritt die zweite Seite der

*) Von Manteuffels Hand.

Sache in Betracht — niemals eine Verpflichtung übernommen, selbstthätig in diesen Streit einzugreifen. Wir mußten uns sagen, daß Preußen und das übrige Deutschland, um die Integrität der Pforte zu schützen, sich in viel ungünstigeren und schwereren Verhältnissen befände als alle andern betheiligten Staaten, daß der ganze Streit, welcher um den politischen Einfluß in Constantinopel entstanden, Preussische und Deutsche Interessen nur in so entfernter Weise berühre, daß eine vorschnelle Betheiligung an dem Kampfe dem Lande Opfer auferlegen könne, welche mit den möglicher Weise zu erzielenden Vortheilen nicht im richtigen Verhältnisse ständen. Deshalb ist es in dem gegenwärtigen Augenblick der Standpunkt einer völlig freien, nicht einer gebundenen Neutralität, welche bezüglich des tatsächlichen Auftretens die Regierung im wahren Interesse des Landes sich anweisen zu müssen für verpflichtet erachtet. Es soll das keine schwankende und zweifelhafte Neutralität etwa mit dem Hintergedanken sein, günstige Umstände zur Aufgabe derselben abzuwarten, sondern eine durch die Interessen des Landes gebotene. Wir verlassen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle, und wenn deren wesentlicher Zweck von Haus aus darauf gerichtet war, den Frieden herbeizuführen, und wenn andere Staaten sich zur Erreichung desselben nach ihrer besonderen Lage veranlaßt gesehen haben zu den Waffen zu greifen, so wird es uns nicht im entgegengesetzten Sinne ausgelegt werden können, daß wir, so lange unsere besonderen Verhältnisse es gestatten, für die Anbahnung des Friedens eine Stätte zu bewahren uns bemühen. Wenn wir dabei auf die Zustimmung aller Staaten rechnen zu können glauben, so sind es besonders die Rücksichten auf Oesterreich und das übrige Deutschland, welche uns leiten. Wir sind immer überzeugt, dabei im Interesse beider zu handeln. Was namentlich Oesterreich, mit dem wir im vollsten Einverständniß uns befinden, betrifft, so verhehlen wir uns nicht, daß dasselbe vermöge

1854
? 3.

1854 seiner geographischen Lage berufen sein könnte, deutsche Inter-
? 8. essen wahrzunehmen. Geschieht dieß, so kann es auf uns zählen.

Wir werden uns bemühen, diese Politik mit äußerster Mäßigung und Umsicht zu verfolgen, und wir hoffen, auf diese Weise noch auf längere Zeit dem Lande die Segnungen des Friedens (zu erhalten)*).

80.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Hochgeehrtester Herr von Bismarck.

1854 Euer Hochwohlgeboren bin ich erst jetzt im Stande etwas
7. 4. Näheres über den Stand der Verhandlungen mitzutheilen. Auf Antrag Oestreichs ist mit General Fetz der Entwurf eines Schutz- und Trutzbündnisses verabredet worden. Die gegenseitige Garantie erstreckt sich auf die außerdeutschen Provinzen, jedoch nur für die Dauer des Kriegs und nicht, wie Oestreich wollte, für die Ewigkeit. Wenn Oestreich vorgeht, so kann es auf die Unterstützung Preußens nur rechnen, sobald letzteres mit diesem Vorgehen sich einverstanden erklärt hat. Die näheren Verabredungen über den Zeitpunkt, Ort und Umfang der Aufstellungen sind vorbehalten. Dagegen soll der Deutsche Bund zum Beitritt aufgefordert werden, wobei der Art. 47 der Schlußakte maßgebend sein würde. Gleichzeitig soll eine Commation

*) Ergänzung des Herausgebers. — Die endgültige Fassung, in der die Erklärung am 18. März sowohl in der ersten als in der zweiten Kammer verlesen wurde, s. in den Stenograph. Berichten der Preuß. Landtagsverhandlungen 1853/54, I. Kammer S. 451 ff., II. Kammer II, 619 ff., jetzt auch in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 407 ff.

an Rußland Halt zu machen gerichtet werden, der wir uns in 1854
milderer Form anschließen würden. Der König wünschte eine 7. 4.
gleichlautende Vorlage bei der Bundesversammlung, jedoch will
Oesterreich seinen besonderen Standpunkt mit Rücksicht auf das
ihm von Rußland anvertraut gewesene Vermittleramt und die
Truppenaufstellungen in Ungarn darlegen und begehrt deshalb
bloß, daß Preußen die Oesterreichische Vorlage unterstütze. Die
Oesterreichische Mittheilung für die Bundesversammlung kennen
wir noch nicht. Die näheren militärischen Abreden sollen mit
Heß getroffen werden, doch ist darüber noch nichts fest-
gestellt.

Sie werden fragen, weshalb wir uns mit Oesterreich ein-
gelassen? Leider war kein anderer Ausweg. Oesterreich will
vorgehen und zwar direkt gegen Rußland, unsere Weigerung
hätte es um so weniger davon abgehalten, als inzwischen die
Rußen die Donau überschritten und die neueste Petersburger
Friedensallure doch wohl nicht ehrlich gemeint ist, vielmehr sich
der Erfolglosigkeit bewußt ist. Dessenohnerachtet bewirbt sich
der König darum, daß die 3 Mächte auf der Rajah-Emanci-
pationsbasis in Verhandlungen eintreten. Dies sind die Re-
sultate des Herzogs Georg*), der übrigens zu diesem letzten
Vermittleramte sich selbst erboten hat.

Außerdem wird heute in Wien ein Protokoll mit den
3 Mächten gezeichnet, welches lediglich die früheren Protokolle
bekräftigen soll. So geneigt man an gewisser Stelle war,
Oesterreich Zugeständnisse zu machen, so schreckte man vor Unter-
zeichnung des Protokolls zurück. Manteuffel hätte alsdann
seine Entlassung genommen, ebenso wie Heydt**), Bonin und
Simon***). Alsdann würde wohl Gröben†) das Minister-

*) Von Mecklenburg-Strelitz.

**) Handelsminister.

***) Justizminister.

†) General Graf Karl Joseph v. der Gröben.

1854 Präsidium erhalten haben. Die Ministerkrijs ist nicht gehoben,
7. 4. sondern nur verschoben, da Manteuffel kein Vertrauen bei der
Hofparthei besitzt. Die morgende Discussion in der Kammer
dürfte zur Beseitigung der Erwägungen führen.

Bunsen ist angewiesen worden Urlaub zu nehmen*). Er
kommt wohl nach Berlin.

Ich werde den Minister ersuchen, Euer Hochwohlgeboren
den Text des Bündnißentwurfs vertraulich mitzutheilen, denn
es ist dadurch allerdings ein fester Standpunkt gewonnen. Seien
Sie froh, den wöchentlichen Krisen und täglichen Intriguen
entrückt zu sein.

Ihrer werthen Frau Gemahlin, an die ich der Sicherheit
wegen die Adresse zu richten gewagt habe, bitte ich mich in-
ständigst zu empfehlen, ebenso Wenzel.

Ganz der Ihrige!

(Berlin) 7. 4. 54.

Rg.

81.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

An Se. Majestät den König.

1854 Bei meinem zweitägigen Aufenthalt in Baden haben
25. 4. S. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen mir die Ehre erzeigt,
über die Umstände Höchst Seiner Abreise von Berlin mit mir
zu sprechen. In Bezug auf die politische Auffassung traten mir
aus den Worten Sr. Königlichen Hoheit ungefähr dieselben Ge-
sichtspunkte entgegen, die sich in dem längeren Schreiben Sr.
Königlichen Hoheit entwickelt finden, von welchem Eure Majestät
die Gnade hatten, mir bei meiner Abschieds-Audienz Einsicht zu

*) Vgl. G. u. G. I, 112.

verstatten. Der Ausdruck, welchen S. Königliche Hoheit diesen Ansichten im Gespräch gab, trug durchgehends das Gepräge der 1854
25. 4.
Ergebung in Eurer Majestät Willensmeinung, auch bei abweichender persönlicher Ueberzeugung. In so weit das in dem ebenerwähnten Schreiben nicht in demselben Maße der Fall gewesen, so glaubten S. Königliche Hoheit diesen Mißstand durch die letzten vor Ihrer Abreise an Eure Majestät gerichteten Zeilen gehoben zu haben, indem dieselben eine nachdrückliche Verurtheilung jedes Protestes im Namen der Armee und die Erklärung, daß ein solcher nicht beabsichtigt gewesen, enthalten hätten. Ich erlaubte mir die unterthänigste Bemerkung, daß somit für dasjenige, was somit in das erste Schreiben über die Absichten Sr. Königlichen Hoheit hinaus hätte gelegt werden können, Genugthuung gegeben worden sei; daß indeß der danach stehen bleibende Inhalt des Briefes doch von der Natur sei, um Eure Majestät einen weiteren eintretenden Schritt von Seiner Königlichen Hoheit erwarten zu lassen. Höchstdieselben erwiderten mir, daß ein solcher Schritt schon längst geschehn sei, wenn Sie nicht geglaubt hätten, daß durch den letzten aus Berlin geschriebenen Brief auch in der Meinung Eurer Majestät das Vergangene gesühnt und abgethan sei; nachdem ein am Tage vorher eingegangner Brief des Grafen v. d. Gröben bereits den Beweis geliefert habe, daß dies nicht der Fall sei, würden S. Königliche Hoheit sich beeilen, durch ein im Concept bereits entworfnes Schreiben Eure Majestät zu versichern, wie wenig es in der Absicht gelegen habe, die Allerhöchstdenselben schuldigen Rücksichten zu verkennen und wie leid es Sr. Königlichen Hoheit thue, wenn der Inhalt jenes Schreibens zu entgegengesetzten Eindrücken habe Anlaß geben können. Ein desfalliges Schreiben des Prinzen wurde noch vorgestern abgeschickt und wird sich bereits in Eurer Majestät Händen befinden. Bei meiner Entlassung sprach mir S. Königliche Hoheit wiederholt die Hoffnung aus, daß dieser Schritt zu Eurer Majestät Aller-

1854
25. 4. höchster Befriedigung gereichen und daß durch Eurer Majestät Gnade alle Hindernisse einer ungetrübten Freude des Wiedersehens beseitigt sein würden. Eure Majestät wollen entnehmen, daß die Bereitwilligkeit zu einleitenden Schritten schon vorhanden war, bevor ich Eurer Majestät Befehl gemäß Sr. Königlichen Hoheit Rechenschaft gab von den Eindrücken, die ich bei Eurer Majestät empfangen hatte.

Frankfurt 25./4. (1854).

v. Bismarck.

82.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854
27. 4. danke ich verbindlichst für das geehrte Schreiben vom 24^{ten} d. M. *) Hier sind erhebliche nova nicht vorgekommen; denn dahin rechne ich nicht, daß die Westmächte sowohl durch die Minister gegen unsere Gesandten in Paris **) und London ***), als auch durch die hiesigen Gesandten †) gegen mich in einer unangenehmen Weise drängend und drohend auftreten. Graf Esterhazy ††) schlägt hier das Thema an, daß wir Oesterreich geflissentlich zu den Westmächten drängten, indem wir ihm unsere Stütze entzögen und nur Schwierigkeiten machten. Nach Mittheilungen aus Wien werden wir diesen unangenehmen Sterblichen bald wieder von hier los sein und den Grafen Thun wieder sehen.

*) Nicht veröffentlicht.

**) Graf Maximilian v. Gayfeldt.

***) Bunsen.

†) Marquis Moustier und Lord Bloomfield.

††) Oesterreichischer Gesandter.

Der Prinz von Preußen regte bei einer übrigens nicht 1854
sehr zufriedenstellenden Conversation den Gedanken an, daß 27. 4.
Darmstadt, sofern es wirklich die Absicht hege, mit uns auf
einen besseren Fuß zu kommen, vielleicht aus dem Umstande,
daß der Prinz als Gouverneur für Mainz bestimmt sei, Ver-
anlassung nehmen könnte, ihm ein dortiges, wie er behauptet,
leerstehendes Regierungs-Gebäude als Wohnung anzubieten.
Der Prinz bat mich den Gedanken anregen zu lassen. Ich
bemerkte, und damit war der Prinz ganz einverstanden — daß
ein solches Anerbieten, sofern es nicht mit weiteren Erklärungen
verbunden sei, keinen Falls genügen werde, daß ich aber nicht
in Abrede stellen wolle, daß dasselbe einen angemessenen An-
knüpfungspunkt für dortige Erklärungen abgeben könne. Der
Prinz stellte mir anheim, darüber an Otterstedt*) zu schreiben.
Dieß schien mir doch nicht recht angemessen; ich ziehe es daher
vor, Euer Hochwohlgeboren den Gedanken hinzugeben, mit
dem Anheimstellen denselben in Ihnen geeignet erscheinender
Weise — wobei Otterstedt nicht ausgeschlossen sein dürfte, zu
utilisiren.

Ihren geneigten Aeußerungen, ob Sie etwas und was
Sie hierauf gethan haben, darf ich wohl entgegensehen.

Der Prinz ist jetzt in Weimar und geht in wenigen Tagen
nach Coblenz zurück. Vielleicht fragt er auf der Durchreise
nach der letzten Sache. Ich bitte dann meines Schreibens Er-
wähnung zu thun.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/4. 54.

Monteuffel.

*) Früher preussischer Ministerresident in Darmstadt, dann bei
der Gesandtschaft in Vissabon als Legationsrath thätig, damals in
Weimar (?).

83.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Em. Hochwohlgeboren

1854
30. 4. habe ich für zwei geehrte Schreiben*) zu danken. Vorher waren mir schon einige Aeußerungen von Em. Hochwohlgeboren über die schwebenden Tagesfragen, welche in Briefen an General von Gerlach**) niedergelegt waren, zur Kenntniß gekommen.

Vor Allem möchte ich Em. Hochwohlgeboren bitten, die Sache wie sie nun einmal ist und liegt als fait accompli anzunehmen. Ueber vollendete Thatfachen sich den Kopf zerbrechen, thut einmal nicht gut, nützt wenigstens nichts. Die Aufgabe ist, mit dem was man in Händen hat zu wirthschaften.

Nach meinem Dafürhalten sind wir unsererseits nicht eben stark obligirt, und wenn man sagt, daß die Sache doch gewisse Hasen habe, an denen man uns festhalten könne, so erwiedere ich darauf, daß zum Festhalten zwei gehören, einer, der da hält und einer, der sich halten läßt, und sodann, daß diese Hasen gegenseitige sind; hätten wir den Oesterreichern dergleichen nicht gegeben, so hätten wir auch keine bekommen, und dieß wechselseitige Clammersystem ist es ja eben, was wir wollen. Man muß sich eben davor hüten, dieses nun in seinem Effect so darzustellen, als ginge der Zweck dahin, Oesterreich nur von dem Vorgehen gegen Rußland zurückzuhalten. Hiermit würden zwei Uebelstände verbunden sein. Zunächst verlören wir dadurch jedes Gewicht für das, was wir Rußland sagen; denn wenn man es nicht schon ohnehin wüßte, so brauchte man nur

*) Vom 25. April, Preußen im Bundestag IV, No. 82 S. 190 ff., vom 26./27. April, ebd. II, No. 2 u. 3 S. 3 ff.

**) Vgl. Bismarcks Briefe vom 9., 13., 17. und 21. April, Ausg. v. G. Rohl, S. 139 ff.

die Meusebach'schen Berichte*) zu lesen, um sich davon zu überzeugen, daß die Russen auf leere Worte gar nichts geben, sie ihrer Seite auch in keiner Weise halten, vielmehr mit brutalster Nichtbeachtung aller Versprechungen und Verträge auf dem Wege der Thatfachen vorgehen und höchstens achselzuckend den Mangel der zugesagten *bienveillance* mit *nécessité de guerre* entschuldigen, welche indeß in dem Abreißen Preussischer Co-carden u. s. w. doch nicht ohne Schwierigkeit zu erkennen ist. Mit solchen Leuten muß man eventuell doch auch durch Thatfachen zu sprechen sich vorbehalten. Der zweite, wichtigere Uebelstand aber würde der sein: wir würden dann den ganzen Druck der Westmächte allein auf uns laden. Welchen Gebrauch Oesterreich davon machen könnte, brauche ich nicht darzulegen. Mit etwas lebhafter Phantasie könnte schließlich folgendes Raisonnement der Westmächte als möglich gedacht werden: Preußen erfüllt nicht den ihm obliegenden Beruf, eine Vormauer gegen das Andrängen slavischer Elemente zu sein, Preußen ist daher ein unnützes Glied in der Europäischen Staaten Familie, und es ist besser, Oesterreichs Alleinmacht zu stärken; überdieß bietet Preußen vortreffliche Theilungs-Objecte für Oesterreich, Sachsen, Baiern u. s. w. Daß dergleichen Reden schon an sehr bestimmender Stelle gehalten werden, ist mir genau bekannt. Daraus folgt noch nicht, daß es damit Ernst sei, noch weniger, daß man ohne Weiteres die Sache als abgemacht zu betrachten hätte, vielmehr würde von mehreren Seiten bedeutend mitzusprechen und zu handeln sein, indeß muß man doch die Augen aufmachen und sich darüber nicht täuschen, daß ein solcher Sirenen-Gesang nicht überall Wachs in den Ohren finden würde.

Daß Bunsens Entfernung inmittelst bewirkt ist, wird Ew. Hochwohlgeboren bekannt sein. Die Sache hat, wie ich nicht verkenne, im gegenwärtigen Moment ihr Bedenkliches; wie die

*) v. Meusebach war preussischer Consul in Bukarest, vgl. Denkwürdigkeiten Leopolds v. Gerlach II, 141.

1854 Sachen aber einmal liegen, mußte ein kurzer Entschluß gefaßt
80. 4. und ausgeführt werden. Dieß ist, wenn auch nicht ohne Schwierigkeit geschehen. Der Prinz von Preußen ist darüber sehr ungnädig. Das kann ich aber nicht ändern.

Baron von Werther wird wahrscheinlich nach Petersburg gehen; er ist heute hier angekommen.

Leben Sie wohl. Meine Frau empfiehlt sich Ihnen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 30/4. 54.

Manteuffel.

84.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1854 General v. Gerlach theilt mir soeben mit, daß des Königs
5. 5. Majestät Em. Hochwohlgeboren Behufs Besprechung über die Behandlung des Oesterreichisch-Preussischen Bündnisses am Bunde hier anwesend zu sehen befohlen, und daß der Herr General in diesem Sinne Em. Hochwohlgeboren bereits geschrieben habe*). In Gemäßheit dieses Allerhöchsten Befehles, von dem mir übrigens vorher nichts bekannt gewesen, darf ich keinen Anstand nehmen, Em. Hochwohlgeboren ganz ergebenst zu veranlassen, Sich unverzüglich hierher zu verfügen. Mit Rücksicht auf die beim Bundestage bevorstehenden Verhandlungen dürfte Ihr Aufenthalt hier selbst nicht von langer Dauer sein können.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 5. Mai 1854.

Manteuffel **).

*) Briefwechsel S. 166; vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 144 f.

**) Bismarck begab sich am 6. Mai nach Berlin und blieb dort bis zum 16. Mai.

85.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Erw. Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für das geehrte Schreiben von gestern^{*)}. 1854
Daß die Angelegenheit des Bündnisses ihren langsamen Weg 27. 5.
geht, dagegen ist nichts zu sagen; wir können beim Lapsus temporis wohl nur gewinnen, und ich würde der deutschen Gründlichkeit und der mittelstaatlichen Würde sehr dankbar sein, wenn es ihnen gelänge, die Schwebel so lange zu halten, bis das Eis in der Ostsee und der Schnee auf dem Balkan ihren Feldzug begönnen. Ich fürchte nur, daß die Ereignisse sich nicht bei diesen Germanismen aufhalten, sondern darüber zur Tagesordnung übergehen werden.

Aus Wien habe ich übrigens von Graf Alvensleben gute Berichte. Der Kaiser hat sich obwohl sehr bedenklich gegen Rußland, doch mäßig und durchaus nicht westmächlich ausgesprochen, und auch Graf Buol hat nach Weisungen des Kaisers sein früheres gereiztes Wesen fallen lassen und mit seinem Herrn mehr die Selbstständigkeit des Bündnisses accentuirt. Auch aus andern Symptomen entnehme ich, daß es keine Redens-Art ist, wenn Oesterreich sagt, es vermeide den Krieg mit Rußland. Ich weiß aus sicherer Quelle, daß Herr Hübner in Paris mit Veröffentlichung von Documenten droht, welche beweisen sollen, daß Oesterreich längst losgeschlagen hätte, wenn Preußen nicht als Hemmschuh gedient hätte. Welche Documente das sein sollen, weiß ich zwar nicht, aber aus der Sache geht hervor, daß Oesterreich den Druck der Westmächte auf uns ableiten will, auch fängt der Nimbus deutscher Primats-Opferwilligkeit einiger Maassen an zu verbleichen, und man scheint,

^{*)} Preußen im Bundestag II, No. 12 S. 20 f.

1854 nach einem andern Schiboleth zu suchen. Allerdings ist die Aus-
27. 5. hebung der 95 000 Mann*) ein bedenkliches Symptom, indeß
der Boden, auf dem sie gewachsen, scheint mir der finanziellen
Leichtsinn zu sein. In Rußland scheint man die Oesterreichi-
schen Maasnahmen als sehr bedenklich zu betrachten. Die Zei-
tungs Nachrichten von dem Zurückgehen der Russen und ihrer
Aufstellung am Sereth, sowie von dem Rücktransport ihres
Kriegs-Materials über den Pruth werden durch Consular-Bericht
bestätigt. Dagegen werden immer mehr Truppen im südlichen
Polen an der Galizischen und Siebenbürgischen Grenze con-
centrirt. Ich halte es gar nicht für unmöglich und finde in
dem bisherigen Verlauf dieser unglücklichen Angelegenheit ähn-
liche Vorgänge, daß Rußland und Oesterreich bloß aus gegen-
seitigem Mißtrauen und Mißverständnis handgemein werden.
Wenn dann noch wir am Rhein engagirt werden sollten, so
würde das: Prügelst du meinen Juden u. s. w. in sehr un-
angenehmer Weise aufgeführt und den Franzosen ein weniger
schwieriges Kriegstheater sowie eine gute Gelegenheit zur Um-
gestaltung der Land-Card von Europa geboten. Ohne uns
Oesterreich in die Arme zu werfen, müssen wir uns doch hüten,
ihm das Gefühl der Isolirung zu geben; nur wenn wir dieß
vermeiden, können wir auf seine Action einwirken. In Oester-
reich ist man auf die Darmstädter Conferenz**) sehr aufgebracht;
dieß schadet nichts, aber man darf sich nicht dazu drängen einen
Theil des odii auf sich zu nehmen. Kaltes Blut und nicht
zu viel Handlung! scheint mir jetzt unser Programm sein zu
müssen. Glaubt man uns in Wien mit der Darmstädter Con-
ferenz identificirt, so verlieren wir unsern Einfluß, der schon im
Entstehen ein heilsamer gewesen. Ueberhaupt begreife ich die
Kurzsichtigkeit Vieler nicht, welche ewig auf Entschiedenheit hin-

*) Vgl. Handschreiben des Kaisers von Oesterreich an Minister
v. Bach vom 15. Mai 1854, Jasmund, Aktenstücke I, No. CCXXV S. 305 f.

**) Der Mittelstaaten.

drängen. Diese Entschiedenheit wäre nichts Andres als das 1854
Aufgeben des Preussischen Standpunktes und Aufopferung für 27. 5.
eine der beiden Parteien. Warte man doch ruhig ab: le jour
viendra.

Mit dem letzten in Wien abgefaßten Konferenz-Protokoll
hat sich Herr v. Meyendorff ganz einverstanden erklärt; und
ich finde auch, daß die Anerkennung des relativen Stand-
punktes im Eingange mit der Schluß-Phrase nicht zu theuer
bezahlt ist.

Privat-Correspondenzen sagen freilich, daß Meyendorff
durch Brunnow ersetzt werden solle. Dieser ist aber auch ein
Mann der Protokolle, nicht des Kriegs.

Einiges Befremden erregt das verlängerte Verweilen der
französischen Flotte bei Kiel; man behauptet, man wolle uns
damit drohen. Moustier spricht in neuerer Zeit freilich mit
einem Anflug von Schwermuth, doch leidlich freundlich.

In der Anlage übersende ich einen Brief von Nostitz über
Hannoversche Verhältnisse zur gefälligen Kenntnißnahme.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/5. 54.

Manteuffel.

Anlage.

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel.

Em. Excellenz sage ich den verbindlichsten Dank für die 1854
so überaus freundliche und genügende Art, womit Sie die in 26. 5.
meinem letzten Schreiben ausgesprochene Bitte zu erfüllen die
Güte gehabt. Ich hänge mit Leib und Seele an der Wohl-
fahrt und der Ehre Preußens und habe für deren Erhaltung
freudig und oft mein Leben gewagt; Em. Excellenz können
daher denken, welches große Interesse ich in der jetzigen großen
Crisis an allen Verhandlungen unseres Cabinets nehme. — Aus

1854 diesem Gesichtspunkte betrachtet wird das Nachstehende eine
26. 5. freundliche Aufnahme finden.

Die von Preußen zu befolgende Politik kann jetzt nur darin bestehen, allen Einfluß anzuwenden, um bis zum Spätherbst, wo sowohl zu Lande wie zur See die Kriegsoperationen aufhören müssen, Oesterreich von jedem Schritt abzuhalten, welcher ein thätiges Einschreiten auf einem oder dem andern Kriegstheater zur Folge haben könnte, zugleich müssen wir in Collisionen-Fällen den steten Vermittler zwischen Oesterreich und Rußland machen.

Geschieht dies in rechter Weise, so können wir die Hoffnung hegen, daß im Lauf des Winters eine friedliche Lösung der Europäischen Crisis erzielt werden kann.

Das zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossene Bündniß ist eine richtige Basis für eine solche Friedens-Politik.

Hat Preußen, wie wir zu hoffen berechtigt sind, durch dieses Bündniß wirklichen Einfluß auf die Beschlüsse des Wiener Cabinets und dadurch zugleich eine wohlthätige Einwirkung auf die Beschränkung des ausgebrochenen Krieges, innerhalb seiner bisherigen Grenzen erhalten, so muß sorgfältig alles directe und indirecte Mittel an diesem Vertrage vermieden werden, man muß sich ohne in eine nähere Beleuchtung oder Prüfung desselben einzugehen, fest daran halten, und so lange beruhigen, bis die in § 2 des Vertrags bezeichneten Fälle eintreten. Ein jetziges specielles Eingehn auf die den Worten des Vertrages zu gebende Deutung würde ganz neue Verhandlungen hervorrufen, das gegenseitige Vertrauen und die gehabte Wirkung nach Außen schwächen, vielleicht den ganzen Vertrag in Frage stellen; wir müssen nicht durch das Auslockern des mit Oesterreich geschlossenen Bündnisses, sondern durch die moralische und physische Kraft, welche uns dasselbe gewährt, auf die Haltung Oesterreichs und die Beschlüsse der kriegsführenden Mächte

wirken; — das ist meine Ansicht, und in dieser Richtung habe ich auch auf das hiesige Cabinet zu wirken gesucht. 1854
26. 5.

Herr von Bülowen*) hat mich heute auf das bestimmteste versichert, daß er nur in dem innigen Einverständniß der beiden Großmächte ein Heil für die übrigen Staaten des Bundes erblicke und keine Maasregel genehmigen werde, welche das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen erschüttern könne; in dieser Art ist auch Herr von Benthe**) für Bamberg***) instruiert worden.

Em. Excellenz bitte ich dies Schreiben als ein bloß vertrauliches zu betrachten.

Hannover, den 26^{ten} May 1854.

Graf v. Nothf.

86.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Leipzig, d. 9. Juni 1854.

Em. Hochwohlgeboren

sage ich für das geehrte Schreiben vom 6. d. M.†), welches mir hierher nachgesandt worden, meinen verbindlichen Dank und benutze einige freie Augenblicke, welche mir vor dem Vortrage bei des Königs Majestät bleiben, um darauf zu erwiedern. Der Gegenstand Em. Hochwohlgeboren Schreibens, die Bamberger Beschlüsse und die darauf zu ertheilende Antwort, sind hier vielfach Gegenstand der Besprechung zwischen Graf Buol und mir gewesen. Es verhandelt sich mit ihm nicht angenehm; 1854
9. 6.

*) Hannoverscher Ministerpräsident.

**) Hannoverscher Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Zur Konferenz der Mittelstaaten, die am 25. Mai zusammentrat; vgl. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXVIII u. CCXXVIII a.

†) Nicht veröffentlicht.

1854
9. 6. er bringt seine auch in den Détails ziemlich festgestellte Ansicht mit, und ist schwer davon abzubringen, indem er Wesentliches von Unwesentlichem nicht immer scharf trennt. Er legt großen Werth darauf, daß die Antwort-Note gleichlautend sei und hier festgestellt werde. Ich hatte daher die günstigere Position, ihm mit der Negative entgegenzutreten zu können, und so wird hoffentlich das Elaborat, mit dessen Abfassung jetzt noch die Federn der Geheimen Räte beschäftigt sind, Ihren Wünschen entsprechen, wenigstens werde ich mit Nachdruck darauf halten, daß alles Scharfe und Spitze herausbleibe und auch präjudicialische Theorien fern gehalten werden*). An sich betrachte ich den Vorgang nicht gleichgültig, wiewohl ich vermieden habe, hier meine Auffassung hervortreten zu lassen, da ich namentlich den Kaiser darüber sehr gereizt fand und mir es gut schien, diese Rolle nicht zu theilen. Unter andern Verhältnissen könnte der Vorgang zu einer sehr wirksamen Waffe oder Rößel gegen die Bamberger Herren benutzt werden, indeß darauf muß man einmal verzichten, und dann bleibt immer die Sonderstellung eine recht bedenkliche.

Die Frage wegen Auslegung des Zusatz-Artikels**), ob nämlich die Russische Antwort, um genügend befunden zu werden, von beiden Seiten als solche anerkannt werden müsse, oder ob die Ansicht einer Macht schon entscheidend sei, ist von Graf Buol gegen Alvenslebens Voraussicht auch ventilirt worden. Er ging dabei so weit zu sagen, daß wenn wir die letzte Alternative nicht anerkennen wollten, dem Kaiser weiter nichts übrig bleiben würde, als sich in vertragsmäßige Verbindungen mit den Seemächten einzulassen, wozu er bisher noch nicht geschritten sei. Ich zog mich, ohne meine Position aufzugeben,

*) Vgl. die gleichlautende Note beider Regierungen vom 16. Juni 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXIX.

**) Zum Bündniß vom 20. April 1854; s. dieses, sammt Zusatzartikel, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXII S. 302 ff.

darauf zurück, daß wir uns über eine Actio nondum nata nicht streiten und zunächst die Petersburger Antwort abwarten wollten. Graf Buol blieb aber dabei, daß er hierüber Beruhigung haben müsse und solche auch vom Kaiser begehrt werden würde. Ich versicherte, daß wir auch ohne contractliches Engagement doch bessere und treuere Bundesgenossen sein würden, als Frankreich und England trotz allen Verträgen; dabei ist es aber geblieben, ohne daß eine wechselseitige Befriedigung oder Verständigung eingetreten wäre. Ob die Allerhöchsten Herrschaften sich noch von der Sache orientiren werden, weiß ich nicht, wünsche es aber nicht.

1854
9. 6.

Der Kaiser klagt besonders darüber, daß wir noch kein militärisches Lebens-Zeichen von uns gegeben, worauf ich ihn mit Darstellung der Landwehr-Einrichtung, Inaussichtstellung von Pferde-Ankäufen u. s. w. zu beschwichtigen gesucht habe.

Im Allgemeinen geht Buol etwa von folgender Auffassung aus: Als im J. 1828/29 die Russischen Uebergriffe gegen die Pforte Statt fanden und Fürst Metternich sich zu schwach fühlte, denselben entgegenzutreten, da gab er sich alle Mühe, Frankreich und England dagegen anzuregen, aber vergeblich, deshalb das für die Türkei und den Oesterreichischen Einfluß und deutschen Handel schmählische Ende. Jetzt ist man glücklicher; die Westmächte sind ins Geschäft gegangen, sie überzeugen sich aber mehr und mehr, daß sie ohne Oesterreichs und Deutschlands Hülfe nichts Wesentliches effectuiren können. Läßt man sie nun ganz im Stiche, so riskirt man, daß sie der Sache überdrüssig dieselbe aufgeben und dann Oesterreich nicht nur die Nachtheile in der orientalischen Frage, sondern auch die Rache Rußlands zu tragen hat, der Friede wird also auf Kosten Oesterreichs und Deutschlands geschlossen. Rußland will wirklich keine Territorial-Vergrößerung, es weiß, daß es schon zu groß ist, aber es will ohne die Mühe des Gouvernirens dennoch Herrschen durch Suprematie und Protectorat; dieses will

1854 es zunächst über die Europäische Türkei und nachmals auch
9. 6. über Deutschland ausdehnen. Den Anfang dazu hat es auch
hier schon mit Erfolg gemacht, denn die Bamberger geriren
sich als Hospodare unter Russischem Schutze. Es ist hohe Zeit,
einem solchen Bestreben entgegenzutreten, womit indeß nicht
gesagt sein soll, daß Rußland verkleinert werden müsse; im
Gegentheil soll das vermieden werden, und dieß ist ein Grund,
weßhalb man sich bemühen muß, die Sache bald zur Erledigung
zu bringen; denn ein Friede, der in diesem Jahre zu Stande
kommt, kann noch ohne Territorial-Abtretung Seitens Ruß-
lands zu Stande kommen, später wird das unmöglich sein, da
dann die Westmächte gegen andere Staaten z. B. Schweden
Verbindlichkeiten eingegangen haben werden. Ueberdieß muß
Oesterreich aus finanziellen Gründen baldigst Beendigung wün-
schen. Das ungefähr Buols Raisonnement. Ich gebe es, ohne
meine Gegenbemerkungen zu erwähnen, weil letztere für Sie
kein Interesse haben werden und im ersteren mehres Richtige
sich findet.

Soeben geht mir ein Bericht von Boßelberg*) zu, wonach
Herr v. der Pfordten über seine Bamberger Erfolge ganz den
Kopf verloren haben soll. In Hannover und Cassel ist man
kleinlaut. Ich soll heute Mittag mit Beust in Billniz essen
und bin begierig, wie er sich geriren wird.

Leben Sie wohl und schreiben Sie mir bald wieder.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Erw. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel**).

*) Preussischer Gesandter in München.

**) Die Antwort Bismarcks vom 16./17. Juni 1854 f. Preußen im
Bundestag IV, No. 83 S. 192 ff.

87.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich ergebenst für das geehrte Schreiben vom 17. d. M. 1854
Es thut mir leid, daß meine Zeit mir nicht erlaubt, auf Ihre 22. 6.
politischen Raisonnements erschöpfend einzugehen. Ich finde
darin Vieles richtig und Alles interessant; in manchen Punkten
aber differire ich. Mir scheint es, daß man sich, um eine rechte
und allein Preussische Politik zu machen, vor allen Dingen aller
tendenziösen Auffassungen und Bestrebungen enthalten und den
Ereignissen recht unbefangen gegenüberzutreten muß, und dieß
um so mehr, je weniger bei uns die Elemente einer auf Er-
weiterung gerichteten Politik vorhanden sind und es sonach
mehr darauf ankommt, glücklich und ehrenvoll durchzukommen
als Erwerbungen zu machen. Daß zu letzteren eine außer-
ordentlich günstige Gelegenheit vorhanden wäre, wenn man,
mit Entschiedenheit auf die eine oder die andere Seite tretend,
in den Kampf sich einmischte, ist mir sehr klar, und ich kann
wohl sagen, daß ich nicht ohne Schmerz und Widerstreben diese
Trauben für saure erkläre. Bergegenwärtigt man sich nun
bloß die Thatfachen der nächsten Vergangenheit, ganz abgesehen
von dem weiter zurückliegenden aber doch unläugbaren Um-
stande, daß der Kaiser Nicolas diese höchst traurige Geschichte
allen Warnungen (auch den meinigen, schriftlichen wie münd-
lichen) ungeachtet heraufbeschworen hat, so darf man nicht ver-
gessen, daß Se. Majestät aus eigener Bewegung Oesterreich
ein Schutz- und Truxbündniß angetragen und sehr erfreut ge-
wesen ist, dasselbe dort angenommen zu sehen. Daß bei den
dießfälligen Verhandlungen Oesterreich den Schutz und Trux
sich zu stipuliren trachtet und zur Bedingung des Abschlusses
macht, wo es dieses Schutzes und dieses Truxes bedarf, kann

1854
22. 6. man ihm nicht verdenken, und ohne ein Eingehen auf dieses Verlangen wäre das Bündniß überhaupt nicht zu machen gewesen. Hat man es aber gemacht, so mag man es immerhin eine verlorene Schlacht nennen — die Ansichten darüber können getheilt sein (ich wenigstens betrachte es nicht so) — (so) folgt daraus, daß man es halten und auch sich nutzbar machen muß; dieß kann man aber nur, indem man mit Consequenz den eingeschlagenen Weg geht, sich seinerseits nicht ziehen und zerren läßt, vielmehr sich bemüht, zu sich zu ziehen. Ich meinestheils bin überzeugt, daß wir durch dieß Bündniß Rußland einen größern Dienst erzeigt haben, als wenn wir offen für dasselbe Partei genommen hätten, und bin anderer Seits überzeugt, daß ohne dieses Bündniß wir heute entweder mit der ganzen Welt im Kriege wären, ohne daß Rußland uns einen Mann zu Hülfe senden könnte, oder mit den Westmächten in einem viel näheren und engeren Bunde ständen, als es jetzt der Fall ist. Ich kann mich in dieser Ansicht irren, aber ich glaube einiger Maassen die bestimmenden Verhältnisse und Personen zu kennen, und nicht selten sind meine Voraussagungen eingetroffen. Wenn man die Verhandlungen unbefangen durchgeht, so kann man nicht anders als einräumen, daß Oesterreich bisher correct verfahren ist. Die einzige Incorrectheit, die man ihm vorwerfen kann, ist die voreilige Absendung der Depesche nach Petersburg*), aber diese Maafregel findet ihre eigene Bestrafung darin, daß wir nun an eine Antwort, die auf eine nicht erwiederte Invitation und vielleicht vor Eingang unserer Depesche ergeht, im Sinne des Bündnisses nicht oder wenigstens nicht strict gebunden sind. Das sind die Dinge, die man sich offen halten muß, ohne voreilig alle Punkte auf die I zu setzen. Was die Bamberger betrifft, so verdanken sie meinen Bemühungen die höfliche und eingehende Antwort, welche

*) vom 3. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXI S. 317 f.

sie erhalten haben. Aber Verlaß ist auf diese Herren all- 1854
samt nicht, was schon daraus hervorgeht, daß sie fortwährend 22. 6.
auf die Bundes-Verfassung, also auf die Zwangsjacke provo-
ciren, die man uns anlegen wollte, die wir aber leise abzustreifen
alle Veranlassung haben. Will Oesterreich uns dabei helfen,
so wollen wir das dankbar acceptiren. Die Bamberger Herren
haben, wie mir scheint, nicht klug operirt. In vielen Punkten
bin ich der Sache nach mit ihnen einverstanden, aber sie mußten
erst accediren und dann ihre Ansichten — am besten durch
Preußen geltend machen. Dadurch, daß sie erst auf die *)
Bundes-Verfassung pochen und dann darin eine Trias bilden
und große Politik auf eigne Hand machen wollen, haben sie
ihr Spiel nicht nur vor der Zeit aufgedeckt, sondern demselben
auch von Hause aus eine verkehrte Richtung gegeben. Ob
die Presse das so wie anderes hätte sagen oder verschweigen
sollen, lasse ich dahin gestellt, ich habe mich darum wenig be-
kümmert, aber etwas Discreditirung dieser Herren kann immer
nicht schaden.

Doch genug von diesem Thema, welches ich doch hier nicht
erschöpfen kann.

Die Nachrichten vom Kriegs-Schauplatze sind fortwährend
für die Russischen Waffen sehr ungünstig. Die Russen haben
Turnu, Mugurelli und Semniza geräumt und sind aus Turtukai
geworfen. Die Entsatztruppen rücken mehr und mehr an
Silistria heran. Die verwundeten Generale Gortschakoff und
Lüders sollen sich leidlich befinden, aber Schilder in Lebens-
Gefahr sein.

Se. Majestät haben auf der Preussischen Reise durch
Graf Münster **) vom Kaiser einen höchst erzürnten Brief,
der namentlich gegen Oesterreich von Vorwürfen überströmt,
erhalten.

*) Orig.: der.

**) Preussischer Militärbevollmächtigter am russischen Hofe.

1854 Die Prinzess von Preußen soll zur silbernen Hochzeit vom
22. 6. Kaiser ein so werthvolles Armband erhalten haben, daß dem Glanze der Brillanten selbst die politische Leidenschaft hat weichen müssen.

Ich gehe noch heute Abend dem König bis Bromberg entgegen und kehre morgen mit ihm nach Berlin zurück.

Leben Sie recht wohl. Verzeihen Sie mein Geschmiere.
Mit ausgezeichnetester Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin d. 22^{ten} Juni 1854.

Manteuffel.

88.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

1854 Soviel ich mir nach gelegentlichen Unterredungen mit
27. 6. meinen Collegen von den Bamberger Staaten bisher ein Urtheil habe bilden können, ist die große Mehrheit der Regierungen letzterer durchaus geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu suchen und zu benutzen; nur die Gesandten von Baiern und Sachsen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß sie über die Intentionen ihrer Regierungen noch gänzlich im Unklaren zu sein erklärten. Ich habe es mir angelegen sein lassen, in Ausführung des Erlasses vom 16 Juni cr. die Ueberzeugung zu verbreiten, daß ein irgend wie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unsrer Seite auf keine Weise zu rechnen habe, und es scheint mir, als ob die Betheiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regierungen, mehr bemüht sind, einen schicklichen Weg zum Einlenken, als

*) Gedruckt in Preußen im Bundestage IV, No. 84 S. 197, aber mit Fehlern, deshalb hier nach dem Concept berichtigt.

die Mittel zum ferneren Widerstand zu finden. Ich darf 1854
voraussetzen, daß Eurer Excellenz Erklärungen, welche meine 27. 6.
Annahme bestätigen, bereits vorliegen, und daß die große
Mehrzahl der Bundesstaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße
der Versammlung dem Bündniß beizutreten, in kurzem aus-
sprechen werden; wenn diese Erklärungen zum Theil in all-
gemeinen und nicht durchaus präzisen Ausdrücken gefaßt sein
sollten, so würde doch meines Erachtens aus diesem Umstande
für die beiden Großmächte kein Grund erwachsen, die Anbringung
der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifle, daß
die Schwerkraft der Ereignisse und der dieseitigen Machtverhält-
nisse in dem jetzigen Stadium die Entschließungen der Bundes-
versammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete
Geleise drängen wird. Ganz unumwundene Erklärungen der
Bereitwilligkeit am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte
ich allerdings nicht von allen Seiten, theils wegen der Schwierig-
keit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit An-
stand einzulassen, theils auch wegen der Zweifel, die darüber
obwalten, ob eine einfache Beitritts-Erklärung von Seiten der
Bundesversammlung dieser letzteren als dem dritten Contrahenten
im Vertrage ganz dieselben Rechte sichern würde, wie den
beiden ursprünglichen Paciscenten, d. h. ob das Einverständniß
der Bundesversammlung ebenso gut wie das von Preußen oder
Oestreich für gewisse Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der
Consens der beiden Großmächte unter allen Umständen aus-
reichend ist, um ohne weitere Befragung der Bundesversamm-
lung den casus foederis festzustellen. Meines geh. Dafür-
haltens dürfte es nicht einmal in unsrem Interesse liegen, diese
Frage schon jetzt zum Nachtheil der Bundesversammlung zu
entscheiden, und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und
des Widerstandes gegenüber von Oestreich zu begeben, von dem
sich noch nicht voraus sehen läßt, ob und inwiefern wir eines
solchen bedürfen werden.

1854

27. 6.

Ich habe schon vor einigen Tagen durch den Regierungs-Rath D. eine Anfrage an die Central-Preßstelle richten lassen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretenen Juristen verabredeten Congreß Etwas bekannt sei; ich habe nunmehr mit Sicherheit darüber Folgendes erfahren, was Ew. Excellenz vielleicht schon durch anderweite Mittheilungen bestätigt finden. Die in Bamberg versammelten Minister haben vor dem Auseinandergehen die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oestreich und im Falle diese sich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphischem Wege beantworten ließe, sich von Neuem zu versammeln und zwar hier in Frankfurt. Dieser Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indeß hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Ueberzeugung gewonnen hat, in Bamberg sein Ziel überschossen zu haben. Man ist dort augenscheinlich nicht darauf gefaßt gewesen, in Berlin so wenig Anklang zu finden und von Wien so entschieden zurückgewiesen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifestation der öffentlichen Meinung ist man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souverainetätsschwindel zu größerer Nüchternheit gelangt; mehrere der betheiligten Staaten, insbesondere Baden und Nassau und — wie ich annehmen darf — auch Hannover und Kurhessen, haben unaufgefordert erklärt, sich an der verabredeten Frankfurter Conferenz nicht betheiligen zu wollen. Ueberhaupt scheint entschiedne Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten zu herrschen, und von Seiten aller Uebrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenschaftlichkeit und Selbstüberschätzung der Herrn von Beust und von der Pforden, durch welche man sich in Bamberg habe verleiten lassen, in die Materie der Europäischen Politik selbst einzugehn, anstatt die Entscheidung über die Anschlußfrage lediglich der Bundesversammlung zuzuschieben.

Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bam-

berg allerdings auch von einem Fürstencongreß gesprochen hat, 1854
welcher zur Schlichtung der ganzen orientalischen Frage in 27. 6.
Brüssel im Monat August zusammenkommen solle, zu welchem
die Anregung von dem König Leopold ausgegangen sei und
sich einer lebhaften Sympathie von Seiten der Königin Victoria
erfreuen sollte. Als meine Quelle für letzte Nachricht kann
ich im Vertrauen meinen händoverschen Kollegen*) bezeichnen.

Den öffentlichen Blättern nach sollte der einige Tage hier
anwesende Oberst Nowalewsky den Auftrag gehabt haben, auf
die Regirungen der Mittelstaaten im russischen Sinne einzu-
wirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht
erfahren können, daß er in dieser Richtung irgend welche Be-
ziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Excursionen nach
Wiesbaden und Baden-Baden ist in Betreff seines hiesigen
Verhaltens Nichts zu beobachten gewesen, und hat er seine
weitere Reise oder Rückreise jedenfalls nicht von hier aus an-
getreten.

Der Wirkliche Geheime Rath Bunsen befindet sich augen-
blicklich in Heidelberg; ebendasselbst hält sich Heinrich von Gagern
auf, der dort seine Kinder in der katholischen Confession er-
ziehen läßt; seine Frau ist katholisch und sein Bruder Max**)
bekanntlich vor einiger Zeit zur katholischen Kirche übergetreten.
Der Prinz Felix Hohenlohe, Präsident der Darmstädter Bank
und des ehemaligen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit,
verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung
des in ultramontanen Geschäften vielfach benutzten Fürstl.
Preussischen Legationsraths Freiherrn von Bursian, desselben,
der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürstin von Osenburg-
Birstein in Berlin anwesend und von Sr. Majestät zur Tafel
gezogen worden war. Dieser p. Bursian kam ursprünglich als

*) Graf v. Rielmannsegge.

**) Rath im österreichischen Ministerium des Kaiserlichen Hauses.

1854
27. 6. Zeitungs-correspondent zur Parlamentszeit hier her, war dann als Privatsecretair in Diensten der Herrn von Bello und später des Prinzen Hohenlohe. Er ist ein übelberufener Intriguant im Dienste unsrer Gegner. Man erzählt hier, daß er von der französischen Spielgesellschaft, welche jetzt in Naheim etablirt ist, 2000 fl. empfangen hat, um den Einfluß seines Prinzipals, des Fürsten Hohenlohe — Schwiegersohn des Kurfürsten — für Ertheilung der Spielconcession zu gewinnen. In Berlin scheint Bursian mit der Spener'schen Zeitung, wahrscheinlich auch mit andern Blättern, in Verbindung zu stehn.

König Ludwig *) wird von Cöln aus einen Besuch in Coblenz machen. J. R. S. die Frau Prinzessin von Preußen hat Sr. Majestät durch ein directes Anschreiben des prinzl. Hofmarschall-Amtes an die Bairische Gesandtschaft eine Einladung zu diesem Zwecke zugehn lassen, welche der König Ludwig im allgemeinen zwar angenommen, aber die Wohnung im R. Schloß abgelehnt hat.

Frankfurt, 27. Juni 1854.

v. Bismarck.

89.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Vertraulich.

(Concept.)

Em. Excellenz,

1854
8. 7. von sämmtlichen deutschen Regirungen mit Ausnahme von Württemberg ist Einverständniß zum Bündniß vom 20. April vorhanden; auch Seitens der Niederlande, wie es scheint. Württemberg lehnt nach der Aeußerung von Herrn v. Reinhardt wenigstens pro tempore ab; derselbe hofft, daß bei der Ab-

*) Von Bayern.

stimmung am Bundestage der König pure beitreten werde, um nicht mit Dänemark in der Minorität zu bleiben. Herr v. Reinhardt ist seiner Familientraditionen wegen dem imperialistischen Frankreich zugewandt, obwohl seine Frau eine Russin ist. Herr v. Titoff*) ist nach Stuttgart hier durchgereist. — A. Malet**) theilte mir eine für München bestimmte scharfe englische Note mit, in welcher dem dortigen Cabinet gesagt wird, daß es sich in Dinge mische, die außerhalb seiner Competenz lägen und daß ein fernerer Widerstand gegen die Politik der großen Mächte vollständig „harmless“ sei. Nach Dresden ist eine ähnliche Note ergangen. Die vertrauliche Expedition in Betreff des Einrückens in die Wallachei habe ich durch Graf Bod erhalten. Daß die Nachricht von der Absicht Oesterreichs nach Berlin gemeldet sei und dort Verstimmung erregt habe, wurde mir hier am 30. Juni schon erzählt und wie ich glaube aus ursprünglich englischer Quelle. Außerdem ist diese Thatsache bereits in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli in einer Berliner Correspondenz enthalten.

Frankfurt, 3. Juli 1854.

v. Bismarck.

90.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

ersuche ich ergebenst das anliegende Briefchen an meinen Bruder, der wie ich vermuthe, jetzt in Frankfurt ist, gelangen zu lassen. Der Inhalt ist nicht von Wichtigkeit und enthält wesentlich meinen Glückwunsch zu seinem auf den 9. d. M. fallenden Geburtstage. Sollten Sie ihn nicht ermitteln können, so bitte ich

*) Russischer Gesandter in Stuttgart.

**) Englischer Gesandter am Bundestag.

1854 den Brief mir zurücksenden zu wollen. Ich gehe heute auf
7. 7. Land, kehre aber übermorgen wieder zurück.

Aus Wien habe ich leidliche Nachrichten; Graf Alvensleben telegraphirt, daß auch dort die Russische Antwort*) einen guten Eindruck gemacht, freilich hatte Graf Buol noch nicht mit Baraguay darüber gesprochen. Ich habe es hier vermieden, den fremden Diplomaten die Details mitzutheilen und gesagt, dieß würde erst dann geschehen, wenn wir unsere Ansichten mit Wien darüber ausgetauscht hätten.

Graf Fendel telegraphirt, daß in London die Erbitterung auf's Höchste gestiegen sei und Zwangs-Maßregeln gegen Preußen beabsichtigt würden. Voyons! Die Einigkeit mit Oesterreich müssen wir so lange als möglich zu erkennen geben. Doch ich will keinen politischen Brief schreiben.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichnete Hochachtung
Ihr Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 7/7. 54.

Manteuffel**).

91.

Legationsrath Wenzel an Bismarck.

Ihr Excellenz

1854 haben bereits auf telegraphischem Wege den allgemeinen Inhalt
9. 7. der Russischen Antwort***) erfahren. Die Nachricht des Prinzen

*) Auf die Note vom 3. Juni; die russische Antwort vom 20. Juni
s. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVII S. 325 ff.

**) Bismarck's Antwort vom 11. Juli 1854 s. Preußen im Bundes-
tag IV, No. 86 S. 201 ff.

***) Auf die preußische Note vom 12. Juni, Jasmund a. a. O. I,
No. CCXXXII S. 319; die russische Antwort vom 30. Juni 1854 s. bei
Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVIII S. 327 f.

Karl ist richtig, daß man sich hier damit zufrieden erklären und sich in diesem Sinne in Wien aussprechen wird. Die von Herrn v. Manteuffel auf einige Tage unternommene Reise zeigt am besten, daß es jetzt nichts Dringendes giebt. 1854
9. 7.

Die Kurhessische Sache kam zur richtigen Stunde. Von Oesterreich ging gleichzeitig durch Graf Thun eine dringende Befürwortung der Hassenpflug'schen Pläne ein, wenige Stunden später ein Privatbrief des Ministers Uhden*), dessen Unterstützung Hassenpflug nachgesucht hatte. Minister Uhden spricht sich in Ihrem Sinne aus; nur ist sein Vorschlag versöhnlich, er meint, man könnte es Kurhessen anheimstellen, die Sache auch an den Bund zu bringen, und im Allgemeinen unsere Unterstützung in Aussicht stellen. Er ist indessen gleichfalls der Ansicht, daß die Bundesversammlung auch die Anträge jeder einzelnen Kammer zu prüfen hat, die von der andern Kammer nicht gestellt sind. Der Punkt, in dem er abweicht, ist eigentlich nur der, daß er gegen eine neue Verhandlung mit den Kammern ist. Graf Schlieffen**) hatte Ihren Bericht noch nicht, der Minister scheint ihn mit nach Potsdam genommen zu haben, wohin er eine Stunde nach meiner Ankunft ging. Auf meinen mündlichen Vortrag erklärte er sich aber ganz mit Ihrer Auffassung einverstanden und wollte die Sache in diesem Sinne dem Minister vortragen.

Hinsichtlich des Prokesch'schen Bettzeugs***) war er von Ihrem Separatvotum sehr erbaut und meinte, er hielte es doch für gut, in einem gemäßigten Widerspruch fortzufahren und die Bemerkungen unseres Freundes zu beantworten. Oesterreich sage ja selbst immer, daß eine Meinungsverschiedenheit in Nebenfragen der entente cordiale keinen Eintrag thun könne.

*) Damals Chefpräsident des Obertribunals in Berlin.

**) Decernent für die deutschen Angelegenheiten.

***) So deutlich im Original; worauf sich die Bemerkung bezieht, ließ sich nicht ermitteln.

1854 Im Ministerium will man dabei bleiben, daß die Kriegs-
9. 7. besatzung in Rastatt nicht bundesmäßig anerkannt sei.

In Betreff Landaus habe ich weniger Geneigtheit gefunden, Bayern Alles zuzugestehen. Ich habe mir vorbehalten, mit Graf Waldersee*) und Graf Schlieffen noch näher darüber zu sprechen. Man scheint Landau lieber ganz den Bayern überlassen zu wollen. Was man einräumte, wird nur geschehen, um Ihrer Befürwortung nachzukommen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung verbleibe ich

Iuer Excellenz ganz gehorsamster

Berlin, den 9. Juli 1854.

Wenzel.

92.

Cabinetstath Niebuhr an Bismarck.

Mein verehrtester Freund,

1854 Sie werden wissen, daß die russische Antwort in Wien gut
10. 7. aufgenommen ist und man sich sogar erboten hat, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken. Das Einrücken in die Walachei ist contremandirt.

Durch Legationsrath Wenzel werde ich ausführlich und mit Unbefangenheit schreiben.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht an-
gelegentlich.

In treuester Gesinnung

Ihr

Posdam) 10/7. 54.

N.

*) Kriegsminister.

93.

Graf Wršchoweß an Bismarck.

Baden den 19. 7. 54.

Des Prinzen Carl Königliche Hoheit bittet Em. Hochwohl- 1854
geboren die Anlage gefälligst weiter befördern zu wollen. 19. 7.

Der Prinz hat politisch beruhigende Nachrichten erhalten
und findet darin eine Bestätigung derselben, daß Manteuffel,
der Träger der russischen Antwort, befohlen ist, nach Wien und
München zu gehen.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung

Em. Hochwohlgeboren

ganz ergebener

Hugo Graf Wršchoweß.

94.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für das geehrte Schreiben vom 21. d. M.*). 1854
Ein Theil der darin enthaltenen Bemerkungen wird durch die 28. 7.
inmittelfst Ihnen zugegangene Depesche seine Erledigung ge-
funden haben. Daß wir übrigens nicht zu zaghaft Oesterreich
gegenüber uns aussprechen, wird Euer Hochwohlgeboren die in
Abschrift anliegende Depesche, welche ich indeß geheim zu halten
bitte, beweisen.

Wir haben heute die Oesterreichische Antwort auf unsere
Depesche vom 15. d. M.**) erhalten. Man ist zwar dort auf

*) Preußen im Bundestag IV, No. 88 S. 207 ff.

**) In Form eines Erlasses an Graf Wvensleben, f. u. S. 198 f.
Anm. §.

1854 unsern Wunsch, die Russische Antwort nicht der Beschluß-
28. 7. fassung der Conferenz zu unterbreiten, eingegangen, allein die Note, mit welcher die Russische Antwort nach Paris und London mitgetheilt wird*), ist von der Art, daß man die zurückweisende Antwort der Seemächte unschwer vorher sieht, und die Depesche, welche uns und unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen betrifft, ist ziemlich scharf geschrieben. Von allen diesen Dingen erhalten Ew. Hochwohlgeboren Abschriften, nur ist heute die Zeit zu deren Anfertigung nicht vorhanden.

In der Anlage sende ich Euer Hochwohlgeboren Abschrift eines heute hier eingegangenen Immediat-Berichts des Grafen Alvensleben**), welchen ich Sr. Majestät bereits (vor)gelesen habe. Allerhöchstdieselben haben mir befohlen, darüber zunächst Euer Hochwohlgeboren Gutachten zu fordern. Indem ich diesem Befehle hierdurch nachkomme, bemerke ich ergebenst, daß meine eigne Ansicht über die Alvenslebensche Idee, welche mir überhaupt noch keine recht klare und mehr durch den Wunsch und Zweck, ein Gegengewicht gegen Oesterreich zu erlangen, hervorgerufen als in das System hineingewachsen zu sein scheint, keine definitiv festgestellte ist***). Ich bin noch immer davon über-

*) S. Jasmund a. a. O. No. CCXLI S. 330 ff.

**) S. Preußen im Bundestage IV, S. 210 f. Anm. 1.

***) Graf Alvensleben stellte zur Erwägung, ob es sich nicht empfehle, zu den aus dem preußisch-österreichischen Vertrage herrührenden Verhandlungen mit den sog. „Bambergern“ eigene Bevollmächtigte von der Bundesversammlung zu bestellen. „Wie diese Bevollmächtigung zu veranlassen ist, muß ich den Eröffnungen an den Bundesgesandten überlassen; es fragt sich aber, wie die Bundesbevollmächtigten, wenn sie ernannt sind, am zweckmäßigsten benutzt werden können (um Preußens Stellung Oesterreich gegenüber nach Möglichkeit zu verbessern). Da, wie Eurer Königlichen Majestät ich allerunterthänigst angezeigt habe, es nicht unwahrscheinlich ist, daß die französisch-englische Erwiderung den beiden deutschen Mächten nicht direct sondern durch die Conferenz zugehen wird, so könnte es sich fragen, ob nicht die Bundesbevollmächtigten oder Einer derselben an der Conferenz Theil zu nehmen hätte. Obwohl dies den Vortheil darbieten würde, daß Preußen unter den

zeugt, daß die Rolle eines Haupts der Bamberger für uns 1854
weder eine nützliche noch ungefährliche ist, und daß man gegen 23. 7.
Oesterreich so scharf und bestimmt auftreten mag als man will,
dieß aber doch immer am besten auf eignen Beinen und nicht
mit Bamberger Stützen zu geschehen hat. Man darf sich dabei
nicht von trügerischen Rücksichten leiten lassen, z. B. daß man
dadurch eine günstigere Stellung in der Bundes-Versammlung
gewinnen könnte u. s. w. Euer Hochwohlgeboren wissen am
besten, wie lange dauernd und wie fest dergleichen Dinge sind.
Nichts desto weniger will ich Euer Hochwohlgeboren ermäch-
tigen, falls Sie einen geeigneten und ungefährlichen Weg zur
Erreichung der Moenslebenschen Idee zu finden wissen, dazu
mit Vorsicht die Einleitungen zu treffen. Daß die Sache sehr

gegenwärtigen Verhältnissen dadurch Unterstützung und mithin einen
moralischen Beistand gewinne, so kann ich es doch nicht für correct und
muß es in anderer Beziehung für bedenklich halten, daß der Bund nicht
etwa mit allen Krieg führenden Mächten, sondern nur mit einem Theile
derselben in fortgesetzte Berathungen tritt und dadurch in Verwick-
lungen mancherlei Art hineingezogen wird. Dagegen dürfte sich der
Ausweg empfehlen, daß bei allen Verhandlungen und Entschliefungen,
welche sich direct oder indirect auf die Ausführung des preußisch-öster-
reichischen Vertrages beziehen, eine Vorberathung der beiden deutschen
Mächte mit den Bundesbevollmächtigten stattfindet und daß dies nament-
lich auch dann und zwar zuvor eintritt, wenn Consequenzen des Ver-
trages irgend einer Art in den Kreis der Conferenzenverhandlungen
hineingezogen werden sollen. Es ist klar, daß hierdurch eine moralische
Hemmung Oesterreichs gegen ein zu weitest Eingehen desselben auf die
Wünsche und Interessen der Westmächte erreicht wird. Außerdem be-
findet sich Preußen dabei auf einem bundesrechtlichen Standpunkte und
sichert sich in einer Frage, wo seine und des Bundes Interessen zu-
sammenfallen, die Sympathien des letzteren, ohne auf irgend eine Art
Oesterreich ostensibel entgegenzutreten. Eurer Königlichen Majestät muß
ich die Prüfung dieser Ansicht anheimgeben, bemerke indessen, daß, wenn
darauf einzugehen wäre, sehr schnell gehandelt werden müßte, indem
die Zugiehung der Bundesbevollmächtigten besonders bei dem Eingange
der Anforderungen der Westmächte von Nutzen wäre, und letzterer leicht
sehr bald erfolgen kann."

1854 discreet behandelt werden muß, leidet keinen Zweifel, denn die
28. 7. Erbitterung der Westmächte gegen uns ist auf einen hohen Punkt gediehen, und ein noch so freundlicher Fuß von Sachsen oder Baiern scheint mir immerhin die Gefahren einer Englischen Blokade nicht aufzuwiegen.

Des Königs Majestät haben mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht mit nach München gehen oder nachkommen wolle; ich bin indeß nicht dafür, weil ich dieß für eine Demonstration halten möchte, welche durch entsprechenden Vortheil nicht aufgewogen würde. Wenn aber Se. Majestät darauf bestehen, so werde ich mich schließlich nicht weigern.

Die Briefe meines Betters, des Obersten von Manteuffel aus Wien, haben mir bei aller Tüchtigkeit des Berichterstatters keinen guten Eindruck gemacht. Buol ist ganz in den Händen von Bourqueney, und der Kaiser, der viel Sentiment gezeigt, hat doch in der Conversation diejenige Sprödigkeit durchblicken lassen, welche von einem bereits fest und unabänderlich gefaßten Entschluß Zeugniß giebt. Daß man entschlossen ist vorzugehen, beweist eine mir heute zugehende telegraphische Nachricht, wonach General Fesß am 16. d. M. bei Burtshava die Grenze der Wallachei überschritten hat. Was daraus entstehen wird, ob ein feindliches Begegnen mit den Russen, eine Kriegs-Erklärung Seitens derselben, weiß Gott.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Iuer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 23. Juli 1854.

Manteuffel *).

*) Bismarcks Antwort vom 25. Juli 1854 f. Preußen im Bundestag IV, No. 89 S. 215 ff., Privatschreiben vom 26. Juli a. a. O. II, No. 82 S. 52 f.; die in dem Privatschreiben erwähnte Anlage ist der unter No. 85 abgedruckte Bericht.

95.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

In der Erklärung, mittelst welcher Preußen und Oestreich 1854
in der Sitzung vom 20 d. M. den Beitritt des Bundes zu dem 25. 7.
Vertrage vom 20 April c. beantragt haben**), ist von beiden
Mächten die Zusicherung gegeben: der Bundesversammlung,
sofern sie dem Bündnisse beigetreten sein wird, die Antwort
Rußlands mitzutheilen, und mit ihr im Geiste des Vertrages
darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten. Der
Zeitpunkt, wo die Bundesversammlung diese Mittheilung er-
warten darf, ist nunmehr eingetreten, und scheint eine Be-
schleunigung derselben in unserm Interesse zu liegen, da der
Einfluß welchen die Bundesversammlung auf die Würdigung
und Behandlung der russischen Antwort üben wird, voraus-
sichtlich der dieseitigen Auffassung zu Gute kommt. Der Ge-
schäftsgang am Bunde ist ohnehin schwerfällig, und die Hülfsmittel,
welche die Betheiligung des Bundes uns bei den Be-
strebungen gewähren kann, unsre Beurtheilung der russischen
Antwort als die im Sinne des Vertrages maßgebende geltend
zu machen, gehn verloren, wenn sie nicht mit Schnelligkeit vor-
bereitet werden. Der Bairische Gesandte***) sprach gegen mich die
Voraussetzung aus, daß die Mittheilung der Antwort Rußlands
von dem Münchner Cabinet in Berlin und Wien werde urgirt
werden, wenn sie nicht bald in Ausführung der in der Sitzung
vom 20 gegebenen Zusage von selbst erfolge. Er deutete an
daß die bisherige Vorenthaltung derselben zu der unwillkom-

*) Der Bericht ist schon in Preußen im Bundestage II, No. 81
S. 47 ff. veröffentlicht, aber mit so vielen Fehlern, daß der nochmalige
Abdruck nach dem Originalconcept nothwendig ist.

**) Separatprotokoll über die Bundestagsitzung vom 29. Juli 1854,
S. 728 a.

***) Freiherr v. Schrend.

1854
25. 7. menen Annahme leite, daß die deutschen Regirungen erst dann zu einer eiligen Kundgabe ihrer Adhäsion würden berufen werden, wenn über die Sache durch Einigung der beiden Großmächte schon entschieden sein werde. Auch wenn eine Mahnung dazu von einer der Bundesregirungen nicht jetzt schon erfolgt, dürfte es dem Wiener Cabinete kaum unerwartet sein, wenn wir dasselbe auffordern, nunmehr auf dem von ihm selbst vorgezeichneten Wege mit der ungesäumten Mittheilung jener Antwort an die Bundes-Versammlung mit uns vorzuschreiten. Der nach Anleitung des Art. 49 der Schlußacte zu wählende Ausschuß besteht bereits, sowie er bei Gelegenheit der gemeinschaftlichen Vorlage vom 24 Mai ernannt wurde. Der betreffende Theil des gestrigen Beschlusses lautet: „Die zur Ausführung des vorstehenden Beschlusses (Beitrittes) erforderlichen Maßregeln bleiben besondrer Beschlußfassung vorbehalten; mit der Vorbereitung derselben wird der in der Sitzung vom 24 Mai gewählte besondre Ausschuß mit der Befugniß beauftragt, sich zu diesem Zwecke mit dem Militärausschusse in Verbindung zu setzen.“ Von Oestreich wird dieser Passus auf die dem Bunde demnächst anzufinnenden militärischen Vorkehrungen vorzugsweise bezogen werden wollen, indem baldige Unterhandlungen nach Art. 49 dort wohl nicht in der Absicht liegen. Nach dem vorstehenden Wortlaut des Beschlusses, in Verbindung mit den beiden vorletzten Absätzen der Preussisch-Oestreichischen Vorlage vom 20 c. scheint es mir indessen natürlich, daß dieser bestehende Ausschuß als mit Rücksicht auf Art. 49 bevollmächtigt, betrachtet wird. Eigne Bevollmächtigte, wie sie nach diesem Artikel „zu dem Unterhandlungsgeschäft selbst“ ernannt werden sollen, scheinen für jetzt nicht erforderlich zu sein. Die betreffende Stelle hat dergleichen Bevollmächtigte offenbar nur für den Fall im Sinne, daß der Bund mit fremden Mächten unterhandelt, nicht aber mit zwei Bundesgliedern welche oben ein Mitglieder des betheiligten Ausschusses sind.

Die Bedenken des Grafen Alvensleben gegen eine Theil- 1854
nahme des Bundes an der Wiener Conferenz theile ich voll- 25. 7.
ständig; derselben steht, außer den angegebenen Gründen, auch
die entschiedne Abneigung der Bundesstaaten selbst entgegen.
Meine Collegen haben wiederholt gegen mich geäußert, daß
ihre Regirungen nicht in den Fall gesetzt zu werden wünschten,
den von der Wiener Conferenz eingenommenen Standpunkt zu
dem ihrigen zu machen, oder die bisherigen Protokolle aus-
drücklich als für sie verbindlich anzuerkennen. Dagegen dürften
sie bereitwillig und dankbar auf das System eingehn, für die
Zukunft dasjenige was von deutscher Seite auf der Conferenz
vorgebracht wird, zwischen Preußen, Oestreich und dem Bunde,
oder wenigstens dem Ausschusse, vorher zu vereinbaren, soweit
die Gegenstände als mit dem Bündniß connex zu betrachten
sind. Erst dann wird letzteres zu seiner vollen Bedeutung ge-
langen, wenn auf Grund desselben eine Politik, für welche ganz
Deutschland einsteht, auf der Conferenz geltend gemacht wird.
In dieser Richtung würden auch die zu erwartenden Gegen-
propositionen der Westmächte, theils als Material zur Ent-
scheidung über die russische Antwort, theils nach dem Sinne
des Bündnisses überhaupt, einen Gegenstand der dem Bunde
zugefügten „Einflußnahme“ bilden.

Die Bestellung „eigner Bevollmächtigten“ würde auch aus
dem Grunde zu verschieben sein so lange es thunlich ist, weil die
Personalfrage große Schwierigkeiten darbietet. Abgesehen von
der alsdann ins Spiel kommenden Eifersucht, ist der Baiische
Gesandte zu ängstlicher Jurist, aber zur Noth noch geeignet;
der Sächsische *) von dem Präsidium persönlich abhängig, der
Hanöversche **) taub, der Württembergische ***) confus, der

*) v. Rostitz und Schmidtendorf.

**) Graf v. Rielmannsegge.

***) v. Steinhardt.

1854 Badische *) ängstlich und haarspaltend, der Kurheffische **) 25. 7. arbeitsscheu und derangirt, der Darmstädter ***) ganz Oesterreicher. Der Dänische †) und der Mecklenburgische ††) wären die brauchbarsten; aber vermöge ihrer Sonderstellung zum Bündniß kaum möglich. Etwas Andres als Baiern bliebe kaum übrig.

Wenn meines gehorsamsten Dafürhaltens hier am Bunde für jetzt nur die baldige Mittheilung der russischen Antwort und der zu ihrer Beurtheilung nöthigen Materialien erforderlich ist, so kann ich, bei unvollkommener Kenntniß der augenblicklichen Sachlage in Wien, nur höherem Ermessen anheimstellen, ob es zweckmäßig ist, solche Schritte welche dort eine besonnenere Stimmung hervorbringen könnten, sowohl selbst zu thun, als von Seiten andrer deutschen Regierungen herbeizuführen. Schon der vertrauliche Erlaß an den Grafen Alvensleben †††) enthält in diesem Sinne Wendungen welche gewiß ihren Eindruck nicht verfehlen §), und die Haltung Oesterreichs

*) Freiherr Marschall v. Bieberstein.

**) v. Trott.

***) Freiherr v. Münch-Bellinghausen.

†) v. Bülow.

††) v. Derzen-Beppin.

†††) Vom 15. Juli, als Antwort auf die österreichische Depesche vom 12. Juli, in welcher Buol darauf hinwies, daß der Fall eines activen Vorgehens Oesterreichs binnen kurzem statthaben könne und daher der Augenblick eingetreten sei, bei der preussischen Regierung auf die durch Art. 2 der Convention vom 20. April vorbezungene Mobilmachung nöthigenfalls förmlich anzutragen.

§) „Wir haben uns bisher bemüht und werden uns ferner anlegen sein lassen, ein Hervortreten divergirender Ansichten zu vermeiden, weil wir uns selbst sagen, daß dadurch sowohl Oesterreich als unser Gewicht wesentlich geschwächt wird und somit die Aussicht immer mehr schwindet, den Leidenschaften der streitenden Parteien einen starken Damm entgegenzustellen. Wir würden aber auch bei diesem Bestreben eine gewisse Linie nicht überschreiten und z. B. unserer in der Wortfassung des Bündnisses selbst begründeten Ueberzeugung Geltung ver-

würde sich ohne Zweifel ruhiger entwickeln, wenn dem Grafen Buol auch von andern Bundesgenossen die Gewißheit gegeben würde, daß nicht jede Politik Oesterreichs Aussicht auf die Hülfe Deutschlands hat, sondern nur eine solche welche dem Sinne und Wortlaut des Bündnisses entspricht. Die Aeußerungen eingeweihter Personen, das zusammenhängende System welches sich in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die vertrautesten Agenten und officiösen Blätter darstellt, namentlich aber das Verhalten des Wiener Cabinettes selbst gegenüber der russischen Antwort, berechtigen zu der Annahme, daß die österreichische Politik nicht mehr erhaltend und friedliebend, sondern ehrgeizig und kriegerisch ist. Die Constellation zu Erwerbungen ist günstig, die Rüstkosten sind fortgeworfen, wenn die aufgestellte Armee nicht genutzt wird; das Bündniß bietet eine Affecuranz gegen übeln Ausgang, und darüber hinaus hält man sich fest überzeugt, daß Preußen und Deutschland im eignen Interesse nöthig finden werden Oesterreich

1854
25. 7.

schaffen, daß die bewaffnete Macht Sr. Majestät fremden, der Tendenz des Bündnisses fern liegenden Zwecken durch dasselbe in keiner Weise dienstbar gemacht werden kann. Ich lasse mich hier auf eine nähere Erörterung der uns in dieser Beziehung zur Seite stehenden Vertragsbestimmungen nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß eine solche Discussion, sofern sie nicht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird, besser unterbleibt. Das aber nehme ich keinen Anstand auszusprechen, daß Se. Majestät eine außerhalb des Bündnisses stehende Autorität, die über dessen Auslegung und Bedeutung einen Urtheilsspruch zu fällen habe, niemals anerkennen wird. Des Königs Majestät werden daher für die Armee in nächster Zeit diejenige Waffenbereitschaft eintreten lassen, welche Allerhöchstdieselben unter den jetzigen kritischen Zeiten für geboten erachten; es wird dies aber nicht wegen der Luft, die zwischen den Anerbietungen Rußlands und den Anforderungen der Westmächte besteht, und nicht wegen eines etwaigen hierdurch gebotenen activen Vorgehens Oesterreichs, sondern nur deshalb geschehen, um in jedem Momente die Stellung Preußens, sowohl wenn es sich um Erfüllung vertragsmäßiger Pflichten als um die Wahrung eigener Interessen handelt, gebührend wahrzunehmen.“

1854 zu decken, so unangenehm ihnen dessen Politik auch sein mag.
25. 7. Nur die bestimmte Beseitigung dieser letztern leichtsinnigen und unbilligen Hoffnung wird das Wiener Cabinet vielleicht abhalten, muthwillig mit Rußland Händel zu suchen. Große Stücke können wir auf die Mittelstaaten nicht bauen; aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wiedergewinnen, den wir vor 1848 besaßen, und der in ihrer größern Gleichartigkeit mit uns als mit Oestreich wurzelt. Sie sind jetzt antifranzösisch, vielleicht mit Ausnahme von Darmstadt. Die Ursache dieser Erscheinung mag theils in persönlichen Dispositionen der regirenden Herrn, theils in Revolutionsfurcht und in dem Umstande liegen, daß die jetzige Herrschaft in Frankreich nur auf zwei Augen steht, und daß sichere Objecte der Begehrlichkeit, welche durch Frankreich erworben werden könnten, nicht mehr vorhanden sind. Die geistlichen Güter, Reichsstädte und kleinen Territorien sind vertheilt, und die 7 Jahre harter Dienstbarkeit welche man, um diese Raubel zu erwerben, im Rheinbunde durchgemacht hat, sind in zu guter Erinnerung, um der Neigung eine Lea durch ähnliche Knechtschaft zu verdienen, nicht die Wage zu halten. Demungeachtet kann ein fortgesetzter von Preußen und Oestreich gegen die Mittelstaaten geübter Zwang denselben bald die Lust erwecken, lieber selbstständig als unter der Vormundschaft dieser beiden Mächte mit Frankreich zu gehn. Es kommt dahin schließlich, wenn die Regirungen nicht wenigstens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklichen deutschen Interessen, ohne die von Oestreich sogenannten, finden. Bezeichnend ist, daß Frankreich die Züchtigung der Bamberger durch Noten allein den Engländern überläßt, sich selbst aber freundlich zu den Mittelstaaten fortwährend zu stellen sucht.

Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Gesinnung der Bamberger gegen uns setze, so fürchte ich daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen

sind, im Vergleich mit denen, die Graf Buol, Bach*) und andre Epigonen Schwarzenbergischer Politik, im Bündniß mit den Ultramontanen, im Innern ihrer Herzen gegen uns hegen. Das jetzt in Oestreich gehandhabte System germanisirender Centralisation bedarf zur Lösung seiner Aufgabe einer engeren organischen Verbindung mit, und einer strafferen Hegemonie in Deutschland. Die Strebungen der Ultramontanen gehn für jetzt mit denen der ehrgeizigen Wiener Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes. Derselbe verliert an Bedeutung in demselben Maße, als der Unterschied zwischen Preußens und Oestreichs physischer Kraft zunimmt, und sich in seiner Bedeutung demjenigen nähert, welcher zwischen Preußen und Bayern stattfindet. Je höher Oestreich steigt, desto mehr schrumpft der Abstand zwischen uns und den Mittelstaaten für den Maßstab der Politik zusammen. Wir können also, abgesehen von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsre Entschließungen eine Vergrößerung Oestreichs nicht zugeben, wenn wir nicht mindestens in demselben Maße wachsen.

Wenn Oestreich zum Kriege mit Rußland gelangt, so wird es sich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Westmächte in Betreff einer Herstellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widersetzen können. Diese Pläne sind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewiesen worden, und dürften, als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht, früher oder später mit mehr Entschiedenheit in den Vordergrund treten. Oestreichs Interesse gegen die Herstellung Polens ist minder tief gehend, als das von Preußen und Rußland, schwerlich so tief, daß man deshalb nach dem Bruch mit Rußland sich mit dem Westen zu entzweien nöthig halten würde. Ich glaube

*) Oesterreichischer Minister des Innern.

1854 sogar daß Oestreich gern die Donauländer wählen würde, wenn
25. 7. es zwischen diesen und Galizien optiren müßte. Jene sind deutscher Sprache und Regierung zugänglicher, als die polnische Provinz, die Bevölkerung inoffensiv, sie sind reicherer Entwicklung fähig, und passen geographisch und commercieell besser zu Oestreich, als das außerhalb der Karpaten dem Kaiserstaate angeklebte Galizien. Letztes ist, bei offenen Grenzen, der russischen Macht und etwaigen polnischen Insurrectionen leicht zugänglich. Die Gefahren welche die polnische Nachbarschaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magnaten feindlichen Elemente der Serben und Walachen. Außerdem bietet die Herstellung Polens an und für sich dem Oestreichischen System Vortheile:

1. Preußen wird geschwächt und in Schach gehalten.
2. Die Gefahr des Panславismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenstaaten verschiedner Religion und Nationalität bestehn.
3. Europa erhält einen wichtigen Staat rein katholischer Confession mehr.
4. Polen, unter Oestreichs Hülfe hergestellt, wird vor der Hand Oestreichs fester Verbündeter.
5. Die Herstellung Polens bietet Oestreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen wirksame Vergeltung von Seiten Rußlands, sobald die italiänischen Angelegenheiten Streit zwischen Oestreich und Frankreich herbeiführen, oder ersteres sonst wie in Verlegenheit kommt. Schlimmsten Falls würde das Wiener Cabinet sich mit dem Vorschlage helfen Polen von Neuem zu theilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben. Ich gehe nicht soweit zu behaupten, daß Oestreich die Herstellung Polens freiwillig betreiben werde; aber wenn die Westmächte ernstlich darauf drängen, so wird es sich

nur mit stumpfen Nägeln wehren, vorausgesetzt daß die Donauländer als Lohn in Aussicht stehn. 1854
26. 7.

Herr von Brokesch verläßt mich eben, um bis zum Sonntag bei seiner Frau in Badenweiler zu bleiben, die Sitzung für morgen ist ausgesetzt. Aus seinen flüchtigen Aeußerungen entnehme ich, daß die österreichische Absicht ist, die russische Antwort vor der Hand hier nicht mitzutheilen, und die „Einflußnahme“ des Bundes nach Art. 49 lediglich auf den Fall eigentlicher Friedensunterhandlungen zu deuten. Die Mittheilung der russischen Antwort, meint er, könne lediglich „zur Kenntnißnahme“ an die Bundes-Versammlung erfolgen*); ob und wann der Ausschuß über dieselbe verhandeln solle, das müsse von unserm, Brokesch's und meinem, Ermessen abhängen, worunter ich verstehe daß es unterbleiben soll. Dem entgegenzuwirken halte ich im Augenblick für unsre dringendste Aufgabe.

v. Bismarck.

96.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

sende ich in den Anlagen einige Abschriften, welche Euer Hochwohlgeboren interessiren werden, und die im Allgemeinen den Standpunkt bezeichnen, den wir in der Frage jetzt einnehmen. Die kleineren und mittleren deutschen Mächte werden diesen Standpunkt für sich sehr angenehm finden und sich an uns drängen. Nach meiner Ansicht muß man sie keineswegs zurückschicken, denn es liegt darin der wahrheitsgemäße Ausdruck der Thatsache, daß Preußen mehr als Oesterreich berufen ist deutsche Interessen zu vertreten; man muß diese Zuneigung vielmehr zu nähren und zu utilisiren suchen; aber man darf zwei Dinge oder vielmehr eine Alternative nicht übersehen. 1854
26. 7.

*) Orig.: mitgetheilt werden.

1854
26. 7.

Alle diese mittleren Staaten (vielleicht mit Ausnahme von Baden) sind naturgemäß Feinde Preußens, weil sie in ihm ihren dereinstigen Verschlinger erkennen, abgesehen noch von andern Motiven des Neides der Mißgunst und historischen Reminiscenzen; diese Feindschaft macht unfehlbar, wir mögen noch so liebenswürdig sein und uns benehmen wie wir wollen, wieder auf, sowie ihre aus dem Gefühle ihrer Schwäche herkommende Furcht beseitigt ist, sowie sie den jetzt unter ihren Füßen schwankenden Boden wieder fest fühlen. Es sind nun nur zwei Fälle möglich, entweder ein solcher Zustand tritt, ohne daß es zu großen politischen Katastrophen kommt, wieder ein, dann wird auch der Abfall von uns nicht auf sich warten lassen, oder es ereignet sich das Gegentheil, es kommt zu einem allgemeinen Kriege, wobei die Kräfte der verschiedenen Staaten in großem Maassstabe angestrengt werden, dann gehen dieselben unfehlbar ihrem Untergange entgegen. Ein Kurhessischer, ein Darmstädter, ein Königlich Sächsischer patriotischer Krieg gehört zu den Unmöglichkeiten, es muß dann mit den Dynastien nothwendig eine Aenderung eintreten; welcher Art diese sein wird, das ist schwer vorher zu sehen und wird von den Ereignissen zum Theil wohl auch von unserm Verhalten abhängen. Wenn wir uns aber herbeilassen wollten, für den Fortbestand der Staaten in ihren jetzigen Verhältnissen gewisse Garantien zu übernehmen, so würden wir uns, das ist meine feste Ueberzeugung, nicht bloß zu etwas für uns möglicher Weise Nachtheiligem, sondern auch zu Unmöglichem verpflichten. Deshalb sehen jene Staaten so ängstlich nach Rußland, weil sie das Gefühl ihrer Unfähigkeit aus eigener Kraft zu existiren im Reibe haben. Ich bin weit entfernt, Haugwitzsche Politik*) anrathen zu wollen, aber ich meine, daß wie die Hitze der letzten

*) D. h. Anschluß an Frankreich zur Lösung der deutschen Frage im preussischen Sinne.

Wochen so auch die politische Hitze der letzten Jahre einen 1854
Zustand der Reife herbeigeführt, den man bedauern, aber nicht 26. 7.
läugnen kann und der einem nicht ganz unachtsamen Wirth
die Verpflichtung auferlegt, an die Ernte-Arbeit zu denken, da
sonst vielleicht der Nachbar sich hineinmischt.

Ihr Hochwohlgeboren werden ersehen, daß diese Zeilen
nicht auf die Münchener Ausstellung berechnet sind.

Ich sehe mit Interesse Ihren Mittheilungen aus München
entgegen*), wünsche, daß es Ihnen dort gut gehen möge, und
verharre mit ausgezeichnete Hochachtung

Ihr Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26. Juli 1854.

Manteuffel.

97.

Legationsrath Wenzel an Bismarck**).

Frankfurt a/M. 3. August 1854.

Ihr Excellenz

habe ich telegraphisch bereits gemeldet, daß Herr v. Prokesch 1854
ermächtigt ist, die Russische Antwort***) vorzulegen. Alle meine 8. 8.
Bemühungen, die Vorlage noch heute zu machen, waren ver-
geblich. Er meinte, er müsse sich mit Ihnen persönlich ver-
ständigen und könne von seiner Instruction, die Antwort nur
dem Ausschusse vorzulegen, nur abgehen, wenn er sich auf
seine Verabredungen mit Ihnen beziehen könne. Unsere Befür-
wortungsnoten nach London und Paris†) sind zwar zu Ihrer

*) Preußen im Bundestag IV, No. 90 S. 218 ff.

**) Bismarck befand sich seit dem 1. Aug. in Berlin.

***) Vom 17./30. Juni, f. o. S. 188, Anm. ***).

†) Vom 24. Juli, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXII S. 332 ff.

1854 persönlichen Kenntnissnahme hierher mitgetheilt, aber wohl
3. 8. gleichfalls zur Vorlegung an die Bundesversammlung bestimmt.
Eine Autorisation wird freilich von Berlin noch erfolgen
müssen.

Wie ich gestern schon hörte, hat Herr v. Prokesch gesagt, es
schwebten jetzt wegen der weiteren Behandlung der orientalischen
Sachen am Bunde zwischen Berlin und Wien Verhandlungen.
Führten diese zum Resultat, so würde in der nächsten Sitzung
eine Vorlage erfolgen, dann könne einige Tage später der er-
forderliche Beschluß gefaßt werden und sei er dafür, demnächst
einige Wochen keine Sitzung zu halten. Zu einem Vertrauten
hat er geäußert, er werde keinen Falls am 18. ein Diner
geben, man vergüte ihm nichts dafür und er sei nicht so bezahlt,
um sich solche große Kosten zu machen. Heute hat er mir nun
mitgetheilt, daß ihm wegen Mobilisirung eines Theils des
Bundesheeres zwar Mittheilungen von Wien zugegangen seien,
daß er aber noch keine Anweisung zu Anträgen habe, er hoffe,
Euer Excellenz würden hierüber aus Berlin Instructionen mit-
bringen. Man hat wohl in Berlin schon Nachricht von der
Oesterreichischen Circulardepesche vom 28. v. M., wonach Oester-
reich 100—150000 Mann, Preußen 100—200000 Mann,
die übrigen Bundesstaaten die Hälfte ihres Contingents auf-
stellen sollen? Die Maafregel wird auf den Vertrag vom
20. April gestützt*).

Ueber den Inhalt der heutigen Sitzung habe ich bereits
telegraphisch gemeldet. Ich bitte die Gile zu entschuldigen, aber
der Postschluß ist nahe. Noch bemerkte ich, daß Herr von Talle-
nay am 15^{ten} ein großes Diner in Gala geben wird. Herr
v. Prokesch glaubt wegen der Aussetzung der Sitzungen dann
nicht hier zu sein. Er sprach von seiner Absicht, 2 bis 3 Sitz-

*) Diese Depesche ist m. W. nicht veröffentlicht, doch vgl. Man-
teuffels Depesche an die Königlichen Missionen in Deutschland vom
3. August 1854, Jasmund a. a. O. No. CCXLIV S. 339 f.

ungen, falls Ew. Excellenz einverstanden wären, auszusetzen, heute noch zu mir, indem er bemerkte, daß wenn Preußen mit der Mobilmachung einverstanden und diese beschlossen sei, es für die Bundesversammlung ja nichts mehr zu thun gebe. 1854
8. 8.

Mit ausgezeichnete Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz gehorsamster Diener

Wenzel.

98.

Legationsrath Wenzel an Bismarck.

Frankfurt a/M. 4. August 1854.

Euer Excellenz

danke ich gehorsamst für die gütigen Mittheilungen von gestern*), die sich mit meinem Schreiben gekreuzt haben. Wo man die österreichische Circular-Depesche vom 28^{ten} v. M. hier kennt, ist man der Ansicht, daß wir nicht auf die Mobilisirungs-Vorschläge Oesterreichs eingehen werden und daß auch die übrigen Deutschen Bundesstaaten keine Mobilmachung wünschen möchten. Die Vorlegung der Russischen Antwort wird nun in der nächsten Sitzung erfolgen und wird Ihre Rückkehr schon deshalb mit Sehnsucht erwartet. 1854
4. 8.

Die Dänische Beitritts-Erklärung habe ich mir von Herrn v. Brenner**) geben lassen und füge ich sie bei. Ich finde sie nicht so verlausulirt, als es behauptet wurde.

Herr v. Derßen geht heute auf 14 Tage nach Mecklenburg, ist aber bereit, sogleich zurückzukehren, sobald es nach Ihrer Ansicht rathsam ist. Man hofft allgemein, daß nach der nächsten

*) Bismarck-Jahrbuch V, 10 f.

**) Freiherr v. Brenner-Felsach, österreichischer Legationsrath und Director der Bundeskanzlei.

1854 Sitzung 2 bis 3 Sitzungen ausfallen werden. Ihre Meinung
4. 8. wird hierüber entscheiden.

Graf Bentinck ist seit gestern wieder hier. Er verlangt die Intervention des Bundes, wird aber überall Zurückweisung finden, indem man seinen Vertrag mit Oldenburg für verbindlich hält.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung verharre ich

Iuer Excellenz

gehorsamer Diener

Wenzel.

99.

Cabinetrath Niebuhr an Bismarck*).

Putbus 22. August 1854.

Verehrtester Freund!

1854 Ungefähr 8 Wochen lang bin ich außer Stande gewesen,
22. 8. irgend einen vernünftigen Brief zu schreiben. Ich war durch verschiedenenummer und Aerger krank und so nervös geworden, daß ich kaum mehr eine Feder halten konnte, dann mußte ich noch 3 Wochen lang in Driburg curiren und kam gänzlich entkräftet vor 8 Tagen nach Charlottenburg. Ich komme hier vermöge einer mir sonst ungewöhnlichen Dickfelligkeit wieder zu Kräften, und werde nach und nach ein vernünftiger Mensch. Eine der ersten Proben davon soll dieser Brief seyn: lange dauert es vielleicht nicht, daß ich vernünftig bleibe. Wenn man seine Zeit nicht bloß mit dem Verstande, sondern auch mit dem Herzen durchlebt, kann man jeden Tag in Gefahr seyn, rasend zu werden.

Ich erkenne gewiß nicht gute Intentionen, wenn sie auch

*) Ein Stück dieses Briefes ist in G. u. G. I, 103 f. veröffentlicht.

meiner Ueberzeugung nach nicht an der (richtigen) Stelle und noch weniger richtig ausgeführt sind, und ebenso wenig das Recht von Interessen, wenn sie auch demjenigen, was ich für richtig halten muß, schnurstracks widersprechen. Aber ich verlange Wahrheit und Klarheit, und deren Mangel kann mich zur Desperation bringen. Mangel an Wahrheit nach außen kann ich unserer Politik nun nicht zum Vorwurf machen: wohl aber Unwahrheit gegen uns selbst. Wir würden ganz anders dastehen und Vieles unterlassen haben, wenn wir uns die eigentlichen Motive eingestanden hätten, statt uns beständig vorzuspiegeln, daß die einzelnen Acte unserer Politik Consequenzen der richtigen Grund-Gedanken derselben seien. Die fortgesetzte Theilnahme an den Wiener Conferenzen nach dem Einlaufen der englisch-französischen Flotte in die Dardanellen und jetzt zuletzt die Unterstützung der westmächtl. östreichischen Forderungen in Petersburg haben ihren wahren Grund in der indischen Furcht „aus dem Concert européen herausgedrängt zu werden“ und „die Stellung als Großmacht zu verlieren“, die größten Albernheiten, die zu denken sind; denn von einem Concert européen zu sprechen, wenn 2 Mächte mit einer dritten im Kriege sind, ist doch geradezu ein hölzernes Eisen, und unsere Stellung als Großmacht verdanken wir doch wahrhaftig nicht der Gefälligkeit von London, Paris und Wien, sondern unserem guten Schwerte. Ueberdem aber spielt überall eine Empfindlichkeit gegen Rußland mit, die ich vollkommen begreife und auch theile, der man aber jetzt nicht nachgeben kann, ohne zugleich uns selbst zu züchtigen.

Wo man nicht wahr gegen sich selbst ist, ist man allemal auch nicht klar. Und so leben und handeln wir zwar nicht in solcher Unklarheit, wie in Wien, wo man wie ein Schlaftrunkener alle Augenblicke handelt, als ob man schon im Kriege mit Rußland wäre: aber wie man neutral und Friedensvermittler seyn und zugleich Propositionen wie die letzten der

1854 Seemächte empfehlen (kann), verstehe ich mit meinen schwachen
22. 8. Verstandeskräften nicht.

1854 23/8. Gerlach läßt Ihnen Folgendes sagen, mit der
23. 8. Bitte es durchzudenken und ev. die Reifwerdung vorzu-
bereiten.

Schon seit längerer Zeit hat der König sich mit dem Gedanken herumgetragen, den Art. 2 des Vertrags vom 20. April durch einen article unique statt des nun selig entschlafenen, wenn auch nicht durch einen gleich uniqueu zu ergänzen*). Gestern entwickelte er uns beiden von Neuem diesen Gedanken, der neue article unique soll durch Preußen, Oestreich und einen in Frankfurt zu wählenden Bevollmächtigten der übrigen Bundesstaaten (Minister eines der Königreiche) zu Stande gebracht werden. Anfänglich bezeichnete der König als Gegenstand Schutz des östreichischen Territoriums gegen einen russischen Einbruch. Als jedoch Gerlach und ich bemerkten, daß dies nicht Ergänzung der durch Wegfall des article unique entstandenen Lücke seyn würde und überdem der Fall durch den Hauptvertrag schon vollständig vorgesehen sey, stand er ab. Wir hoben darauf hervor, wie wichtig es seyn würde, wenn ein neuer article unique nach beiden Seiten gewandt wäre, und bezeichneten als Beispiel der möglichen Gegenstände: 1) Garantie der ungestörten Besetzung der Donau-Fürstenthümer durch Oestreich bis zum Abschluß des Friedens; 2) Verabredung der bundesmäßigen Verhinderung jedweder Occupation eines Theils des Bundesgebiets (Französische Winterquartiere in Holstein, Mecklenburg, Rügen), auch wenn diese Occupation mit Genehmigung der betr. Einzel-Regierung erfolgt sey. Der König nahm diese Gedanken ad referendum, nachdem man beiderseits darüber übereingekommen war, daß eine Weigerung Oestreichs auf solche zweischneidige Vorschläge einzugehen, wohl

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 202 f.

zu erwarten sey, aber diese Erwartung nicht von der Sache 1854
abhalten dürfe. 28. 8.

Ich theile Ihnen die Sache absichtlich und auf Gerlach's
Wunsch so ausführlich und historisch mit.

Der neue General-(Polizei-)*)Director**) ist hier, weil es
ihm gelungen war, die Ueberzeugung zu erwecken, daß er in
Berlin nicht sicher vor den Nachstellungen seiner Feinde sey.
Noch ist immer Streit darüber, ob er Unterstaatssecretair werden
soll — wogegen er ist, um nicht die Macht, die Annehmlichkeiten
und Revenuen des Polizei-Präsidiums zu verlieren. Nachdem
er seine Einnahme von 3600 Thlr. officiell auf 8000 per fas
et nefas zu steigern gewußt, hat er jetzt aus den Ersparnissen
der Schutzleute sich eine Sommerwohnung in Rummelsburg
gebaut und läßt eine Chaussee dahin durch die Droschkenträger
hauen. Sonst lebt er augenblicklich von einem neuen
18. März und einer an der Eifel stationirten französischen
Armee von 10000 M. (im Incognito von Bergleuten). Bei
dieser unseligen Geschichte leidet des Königs Autorität und
Ruhe, gehen die Minister zu Grunde und am letzten Ende
auch der Sühnerpascha ***) selbst.

Der König ist sehr angegriffen. Auf der Reise hierher
bekam er Durchfall und wurde fiebrig, und er kann sich noch
gar nicht erholen. An Anfang des Badens ist noch nicht zu
denken.

Ich habe meine Frau in Driburg viel wohler verlassen,
als ich sie hingebracht, darf hoffen, von den durch ihren Zustand
herbeigeführten Sorgen einigermaßen befreit zu werden. Diese
häusliche Betrübniß zu der öffentlichen und der unseligen Un-
ruhe meines Lebens war etwas zu viel.

*) Ergänzung des Herausgebers.

**) v. Hindelben.

***) Spitzname für Hindelben.

1854
28. 8. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht an-
gelegentlich.

Gerlach grüßt bestens. Mit aufrichtiger Anhänglichkeit

Ihr

treu ergebenster

Niebuhr.

100.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854
7. 9. erhalten in der Anlage Abschrift einer soeben mir zugehenden
telegraphischen Depesche des Herrn Wenzel. Wie die Dinge jetzt
stehen, finde ich mich nicht veranlaßt, die Sitzung zu verlangen.
Ich stelle ergebenst anheim, ob unter solchen Umständen Euer
Hochwohlgeboren Ihren Land-Aufenthalt um einige Tage ver-
längern wollen. Die Reise nach Dresden scheint mir jetzt
weniger nothwendig, doch würde ich wünschen, daß Euer
Hochwohlgeboren über Hannover zurückkehren und dort mit
Herrn v. d. Rütten*) sprächen, der ganz Oesterreicher zu sein
scheint. Zu sehr die Rückkehr zu verspäten, möchte ich nicht
rathen.

Meine ganz ergebenen Empfehlungen an Ihre Frau Ge-
mahlin und Ihren Herrn Schwiegervater**), der sich meiner
vom Vereinigten Landtage vielleicht noch erinnert.

Hochachtungsvoll

B. 7/9. 54.

Manteuffel.

*) S. o. S. 175 Anm. *).

**) v. Buttlamer.

Anlage.

Telegraphische Depesche.

An den Minister-Präsidenten Herrn v. Manteuffel
Excellenz

zu
Berlin.

Da es für die beabsichtigte nächste Sitzung an erheblichen 1854
Vorlagen fehlt und um einen Ausschußbericht über die Oester- 7. 9.
reichischen Fragen in der orientalischen Angelegenheit vorzulegen,
die Ausschüsse, deren Mitglieder zum Theil noch abwesend, zu-
nächst zusammentreten und sich darüber verständigen müssen,
so wird Herr v. Prokesch, der heute auf einige Tage verreist,
die Sitzung vom 14. d. M., wie er mir sagt, ausfallen lassen,
falls Preussischer Seits nicht etwa auf den Wiederzusammentritt
gedrängt würde.

Iuer Excellenz stelle ich ehrerbietigst anheim, Herrn v. Bis-
marck zu benachrichtigen, daß hiernach seine Anwesenheit am
14. hier nicht nöthig.

Frankfurt a/M. 7. Septbr. 1854.

Wenzel.

101.

Legationsrath Wenzel an Bismarck.

Frankfurt 11. September 1854.

Iuer Excellenz

gütiges Schreiben vom 9^{ten}*) habe ich soeben erhalten. Ich möchte 1854
auch glauben, daß man Ihre Rückkehr nach Berlin wünscht, 11. 9.
wenn Sie nicht Nachricht von dort bekommen haben, da ich
auf Ihre Anweisung ausdrücklich anheim gegeben hatte, Ihnen
Mittheilung zu machen und zwar davon, daß Ihre Anwesen-
heit hier selbst noch nicht nöthig sein dürfte. Mir war die

*) Bismarck-Jahrbuch V, 12 No. XIV.

1854 Fassung der telegraphischen Depesche wegen der Unbestimmtheit
11. 9. schwer geworden, ich hätte gern ganz einfach telegraphirt „es ist keine Sitzung“. Die Verantwortung wollte ich indessen nicht auf mich nehmen. Prokesch ist nach Trier gegangen, um die dortigen Alterthümer kennen zu lernen. Seinen Freund Vinde*) wird er wohl auch besuchen, derselbe ist dicht bei Trier angekommen. Während ich schreibe, erhalte ich die gewöhnliche Kanzlei-Anzeige, daß am 14^{ten} keine Sitzung stattfindet. Da Prokesch noch nicht zurück ist, so muß er wohl geschrieben haben, oder es ist von Wien Weisung gekommen. Zugleich wird der Ausfall der Sitzung des Militär-Ausschusses von morgen angezeigt. Ich werde es nach Berlin melden.

Heute früh besuchte mich Graf Kielmansegge, um zu hören, wie unsere Instruction über die Oesterreichischen Fragen laute. Er wollte noch keine bestimmte haben, doch schien es mir, daß er vorläufig angewiesen ist, sich der von Preußen in einer Circular-Depesche ausgesprochenen Auffassung anzuschließen. Die Depesche ist hierher nicht mitgetheilt. Graf Kielmansegge wünschte, Ew. Excellenz möchten noch länger bleiben, damit die Orientalische Sache noch ruhen bleibe. Er sagte mir ferner, daß Herr v. Schrendl eine Instruction entre deux habe, Bayern verlange Aufklärungen und sei nicht gegen einige Garantien Rußlands. Danach scheint Bayern wieder die Vermittlerrolle zwischen Preußen und Oesterreich übernehmen zu wollen. Herrn v. Münchs Instruction ist ganz österreichisch. Weiter habe ich noch nichts gehört. Auffallend ist es, daß die österreichischen Blätter mit einem Male viel friedlicher lauten. Das wird wohl auf Befehl geschrieben. Denn daran läßt sich doch nicht glauben, daß man in Wien zur Besinnung komme. Ich glaube Oesterreich wird versuchen, mit uns einen neuen April-Vertrag zu schließen, aber noch größere Concessionen verlangen, um, wenn

*) Bundestagsgesandter für Biechtenstein.

wir ablehnen, alle Schuld auf uns zu schieben. Bei den kleineren deutschen Höfen soll sehr gewühlt werden und einige sollen schon mehr zu Oesterreich sich hinüber ziehen lassen. 1854 11. 9.

Graf Kielmannsegge sprach von einem Schreiben des Herrn Minister-Präsidenten, welches vor etwa 14 Tagen in Darmstadt eingegangen und wonach eine Anknüpfung aufs Ungewisse hinausgeschoben sei. Die Quelle ist Herr v. Brunnow*), der das Schreiben gelesen haben will und geäußert haben soll, daß danach allerdings von Darmstadt keine Schritte geschehen könnten. Ich kenne den Zusammenhang nicht. Sollte etwa Herr v. Dalwigk, unzufrieden mit der Correspondenz des Großherzogs, die Sache in die Hand genommen und dadurch vereitelt haben? Mir thut es für meine Person leid, da die Hoffnungen auf die Residentur für den Augenblick wieder vereitelt sind.

Kielmann**) ist seit vorgestern Abend zurück.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und mit mir Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung verharre ich

Ihrer Excellenz

gehorsamer Diener

Wenzel.

102.

Graf K. v. d. Golz an Bismarck.

Berlin den 31. October 1854.

Verehrter Freund!

Heute verlasse ich Berlin, um mich nach meinem neuen Bestimmungsorte***) zu begeben. Ich kann es nicht thun, ohne

*) Russischer Gesandter am Bundestag.

**) Regierungsassessor, der Bundestagsgesandtschaft für Preßangelegenheiten attachirt.

***) Athen, wohin er als preussischer Ministerresident geschickt wurde.

1854 Ihnen, wenn auch in großer Eile, einige Worte des Abschieds
81. 10. zuzurufen. Zuvörderst meinen aufrichtigen Dank für Ihre
Theilnahme an meiner Reaktivierung. Die mir zu Theil ge-
wordene Bestimmung, unangenehm, wie der Art an und für
sich ist, muß mir unter den obwaltenden Umständen die er-
wünschteste sein. Möglichst schnell Berlin im Rücken, möglichst
weit davon weg, möglichst wenig in der Lage, für Preußen
handelnd aufzutreten, das ist es, was sich leider Gottes heut
zu Tage Jeder wünschen muß, der Preußen nicht gern unter-
gehen, auch nicht langsam immer tiefer in den Schmutz sinken
sehen möchte, am allerwenigsten in die Versuchung geführt sein
will, selber dabei mitzuhelfen. Mit welchen Gefühlen ich scheide,
ist schwer auszusprechen. Es ist traurig, die halbe Mediatifirung,
welcher sich gegenwärtig Preußen zu unterwerfen im Begriff
steht, noch als den relativ günstigeren Weg, als die einzig mög-
liche Rettung vor dem Tode betrachten zu müssen. Aber ver-
zweifeln möchte man, wenn man sieht, daß man nicht mehr bloß
die Leitung der Angelegenheiten zu bedauern hat — das wäre ein
vorübergehendes Unglück —, sondern daß das Gift unpreußischer
Gesinnung immer weiter frißt, daß es sich bereits der früher
edelsten Elemente des Landes bemächtigt hat, daß der Kern des
preußischen Adels anfängt, am Schmutze Wohlgefallen zu finden
und mit den lebhaftesten Sympathien dahin zu blicken, wo der
bloße Begriff „Gentleman“ etwas völlig Unbekanntes ist. Fehler,
Unwissenheit kann man verzeihen; aber das Vergessen aller
Preußischen Traditionen, das Verhöhnern jedes berechtigten
Preußischen Ehrgeizes, die servile Anbetung eines fremden
Monarchen, die feige Friedensliebe des Louis Philippeschen
Epiciers, das Alles bei dem Preußischen Junker anzutreffen,
ist mir zu viel. Das Reich der Demokratie muß dadurch an-
gebahnt werden, wenn der Urwähler honettere Gesinnungen
zeigt als das Blatt der would be Aristokratie, wenn innerhalb
der letzteren alle Begriffe von militärischer Ehre, Patriotismus,

Treue allmählig — Dant den Predigten halb verrückter Par- 1854
venüs — auf den Kopf gestellt werden. 81. 10.

Warum ich Ihnen das Alles schreibe? Weil ich kaum an etwas Andres denke und weil ich glaube, daß dergleichen Betrachtungen jetzt bei Ihnen gerade einen fruchtbaren Boden finden müssen. Sie haben seit 4 Jahren, besonders aber in der letzten Zeit reiche Erfahrungen gemacht und Ihr praktischer Sinn muß Sie, seitdem Sie an den Geschäften sind, auf die Unmöglichkeit gewisser sophistisch-doctrinärer Theorien aufmerksam gemacht haben. Die Resultate liegen außerdem klar genug vor Augen. Wohin sind wir angelangt?

Sie sind mehr wie jeder Andere in der Lage, dieses selbstmörderische System vernichten zu helfen, wie auch seine Verderblichkeit zu erkennen. Um Ihre Kraft wäre es ferner mehr schade, wie um jede andere, wenn sie mit denen zusammen-
geworfen würde, welche seit 5 Jahren systematisch auf die Zurückverwandlung der Großmacht Preußen in den Kurstaat Brandenburg hinarbeiten und jetzt fast hoffen dürfen, ihrem Ziele nahe zu sein. Alles, worum ich Sie bitte, ist daher, daß Sie auch den Schein der Solidarität mit diesen Menschen meiden und, sobald die Gelegenheit es zuläßt, sich gegen sie wenden. Ich glaube, Ihre Freundlichkeit gegen mich nicht besser erwidern zu können, als indem ich Ihnen dies so offen als dringlich ans Herz lege.

Mein Brief ist wohl sehr unzusammenhängend geworden; ich bin in größter Eile. Möchten wir uns in besseren Zeiten auf demselben Boden zusammenfinden!

Ganz der Ihrige

Golz.

103.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 danke ich verbindlichst für Ihr geneigtes Schreiben v. (27.) *)
80. 11. d. M.**). Allerdings glaube ich auch, daß Sie in diesem Augen-
blicke nicht füglich werden von Frankfurt abwesend sein können,
und daß Ihre Stelle in der Ersten Kammer daher für den
Anfang wird leer bleiben müssen. Dieß bedaure ich nicht nur
für mich persönlich, sondern auch für die Kammer, welche, ein
neuer und mehr oder weniger unschmackhafter politischer Brei,
wohl eines erprobten und energischen Geseinstoffes bedürfen wird,
wenn sie vor dem Verderben bewahrt und zu einem guten
Brot- oder Kuchen-Teig gemacht werden soll. Doch die alte
Regel: Herrendienst geht vor! muß wohl auch hier Platz greifen.

Euer Hochwohlgeboren schreiben mir nichts über die neueste
Gestaltung unserer politischen Dinge. Ich bin Ihnen dankbar
dafür, denn ich weiß, daß Sie nach Ihren Briefen an General
v. Gerlach***) damit nicht einverstanden sind, und daß Sie gegen
das fait accompli nicht zu Felde ziehen wollen. Aus dem-
selben Grunde und überdieß, weil ich die Motivierung Ihrer
Ansicht nicht genau kenne, will und muß ich mich einer Wider-
legung derselben enthalten, bitte aber doch Ihnen mit zwei
Worten sagen zu dürfen, wie ich die Sache aufgefaßt habe.
Als unsere Differenz mit Oesterreich schärfer hervortrat, als
die Darmstädter Coalition in Masse von uns abfiel oder doch
im Abfallen begriffen war, so daß Graf Buol mit Recht zu
Herrn v. d. Pfordten sagen konnte, die absolute Majorität für
Oesterreich liege bereits in seinem Tischkasten†), da richteten

*) Datum fehlt im Original.

**) Preußen im Bundestage, II, No. 59 S. 104 ff.

***) Vgl. Bismarcks Briefe an Gerlach (Ausg. v. F. Rohl), S. 177 f.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 242.

wir die bekannten Fragen an Oesterreich^{*)}). Dieses hat uns 1854
 darauf in zwei offensibeln und in einer geheimen Depesche^{**) 80. 11.}
 geantwortet. Die ersteren waren im Grunde abweisend, die
 letztere aber eingehend. Ich verkenne die verschiedenen Hinter-
 thüren, die sich auf gut Oesterreichisch in der letzten finden, nicht,
 aber Herr v. Budberg selbst erkennt an, sie enthalte ein Pro-
 gramm, wie es selbst Rußland nicht anders verlange. Gleichwohl
 hätten wir, — das erkenne ich vollkommen an —, die Sache
 unschwer zum Bruche treiben können, ohne uns für den Moment
 in eine große Gefahr zu stürzen. Was wäre aber der Erfolg
 gewesen? Oesterreich wäre dann entschieden in das Lager der
 Westmächte getreten, hätte auf dem Bundestage ein Votum
 gegen uns provocirt, dem wir uns nicht hätten fügen dürfen,
 — genug alle Dinge wären dann auf die Spitze und zum
 Bruche getrieben worden. War es dazu der richtige Moment?
 Wir wußten, daß die Werbungen der Westmächte um Oester-
 reichs Gunst lebhafter waren als je, wir wußten, daß der Kaiser
 von Rußland im Begriffe stand, die 4 Punkte^{***)} anzunehmen,
 was er oder seine Diplomaten nur zu lange verzögert hat
 (Budberg hat die Depesche hier 8 Tage im Pult gehabt), wir
 wußten, daß die Oesterreichische Strömung gerade jetzt in
 Deutschland herrschte und daß Herr v. d. Pfordten, auf den ich
 als Staatsmann nach meinen letzten Erfahrungen gar nichts

^{*)} Durch die Depesche vom 30. October 1854 schlug Manteuffel
 vor: Oesterreich solle sich durch eine förmliche Uebereinkunft verpflichten,
 gemeinschaftlich mit den andern contrahirenden Theilen an Rußland
 eine neue Aufforderung zur Annahme der Grundlagen des Friedens
 zu richten; erst das Ergebnis dieses Schrittes solle darüber entscheiden:
 1) ob Deutschland sich verpflichte oder nicht, Oesterreichs Position in
 den Donaufürstenthümern zu vertheidigen, 2) ob Deutschland ihm seine
 ganze Freiheit der Handlungsweise gegen Rußland zugestehen wolle
 oder nicht, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXVI u. CCLXVIa S. 383 ff.

<sup>**) Alle datirt vom 9. November, Jasmund a. a. O. CCLXVIII
 bis CCLXX S. 387 ff.</sup>

^{***)} S. Anhang Bd. I, 25 Anm. ^{**)}

1854 gebe, der aber immerhin die politische Meinung in Baiern be-
80. 11. stimmt, und die Nichtbeachtung des Oesterreichischen soist disant
Entgegenkommens übel genommen hätte. Unter diesen Um-
ständen haben wir Oesterreich nachgegeben*). Man macht nun
den Vorwurf, daß wir für diese Concession keine genügende
Gegenconcession stipulirt haben. Darauf erwiedere ich: Eine
vollständig genügende Gegenconcession d. h. eine solche, welche
Oesterreich den Westmächten gegenüber compromittirt hätte, war
überhaupt nicht zu erlangen, eine solche zu machen, hatte Oester-

*) Durch den Zusatz-Artikel vom 26. November zur Convention
vom 20. April. Derselbe lautete:

„Die immer bedrohlicher werdende Lage der Europäischen Ange-
legenheiten hat die Allerhöchsten Höfe von Wien und Berlin veranlaßt,
das Bedürfniß eines die Bestimmungen des Vertrags vom 20. April d. J.
ergänzenden Einverständnisses in nähere Erwägung zu ziehen.

Die Allerhöchsten Souveräne sind sich in der Ueberzeugung begegnet,
daß es für die Theilnehmer des durch den Bundesbeschluß vom 24. Juli
erweiterten Bündnisses vor Allem darauf ankommt, gemeinschaftlich auf
die Annahme einer von ihnen für geeignet gehaltenen Grundlage für
die künftigen Friedensverhandlungen hinzuwirken. Sie erkennen eine
solche in denjenigen vier Präliminarpunkten, für deren Annahme
Oesterreich und Preußen sich bereits bei dem Kaiserlich russischen Hofe
verwendet haben, und werden daher angelegentlich bemüht sein, dieser
Grundlage Geltung zu verschaffen.

Wenn sich hieran die Hoffnung auf Anbahnung einer friedlichen
Verständigung knüpft, so erheischt doch der Ernst der gesamten Lage
Europas und das Bedürfniß, das Ziel des angestrebten Friedens mit
Nachdruck zu verfolgen, die Bürgschaft eines engverbündeten Auftretens
des gesamten Deutschlands. Von diesem Gedanken geleitet und die
Gefahren würdigend, die ein Angriff auf die Oesterreichischen Truppen
nicht nur bei Betretung des Kaiserlichen Gebiets sondern auch in den
Donaufürstenthümern für Deutschland herbeiführen könnte, wollen
Se. Majestät der König von Preußen gegen Allerhöchst ihren erhabenen
Verbündeten, Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich, hierdurch auch
für den letzten Fall die Verpflichtung zu gemeinsamer Abwehr über-
nehmen und rechnen mit Zuversicht darauf, eine gleiche Bereitwilligkeit
auch seitens der übrigen deutschen Verbündeten durch Annahme des
gegenwärtigen Zusatzartikels bekundet, und eintretenden Falls betthätigt
zu sehen.“ (Jasmund a. a. O. CCLXXIV S. 396 f.)

reich weder Lust noch Muth, und darauf bestehen, hätte eben 1854
geheißen die Sache zum Bruche treiben. Anstatt keiner bestimmten 80. 11.
Concession schien es anständiger, den Act lieber als eine Liberalität Preußens, was er wirklich ist, hinzustellen. Wirklich erlangt aber haben wir doch Folgendes:

1) Die Oesterreichische Geheime Depesche, welche nun gewisser Maassen unser Eigenthum wird, und auf welche ein eigenhändiger Brief des Kaisers sich besonders bezieht*).

2) Oesterreich hat vor dem Bundesbeschlusse den Zusatz-Artikel mit uns gezeichnet und damit anerkannt, daß wir mehr leisten als wozu wir durch den Aprilvertrag verpflichtet sind, daß wir aber dieses Mehr uns nicht durch willkürliche Auslegungen Oesterreichs oder Bundesbeschlüsse auflegen lassen, sondern uns dazu durch selbstständige Verträge engagiren, was für alle Zukunft wichtig ist.

3) Wir haben sowohl Oesterreich als den Westmächten die Ueberzeugung gegeben, daß Ersteres bei uns eine Stütze finden kann, also nicht nothwendig an die letzten gewiesen ist. Gegeben haben wir dafür die Verpflichtung zu einer Handlung, die wir, so lange wir nicht im Kriege mit Oesterreich, doch kaum würden haben unterlassen können, eine Verpflichtung, mit welcher Oesterreich allenfalls Mißbrauch treiben kann, welche wir aber doch immer mehr oder weniger in der Hand haben, denn die Beurtheilung darüber, was ein Angriff ist, wird doch immer in unserer Hand sein, auch wird die Executions-Vollstreckung zu unserer Heranziehung namentlich dann schwierig sein, wenn die Nothwendigkeit eintritt. Ich bilde mir durchaus nicht ein, daß wir mit unserem Artikel Oesterreich gewonnen oder für alle künftigen Fälle ehrlich gemacht haben, allein wir haben den vielleicht anbrüchigen Faden, der uns zusammenhielt, doch in Etwas verstärkt und haben gleichzeitig dem Russischen Cabinet

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 243 f.

1854 die Möglichkeit gewährt, seine Friedensbestrebungen noch an
80. 11. den Mann zu bringen, die für uns momentan ungünstige
Situation aber wenigstens zeitweise von uns geschoben und
interim aliquid fit, vielleicht der Friede, vielleicht etwas Anderes.
Was die Oesterreichische Apotheker-Rechnung betrifft, die uns
nach Euer Hochwohlgeboren letztem Schreiben*) (welches mir
soeben zugeht, und für welches ich verbindlich danke) droht, so
kann ich mir kaum denken, daß man diese Unverschämtheit haben
sollte, indeß räume ich ein, daß das Feld des Möglichen in
dieser Beziehung ein sehr weites ist. Das beste Gegenmittel
scheint mir zu sein, daß man die Sache je eher je lieber und
zwar noch zu einer Zeit, wo man auf die Reputation etwas
zu geben Grund hat, zur Sprache bringt und Oesterreich selbst
veranlaßt, dergleichen unanständige Voraussetzungen abzulehnen.

Rußland hat nun, wie mir Baron v. Werther**) meldet, in
der That den Fürsten Gortschakoff zur einfachen Annahme der
4 Punkte nach der ursprünglichen Fassung autorisirt***). Ich
erwarte morgen darüber Oesterreichische Mittheilungen.

Unsere Kammern-Eröffnung hat heute Statt gefunden. Ich
höre, die 2^{te} Kammer soll ziemlich wild gesinnt sein, auch in
der ersten wird es nicht an Opposition fehlen.

Leben Sie wohl und lassen Sie bald wieder etwas von
sich hören.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 30^{ten} Novbr. 1854.

Manteuffel.

Bei der Motivirung unseres Verfahrens habe ich absichtlich
ein wichtiges Moment fortgelassen, nämlich das, daß der König

*) Preußen im Bundestage II, No. 60 S. 106 ff.

**) Preussischer Gesandter in Petersburg, vgl. die Depesche Werthers
an Manteuffel in Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 260.

***) S. Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXV S. 397.

von vornherein entschieden war und in einem eigenhändigen Briefe an den Kaiser eigentlich schon vielmehr zugesagt hatte, was ich durch den Zusatz in dem Sinne, daß zwischen der verlangten Form und der angebotenen Concession Connerxität Statt finde, zu schwächen und zu mäßigen suchte.

M.*).

104.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Geehrtester Herr von Bismarck,

Es hat mir aufrichtig leid gethan, daß die gegenwärtigen Verhandlungen in Frankfurt a./M. Ihre Herüberkunft nach Berlin gehindert und dadurch auch mir die Gelegenheit geraubt haben, Euer Hochwohlgeboren Unterstützung für eine Angelegenheit in gewohnter streng vertraulicher Weise mir zu erbitten, der Sie bereits im Frühjahr Ihre einflußvolle Thätigkeit haben zuwenden wollen. Ich wage dies jetzt auf schriftlichem Wege zu versuchen.

Wie Sie erfahren haben werden, hatten die Beziehungen zwischen dem Prinzen von Preußen und Seinem Königlichen Bruder vor dem letzten Aufenthalt des Ersteren in Berlin eine recht befriedigende Gestalt angenommen. Dessenohngeachtet hat der Prinz von Preußen Bedenken getragen, sein hiesiges Verweilen weiter auszudehnen und ist mit dem Entschlusse fortgegangen, erst am 18. Januar, also in 7 Wochen hieher zurückzukehren. Wir sind die dazwischen liegenden Umstände nicht bekannt, die den Prinzen in einer so schweren ereignißreichen Zeit wiederum nur zu einem überaus kurzen Aufenthalt veranlaßt haben, doch schien es mir, als wenn S. Majestät der König nicht übermäßigen Werth auf die verlängerte Gegenwart des Prinzen gelegt und diesem eine solche

*) Bismarck's Antwort vom 8./9. December 1854 f. Preußen im Bundesstag II, No. 66 S. 115 ff.

- 1854 Wahrnehmung genügt habe, um seine Abreise zu beschleunigen.
4. 12. Man mag indeß einer politischen Richtung angehören, welcher man wolle, so wird man es nicht mehr zu verkennen im Stande sein, daß die gegenwärtigen Zeitverhältnisse wohl ernst genug sind, um, wie im J. 1848, Partheiunterschiede unter allen Wohlgesinnten zu verwischen und alle einflußreichen Personen in der Erkenntniß und Verfolgung des eignen — nicht Russischen oder gegen Rußland coalirten — Interesses zusammen zu schließen. Ich glaube, daß vor dieser Nothwendigkeit auch die bei manchen Personen geringere Theilnahme für die Stellung des Prinzen von Preußen zurücktreten, und die Ueberzeugung allseitige Geltung sich verschaffen müsse, daß die Fremdlingseigenschaft des muthmaßlichen Thronfolgers, zumal da seiner Persönlichkeit im In- und Auslande eine nicht gering zu veranschlagende Bedeutsamkeit beigelegt wird, unsere Interessen und namentlich unsere Stellung nach Außen fortbauern beeinträchtigt, des künftigen Nachtheils nicht zu gedenken, der daraus erwachsen dürfte, daß der Vater des zum Thron gelangenden Prinzen den wichtigsten Entschlüssen der jetzigen Regierung gegenüber bald ignorirend bald protestirend sich verhält. Will man ein Mehreres, nämlich thatsächliche Annäherung dieses hohen Herrn an die Handlungen des Cabinets, so wird man bei einiger Einsicht in gewisse Verhältnisse es einräumen müssen, daß der Aufenthalt in Coblenz auf*) die Stimmung des Prinzen ebenso wenig wohlthätig einzuwirken vermag als auf*) seine Gesundheit. Diesen letzteren Gesichtspunkt hat Montauffel vor kurzem dem Könige gegenüber geltend gemacht und vorgeschlagen, daß S. Majestät dem Prinzen noch am letzten Tage Seines Hierseins den Wunsch zu bleiben ausdrücke. Indessen hat der König den Prinzen abreisen lassen. Ist durch die räumliche Entfernung die Herbeiführung einer baldigen

*) Orig.: für.

Rückkehr zwar erschwert, so ist sie doch nicht ganz unmöglich 1854
gemacht. Zuvörderst dürfte es nicht nothwendig sein, daß eine 4. 12.
förmliche Anrufung zur Theilnahme an den Staatsgeschäften
vorausgehe. Vielmehr dürfte eine beide Theile weniger en-
gagirende Einladung z. B. zu einem Hoffest u. dgl. genügen.
Doch durch wen ist dieß zu vermitteln? — Die wenigen mir
zugänglichen Personen, welche in dieser Sache nützlich sein
könnten, halte ich im vorliegenden Falle nicht für geeignet,
einerseits weil sie nicht häufig genug dem Könige nahen,
andererseits den klaren Blick einbüßen, um in dieser Beziehung
unpartheisch vorzugehen. Dagegen frage ich Sie, ob nicht
General G.*) die Sache übernehmen möchte? Könnten Sie
vielleicht dazu mitwirken? oder mir sonst einen andern Weg
bezeichnen? Sollten Sie dazu die Hand bieten, so bin ich gern
bereit, dem General G. — wenn er es erfordern sollte, meine
Dienste gegenüber dem Coblenzer Hofe zur Verfügung zu
stellen, allein Sie werden mich nicht tadeln, wenn ich Bedenken
trage, aus meiner unbedeutenden Stellung heraus die Initiative
zu ergreifen.

Der Traktat vom 2. Dezember**) wird die Situation wohl
bedeutend aufklären; wenn man es wieder für gut hält, sich zu
alliiren, so wird man hoffentlich es nunmehr übers Herz
bringen, sich an einen der wichtigeren Factoren der Coalition
zu wenden, statt an den Gescliepptaueten.

Ihrer verehrten Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen
zu legen und den Ausdruck meiner unbegrenzten Ergebenheit
zu genehmigen, in der verharre

Em. Hochwohlgeboren

gehorsamster

Rosenberg.

Berlin 4. Dezbr. (1854).

*) Gerlach(?)

**) Oesterreichs Anschluß an die Westmächte, Jasmund a. a. O.
CCLXXVIII S. 398 ff.

105.

O. v. Arnim an Bismarck.

Berlin den 6. Dezember 1854.

Lieber Otto.

1854
6. 12. Angesichts der folgenreichen Entschlüssen, die wir bald werden fassen müssen, frage ich bei Dir an, ob Du es nicht möglich machen kannst, unter irgend einem Vorwande etwa als Mitglied der Ersten Kammer auf einige Zeit hieher zu kommen. Ich glaube, es ist die ganze Kälte und nüchterne Berechnung eines klaren Verstandes, der von allen Sympathien und Antipathien absieht, erforderlich, um uns aus der Lage glücklich heraus zu führen, in die wir gerathen und die verwickelter wie je ist. Hier wirst Du gewiß viel Gutes stiften, manches Böse verhindern können, in Frankfurt höchstens das Letztere; komme daher, wenn Du irgend kannst, und zwar bald, ehe es zu spät ist.

In der Zweiten Kammer, in der die Rechte dank dem Ministerio für die rechtzeitige Entnahme einer großen Anzahl ihrer Mitglieder zur Bildung der Ersten Kammer, in glänzender Minorität ist, hat Vinde einen Antrag gestellt, die Thronrede durch eine Adresse zu beantworten. Wie dieselbe gefaßt werden wird, läßt sich leicht denken, denn ich theile nicht die Meinung Derer, welche glauben, es sei überhaupt die ganze Adresse noch zu hintertreiben*). Von allen Seiten erhält somit die Regierung Anstoß, einen festen Entschluß zu fassen, gebe Gott einen glücklichen.

Grüße Mante herzlich von

Deinem

treuen Schwager

Arnim.

*) Der Antrag Vinde auf Erlass einer Adresse wurde schließlich abgelehnt.

106.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Ihrer Hochwohlgeboren wollte ich mir ganz ergebenst ge- 1854
statten, den Ueberbringer dieser Zeilen, Reg.-Assessor von Gund- 12. 12.
lach, der unserer Mission in Karlsruhe beigegeben ist, aufs
angelegentlichste zu empfehlen. Sie werden, verehrtester Herr
v. Bismarck, in der Angelegenheit, über die ich Ihnen in meinem
letzten Briefe zu sprechen wagte*), vielleicht schon etwas gethan
haben. Der Prinz wird natürlich wünschen, das Weihnachtsfest
in dem Kreise der Seinigen zuzubringen, indeß wäre es doch
gut, wenn Er Gelegenheit fände, bald darauf hieher zu kommen,
da die hiesigen Verhältnisse gewiß bald recht ernst und ver-
wickelt werden. Der Vertrag vom 2. Dezember ist zur puren
Annahme für uns schon aus dem Grunde unannehmbar, als
er mehrere Dinge enthält, wie den Notenaustausch vom August
und die Durchmarschverhältnisse in den Donaufürstenthümern,
die uns nicht berühren, oder von denen es vielmehr besser ist,
sich fern zu halten. Auch hat der König überhaupt wenig
Neigung, einen Vertrag einzugehn, selbst wenn er eine ganz
andere Fassung erhielte. Dagegen scheint Manteuffel der Ansicht
zu sein, daß man jetzt den Westmächten sich nähern müßte,
weil es später nicht so ehrenvoll, vielleicht nur gezwungen ge-
schehen wird, weil es jetzt im Interesse des Friedens noch am
vortheilhaftesten ist, und weil wir endlich, wenn wir die
bindende Form den Contrahenten vom 2. Dezember zuge-
stehen, in der Sache vielleicht weniger umfassende Concessionen
werden zu machen brauchen. Indesß sehe ich voraus, daß wir
uns auf einen Notenaustausch beschränken werden. Die Oest-
reicher werden wohl nächstens die incarnirtesten Allirten der
Westmächte sein. Die Illusion, Oestreich von dieser verhäng-

*) S. v. No. 104 S. 223 ff.

1854
12. 12. nißvollen Coalition abzuhalten, war recht trügerisch, und nur zu lange hat man daran festgehalten, weil man die Wiener Zustände nie richtig aufgefaßt hat.

Graf Arnim dürfte ein erstes Opfer der Enttäuschung werden. Sollte Alvensleben gewählt werden und annehmen, so wird er sich vor einer Wiederholung jener Leichtgläubigkeit zu hüten haben, die er bei seiner letzten Mission gezeigt hat, und die uns keinen geringen Schaden verursachen mußte.

Von Thuns Rückkehr*) ist keine Rede mehr, obwohl noch nichts Definitives feststeht. Der König war bei dem gestrigen Galatheater recht stark erhumirt und hat deshalb keinen Cercle gehalten, worüber die Diplomatie etwas ungehalten fortging.

Ihre Frau Schwester habe ich das Vergnügen gehabt, recht wohl zu sehn.

Euer Hochwohlgeboren geehrtester Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und Herrn Wenzel zu grüßen.

	Ihr	
Berlin	aufrichtigst ergebener Diener	
den 12. Dzbr. 54.		Rosenberg.

107.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854
17. 12. habe ich für mehre geehrte Schreiben**) zu danken. Daß dieß bisher unterblieben, hat lediglich seinen Grund darin, daß ich in letzter Zeit durch so vielfache und dringende Geschäfte in Anspruch genommen worden, daß mir keine freie Minute blieb. Heute schreibe ich vor dem Russischen Diner, und Träger dieser Zeilen

*) Als Gesandter nach Berlin.

**) Vom 8./9. u. 11. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 66 und 69 S. 115 ff. 122 f.

wird unser gemeinschaftlicher Freund, der sogenannte kleine 1854
Röder*) sein. 17. 12.

Seit meinem letzten Briefe haben sich die Umstände allerdings wesentlich und in einer Weise geändert, welche hier bedeutend überrascht hat. Ich kann nicht sagen, daß ich unter den Ueberraschten war, denn ich habe Derartiges immer kommen sehen, auch haben die Gesandten in London**) und Paris***) nicht ermangelt, darauf vorzubereiten, wenn schon der alte taube Arnim auch davon kein Wort erfahren hat. Gestern ist mir nun von den drei Gesandten†) der Vertrag††) offiziell mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt worden, und zwar einschließlich des Zusatz-Artikels. Letzteren soll ich sehr geheim halten, ich nehme aber keinen Anstand, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer persönlichen Instruction den Inhalt anzugeben. Dieser geheime Artikel ist ganz kurz, enthält nichts über die vier Punkte und deren Auslegung und sagt nur, daß, wenn der Fall des Art. V eintrete, also der Friede bis Ende 1854 nicht gesichert sei, dann die Bestimmungen des Art. III bereits eintreten, d. h. der Abschluß eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses eintreten soll.

Ich gedenke nun zu der Sache ungefähr folgender Art mich zu äußern, und zwar nach Paris und London: Ihr habt ein Bündniß zur Erreichung des Friedens gemacht, das stimmt mit unseren Ansichten überein, wir sind sogar gegen einen Eurer Mitverbündeten schon in dieser Richtung verpflichtet; dem Vertrage so wie er da liegt, beizutreten, ist ganz unmöglich, denn wir können nicht zugeben, daß, wenn Oesterreich Krieg mit Rußland machen will, wir deshalb dasselbe thun; es muß also

*) Eugen v. Röder.

**) Graf v. Bernstorff.

***) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.

†) Graf Esterházy, Roustier und Bloomfield.

††) Vom 2. December.

1854 mit uns ein besonderer Vertrag gemacht werden, aus dem auch
17. 12. Art. II als auf uns nicht anwendbar, fortgelassen werden muß;
sodann aber müssen wir, bevor wir dazu nur in Unterhand-
lung treten, auf die Oesterreich bereits bekannte Auslegung der
4 Punkte kommen, damit wir causa cognita unsern Entschluß
fassen können; erklärt Euch also hierauf; sodann wollen wir
sehen *).

In Frankfurt bitte ich die Dinge möglichst kühl aufzufassen,
namentlich aber auf den Militair-Ausschuß ein aufmerksames
Auge zu haben und General Reitzenstein**) fortwährend in Füh-
lung zu halten. Es kann nicht in unserem Interesse liegen,
durch Mobilmachungsbeschlüsse u. dergl. gedrängt zu werden;
alle Mittel des Einhaltens werden uns daher erwünscht er-
scheinen. Bedarf es dazu dieseitiger Instructionen, so bitte ich
mir es zu schreiben. Unsere Aufgabe wird überhaupt fortan
sein, möglichst als Europäische Macht aufzutreten, nachdem wir
die Erfahrung gemacht, daß die kleinen deutschen Staaten doch
kein Material, das irgend brauchbar wäre, abgeben. Zum Ein-
halten werden sie aber wohl gern sich pretiren. Das Alles
muß mit möglichster Freundschaft gegen Oesterreich geschehen.
Denn je mehr man Grund hat mit ihm unzufrieden zu sein,
um so weniger darf man ihm Anlaß zu begründeten Beschwerden
geben, um so weniger auch darf man thun, was man in Wien
wünscht. Ganz bestimmt weiß ich, daß man dort nichts leb-
hafter wünscht, als daß uns eine Annäherung an die West-
mächte nicht gelinge, obwohl man uns hier das Gegentheil
versichert. Graf Buol hat gesagt, man werde uns zu den Ver-
handlungen ohne Abhäsion an den Vertrag auf keinen Fall zu-
lassen; ich habe geantwortet, darauf legten wir gar keinen Werth.

*) Vgl. Manteuffels Depeschen nach Paris (London) und Wien
vom 19. December 1854, Jahrbuch a. a. O. I, No. CCLXXXI u. CCLXXXII
S. 402 ff.

**) Preussischer Bevollmächtigter zur Bundesmilitärcommission.

Se. Majestät haben den, wie mir scheint, unglücklichen 1854
Gedanken einer Mission des Herrn v. Usedom nach London sich 17. 12.
nicht ausreden lassen. Er soll der Königin von England be-
sonders antilatholische Reden halten; das hilft jetzt zu gar nichts
und macht nur das annäherungslustige Frankreich böss. Indeß,
was ist da zu thun?

Herr v. Usedom erhält von mir nichts als das Reise-Geld.
Ich gebe ihm keine Zeile mit. Ich schriebe gern noch mehr,
aber meine Stunde hat geschlagen.

Leben Sie wohl. Schreiben Sie mir bald.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Iuer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 17. Dez. 1854.

Monteuffel *).

108.

Assessor Zitelmann an Bismarck.

Der Herr Ministerpräsident ist gestern Mittag zurückge- 1854
kehrt und hat sich sofort nach Charlottenburg begeben, um Er. 31. 12.
Majestät dem Könige Vortrag zu halten. Wie man mir mit-
theilt, sind gestern Depeschen aus Wien und Paris eingegangen.
Nach denselben hätten die Conferenzen in Wien nur einen vor-
läufigen vertraulichen Charakter und wären bestimmt eine Ver-
ständigung über die Präcisirung der 4 Punkte herbeizuführen.
Der schnelle Zusammentritt soll hauptsächlich auf Anlaß des
Grafen Buol stattgefunden haben, der auf diese Weise Preußen
einen neuen Beweis seiner bundesfreundlichen Gesinnung zu
geben beabsichtigte.

*) Bismarck's Antwort vom 19. December 1854, Preußen im Bundes-
tag II, No. 71 S. 124 ff.

1854
31. 12. Man glaubt hier nicht, daß die qu. Konferenzen ein Resultat haben werden, da Oesterreich fest entschlossen sein soll, das Kriegsglück zu versuchen, nachdem Frankreich sich verpflichtet hat, etwaige Unruhen in Italien zu unterdrücken. Nach den Pariser Nachrichten besteht der Kaiser auf der Eroberung Sebastopols und ist in keiner Weise geneigt, einen Frieden ohne dessen Schleifung abzuschließen. — Unter diesen Umständen setzt man in die Wiederherstellung des Friedens nur geringe Hoffnung.

In pflichtschuldiger Ehrerbietung

Euer Excellenz

ganz gehorsamer Diener

Berlin 31. 12. 54.

Zitelmann.

109.

Assessor Zitelmann an Bismarck.

Euer Excellenz!

1855
3. 1. In der orientalischen Angelegenheit ist eine Note von Wien aus hier eingetroffen, in welcher die dießseitige Mobilmachung gefordert wird*), da ein Angriff Rußlands auf die Ostgrenze des Kaiserstaats zu befürchten sei; ferner will Oesterreich am Bundestage den Antrag auf Mobilmachung des halben Contingents stellen. Eine Antwort hierauf ist noch nicht festgestellt, indessen scheint man zur Ablehnung pro tempore bereit. Der Herr Ministerpräsident hat sich heute nach Potsdam begeben, und es ist daher möglich, daß diese Sache zum Vortrag kommt.

Euer Excellenz

ganz gehorsamster Diener

Berlin 3. 1. 55.

Zitelmann.

*) Vom 24. December 1854, Jahrbuch 1, No. CCLXXXIV S. 405 f.

110.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 5. Januar 1855.
in der II. Kammer.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich für die beiden letzten geehrten Schreiben *). Deren 1855
Inhalt ist bei meinem Erlasse nach Wien **) nicht unberücksich- 5. 1.
tigt geblieben. Nur eine Nuance Ihrer Auffassung wollte Se.
Majestät durchaus nicht Platz greifen lassen, nämlich die, daß
wir die Stellung des Zurücktretens stillschweigend acceptiren.
Der König hält dieß für ganz unmöglich und gab mir nicht
undeutlich zu verstehen, daß er glaube, diese Ansicht sei Euer
Hochwohlgeboren von hier aus suppeditiert und zwar von General
v. Gerlach, mit welchem Se. Majestät über dieselbe Sache kürz-
lich eine lebhafte Discussion gehabt ***).

Ueber die Vorgänge in Wien bitte ich Euer Hochwohl-
geboren das unbedingteste Stillschweigen und größte Discretion
zu beobachten; hierfür sprechen zwei Gründe, einmal, daß die
Mittheilung selbst auf sehr vertraulichen Einbliden beruht,
zweitens aber, daß hier mit der Wahrheit in der That schlimmer
Mißbrauch getrieben werden kann, um Oesterreich und nament-
lich den Kaiser durch Compromittirung noch schärfer in das
jenseitige Lager zu treiben.

Die Friedens-Hoffnungen sind im Allgemeinen sehr gering.

*) Vom 1. und 3. Januar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 75
u. 76 S. 180 ff.

**) Vom 5. Januar, Zasmund a. a. O. I, No. CCLXXXVII S. 409 f.,
Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 4 ff.

***) Dieser Ansicht widerspricht Bismarck im Briefe vom 7. Januar,
Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 189 ff.

1855 Die Westmächte machen kein Hehl daraus, daß sie ihn zwar
5. 1. wünschen, aber nicht eher, als bis Sebastopol genommen ist.
Da nun dieser Erfolg ziemlich im weiten Felde liegt und nach
meinen Nachrichten die Russen am 12. Januar sogar in die
Offensive übertreten wollen, so sehe ich die Möglichkeit des
Friedens nicht ab. Fürst Gortschakoff hat sich in der Konferenz
selbst meines Erachtens nicht ganz klug benommen*), so gut er
auch nachher operirt hat.

Des Königs Majestät gaben mir zu bedenken, ob ich Euer
Hochwohlgeboren nicht hierher citiren sollte, um wie Allerhöchst-
derselbe sich ausdrückte „an der Quelle“ zu schöpfen. Ich trage
aber Bedenken dieß gerade jetzt zu thun, wo Sie dort vielleicht
sehr nöthig sind, stelle indeß zur Erwägung, ob Sie es für
angemessen halten, und stelle event. telegraphische Anfrage
anheim.

Soeben sind wir bei der Präsidenten-Wahl gründlich
geschlagen**), und es rückt nun die Frage der Kammer-Auf-
lösung ernstlich näher. Vielleicht könnte man auch nur einfach
schließen.

Meiner Seits muß ich aber schließen, wünsche Ihnen und
den Ihrigen Glück zum neuen Jahr und verharre mit aus-
gezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel***).

Berlin, d. 5. Januar 1855.

*) Orig.: genommen.

**) Gewählt wurde Graf Schwerin-Putzar, der Führer der liberalen
Oppositionspartei.

***) Bismarcks Antwort vom 7. Januar f. Preußen im Bundes-
tag II, No. 77 S. 139 ff. Bismarck reiste am 8. nach Berlin und ab
am 10. Januar beim Könige, Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 268.

111.

Legationsrath Wenzel an Bismarck.

Frankfurt 12. Januar 1855.

Euer Excellenz

kann ich nicht viel Neues von hier melden. Die Situation ist 1855
durch die Eröffnung von Verhandlungen in Wien eine andere 12. 1.
geworden, der Oesterreichische Mobilisirungs-Antrag hat sich
dadurch für den Augenblick von selbst erledigt. Ich zweifle
nicht, daß es unsere Ablehnung gewesen ist, die Oesterreich zu
scheinbarer Nachgiebigkeit in der Form bestimmt hat und daß
es die Mobilisirung eher durchzusetzen glaubt, wenn der Friede
nicht erreicht wird. Denn daß man alle Schuld auf Rußland
schieben würde, ist gewiß. Herr v. Prokesch erzählt hier, daß
Graf Buol es gewesen, der dem Fürsten Gortschakoff die Brücke
zu den Verhandlungen gebaut. Wir hat er gesagt, daß Oester-
reich sich jetzt in London und Paris bemühe, einen Waffen-
stillstand zu vermitteln.

Die Frage, ob und wie Preußen in die Wiener Konferenz
eintreten würde, beschäftigt jetzt die Leute. Wir scheint, daß
Oesterreich nach dem Vertrage vom 20^{ten} April und dem Zusatz-
Artikel nicht ohne uns verhandeln darf und daß, wenn es dies
dennoch thut, diese Verträge dadurch von selbst ihre Wirksam-
keit verlieren. Man sollte aber denken, daß die Westmächte
unsere Zuziehung wünschen müssen. Denn unser Beitritt zu
den etwaigen Verträgen muß ihnen nothwendig sein, und des-
halb werden sie sich wohl schwerlich der Gefahr aussetzen, daß
wir künftig den Beitritt ablehnen, weil wir nicht bei den Ver-
handlungen gefragt sind. — Gestern sind 2 Depeschen, die Zu-
ziehung des Bundes zu den Wiener Konferenzen betr., über

1855
12. 1. Köln eingegangen. Ich werde suchen, darüber die hiesigen Ansichten zu hören, ohne natürlich danach zu fragen.

Herr von Schrendl, den ich heute besuchte, fürchtete, daß Oesterreich den Frieden nicht wolle. Herr v. Brokesch hatte ihm gestern gesagt, daß Oesterreich nicht weiter mit den Westmächten gehen würde, sobald es sich durch die Russischen Anerbietungen befriedigt fühle. Herr v. Schrendl war über diese vague Aeußerung insofern verwundert, als darin die Möglichkeit einer Trennung Oesterreichs von den Westmächten liege. Allein was sind Brokeschsche Reden!

Auffallend war mir eine Bemerkung von Herrn v. Schrendl. Er wiederholte, daß Bayern seine Truppen nicht nach der jetzigen Absicht Oesterreich überlassen würde, fügte aber hinzu, daß man, wenn es zur Mobilmachung käme, einen Bundes-Oberfeldherrn wählen müsse, der dann kein anderer als der General v. Heß sein könne, damit Einheit in das Ganze komme. Ich stellte ihm vor, daß diese Wahl gerade die am wenigsten passende wäre, merkte aber wohl, daß Bayern glaubt, wir würden, um nur keinen Oesterreichischen Oberfeldherrn zuzulassen, uns lieber damit einverstanden erklären, daß die nicht Preussischen und Oesterreichischen Truppen unter einen Bayerischen General gestellt werden.

In einem Zeitartikel der Postzeitung empfahl Herr v. Brokesch vor einigen Tagen die Verbungen als deutsche Sache. Ich habe bei Gelegenheit eines Berichts über diese Angelegenheit, auf welche die Residentur machen soll, den Artikel dem Herrn Minister eingereicht.

Wenzel.

112.

König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann
von Sachsen.

Charlottenburg den 18. Januar 1855.

Allertheuerster Freund,

Als Haupt-Antwort auf Deinen so interessanten und lieben 1855
Brief, send ich Dir anliegend den Entwurf einer Note*), die für 18. 1.
die deutschen Höfe bestimmt ist. Ich hoffe (aber weiß es nicht)
daß ihr Inhalt Deine Wünsche befriedigen wird. Antworte
mir offen und unummunden. Sage mir vor Allem, was Du
als ein Mehreres wünschen möchtest und in wie weit Du das
Austreten Preußens in Deutschland und in specie zu Frankfurt
etwa noch amplificirt, kühner, deutlicher, Andere für die gute
Sache (der Blut-Ersparniß deutscher Landes-Kinder) gewinnender
wünschen möchtest. Ich bin Dir nur gar zu gern gehorham
und sagst Du „nicht 10 sondern 12“, es fehlt noch der und der
Drucker, so thue ich es; wenn es irgend möglich ist.

Ad vocem Usedom kann und will ich Dir mit unummun-
dener Offenheit dienen. Ich habe durch ihn den Engl. Hof
und Cabinet wissen lassen, 1. Ich hätte meine Stellung als
Mitglied der Wiener Conferenz und Consignataire des Proto-
kolls vom 9. April**) allertreulichst erfüllt, auch dann noch, als
die übrigen Mächte mir angekündigt „ich sey aus der — Conferenz
ausgeschieden“ (wegen Alvenslebens Privat-Weigerung, einer
anzusehenden***) Berathung derselben beizumohnen) 2. Diese
meine Stellung, als Glied der Wiener Conferenz, die eine frei-
willige gewesen, wolle ich nunmehr, wenn England es wolle,

*) Vom 17. Januar 1855, Text in Jasmund a. a. O. I, No. CCXCIII
S. 416 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 6 f.

**) Jasmund a. a. O. I, No. CCXIX S. 299 f.

***) Zweimal unterstrichen.

1855 zu einer verpflichteten Stellung, Kraft eines Tractates,
18. 1. verwandeln — aber 3. ein Mehreres als was ich ohnedem
(als Conferenz-Mitglied) gethan haben würde, thäte ich nicht.
So würde ich unter keiner Bedingung den Krieg an Rußland
erklären als in den 4 Fällen, 1. Russ. Marsch auf Byzanz,
2. Incorporation der Donau-Lande, 3. Casus foederis mit Oester-
reich (aus dem Bündniß vom 20. April nebst 2 Zusatz-Artikeln)
u. 4. eine Russische Kriegserklärung, Invasion, Beleidigung zc.

Die Sachen standen nicht gerade günstig aber keines-
wegs schlecht zu London, als ich durch die letzte Antwort
unseres Kaiserl. Neffen (überbracht durch Oberst Edwin von Man-
teuffel) die Erklärung von Preußens Ausschluß von
den Friedens-Verhandlungen, erhalten habe. Jetzt
steht Alles anders! Ich erkläre jetzt zu London und Paris,
daß ich zwar immer noch bereit wäre, einen Traktat mit Beiden
abzuschließen auf der eben angeführten immuablen Grundlage.
Conditio sine qua non sey aber nunmehr geworden „meine
vorhergehende Zulassung zum Friedens-Congreß“

Schluß.

FW.

113.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

Charlottenburg, 22/1. 55.

1855 Bester Manteuffel. Hier ist der Brief König Johanns*).
22. 1. Ich finde ihn durch und durch beherzigenswerth, und glaube,
es wäre gut, daß Bismarck instruiert werde, deutlich die Kriegs-
fälle mit Rußland (als unerschütterliche Norm meines Verhaltens)
herzuzählen. Also „1. Incorporation der Moldau zc., 2. Marsch

*) Nicht vorhanden.

auf Stambul, 3. Angriff der Russen auf Oesterreich, sowohl in 1855
dessen Erbstaaten als in den Fürstenthümern, 4. Beleidigung 22. 1.
Preußens oder des Bundes, 5. Zurücknahme der 4 Punkte
und 6. Kriegs-Erklärung gegen Preußen. Ein Mehreres thäte
Preußen gewiß nicht."

Bedell abonde in unserm Sinne. Er will Sie besuchen
und morgen nach reiflichem Durchdenken geschäftlich mit Ihnen
verhandeln. Vale

FWR.

114.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 23. Januar 1855.

Ew. Hochwohlgeboren finden in der Anlage, ausschließlich 1855
zu Ihrer persönlichen Kenntnißnahme, Abschrift eines Schreibens, 23. 1.
das S. Majestät der König kürzlich an den König Johann von
Sachsen gerichtet haben*). In der darauf erfolgten Rückäußerung
hat Letzterer Sich mit der dieseitigen Auffassung, sowie sie in den
officiellen Schriftstücken und namentlich in dem Circular vom
17^{ten} ausgesprochen ist, im Allgemeinen völlig einverstanden
erklärt, und nur ein recht klares und bestimmtes Aussprechen
in demselben Sinne am Bunde empfohlen. Seine Majestät,
unser Allergnädigster Herr, halten dies ebenfalls für rathsam und
haben mich daher beauftragt, dies Ew. Hochwohlgeboren gleich-
falls zu empfehlen, zu welchem Behufe ich eben das Allerhöchste
Schreiben in Abschrift hier beigelegt, damit Ew. Hochwohl-
geboren sich, namentlich in Betreff der Kriegsfälle gegen Ruß-
land, bei sich darbietenden geeigneten Anlässen in entsprechender
Weise äußern können.

Manteuffel.

*) S. o. S. 237 f. No. 112.

115.

b. Savigny an Bismarck.

Thuerster Freund,

1855
2. 2. Vor allem meinen herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 28. *), welches mir übrigens erst am 30., ohne Postzeichen von Frankfurt auf dem Couvert, zugegangen ist.

In Folge direkter telegraphischer Weisung aus Berlin hatte ich bereits in dem von Ihnen gewünschten Sinne hier gewirkt und die Zusicherung des Herrn v. Müdt **) erlangt, daß Herr v. Seutter ***) angewiesen werden sollte, in Beziehung auf die Wahlfrage des Bundesfeldherrn zu erklären, daß Baden in dem gegenwärtigen Stadium von Betreibung dieser Angelegenheit Abstand nehme.

Baiern hofft, wie ich annehme, aus der gegenseitigen Jalousie von Oestreich und Preußen den Vortheil für sich in Anspruch zu nehmen, den eine neutrale Wahl eines Feldherrn jetzt haben könnte. Meine Berichte sende ich Ihnen offen. Die Situation, wie sie sich jetzt gestaltet hat, kann man als eine durchaus günstige für Preußen acceptiren. Doch wird es sich jetzt darum handeln müssen, auch für die spezifisch Preussische Politik bestimmte Zielpunkte ins Auge zu fassen. Dann erst steuern wir mit Sicherheit vorwärts. Das Hemmen der Oestreichischen Ambition ist für uns zwar schon ein bedeutendes Resultat, es wird sich aber wieder vernichten, wenn wir nicht endlich einmal aus der bloßen Negation heraustreten. Für das

*) Nicht veröffentlicht; Concept nicht vorhanden.

**) Freiherr Müdt von Collenberg-Bödigheim, badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Seutter von Böhen, Oberst, badisches Mitglied der Bundesmilitärcommission.

erste handelt es sich darum, Deutsche Politik zu treiben, und in dieser findet unsere europäische Position den unerläßlichen Boden. Wir müssen uns aber auch davor hüten, bloß als eine Avantgarde von Rußland zu erscheinen, sonst ist die Agitation gegen uns allzuleicht. 1855
2. 2.

Den kleineren deutschen Genossen gegenüber ist es erforderlich, mit voller Sicherheit und vollem Selbstbewußtsein aufzutreten, nicht um ihre Allianz zu werben, sondern uns zu ihrem Schutze bereit zu erklären, doch nur auf dem Boden der Bundesverträge, die zur Zeit ganz Europa gegenüber einen festen rempart bilden können.

Ihre Ansicht über das Unzweckmäßige der Wedellschen Sendung *) erkenne ich vollständig an; es schwächt unsern gegenwärtigen Sieg über Oestreich vollständig ab; und wird nach dieser Richtung hin exploitirt werden.

Jetzt Festigkeit und Courage in Berlin, so ist alles gewonnen, nur muß man wissen, welchem Ziel man zusteuert, und nicht bloß, wie man Verlegenheiten aus dem Wege gehen will.

In Berlin ist alles zu durchsichtig, und das macht es unmöglich, im Auslande das volle moralische Gewicht Preußens zur Anerkennung zu bringen.

Theilen Sie mir wiederum durch Ihre Fingerzeige einige Gesichtspunkte mit, die mir hier dienen können. Ich bin jetzt wieder recht thätig und gern.

General Willisen und Schlegell sind hier angelangt, um Miniébüchsen zu besehen. Eine militairisch-politische Bedeutung hat ihre Sendung nicht. Doch wird man dies glauben, und das thut zur Zeit nichts.

*) nach Paris. Zweck der Sendung Wedells, wie der Ugedoms nach London war zu ermitteln, ob und auf welcher Basis Preußen seinen Beitritt zur Convention vom 2. December 1854 vollziehen sollte.

1855 Wie denken Sie Sich eventuell die Wahl des Bundes-
2. 2. feldherrn?

Meine Frau grüßt, und ich empfehle mich der Ihrigen.

Ihr

treu ergebener

Carlsruhe, d. 2. Februar 1855.

Savigny.

116.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1855 danke ich verbindlichst für Ihre Mittheilung von gestern*). Sie
5. 2. enthält zum Theil die Antwort auf meine kurz vorher ab-
 gegangene telegraphische Anfrage.

Von hier wird alles Mögliche geschehen, um in dem von
Euer Hochwohlgeboren angedeuteten Sinne zu wirken. Ein
Umstand aber ist, wie Sie wissen, unsere Schwäche und unsere
Stärke zugleich, nämlich der, daß wir schnell bedeutende Truppen-
Massen aufzustellen im Stande, aber nicht in der Lage sind,
dieselben, namentlich die Landwehren, stehen zu lassen.

Nichtsdestoweniger unterliegt es gar keinem Zweifel, daß
wir im Falle einer Französischen Invasion in Süddeutschland
nicht nur aufstellen, sondern auch marschiren würden, und habe
ich davor, daß dieß hier Schwierigkeiten finden möchte, nicht
die geringste Besorgniß. Letztere bezieht sich nur auf das
Stadium, welches jeden Falls eintreten wird, wo die fran-
zösischen Truppen in Frankreich versammelt sind, und nun den
Süddeutschen Regierungen successiv stärker und stärker zugeredet

*) Schreiben vom 3. Februar 1855, Preußen im Bundestag II,
No. 86 S. 154 ff.

resp. gedroht wird, ohne daß die Grenze berührt oder ein Mann 1855
in Bewegung gesetzt wird. Während dieser Zeit, die beliebig 5. 2.
ausgedehnt werden kann, Truppen aufzustellen, ist für uns fast
unmöglich. Ich bin übrigens der festen Ueberzeugung und es
wird wichtig sein, diese den süddeutschen Regierungen beizu-
bringen, daß ehe man unserer nicht ganz sicher ist, keine
60000 Franzosen nach den Donau-Fürstenthümern marschiren,
noch weniger in Süddeutschland sich etabliren, vorausgesetzt
freilich, daß die süddeutschen Staaten nicht selbst die Garantie
ihrer Sicherheit übernehmen und ihre Armeen mit den fran-
zösischen vereinen. Etwas Muth sollten diese Herren doch auch
wenigstens affectiren.

Ueberhaupt kann ich nicht dringend genug warnen, diesen
Herren und ihren Gesandten zu viel zu trauen. Eine halbe
Stunde, nachdem ich Euer Hochwohlgeboren Schreiben von
vorgestern *) erhalten, erfuhr ich, daß man im französischen
Gesandtschafts-Hôtel sogar die Worte kannte, welche Euer Hoch-
wohlgeboren in jenem Schreiben und vermuthlich auch in der
darin erwähnten vorläufigen Besprechung **) gebraucht hatten.
Namentlich wurde mir gesagt, Euer Hochwohlgeboren hätten
vorgeschlagen, vorläufig Herrn Prokesch einen Blick in das
Arsenal thun zu lassen, welches die Bundes-Verfassung gegen
Oesterreichs Vorgehen biete, und hätten die Zusicherung ertheilt,
daß in den westlichen Provinzen Preußens einige Armee-Corps
mobil aufgestellt werden würden. Herr Moustier versichert,
daß ihm dieß von einem der Herrn, die Euer Hochwohlgeboren
zu Ihren besten Freunden rechnen, unmittelbar direct mit-
getheilt worden. Ob dieß möglich, werden Euer Hochwohl-
geboren am besten zu beurtheilen im Stande sein.

*) Preußen im Bundestag II, No. 85 S. 153 f.

**) mit den Bundestagsgesandten von Württemberg (v. Steinhard),
Sachsen (v. Rostitz u. Fandenborf) und Mecklenburg (v. Derffen-Deppin).

1855
5. 2. Das Gefährliche, worüber man sich durch die in letzter Zeit erlangten Erfolge nicht täuschen lassen darf, bleibt immer, daß wir in der Zeit der eigentlichen Krisis auf unsere Bundes-Genossen nicht rechnen können, vielmehr die Desertion zu erwarten haben. Dieser Umstand darf unsere Handlungen nicht bestimmen, muß aber in dem Calcül berücksichtigt werden.

Von den Westmächten wird jetzt wieder schärfer gedrängt. Die Franzosen kündigen die Blockade der Ost-See-Häfen für den Fall an, daß wir fortfahren Waffen nach Rußland auslaufen zu lassen.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichnete Hochachtung

Ihr Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 5/2. 55.

Monteuffel *).

117.

b. Savigny an Bismarck.

Theuerster Freund,

1855
8. 2. Anliegend meine neue Sendung nach Berlin zu gefälliger Einsicht.

Marshall handelt bestimmt nur nach den ihm ertheilten Instructionen. Die Schwentung liegt hier und documentirt sich sehr sichtbar. Aehnliche jämmerliche Erfahrungen werden wir mit nächstem überall machen. Von dem Großherzog von Darmstadt schrieben Sie mir ja neulich auch**), daß er indig-

*) Bismarck's Antwort vom 11. Februar s. Preußen im Bundes-tag II, No. 91 S. 164 ff.

**) Der Brief ist noch nicht veröffentlicht.

nirt sey über Oesterreich, und jetzt agirt er dessenungeachtet gegen uns. 1855
8. 2.

Die Sache ist hier aber eine andere, und ich werde sie, soweit es geht, auch persönlich aufnehmen.

Willisen hat hier durchaus nicht politisirt. Er kam von Erfurt, nicht aus Berlin und reiste von hier nach Suhl zu der Gewehrfabrik.

Sein Auftreten hat aber alles in Bewegung gesetzt und ist möglicherweise geschickt benutzt worden, um Baden noch weiter nach Oestreich hinüberzuführen, damit der Verdacht ganz wegfiel, als handle es sich um einen militairischen Anschluß an Preußen.

Die Berichte des Herrn v. Meysenbug*) aus Berlin, der sehr genau mit Esterhazy zusammenhängt, mögen hier auch dahin gewirkt haben, daß man an ein schnelles und plötzliches Umschlagen von Preußen zu den Westmächten geglaubt hat.

Unser Kampf mit Oestreich, auch der diplomatische, ist ein ungleicher. Bei Oestreich setzt man die größte Festigkeit voraus, bei unserem Cabinet schließlich immer Nachgiebigkeit. Ersterem sind alle Mittel gleich, um zum Erfolg zu kommen, wir können weder versprechen noch drohen! Das fühlt sich in kritischen Momenten, so wie in dem gegenwärtigen, gleich durch.

Niemand fürchtet uns, und dafür hat unsere Politik seit 1848 redlich gesorgt.

Ganz der Ihrige.

Savigny.

Carlsruhe, d. 8. Februar 1855.

*) Badischer Gesandter in Berlin.

118.

Graf Alexander Rehsferling an Bismarck.

Mailail, d. 13/25. Februar 1855.

Theurer Jugendgenosse.

1855
25. 2.

Deine Zeilen vom 29^{ten} Dec. *) durch einen Reisenden des Hauses de Luze wurden mir in Mitau übergeben, wo ich mich einige Tage unter alten Bekannten mit heiteren Erinnerungen ergötzte. Sie trugen so sehr dazu bei, mich in die Zeiten der eignen jugendlichen Träume zurückzuversetzen, daß Mr. Cayard bei der Entdeckung der ersten Keilschriften von Niniveh nicht größere, gewiß aber weniger begründete Freude empfunden hat, als mir der Anblick Deiner Schriftzüge erregte. Sie sind fester geworden, übrigens unverändert und zeugen von mehr Charakter, als ein Diplomat mit Bequemlichkeit gebrauchen kann, wie es mir an den verschiedenen Höfen, die ich mit den Augen eines Paläontologen bisher habe beobachten können, geschehen hat. Erinnerst Du Dich nicht dessen, daß Du mir in wahrscheinlich lichten Momenten vorhergesagt hast: Constitution unvermeidlich, auf diesem Wege zu äußeren Ehren, außerdem muß man innerlich fromm sein? Ich wollte Dich besternte Excellenz als weiser Pilger, als armer Bruder Graurock, als ein Versenkter in den Freuden des ewigen Geistes dann aufsuchen. Das Geschick hat gezeigt, daß ich in der Ausführung der Jugendträume schwächer gewesen bin als Du. Nachdem ich in einer innigen Allianz mit dem Präsidenten der Geologischen Gesellschaft von Frankreich und England, — die beiläufig sich besser bewährt hat als die entsprechenden politischen Alliancen, — Rußland geognostisch durchforscht hatte und in hochmüthiger Selbstzufriedenheit auf den einsamen Pfaden der Wissenschaft

*) Concept nicht vorhanden.

nach neuen Eroberungen für den menschlichen Verstand herum- 1855
jagte, wurde mir die Verpflichtung zu Theil, eine Frau glück- 25. 2.
lich zu machen, ein Landgut mit den hier zu Lande daran
hängenden Regierungs-Verpflichtungen einträglich zu bewirth-
schaften, Kinder zu erziehen, ja selbst große Lämmer zu bessern.
Von der einen Seite standen Tausende längst verstorbener,
höchst interessanter, urweltlicher Bestien; — von der anderen
Seite meine Mitmenschen, unter denen, nicht zu läugnen, recht
langweilige; wäre nicht die Nothwendigkeit des schändlichen Ge-
werbes und Erwerbes hinzugetreten, ich hätte mich nicht ent-
schlossen, die im Capua der Gedankenwelt verwöhnten Hände
an die raue Wirklichkeit zu legen. Nach hartem Kampfe ist
es mir gelungen, den stolzen Verstand zu bändigen und die
Aufgaben des Herzens zu würdigen. Also meine Frau hält
jetzt sehr viel von mir, meine Bauern sind unter meiner
Regierung zufriedener als zuvor, an Kindern habe ich als Natur-
forscher nur eines von jeder Sorte mir angelegt, ein Weiblein
und ein Männlein, mit denen ich mich gern beschäftige und die
mich dafür lieben. Ich erziehe vortreffliche Pferde, feine Schafe,
edle Schweine und mittelmäßige Kinder; steigere den Ertrag
von Feldern und Wiesen durch Be- und Entwässerung, habe die
Frohne abgelöst und mich zum Präsidenten des Esthländischen
Vereins der Landwirthe aufgeworfen. Ein esthländischer Land-
wirth ist übrigens ein universeller Mensch, namentlich ein Jurist.
Ich spreche daher in meinem Hause Recht über die 10 Tausend
Menschen meines Kirchspiels, der Pastor schreibt es auf. Auf
den Landtagen hört man mich an, und ich sitze im Rathe der
Männer in Reval. Im Kleinen habe ich auch erfahren, daß
Politik dasjenige Gebiet ist, auf dem mit dem größten Auf-
wande von Charakter und Geist das Geringste producirt wird.
Willst Du ein Land sehen, wo man ohne Bureaukratie lebt
und zwar viel besser als mit studirten Juristen und Schreibern,
so komme her. Mein Magen gewährt mir weniger Freuden;

1855 ich bin mäßig. Auf einen Wolf habe ich vor 6 Wochen vorbei-
25. 2. geschossen, bin eben ein unvollkommener Jäger geblieben.

Schreibe mir, wenn Deine Zeit es erlaubt, über Reval, Mannafer nach Raitküll, lauter R's. Gott erhalte Dich, und führt er uns mal zusammen, so wird es ein froher Tag für Deinen alten Freund sein. Neuer Freund ist ein neuer Wein, laß ihn alt werden, so wird er Dir wohl schmecken!

Alexander Heyserling.

119.

b. Savigny an Bismarck.

Theurer Freund,

1855 Anliegend eine kleine durchaus nicht interessante Expedition.
27. 2. Nehmen Sie davon Einsicht, wenn es Ihnen behagt.

Der Abgang von Prokeisch wurde hier schon seit 3 Wochen als sicher angenommen. Was sagen Sie dazu? Nechberg ist viel geistvoller und weit gefährlicher für uns.

Wie steht es in Berlin? Kommt der Vertrag in Paris zu Stande?

Wer geht von uns nach Wien? Was denkt man in Berlin über den Bairischen Oberfeldherrn? Bitte um einige Worte der Erwiderung.

Werden wir mobil machen?

Wie steht Manteuffel mit seiner Kreditforderung zu der Majorität der Kammern?

Tausend Schönes Ihrer gütigen Gemahlin.

Ihr

Carlsruhe, d. 27. Februar 1855.

Savigny.

Kommt der Prinz von Preußen noch nach Frankfurt?

120.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 2. März 1855 11 Uhr 50 Min. (chiff.).

Eing. Frankfurt a. M. 2. März 1855 12 Uhr 45 Min.

Die Erkrankung des Kaisers von Rußland hat, wie die soeben eingehende telegraphische Depesche meldet, eine so gefährliche Wendung genommen, daß sein baldiges Ende erwartet wird. Er hat bereits die heiligen Sacramente erhalten. Dieß zu Ihrer persönlichen Notiz.

1855
2. 8.

Manteuffel.

121.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerster Freund,

Nach langem Stillschweigen hören Sie heute einmal wieder von mir. Einsicht in meine unbedeutende Berichterstattung steht Ihnen zu Gebote. Haben Sie etwa einstweilen genaue Kenntniß erlangt von einer andern geheimen Circulardepesche Oesterreichs, welche nach Angabe des Herrn v. Manteuffel an die vom 11. Januar*) anschließend die Drohung enthielte, Oesterreich werde ausscheiden aus dem Deutschen Bunde, falls man ihm nicht unbedingt folge**)?

1855
5. 5.

*) Muß heißen: 14. Januar. In dieser (Zasmund a. a. O. I, No. CCXCI S. 418 f.) wurde den deutschen Regierungen mitgetheilt, daß der Präsidialgesandte trotz Preußens abweichender Ansicht Weisung erhalten habe, beim Bunde die Mobilisirung der halben oder ganzen Contingente und die Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu beantragen.

**) Eine erste geheime Circulardepesche erging am gleichen Tage und war nur an einzelne, der österreichischen besonders befreundete

1855

5. 5.

Bitte darüber einige Worte Antwort.

Hier ist man viel vorsichtiger geworden; der Regent hat wohl eingesehen, daß der Gang seines Ministers ihn isoliren werde, und daß er sich Preußen entfremde, was er natürlich weniger wünscht als sonst jemand.

Die Anwesenheit Ihres Collegen Nielmansegge hat seiner Zeit in Karlsruhe ganz gut gewirkt. Ich fand den Hannoveraner in der Orientalischen Sache sehr vernünftig. Er gestand es, daß ihm Graf Rechberg nach seiner Ankunft in Frankfurt a/M.*) gesagt habe: „Prokesch überläßt mir die Oesterreichische Stimmführung ganz isolirt in der Bundesversammlung, wir haben vorläufig alles Terrain verloren.“ Hat Rechberg seitdem wieder Stimmen gewonnen?

Wie liegt die Sache überhaupt für uns, haben unsere Genossen einigermaßen Muth, bei ihrer bessern Ueberzeugung fest auszuharren?

Die Zeit ist jetzt für uns, nutzen wir diesen günstigen Umstand!

Regierungen gerichtet. Sie enthielt die Frage, ob sie, falls kein dem österreichischen Antrag günstiger Beschluß am Bunde zu Stande komme, bereit seien, ihre Truppen Oesterreich zur Verfügung zu stellen, gegen Gewähr ihres Besitzstandes und einen entsprechenden Antheil an dem durch den Krieg erlangten Gewinn (Jaschund a. a. O. I, No. CCXCII S. 415 f.); vgl. Manteuffels Erlaß vom 30. Januar an den Gesandten Graf Arnim in Wien, Denkwürdigkeiten III, 7 f.; ihr folgte am 25. April eine zweite mit der Androhung des Austritts Oesterreichs aus dem Bunde, wenn sich die deutschen Bundesgenossen nicht durch Bundesbeschluß oder einzeln in verbindlicher Weise für Oesterreichs Politik erklärten, vgl. Bismarcks Berichte vom 30. April, 5., 8., 18. Mai, 9. u. 12. Juni, Preußen im Bundestag II, No. 119 S. 216, No. 122 S. 220 f., No. 123 S. 222 f., No. 124 S. 223 ff., No. 129 S. 231 ff., No. 130 S. 234. Mit dem zuletzt erwähnten Schreiben übersandte Bismarck dem Minister eine Abschrift der Depesche.

*) Am 3. März führte Freiherr v. Prokesch den Grafen Rechberg als seinen Stellvertreter in die Bundesversammlung ein.

Wie stehen Sie denn jetzt mit Manteuffel?

1855

Ihrer Frau Gemahlin bitte ich mich herzlichst zu empfehlen. Sie selbst aber, lieber Freund, mögen mir treu und gut bleiben.

5. 5.

Ihr

Savigny.

Carlsruhe, Freitag den 5. May 1855.

122.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

werden heute eine Circular-Depesche erhalten, mit welcher Sie hoffentlich zufrieden sein werden. Sie erlauben mir aber bei dieser Gelegenheit noch privatim eine Bitte auszusprechen, welche dahin geht, daß Sie in Ihren Aeußerungen recht vorsichtig sein wollen.

1855

10. 5.

Euer Hochwohlgeboren wissen, auf welchem Terrain Sie sich bewegen, daß Frankfurt a/M. das erste Nestschneest der Welt ist, daß die kleindeutsche Diplomatie das erbärmlichste Wesen der Welt ist. Euer Hochwohlgeboren können sich aber auch kaum denken, wie das Echo, welches von Frankfurt her zu uns kommt, wunderbar und verdreht klingt, wie die hiesigen faulen Geister die Aeußerungen Euer Hochwohlgeboren colportiren und verdrehen und Consequenzen daraus ziehen, die ganz unglaublich sind.

Perls wie Meysenbug und Consorten machen sich ein Vergnügen daraus, die Gunst des französischen Gesandten sich mit Referaten und Glossen über Ihre Aeußerungen zu erkaufen, und so sehr ich dieß verachte, so meine ich doch, daß man diesen

1855 Schurken die Möglichkeit solcher Insamien möglichst wenig
10. 5. geben sollte.

Leben Sie wohl. Nächstens mehr.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Iuer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 10/5. 55.

Manteuffel.

123.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegramm.

Abgegangen in Berlin den 26. Nov. 1855 9 Uhr 9 Min. Nachm.

Angelommen in Frankfurt a. M. den 26. Nov. 1855 9 Uhr 43 Min. Nachm.

1855 Des Königs Majestät werden Iuer Hochwohlgeboren zur
26. 11. Eröffnung des Landtages gern hier sehen, überlassen es aber
Ihrer Beurtheilung, ob wichtige Gründe Ihrer Herkunft ent-
gegenstehen.

v. Manteuffel.

124.

Leopold v. Gerlach an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Charlottenburg den 26. Nov. 1855 12 Uhr 22 Min. Nachm.

Angelommen in Frankfurt den 26. Nov. 1855 2 Uhr 20 Min. Nachm.

1855 Ihre Zuschrift vom 24. *) habe erhalten und dem Könige
26. 11. vorgetragen. Der König erwartet Ihr Erscheinen im Herren-
hause, wenn nicht besonders wichtige Geschäfte in Frankfurt
Ihr Dortbleiben nöthig machen.

v. Gerlach.

*) Bismarcks Brief an Gerlach vom 24. November f. Ausgabe
von H. Kohn, S. 261 f.

125.

General Graf Münster an General Gerlach*).

[Ende Dez. 1855.]

Hier der ebenso interessante als unterhaltende Brief meines 1855
alten Schulkameraden. Er fragt nach meinen Aeußerungen. — ? 12.
Ich sage: Rußland macht einen schlechten Frieden, wenn man
die Form nur irgend genießbar bereitet und sich der gros mots
enthält. Wäre ich Kaiser Alexander, so würde ich den schlechten
Frieden nicht annehmen. Er braucht es nicht. Die schwarze
Meer-Flotte war kein Luxusartikel — Rußland bedurfte der-
selben, um Gewicht in die orientalischen Fragen zu werfen.
Hätte man zur Zeit der Menzikoff'schen Sendung**) gewußt,
was man wollte, oder die Tragweite derselben in Petersburg
übersehen, so wäre mit Hülfe jener Flotte und einiger Energie
alles leicht zu machen gewesen. Bei Sinope zc. arbeitete sie
gut — und war überhaupt mehr werth als eine gleiche Zahl
von Schiffen in der Ostsee.

Sagen Euer Excellenz an Bismarck neben meinem Gruß,
daß ich seinen Bericht mit Hingebung bei einer Stubenwärme von
etwa 20° vorgelesen, und daß er mir wie herrliche Musik gegen
das Gewäsch von Reumont, Wagener und Goltz zc. erschienen
sei, trotzdem mir die Zunge gegen das Ende allerdings wie
ein lederner Lappen im Munde gehangen hat.

Das Bild: „Bodelberg mit dem Ueberschuh“ — ist kostbar
und verdient eine sichtliche Darstellung***).

G. Münster).

*) Der Brief ist undatirt, doch beweist die Bezugnahme auf Bis-
marck's Brief an Gerlach vom 21. December 1855 (Ausgabe von G. Kahl,
S. 262 ff.), daß er Ende des Jahres 1855 geschrieben ist.

**) Nach Constantinopel, März 1853.

***) S. a. a. O. S. 265.

126.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover den 29^{ten} Dec. 1855.

Verehrtester Freund!

1855
29. 12. Der am 22^{ten} d. erfolgte Erlaß des Gesetzes, die Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe betr., wird ohne Zweifel ein gewaltiges Geschrei nicht nur bei den Demokraten und Constitutionellen verursachen, sondern auch bei sonst gutgesinnten aber zu sehr an Formen klebenden Conservativen. Es ist überhaupt zu erwarten, daß dies Gesetz die verschiedenartigste Beurtheilung erfahren wird. Da es meinem Collegen und besonders mir daran gelegen ist, daß dieser Schritt der Königl. Regierung bei Ihnen, verehrtester Freund, in seinem wahren Lichte erscheint, erlaube ich mir Ihnen Abschrift von einer Circular-Depesche zu übersenden, welche die Motivirung des Gesetzes enthält. Zugleich verfehle ich nicht hinzuzufügen, daß uns hauptsächlich zwei Vorwürfe gemacht werden werden, nämlich erstens der, daß der § 122, auf den das Gesetz sich stützt, nicht zutreffend ist, und zweitens, daß bei der bevorstehenden nahen Zusammenberufung der Stände der Erlaß des Gesetzes ein Eingriff in deren Befugnisse sei. In Bezug auf den ersten Punkt bemerke ich, daß allerdings der § 122 auf andere Fälle als den vorliegenden zielt. Dem Wortlaute nach aber paßt er, denn es ist wahrlich ein außerordentlicher und auch das Staatswohl ernstlich bedrohender Fall, wenn eine Schmähschrift wie die Aüricher ungestraft bleibt, wenn es den Unterthanen erlaubt ist, ihrem Souverän Wortbruch vorzuwerfen und dem Bunde und der Regierung Hohn zu sprechen. Wollte man die Königliche Autorität nicht im Schmutze liegen lassen, so mußte schnell geholfen werden und einem Scandale Einhalt geschehen, der alles Regieren unmöglich macht. Was

sodann den zweiten Vorwurf betrifft, so erkenne ich an, daß 1855
vom ständischen Standpuncte aus der Erlaß des Gesetzes so 29. 12.
kurz vor der Zusammenberufung der Kammern eine Be-
schränkung der ständischen Mitwirkung begreift. Aber will man
den Zweck, so muß man auch vor den Mitteln nicht zurück-
schrecken. Ein solches Gesetz durch die Kammern zu kriegen,
ist unmöglich, und hatten wir daher nur die Wahl, das Gesetz
ohne ständische Mitwirkung zu erlassen oder nichts zu thun.
Außerdem muß man nicht übersehen, daß die Stände das Recht
haben, auf Wiederaufhebung des Gesetzes anzutragen und die
Regierung verpflichtet ist, diesem Antrage dann Folge zu
leisten.

Mit der Bitte, unseren jüngsten Schritt in der Reaction
aus diesem Gesichtspuncte zu betrachten, sage ich Ihnen ein
herzliches Lebewohl und bitte Sie mir Ihre so werthen freund-
schaftlichen Gefinnungen zu bewahren.

Der Ihrige

A. Gr. v. Platen*).

127.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 2/12. 56.

Verehrtester Freund!

Goeben erhalte ich die Nachricht, daß der Königl. Dänische 1856
Minister Scheel von Altona, wo er sich seit einigen Tagen be- 2. 12.
findet, nach Berlin sich begeben wird. Der Zweck dieser Reise
ist eine Entrevue mit Herrn von Manteuffel, den er von den
Gefahren in Kenntniß setzen will, welche eine Beschwerde in
der holsteinischen Angelegenheit am Bunde zur Folge haben

*) Bismarck beantwortete den Brief laut handschriftlicher Notiz
am 7. Januar 1856.

1856 würde. Er will Ihrem Minister-Präsidenten vorstellig machen,
2. 12. daß eine Intervention des Bundes den Sturz des Ministerii,
die Abdankung des Königs, den Sieg der scandinavischen Partei
und die Gründung der scandinavischen Union zur Folge haben
werde. Diese letztere Perspektive soll der Schreckschuß für Ihr
Gouvernement sein, was ein Scandinavien nicht mit gleich-
gültigen Augen ansehen könne. Zugleich will er bei Herrn
von Manteuffel die Ansicht zur Geltung bringen, daß die Be-
völkerung Holsteins für das jetzige gouvernementale System
und nur die Ritterschaft dagegen sei, um auf diese Weise
Sonderinteressen zu verfolgen; finden seine Vorstellungen Gehör,
so will er mit illusorischen Concessionen hervorrücken und da-
mit den Frieden mit Preußen ertausen. Die Befürchtungen,
die Herr v. Scheel in Berlin rege machen will, sind völlig un-
begründet. Die scandinavische Partei in Dänemark ist nicht
im Geringsten gefährlich, da sie weder zahlreich noch mächtig
ist. Herr v. Scheel exploitirt diese Gespenstergeschichte zu seinem
eigenen Vortheile. Es ist dies ein *mot d'ordre*, welches er allen
Repräsentanten im Auslande gegeben hat. Ich weiß aus zu-
verlässiger Quelle, daß er in Petersburg, London und Paris
in diesem Sinne wirken läßt. Sorgen Sie nur dafür, mein
verehrtester Freund, daß diese unbegründeten Befürchtungen
nicht in Berlin Wurzel fassen und daß man sich dort nicht mit
unbedeutenden Concessionen abspeisen läßt, die Dänemark ge-
statten würden, die Herzogthümer wie bisher mit Füßen zu
treten. Ich baue auf Ihren deutschen Sinn für Recht. —

Von Paris wird mir soeben Folgendes über die Neuen-
burger Angelegenheit geschrieben:

Ayant eu occasion de voir hier le Comte Walewski*), je
lui ai parlé des affaires de la Suisse et de la persistance du
conseil fédéral à refuser la mise en liberté des prisonniers.

*) Französischer Minister des Auswärtigen.

„Nous avons été très mécontents, m'a-t-il dit de ce refus, 1856
et nous avons tout fait pour obtenir le résultat désiré. Mon- 2. 12.
sieur Dufour*) qui était parti d'ici bien pénétré du prix que
nous attachions à cette concession, a fait part au conseil fédéral
de l'espoir très fondé, qu'aurait eu ensuite le gouvernement
français de pouvoir par ses bons offices à Berlin faire résoudre
la question de Neuchâtel selon le vœu de la Suisse. Toutes
nos instances ont été vaines, le refus a été formel. — L'on
nous a demandé pour prix de la mise en liberté des pri-
sonniers une garantie formelle relative à Neuchâtel que nous
ne pouvions donner. Par suite il ne nous restait autre chose
à faire que de nous retirer de l'affaire, de rendre à la Prusse
sa parole et sa liberté d'action. Que résoudra-t-on à Berlin
en regard d'une situation où l'on s'est engagé d'honneur, je
l'ignore et selon le parti qu'on y prendra, les conséquences en
deviendront plus ou moins graves. Une invasion en Suisse
ne serait pas une chose indifférente, la neutralité et l'in-
dépendance de ce pays étant placées sous une garantie
européenne.“

So hat sich Walewski ausgesprochen. Der Rückhalt, mit
dem er es gethan, scheint mir ein Grund mehr zur Annahme
zu sein, daß man Ihrerseits sehr vorsichtig zu Werke gehen
muß. Uebrigens scheint mir aus der Thronrede hervorzugehen,
daß man nochmals Verhandlungen mit den europäischen Groß-
mächten anzuknüpfen gedenkt.

Von Baiern ist mir eine Instruction mitgetheilt, welche
Herr v. d. Pfordten dem Herrn von Schrenk in der Neuen-
burger Angelegenheit ertheilt hat. Pfordten trägt Schrenk auf,
in vertraulichem Benehmen mit Ihnen zu erwägen, was nun
weiter zu thun sei, insbesondere, ob auf diejenigen Verhand-
lungen eingegangen werden solle, zu welchen die Schweiz sich

*) Schweizerischer General.

1856
2. 12. bereit erklärt hat und ob etwa der Bund seine Vermittelung anbieten solle. Diese Instruction ist mir mitgetheilt und Herr von d. Pfordten wünscht meine Ansicht zu wissen. Mir scheint, daß die Bundesversammlung nichts weiter zu thun hat als weitere Anträge Preußens abzuwarten.

Leben Sie wohl, verehrtester Freund, und verzeihen Sie, daß ich Sie mit diesen Zeilen belästigt habe.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

128.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 9/3. 57.

Verehrtester Freund,

1857
9. 3. Bei Ihrer letzten Anwesenheit hieselbst habe ich Ihnen, wie Sie wissen, ein Pro Memoria der holsteinischen Conservativen nebst meinen Bemerkungen mitgetheilt, habe aber dabei die Bitte vergessen, beide Actenstücke streng confidentiell zu behandeln und vor allen Dingen den holsteinischen Conservativen gegenüber, falls dieselben in nächster Zeit nach Frankfurt kommen sollten, nichts von meiner Indiscretion zu sagen, da ich eigentlich zu einer Mittheilung weder beauftragt noch befugt war. Ich darf also in dieser Beziehung so wie in allen übrigen auf Ihre Discretion zählen. Wahrscheinlich wird mein Vetter Baron Blome in nächster Zeit nach Frankfurt kommen und ich möchte nicht gerne, daß er erführe, daß ich sein Opus Ihnen mitgetheilt habe. Gelegentlich senden Sie wohl mein Exemplar mir zurück, da ich es zu meinem Pro Memoria nöthig habe.

Ist es wahr, daß Oesterreich dem Berliner Cabinet seine vollständige Mitwirkung in der holsteinischen Sache zugesagt hat unter der Bedingung, daß Preußen in der Piemontesischen Frage auf Seiten Oesterreichs trete? Es wird mir dies von

Paris geschrieben, und es wäre mir erwünscht zu wissen, ob und inwieweit diese Nachricht begründet ist. 1857
9. 8.

Ueber die Angelegenheit der Jahde-Bahn habe ich Erkundigungen eingezogen. Eine directe Bahn von Minden auf den Jahde-Busen können wir nicht zugeben, da sie unserem Interesse in materieller Beziehung entgegen ist. Dagegen sind wir nicht abgeneigt, eine Bahn von Osnabrück nach Oldenburg zuzugeben, wenn Preußen uns dagegen einige Concessionen in Bezug auf andere Bahnen macht. Oldenburg wird sich mit dieser Bahn von Osnabrück über Quakenbrück nach Oldenburg wahrscheinlich einverstanden erklären, und kommt es nur auf Preußens Opferwilligkeit an. In nächster Zeit wird Ihrem Gouvernement eine desfallsige Eröffnung zugehen. Uebrigens scheint mir von Preußen ein zu großer Werth auf eine directe Bahn von Minden nach dem Jahde-Busen gelegt zu werden. Die Hauptsache für Preußen ist eine Eisenbahn-Verbindung zwischen diesen beiden Punkten, und ob man diesen Zwischenraum in 6 oder 8 Stunden zurücklegt, ist wahrlich ziemlich gleichgültig.

Ihre letzte Anwesenheit in Hannover hat den hiesigen Diplomaten wieder viel Kopfbrechen verursacht und zu absurden Depeschen Veranlassung gegeben. Ein Diplomat in einer kleinen Stadt, der sich nicht zu beschäftigen weiß, ist wirklich ein schrecklich ridicüles Thier! Unter diesen Thieren ist hier der Baier Herr von Berglas unstreitig das größte, da er neben den lächerlichsten Prätensionen hinter dem unschuldigsten Dinge etwas ungeheuer Wichtiges wittert und dabei mit seltener Geschicklichkeit immer vorbeischießt.

Leben Sie wohl, verehrtester Freund, und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

aufrichtigen Freund

A. Gr. Platen.

129.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Paris 9. Mai 1857.

Mein verehrtester Gönner,

1857 Sie werden mit besonderer Freude es erfahren haben, daß sich
9. 5. der Besuch des Prinzen Napoleon*) so bald verwirklicht hat. Ich
denke mir, daß Sie dabei nicht ganz unschuldig gewesen sind**).
Hier ist die Sache mit einem so großen Geheimniß behandelt wor-
den, daß das diplomatische Corps (namentlich auch Risseleff)***)
erst aus den Berliner Zeitungen die Sache erfahren haben
und bis heute noch nicht den wahren Grund dieser politischen
Demonstration verstehen wollen. Sie wittern sämtlich irgend
ein anderes Motiv dahinter, tappen indeß darüber im völligen
Dunkel. Die Oestreicher trösten sich darüber, daß es gerade
Blombplomb†) ist, der zum Vermittler eines neuen (conservativen)
Allianzverhältnisses auserkoren wurde, und die Engländer sehen
in des Prinzen Napoleon Reise während der Anwesenheit des
Russischen Großfürsten††) eine ihnen wohlgefällige Demonstra-
tion gegen Rußland; im Grunde werden aber sowohl Oestreich
wie England darin einen Wink erblicken, daß Frankreich auch
anderweitig sich durchzuhelfen versteht, und müssen über diese
Annäherung an Preußen sich mehr ärgern, als unsere Berliner
Altconservativen dies thun sollten.

Der Prinz Napoleon hatte sich kurz vor seiner Abreise noch
besondere Respektuositäten über das Berliner Terrain erbeten,
wobei ich ihm nützlich sein konnte. Meines Erachtens wird er

*) In Berlin.

**) Zu vgl. Bismarck an Gerlach 11. April und 2. Mai 1857, Aus-
gabe von H. Rohl, S. 311 ff. 314 ff.

***) Russischer Gesandter in Paris.

†) Spitzname des Prinzen Napoleon.

††) Constantin.

sich mehr als *homme de sciences* und Bewunderer unserer militärischen Einrichtungen zu geriren haben, als daß er auf irgend ein politisches Thema eingehe. Mein Rath war, daß er sein Tagebuch über seine letzte Reise nach Lap- und Island benutze, um das Interesse des Königs anzuregen. Außerdem dürfte er wenig und dies womöglich in deutscher Sprache zu sprechen für gut finden. Doch weiß ich nicht, wie der Eindruck seiner Persönlichkeit namentlich bei den Damen des Hofes sein wird, da dies stets für ihn eine Klippe war*). Gatzfeldt ist ausnahmsweise nach Fontainebleau eingeladen, worin wohl auch mehr eine sachliche, als wie gewisse Leute stets wähnen — eine persönliche Attention liegt. Es scheint mir klar, daß der Kaiser bei seinen nächsten Plänen auf England wenig zu rechnen anfängt. Bisher hat Lord Palmerston ihn nur in allerlei englische Händel verstrickt und wird es stets thun, solange das Gebilde einer westmächtlichen Solidarität noch nicht durch andere politische Nothwendigkeiten verdrängt ist. Letztere treten jetzt immer mehr hervor. Wir brauchen nur an die Donaufürstenthümer und die skandinavische Frage zu denken. An uns wird es sein, kein allzugroßes *empressement* (*à la Orloff*)**) zu zeigen und die Wege, die von Paris zu uns und über uns fort nach Petersburg führen, zu ebnen; das Weitere wird die europäische Situation an die Hand geben.

Rothen***) hat mit großer Freude erfahren, daß Sie sich dem Grafen Walewski gegenüber günstig über ihn ausgesprochen haben. Er ist auch in Bezug auf die Reise des Prinzen Napoleon unserem Interesse förderlich gewesen, und Sie würden ihm eine große Genugthuung verschaffen, wenn es Ihnen gelänge, für ihn den ihm längst zugedachten Orden zu erlangen. Eine an Monteuiffel direct gerichtete Bitte würde besser zum

*) Man vgl. dazu den Bericht Gerlachs, Denkwürdigkeiten II, 499 f.

**) Vertreter Rußlands auf dem Pariser Congreß.

***) Legationssecretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin.

1857 Ziele führen, als wenn die Sache durch die Ministerialbureauz
9. 5. ihren Weg nähme. Die Reise des Prinzen Napoleon könnte ja den äußern Anlaß bilden.

Sollten Sie mir die Freude machen wollen, einmal an mich zu schreiben, so wollen Sie mit der bloßen Aufschrift meines Namens ohne Hinzufügung des amtlichen Titels den Brief nach 115 rue de Lille richten. Er kommt alsdann sicher an.

Die nächste Stellung unseres Ministeriums den Kammern gegenüber ist mir völlig unklar. Derartige Zustände können doch eigentlich nicht fortbauern. Dies wird es indeß nicht hindern, daß sie doch fortbauern. Die Tochter der Madame Kalgis *) ist nun in declarirter Weise mit dem jungen Grafen Coudenhove**) verlobt worden. Adieu.

Ihr

aufrechtigst ergebener

Rosenberg.

Der Großfürst C(onstantin) wird hier außerordentlich gut aufgenommen, jedoch ist der Empfang nicht ganz von einer gewissen Rücksicht für England frei. Man sucht die zum Uebermuth so geneigten Russen doch von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß man auf England große Rücksichten nehmen müsse (??).

130.

Graf Karl v. d. Golz an Bismarck.

Berlin, den 15. Dec. 57.

Mein verehrter Freund!

1857 — — — Man sagt, es gehen in Preußen allein 200 Ritter-
15. 12. güter zum Teufel. Wären es auch nur die Hälfte, so wäre es traurig genug. In Hamburg hat man auch nicht helfen wollen,

*) Die Wittve des Johann v. Kalgis war Marie, Gräfin von Kesselrode-Greschoven.

**) Franz Graf Coudenhove.

jetzt gehen die Dankadressen über unsre Köpfe nach Wien. 1857
 Recht politisch kann ich das nicht finden. Die Lübeder sind 15. 12.
 auch hier und wollen nur 600 000 Thlr. haben und werden
 sie nicht bekommen, obgleich 30 Millionen in Barren in den
 Kellern der Bank und 7 bis 8 im Staatschatz liegen. Dem
 Prinzen*) geht es wieder ganz gut, in Charlottenburg ist es
 indeß beim Alten; nicht von einem Tage, sondern von Stunde
 zu Stunde ändert sich der Zustand, und daher kommen auch
 die widersprechenden Gerüchte. Wie es im Januar sein wird,
 kann niemand mit Gewißheit voraussagen. Wahrscheinlich ist
 das Schlimmste, d. h. Verlängerung der Stellvertretung auf
 weitere 3 Monate, d. h. Verlängerung und Befestigung der
 ministeriellen Omnipotenz. Inzwischen wird auf die Reise des
 Prinzen Vater zur Hochzeit**) gedrängt. Ich halte es für
 leichtsinnig in einer Zeit der Krise über Wasser zu gehen, finde
 überhaupt, daß es nicht gut aussieht. Es wäre indeß nicht das
 erste Mal, daß weiblicher Einfluß mich überwunden hätte, und
 so sehe ich denn in dieser Frage und obgleich der Prinz noch
 keine Entscheidung getroffen hat, einer Niederlage entgegen.
 Heut haben wir großes ministerielles Diner.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin und seien Sie
 versichert der aufrichtigen Freundschaft

Ihres ergebenen

C. v. d. Golz.

131.

Der Prinzregent von Preußen an den Kaiser
 von Oesterreich.

Berlin, den 15. Februar 1858.

Em. Kaiserliche Majestät haben die Gnade gehabt, durch 1858
 Allerhöchst Dero Gesandten, den Baron Röllner, mir die schmeichel- 15. 2.

*) Von Preußen.

**) Des Sohnes Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Victoria.

1858
15. 2. hasteste Theilnahme bei Gelegenheit der Vermählung meines Sohnes mit Ihrer Rgl. Hoheit der Princess Royal von England in so gütiger Weise aussprechen zu lassen, daß ich mich beeile, Ew. Kaiserlichen Majestät meinen ebenso unterthänigen als tief gefühltesten Dank für diesen Beweis der Fortdauer Allerhöchstero mich beglückenden Gesinnungen für meine Familie zu Füßen zu legen. Nicht minder darf ich diesen Dank aussprechen für die ungemein gnädige Aufnahme der Deputation, welche ich, gewiß im Sinne meines Königs und Herrn, Namens der preussischen Armee zur Leichenfeier des Feldmarschalls, Grafen Maderky, nach Wien sendete, um die tiefbegründete Theilnahme auszusprechen, die wir bei dem großen Verlust empfinden, den Ew. Kaiserliche Majestät und Allerhöchstero Armee durch das Hinscheiden dieses mit Lorbeeren gekrönten greisen Feldherrn erlitten haben.

Indem ich meines Königlichen Bruders erwähnte, kann ich nicht umhin, das schwere Verhängniß zu berühren, welches der Himmel über Preußen durch die schmerzliche Art der Ertränkung des Königs einbrechen ließ. Ew. Kaiserliche Majestät haben zu wiederholten Malen Allerhöchst Ihre innige Theilnahme an diesem Ereigniß auszusprechen geruhet. Die gesammte Königliche Familie sieht sich dafür zum aufrichtigsten Dank verpflichtet, während ich insbesondere mich dazu um so mehr aufgefordert fühle, als es Allerhöchstedenen gefallen hat, mir in dem mir überkommenen schweren Amte besondere Beweise des gnädigsten Vertrauens zu geben. Ew. Kaiserliche Majestät werden Sich überzeugt halten wollen, wie es mein eifrigstes Bestreben sein wird, während der hoffentlich nur kurzen Zeit, in welcher ich den König, meinen Bruder, in der Leitung seiner Regierung noch zu vertreten haben werde, die freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung und der unsrigen bestehen, nicht nur zu erhalten, sondern zu befestigen.

In dieser Beziehung bin ich beglückt gewesen, eine Ueber- 1858
einstimmung bei Ew. Kaiserlichen Majestät Bundestags-Ge- 15. 2.
sandten*) in dem von der Preussischen Regierung gestellten Antrag
über die Benützung des durch die unglückliche Pulver-Explosion in
Mainz freigelegten Terrains zur Verstärkung dieses Hauptboll-
werks Deutschlands auf seinem westlichen Kriegstheater gefunden
zu haben. Ein günstigerer Moment als der durch jenes traurige
Ereigniß herbeigeführte, um etwas Bedeutendes auf dem domi-
nirendsten Punkte der Festung Mainz zur äußern und innern
Vertheidigungskraft derselben zu schaffen, dürfte sich nicht leicht
wieder darbieten, um so mehr, als es sich nicht um eine Ver-
vielfältigung der Werke dieses nur schon zu ausgedehnten
Waffenplatzes handelt, sondern um den Abschluß eines vor-
handenen Fortifications-Systems, nämlich der Bastionen Bonifaz,
Martin und Alexander. Die nicht unbedeutenden Geldopfer,
welche hierzu erforderlich sein würden, dürften von allen deut-
schen Regierungen bereitwilligst gebracht werden, wenn den-
selben das Unternehmen in seinem wahren Lichte, nämlich als
ein nationales dargestellt wird, in welcher Darstellung ich hoffen
darf Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung mit der diesseitigen
wiederum in beglückender Uebereinstimmung anzutreffen.

Ein zweiter Antrag, der hinsichtlich seines nationalen
Charakters noch höher und wichtiger sich darstellt, welchen die
preussische Regierung beim Bundestage einzubringen die Ein-
leitung trifft, ist die Uebertragung der Qualität einer Bundes-
festung von Landau auf Germersheim**). Ew. Kaiserlichen
Majestät erleuchtetem strategischen Blicke brauche ich es nicht erst
vorzuführen, wie viel wichtiger die Festung Germersheim als
Rheinübergang für den Deutschen Bund ist, als die Festung
Landau, welche weder einen Fluß-Übergang noch sonst einen

*) Graf Rechberg.

**) Vgl. dazu Bismarcks Berichte an Manteuffel vom 11. u.
14. Januar, Preußen im Bundestag III, No. 104 u. 105 S. 210 ff.

1858 Sperrpunkt irgend einer Art darbietet. Mit wie wenig Kräften
15. 2. dieselbe in ihrer strategischen Wirkung zu paralyfieren ist, hat
die Erfahrung der Blockade derselben durch die Freischärler
1849 bewiesen. Durch Vergrößerung und Verstärkung Land-
daus diesem Waffenplatz eine größere Bedeutung zu geben,
ließe sich bei seiner strategisch völlig unwichtigen Lage nicht
rechtfertigen. Wie unter solchen Umständen Landau überhaupt
zu einer Bundesfestung erklärt werden konnte, läßt sich nur
damit beantworten, daß nach dem Frieden von 1815 auf der
ausgedehnten deutschen Grenze von Mainz bis Basel außer
Landau nicht ein einziger befestigter Punkt sich vorfand und
man daher demselben die Bundesfestungsqualität beilegte. Seit-
dem indessen Germersheim und Rastatt erbaut sind, ist die
Nichtigkeit Landaus erst recht zu Tage getreten, so daß die
Frage nahe liegt, ob dasselbe überhaupt als Festung zu er-
halten wünschenswerth ist, eine Frage, der auch Preußen bei
mancher seiner kleinen Festungen nahe getreten ist. So nah
an der Grenze liegend, nur wenig Tagemärsche von den Haupt-
waffenplätzen des Nachbarlandes entfernt, bei den beflügelten
Transportmitteln, sowie den sich täglich überbietenden Erfin-
dungen weittragender Wurfgeschosse sind kleine Festungen,
welche in keinerlei Art eine strategisch wichtige Lage haben,
nur gemacht, vom Feinde in wenig Tagen eingeäschert zu
werden und in dessen Hände zu fallen. Germersheim dagegen
bietet allein schon als Rheinübergang eine große Wichtigkeit
dar und eignet sich als solcher ganz vorzugsweise zu einer
Bundesfestung an Deutschlands Westgrenze, und je gerecht-
fertigter etwaige Verstärkungen dieses Platzes wären, je un-
gerechtfertigter wären sie bei Landau.

In engster Verbindung mit der Uebertragung der Bundes-
festungsqualität von Landau auf Germersheim steht die Be-
satzungsfrage derselben. Nach den bestehenden Bundesbestim-
mungen gehören zur Kriegsbesatzung von Landau auch die

Contingente der Hohenzollernschen Fürstenthümer. Mit dem 1858
Uebergange derselben an Preußen ist diese Besatzungspflicht 15. 2.
ebenfalls auf uns übergegangen. Bei der Vertauschung Germers-
heims mit Landau würde diese Pflicht Preußens also gleich-
falls auf erstere Festung übergehen. Da nun Ew. Kaiserlichen
Majestät Regierung mit der des Großherzogthums Baden den
Antrag beim Bundestage gestellt hat, die eventuelle Kriegs-
besatzung Rastatts zur Hälfte schon im Frieden hineinzulegen, so
würde ein gleiches Verlangen an die Kgl. bayrische Regierung
hinsichtlich des Friedens-Mitbesatzungsrechts Germersheims von
preussischer Seite zu stellen gerechtfertigt sein. Bei den Ver-
handlungen der Bundesmilitärcommission hat man die Ver-
stärkung der Rastatter Friedensgarnison durch Kaiserlich öster-
reichische Truppen dadurch mit zu motiviren gesucht, daß die
Kaiserliche Regierung in der numerischen Truppenstärke in den
westlichen Bundesfestungen nicht hinter der der preussischen
Armee zurückstehen dürfe. Wenngleich eine Verstärkung der
Friedensbesatzung von Rastatt an sich nicht nothwendig er-
scheint, indem bei den erhöhten Communicationsmitteln der Neu-
zeit die benöthigte Kriegsbesatzung wohl immer rechtzeitig aus
Ew. Kaiserlichen Majestät Staaten in Rastatt eintreffen würde,
und es daher bei den gegenwärtig gültigen Bundesbestimmungen
über die Rastatter Besatzungsverhältnisse verbleiben könnte, so
darf im andern Falle doch auch Preußen sich den Ehrenpunkt
nicht rauben lassen, in der Besatzungsstärke der Bundesfestungen
im Kriege nicht hinter Ew. Kaiserlichen Majestät Armee zu-
rückzustehen. Diese Gleichstellung würde erreicht, falls die
künftige Bundesfestung Germersheim im Frieden und Kriege
von preussischen Truppen mitbesetzt würde, wenn es nicht vor-
zuziehen wäre, Rastatt und Germersheim zu gleichen Theilen
von den Truppen der Landesregierungen und Kaiserlich öster-
reichischen und Königlich preussischen Truppen im Frieden und
Kriege besetzt zu sehen.

1858
15. 2. Unendlich beglückt würde ich mich fühlen, wenn die beiden von mir aus wahren deutschen Nationalinteresse angeregten Fragen von Mainz und Germersheim Ew. Kaiserlichen Majestät volle Zustimmung fernerhin erhielten, in welchem Falle die Beistimmung der Bundesstaaten nicht zu bezweifeln sein würde. Sollten diese indessen wider Erwarten namentlich aus finanziellen Rücksichten die Zustimmung zu den fraglichen beiden Anträgen verweigern, so wird Ew. Kaiserlichen Majestät Regierung sowohl wie die preussische das beruhigende Bewußtsein behalten, zum wahren Wohle Deutschlands etwas Wichtiges angestrebt zu haben, und dann für uns nichts weiter übrig bleiben, als uns auf den Boden des bestehenden Bundesrechts zu stellen.

Mich Ew. Kaiserlichen Majestät fernerer Gnade allerunterthänigst empfehlend, verbleibe zc.

Prinz von Preußen.

132.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrtester Freund,

1858
9. 3. Zimmermann*) hat mir die vollständige Charakteristik von Graf Rechberg gerade so mitgebracht, wie sie jetzt von Ihnen in Ihrem freundlichen Schreiben vom 7^{ten} d. **) enthalten ist, und habe ich die Ueberzeugung daraus gewonnen, daß es nicht lange mehr mit diesem kleinen Tyrannen gehen wird. Daß man sich diesen Terrorismus nicht länger ohne Gegenwehr gefallen lassen kann, versteht sich von selbst; hoffentlich machen wir eine glückliche Campagne mit Mund und Feder, aber ohne Schwerdtstreich gemeinschaftlich gegen ihn. Hat aber Rechberg eine gehörige Ohrfeige bekommen, so daß er einen Denktettel für die Zu-

*) Generalsecretär des hannoverschen Gesamtministeriums.

**) Concept nicht vorhanden.

kunst hat, so wird es meiner Ansicht nach rathsam sein, daß man erst einmal wieder Waffenstillstand mit ihm schließt, um der holsteinischen Sache selbst nicht zu schaden, welche sonst wegen dieses Intermezzo's in Stillstand gerathen könnte. 1858
9. 8.

Daß ich Heimbruch*) nicht fallen lassen werde in dieser Sache, brauche ich wohl nicht erst Ihnen zu versichern. In diesem Augenblicke aber eine Demonstration zu seinen Gunsten zu machen, halte ich nicht für rathlich, da ich sonst riskire, daß Reichberg in den Fürstenstand erhoben und das alte Weib Rostiz**) in die Mühle geschickt wird, wo alte Weiber jung gemacht werden.

Wegen der gemeinschaftlichen Anträge***) hat Heimbruch heute Instruction mittelst Telegramm's erhalten. Ob diese Anträge nächsten Donnerstag oder später gestellt werden, überlasse ich Ihnen.

Freund Beust ist in größter Aufregung, glaubt Deutschland in Gefahr und hofft es retten zu können durch Aufrechterhaltung des § 19 der Geschäftsordnung. Sobald Professor Pfordten†) von diesem Beust'schen Rettungsversuch Kenntniß erhalten haben wird, eilt er gewiß nach Paris, um von der dortigen Conferenz eine Garantie für § 19 der Geschäftsordnung zu erwirken. Ueberbieten muß er jedenfalls. Hügel††) und darin unterstützt von Reinhard wird†††) inmittelft unter dem Schutze des § 19 fortfahren Siegellack zu machen. Meysenbug§) wird Nervenzucken bekommen, wenn er unsere Anträge hört; viel-

*) Hannoverscher Bundestagsgesandter.

**) General Graf Rostiz.

***) Betr. eine Reform der Geschäftsordnung am Bunde.

†) v. d. Pfordten war vor Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen in Sachsen Professor des römischen Rechts in Erlangen, bezw. Leipzig.

††) Württembergischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

†††) Orig.: werden.

§) Badischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

1858 leicht wird er aus Schreck katholisch und geht entweder ins
9. 3. Kloster oder in die Wiener Staatskanzlei, um mit seiner brüder-
lichen Liebe*), Biegeleben**) und Werner***), fromme Psalmen
zu fingen.

Leben Sie wohl, wehren Sie Sich tapfer und grüßen Sie
Heimbruch.

Hannover 9/3. 58.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

133.

Fürst Gortschakow an Rudberg.

Peterhoff, le 16 juillet 1858.

1858 D'après les dernières informations d'Oubril†) cette lettre
16. 7. Vous trouvera déjà à Berlin.

Je suppose que Vous vous serez fait rendre compte des
dépêches qu'Oubril nous a adressées en Votre absence. Je
puis donc reprendre les questions où il les a laissées.

La principale, je dirai presque la seule palpitante, est
celle du Danemarck. Je n'ai rien à ajouter à ce que, sous ce
rapport, j'ai écrit en dernier lieu à Oubril. Nous regrettons
vivement l'incident soulevé par l'opposition inattendue du
Cabinet de Berlin.

M^r de Werther est venu me voir ici pour m'exprimer le
regret du Baron de Manteuffel de l'usage fait par le Cabinet de

*) Hof- und Ministerialrath im österreichischen Ministerium des
Aeußern.

**) Decernent für die deutschen Angelegenheiten im österreichischen
Ministerium des Aeußeren.

***) Unterstaatssecretär im österreichischen Ministerium des Aus-
wärtigen.

†) Rath an der russischen Botschaft in Paris.

Copenhague de quelques paroles échangées entre le Président du 1858
Conseil et Monsieur de Plessen*), si je ne me trompe, à un dîner 16. 7.
qui a eu lieu chez Vous. Monsieur de Manteuffel admet — et
ici je Vous citerai un texte qui nous a été donné par Werther:
daß er sich dahin geäußert, daß die Außerkraftsetzung der
dänischen Gesamtverfassung nothwendig sei, bevor wir zu
befriedigenden Verhandlungen mit Dänemark gelangen könnten.

Monsieur de Plessen n'a pas dit autre chose à son Gouver-
nement. L'usage maladroit et indiscret, je l'admets, que le
Cabinet de Copenhague a fait d'un entretien confidentiel en le
citant dans un acte public, ne saurait être imputé à Monsieur de
Plessen. Je le regrette ainsi que Monsieur de Manteuffel, et certes
avec nous il ne serait pas exposé à un semblable inconvénient.
Mais il me semble aussi que Monsieur le Président du Conseil
est trop haut placé par sa position et la supériorité de son
intelligence, pour se laisser influencer par la seule considération
que cette publicité d'une réflexion confidentielle donne à la
Prusse aux yeux de l'Allemagne l'apparence de vouloir diriger
à elle seule la question.

Dans la position faite il nous paraît que la seule consi-
dération à peser est d'examiner, si la concession faite par le
Danemarck est un pas sérieux et autorise l'entrée en négocia-
tion qu'il demande. Or, je serais dans une forte erreur, si
tel n'était pas le cas. Le Cabinet de Copenhague déclare qu'il
suspend la Constitution générale dans son application aux
Duchés. Cela veut dire que les délégués réciproques n'ont
pas à s'en préoccuper dans la négociation qui s'entamerait
entre eux, ou du moins que cette constitution suspendue n'est
plus un obstacle matériel à une entente. Je ne prétends pas
affirmer qu'on aboutira à cette entente. Cela dépendra de la
modération et de la sincérité apportées de part et d'autre.

*) Baron Otto v. Plessen, dänischer Gesandter in Petersburg.

1858 Je veux seulement constater que l'entrée en négociation est
16. 7. immensément facilitée, et cela par le Danemarck.

Monsieur de Manteuffel étant absent, ce que je viens de Vous dire n'a pas d'application immédiate, à moins que Vous ne soyez mis dans le cas d'entretenir Monsieur Balan*) de cette question. Alors Vous voudrez bien puiser Votre langage dans les réflexions que je Vous communique. Au reste, j'espère toujours que cela finira par s'arranger au moyen de quelque biais et que nous n'aurons pas le chagrin de voir reculer au moment où un bon pas vers le but nous paraissait fait. Sous ce rapport je compte surtout et essentiellement sur le caractère conciliant et l'esprit supérieur de Monsieur de Manteuffel.

G.

134.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

. 1858 benachrichtige ich ergebenst, daß es meine Absicht ist, nächsten
20. 7. Donnerstag übermorgen, den 22. d. M. Morgens früh 7 Uhr von hier nach Frankfurt a/M. zu gehen und am folgenden Morgen so zeitig als möglich nach Baden-Baden mich zu begeben. Es würde mir angenehm sein, wenn es Euer Hochwohlgeboren convenirte mich zu begleiten.

Die dänische Sache, welche meines Erachtens mit äußerster Vorsicht zu behandeln ist, wird natürlich den Gegenstand meiner Besprechung mit Euer Hochwohlgeboren bilden; ich will aber mit diesen Zeilen in keiner Weise vorgreifen, und halte überhaupt dafür, daß man die Sache in den bundesmäßigen Formen sich abklären lassen muß. Im Allgemeinen befinde ich mich mit demjenigen, was Euer Hochwohlgeboren über diese An-

*) Unterstaatssecretär.

gelegenheit zu berichten und zu schreiben hatten, ganz im Ein- 1858
flange. 20. 7.

Ich wünsche nicht, daß in Frankfurt von meiner Durch-
reise vorher gesprochen werde, wollte mir aber doch erlauben,
Euer Hochwohlgeboren durch diese Zeilen ein kleines Aviso zu
geben.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel.

P.S. Morgen Abend bereits geht der Wirkliche Legations-
rath v. Rehler*), den Euer Hochwohlgeboren ja auch kennen, nach
Frankfurt. Er wird sich bei Ihnen melden, und ich denke ihn auch
mit nach Baden zu nehmen, besonders um die Antwort nach
Wien zu redigiren. Der Mann ist etwas heftig, es ist ihm also
kaltes Wasser aufzulegen; er kennt aber die Sache genau.

Berlin den 20. Juli 1858.

M.

135.

Graf R. v. d. Goltz an Bismarck.

Verehrter Bundestagsgesandter!

Auf Ihre mit gewohnter Beharrlichkeit wiederholten Vor- 1858
schläge erwidert der Prinz folgendes: 28. 7.

1. Der Prinz wünscht den König zu sehen; er wird des-
halb 1 Stunde lang in Wiesbaden bleiben und per Extrazug
nach Rüdesheim weiter reisen.

2. Die Prinzess Carl wird von hier aus ersucht werden,
Sich 1 Stunde später in Eltville zur gemeinschaftlichen Fahrt
nach Rüdesheim zu begeben.

*) Vortragender Rath im Ministerium der ausw. Angelegenheiten
in Berlin.

1858 3. Dagegen wollen Sie gef. den König davon benach-
28. 7. richtigen lassen, daß der Prinz in Reisekleidern sein wird,
und dafür Sorge tragen, daß in Wiesbaden auf oder in der
Nähe des Bahnhofes ein Zimmer bereit gehalten wird, in welchem
die beiden hohen Herren sich ungestört besprechen können.

Zugleich bitte ich, die Eisenbahndirektion davon zu aver-
tiren, daß der Prinz einen Extrazug gebrauchen wird, der in
Eltville anhalten muß.

Endlich erlaube ich mir zur Vereinfachung des Geschäfts-
ganges in ähnlichen Fällen zu bemerken, daß nicht Alvens-
leben sondern meine geringe Person persönlicher Adjutant des
Prinzen ist, dergl. Sachen wie die vorliegenden und alle Reise-
angelegenheiten in mein Ressort schlagen.

Ganz Ihr ergebener

Baden, den 28. 7. 58.

C. v. d. Golz.

136.

Otto v. Manteuffel an Bismarck *).

Ihr Hochwohlgeboren

1858 danke ich recht sehr für Ihr gütiges Schreiben vom 9. d. M.**).
12. 10. Die Antwort auf die darin gestellte Frage wegen Begehung
des Geburtstages Sr. Majestät werden Sie inmittelft durch
meinen amtlichen Circular-Erlaß erhalten haben.

(* Unsere große Haupt- und Staats-Aktion ist inmittelft
wenigstens im ersten Akt erledigt. Die Sache hat mir viel Sorge,
Unannehmlichkeit und unverdienten Verdruß gemacht. Noch
gestern habe ich darüber von Gerlach einen ganz empfindlichen

*) Ein Theil des Briefes — hier wiederholt — ist in G. u. E. I, 199—201 veröffentlicht.

**) Concept nicht vorhanden.

Brief erhalten *). Er glaubt, daß damit die Souveränität 1858
halb zum Fenster hinausgeworfen sei. Ich kann das beim 12. 10.
besten Willen nicht erkennen, meine Vorstellung von der Sache
ist folgende:

Wir haben einen dispositionsfähigen, aber regierungsun-
fähigen König; derselbe sagt sich selbst und muß sich sagen, daß
er seit länger als Jahresfrist nicht hat regieren können, daß
die Aerzte und er selbst anerkennen müssen, der Zeitpunkt, wo
er wieder selbst würde regieren können, lasse sich auch entfernt
nicht angeben, daß eine unnatürliche Verlängerung der bis-
herigen Vollmächts Ertheilung nicht am Orte und dem Staate
eine sich selbst allein verantwortliche Spitze nothwendig sei;
aus allen diesen Erwägungen gibt der König dem zunächst zur
Arone Berufenen den Befehl, das zu thun, was für solchen
Fall in der Landesverfassung vorgeschrieben ist. Die Bestim-
mungen der letzteren, welche gerade in diesem Punkte correct
und monarchisch abgefaßt sind, werden demnächst zur Anwen-
dung gebracht und das, wenn auch nach der Erklärung des
Königs überflüssige, immerhin aber in der Verfassung mit
gutem Grunde vorgeschriebene Landtagsvotum wird eingeholt,
aber streng auf Beantwortung der Frage beschränkt: Ist die
Einsetzung einer Regentschaft nothwendig? mit andern Worten:
Ist der König mit **) genügendem Grund von den Geschäften
entfernt? Wie man diese Frage verneinen will, ist mir nicht
ersichtlich; immerhin wird es noch manche, namentlich formale
Schwierigkeit zu überwinden geben. Namentlich fehlt es für die
in der Verfassung vorgesehene gemeinschaftliche Sitzung ***) an
einer Geschäftsordnung. Diese wird man improvisiren müssen,
indessen hoffe ich doch, daß man in etwa fünf Tagen mit der

*) Manteuffel, Denkwürdigkeiten III, 326 f., ebd. Manteuffels Ant-
wort vom 9. October, S. 327 f.

**) Orig.: ohne.

***) Beider Kammern.

1858
12. 10. Beschlußfassung zu Stande sein wird, so daß dann der Prinz den Eid leisten und die Versammlung schließen können wird. Andre Vorlagen, namentlich solche, welche auf Gelbbewilligungen sich beziehen, werden natürlich für diese Sitzung gar nicht beabsichtigt. Wenn Ihre Geschäfte es erlauben, so würde ich wünschen, daß Sie Sich zum Landtage hier einfinden und womöglich vor dessen Eröffnung hier sind. Ich höre von wunderbaren Anträgen der äußersten Rechten, die man vielleicht im allgemeinen Interesse, sowie in demjenigen dieser Herren verhindern könnte.

Westphalens Entlassung gerade im gegenwärtigen Momente*) ist mir sehr unerwünscht gewesen. Einmal schon hatte ich, als er selbige verlangte, sie gehindert. Jetzt wollte der Prinz sie ihm aus ganz freier Entschließung und ohne seinen Antrag ertheilen und schickte mir ein darauf bezügliches Privatschreiben an Westphalen**) mit dem Befehle, sofort die Ausfertigung vorzulegen. Ich that letzteres indeß nicht, und sandte auch das eigenhändige Schreiben nicht ab, sondern machte beim Prinzen Gegenvorstellungen bezüglich der Opportunität des Momentes, Gegenvorstellungen, welche nach nicht geringer Mühe auch durchschlugen. Ich ward ermächtigt, die Maßregel wenigstens aufzuhalten und den Brief bei mir liegen zu lassen. Da schrieb Westphalen am 8. d. Mts. an den Prinzen sowohl wie an mich ein ganz wunderbares Schreiben***), worin er mit Zurücknahme früherer Erklärungen seine Contrasignatur der zu erlassenden und bereits festgestellten Ordres davon abhängig machte, daß auch noch die vom Prinzen zu erlassenden Ordres speciell dem Könige zur Genehmigung vorgelegt würden, ein Verlangen, welches in der That mit Rücksicht auf den in den

*) Am 9. October, sein Nachfolger wurde Flottwell.

**) Vom 6. October, s. dasselbe mit dem begleitenden Schreiben an Manteuffel in Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 319 f.

***) Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 325.

letzten Tagen verschlimmerten geistigen Zustand des Königs 1858
an Widersinnigkeit grenzte. Da verlor der Prinz die Geduld 12. 10.
und machte mir Vorwürfe, nicht sogleich sein Schreiben abge-
schickt zu haben, und die Sache war nun nicht mehr zu halten.
Flottwells Wahl ist ohne all' mein Zuthun aus dem Prinzen
selbstständig hervorgegangen, sie hat, wie Manches gegen sich,
so auch Manches für sich*).

Heute Nachmittag ist denn unser armer König hier durch
nach Leipzig auf der Tour nach Meran gereist. Da jeder
Empfang verboten war, so hatte ich mich unter der Menschen-
Menge im Ueberroth auf dem Bahnhof eingefunden. Ich ward
aber erkannt und in den Wagen des Königs gerufen. Er
klagte schmerzlich über seinen Kopf und sagte, seit 4 Wochen
gehe es ihm ja viel schlimmer als früher, er wisse gar nicht,
was daraus werden solle. Die Scene war unbeschreiblich
traurig.

Doch genug von unsern innern Dingen, die in der That
recht betrübt sind, und mir vielen Aerger gemacht haben und
noch Kummer machen.

Was die äußeren Verhältnisse betrifft, so erwarte ich mit
einiger Ungeduld Ihre Erwiederung auf mein gestriges Schreiben
wegen der Oesterreichischen Eröffnungen in Betreff Rastatts.
Meine Correspondenz mit Buol ist Ihnen wohl vollständig
bekannt; Sie haben mir aber darüber eine Meinung noch nicht
ausgesprochen. Durch diesseitiges Zögern möchte ich die Sache
nicht hinhalten**).

In der Holsteiner Sache nimmt jetzt plötzlich Schweden
so lebhaft Partei für Dänemark, daß Le coq***) ganz kopfscheu

) Von (an bis hieher in G. u. E. nach einer Abschrift veröffent-
licht, hier mit kleinen Berichtigungen nach dem Original wiederholt.

**) Bismarcks Antwort vom 12. October, Preußen im Bundestag III,
No. 197 S. 429 ff.

***) Geheimer Rath im Ministerium des Auswärtigen.

1858 wird. Wie das zusammenhängt, weiß ich noch nicht. Der Prinz
12. 10. ist immer noch erregt in der Sache, und der kleine Pfenburg*) giebt sich trotz aller meiner Abmahnungen noch immer fruchtlose und übel placirte Mühe, Herrn Zimmermann**) zu befehlen, der geradezu sagt, alles Andere sei ihm gleichgültig, wenn man nur zur Executions-Vollstreckung je eher je lieber gelange. Daß die Execution Zweck sein soll, scheint mir gegen alle, nur nicht gegen die Hannover'schen Rechtsprinzipien zu verstoßen. Doch machen derartige Berichte auf den Prinzen Eindruck. Von Wien bin ich noch ohne Antwort. Die dahin gerichtete und Euer Hochwohlgeboren bekannte diesseitige Depesche***) war dem Prinzen gar nicht genehm, und erst nach zweimaliger Aenderung erklärte er sich zögernd einverstanden.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen.

Wir hatten Trauer durch den Tod eines Schwagers
Varisch, der namentlich meine Frau sehr schmerzlich berührt hat.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 12. October 1858.

Manteuffel.

137.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

1858 Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben aller-
7. 11. gnädigst geruht, mich an Stelle Seiner Excellenz des Herrn
Freiherrn von Manteuffel zum Staats- und Minister der aus-
wärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

*) Preussischer Gesandter in Hannover.

**) S. v. S. 268, Anm. *).

***) Vom 6. October, vgl. Preußen im Bundestag III, S. 426, Anm. 1.

Indem ich Eure Hochwohlgeboren hiervon ergebenst in 1858
Kenntniß zu setzen mich beehre, spreche ich die Hoffnung aus, 7. 11.
durch Ihre gütige Mitwirkung in den Stand gesetzt zu werden,
dem Allerhöchsten Vertrauen in der Verwaltung des mir an-
vertrauten Postens zu entsprechen, und ersuche Eure Hoch-
wohlgeboren, die Depeschen-Berichte 2c. fortan unter meiner
Adresse hierher einzusenden.

Empfange Eure Hochwohlgeboren bei diesem Anlasse die
Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berlin, den 7^{ten} November 1858.

Schleinitz.

138.

Bismarck an Minister v. Schleinitz.

(Concept.)

Eurer Excellenz

hohen Erlaß, die Uebernahme der Geschäfte des Ministeriums 1858
der auswärtigen Angelegenheiten betreffend, habe ich heut zu ? 11.
erhalten die Ehre gehabt. Mit meinem Danke für die geneigte
Mittheilung verbinde ich meinen ehrerbietigen Glückwunsch und
die Versicherung, daß ich jederzeit bemüht sein werde, das Ver-
trauen, welches Hochderselben geehrtes Schreiben ausspricht, zu
rechtfertigen und mir zu erhalten. Bei dem Wohlwollen,
welches Eure Excellenz mir bisher gewährt haben, und aus
dem Bewußtsein meines regen Eifers für den Königlichem
Dienst darf ich die Hoffnung schöpfen, daß Hochdieselben meine
amtlichen Leistungen mit Nachsicht beurtheilen werden.

Mit 2c.

v. Bismarck.

139.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Eurer Hochwohlgeboren

1858
13. 11. säume ich nicht meinen verbindlichsten Dank abzustatten nicht
bloß für die freundlichen Worte, mit denen Sie mich in meiner
neuen Stellung haben begrüßen wollen, sondern ganz ins-
besondere auch für die in Ihrem Privat-Schreiben vom 9. d. M.*)
enthaltene, den Stempel äußerster Lebensfrische und Natur-
treue an sich tragende Schilderung des Eindrucks, den unsere
Ministerial-Veränderung auf den bundestäglichen Mikrokosmos
hervorgebracht hat. Wäre man genöthigt, diesen Herrn die
Richtigkeit ihrer Prämissen zuzugestehn, so ließe sich gegen die
Logik der daraus gezogenen Consequenzen schwerlich viel ein-
wenden. Ich hege das feste Vertrauen, daß die Dinge nicht
so kommen werden, wie man es von gewissen Seiten in pro-
phetischem Wohlwollen für unvermeidlich zu halten scheint.
Um auf der schiefen Fläche, die man uns so bereitwillig als
unsere naturgemäße Basis anweist, nicht nach links hinabzu-
rutschen, wird es vor allen Dingen darauf ankommen, sich
nicht auf die schiefe Fläche zu stellen; dies einzusehn sollte
man uns, die wir die letzten 10 Jahre nicht mehr als andre
Leute geschlafen haben, doch billig zutrauen.

Mittheilungen, wie sie Ihr Schreiben vom 9^{ten} enthält,
haben nicht bloß einen theoretischen, sondern einen sehr großen
praktischen Werth für mich und können, natürlich ohne irgend
eine Gefahr der Compromittirung für Sie nach mehr als
einer Seite hin zu heilsamen Einwirkungen von mir benutzt
werden. Es bedarf daher auch gewiß keiner besonderen Ver-
sicherung, wie sehr Sie meinen Wünschen entsprechen werden,

*) Concept nicht vorhanden; doch vgl. den Brief vom 12. November
1858 an Frau v. Arnim, Bismarckbriefe (8. Aufl.) S. 242 ff.

wenn Sie fortfahren wollen, in derselben vertraulichen Weise 1858
mich auch ferner von Ihren Wahrnehmungen auf diesem Ge- 18. 11.
biete in Kenntniß zu erhalten.

In aufrichtigster Hochachtung

Ihrer Hochwohlgeboren

ganz ergebenster

Berlin, den 13. November 1858.

Schleiniß.

140.

Minister v. Schleiniß an Bismarck.

Ihr Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für die im gegenwärtigen Augenblicke 1859
doppelt interessante Mittheilung vom 1. und 3^{ten} d. M.*), auf 9. 1.
deren Inhalt hier näher einzugehen ich um so mehr unter-
lassen darf, als Ihr bevorstehender Besuch, zu dem der Prinz-
Regent mit Vergnügen Seine Zustimmung ertheilte und der
auch mir sehr willkommen ist, mir Gelegenheit geben wird,
mündlich auf die Sache zurückzukommen.

Mit den aufrichtigsten Neujahrs-Wünschen

Ihr Hochwohlgeboren

ganz ergebenster

Berlin, d. 9. Januar 1859.

Schleiniß.

141.

J. L. Motley an Bismarck.

Rome 16. Feb. 1859.

My dear Bismarck—

Are you really going to St. Petersburg? I have seen 1859
rumours to that effect from time to time, in the newspapers, 16. 2.

*) Concept nicht vorhanden.

1859 but I always took it for granted that they were only rumors.
16. 2. But now, it seems to be stated so formally that it must be a settled thing. I wish you could find time,—(I know you have very little to spare) to write me a single line, just to say if the fact is really so. I cant tell you how much disappointed I am. I really dont know whether it is a political advancement for you or not—but it seems to me that you and M^{me} de Bismarck are so happy and contented in Frankfort, and that you have so much less of the „pomp and circumstance“ of courts—which I know is a bore to both of you—to make me doubt whether you will be at first much gratified by plunging into the arctic circle whither you seem to be bound.

But I confess that my emotions on the subject are very selfish. I always thought that I had you safe in Frankfort—and that I was sure to see you very often—as long as I remained in Europe, which—off and on—is likely to be for the greater part of my life—but now that you are going to Petersburg, it seems to me as though you were about migrating to the planet Jupiter.

Russia is so much farther off, in every respect, than America. Does your wife like the idea of removing from Frankfort. Pray give her my kindest regards and good wishes, and say to her how deeply disappointed I am to lose the opportunity of seeing you all again—I wished so much to introduce my wife and children to you and yours, and we even have talked of spending a year or two in Frankfort, as I dont think that Rome agrees much with any of us.

Do write me a word or two, if you can spare a few moments' time, and tell me what your plans are, why you are going to Russia and when, how your wife likes it, and all the other ifs and ands—I have n't written to you before, because I knew, that you did n't care much for correspondence, and

would be glad perhaps not to be obliged to write.—Now 1859
you must write, for I dont like to think that I have lost my 16. 2.
hold upon you forever.

I have seen Canitz here this winter. He seems desirous of getting appointed to this place, but I infer from what he says that he is likely to remain at Naples. There is a young English lady here to whom it is said that he is engaged to be married—but it is not officially announced. She is a Miss W, very young, pretty, and with a handsome fortune. The family occupy apartments in the same palazzo with us, and we have exchanged calls and cards—but we have not yet seen very much of them. I am sure I wish Canitz every happiness, for he is certainly one of the best hearted, excellent fellows in the world. We had the pleasure of seeing him very often during his brief visit here—rather the oftener, you will infer, from the propinquity of lodgings, which I have alluded—and my wife likes him as much as I do.

Pray tell me if you have heard of Keyserling*)—and if you know his address. He owes me a letter since May, having let our correspondence drop in the most flagitious manner. I dont know his address now, or I would write to him again—but I am quite ignorant whether he has returned to Courland or has remained in Paris. Who is to be your Prussian minister here? You were kind enough to give me a letter of introduction to Mr. von Thiele, but he had already left his post before we arrived, and, as I understand, is not to return. If the new minister—whoever he may be—happens to be an acquaintance of yours, perhaps you would not object to send me a line of introduction to him.

Thus far, I have not been able to get into the papal

*) Graf Hermann Keyserling.

1859 Archives, and doubt very much whether I shall succeed.
16. 2. Our minister here is very obliging, and in doing all that he can, but I suspect that there is no key which will unlock those secrets to a protestant. Meantime I am working hard at the materials which I brought with me, from other Archives—particularly those of Belgium, Holland, Spain and England, and have got enough work on my hands to last me for years. Nevertheless I shall have finished two or three volumes, I suspect, before you will have read the first work*). Pray tell Mad^{me} de B. that I hope one of these days she will read the work for „old acquaintance sake“. If she objects to reading English, there is a German translation—published in Dresden—and two French translations, one published in Brussels, the other in Paris. Pray forgive this egotism—for it is the egotism of friendship, not of vanity. I cant help wishing that you would both sometimes recall me to your memory, and I know no better way than by asking her to sometimes read a chapter or two of my writings. I am sure I shall never forget her and you—our early friendship, and the to me delightful days we have passed together since it is has been renewed. I always feel when I am with you, as if twenty years had rolled off my back in one lump, like a knapsack, as if my shoes were not covered with the dust of the long life's turnpike along which we have been tailing since the early days.

God bless you and yours, my dear Bismarck. May you prosper and succeed—as you deserve to succeed—domi militiaeque. Write me half dozen lines, as soon as you conveniently can,

*) The rise of the Dutch Republic, 3 Bde. 1856; damals arbeitete M. an der History of the United Netherlands, die in 3 Bänden 1860 erschien.

and with best regards to your wife and children believe 1859
me most sincerely your friend 16. 2.

J. L. Motley.

Address

aux soins de
Tarlonia & Cie.
Rome.

142.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

eile ich mit der Bitte um Nachsicht für die Flüchtigkeit dieser 1859
Zeilen rasch noch unter Benutzung der sichern Gelegenheit zu 28. 2.
schreiben.

Der Vorgang in dem Militair-Ausschusse*) ist sehr ernsthaft, und ich finde für ihn keinerlei Rechtfertigung. Er wird uns große Verlegenheiten bereiten. Ihr letzter Bericht**) trifft m. E. die Sache in ihrem Kern. Doch sind die Sachsen nicht zufrieden mit dem Vorgehen ihres Commissars***) und werden deshalb den Anträgen entgentreten, welche Aufsehen erregen-

*) Die Bundesmilitärcommission hatte sich einen Uebergriff in das Gebiet der Politik erlaubt, indem sie an den Militär-Ausschuß selbständige Anträge in Betreff von Maßregeln zur Vertheidigung des Bundesgebietes für den Fall eines Angriffs auf die österreichischen Besitzungen in Italien richtete. Der preussische Militärbevollmächtigte, General Dannhauer, hatte den Anregungen des Feldmarschall-Lieutenants v. Schmerling nachgegeben, ohne sich mit dem politischen Vertreter Preußens am Bunde zuvor ins Vernehmen zu setzen und ohne Rücksfrage bei der königlichen Regierung.

**) Vom 26. Februar 1859, Preußen im Bundestag III, No. 220 S. 474 ff.

***) Oberst v. Spiegel.

1859
28. 2. der und provocirender Natur sein könnten. Sollte der Vorgang nicht so ernst hier genommen werden, wie er ist, (was ich jedoch nicht annehme) so würde ich es sehr beklagen.

In Betreff des Legationssekretairs ist nie im Ernst an Rechenberg gedacht; nur er selbst hat wohl den Wunsch gehabt, nach P.*) zu kommen. Ich habe Ihren Wunsch, daß die Entscheidung bis zu Ihrer Ankunft vertagt werde, Herrn von Schleinitz mitgetheilt und glaube annehmen zu dürfen, daß der Herr Minister damit einverstanden ist.

Der Petersburger Posten ist im höchsten Maaße wichtig und wird es mit jedem Tage mehr. Ich verkenne den Werth der Frankfurter Stellung in keiner Weise; aber die allgemeine politische Bedeutung der Petersburger ist ohne Vergleich größer und weit bedeutender. Wir erwarten hier sehr viel von Ihrer dortigen Thätigkeit; Sie besitzen dort Vertrauen und können und werden dort der Krone und dem Lande die wichtigsten Dienste leisten. Petersburg ist nichts weniger als ein „ehrenvolles Exil“, wie Sie hier meinten. Ich habe die Hoffnung, daß Sie bald ganz dieser Auffassung entlagen werden.

Ich hoffe, Sie werden mit dem Inhalte des heute abgehenden Erlasses zufrieden sein.

Offentlich ist Ihr Befinden wieder gut. Jeden Falls wäre es höchst wünschenswerth, daß Sie die Güte hätten, Herrn v. Ussedom noch ein Paar Tage mit den dortigen Verhältnissen bekannt zu machen. Der Ort und die Stellung sind nicht leicht schwieriger gewesen als gegenwärtig. Der neueste Vorgang bestätigt es.

Nochmals die Bitte um Nachsicht für die Flüchtigkeit dieser Zeilen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 28/2. 59.

v. Gruner.

*) Petersburg.

143.

Bismarck an Minister v. Schleinitz*).

Petersburg den 12. May 1859.

Eurer Excellenz

sage ich meinen gehorsamsten Dank für die so reiche und inter- 1859
essante Expedition, welche ich vorgestern Abend durch Feldjäger 12. 5.
Hahn erhalten habe. Im Laufe des gestrigen Tages habe ich
Gelegenheit gefunden, mich in der allgemeinen Richtung der
mir zugegangnen Mittheilungen gegen den Fürsten Gortschakow
auszusprechen. Mein beifolgender Bericht**) enthält darüber
Näheres, und erlaube ich mir in diesen Zeilen eine andre Seite
der Frage zur Sprache zu bringen, welche ich in amtlicher
Form nicht mit derselben Offenheit zu berühren wage, da ich
noch nicht weiß, bis zu welchem Grade sie Eurer Excellenz als
verdammliche Nezeret erscheinen wird.

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung
habe ich als Ergebnis meiner Erfahrungen die Ueberzeugung
mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für
Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine
lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Aequi-
valente zu gewähren, welche Oestreich, bei einem ungleich
größern Maße eigener freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide
Großmächte werden von den Fürsten und Regirungen der
kleinern Staaten nicht mit gleichem Maße gemessen; die Aus-
legung des Zweckes und der Geseze des Bundes modificirt sich
nach den Bedürfnissen der östreichischen Politik. Ich darf mich

*) Der Brief ist zwar schon von Fesefeld und seitdem öfters ver-
öffentlicht worden, aber mit so viel Fehlern und Rügen, daß seine
Wiedergabe nach einer zu den Privatakten genommenen Abschrift sich
nötig macht.

**) Die Berichte Bismarcks aus Petersburg sind leider noch nicht
veröffentlicht.

1859 Eurer Excellenz Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung
12. 5. durch detaillirtes Eingehn auf die Geschichte der Bundespolitik
seit 1850 enthalten, und beschränke mich auf die Nennung der
Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestages, der
deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-,
Presß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen
Rastatt und Mainz, der Neuenburger und der orientalischen
Frage. Stets haben wir uns derselben compacten Majorität,
demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber
gefunden. In der orientalischen Frage erwies sich die
Schwerkraft Oestreichs der unsrigen so überlegen, daß selbst
die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundes-
regirungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen
weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast aus-
nahmslos haben uns unsre Bundesgenossen damals zu verstehn
gegeben oder selbst offen erklärt, daß sie außer Stande wären,
uns den Bund zu halten, wenn Oestreich seinen eignen Weg
gehe, obschon es unzweifelhaft sei, daß das Bundesrecht und
die wahren deutschen Interessen unsrer friedlichen Politik zur
Seite ständen; dies war damals wenigstens die Ansicht fast
aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen oder selbst
der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eignen
Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht,
denn ihre Anhänglichkeit an Oestreich beruht überwiegend auf
solchen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen
Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwicklung des Ein-
flusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage
ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des
Bundesverhältnisses mit östreichischer Spitze ist das natürliche
Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie
kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und
ist nothwendig nur gegen Preußen gerichtet, so lange Preußen
sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine

gleichberechtigten Bundesgenossen die Affecuranz gegen zu weit gehendes Uebergewicht Oestreichs zu leisten, und das Mißverhältniß seiner Pflichten und seiner Rechte im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Stätigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Product einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleinern Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden.

1859
12. 5.

Seitdem unsre Bundesgenossen vor neun Jahren unter der Leitung Oestreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arsenal der Bundesgrundgesetze die Prinzipien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Systeme Vorschub leisten können, seit die Bestimmungen, welche nur eine Bedeutung im Sinne ihrer Stifter haben konnten, soweit sie von dem Einverständnis Preußens und Oestreichs getragen werden, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubenten versucht werden, haben wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwicklung versetzt worden sind. Wir mußten uns aber sagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Uebel durch geschickte Behandlung wohl in seinen Folgen abzuschwächen, aber nichts zu seiner Heilung zu thun vermochten. In gefährvollen Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andre Seite, welche sich im Besitz aller Vortheile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches Ungehörige geschehn sei, aber im „allgemeinen Interesse“ den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangne Dinge und „innere“ Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber lehrt eine

1859
12. 5. Gelegenheit, wenn wir die jetzige*) unbenutzt lassen, vielleicht nicht sobald wieder, und wir sind später von Neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten Nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben nach dem Rathe Eurer Excellenz eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller derer hat, denen ein Urtheil über Preussische Politik beizubringen kann und die sich dasselbe nicht durch Partheileidenchaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Theil unsrer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg**) so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreis der urtheilslosen und veränderlichen Tagesstimmung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich aber dabei der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schiden; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thätendurst von Regirungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist; wenn diese Staaten, deren gesammter Bestand Einem Drittheil unsrer Armee militärisch nicht gewachsen ist, uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preussischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, andern Interessen dienen als Preussischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß

*) Da Oesterreich der Hülfe Preußens im Kriege gegen Frankreich bedurfte.

**) Die Mittelstaaten.

sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. 1859
12. 5.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsre Bundesgenossen uns bieten, mit Eifer ergreifen sollten, um die Rolle der Verletzten zu übernehmen und aus dieser zu derjenigen Revision unsrer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den Kleinern deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh, den Baiern uns hinwerfen zu wollen scheint, bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt zur Krisis der Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, also einen Bruch der Bundesverträge finden können, je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Oestreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unsrer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsre Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dazu zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuth durch unsre eigne Geschicklichkeit in unauffälliger Weise nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich eben aus der Sonntagsnummer ersehe, in ihrem blinden Eifer stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne Weitres über die Preussische Armee disponiren könnte. Nicht bloß an diesem Blatt habe ich bisher mit Besorgniß die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Oestreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montirt worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den

1859 Krieg gestimmt, wenn nicht die thatſächlichen Leiden ſchwerer
12. 5. Bedrückung es gereizt haben. Es iſt ſo weit gekommen, daß
kaum noch unter dem Mantel allgemein deutſcher Gefinnung
ein Preußiſches Blatt ſich zu Preußiſchem Patriotismus zu
bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeierei (verzeihen Eure
Excellenz dieſen ſo bezeichnenden Ausdruck) *) ſpielt dabei eine
große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Oeſtreich zu
dieſem Zwecke niemals fehlen. Die meiſten Correoondenten
ſchreiben für ihren Lebensunterhalt, die meiſten Blätter haben
die Rentabilität zum Hauptzwecke, und an einigen unſrer Ber-
liner und anderer Blätter vermag ein erfahrner Leſer leicht zu
erkennen, ob ſie eine Subvention Oeſtreichs wiederum erhalten
haben, ſie bald erwarten, oder ſie durch drohende Winke herbei-
führen wollen. Die Kreuzzeitung thut gratis, was Koller**)
irgend wünſchen kann. Die andern combiniren ihre Richtungen
nach den Rückſichten, welche ſie theils auf die Subvention, theils
auf das Abonnement zu nehmen haben.

Ich weiß nicht, ob wir nicht unſre offiziöſe Einwirkung
auf die Preſſe zu ſehr eingeſchränkt haben, und ich glaube,
daß wir einen erheblichen Umſchlag in die Stimmung bringen
könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unſrer deutſchen
Bundesgenoſſen, beſonders Baierns, die Saite ſelbſtändiger
Preußiſcher Politik in der Preſſe anſchlägen. Vielleicht ge-
ſchehn in Frankfurt Dinge, welche uns den vollſten Anlaß
dazu bieten. Baiern kann ſeine 108000 M. (?) unmöglich
lange demonſtrativ auf den Beinen halten; das Münchner
Cabinet wird ſeit dem Eintritt Schrenks, wenn dieſer ſeiner
Vergangenheit nicht untreu wird, ſich viel entſchiedener als
biſher an Oeſtreich anſchließen, und Pfordten***) wird das Be-

*) Piepmeier war in den vierziger Jahren der Typus für den
Charakterloſen Philiſter.

**) Oeſterreichiſcher Geſandter in Berlin.

***) Der an Schrenks Stelle bayriſcher Bundestagsgeſandter ge-
worden war.

dürfniß haben, die Augen der Welt auf die Berathungen der Bundesversammlung zu lenken. 1859
12. 5.

In diesen Eventualitäten kann sich, wie Eure Excellenz mir bereits in einer telegraphischen Depesche andeuteten, die Weisheit unsrer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach andern Richtungen hin bethätigen und unsrer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das Preussische Selbstgefühl einen ebenso lauten, und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „Deutsch“ für „Preussisch“ möchte ich gern erst dann auf unsre Fahne geschrieben sehn, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf seinen bundestäglichen Nerus, abnützt.

Ich fürchte, daß Eure Excellenz mir in diesem brieflichen Streifzuge in das Gebiet meiner frühern Thätigkeit ein *no sutor ultra crepidam* im Geiste zurufen; aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, sondern nur das Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund ablegen wollen. Ich sehe in unserm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preussens, welches wir früher oder später *ferro et igni* werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heut lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne etwas andres an seine Stelle zu setzen, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preussens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen. Wenn wir zu ihnen analoge Verhältnisse hätten, wie Oestreich vermöge der jetzt angefochtenen Verträge sie zu den italiänischen Herzogthümern hatte, so läge *mutatis mutandis* schon darin ein großer Fortschritt für uns.

v. Bismarck.

144.

Bismarck an General Gustav v. Alvensleben.

Petersburg 14. Mai 59.

Lieber Alvensleben

1859
14. 5.

Die anliegende Abschrift eines Briefes an Schleinitz hatte ich eigentlich für den Fürsten von Hohenzollern*) bestimmt; nachdem sie aber fertig war, wurde ich zweifelhaft, wie Se. Hoheit sich wohl im innersten Herzen zu diesen Dingen stellen mag, und ob er es nicht übel nimmt, wenn ich ihm eine Abschrift eines Briefes an seinen Kollegen Schleinitz schicke, als ob ich den Herrn nicht so viel Intimität unter einander zutraute, daß sie sich von selbst einander mittheilen werden, was ihnen zu wissen frommt. Ich glaube auch, daß Schleinitz mein Schreiben Sr. A. G. dem Regenten nicht vorenthalten wird, obschon ich kaum hoffe, daß es dort goutirt wird. Wenn Sie Neigung und Gelegenheit haben, dem Prinzen den Funken Königlichen Ehrgeizes in diesem Sinne anzublasen, so möchte ich Sie bitten, den Inhalt der Anlage so zu benutzen, daß ich Ihnen in Form besondern Briefes dieselben Dinge wie an Schleinitz geschrieben, was ja doch nur auf Kopf und Schwanz ankommt, und auf den Irrthum, ob Sie schon die innere Excellenz auch äußerlich führen oder nicht. Es ist sonst immer ein Element von Mißtrauen und Verstimmung, wenn ich an Schleinitz schreibe, und gleichzeitig Ihnen Abschrift schicke, und der Prinz das etwa verlauten läßt.

Ich darf annehmen, daß meine Frau nun endlich das blutende Herz von Frankfurt losgerissen haben wird, und sich Ihres Wiedersehens in Berlin bereits erfreut hat. Ich hoffe sie im Juni oder July aus Pommern abholen zu dürfen, da ich

*) Karl Anton, Präsident des Staatsministeriums.

sie unter allen diesen der deutschen Sprache und Sitte un- 1859
kundigen Völkern nicht ihrem Schicksale überlassen kann. 14. 5.

Leben Sie wohl und grüßen Sie die wenigen die es ver-
dienen von Ihrem

treu ergebenen

v. Bismarck.

Aufschrift des Couverts:

An

den Königl. General-Major und Adjutanten

Er. R. Hoheit des Prinzen Regenten

Herrn von Alvensleben

Hochwohlgeboren

Berlin

Leipziger Str. 41.

Auf der Rückseite des Couverts mit Bleistift von der Hand des
Prinzregenten:

Während Ihrer Abwesenheit im Depeschen-Paket ein-
getroffen und von mir erbrochen.

W. P. R.

145.

Bismarck an Minister v. Schleinitz.

Petersburg 29. Mai 1859.

Eurer Excellenz

zeige ich mit Rücksicht auf den von mir geäußerten Wunsch, 1859
Petersburg auf 4 Tage verlassen zu dürfen, gehorfsamst an, 29. 5.
daß sich der Fürst Gortschakow am Mittwoch den 1 Juni auf
14 Tage nach Zarloe Selo begiebt, um dort eine Cur zu ge-
brauchen, deren er in Folge wiederholter Halsleiden und Heiser-
leiten bedarf. Er hat uns dabei den Wunsch ausgedrückt,
während dieser Zeit nur in besonders dringenden Fällen ge-
schäftlich aufgesucht zu werden. Es würde also ein Nachtheil

1859 für den Dienst durch meine kurze Abwesenheit um so weniger
29. 5. zu besorgen sein. Die Stadt fängt überhaupt bei der seit
8 Tagen anhaltenden Hitze an, sich mit überraschender Schnellig-
keit zu entvölkern, und wir Diplomaten werden mehr und mehr
auf den Umgang mit einander beschränkt, worin kein Fortschritt
auf dem Gebiete geselliger Annehmlichkeit zu entdecken ist. Ins-
besondere sind die deutschen Kollegen für mich ein chronisches
Uebel, dessen Leiden mir soeben bei einer Berathung über das
unter unsrer (Preussischen) Protection stehende deutsche Armen-
haus wieder besonders anschaulich geworden sind, und über
dessen ärztliche Behandlung ich noch nicht mit mir einig werden
kann. Obschon ich ihnen, auf Grund von Frankfurter Ante-
cedentien und Verläumdungen, keine persona grata bin, so
machen sie doch den landsmannschaftlichen Anspruch, auf mich
in Betreff politischer Mittheilungen angewiesen zu sein, weil
sie den Fürsten Gortschakow fast niemals sehen, und er sich auf
große Politik mit ihnen nur in den engsten amtlichen Grenzen
einläßt. Die Dreistigkeit, mit welcher mir unter dieser Rubrik
die indiscretesten Fragen à brûle-pourpoint gestellt werden,
übersteigt jede Voraussicht eines wohlgezogenen Politikers, und
besonders entwickelt Graf Károlyi*) die rücksichtsloseste Ent-
schlossenheit nach dieser Richtung hin, stets unter dem Vorwande
unsres bundesfreundlichen Verhältnisses. Ich mag mich nun
solchen Fragen gegenüber verhalten wie ich will, so entgehe ich
doch niemals dem Mißbrauch meiner Antworten. Färbe ich
meine Auslassung einigermaßen rücksichtsvoll für den Frager,
d. h. im österreichisch-mittelstaatlichen Sinn, so höre ich schon am
andern Tage von Gortschakow, daß ihm durch belgische, eng-
lische, griechische (der Fürst Souzo ist ein Günstling des Mi-
nisters) Canäle zu Ohren gekommen ist, Preußen fange doch
an, der Mehrheit seiner Bundesgenossen nachzugeben, da sogar

*) Oesterreichischer Gesandter in Petersburg.

ich der Gerechtigkeit ihrer Auffassungen zugänglich geworden sei. 1859
Weiche ich der Antwort aus, so heißt es, daß ich mich nur mit 29. 5.
Russen, Franzosen und Engländern einlasse, gegen den deutschen
Landsmann aber den boutonnierten Großmächts-Vertreter spiele.
Vertrete ich ehrlich den Standpunkt unsrer Regierung, indem
ich uns die Initiative in Deutschland gewahrt wissen will, und
mich bemühe, Illusionen aufzuklären und leidenschaftlichen Hoff-
nungen keine Ermuthigung zu geben, so werde ich in den hie-
sigen deutschen Kreisen und in Berichten nach Hause als Bona-
partist und Verschwörer gegen Deutschland angeklagt, mit allen
den Uebertreibungen und Entstellungen, welche ich von Frank-
furt her gewohnt bin, und welche seit 8 Jahren so oft ihren
Ausdruck in Beschwerden über mich, bis in die fürstlichen Privat-
Correspondenzen hinein, gefunden haben. Der Uebelstand ist,
daß die Vertreter der kleinern Staaten nichts zu thun haben,
oder sich doch für die Geschäfte, welche der Schutz ihrer Lands-
leute mit sich bringt, nicht interessieren, sondern auf Platschereien
hin große Politik treiben, wenn ihnen der geschäftliche Anhalt
dazu fehlt. Graf Münster*) geht glücklicher Weise am Mittwoch
fort. Er ist der Aufgeregteste, unter seiner Hülle niedersächsi-
schen Phlegmas, und vermöge unsrer näheren persönlichen Be-
kanntschaft ist es für mich doppelt schwierig, auf die Fragen
die er als „guter Freund“ zur Discussion bringt, mich als
Diplomat so auszusprechen, daß ich möglichst wenig Stoff zur
Berichterstattung und zur Beschwerde gebe. Rönneritz**) affichirt
eine lebhafte Begeisterung für Preußen, schilt über Ruß und
über Oestreich und spricht, als ob er unter einem Ministerium
Carlowitz fungirte. Montgelas***) ist in tiefster Verstimmung
über die Entwerthung der österreichischen Papiere, und scheint son-
derbarer Weise das Mittel, diesem abzuhelpen, in der Verall-

*) Hannoverscher Gesandter in Petersburg.

**) Kgl. Sächsischer Gesandter in Petersburg.

***) Bayerischer Gesandter in Petersburg.

1859 gemeinerung des Krieges zu erblicken. Auf meinen Wunsch,
29. 5. daß in Deutschland Sammlungen für unsern hiesigen Wohl-
thätigkeitsverein veranlaßt werden möchten, entgegnete er, daß
in Baiern kein Kreuzer eingehn werde, weil alle reichen Leute
am Rande des Ruins ständen; sein Schwiegervater (Seinsheim)
habe seinen Etat von 6 Pferden auf 2 herabsetzen müssen,
und der reiche Graf Schönborn sei in der peinlichsten Lage, da
jedermann sein Vermögen in Metalliques angelegt habe. „Da-
her,“ setzte er noch hinzu, „kommt auch bei uns die zornige
Stimmung gegen Napoleon.“

Fürst Gortschakow hat mir heut einen Erlaß an Budberg
über seine letzte Unterredung mit Karolvi vorgelesen, und bittet
mich Eurer Excellenz zu schreiben, daß Budberg denselben auf
Verlangen mittheilen dürfe; er stimmt mit dem Inhalt meines
letzten Immediatberichtes.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich

Eurer Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck.

146.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 24. Juni 1859.

Eurer Hochwohlgeboren

1859 empfinde ich das Bedürfniß endlich einmal meinen wärmsten
24. 6. Dank auszusprechen für die vielen und interessanten Privat-
mittheilungen, die Sie im Laufe der letzten Monate an mich
haben richten wollen.

Ihr letzter umfassender Bericht über die längere Conver-
sation mit dem Kaiser hat auf den Prinzen Regenten einen

sehr guten Eindruck gemacht. Auch mir ist es sehr erfreulich gewesen, daß man unsere Mobilmachung in Petersburg so ruhig, billig und verständig zu beurtheilen scheint. Für mich ist dabei die Betrachtung entscheidend gewesen, daß Preußen in Zeitläuften, wie die jetzigen, einer activen schlagfertigen Armee gar nicht entbehren kann, daß aber eine solche ohne ganze oder theilweise Mobilisirung überhaupt nicht besteht, und daß man daher zu dieser immerhin sehr lästigen und bedenklichen Maßregel schreiten muß, wenn nicht von Haus aus auf eine rasche und energische Action verzichtet werden soll. Was den Umfang der Aufstellungen betrifft, so hätte ich mich allerdings gern mit etwas wenigerem begnügt, denn die Schwierigkeit, so große Massen unbeschäftigt unter den Waffen zu halten, wird ohne Zweifel noch vielfach in störender, vielleicht gefährlicher Weise dem Gange einer bemessenen und leidenschaftslosen Politik in den Weg treten. Glücklicherweise ist der Kriegsfurore in Preußen beinahe gänzlich erloschen und im übrigen Deutschland doch auch im Abnehmen begriffen, und zu diesem letzteren Resultate hat unsere Mobilmachung, die den guten Leuten den Ernst der Lage vor Augen geführt, nicht unwesentlich beigetragen. In unseren maßgebenden Kreisen ist besonders seit einigen Tagen gleichfalls eine bei weitem ruhigere und objectivere Anschauung hervorgetreten, und so darf man an der Hoffnung festhalten, daß Preußen entweder sich ganz aus diesem Kriege fernhalten oder es doch mindestens vermeiden werde, sich in ganz kopfloser Weise und unter den ungünstigsten Constellationen hineinzustürzen. Wir werden in diesen Tagen in Petersburg und London Mittheilungen machen, die den ersten Anstoß zu einer Verständigung über eine gemeinschaftliche Friedens- und Vermittelungsbasis geben sollen. Sie werden dort hoffentlich befriedigen, da sie nichts präjudiziren und sich in Form und Inhalt von der Prätension eines Ultimatums oder eines endgültigen und unabänderlichen Entschlusses fern halten. Es ist wichtig,

1859
24. 6.

1859
24. 6. daß diese Schritte in Petersburg einer möglichst friedlichen und eingehenden Aufnahme begegnen, um dadurch unser Cabinet auf dem Standpunkt der Gemeinsamkeit mit den andern neutralen Mächten so lange als möglich festzuhalten. Gar zu lange darf die Ungewißheit freilich auch nicht dauern, denn das halten wir nicht aus; da ganz in der Kürze eine große Schlacht bevorzustehen scheint*), ist indeß auch zu hoffen, daß bald der Moment der friedlichen Intervention gekommen sein wird. Die Richtigkeit des von Ihnen selbst vielfach angedeuteten Factums, daß mancherlei gegen Ihre Person und gegen Ihre amtliche Wirksamkeit gerichtete Insinuationen hierher gelangt sind, vermag ich allerdings nicht in Abrede zu stellen, kann jedoch zugleich hinzufügen, daß es mir gelungen ist, mit Ihren Berichten in der Hand denselben mit Effect entgegenzutreten. Wenn ich mir nichtsdestoweniger die Bitte gestatte, daß Euer Hochwohlgeboren sich auch in Ihren außeramtlichen Gesprächen und Beziehungen möglichst dem Standpunkte Ihrer Regierung conformiren möchten, so ist diese Bitte vielleicht ganz überflüssig, allein der Wunsch, den Angriffen der Gegner nach keiner Seite hin eine Blöße darzubieten, hat mich dennoch vermocht, sie Ihnen auszusprechen.

Die militärische Deputation zur Einweihung des Denkmals für Kaiser Nicolaus wird in Petersburg erscheinen und mit ihnen der erst perhorrescirte, nun erbetene Münster**). Der Prinz-Regent ist auf diese Idee sehr bereitwillig eingegangen und freut sich im Grunde, daß auf diese Weise der ihm selbst sehr schmerzliche Mißton in den Beziehungen zu seinem kaiserlichen Neffen definitiv beseitigt wird.

Die Bewilligung des von Ihnen für nächsten Monat ge-

*) Sie wurde am selben Tage bei Solferino geschlagen.

**) Graf Hugo zu Münster, früherer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

wünschten Urlaubß wird, denke ich, keine Schwierigkeiten haben. 1859
Indessen, wer weiß, wo bis dahin die Welt steht. 24. 6.

Mit aufrichtigster Hochachtung und Ergebenheit
ganz

Ihr

Schleiniß.

147.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

befinden Sich in diesem Augenblicke auf demjenigen Punkte, 1859
welcher für uns der bei Weitem wichtigste ist. Wir treiben hier 1. 7.
nach dem Kriege hin, wenn nicht namentlich das Russische Ca-
binet uns in unsern Friedensbemühungen entschieden unterstützt.
Die Depeſche, welche eine allgemein gehaltene Anfrage aus-
spricht, befindet sich in Ihren Händen. Gewiß wird Ihr Ein-
fluß und Ihre Thätigkeit ihr eine möglichst gute Aufnahme
bereiten. — Hier sieht es sehr trübe aus — in Wien, wie es
scheint, ganz trüb. Wir erwarten in diesen Tagen Goltz auf
Urlaub.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit
Berlin 1/7. 59. v. Gruner.

148.

Bismarck an Minister v. Schleiniß.

(Eigenhändiges Concept.)

Berlin 25. September 1859.

Eurer Excellenz

beehre ich mich verabredeter Maßen zu melden, was ich hier 1859
mit Budberg*) besprochen habe. Ich konnte aus seinen Aeuße- 25. 9.

*) Damals russischer Gesandter in Berlin.

1859 rungen schließen, daß die Frage, ob und wie die beiden aller-
25. 9. höchsten Herrn zusammentreffen könnten, schon Gegenstand der
Erwägung und Mittheilung an Budberg gewesen ist und daß
der Kaiser auf der einen Seite die Zusammenkunft lebhaft
wünscht, während er auf der andern findet, daß sie nicht in
unmittelbarer Nähe Sr. Majestät des Königs statthaben könne,
so lange der Zustand des hohen Kranken von der Art sei, daß
jeder Zutritt auch der äußern Form nach untersagt bleibe.
Der Kaiser ist der Ansicht, daß es ebenso wie für sein eignes
Gefühl auch auf die öffentliche Meinung von peinlicher Wirkung
sein werde, wenn er sich am diesseitigen Hoflager zum Besuche
einfinde, ohne einem so nahen Verwandten wie dem Könige in
einem so schweren Leiden irgend einen unmittelbaren Beweis
der Theilnahme geben zu können.

Nach meiner Auffassung der Gefühlsweise des Kaisers kann
ich mir wohl denken, daß Budbergs Version einfach wahr ist,
daß ein etwaiges Streben, die Zusammenkunft nach Warschau
zu verlegen, keinen Antheil an seinen Aeußerungen gegen mich
hat, wenn schon er andeutete, daß das Erscheinen des Kaisers
Franz Joseph in Warschau nicht außer dem Bereiche der Mög-
lichkeit läge. Jedenfalls habe ich ihm gesagt, daß ein neuer
Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Regenten in Warschau nach
meiner persönlichen Auffassung den für uns wünschenswerthen
Eindruck in der politischen Welt verfehlen werde. Er brachte
darauf Breslau zur Sprache und fragte, ob dort wohl Truppen
genug wären, um dem Kaiser eine Revue zu geben. Ich
sagte, daß es mir des durchsichtigen Vorwandes, einige Re-
gimenter zu sehn, gar nicht zu bedürfen scheine, sondern daß
der frühere Besuch S. Königlichen Hoheit des Regenten, die
verwandschaftlichen Beziehungen und die schwebenden politischen
Fragen es gewiß vor aller Welt natürlich erscheinen ließen,
wenn der Kaiser mit seinem Durchlauchtigen Oheim zusammen-
käme. Budberg stimmte dem bei, wünschte es selbst lebhaft

und meinte nur, daß irgend eine vertrauliche Anregung, eine 1859
Andeutung, daß sein Besuch gern gesehen werden würde, etwa 25. 9.
durch Coen *) dem Kaiser den Anstoß geben möchte, wenn er nach
Preußen kommen sollte. Wäre der König in seinem leidenden
Zustande nicht in der Residenz anwesend, so würde es, nach
den Dispositionen des Kaisers nichts der Art bedürfen, um ihn
nach Berlin zu führen; so aber scheint Breslau der einzige ge-
eignete Ort.

Der Fürst Gortschakow wird sich schon einige Tage vor
dem Kaiser in Warschau einfinden. Wenn S. Königliche Hoheit
es vielleicht für angemessen hält, daß ich mich zur Zeit der
dortigen Ankunft des Kaisers an das dortige Hoflager begeben
und eine Einladung nach Breslau vermittele, so würde ich um
geneigten Befehl darüber bitten, damit ich meine Einrichtungen
rechtzeitig treffen kann. Meine Ueberzeugung, daß die Entrevue
überhaupt politisch von sehr günstigem Eindruck sein würde,
kann ich nur gehorsamst wiederholen.

Mein Freund Unruh **) hat mich gestern hier aufgesucht; er
sagt, daß die Antwort auf die Stettiner Adresse günstig ge-
wirkt habe, und erzählte mir als Zeichen der Stimmung, daß
der sonst sehr avancirte Demokraten-Häuptling Mez aus
Darmstadt in Fr(ankfurt) ausgerufen habe: lieber das schärfste
Preussische Militärregiment als die kleinstaatliche Misere. Er
hoffte in den Zeitungen bald eine diesseitige Antwort auf die
österreichische Note an (den) H(erzog) von C(oburg) ***) zu lesen,

*) Preussischer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

**) Vgl. dazu die Erinnerungen von H. Victor von Unruh, herausg.
von v. Poschinger, S. 194 ff. 207 ff.

***) Die Förderung, die Herzog Ernst von Coburg dem Gedanken
der Gründung einer großen nationalen Partei (des „Nationalvereins“)
zu Theil werden ließ, hatte den Grafen Rechberg zum Erlaß einer
Note an den Herzog von Coburg bestimmt, in der er gegen Ansichten
Bewahrung einlegte, welche im Munde eines souveränen Fürsten ganz
besonders tadelnswerth wären. Auch an die preussische Regierung hatte

1859 in welcher wenigstens die Mangelhaftigkeit der Bundes-Ver-
25. 9. fassung anerkannt würde.

Ich gehe heut nach Reinfeld bei Zuders in Pommern ab; für meine Reise mit Familie nach Petersburg wollte ich mir einen großen Diligence-Wagen auf die Gränze bestellen, wozu ich die Bestellung etwa 10 Tage vorher machen muß. Ich würde daher Eurer Excellenz sehr dankbar sein, wenn ich Weisungen, die auf Beschleunigung oder Verzögerung meiner Reise von Einfluß wären, nach Reinfeld zeitig zugesandt erhielte.

v. Bismarck.

149.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Baden d. 29. Sept. 1859.

Verehrter Freund,

1859 die Art und Weise, wie Sie das Thema der Entrevue mit
29. 9. Herrn v. Budeberg besprochen, ist in vollster Uebereinstimmung mit dem, was unser Allergnädigster Herr in dieser Beziehung denkt und wünscht. Zwar meint S. Königliche Hoheit, daß, da Niemand, selbst nicht die eignen Geschwister den kranken König sehen, auch der Kaiser von Rußland füglich dieselbe Position acceptiren könne und sich aus diesem Grunde von einem Besuche in Berlin nicht abhalten zu lassen brauche. Allein auch der Prinz ist der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen eine Zusammenkunft an einem dritten Orte vielleicht vorzuziehen sei, und er erklärte sich mit Breslau vollkommen einverstanden. Ich werde nun entweder durch Loën, von dem weder der Prinz noch ich wissen, ob er den Kaiser auf seiner Reise begleitet oder nicht,

sich Rechberg gewendet, um über den Herzog Beschwerde zu führen, erhielt aber von dort eine ziemlich scharfe Antwort, vgl. Herzog Ernst, Aus meinem Leben II, 522 f.

oder durch Bubberg den weitem Impuls geben, damit die Sache möglichst bald ins Reine komme. Da hiernach die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die Idee zur Ausführung kommen werde, und wenn dieß auch in der Eremitage*) nicht geschehen sollte, jedenfalls das Decorum zu verlangen scheint, daß Sie während der Anwesenheit des Kaisers in Warschau Sich dort einfinden, so scheint es mir das Zweckmäßigste zu sein, wenn Sie Ihrer Abreise nach Petersburg vorläufig noch Anstand geben, was hoffentlich mit nicht zu großen Nachtheilen und Unbequemlichkeiten hinsichtlich der Beschwerden der Ueberfiedelung Ihrer Familie verbunden sein wird.

Die Unruh'sche Mittheilung constatirt ein ebenso merkwürdiges als erfreuliches Factum. Den Wunsch wegen Veröffentlichung unserer Antwort in Sachen Oesterreich contra Coburg werden wir denke ich bald erfüllen können.

Zum Schlusse entledige ich mich der Aufträge zweier schönen Damen, indem ich Ihnen von Seiten Ihrer Majestät der Königin von Holland**) deren lebhaftes Bedauern auszudrücken habe, Sie wegen einer angeblichen Veränderung in Ihrer äußern Erscheinung hier auf der Promenade nicht sogleich, sondern erst ex post erkannt zu haben, während die Fürstin Obolenski mich ersucht hat, Ihnen zu sagen, wie sehr Sie ihr hier fehlen, wobei sie meiner Feder überläßt, Sie gleichzeitig in ihrem Namen mit einer Fülle von Liebenswürdigkeiten zu überschütten. Diesem erfreulichen Mandate mit Vergnügen, wenngleich wegen Mangels an Zeit und Raum nur summarisch entsprechend bin ich mit innigster Hochachtung

Ihr

treu ergebenster

Schleinitz.

*) Zu Warschau.

**) Sophie, Tochter des Königs Wilhelm I. von Württemberg.

150.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 31. December 1859.

Verehrter Freund,

1859
31. 12. Zu wie großer und aufrichtiger Freude es mir gereicht, daß nun Ihre Reconvalescenz*) als eine Wahrheit in des Wortes weitester Bedeutung betrachtet werden kann, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Diese Freude würde allerdings eine noch größere sein, wenn Ihre Gesundheit Ihnen schon jetzt oder in nächster Zukunft gestattet hätte, einen Posten wieder einzunehmen, auf welchem Sie gerade jetzt unentbehrlich und meiner Ueberzeugung nach durch Niemand auch nur in provisorischer Weise zu ersetzen sind. Indessen war der jetzige Zustand nicht mehr zu halten, theils der Sache wegen, theils gegenüber den wiederholten Andeutungen, die von Petersburg gekommen sind. Wir sind jetzt in der That, hinsichtlich unserer diplomatischen Vertretung beim Russischen Cabinet, auf dem vollständigsten Stillpunkt angelangt; daß dieß in einem Augenblicke, wo Oesterreich dem Grafen Thun**) carte blanche gegeben hat, auf jede Bedingung hin das alte Verhältniß mit Rußland wieder herzustellen und wo es demnach von höchster Wichtigkeit ist, diese Bestrebungen zu überwachen, die mit der persönlichen Stellung und der Zukunft des Fürsten Gortschakoff in so nahem Zusammenhange stehen, als ein durchaus unzulässiger Zustand bezeichnet werden muß, das, mein verehrter Freund, wird gewiß Niemand bereitwilliger anerkennen als Sie Selbst. Der Congreß ist seit der brochure de l'Empereur überhaupt wieder sehr zweifelhaft geworden, wenn indessen Gortschakoff vorläufig

*) Bismarck war Anfang November in Hohenborn an schwerer Zungenentzündung erkrankt, die ihn bis Anfang März 1860 dort festhielt.

**) Oesterreichischer Gesandter in Petersburg.

Petersburg auch nicht verlassen sollte, so würde doch wohl eine 1859
provisorische Anordnung nicht länger zu umgehen sein. Was 81. 12.
die Candidaten betrifft, die hierbei in Erwägung kommen, so
ist ihre Zahl sehr gering, von Werthern konnte bei den mir
bekannten und von Ihnen hervorgehobenen Verhältnissen nicht
die Rede sein. Harry Arnim wäre gewiß eine an sich sehr
geeignete Persönlichkeit, allein, da er auch nur Legationssekretär
ist, so konnte man ihn nicht ohne sanglante Verletzung dem
1. Sekretär und interimistischen Geschäftsträger in Petersburg*)
vorsetzen, es sei denn, daß diesem gleichzeitig ein anderer Posten
hätte gegeben werden können, was für den Augenblick unthun-
lich ist. Unter diesen Umständen erschien als die einzige ge-
eignete und zugleich disponible Persönlichkeit Graf Perponcher,
auf den die Wahl des Prinzen Regenten nun auch gefallen ist
und der in außerordentlicher Mission nach Petersburg ab-
gehen soll, was allerdings nicht vor Mitte künftigen Monats
wird geschehen können, da er bis dahin durch seine Obliegen-
heiten am Hofe des Prinzen Friedrich Wilhelm hier festgehalten
wird. Mein amtliches Schreiben vom heutigen Tage ist dazu
bestimmt, Sie von dieser Allerhöchsten Entscheidung in Kenntniß
zu setzen, die wie ich hoffe sich Ihrer Billigung zu erfreuen
haben wird. Was die häuslichen und pecuniären Arrange-
ments betrifft, so werden auch diese gewiß sich in einer für
Sie befriedigenden Weise erledigen lassen; was ich hierzu bei-
tragen kann, wird sicherlich geschehen. Ich brauche nicht zu
wiederholen, daß das vor allen Dingen sowohl für den Re-
genten als für mich maßgebende bei der Regulirung dieser
Verhältnisse der Wunsch ist, die Bedürfnisse des Dienstes so
viel als möglich mit den Rücksichten auf das, was Sie Selbst
für rätlich halten, und insbesondere auch auf Ihre Gesundheit
in Einklang zu bringen. Können Sie, wie es mir beinahe

*) Prinz Groy.

1859 wahrscheinlich, in den strengen Wintermonaten nicht nach Peters-
81. 12. burg zurückkehren, so wird es uns sehr erwünscht sein, Sie
wenigstens so bald als möglich hier zu sehn, und Ihr Anerbieten,
dem Groß unserer ehrenwerthen Pairs die Fragen auswärtiger
Politik in richtiger Beleuchtung vorzuführen, wird eventualiter
dankebarlichst acceptirt.

Mit den besten Wünschen für einen möglichst rapiden
Fortgang Ihrer Genesung und mit aufrichtigster Freundschaft
Ihr
treu ergebener
Schleinitz.

151.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Baden-Baden 25. Juni 1860.

Verehrter Freund,

1860 meinen schönsten Dank für die beiden interessanten Privatbriefe
25. 6. vom 9. und 14. d. M.*), die ich erst jetzt Muße finde zu beant-
worten, wenngleich auch hier der Muße nicht viel zu er-
übrigen ist.

Zuvörderst muß ich der Vermuthung entschieden entgegen-
treten, die Sie aus einigen Aeußerungen Gortschakoffs ent-
nommen haben, wonach wir vor einigen Monaten dem dortigen
Cabinet Eröffnungen gemacht hätten, welche als Aufforderungen
zur Errichtung einer Coalition gegen Frankreich aufgenommen
und ablehnend beantwortet seien. Wir haben uns vergeblich
den Kopf zerbrochen, um herauszubringen, was hiermit gemeint
sein könne, und der größeren Sicherheit wegen habe ich auch
Perponcher noch vor dessen Abreise ad articulos über dieß an-
gebliche Conat vernommen. Auch er erinnert sich nicht, weder

*) Concepte nicht vorhanden.

etwas gesagt noch geschrieben zu haben, was nur im Aller- 1860
entferntesten zu der erwähnten Auslegung habe Veranlassung 25. 6.
geben können. Und wenn die ganze Sache daher nicht auf
einem Mißverständnisse von Ihrer oder von Gortschakoffs Seite
beruht, so wäre noch zu ergründen, welche tiefere Absichten
diesen poetischen Insinuationen zum Grunde liegen könnten.
Das Referat über Ihre Audienz beim Kaiser macht einen er-
freulichen und zugleich einen peinlichen Eindruck. Erfreulich,
insofern als sich in allen Aeußerungen des Kaisers seine edle
uneigennützig und Preußen freundliche Gesinnung wieder-
spiegelt. Peinlich, insofern der treffliche Herr sich abmüht uns
für eine Idee zu gewinnen, der, wenigstens nach seiner eignen
Auffassung, keine recht praktische Seite abzugewinnen ist. Er
wünscht ein intimeres Verhältniß mit uns und Frankreich
hauptsächlich aus dem Grunde, um den Kaiser Louis Napoleon
durch die anständige Gesellschaft, in die man ihn auf diese Weise
versetzt, von unanständigen Dingen abzuhalten. Damit können
wir ganz einverstanden sein, und zu diesem Ende werden wir
Außland stets unsere aufrichtigste und eifrigste Mitwirkung ge-
währen. In derselben Absicht, die den Kaiser Alexander hier-
bei leitet, haben wir uns schon seit langer Zeit und unaus-
gesezt bemüht in möglichst freundschaftlichen und wohlwollenden
Beziehungen mit unserm westlichen Nachbarn zu leben. In
diesen Bemühungen werden wir auch ferner fortfahren, allein
wird ein Verhältniß, das nicht einen mehr oder weniger ex-
clusiven Charakter annimmt und nicht ganz specielle, die
Zwecke Frankreichs fördernde Zwecke verfolgt, dem Imperator
an der Seine auf die Länge genügen? Ich glaube es kaum,
vermuthe vielmehr, daß wir durch eine vorzugsweise In-
timität mit Frankreich nach und nach und ohne es zu wissen
und zu wollen in die Sphäre seiner Politik hineingezogen
werden würden. Wenn man die einzelnen jetzt vorliegenden
politischen Fragen beobachtet, so leuchtet auf den ersten Blick

1860 ein, daß keine einzige sich darunter befindet, in welcher Frank-
25. 6. reichs Zwecke die unsrigen oder die unsrigen zugleich Frank-
reichs Zwecke wären. Derselbe Mangel an Uebereinstimmung
scheint mir im wesentlichen auch zwischen der Russischen und
Französischen Politik stattzufinden oder sollte wenigstens statt-
finden. Denn auch Rußland kann an und für sich weder in der
saronischen noch in der italienischen Frage die Politik Frankreichs
gutheißen, und wenn es sich ihr nicht lebhaft widersetzt, so ge-
schieht es in der vielleicht sehr trügerischen Hoffnung, auf andern
Gebieten, namentlich im Oriente wichtige Gegenleistungen für
seine Complaisancen zu erkaufen. Die orientalische Frage wird
Frankreich aber erst loslassen (poser), wenn es seinerseits
den besten Handel damit machen zu können glaubt. Demnach
würde die entente selbst zwischen Rußland und Frankreich
auf sehr schwachen Füßen stehen, allein was sollten wir und
gar noch als Dritter in diesem Bunde für eine Rolle spielen,
wenn es nicht die des geprellten Alten wäre? Für uns giebt
es kein Compensations-Object, da wir vorläufig den so äußerst
patriotischen deutschen Bundesgenossen gegenüber nicht daran
denken können, sie, wie Graf Ugolino es mit seinen Kindern
machte, zu verspeisen in der wohlwollenden Absicht, ihnen einen
Vater zu erhalten. Die Unmöglichkeit eines speciellen Bünd-
nisses oder einer speciellen entente mit den Imperatoren des
Ostens und des Westens schließt aber nicht aus, ich wiederhole
es, daß wir mit beiden uns auf den freundschaftlichsten Fuß
zu stellen suchen. Rußland gegenüber ist dies ja glücklicher
Weise das natürliche und normale Verhältniß. Und Frankreich
gegenüber wird, wie Fürst Gortschakoff ganz richtig sagt, für
die nächste Zukunft die eben stattgehabte Entrevue*) ihre wohl-
thätige Wirkung hoffentlich nicht verfehlen. In Frankreich ist
gerade, um diese Wirkung zu erreichen, das entsprechende mot

*) In Baden-Baden, 16. Juni 1860.

d'ordre nach allen Seiten hin gegeben; Presse und allerhöchste 1860
Umgebung wiederholen à l'envie den Ausdruck der kaiserlichen 25. 6.
Befriedigung über eine vollständige Reussite des Badener
Rendezvous. Aufmerksame Beobachter meinen, daß der Kaiser
auf einen noch herzlicheren und wärmeren Empfang gerechnet
habe, und daß ihn namentlich die an Kälte grenzende In-
differenz des deutschen Publikums um so unangenehmer berührt
habe, als er sich bei seiner Reise vor 3 Jahren (nach Stuttgart)
nicht über ähnliche Symptome der öffentlichen Stimmung zu
beklagen gehabt habe. Allein n'importe, es ist ein parti pris,
daß die Entrevue über alle Erwartungen reussirt und den
Frieden wesentlich befestigt haben soll, und so wollen denn auch
wir sie in diesem Sinne auszubeuten suchen. Für uns ist es
jedenfalls sehr erfreulich, daß der Prinz-Regent bei dieser
Veranlassung nach allen Seiten hin auf eine äußerst glänzende
Weise abgeschlossen hat. Jedermann rühmt sein einfaches,
natürliches, würdiges Benehmen dem Kaiser Napoleon gegenüber,
dem er, wie wir aus Paris hören, sehr gefallen und imponirt
hat. Aber auch auf die deutschen Fürsten hat sein männliches
offenes und energisches Auftreten einen äußerst wohlthätigen
Eindruck gemacht. Sie haben sich überzeugt, daß es ihnen
nicht gelingen werde, ihn nach ihrer Weise tanzen zu lassen
oder zu einer Systems-Änderung zu bewegen, wozu ver-
schiedene, wenn auch nur individuelle Anläufe gemacht worden
sind. Mehr oder weniger sind alle diese Herren doch nicht
bloß in dem Lichte sondern auch in dem eignen Gefühle als
Vasallen Preußens hier erschienen, und das ist jedenfalls ein
erfreuliches und neues Symptom der Zeit. Wie sich die
Sachen weiter entwickeln werden, hängt von mancherlei äußern
Umständen, vor allem aber von der Gestaltung der großen
politischen Verhältnisse ab. Was letztere und in specie den
Orient betrifft, so sehe ich nicht ab, weshalb wir nicht in dieser
für Rußland so wichtigen Frage die Russische Politik nach

1860 Prästen unterstützen sollten, das wird um so leichter und un-
25. 6. verfanglicher sein, je mehr wir uns davon überzeugen, daß es
sich in der That darum handelt, de rattacher et non pas de
faire tomber la proie.

Mit aufrichtigster Freundschaft

Ihr
treu ergebener
Schleinitz.

152.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 3. August 1860.

Berehrter Freund,

1860 Empfangen Sie meinen besten Dank für die wiederholten
8. 8. und interessanten Privat-Mittheilungen, die Sie mir in letzter
Zeit haben zugehen lassen wollen, und versagen Sie mir nicht
den General-Pardon für die Unterlassungssünden, die ich da-
durch begehe, daß ich jetzt wie früher diese Mittheilungen nicht
ebenso pünktlich und ausführlich beantworte, als sie mir ge-
macht wurden.

Mit der Teplitzer Zusammenkunft*) haben wir alle Ursache
zufrieden zu sein. Es ist dadurch auf der einen Seite eine
gewisse Beruhigung, das Gefühl einer größeren Sicherheit her-
vorgerufen worden, welches sich auch bereits in Handel und
Wandel auf erfreuliche Weise bemerkbar macht, auf der andern
Seite (Frankreich) wird dadurch die Ueberzeugung gefördert
werden, daß eine übergreifende und aggressive Politik diesseits
des Rheins und hoffentlich schon ein Stückchen jenseits des-
selben, doch einem ziemlich compacten und wohlorganisirten
Widerstande begegnen würde. Das ist nicht bloß für Deutsch-
land selbst sehr wichtig, sondern auch in Beziehung auf die-

*) 26. Juli 1860.

jenigen kleineren Zwischenländer, die ihre natürliche Anlehnung an Deutschland finden, und die nur allzu leicht den Muth verlieren, wenn ihnen nach dieser Seite hin der Boden unter den Füßen weicht. Daß man auch in Petersburg unsern Intuitionen in Beziehung auf die Teplitzer Zusammenkunft volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und die Gelegenheit benützt hat, um sich in so wohlwollender Weise für uns auch dem Wiener Cabinet gegenüber auszusprechen, hat hier nur einen sehr guten Eindruck machen können, und verpflichtet uns namentlich gegen Fürst Gortschakoff zu einer Erkenntlichkeit, der ich Sie den entsprechenden Ausdruck zu geben bitte. Viel mehr als gute Vorläufe, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist, ist bis jetzt freilich von Seiten des Oesterreichischen Cabinets nicht bemerkbar gewesen. Die Zukunft wird lehren, wie ernst es damit gemeint ist, und nach dem Maße dessen, was in dieser Hinsicht wirklich geschieht, werden wir unsere Gegenleistungen zu bemessen haben. — Nachdem Rußland seinen article additionel zu dem syrischen Traktat hat fallen lassen, wird die Unterzeichnung des letzteren wohl keinen Anstand mehr erleiden; wir unsererseits würden auch den Russischen Wünschen hierin gern gerecht geworden sein, und es scheint mir, daß die Engländer in ihrem Argwohn zu weit gegangen sind, wenn sie selbst die ziemlich inoffensive Fassung, wie sie zuletzt vorgeschlagen war, zurückweisen zu müssen glaubten. Da in Beziehung auf die orientalische Frage für uns und so lange wir an der Erhaltung des türkischen Reiches nicht verzweifeln, die Hauptsache immer die sein wird, den Charakter der Gemeinsamkeit und der Collectivität bei allen zu thuenden Schritten festzuhalten und gefährlichen Scissionen unter den Mächten entgegen zu arbeiten, so haben wir es nur mit großer Befriedigung aufnehmen können, daß Rußland, um das allgemeine Einverständniß nicht in Frage zu stellen, die gewünschte Clausel hat fallen lassen.

1860
8. 8.

1860
8. 8.

Mein Circular-Erlaß wegen der Trennung der Materien, auch in den Immediatberichten, hatte wesentlich eine Erleichterung unserer Kanzlei zum Zweck, da deren Kräfte zur Bewältigung der massenhaften Schreiberei kaum noch ausreichen. Die Schwierigkeiten, die eine solche Trennung oft darbieten mag, erkenne ich keineswegs, und es muß natürlich in dieser Beziehung der discretionären Beurtheilung jedes Missions-Chefs überlassen werden, in wie weit er in jedem einzelnen Falle die allgemeine Regel festhalten zu können glaubt. Wegen Abstellung der Mißbräuche, die mit dem Depeschenbeutel getrieben werden und auf die mich aufmerksam gemacht zu haben, ich Ihnen sehr dankbar bin, habe ich das Erforderliche angeordnet. Welche Bewandniß es mit der die Fortsetzung der Werke Friedrichs II. enthaltenden Kiste hat, ist jetzt von mir aufgeklärt und Ihnen mitgetheilt worden. Nachdem aber einmal die Eröffnung an Gortschakow gemacht worden, bleibt nichts übrig, als sie in Erfüllung gehen zu lassen; indessen glaubt der Prinz, daß es genügt, wenn Sie im Auftrage S. Königlichen Hoheit das Geschenk mit einigen verbindlichen Worten an den prince-ministre begleiten. — Den Dank, den Sie mir dafür spenden, daß Ihnen Ihre letzte Gehalts-Rate ohne Abzug gezahlt worden ist, wünschte ich in noch höherem Grade verdienen zu können, als es in der That der Fall ist. Während meines Aufenthaltes in Baden war mir der Entwurf einer Verfügung an Sie vorgelegt worden, durch welche Ihnen die Herauszahlung einer sehr namhaften Summe aufgegeben wurde. Ich nahm Anstand, diese Verfügung zu zeichnen, da mir die ganze Sache doch einigermaßen zweifelhaft erschien, und ich mir eine nähere Prüfung vorbehalten wollte. Auf diese Weise schwebt die Sache noch, und ich werde mir demnächst nochmals einen gründlichen Vortrag über dieselbe halten lassen. Was ich irgend mit meinem Gewissen verträgliches zu einer für Sie möglichst befriedigenden Lösung thun kann, soll gewiß geschehen. Vielleicht

können Sie mich selbst sub rosa noch mit einigen Argumenten 1860
ausrüsten, die ich zu Ihren Gunsten geltend zu machen gern 8. 8.
bereit bin. — Mit dem Sauerling Montgelaß und seiner nicht
minder säuerlichen Gattin haben wir allerdings keine beneidens-
werthe Acquisition und jedenfalls gegen Bray einen sehr üblen
Tausch gemacht. Es ist unbegreiflich, daß man in München
solche Wahlen treffen kann, besonders in einem Augenblicke,
wo man sehr preußenfreundlich thut, wenn man es auch viel-
leicht *re vera* nicht ist.

In aufrichtigster Freundschaft herzlichst der Ihrige
Schleinitz.

153.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

(Concept.)

Petersburg $\frac{8. \text{ Sept.}}{22. \text{ Aug.}}$ 1860.

Durchlauchtigster Fürst.

Endlich sind mir von Herrn von Olfers die Werke Friedrichs 1860
des Großen zugegangen, nachdem Seine Königliche Hoheit der 8. 9.
Regent mir schon im Frühjahr in Berlin mündlich zugesagt
hatte, daß die Sendung mir gleich nach meiner Abreise hierher
folgen solle, um den Gefinnungen für Eure Durchlaucht einen
Ausdruck allerhöchster Bestätigung zu verleihn, als deren bereit-
willigen und aufrichtigen Vertreter Sie mich seit Jahren kennen.

Ein Mißverständniß hatte mich schon vor einigen Wochen
in einer mit Supplementen des für Se. Majestät bestimmten
Exemplars gefüllten Kiste das Eurer Durchlaucht zuge dachte
Exemplar vermuthen lassen, welches ich hierbei zu überreichen
mich beehre.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck unwandel-
barer Verehrung.

(gez.) v. Bismarck.

154.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 21. September 1860.

Verehrter Freund,

1860 Die verschiedenen in der Form von Privatbriefen Ihrer-
21. 9. seits in letzter Zeit an mich gerichteten Mittheilungen sind mir,
ohne Zweifel in ununterbrochener Vollständigkeit, während meines
ländlichen Aufenthalts in Thüringen, wo es mir zwar nicht an
Zeit, aber wohl an sicherer Gelegenheit und an Stoff gebrach,
um sie in angemessener Weise zu beantworten, zugegangen. Seit
zwei Tagen in die Residenz zurückgekehrt, habe ich zunächst eine
solche Masse angesammelten Stoffes in Form bisher retinirter
diplomatischer Conversationen und geschriebener Aktenstücke vor-
gefunden, daß ich mich auch heute nur auf wenige Zeilen be-
schränken muß, die zunächst den Zweck haben, Ihnen für Ihre
interessante Correspondenz meinen Dank auszusprechen und
Ihnen die vorläufige Mittheilung zu machen, daß es mir, zwar
nicht ohne harte Kämpfe, aber dennoch gelungen ist, den über
Ihrem Haupte schwebenden Gehaltsabzug glücklich abzuwenden.

Der eigenhändige Brief des Regenten, der Ihnen heute zu-
geht, um durch Ihre Vermittelung dem Kaiser zugestellt zu
werden, hat den Zweck, einigermaßen vorbauend die Richtung
zu bezeichnen, die unser allernächtigster Herr bisher in seinen
Zusammenkünften festgehalten hat, und die er auch bei dem
Warschauer Rendezvous nicht zu verlassen wünscht. Ob dies
ganz mit des Kaisers und des Fürsten Gortschakoff Absichten
stimmt, die vielleicht bei ihnen selbst noch nicht ganz feststehen
und über die jedenfalls für uns noch ein gewisses Dunkel schwebt,
wird erwartet werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß
die Warschauer Zusammenkunft für uns vor allen Dingen den
Charakter einer gegen England gerichteten Demonstration nicht

machen darf, eine Gefahr, die bei den von Fürst Gortschakoff 1860
wiederholt betonten continentalen Interessen vielleicht zu 21. 9.
absichtlich angedeutet ist, um auf einen tiefer gehenden Plan
des Russischen Cabinets in dieser Beziehung schließen zu lassen.
Jedenfalls haben wir auf unserer Hut zu sein, selbst wenn
Frankreich in Warschau nicht eben in Person, was mir indessen
gar nicht außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen scheint,
sondern nur durch seinen Geist vertreten sein sollte. — Gestern
ist Ihr Telegramm wegen der Abberufung des Gesandten aus
Turin richtig hier eingetroffen. Budberg hatte mir kurz vorher
schon von der Sache gesprochen. Wir sind übereingekommen,
die angekündigte motivirte Mittheilung, die nicht vor nächstem
Dienstag hier sein kann, abzuwarten. Prima facie scheint mir
die Sache doch große Bedenken zu haben. Das was sich zwischen
Piemont und Rom unter unsern Augen begiebt, ist zwar der
Art, daß Hugo Grotius, Pufendorf, Batel und der selige
Wheaton*) Einiges dazu zu sagen haben würden, allein es ist
im Grunde doch nur eine neue kaum vermehrte und verstärkte
Auflage dessen, was in Beziehung auf Toscana, die Herzog-
thümer, die Romagna und neuerdings Neapel als landläufige
Münze piemontesischer Politik in Kurs gesetzt worden ist, ohne
daß die Mitglieder des Europäischen Areopags auch nur bis
zur Höhe eines bescheidenen Protestes sich erhoben hätten. Die
Abberufung auf Grund eines ganz analogen Verhaltens gegen
Rom würde mir daher ein logischer Status zu sein scheinen,
der um so bedenklicher wäre, als er in einen nicht wünschens-
werthen Causal-Nexus mit dem französischen Beispiel gebracht
werden könnte, daß gerade in diesem Falle nachzuahmen sich
aus mancherlei Gründen kaum empfehlen dürfte. Doch das
und Anderes sind nur vorläufige Eindrücke, und bevor wir uns
definitiv entschließen, wird jedenfalls die russische Mitthei-
lung abzuwarten sein.

*) Autoritäten in Sachen des Völkerrechts.

1860 Die Großfürstin Helene, die mich heute empfangen und
21. 9. mit einer längeren Unterredung beehrt hat, wird übermorgen
Abend nach Petersburg abreisen, zu derselben Zeit begiebt sich
der Prinz-Regent zum Empfange der Königin Victoria nach
Aachen.

Mit aufrichtigster Freundschaft

ganz Ihr

Schleinitz.

155.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Verehrtester Herr v. Bismarck!

1860 So eben erhalten wir eine Nachricht von größter Unan-
28. 9. nehmlichkeit. Vor 8 Tagen sollte ein Feldjäger mit dem Ruf-
fischen Schiffe an Sie abgehen. Von Seiten der Englischen
Gesandtschaft ward uns darauf die Nachricht, der Englische
Gesandte in Petersburg reise mit diesem Schiffe nach Peters-
burg zurück, und wir könnten diese sichere Gelegenheit benutzen.
Darauf wurde diejenige Expedition nach der Englischen Gesandt-
schaft gesendet, welche Sie mit diesem Briefe empfangen. Während
wir Sie längst im Besitze dieser Expedition und vor Allem des
Schreibens Sr. Königlichen Hoheit des Regenten an S. Maje-
stät den Kaiser Alexander glaubten, geht diesen Augenblick uns
die Expedition wieder zu. Der Depeschenbeutel der Englischen
Gesandtschaft war in Stettin geblieben, ist eben erst von dort
zurückgekommen und einem unserer Kanzleidiener, der zufällig
gerade auf der Englischen Gesandtschaft war, ist sofort auch
unsere darin befindliche Expedition mitgegeben worden. Es ist
keine Zeit zu verlieren; die Expedition muß fort, und ich eile
nur, Ihnen (neben ein Paar amtlichen Zeilen) diese Worte
der Erklärung zu schreiben, um Sie in den Stand zu setzen,

die verspätete Ueberreichung des Schreibens an den Kaiser zu 1860
erklären und zu entschuldigen. 28. 9.

Sobald wir genau den tatsächlichen Zusammenhang ermittelt haben, telegraphiren wir, wenn sich noch ein neuer Erklärungsgrund ergeben sollte.

Ich muß schließen, damit die Sachen nicht zu spät fort-
kommen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung und Ergebenheit
Berlin 28/9. (1860). Gruner.

Freitag Abend.

156.

Prinz Karl von Preußen an Bismarck.

Goeben erhalte ich eine Einladung zum heutigen Diner 1860
bei Michail Nikolagewitsch; sogleich schickte ich zu meinem 18. 11.
Bruder*) um übereinzukommen dasselbe absagen zu lassen, wor-
auf er mir wissen läßt: das ginge nicht, indem heute en
famille der Geburtstag eines kleinen Großfürsten dort gefeiert
werden soll, und er habe bei Ihnen, verehrter Bismarck,
bereits absagen lassen.

Unter diesen Umständen muß ich mich auch dazu ent-
schließen, so schwer es mir auch wird!

Der jüngere Bruder hätte wohl erst mein assentiment ein-
holen können, ehe er sich zur Absage entschloß, das thut er aber nie.

Ich bitte um Erlaubniß zwischen 12 und 1 Uhr Ihnen
und Ihrer Frau Gemahlin persönlich meine Entschuldigungen
wiederholen zu dürfen.

Freundlichst

Sonntag Morgen

Carl Prinz v. Preußen.

9 Uhr

6./18. 11. 60.

*) Prinz Albrecht.

157.

Fürst Carl Anton zu Hohenzollern an Bismarck.

Euer Excellenz

1860
22. 11. erfuche ich ergebenst, Beigeschlossenes an seine Bestimmung ge-
fälligst befördern lassen zu wollen. Es enthält eine auf meine
Veranlassung geschriebene kunsthistorische Abhandlung, worin
der Beweis zu führen versucht wird, daß Raphael auch auf
dem Gebiet der Kupferstecher-Kunst thätig gewesen sei. Dem
Verfasser Prof. Andreas Müller zu Düsseldorf habe ich meine
Vermittlung zugesagt, und die Zusendung an die Academie der
Künste ist lediglich eine Aufmerksamkeit des Verfassers, zu
welcher ihn das Novum seiner Entdeckung berechtigen dürfte.

Hier Alles still und in voller Arbeit für den kommenden
Landtagskampf. Die äußere Lage der Verhältnisse wird der
innern zu Hilfe kommen müssen — denn wir haben viel Geld
gebraucht und werden noch vieles brauchen, um die Armeere-
form zur Wahrheit zu machen. Die Gemeinsamkeit der
Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieser Reform wird
hoffentlich dem Ministerium jene Lust und compacte Einheit ver-
leihen, welche für Durchführung dieser Lebensfrage nöthig ist.

Eurer Excellenz stetes Wohlergehen von Herzen wünschend,
verbleibe ich hochachtungsvollst und ergebenst

Berlin 22. Novbr. 60.

Fürst zu Hohenzollern.

158.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 30. Novbr. 1860.

Berehrter Freund,

1860
30. 11. Der Feldjäger, den ich Ihnen heute schicke, bringt Alles
zu Ihren Händen, was sich etwa in neuerer Zeit an interessantem

und mittheilbarem Stoff hier angesammelt hat. Von großer Wichtigkeit ist es aber nicht. Die in Ihrem letzten politischen Berichte (durch General Hopfgarten überbracht) erwähnte Russische Mittheilung ist mir durch Budberg vorgestern gemacht worden, und ich habe mich sowohl aus deren Tenor als aus den mündlichen Aeußerungen des Gesandten überzeugt, daß es dem dortigen Cabinet erwünscht sein wird, wenn wir uns auch unsrerseits gegenwärtig über den Gegenstand der Warschauer Besprechungen*) mit dem französischen Hofe in directes Einvernehmen setzen. Demgemäß wird Pourtales**) alsbald mit entsprechender Instruction versehen werden, obgleich ich mir von diesen Pourparlers kein übermäßig glänzendes Resultat verspreche. Indessen muß man par acquit de conscience doch das Seinige thun, um es des lieben Friedens willen auch ferner nicht an den entsprechenden coups d'olivier dans l'eau fehlen zu lassen. Seit gestern ist hier im Publikum das Gerücht stark akkreditirt, daß Oesterreich ernstlich damit umgehe, sich in der Rolle des Kaufmanns von Venedig zu versuchen, wäre das richtig, woran ich vorläufig mir zu zweifeln erlaube, so würden wir von dieser Seite vorläufig aller Nothe überhoben sein. Daß es in Oesterreich trotz der Ottomirung vom 20. Oktober schlimm aussieht, und comparativ vielleicht schlimmer als vorher, ist nicht zu verkennen, und ich habe das Gefühl, daß eine Catastrophe, wenn auch zunächst nur eine finanzielle, nicht mehr Monate, vielleicht kaum Wochen auf sich warten lassen wird. — Die liberalen Anwandlungen des Kaisers der Franzosen unterliegen mannigfacher Deutung, ich glaube, daß doch zunächst nur eine Stärkung gegen die in letzter Zeit nicht unbedeutend gewachsene katholische Bewegung bezweckt ist, für ganz unbedeutend halte ich die Zugeständnisse jedenfalls nicht und glaube, daß sie im Großen und Ganzen für eine friedlichere und weniger remuante Politik

1860
80. 11.

*) 21.—26. October.

**) Gesandter in Paris.

1860 einige Chancen gewähren dürften. Gewährt man erst den
80. 11. Franzosen das Recht zu schwagen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie sich mit der Zeit in Freiheit und Opposition hineinräsonniren, und das kann gegen gewisse Tendenzen ein heilsames Gegengewicht abgeben. — In Warschau scheint man, nach den Aeußerungen Risselew, den Regenten so verstanden zu haben, als habe S. Königliche Hoheit sich anheischig gemacht, die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abzubrechen, sobald die neuen Annexionen thatsächlich vollzogen sein würden. Dies ist indeß, wie ich des Prinzen Aeußerungen aufgefaßt habe, nicht der Fall, Allerhöchst Derselbe hat für diesen Fall nur eine neue Erwägung der Frage in Aussicht gestellt; und allerdings kann diese nicht ausbleiben, wenn, wie zu erwarten, wir demnächst, d. h. wahrscheinlich, nachdem der Ausspruch des italienischen Parlaments erfolgt sein wird, offiziell von der Bildung des neuen Königreichs Italien in Kenntniß gesetzt werden. Ob man sich dann zur Abberufung entschließen wird, will ich dahin gestellt sein lassen, daß jetzt dazu kein geeigneter Moment wäre, ist mir aber nicht zweifelhaft, obgleich Bayern (!?) jetzt mit dieser Maßregel vorgehen wird und uns dringend aufgefordert hat, uns diesem Beispiele anzuschließen. Bubberg scheint mir übrigens auch nicht mehr sehr lebhaft für den diplomatischen Bruch zu plaidiren und im Stillen der Ansicht zu sein, daß wir im Grunde nicht übel gethan haben, seinem früheren Drängen nicht nachzugeben. Der für den Augenblick hier Alles in den Hintergrund drängende topic ist die scandalöse Schwarz-Stieber'sche Angelegenheit*). An die tendenziösen Enthüllungen knüpft sich ein ebenso tendenziöses Entrüstungs- und Wuth-Geheul, und wenn die Sache an sich, bei näherer Betrachtung auch zu ziemlich winzigen Proportionen zusammenschrumpft, so

*) Im Proceß Schwarz-Stieber handelte es sich um einen Fall von Beamtenbestechung durch Annahme von Geschenken Seitens des Polizei-Assessors Stieber.

wird sie doch unfehlbar als Waffe in den Händen der Ant- 1860
agonisten Preußens besonders im übrigen Deutschland nur all- 30. 11.
zugute und willkommene Dienste leisten.

Mit aufrichtiger Freundschaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

159.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin 25. Dezember 1860.

Verehrter Freund

Ich höre so eben, daß Ihr Feldjäger in Gumbinnen an- 1860
gelangt ist und habe beschlossen, ihn sogleich nach Petersburg 25. 12.
zurückkehren zu lassen, um einige auf sichere Beförderung har-
rende Pöden Ihnen nicht länger vorzuenthalten. Es bezieht
sich dies insbesondre auf die Schriftstücke, welche die Warschauer
Besprechungen und die vier Punkte zum Gegenstand haben.
In der Antwort auf die Thouvenel'sche Depesche an Montebello*)
beschränken wir uns darauf Akt zu nehmen von dem, was sie
Acceptables enthält, d. h. von der Zusicherung, daß militärische
Maßregeln zum Schutze deutschen Gebiets und auf deutschem
Gebiete von Frankreich nicht als eine Verletzung der Neutralität
in dem eventuellen Oesterreichisch-Italiänischen Kriege werden
betrachtet werden. Daß wir indessen durch diese Akt-Nahme der
haltung Deutschlands für den Fall eines solchen Kriegeß nicht
präjudiziren wollen und können, habe ich gleichzeitig anzudeuten
für nöthig gefunden. Die Haltung Deutschlands wird aber
meiner Ansicht nach wesentlich nur davon abhängen, was es

*) Napoléon Auguste, Herzog von Montebello, war französischer
Gesandter in Petersburg, Thouvenel Minister des Auswärtigen.

1860 ohne Ueberschätzung seiner Kräfte thun kann, um Venetien bei
25. 12. Oesterreich zu erhalten, denn daß Deutschland bei der Erhaltung
dieses Oesterreichisch-Italiänischen Besizthums nicht bloß aus
Gründen militärischer Sicherheit sondern auch wegen der un-
ausbleiblichen Folgen der Lostrennung wesentlich betheiligt ist,
darüber bin ich immer weniger zweifelhaft. Die strategischen
Vorthelle des berühmten Festungsvierecks sind im Interesse
Deutschlands nach dem Urtheil aller Sachverständigen durch
keine andre Combination auch nur annähernd zu ersetzen.
Außerdem ist nicht abzusehen, weshalb die italiänische Natio-
nalitätsbewegung die Oesterreichische Grenze ungestraft über-
schreiten und die deutschen respektiren sollte, da diese Landes-
theile an sich schließlich eben so entschieden Italiänisch sind
als Venetien nur irgend sein kann. Daß gegen solche Ueber-
schreitung durch Verträge, Garantien und wie sonst dergleichen
papierne Bürgschaften heißen mögen, keine irgend wie beru-
higende Gewähr geleistet werden kann, das sollte nach allem,
was sich unter unseren Augen zuträgt und nach den heillosen
Principien, zu denen selbst Großmächte sich ungeschert bekennen,
wohl jedermann einleuchten. Endlich aber, und das ist die
Hauptsache, handelt es sich um eine revolutionäre Bewegung,
die unter der Devise der Nationalität lediglich für die Firma
des kaiserlichen Frankreichs operirt und die es sich zur Aufgabe
gestellt hat, alle Deutschland feindlichen Völker und Völkerchen
in Aufruhr zu bringen, um alsdann, wenn dies Unternehmen
gelingen sein, wenn uns nach Osten hin vom Adriatischen bis
zum Baltischen Meere ein Gürtel trennender und hostiler Ele-
mente umgeben wird, am Rheine ganz gemächlich im Trüben
zu fischen. Durch die Lostrennung von Venetien wird die
Revolution nicht geschlossen werden, sondern einen neuen und
gefährlichen Durchbruch erhalten. Das sollte sich vor allen
Dingen auch Rußland gesagt sein lassen. Ihre günstigen Er-
wartungen von dem künftigen einheitlichen Königreich Italien

vermag ich nicht zu theilen. Ich will zugeben, daß es unter 1860
Umständen wohl einmal unser Allirter wird sein können, glaube 25. 12.
aber, daß wir es viel constanter in den Reihen unserer Gegner,
namentlich im Gefolge Frankreichs als unter der Zahl unserer
Freunde erblicken werden. Dazu kommt, daß es uns wirklich
als Verbündeter, und zwar nach keiner Seite hin, beim besten
Willen erhebliche Dienste nicht würde leisten können, während
es als Gegner im Verein mit Andern sehr unbequem, ja sogar
gefährlich werden kann. Wir können deshalb unmöglich, wie
es England wünscht, im Sinne des Verkaufs von Venetien auf
Oestreich drücken oder ihm auch nur eine Proposition machen,
die wenn sie uns gemacht würde, uns veranlassen müßte, den
Proponenten aus der Thür zu werfen. Daß Preußen keinen
Beruf hat, außerhalb des eignen Landes den Champion und
resp. den Don Quixote der Legitimität zu machen, darüber bin
ich mit Ihnen ganz einverstanden. Das hindert aber nicht,
daß wir der Revolution da, wo sie unser Macht- und unser
Interessen-Gebiet überschreitet, doch mit allen Mitteln entgegen-
treten sollten. Ob und wie weit wir dies in Italien thun
werden, ist wie gesagt, weniger eine politische als eine mili-
tärische Frage, und das Unglück der Situation ist, daß bei dem
dermaligen Zustande Oestreichs kein Mensch zu sagen im Stande
ist, ob überhaupt und in welchem Grade auf diese Macht bei
einem allgemeinen tohu bohu noch zu rechnen ist.

Die uns gestern durch Ihre Vermittelung zugegangene
Nachricht von dem Tode Minutoli's *) ist mir, da er jedenfalls
ein Opfer seines Dienstes, wenn auch eines übertriebenen
geworden, sehr schmerzlich. Für seine zahlreiche Familie und
seine alte 82jährige Mutter ist es ein schwerer Schlag.

Verzeihen Sie, verehrter Freund, die Flüchtigkeit und

*) Ehemaliger Polizeipräsident von Berlin, damals preussischer
Gesandter in Teheran; er starb am 5. Nov. auf einer Reise durch das
südliche Persien.

1880 Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Zeilen, denen ich nur noch
25. 12. die besten Wünsche für Ihr Wohlergehen, auch in dem bevor-
stehenden neuen Jahre, und in der gegenwärtigen, für Sie
wahrscheinlich weniger als für Ihre Kinder erfreulichen Weih-
nachtszeit hinzufügen will.

Mit aufrichtiger Freundschaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

Dem schönsten Danke für die durch Prinz Groy überbrachte
Caviar-Sendung sehe ich mich im Hinblick auf Schwarz-Stieber
veranlaßt die Verwahrung anzuschließen, daß Wiederholungen
solcher Wohlthat nur unter Beifügung der betreffenden Factura,
deren Betrag in der nächsten Liquidation aufzunehmen und von
mir einzuziehen wäre, auf ein aufrichtiges, durch Gewissens-
bisse nicht getrübtet Eljen meines Magens würden zu rechnen
haben.

160.

Graf Nesselrode*) an Bismarck.

1880 Herzlichen Dank werthgeschätzter Herr von Bismarck für
80. 12. den Pommerschen Vogel. Ich nehme ihn mit desto mehr Ver-
gnügen an, als ich ihn als einen Representative der alten
echt Pommerschen Gesinnungen betrachte. Gänse spicken ist
nach meiner Meinung nützlicher als in Kammern hochtrabende
liberale Reden zu halten.

Noch eine Bitte hätte ich an Sie, nemlich dem Staats-
secretär Neutern eine Unterredung zu gewähren. Er ist Mit-
glied des Accise-Comités, und wünscht sich bei Ihnen über

*) Früherer russ. Reichskanzler.

diesen für Rußland so wichtigen Gegenstand zu belehren. 1860
Würden Sie wohl so gefällig sein, ihm einen Tag und eine 80. 12.
Stunde zu bestimmen, wo er sich bei Ihnen melden könnte.

Ihr

treuergebener

Gr. Neffelrode.

Sonntag den 18/30. Dec^r (1860).

161.

Bismarck an Großfürst Constantin.

(Concept.)

Petersbourg $\frac{6 \text{ Fevr.}}{25 \text{ Jan.}}$ 61.

Monseigneur

j'ose m'écarter des procédés réguliers à adresser immédiatement 1861
à Votre Altesse Impériale ces lignes destinées à porter à Sa 6. 2.
connaissance le désir d'un sujet prussien d'être admis à l'honneur
d'une audience, pour soumettre à l'auguste appréciation de
Votre Altesse Impériale les résultats des observations qu'il a
été à même de faire pendant un séjour de 5 ans à N...*) sur
l'Amour. C'est le s(ieur) Aug. Luhdorf, négociant d'Elberfeld
qui, en passant par St. Pétersbourg pour visiter sa patrie,
vient de solliciter la faveur d'être admis en présence de Votre
Altesse Impériale. Il loge hôtel Kaiser, W. O. 13 ligne.
L'intérêt constant que prend Votre Altesse Impériale à protéger
les établissements maritimes de la Sibérie orientale et à en
développer la prospérité, m'encourage à ne pas refuser mon
entremise dans des circonstances où elle se trouve dénuée de

*) ? Sehr undeutlich geschrieben; wahrscheinlich Abkürzung für
Nikolajewsk, worauf auch die Erwähnung der établissements maritimes
de la Sibérie orientale hinweist.

1861 toute attribution officielle et où l'indulgence de Votre Altesse
6. 2. Impériale seul peut la rendre admissible. Daignez agréer etc.

Bismarck.

162.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 14. Februar 1861.

Verehrter Freund

1861 — — — Öffentlich legt man dem Amendement Binde*) in
14. 2. Rußland keine ungehörige, d. h. über die vier Wände des Abgeordnetenhauses hinausreichende Tragweite bei. Der König hat in seiner Antwort auf die Adresse, welche *re vera* noch etwas schärfer lautete, als es in den Zeitungen gedruckt zu lesen ist, darüber auch keinen Zweifel gelassen. Der Czarus-Orden wäre für den westphälischen Freiherrn eine ganz angemessene Belohnung, die ihm von Herzen zu gönnen wäre. — In der Holsteinschen Sache theile ich vollständig Ihre Ansicht und habe mich in den Commissionsverhandlungen ganz in diesem Sinne anfangs gegen eine widerspenstige Majorität, schließlich jedoch unter allgemeiner Zustimmung ausgesprochen. Im Plenum war die Temperatur für die ganze Sache so kühl, daß es mir mit Rücksicht auf die dänischen Rodomontaden nicht geeignet schien, noch mehr kaltes Wasser in diesen lauwarmen Kessel zu gießen, während ich mich auf der andern Seite auch nicht für berufen halten konnte, die ministerielle Kriegsfackel zu schwingen. Unter diesen Umständen schien mein Schweigen mehr als je Gold zu sein. In der öffentlichen Meinung haben unsere Abgeordneten durch die vierwöchentlichen Geburtswehen

*) Der Abg. v. Binde-Hagen hatte in die Adresse des Abgeordnetenhauses einen Passus einfügen lassen, des Inhalts, daß die Consolidirung Italiens eine europäische Nothwendigkeit sei.

der Adresse und das schließliche Resultat derselben, welches 1861
Niemandes wahre Meinung ausdrückt, eben nicht gewonnen. 14. 2.
Die Oesterreichisch-Russische Botschafter-Frage scheint doch all-
mählig ihrer Verwirklichung näher zu rücken. Nach allem,
was ich über Stadelberg höre, würden wir uns zu dieser Wahl
Glück wünschen können.

Das Publikum ist hier seit einiger Zeit sehr friedensfelig
und ein naher Ausbruch dürfte allerdings auch kaum zu be-
fürchten sein. Ob den Piemontesen aber jetzt, nachdem Gasta
capitulirt hat*), der Stamm nicht schmilzt und das Friedens-
programm über den Haufen geworfen werden wird, muß dahin
gestellt bleiben. In Paris soll man über die angeblich kriegeri-
schen Reden des Königs anfangs einigenummer bezeugt,
scheint sich aber jetzt über die Allerhöchsten Absichten vollständig
beruhigt zu haben.

In aufrichtigster Freundschaft und Hochachtung

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

163.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 5. März 1861.

Verehrter Freund,

Prinz Groy kehrt heute nach Petersburg zurück, um wieder 1861
als eine der festen Säulen der dortigen Gesandtschaft einzu- 5. 8.
treten, und ich hoffe, daß es Ihnen dann mit Hinzurechnung
des neuen Attachés an den nöthigen Arbeitskräften nicht fehlen
wird. Groy hat mir anvertraut, daß er sich in Paris mit
der Tochter des Herzogs Delorge verlobt habe, daß diese Ver-

*) 13. Februar 1861.

1861 lobung aber vorläufig noch nicht publicirt werden soll. Ob er
5. 8. damit umgeht, diese Matrimonial-Velleitäten bald zu realisiren,
weiß ich nicht und hoffe in casu quod sic, daß die R. Mission
zu St. Petersburg dadurch einen neuen ornamentalen Zu-
wachs erhalten wird. — Die Warschauer Angelegenheit*) ist nicht
schön und hat hier begreiflicher Weise keinen sehr guten Eindruck
gemacht. Es ist dabei eine Mischung von Mangel an Vor-
ausicht und Schwäche hervorgetreten, die für ernstere Schwierig-
keiten nichts Gutes zu prognosticiren scheint. Eine Adresse wie
die an den Kaiser abgesandte ist gleichfalls ein in Rußland
sehr bedeutungsvolles Novum. In Oesterreich gehn die Dinge
schlecht, und wie man um den Conflict mit Ungarn herum-
kommen will, ist mir nicht recht klar. Ungarn will nur Per-
sonal-Union und die Oesterreichische Regierung kann diesem
Verlangen nicht nachgeben, ohne damit aus der Reihe der großen
Mächte auszuscheiden. Entspinnt sich aber ein Kampf in und
um Ungarn, so wird auch derjenige um Italien nicht ausbleiben.
Abgesehen von dem, was außerdem und anderwärts noch ge-
schehen kann, scheinen mir also die Aspecten für den Sommer
keineswegs durchaus harmlose zu sein. In der syrischen
Sache kommt es im Grunde darauf an, sich über einen
Termin der Verlängerung der Occupation zu vereinigen, der
pour tout délai von allen Betheiligten acceptirt werden kann.
Wenn Aussicht auf Erfolg sich zeigt, entschließen wir uns
vielleicht, einen solchen Vermittlungsvorschlag zu machen. Die
Dänen haben dem erneuten Andrängen Europas, vor allen
Dingen nun das Provisorium zu ordnen und zu diesem Ende
namentlich das Budget den Holsteinischen Ständen vorzulegen,
bis jetzt nicht nachgeben zu können geglaubt. Sie scheinen den
Zeitpunkt für günstig zu halten, um ein ihren Wünschen ent-
sprechendes Definitivum durchzusetzen. Es ist recht gut, daß

*) In Warschau war es am 25. und 27. Februar zu Conflicten ge-
kommen, bei denen das russische Militär mit den Waffen eingreifen mußte.

Europa sich bei dieser Gelegenheit überzeugt, daß eine Verständigung mit Dänemark nicht gerade zu den leichten Aufgaben gehört. — Ob, was unsere innern Angelegenheiten anlangt, die beiden Cardinal-Punkte der Session, Grundsteuer und Militärbudget, durchgehen werden, ist noch zweifelhaft und scheint von Umständen abzuhängen, die noch außer aller Berechnung liegen. — Morgen wird die Gaeta-Ceremonie mit großem Pomp gefeiert, es ist gut, daß England dazu Veranlassung giebt, sonst würde des Geschreies und Gespöttes von Seiten der Liberalen kein Ende sein.

Mit aufrichtigster Freundschaft

Ihr herzlich ergebener

Schleinitz.

164.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 21. Juni 1861.

Mein lieber Bismarck.

Je mehr alte Unterlassungssünden ich gegen Sie auf dem Gewissen habe, um so mehr Werth lege ich darauf, mir nicht noch eine neue aufzubürden, und beeile mich daher, Ihnen auf Ihre freundlichen Zeilen vom 15. d. M. *) eine Erwiderung zugehen zu lassen. Ich begreife vollkommen die vielfachen und wohlbegründeten Motive, die es Ihnen wünschenswerth machen, Ihrer nordischen Residenz für eine Zeitlang den Rücken zu kehren, und werde dieselben daher sofort zur Kenntniß S. Majestät des Königs bringen und auf das Wirksamste befürworten. Die Stellvertretungsfrage wird sich hoffentlich auf eine befriedigende Weise erledigen lassen. Groy hat sich zwar trotz der Krankheit

*) Concept nicht vorhanden.

1861
21. 6. seines Vaters mit patriotischer Hingebung zu sofortiger Rückkehr nach Petersburg bereit erklärt, falls dies erforderlich sein sollte, ich habe mich jedoch bemüht, diesen edlen Eifer in möglichst schonender Weise abzukühlen, wie Sie dies aus dem Ihnen abschriftlich mitgetheilten Erlaß an den westphälischen Ritter de Lorge ersehen haben werden. Ich hoffe auch, daß Schläger für ein nicht zu langes Interimisticum vollkommen genügt und daß daher neben den landüblichen Stellvertretungskosten Ihnen keine weiteren Opfer aus Ihrer urlaubsweisen Abwesenheit erwachsen werden. — Die afrikanische Temperatur, unter der wir seufzen, herrscht hier augenblicklich nicht bloß in der äußern Natur vor, sondern weht sciroccoartig auch in den gouvernementalen Regionen, innerhalb welcher sich demzufolge entschiedene Symptome zunehmender Schwäche und bevorstehender Auflösung zu erkennen geben. Doch betrifft dies lediglich Interna, auf die mir nicht gestattet ist hier näher einzugehen.

In der auswärtigen Politik geht es dagegen augenblicklich nicht eben stürmisch zu. Nur der langjährige Krebschaden unserer Politik, die vermaledeite Schleswig-Holstein-Lauenburgsche Frage macht uns mit Recht Sorge und periodischen Kopfschmerz. Die Ihnen bekannte Idee, durch die der Hall'schen Depesche vom 22. März entsprechende Erklärung*) wegen

*) Nach dem Vorschlage des Ministers v. Schleinitz sollte Dänemark um die ihm von Bundeswegen drohende Execution herumkommen, indem es in der Bundesversammlung oder an die Cabinette von Berlin und Wien die Erklärung abgab: daß für das laufende Finanzjahr der Zuschuß des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen zum gemeinschaftlichen Budget der Monarchie vorläufig auf die Quote Holsteins an derjenigen Summe eingeschränkt werde, die in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den besonderen Einnahmen derselben zu leistende Gesamtzuschuß aufgeführt sei. — Dänemark gab diese Erklärung unter Vorbehalt seines Rechts auf nachträgliche Erhöhung des Beitrags am 29. Juli ab, Staatsarchiv, herausg. von Hegibi u. Mauhold I, No. 60 S. 171 f.

des Budgets vorläufig um die Klippe der Execution wegzukommen, scheint doch in Copenhagen auf einige Schwierigkeit zu stoßen. Man glaubt dort offenbar, vielleicht nicht mit Unrecht, daß der Augenblick zu einer Unterhandlung über das Definitivum unter den Auspicien der Europäischen Mächte im dänischen Interesse ein günstiger ist, und bringt daher den Incident-Punkt, um den es sich pro tempore doch ausschließlich handelt, mit der Regulirung des Definitivums in eine untrennbare und völlig ungerechtfertigte, ja wie mir scheint, unmögliche Verbindung. Leider wird das dänische Cabinet in diesem Bestreben wesentlich durch England unterstützt, das gleichfalls auf die definitive Regulirung auf dem Wege Europäischer Conferenzen wahrhaft veressen ist. Auch in Petersburg scheint man sich für das Zustandekommen der uns mißliebigen Conferenzen lebhaft zu interessiren, was vielleicht zum Theil dem Feuereifer des Herrn v. Mohrenheim *) zuzuschreiben ist, der, wie mir vorkommt, sich an diesen Conferenzen die Sporen verdienen möchte. Wie wir um die fatale Execution wegzukommen wollen, falls Dänemark auf die ihm suppeditirte Idee überhaupt nicht oder nicht in einer acceptablen Weise eingeht, ist mir zwar nicht deutlich, indessen bin ich überzeugt, daß jedenfalls vor Ausführung der Execution eine zunächst diplomatische Intervention der Europäischen Mächte derselben ein unübersteigliches Hinderniß zu Bereiten suchen wird. Ich bin zwar ganz damit einverstanden, daß wir den Europäischen Conferenzen möglichst entgegenzuarbeiten haben werden, allein ich gestehe, daß ich für meine Person deren Zustandekommen nicht als so absolut nachtheilig und unannehmbar betrachten kann, als dies ziemlich allseitig geschieht. Weigern wir uns ganz unbedingt auf solche Conferenzen einzugehen, so sind wir offenbar der Gefahr ausgesetzt, daß die andern Mächte sich um so leichter

1861
21. 6.

*) Russischer Gesandter in Copenhagen.

1861 hinter unserm Rücken nicht bloß ohne uns sondern gegen uns
21. 6. verständigen. Etwas Schlimmeres könnte auch das Ergebnis
einer Konferenz kaum sein.

Die Gulbigungsfrage bildet nach wie vor eine große Schwierigkeit, da die Meinung S. Majestät des Königs und der Mehrzahl seiner Räte über den der Feier zu gebenden Inhalt von einander abweicht. Wie dem indessen sei — so viel läßt sich wohl schon jetzt mit Sicherheit sagen, daß der Akt der Gulbigung nicht vor dem Herbst (Anfang October) wird stattfinden können. Ihr Wunsch, Sich dabei, sei es als getreuer Vasall sei es als Staatsbürger, zu betheiligen wird Sie indeß wie ich hoffe nicht abhalten, Ihren Urlaubsgedanken schon früher Folge zu geben.

Der König beabsichtigt, wenn die Lage der Geschäfte es erlaubt, Ende dieses oder Anfangs des nächsten Monats von hier abzureisen, ohne Zweifel zunächst nach Baden, wo S. Majestät Rissinger Brunnen zu trinken beabsichtigt. Sobald Ihnen Allerhöchsten Orts der Urlaub bewilligt ist, werde ich Sie telegraphisch davon benachrichtigen, um Ihnen die Möglichkeit zu gewähren in kürzester Frist Petersburg zu verlassen. Schließlich will ich Ihnen noch für Ihre wiederholten Privat-Mittheilungen im Laufe des verwichenen Frühjahrs meinen wärmsten Dank sagen, was freilich längst hätte geschehen sollen. Sie haben durch die darin enthaltenen zahlreichen und interessanten Notizen und die ihnen beigegebene humoristische Würze nicht bloß mir, sondern auch unserm Allergnädigsten Herrn, dem ich mich für ermächtigt gehalten habe, auch von dem Inhalt Ihrer Privat-Correspondenz Mittheilung zu machen, inmitten einer schwülen und schweren Zeit hin und wieder ein heiteres Intermezzo vorgeführt, für das wir stets ebenso empfänglich als erkenntlich gewesen sind.

Mit aufrichtiger Freundschaft

herzlich der Ihrige
Schleinitz.

165.

Bismarck an die Fürstin Menchikoff.

Samedi. (Spätherbst 1861?)

Madame

une indisposition un peu plus grave qu'à l'ordinaire, m'empêche 1861
de franchir même la petite distance qui nous sépare et de Vous (Herbst)
demander verbalement, si Vous avez encore à Votre disposition
l'exemplaire du Statut organique*) que feu l'Empereur avait eu
l'intention d'octroyer au Royaume de Pologne, et que j'ai vu
chez Vous il y a quelques semaines. Comme il paraît que
cette pièce, après avoir été ensevelie dans les cartons pendant
près de trente ans, est destinée à une résurrection au moins
partielle, je Vous serais infiniment obligé, si Vous vouliez me
la prêter pour un quart d'heure en cas que Vous la tenez encore.

La dernière fois que je Vous ai emprunté un livre à Bade,
c'était l'analyse d'une plaie imaginaire au coeur d'un égoïste;
aujourd'hui je Vous demande la recette du cataplasme qu'un
coeur trop peu égoïste se propose d'appliquer sur une plaie
réelle mais incurable.

J'implore Votre pardon, Madame, si Vous me trouvez
voisin importun, et je Vous prie d'agréer l'expression de mon
dévouement le plus sincère.

v. Bismarck.

166.

Fürstin Menchikoff an Bismarck.

Je suis au désespoir de ne pouvoir pas Vous envoyer le 1861
petit volume en question, il était à mon beau-père, qui est (Herbst)
parti ce matin pour Moscou. Cependant je vais tâcher de

*) Bom 14./26. Februar 1832.

1861 (Gerbst) Vous l'obtenir ailleurs, puisque cela Vous intéresse; mais je crains que les concessions accordées n'arrivent trop tard aujourd'hui; elles étaient rien moins que libérales.

Mille compliments affectueux; je suis bien fâchée de Vous savoir souffrant.

P^{ss^e}. Menchikoff.

167.

Minister Graf v. Bernstorff an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 17. März 1862.

1862 17. 3. Se. Majestät haben Eure Excellenz zu andern diplomatischen Functionen bestimmt. Im Allerhöchsten Auftrage ersuche ich Sie, Ihre Vorbereitungen so zu treffen, daß Sie Petersburg verlassen und sich hierher begeben können, sobald Ihnen Ihr Abberufungsschreiben zugeht, welches Seiner Majestät sogleich zur Vollziehung vorgelegt und Ihnen zugesandt werden wird. Zu Ihrem Nachfolger ist Graf Golz bestimmt, und wollen Sie anfragen.

v. Bernstorff.

168.

Bismarck an Minister v. Bernstorff.

Telegramm.

Petersburg 22 März 1862.

1862 22. 3. Fürst Gortschakow war im Auftrage des Kaisers bei mir, um die Glückwünsche Sr. Majestät für des Königs Majestät zu überbringen und mich zur Tafel einzuladen. Gleichzeitig

bitte Eure Excellenz, die allerunterthänigsten Glückwünsche der 1862
Gesandtschaft Sr. Majestät zu Füßen zu legen. Bei Hof Tafel 22. 3.
zur Feier des Tages.

Telegramm vom 17 dankbar erhalten, und bin nunmehr
bereit, zu reisen, sobald (ich) nach Eingang des Abberufungs-
schreibens die Abschieds-Audienzen gehabt haben werde.

v. Bismarck.

169.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Rhede von Marseille, an Bord der
engl. Yacht J. M. der Königin „Osborne“
21/10 62.

Ich sage Ihnen meinen verbindlichen Dank für das 1862
Schreiben, welches ich heute durch den Major von Schweinitz 21. 10.
erhielt*).

Möge es Ihnen gelingen, wie Sie es mir ausdrücken,
in der gegenwärtigen schwierigen Lage des Verfassungslebens
unseres Landes die von Ihnen selbst bezeichnete, dringend noth-
wendige Verständigung mit der Landes-Vertretung herbeizu-
führen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folge ich dem Gange der
Dinge bei uns, und werde es Ihnen sehr danken, wenn Sie
mich von dem ferneren Verlaufe der Berathungen im Schooße
des Staats-Ministeriums wie auch von den Verhältnissen der
auswärtigen Angelegenheiten unterrichten lassen wollen.

Ich verbleibe

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm K.

*) Concept nicht vorhanden.

170.

Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck.

Geehrter Herr v. Bismarck!

1862
10. 11. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz trägt mir auf, Ihnen für Ihre Mittheilungen per Feldjäger zu danken und Ihnen zu sagen, daß er im Augenblick keine Zeit habe, Ihnen zu antworten, fernere Briefe ihm aber erwünscht sein würden. Ich bemerkte Sr. Königlichen Hoheit, daß es gar nicht Ihre Absicht sei, ihn zu einer politischen Korrespondenz zu nöthigen, sondern daß Sie es nur für nothwendig erachteten, daß er im Zusammenhang mit den Vorgängen bliebe. Der Prinz sagte dann noch, ich möge Ihnen schreiben, daß er Ihnen seine hier empfangenen Eindrücke mündlich mittheilen werde.

Nachdem ich mich hiermit des hohen Auftrages entledigt, erlaube ich mir Folgendes vertraulich hinzuzufügen:

Der Kronprinz, gewöhnt von seinen Onkels zc. besonders aber von den höchsten Dienern des verstorbenen Königs ignorirt oder geringschätzend behandelt zu werden, ist empfänglich für die ihm zukommenden Aufmerksamkeiten; Ihr erstes Schreiben, welches ich überbrachte, und mehr noch die Sendung eines Couriers haben den Prinzen angenehm berührt.

Daß Se. Majestät nicht nach England gereist sind*), wie es Sein Wunsch war, giebt man an Bord der Osborne Ihnen Schuld; die Frau Kronprinzessin bedauerte es lebhaft.

Hier in Neapel hat der Prinz nichts von dem angenommen, was ihm von Seiten des Gouvernements angeboten wurde; nur als die Herrschaften den Besuch besteigen wollten, theilte ich es dem General Lamarmora mit und stellte ihm anheim, einige Sicherheitsmaßregeln zu treffen: er ließ einige Com-

*) Zum Besuch der Weltausstellung.

pagnien Bersaglieri eine Felddienstübung bis an den Krater 1862
machen. Gestern Abend war der General zum Diner an Bord, 10. 11.
und heute werden ihm beide Prinzen *) einen Besuch machen.
Mit den Ihnen bekannten Gefinnungen bin ich

Ihr

aufrichtig ergebener

Neapel, 10. 11. 62.

v. Schweinitz.

171.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

21./12. 62.

Auf Ihre gestrige Anfrage erwiedere ich, daß ich nach wie 1862
vor den üblichen Anzeigen der anberaumten Staatsministerial- 21. 12.
Sitzungen entgegensehe; nur wünsche ich in den Fällen, daß
vertrauliche oder besonders wichtige Fragen zur Erörterung
kommen, eine besondere Anzeige zu erhalten.

Der heutigen Sitzung beizumohnen, bin ich durch mehrere
bereits anberaumte Audienzen verhindert. Ihr ergebener

Friedrich Wilhelm K. K.

172.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Die Ordens-Vorschläge-Berathungen kenne ich aus früherer 1862
Erfahrung als geeignet „an den Wänden zu fragen“ wegen 27. 12.
Mangel an Interesse!! Ich komme also nicht.

27/12. 62

Friedrich Wilhelm, K. K.

*) D. h. der Kronprinz und der Prinz v. Wales.

173.

Freiherr v. Binde-Olbendorff an König Wilhelm.

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

1862
31. 12. Eure Königliche Majestät wollen allergnädigst geruhen, in gewohnter Weise wie seit 20 Jahren, meine allerunterthänigsten, innigsten Glückwünsche beim Wechsel des Jahres entgegen zu nehmen. Möge Gott Eure Majestät segnen und stets in seinen gnädigen Schutz nehmen! Dieses ist das aufrichtige inbrünstige Gebet eines Eurer Majestät bis in den Tod treu ergebenden Dieners und Unterthans.

Mit schwererem Herzen als je sehe ich in die Zukunft. Eure Königliche Majestät wage ich nicht weiter mit meinen Ansichten zu belästigen, weil ich doch wahrscheinlich die allerhöchste Zustimmung nicht finden würde. Nur eines kann ich nicht unterlassen auszusprechen, weil es meinerseits eine Untreue gegen Eure Majestät sein würde, wenn ich es hier verschwiege: ich fürchte, Eure Majestät sind über die Stimmung des bei weitem größten Theiles des Volkes getäuscht. Das Volk hängt treu an Eurer Majestät, aber es hält auch fest an dem Recht, welches ihm der Artikel 99 der Verfassung unzweideutig gewährt. Möge Gott die unglücklichen Folgen eines großen Mißverständnisses in Gnaden abwenden.

In tiefster Ehrfurcht und unerschütterlicher Treue ersterbend

Eurer Königlichen Majestät

allerunterthänigster

Olbendorf b. Grottkau
den 31. Dezember 1862.

Frhr. v. Binde
Oberstlieutenant a. D. *)

*) Die Antwort des Königs s. G. u. E. I, 303 f.

174.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Unter meinen Papieren von der Reise her aufbewahrt, 1868
und erst jetzt bei dem Ordnen herausgenommen. 11. 1.

11/1 63.

Friedrich Wilhelm K^{önig}.)

175.

Minister v. d. Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz

gestatten mir wohl ein ganz vertrauliches Wort in persönlicher 1868
Sache. 24. 1.

Am Tage meiner Entlassung hatten Eure Excellenz die Güte, ohne irgend eine Anregung von meiner Seite aus eigener Bewegung in wohlwollendster Weise zu bemerken, ein Minister, der 14 Jahre zu Allerhöchster Zufriedenheit gedient, werde sicher nicht ohne ein öffentliches Zeichen Allerhöchster Anerkennung entlassen werden. Auch späterhin nahmen Eure Excellenz mehrmals Veranlassung, wieder ohne Anregung von meiner Seite, eine öffentliche Anerkennung in Aussicht zu stellen, indem Sie das letzte Mal beifügten, die Ausführung der Allerhöchsten Intention sei nur für den Fall verschoben, daß ein Wieder-Eintritt ins Ministerium unmittelbar erfolge, was nun aber nicht Platz greife. Als Eure Excellenz am Entlassungstage mich frugen, welche Auszeichnung mir am liebsten sein würde, erlaubte ich mir mit schuldiger Offenheit zu sagen, daß diejenige,

*) Als Anlage ist das in Bd. I, S. 33 veröffentlichte Concept des Telegramms vom 20. October 1862 beigelegt.

1868 welche mir vor der Krönung schon durch Herrn v. Auerwald
24. 1. angeblich im Allerhöchsten Auftrag angekündigt war, der Stern
zum Hohenzollernorden, mir sehr werth sein würde.

Alles dies ist Eurer Excellenz wohl bei Ihren anderen
weiten ernstern Geschäften entfallen.

Wenn nun außer Herrn v. Manteuffel, der, weil er gegen
seinen Willen entlassen wurde, jede Anerkennung ablehnte und
außer Einigen, die bei ihrer Entlassung durch dauernde gute
Stellen sich verbesserten, meines Wissens kein Minister ohne
eine öffentliche Anerkennung entlassen worden ist, wenn ich zu-
dem weder Pension noch Wartegeld beziehe, so darf ich ohne
Unbescheidenheit diese ganz ergebensten Zeilen mir wohl ver-
trauensvoll für den Fall gestatten, daß nicht etwa absichtlich
die Ausführung der Allerhöchsten Intention unterblieben ist.
Jedenfalls rechne ich zuversichtlich auf eine geneigte discrete
Benutzung dieser Zeilen, die ich an Ew. Excellenz in der That
nicht richten würde, wenn Sie mir nicht bei meinem Austritt
so gütig und wohlwollend entgegengekommen wären.

Mit ausgezeichneteter Hochachtung

Berlin 24. Jan. 1863.

von der Heydt *).

176.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

1868 Einige Tage früher und über Karlsruhe nach England
24. 2. reisend, wollte ich nur bemerken, daß ich morgen früh abgehe.

Sollten Sie wünschen, irgend etwas Besonderes mir für
England ad hoc zufertigen zu lassen oder sonst wie papierliche
Sendungen wünschen, so reist mein Adjutant Oberstlieutenant

*) Vgl. Bd. I, S. 45 No. 30.

v. Obernitz am Sonntag Abend ab und kann also Ihnen zu 1863
Dienstern stehen, da er mich unterwegs trifft. 24. 2.

Auf Wiedersehen nach dem 10. März.

Ihr ergebenster

$\frac{24}{2}$ 63.

Friedrich Wilhelm K^F.

177.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Berlin 25 Februar 1863
schon abgereist *).

Eurer Königlichen Hoheit

Ich sage Ihnen meinen ehrfurchtsvollen Dank für das mir so eben 1863
zugehende gnädige Schreiben vom gestrigen Tage, und werde 25. 2.
ich am Sonntag den Oberst-Lieutenant von Obernitz um Mit-
nahme von Depeschen für Graf Bernstorff bitten.

Zugleich erlaube ich mir die unterthänigste Anfrage, ob
Eure Königliche Hoheit befehlen, daß ich Höchstendenselben vor
der Abreise über die augenblickliche Sachlage Vortrag halte,
wozu ich die Stunde alsdann gnädigst zu bestimmen bitte.
Was ich schriftlich vorlegen kann, enthält das unterthänigst
beigefügte Concept einer gestern Abend an Graf Holz ab-
gegangenen Depesche, von der ich leider eine Reinschrift im
Augenblick nicht besitze. Eure Königliche Hoheit wollen daher
das Aeußere der Anlage mit Nachsicht beurtheilen.

In tiefer Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthänigster

v. Bismarck.

*) Nachträglich darunter bemerkt.

178.

Oberpräsident Senfft von Pilsach an Bismarck.

Ihr Excellenz

1868 bitte ich um Erlaubniß, den anliegenden Bericht an das König-
9. 5. liche Staatsministerium mit diesem Schreiben zu begleiten. Dasselbe ist bestimmt, einen integrierenden Theil jenes Berichts abzugeben, und ich richte es nur deshalb persönlich und vertraulich an Ihr Excellenz, damit es nicht dem gewöhnlichen Gange durch die Bureau's ver falle.

Zur Sache selbst bemerke ich Folgendes. Wie es scheint, ist von der Fortschrittspartei ausgesprengt worden, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz derselben zugethan sei. Soviel steht jedenfalls fest, daß Letzteres in weiten Kreisen geglaubt wird und daß ebendeshalb alle Bemühungen der Staatsregierung auf diese Kreise wieder Einfluß zu gewinnen, naturgemäß fehlschlagen. Nicht nur von dem geringen Volke, sondern auch von gebildeten Männern wird die Ermahnung: treu zu Seiner Majestät dem Könige und zu Allerhöchstdeffen Regierung zu halten, — öfter mit der Entgegnung zurückgewiesen, daß des Königs Majestät bereits alt sei, des Kronprinzen Königliche Hoheit aber, sobald Höchstderselbe zur Regierung komme, ein demokratisches Ministerium berufen werde; man dürfe es daher mit der Fortschrittspartei nicht verderben.

Sollen nun die großen Gefahren beseitigt werden, die das Vaterland umlagern, so ist die Ausrottung jenes verderblichen Vorurtheils unbedingt erforderlich. Es kommt also darauf an, daß des Kronprinzen Königliche Hoheit Sein völliges Einverständniß mit den politischen Principien des Königs in irgend einer Weise entschieden und öffentlich ausspreche. Auch insofern erscheint dies dringend geboten, als dadurch den Gefahren eines erneuten Attentats entgegen gearbeitet wird, die das theure

Leben Seiner Majestät des Königs so ernst bedrohen. Dem 1863
Königlichen Staatsministerio stelle ich daher gehorsamst anheim: 9. 5.
des Kronprinzen Königliche Hoheit um den Erlaß einer
solchen Erklärung zu bitten.

In Ehrerbietung beharre ich

Ihrer Excellenz

ganz gehorsamer Diener

Stettin 9. Mai 1863.

Senft v. Pilsach.

179.

Minister v. der Heydt an Bismarck.

Ihre Excellenz erlauben mir wohl, Ihnen zu den jüngsten 1863
leider gebotenen Maassnahmen*) meinen theilnehmenden Glück- 7. 6.
wunsch auszusprechen. Eine kräftige Handhabung der Autori-
tät erscheint jetzt als das erste Erforderniß, dem alle andern
Rücksichten unterzuordnen sind.

Um so bedauerlicher und störender ist der wohl nur aus
mißlichen Eingebungen hervorgegangene Vorfall in Danzig.
Wenn je, so muß jetzt ein König im eigenen Hause Herr sein,
und daß es so sei, darf Keinem zweifelhaft sein. Nach meinem
Dafürhalten müßte die Inspektions-Reise kurz abgeschnitten,
es müßten Dunder und Brunnemann durch Königliche Ordre
ihrer Stellung sofort enthoben, und Sr. Königlichen Hoheit jede
offizielle Aeußerung über Politik durch Ordre untersagt
werden, insofern sie den Zweck hätte, einen Tadel gegen die
Maassnahmen der Regierung anzudeuten. Ich halte dies für
eine nicht zu verschiebende unerläßliche Nothwendigkeit.

*) Preßverordnungen vom 1. Juni 1863.

1868 Wenn nur nirgends geschwanzt, wird die gehoffte Wirkung
7. 6. um so schneller eintreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Iuer Excellenz

ganz ergebenster

Berlin 7. Juni 1863.

v. d. Heydt.

180.

Kriegsminister v. Moen an Bismarck.

1868 Der König hat mir sehr eingehend und ausführlich von
11. 6. der Kronprinzlichen Frage gesprochen, mir auch mitgetheilt, was
er dem Kronprinzen durch Hauptmann v. Roucadou geant-
wortet, nämlich Verzeihung und Belehrung in väterlicher Weise,
aber kein Wort davon, daß S. Königliche Hoheit zum Schrippen-
fest*) berufen sei. In Babelsberg (bei Büdler und Manteuffel)
war nichts davon bekannt. Ich glaube daher nicht an diese
Berufung. Näheres heut Abend!

Berlin 11. Juni 63.

Ihr

v. Moen.

181.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Paris den 21. Juny 1863.

Verehrtester Chef.

1868 Aus meinen heut abgehenden Berichten werden Sie
21. 6. ersehen, daß der Kaiser nur ganz kurz unserer Stellung zur
polnischen Sache Erwähnung that; er sprach in einem auffallend

*) Ein alljährlich dem Lehrbataillon gegebenes Fest, bei dem ein
Berliner Gebäck (Schrippen) vertheilt wird.

troddenen und etwas verlegenen Tone, und so, als wenn es ihm unangenehm wäre, etwas zu tadeln, was, wie er recht gut einsehen wird, nicht zu tadeln ist. So ließ er sich auch nicht in weitere Discussion ein, als ich ihm die sonnenklare Berechtigung unseres Verhaltens auseinandersetzte. Es kann nun verschiedene Ursachen geben, weshalb er nicht weiter discutirt hat, ich habe aber den Eindruck, daß er eben davon überzeugt ist, im Grunde nichts vorwerfen zu können, und jedenfalls sich derartiger Aufstellungen von Principien enthält, wie sie sein Minister *) neulich dem Grafen Golz in meiner Gegenwart zu machen für gut hielt. 1863 21. 6.

Herr v. Bubberg, den ich gestern sogleich nach meiner Rückkehr besuchte, hat mir im Vertrauen erzählt, daß ihm Drouyn neulich, als er ihn gedrängt hat, den eigentlichen practischen Grund der französischen Einmischung in die polnischen Angelegenheiten anzugeben, ganz naiv gestanden hat, daß, wenn Polen unabhängig sei, Frankreich eine kräftige Handhabe habe, um zugleich auf Preußen und auf Oestreich zu drücken. Wenn ich nun auch nicht im geringsten daran zweifle, daß dies der einzige halbwegs vernünftige Hebel der französischen Politik ist, so ist es doch originell, den Pferdefuß so ungenirt blicken zu lassen.

Darin stimmen alle Urtheile überein, die ich hier habe sammeln können, daß Drouyn de L'huys der heftigste Polen-Agitator und zugleich der für uns am unfreundlichsten Gesinnte ist. Seine große Ambition, seinen Namen auch, wie seine Vorgänger, durch irgend eine große That verewigen zu können, mag ihn wohl vorwärts treiben. Ferner glaubt er sich durch diesen Eifer beim Kaiser liebes Kind zu machen, und die Angst, zu seinen Seidenwürmern und Nads zurückzukehren, ist maßlos. Wenn es ihm nur nicht so geht, wie manchem seiner Vor-

*) Drouyn de L'huys, Nachfolger Thouvenels als Minister des Auswärtigen.

1868 gänger, die in der Idee, dem Kaiser zu Gefallen zu thun,
21. 6. durchgingen und, einmal über das Ziel hinausgeschossen, vom Herrn im Stich gelassen wurden.

Ich habe mir angelegen sein lassen, während meines Aufenthaltes in Fontainebleau soviel wie möglich unbekannte Geschichten über die Gräueltthaten der Polen zu erzählen, die direkt oder indirekt dem Kaiser zu Ohren kommen. Dabei ist mir Heederen*) behülflich gewesen, die bekannte Trompete des hiesigen Terrains. Dieser, der immer in Geldunternehmungen steckt und deshalb Frieden braucht, hat dem Kaiser tagtäglich von dem Abscheu der Departements vor einem Krieg für Polen vorgepredigt. Seine Berichte haben einen gewissen Werth, weil er als Wahl-Agitator in den Elsaß geschickt worden (war) und dort einen namhaften Sieg für die Regierung davon getragen hatte.

Ich habe Metternich**), nicht in Ihrem Auftrag sondern als eine Privatbemerkung gesagt, daß er sich durch seine politische Haltung hier bei allen Cabinetten und namentlich bei den Conservativen in Deutschland mehr oder weniger verdächtig gemacht habe. Er erwiederte mir, daß er dies wohl wisse, daß er aber nicht anders handeln könne, weil Oestreich vor Allem Frieden brauchte und man, wenn Frankreich wolle, auf allen Seiten bedroht sein würde. Außerdem sei er auch überzeugt, daß die Theilnahme Oestreichs an den Collectiv-Schritten der Westmächte diese eher zurückhalten als vorwärts treiben zc. zc. Er wird jetzt begreiflicher Weise sehr cajolirt; ich bin aber nicht der Ansicht anderer, welche behaupten, daß Metternich die östreichische Politik seiner angenehmen Hoffstellung zum Opfer bringe; er pflegt seine Hoffstellung mit großer Sorgfalt, um eben seiner Politik zu dienen.

Aus den Zeitungen ersehe ich, daß Sie nicht mit nach

*) Baron v. Heederen, französischer Senator, der von Kaiser Napoleon III. wiederholt zu vertraulichen Missionen benutzt wurde.

**) Fürst Richard Metternich, österreichischer Botschafter in Paris.

Carlsbad, sondern nach einem andern Bade gehen. Das thut 1863
mir leid für die res publica, für Ihre Gesundheit aber mag's 21. 6.
besser sein. Ich wünsche besten Erfolg und bin mit aufrichtiger
Ergebenheit

Ihr

gehorsamster

§. VII. Reuß.

182.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck*).

Stettin 30. Juni 1863.

Aus Ihrem Schreiben vom 10^{ten} Juni d. J.***) habe ich 1863
ersehen, daß Sie meinen Protest gegen den Preß-Einschränkungs- 30. 6.
Erlaß, den ich am 3^{ten} Juni aus Graudenz absendete, dem
Staats-Ministerium amtlich mitzutheilen, auf Befehl Sr. Maje-
stät des Königs unterlassen.

Ich kann mir freilich denken, daß es Ihnen nicht uner-
wünscht sei einen Vorgang, der wie Sie selbst anerkennen, in
seinen Folgen allgemeine Bedeutung erlangen könnte, als eine
bloße persönliche Angelegenheit zu behandeln. Es würde zu
nichts fruchten, wenn ich auf jener Mittheilung bestände¹⁾, die
ohnehin, wie ich aus Ihren Worten schließen darf, in nicht
amtlicher Weise, doch stattgefunden haben wird. Es liegt mir
aber daran, mich Ihnen gegenüber deutlich in Bezug auf die
Alternative auszusprechen, welche Sie mir stellen: dem Mini-
sterium die Aufgabe, die es sich vorgesetzt, zu erleichtern oder
zu erschweren.

*) Der Brief ist bei Margarethe v. Poschinger, Kaiser Friedrich, II,
22—24, schon veröffentlicht, aber mit Ungenauigkeiten, so daß ein noch-
maliger Abdruck nothwendig ist.

**) Orig.: Mts. — Concept des Schreibens vom 10. Juni ist nicht
vorhanden.

1868
80. 6.

Ich kann sie Ihnen nicht erleichtern, denn ich befinde mich allerdings in prinzipiellem Gegensatz zu demselben.

Loyale Handhabung der Gesetze und Verfassung, Achtung und Wohlwollen gegen ein leicht zu führendes, intelligentes und tüchtiges Volk — das sind die Prinzipien, von denen meiner Meinung nach jede Regierung in ihrem Verfahren gegen das Land geleitet sein muß. Ich vermag die in der Verordnung vom 1. Juni cr. ausgeprägte Politik mit diesen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen.

Sie suchen mir zwar die Verfassungsmäßigkeit jenes Erlasses nachzuweisen und Sie versichern, Sie und Ihre Kollegen seien Ihrer Eide eingedenk. Ich aber meine, daß eine Regierung ein stärkeres Fundament bedürfe als mindestens höchst zweifelhafte Auslegungen, die dem gesunden Menschenverstande des Volkes nicht einleuchten. Sie selbst berufen sich darauf, daß auch Ihre Gegner die Ehrlichkeit Ihrer Ueberzeugungen achten. Ich lasse diese Behauptung unerörtert²⁾, aber wenn Sie dem Urtheil Ihrer Gegner einigen Werth beimessen, so müßte doch der Umstand Ihnen Bedenken einflößen, daß die entschiedene Mehrheit der gebildeten Klassen unseres Volkes die Verfassungsmäßigkeit des Inhalts der fraglichen Verordnung verneint. Daß dies geschehen würde, wußte das Ministerium vorher. Es wußte ebenso vorher, daß der Landtag den Inhalt jenes Erlasses niemals vorher genehmigt haben würde, machte dem Landtage keine Vorlage, schloß ihn, und publizierte wenige Tage darauf die Verordnung auf Grund von Artikel 63 der Verfassung.

Wenn das Land in diesem Verfahren eine loyale Handhabung der Verfassung nicht erkennt, so möchte ich fragen, was hat das Ministerium gethan, um die öffentliche Meinung zu seiner Ansicht zu bekehren? Es hat kein anderes Mittel gefunden, sich mit der öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen als ihr Schweigen aufzuerlegen.

Es ist überflüssig, ein Wort darüber zu verlieren, wie sich die Verordnung zu der Achtung und dem Wohlwollen verhält, die einem willigen, loyalen Volk gebühren, daß aber, weil die Regierung seine Stimme nicht hören will, zur Rolle des Stummen verurtheilt wird. 1868 80. 6.

Und welches sind die Erfolge, die Sie sich von dieser Politik versprechen? Beruhigung der Gemüther, Herstellung des Friedens?

Glauben Sie durch neue Kränkungen des Rechtsgefühls die Gemüther beruhigen zu können?

Aber freilich, Sie erwarten einen günstigeren Erfolg neuer Wahlen ³⁾. Mir scheint es gegen die menschliche Natur zu sein, einen Umschwung von Stimmungen zu hoffen, welche durch das Verfahren der Regierung nur fortwährend gesteigert und gereizt werden.

Ich will Ihnen sagen, welchen Erfolg Ihrer Politik ich vorhersehe:

Sie werden so lange an der Verfassung deuteln, bis dieselbe ihren Werth in den Augen des Volks verliert. Sie werden dadurch einerseits anarchische Bestrebungen, die über die Verfassung hinausgehen, wachrufen. Sie werden andererseits, mögen Sie es wollen oder nicht, von einer gewagten Interpretation zur anderen, bis zu dem Anrathen des nackten unverschleierten Verfassungsbruchs getrieben werden.

Diejenigen, welche Seine Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn Vater, auf solche Wege führen, betrachte ich als die allergefährlichsten Rathgeber für Krone und Vaterland ^{4) 5)}.

Friedrich Wilhelm K^r.P.

P.S.

Ich habe schon vor dem 1. Juni d. J. von dem Recht, den Sitzungen des Staatsministeriums beizumohnen, nur sehr eingeschränkten Gebrauch gemacht. Sie werden es nach meinen 1868 2. 7.

1868 vorstehend ausgesprochenen Ueberzeugungen begreiflich finden,
2. 7. daß ich Seine Majestät den König bitten werde, mich fortan während der Dauer des jetzigen Ministeriums der Theilnahme an jenen Sitzungen gänzlich enthalten zu dürfen.

Ein fortgesetztes öffentliches und persönliches Aussprechen des Gegensatzes, in dem ich mich zum Ministerium befinde, würde weder meiner Stellung noch meiner Neigung entsprechen. Ich werde mir jedoch in allen sonstigen Beziehungen für die Aeußerung meiner Meinung keinen Zwang auflegen, und das Ministerium darf darauf rechnen, daß es lediglich von demselben und seinen weiteren Schritten abhängen wird, ob ich trotz meines innersten Widerstrebens mich werde gezwungen sehen, ein ferneres öffentliches Auftreten nicht zu scheuen, wenn es von der Pflicht geboten erscheint.

2. Juli 63.

FW. RP. *)

Handbemerkungen Bismarcks:

1) Nein. 2) Wenig höflich. 3) Nein. 4) Ich nicht. 5) Leicht fertig ist die Jugend mit dem Worte!

183.

Graf F. zu Eulenburg an Bismarck.

Berlin Dienstag 7. Juli 63 früh.

Verehrter Freund,

1868 In der Anlage übersende ich Ihnen

7. 7.

1. einen Bericht vom Oberpräsidenten Horn vom 2. Juli,
2. drei Polizei-Rapporte vom 4., 5. und 6. Juli.

Alles mit der Bitte um Rückgabe.

*) Die Nachschrift ist in Putbus zugesügt worden.

Aus letzteren werden Sie sehen, wie es bis zum Sonn- 1868
abend Abend hergegangen ist*). Vorgestern und gestern ist Alles 7. 7.
ruhig gewesen, und somit ist die Sache zu Ende. Dafür, daß
Bernuth**) zum ersten Male solch eine Geschichte durchgemacht
hat, hat er sich recht umsichtig und ruhig benommen. Die
Schutzmannschaft, die ich alle Abende mit Warmbier, Butter-
brod und Wurst habe füttern lassen, verdient das größte Lob:
ich will es ihr heute durch einen Parolebefehl ertheilen.

Auf Ihre mir gestern Abend spät zu Händen gekommene
Anfrage wegen Errichtung eines Fräuleinstiftes in der Lausitz,
kann ich vor der Hand nur antworten, daß die Statuten des-
selben eingereicht, aber so confus sind, daß mehrere Aenderungen
haben angeordnet werden müssen.

Noon war gestern bei mir. Er war ganz entzückt von
dem Schauspiel, welches der Bürgermeister Strosser in Herford
ihm vorgeführt hatte, und will dem Könige ausführlich dar-
über berichten***).

Wigleben aus Magdeburg schreibt mir, daß man in Sanger-
hausen damit umgehe, den früheren Direktor der Oberrechnen-
kammer Seiffarth, dessen Sie sich ja wohl noch aus der De-
peschen-Diebstahls-Geschichte†) her erinnern, als Vertreter der
Stadt ins Herrenhaus zu wählen, und erbittet eine vorläufige
Aeußerung Seiner Majestät darüber, ob diese Wahl Aussicht
auf Bestätigung hätte. Ich glaube, es ist besser, gleich von vorn
herein dahin zu wirken, daß sie nicht auf den p. Seiffarth fällt.

Von Bodelschwingh erfahre ich, daß Pommer-Esche gegen
die Ernennung von Graf Billers zum Vice-Präsidenten in

*) In der Oranienstraße zu Berlin gab es wegen der Ermiffion
eines Schankwirthes seit dem 29. Juni Tag für Tag Pöbelzusammen-
rottungen, die in der Nacht zum 4. Juli die Polizei zum Gebrauch der
Waffen zwangen.

**) Polizeipräsident von Berlin.

***) Vgl. Noons Denkwürdigkeiten, 4. Aufl., Bd. II, 149 ff.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 346 ff.

1868 Coblenz nichts zu erinnern hat. Ich habe daher den Immediat-
7. 7. bericht bereits abgehen lassen.

Mit den Gefühlen herzlichsten Leides wegen Ihres Auf-
enthaltes in den grünen Bergen bin ich vor wie nach

Ihr

aufrichtig ergebenster

Gulenburg.

184.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.)

Carlsbad 10 Juli 1863.

Eurer Königlichen Hoheit

1868 zeige ich unterthänigst an, daß ich die Ehre gehabt habe, Höchst-
10. 7. dero Schreiben vom $\frac{30 \text{ Juni}}{2 \text{ July}}$ zu erhalten.

Eure Königliche Hoheit sagen darin, daß eine fortgesetzte
persönliche Aussprache des Gegenstandes, in welchem Höchst-
dieselben Sich zum Ministerium befinden, Ihrer Stellung und
Ihrer Neigung nicht entspreche. Ich glaube daher Eure Königl-
ichen Hoheit Intention nachzukommen, wenn ich mich einer
Entgegnung auf das Urtheil, welches Eure Königliche Hoheit
über das Verfahren der Königlichen Regierung fällen, in Ehr-
erbietung enthalte.

Was die Stellung betrifft, welche Eure Königliche Hoheit
für die Zukunft der Regierung Sr. Majestät des Königs gegen-
über einnehmen wollen, so ist dieselbe von solcher Tragweite
für das Wohl und die Zukunft des Staates, daß diese Frage
meines unterthänigsten Dafürhaltens vor Beendigung der
gegenwärtigen Kur, ohne Beeinträchtigung der während der-
selben vorgeschriebenen Schonung des Königs bei Allerhöchst-
demselben nicht wird zur Sprache gebracht werden können

v. Bismarck.

185.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

14/7. 63.

Indem ich für den Brief vom 10. Juli danke, eile ich 1863
auf den Schlusssatz mich beziehend, Sie auf das Entschiedenste 14. 7.
zu ersuchen, S. Majestät dem König nicht eher von meiner
Absicht Mittheilung zu machen, als bis Sie entweder durch
S. Majestät oder durch mich erfahren, daß dieselbe Allerhöch-
sten Orts bekannt geworden ist. Wenn ich Ihnen schrieb, daß
ich S. Majestät bitten werde, mich von dem Beirathen der
Sitzungen des Staatsministeriums zu entbinden, so war ich
durchaus nicht gewillt, daß S. Majestät durch Sie jenen Ent-
schluß erfahren soll. Ich weiß sehr wohl, daß S. Majestät
jetzt während und auch nach der Brunnenkur geschont werden
muß, und werde zu einer mir gelegen erscheinenden Zeit selber
mit Sr. Majestät über meine Ansichten und Pläne reden.

Somit erwarte ich ganz bestimmt, daß Sie nicht eher von
jenem Kapitel mit dem Könige sprechen, als bis Sie hören,
daß S. Majestät um mein Vorhaben weiß.

Friedrich Wilhelm Kf.

186.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.)

B. 16 7 63.

Nachdem ich soeben Eurer Königlichen Hoheit Schreiben 1863
vom 14 zu erhalten die Ehre gehabt habe, beeile ich mich 16. 7.
Höchstenselben unterthänigst anzuzeigen, daß ich des Schreibens
Eurer Königlichen Hoheit vom 2 c. gegen Seine Majestät den

1868 König bisher nicht erwähnt habe und mich nach Eurer Königl.
16. 7. lichen Hoheit Befehl auch ferner der Initiative in dieser Beziehung enthalten werde. Einige der seit dem 2 c. in den öffentlichen Blättern verbreiteten Mittheilungen über den Inhalt des Briefwechsels Eurer Königl. Hoheit mit dem Könige sind vorgestern unerwartet durch Zeitungsblatt zur Kenntniß Seiner Majestät gelangt. Allerhöchstdieselben ließen mich in Folge dessen im Augenblicke meiner Abreise nochmals rufen und befahlen mir nachzuforschen, wie diese Notizen an die Weserzeitung gelangt seien.

Eurer Königl. Hoheit melde ich unterthänigst, daß ich am Sonnabend Berlin wieder verlasse, um mich in Regensburg dem Gefolge Seiner Majestät nach Gastein anzuschließen, indem der König mir befohlen hat, bei der bevorstehenden Begegnung mit dem Kaiser von Oestreich anwesend zu sein.

v. Bismarck.

187.

Bismarck an General v. Manteuffel.

Telegramm.

Berlin den 16 Juli 1863.

An General von Manteuffel

Carlsbad.

1868 Ich habe den Brief*) nicht erwähnt und bitte auch Sie
16. 7. desgleichen zu thun. Absender hat mich seitdem ausdrücklich darum ersucht.

v. Bismarck**).

*) Des Kronprinzen vom 30. Juni (2. Juli).

**) Vgl. Brief des Kronprinzen an Bismarck vom 3./9. 1863 G. u. G. I, 322.

188.

Geheimrath v. Lecoq an Bismarck.

Eurer Excellenz

beehre ich mich in der Anlage die mir gewogenlich aufgegebenen 1864
Denkschrift über die Ansprüche des Augustenburger Hauses an 8. 1.
Schleswig und Holstein zu überreichen. Ich habe mich be-
müht, die Denkschrift so abzufassen, daß dieselbe auch für
Personen verständlich ist, welche mit den sehr complicirten
Bestimmungen, man könnte sagen: Irrsalen des deutschen
Staats- und Privat-Fürstenrechts, nicht vertraut sind. Darum
habe ich juristische Digressionen vermieden und mich auf die
allgemein bekannten Rechtsätze beschränkt. Nach meiner Ueber-
zeugung haben übrigens wirklich die Sonderburger Linien alle
Beide, die Augustenburger und die Glücksburger, gar kein
Recht auf die Succession in Holstein, da beide durch die un-
gleichen Heirathen ihrer Vorfahren ausgeschlossen sind. Diese
Frage wird nur complicirt durch den Umstand, daß diese
Nebenlinien, wenn sie sich wieder in die dänische Königsfamilie,
wie der Vater des jetzigen Prinzenauers that, hineinheiratheten,
nach der lex regia in Dänemark, ihrer Mißheirathen unge-
achtet, successionsfähig bleiben. Dies ist auch der wahre Grund
des Mißvergnügens des Augustenburgers, der es bitter be-
klagt, daß er nicht von Mutterseite zur Succession auf den
dänischen Thron berufen ist. Die Mißheirathen der Glücks-
burger Linie sind für den jetzigen König ohne alle Bedeutung,
da er lediglich durch die Gession seines Schwagers, des Prinzen
Friedrich von Hessen, und als Gemahl der jetzigen Königin auf
den Thron berufen ist.

Zu meiner Ausarbeitung habe ich mehr Zeit gebraucht als
ich voraussetzte, weil die richtige Darstellung viel Nachschlagen
in Büchern erforderte: Eure Excellenz wollen den Verzug,

1864 sowie die schlechte, oft unordentliche Schrift geneigt entschul-
3. 1. digen; ich laborire an einem Catarrh, welcher mich sehr plagt und in mein Zimmer bannt. Sollte Eure Excellenz einen Zusatz oder eine Abänderung des Aufsatzes wünschen, so stehe ich dennoch jeden Augenblick zu Befehl und bitte nur um Entschuldigung, wenn ich ungehörlich viel niese.

Verehrungsvoll

ganz gehorhamst

v. Recoq.

Berlin 3. Januar 1864.

189.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 20. Januar 1864.

1864 Anbei erfolgen die mir übersandten Anlagen zurück.
20. 1. Morgen hoffe ich den König zu sehen und ruhig zu finden. In die begonnene militairische Aktion darf, weil sie eine entscheidende politische Bedeutung hat, keinerlei Hemmung gebracht werden. Gibt es daher berechtigte Zweifel über die Grenzen der Oesterreichischen Mitbetheiligung, so möchte ich beanstanden, daß sie sogleich ergründet werden. Ist der Krieg „um die Occupation Schleswigs“ faktisch ausgebrochen, so wird die betreffende Sonde angelegt werden müssen — nicht früher. Das schließt doch die kräftigsten gemeinsamen Operationen innerhalb Schleswigs nicht aus, und es wird, dem Streben der Diplomatie den Krieg in den Grenzen des Herzogthums zu localisiren gegenüber, doch jedenfalls die militairische Möglichkeit einer derartig gemäßigten Aggression in reifliche Erwägung zu nehmen sein. Ich bezweifle diese Möglichkeit, will aber gern aus der Instruction*) Alles fortlassen, was auf die Fortsetzung des Krieges

*) Für den Feldmarschall v. Wrangel.

jenseit der Königs-Au hindeutet, wenigstens vorläufig. Denn 1864
was in diesem Betracht etwa versäumt sein sollte, kann nach= 20. 1.
geholt werden. Ich lasse demgemäß die Instruction umschreiben,
und schicke sie Ihnen morgen.

Erlassen Sie mir nochmals auf mein tiefes Bedauern in
Betreff des heutigen Vorfalls und soweit ich ihn, wider meine
Absicht, verschuldet, zurückzukommen. An diesem Mißver-
ständniß darf aber Preußen nicht zu Grunde gehen,
darf die Revolution keine Leiter zur Macht finden. —
Ich verstehe jetzt Ihre Einwürfe. Als Sie solche heute im
Cabinet vortrugen, verstand ich sie nicht, würde sie kein mili-
tairisch erzogener Mensch verstanden haben. Darum Billigkeit,
Nachsicht! wenn sie auch an maßgebender Stelle nicht ver-
standen wurden und ungeduldige Aeußerungen hervorriefen.

Es geht absolut nicht an, daß Sie die Parthie, solcher Miß-
verständnisse halber, verloren geben und die Bahn frei machen.
Das schließt nicht aus, daß der Versuch gemacht werden muß
zu ergründen, in wie weit gewisse Uebellaunigkeiten auf Mangel
an Vertrauen deuten, und diesen Versuch will ich morgen
machen. Schiene ein solcher Mangel abzumalten, so bliebe nur
übrig das Verlorne wiederzugewinnen, oder darauf zu ver-
zichten, und — das Feld zu räumen. Da dies aber nicht ge-
schehen darf, so ist event. der erste Theil der Alternative ins
Auge zu fassen.

Wir müssen eben alle Schwierigkeiten überwinden oder
wir werden verhöhnt und verflucht werden. Und warum sollten
wir die Parthie verloren geben? Bloß deswegen, weil in einigen
Fällen Vortrag und Auffassung auf verschiedenem Niveau standen
und die Brillen, durch die man die Dinge sah, verschiedener
Färbung waren? Gewiß nicht!

Also, mein edler Bärenjäger, kalte Ruhe und — das Ziel,
die Rettung vor demokratischer Anarchie, fest im Auge — fort
mit der ärgerlichen Wallung! Bitten Sie um Gleichmuth

1864 und ein stilles Herz — und ich hätte vielleicht nichts schreiben
20. 1. sollen als diese eine letzte Zeile.

In Treue

Ihr
v. Roon *).

190.

König Wilhelm an Kriegsminister v. Roon.

Berlin 2. 4. 64.

1864 Der Finanz Minister hat mir schon zu wiederholten Malen
2. 4. die Ansicht ausgesprochen, daß es zur Erleichterung der Finanzen
sehr wünschenswerth sei, wenn es die Umstände gestatteten,
einzelne, auf die Kriegsstärke gesetzten Truppen zu reducirn
und hat namentlich auf die Infanterie des 6^{ten} Armee Corps
hingewiesen, da der Zweck, den deren Augmentation hatte, er-
reicht sei. Wenngleich Letzteres gegründet ist, so ist es doch
bereits nöthig geworden, eine Brigade dieses Corps nach F. a/D.
zu ziehen, um, wegen Sicherung der Verhältnisse in Berlin,
die abgerückte 9^{te} Brigade zu ersetzen, so daß die Verringerung
der Kopfzahl jener Brigade nicht angänglich ist. Nächstdem hat
der Minister Bismarck schon wiederholtentlich es bei mir zur
Sprache gebracht, daß durch die Verwendung des größten
Theiles der Garde Division vor Düppel die Besetzung von Jüt-
land zu schwach geworden ist, so daß der mit dieser Besetzung
zu erreichende politische Zweck nicht mehr in Erfüllung gehet,
weßhalb er auf Vermehrung der Truppen daselbst dringt.
Wenn also die Nachsendung einer Brigade Infanterie dieser-
halb als nöthig erkannt werden sollte, so wäre dies wiederum
ein Grund gegen jede Verminderung der Einmal augmentirten
Truppen. Dazu kommt die noch im Steigern begriffene Be-

*) Bismarcks Antwort vom 21. Jan. 1864 f. Bismarck-Jahrbuch III,
S. 262 f.

wegung im Posenen und Westpreußen, so daß daselbst eher 1864
eine Vermehrung als Verminderung der Truppen in Aussicht 2. 4.
zu nehmen ist, während die Küsten Bewachung eine Schwächung
derselben nicht erlaubt.

Ich veranlasse Sie also sofort mit dem Ministerpräsidenten
und Finanzminister in Konferenz zu treten, um obige Gesichtspunkte zu erörtern und mir gemeinschaftlich zu berichten.

Wilhelm.

191.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg $\frac{5}{4}$ 64.

Ich sage Ihnen meinen verbindlichen Dank für die mir 1864
bisher gemachten politischen Mittheilungen, sowie für Ihren 5. 4.
Brief vom 30^{ten} März cr.*). Es hat mich interessirt, aus dem
Letzteren zu ersehn, daß Sie die Anhörung der verfassungsmäßigen Landes-Vertretung der Herzogthümer über die Successions-Frage wünschen, wie auch daß die Mitwirkung der Bundes-Truppen zur Vertheidigung der Ostküste Holsteins in Aussicht steht.

Was Ihre an mich gerichtete Frage betrifft: ob es nicht thunlich sein werde, mit den vorhandenen Kräften wirksamer als es bisher geschehen von Jütland Besitz zu nehmen, oder ob dazu die Heranziehung von Verstärkungen nöthig sein wird, womit Sie die Bitte an mich verbinden, meinen Beistand zur

*) Abschrift nicht vorhanden; aus dem Original theilt Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. S. 145 Anm. 1 folgende Stelle mit: „Frankreich stellt als Programm für die Konferenzen die Entscheidung der Bevölkerung im Wege der Abstimmung, nach Analogie von Savoyen und Nizza, auf. Ich habe einstweilen darauf erwidert, daß wir selbst wünschen, daß die verfassungsmäßige Vertretung der Herzogthümer über die Successionsfrage gehört werde.“

1864 Occupation des gesamten Festlandes Dänemarks eintreten zu
5. 4. lassen, habe ich Folgendes zu erwiedern.

Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet erscheint mir die vorhandene Truppenzahl genügend, um durch Streifzüge Jütland zu Contributionen zu zwingen, so daß dieses Land empfindlich gedrückt werden kann. Truppen heranzuziehen, bloß um derartige Dienste zu verrichten, erscheint mir bis jetzt noch nicht motivirt. Ich vermag jedoch eine endgültige Entscheidung dieser Frage erst dann zu treffen, wenn es unseren braven Truppen endlich einmal geboten sein wird, einen entscheidenden Schlag gegen die Dänen auszuführen, worauf wir seit 8 Wochen harren, da alsdann wohl auf eine größere Nachgiebigkeit des Feindes als bisher, gerechnet werden kann.

Was die politische Seite Ihrer an mich gerichteten Frage betrifft, so bin ich zu meinem Bedauern außer Stande, eine Unterstützung eintreten zu lassen, da mir die Zielpunkte unserer Politik nicht bekannt sind.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm R. P.

192.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg 17. April 1864.

1864 Für Ihre beiden Schreiben vom 11^{ten} und 12^{ten} April cr. *)
17. 4. danke ich Ihnen verbindlichst. Ihre Mittheilung vom 11^{ten} war

*) Concepte nicht vorhanden. Aus dem Schreiben vom 11. April theilt Philippson a. a. O. Anm. 1 u. 2 die beiden folgenden Stellen mit: „Für die preussische Stellung auf der Conferenz erscheint es vortheilhaft, daß Preußen nicht allein die Herrschaft über die Herzog-

nur sehr interessant; freilich vermag ich mir daraus nicht eine 1864
Anschauung der Ziele unserer Politik zu bilden, die mich in 17. 4.
den Stand setzen würde, irgend eine bestimmte Maßregel mit
Ueberzeugung von meinem Standpunkt aus zu unterstützen.

Ich halte es nicht für richtig, daß es zu früh sei mit einem
festen Programm vor die Oeffentlichkeit zu treten, und ich be-
sorge, daß wir nichts dabei gewinnen, wenn wir die definitive
Lösung in die Länge zu ziehen suchen, viel mehr, daß wir da-
durch die europäische Verwickelung nur steigern würden.

Wie dem aber auch sei — wir sollten ein festes Programm
wenigstens für uns haben, dessen Verwirklichung dann frei-
lich immer noch von den Umständen abhängen würde. Statt
dessen finde ich in Ihrer Mittheilung nur das Programm, „nach
den Umständen zu handeln“, wenn ich nicht etwa aus einzelnen
Andeutungen auf gewisse Hintergedanken schließen soll, die man
Ihnen beilegt, und mit denen allerdings manche Ihrer früheren
Aeußerungen, namentlich in den letzten Conseils, denen ich

thümer in Händen habe, sondern daß der Bund, dessen Forderungen
weiter gehn als die Preußens und der weniger durch europäische
Verantwortlichkeit genirt ist, die Disposition über Holstein äußerlich
behält und von Preußen in der Conferenz vorgeschoben werden
kann . . . Wenn ich glaube, daß die Conferenz, auf welcher wahr-
scheinlich Baron Beust den Bund vertreten wird, zu keinem fried-
lichen Resultat führt, so sehe ich darin kein Unglück. Nach der jetzigen
politischen Constellation würde ein Abschluß, welcher heut oder in
kurzem erfolgte, weder unsern noch den deutschen Interessen genügen.
Beide lassen es, meines unterthänigsten Dafürhaltens, wünschenswerth
erscheinen, daß die definitive Lösung der Frage sich in die Länge zieht,
und daß inzwischen die Occupation der Herzogthümer, wenn es sein
kann, länger als Jahr und Tag dauert und verstärkt wird. Wie
hoch wir uns das Ziel stecken können, welches sich ohne Schaden für
die Monarchie erreichen läßt, kann nur die Zeit lehren; bevor wir
mit festen Programmen vor die Oeffentlichkeit treten, werden wir die
Stellung der Großmächte zu einander sich deutlicher entwickeln lassen
müssen und dabei unsre militärischen Vortheile so scharf als möglich
verfolgen, unsre Truppenzahl auf der Halbinsel, im Vergleich zu der
Oestreichs, allmählich vermehren.“

1864 vor meinem Abgang zur Armee bewohnte, übereinzustimmen
17. 4. scheinen.

Ueber diese Hintergedanken einer preussischen Vergrößerungs-Politik will ich meine Meinung nur kurz dahin aussprechen, daß deren Verfolgung unsere ganze deutsche Politik völlig verfälschen und daß sie Europa gegenüber uns wahrscheinlich eine Niederlage bereiten würde. Es wäre nicht das erste Mal, daß Preußen versuchte seiner als alle Andern zu sein, um sich schließlich zwischen zwei Stühle zu setzen.

Den Bayerischen General Frhr. von der Tann habe ich wiederholt gesehen, aber über Politik nicht gesprochen.

Die letzten Depeschen werden Sie durch Herrn v. Alvensleben erhalten haben.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm Rß.

193.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Cassel, den 6. Juni 1864.

Verehrtester Chef,

1864 Ich bin heute früh von Bückeburg zurückgekehrt und denke
6. 6. mir, daß es Ihnen vielleicht angenehm sein dürfte, zu hören, daß Sie in jenem kleinen Staate sehr warme Freunde besitzen. Man hat mir dies in einer Weise ausgesprochen, daß ich nicht an der Aufrichtigkeit dieser Gefinnungen zweifeln kann. Der Fürst*) gilt zwar für einen Sonderling und ist sehr à cheval auf seinem Recht und auf der Unantastbarkeit des Bundesrechts; er geht aber dabei von dem richtigen Grundsatz aus, daß es nicht die Aufgabe der kleinen Souveräne sei, den Großstaaten

*) Adolph.

durch unnütze Nadelstiche die Existenz der kleinen Staaten fühl- 1864
bar zu machen und dadurch bei Ersteren den Wunsch zu nähren, 6. 6.
Letztere verschwinden zu sehen. Er ist vollkommen davon über-
zeugt, daß die Norddeutschen Fürstenthümer ihre natürliche An-
lehnung an Preußen haben, und sagte mir u. a.: „so lange
Herr von Bismarck am Ruder ist, und die wahren Grund-An-
sichten Sr. Majestät des Königs durch ihn unterstützt werden,
so lange sind wir sicher, daß unsere Rechte nicht geschmälert
werden, und so lange können wir auch vertrauensvoll der
Führung Preußens in der großen Politik folgen.“ Er gab
mir vollkommen Recht, als ich ihm bemerklich machte, daß,
wenn in Berlin der Kampf gegen die Revolution und also
auch für alle deutsche Fürsten ausgefochten würde, man auch
Preußischerseits verlangen könnte, von Letzteren in diesem Kampfe
unterstützt zu werden und nicht, wie dies leider so viel geschähe,
durch kleinlichen Particularismus in dem Fortschreiten auf diesem
Wege aufgehalten zu werden.

Er klagte über die Unfähigkeit der meisten seiner Standes-
genossen, diese Wahrheit einzusehen, und darüber, daß seine
Bemühungen, dieselben davon zu überzeugen, immer gescheitert
wären. In Wien sei man mit seiner Hinneigung zu Preußen
sehr unzufrieden, um so mehr, als man bisher immer gewohnt
gewesen wäre, auf ihn rechnen zu können, und habe er schon
verschiedene ungnädige Aeußerungen von Seiten des dortigen
Hofes erfahren müssen.

Der Regierungs-Präsident von Rauer, ein durchaus con-
servativer Mann, der wohl früher mehr österreichische Sympathien
gehabt hat, stimmt nunmehr in allen Stücken mit seinem Fürsten
überein.

Wenn Sie in dem Fürsten einen ergebenen Freund haben,
so sind Sie bei der Fürstin Mutter*) schon bis in das Stadium

*) Ida, geb. Prinzessin von Waldeck und Pyrmont.

1864 eines höheren Wesens avancirt, eine Art von Glaubens-Artikel
6. 6. für sie geworden. Sie hat mir besonders aufgetragen, Sie zu grüßen und Ihnen zu sagen, wie sehr sie sich freuen würde, Sie in Carlsbad wieder zu sehen.

Prinz Friedrich von Holstein-Glücksburg, den ich in Büdelsburg traf, kam soeben von einer Conferenz zurück, die er in Köln mit seinem Bruder dem Herzog*) gehabt hatte. Er sagte mir, sie seien übereingekommen, sich fortdauernd ruhig zu verhalten, und ihres Bruders, des Königs**) wegen, sich auf keine Demonstrationen einzulassen. Sollte aber durch den Beschluß der Mächte die Augustenburgische Linie zur Nachfolge in den Herzogthümern berufen werden, so würden die Brüder die ersten sein, dies anzuerkennen. Dann würden sie allerdings in die Lage versetzt werden, „freundvetterliche“ Abkommen mit dem neuen Herzog, die Hausgüter betreffend, abzuschließen.

Mit stets gleicher Verehrung bin ich

Ihr

sehr ergebener

S. VII. B. Reuß.

194.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Neues Palais $\frac{17}{8}$ 64.

1864 In Folge einer Unterredung, die ich soeben mit Sr. Majestät
17. 6. dem Könige hatte, ist es mir erwünscht, die Relation Ihrer Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg***) noch

*) Karl.

**) Christian IX.

***) Vom 1. Juni, Staats-Anzeiger vom 2. Juli 1865, vgl. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs III, 337; die Aufzeichnung des Herzogs bei Janssen und Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung S. 731 ff., Anlage No. 38.

einmal durchzulesen. Als Sie neulich mir eine Abschrift nebst dem Depeschen-Paquet zukommen ließen, war ich im Begriff abzureisen, und las jenes Papier nur flüchtig durch. Wenn Sie die Gefälligkeit hätten, mir durch den Ueberbringer dieses Billets jene Relation zukommen zu lassen, so würde sehr dankbar sein

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm K^{ön}ig.

195.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Kissingen, le $\frac{27 \text{ Juin}}{9 \text{ Juillet}}$ 1864.

Verehrtester Freund,

Loën*) a été le bien venu. Je ferai de mon mieux pour qu'il réponde à Votre attente en qualité de Telegraphen-Station ou de Brieftaube, quoique pour le moment le mouvement des événements journaliers se soit ralenti.

Quant aux lignes principales et aux questions d'avenir qui dessinent plutôt un horizon plus éloigné, sans qu'il soit permis de les perdre de vue, je me réserve d'en causer avec Vous avec l'effusion qu'autorisent les excellents rapports qui ont toujours existé entre nous. Sous ce rapport j'ai reçu avec un plaisir tout particulier, par un télégramme d'Oubril la confirmation de l'espoir que, lors de notre séjour à Berlin, Vous y ferez une apparition. — Loën Vous a envoyé l'itinéraire de l'Empereur. Je n'accompagnerai pas Sa Majesté dans les petites excursions qu'Elle va faire. Je partirai d'ici le 3/15 Juillet pour être à Berlin le 4/16, au plus tard le 5/17 et j'en repartirai avec Sa Majesté le 7/19 au soir.

*) Militärbevollmächtigter in Petersburg.

1864 Les artistes de Paris et de Londres nous ont fait dire
9. 7. bien des choses auxquelles ni l'un ni l'autre nous avons jamais
pensé. Je ne me préoccupe pas outre mesure de cette manoeuvre
dont les ficelles sont visibles. Après un bref démenti nous
nous abstiendrons de toute explication qui aurait l'air d'une
justification dont nous n'avons pas besoin.

Veillez, je Vous prie, me mettre aux pieds du Roi. J'ai
été très-heureux d'apprendre, toujours par Oubril, que Sa
Majesté a renoncé à intercaler les fatigues d'une visite à Vienne
entre les deux cures de Carlsbad et de Gastein. On ne saurait
environner d'assez de garanties une santé si précieuse et la
conservation du plus beau caractère chevaleresque de notre
époque.

Je ne veux pas vous fatiguer par des considérations poli-
tiques qui trouveront plus naturellement place dans la causerie
intime sur laquelle je compte; mais je ne saurais terminer
sans Vous prier de compter invariablement sur les sentiments
d'attachement sincère que je Vous porte.

Gortchacow.

196.

Herzog von Wornitz an Bismarck.

Paris 7. 7^{bre} (1864).

Mon cher ministre

1864 J'ai vu S. M. comme je vous l'avais promis et lui ai
7. 9. raconté notre conversation. L'Empereur vous est très recon-
naissant des sentiments que vous m'avez exprimés à son endroit,
il a tout à fait approuvé mes objections. Il croit que ne pas
bouger convient mieux à la situation de tout le monde cette
année; après les évènements de toutes sortes qui se sont
passés dans les différents pays, et les impressions que ces

événements ont causées, une démarche quelconque donnerait lieu à des interprétations plus ou moins absurdes et gênantes. Le repos sera donc préférable. 1864
7. 9.

Néanmoins Il comprend très bien vos scrupules au sujet de l'apparence, qu'aurait une conférence à trois. Il vous remercie des efforts que vous faites pour l'empêcher et dans le cas où elle aurait lieu malgré vous, du procédé que vous êtes d'avis d'employer pour y porter remède.

Voilà le résumé de mon action que je vous donne tout à fait en confiance et pour vous seul, enchanté d'avoir eu l'occasion de vous rencontrer à Baden; quoique vous ne m'ayez pas donné des fleurs, comme le prétend l'Indépendance, je vous prie de croire à mes sentiments distingués et dévoués.

Morny *).

197.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Cassel, den 21. Sept. 64.

Verehrtester Chef.

Gestern bin ich von meiner Fahrt nach Schwalbach zurückgekehrt. Ich fand die hohe Frau aus Weßen**) sehr zufrieden über den Besuch unseres Königs. Sie hat persönlich ein großes tendre für ihn und war auch angenehm berührt durch das empressement was Seine Majestät gezeigt habe, sie aufzusuchen. Dies, sowie die ganze Aufnahme, die sie in Deutschland findet, haben überhaupt einen sehr günstigen Eindruck gemacht, der sich hoffentlich erhalten wird. 1864
21. 9.

Weniger angenehm präoccupirt war die Kaiserin durch die

*) Präsident des französischen Gesetzgebenden Körpers, Sohn der Königin Hortense und ihres Großstallmeisters des Grafen Flahault, demnach unächter Halbbruder Napoleons III.

**) Kaiserin Eugenie.

1864 Frage, ob sie nach Baden gehen sollte oder nicht. Die Königin
21. 9. hat sie durch die Herzogin von Hamilton dorthin einladen lassen. Sie hatte sich noch zu nichts entschieden und wollte vorerst an den Kaiser darüber schreiben. Sie sagte mir: si le Roi y était, j'irais certainement!

Da die Kaiserin beabsichtigt, ihre Kur bis in den October hinein zu verlängern, so dürfte es sich ja vielleicht gerade so treffen, daß der König noch dort wäre.

Daß der Kurfürst nun doch nicht nach Berlin geht, hat darin seinen Grund, daß er besorgt ist, der Kaiser Alexander könnte dort unfreundlich gegen ihn sein. Der Kaiser hat ihn nämlich einmal hier auf dem Bahnhof, als der Kurfürst mit seinen arkadischen*) Prinzen ihn empfangen wollte, ziemlich kalt behandelt, und er besorgt nun ein Gleiches. Trotzdem will er den Kaiser aber heut Abend auf der Durchreise empfangen. Es war bereits Alles für die Reise nach Berlin bestimmt, als dem Herrn diese Skrupel kamen, die kein Mensch begreift.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn ich bald mein Rappell-Schreiben erhalten könnte, und bin mit aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. K. Neuf.

198.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

(Auszug.)

Berlin, den 13. October 1864.

1864 — — — — —
18. 10. Dies vorausgesetzt, war es im Grunde nur eine Frage,

*) d. h. unebenbürtigen.

welche Stoff zu einer eingehenden Verhandlung darbot: der 1864
Termin für die Einführung des neuen Tarifs. 18. 10.

Bei allen sonstigen, an unsere Verträge mit Frankreich sich anknüpfenden Meinungsverschiedenheiten war darüber stets Einverständnis vorhanden gewesen, daß die an Frankreich zugestandenen Tarif-Ermäßigungen, vorbehaltlich besonderer Verständigung mit Nachbarstaaten, namentlich Belgien und der Schweiz, zu verallgemeinern seien. Auf diesem Gesichtspunkte beruht der dem Vertrage vom 28. Juni d. J. beigelegte neue Zolltarif und aus diesem Gesichtspunkte folgt, daß der neue Tarif gleichzeitig mit der Ausführung des Handelsvertrages vom 2. August 1862 in Wirksamkeit zu treten hat. So wenig die Folgerichtigkeit dieser Ergebnisse in Abrede gestellt wurde, so fand doch die Anerkennung desselben in äußeren Rücksichten Schwierigkeiten. Zunächst wurde als im Interesse der Industrie und des Handels wünschenswerth bezeichnet, daß sofort ein bestimmter Tag als Termin für die Einführung des Tarifs festgesetzt werde. Der Artikel 38 des Handelsvertrages bestimmt nur, daß die Ratifikationen sobald als möglich auszutauschen sind und daß der Vertrag 2 Monate nach Austausch dieser Ratifikationen in Kraft treten soll, und dem Austausch dieser Ratifikationen muß nicht nur die Ratifikation des jetzt abgeschlossenen Beitritts-Vertrages, sondern auch die von uns wiederholt, zuletzt unter Nr. 10 des Schlußprotokolls vom 28. Juni d. J. zugesagte nachträgliche Verhandlung mit Frankreich vorhergehen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in einem Theile der Vereinsstaaten die zur Einführung des Tarifs unerläßliche Zustimmung der Landesvertretungen noch einzuholen sei, und daß es im Interesse des Zollvereins liege, vor Einführung des Tarifs seine commerciellen Beziehungen zu andern Ländern — Großbritannien, Belgien, die Schweiz, Italien — zu regeln. Die Berathung der Landesvertretungen und die Verhandlung mit anderen Staaten erfordere Zeit, und

1864 es sei die Besorgniß nicht abzulehnen, daß vor Ablauf dieser
18. 10. Zeit der Handelsvertrag, also auch der neue Tarif in Wirksamkeit treten müsse. Es wurde deshalb von mehreren Seiten dringend befürwortet, daß für die Einführung des Tarifs und des Handelsvertrages eine geräumige Frist — etwa bis zum 1. Juli l. J. vereinbart werde. Wir hatten gegenüber diesen Erwägungen vor allen Dingen geltend zu machen, daß dem Zollverein jede Berechtigung fehle, über den Termin für die Ausführung des Handelsvertrages vom 2^{ten} August 1862 einseitig irgend eine Bestimmung zu treffen. Wir machten ferner darauf aufmerksam, daß dieser Ausführung die zur Ratification des vorliegenden Vertrags bestimmten 4 Wochen, die nachträgliche Verhandlung mit Frankreich, die Mittheilung des Ergebnisses dieser Verhandlung an die Vereinsregierungen, die Zustimmung der letzteren zu dem Resultat, die Ratification der Verträge mit Frankreich und die vom Austausch der Ratificationen an laufende zweimonatliche Frist vorhergehen müsse, daß zur Durchlaufung aller dieser Stadien eine Zeit von 6 Monaten kaum ausreichen werde und daß dieser Zeitraum, wenn man sich nur ernstlich Mühe gäbe, ausreichen müsse, um die nöthigen Verhandlungen im Innern und nach Außen zu Ende zu bringen. Wir lehnten endlich den Versuch nicht ab, bei den nachträglichen Verhandlungen mit Frankreich an Stelle des vom Tage des Ratifications-Austauschs abhängigen einen bestimmten Ausführungstermin zu verabreden. In Anerkennung dieser Gründe ist die von uns vorgeschlagene Verabredung unter No. 1 des Schlußprotokolls getroffen worden.

Ich kann diese Mittheilung nicht schließen, ohne einer Frage zu erwähnen, zu deren Erwägung die soeben geschlossenen Verhandlungen Gelegenheit geben, und welche beiläufig schon oben berührt ist. Die Königlich Großbritannische Regierung hat ihren nach Inhalt des Circulars vom 9. April 1862 schon damals gestellten Antrag auf Abschluß eines Handels- und Schiffahrts-

Vertrages mit dem Zollverein vor Kurzem dringend erneuert. Es 1864
liegt ferner im Interesse des Zollvereins, seine handelspolitischen 18. 10.
Beziehungen zu Belgien definitiv zu ordnen, nicht nur, um dieselben von der gegenwärtig auf ihnen lastenden Unsicherheit zu befreien, sondern auch, um auf eine günstigere Gestaltung einzelner Bestimmungen des Belgischen Zolltarifs hinzuwirken. Nicht minder entspricht es dem Interesse des Zollvereins, sich durch einen Handelsvertrag mit der Schweiz, sowohl die von der letzteren neuerdings an Frankreich gemachten Zugeständnisse anzueignen, als auch weitere für wünschenswerth zu erachtende Verkehrserleichterungen zu sichern. Endlich liegt die Eventualität nicht fern, daß auch mit anderen für den Verkehr des Zollvereins wichtigen Ländern kommerzielle Verhandlungen einzuleiten sein werden.

Unbeschadet des Benehmens, welches nach Maßgabe der Vereinsverträge wegen solcher Verhandlungen in jedem einzelnen Falle eintreten muß, glaubten wir die Vereinigung von Bevollmächtigten sämtlicher Vereinsregierungen benutzen zu sollen, um einen allgemeinen Gesichtspunkt zur Sprache zu bringen, welcher für alle jene in Aussicht stehende Verhandlungen gleichmäßig präjudiciell ist.

Die Handelsverträge, welche im Laufe der letzten 4 Jahre von Großbritannien mit Frankreich, Belgien und Italien, von Frankreich mit Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossen sind, beruhen sämtlich auf dem Grundsatz der beiderseitigen Behandlung der gegenseitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation, mit andern Worten: auf der gegenseitigen Garantie gegen differentielle Begünstigung dritter Staaten. Durch die Anerkennung, welche dieser Grundsatz solchergestalt in einer Reihe auf lange Dauer abgeschlossener Verträge von der Mehrzahl der hervorragenden Handels- und Industrie-Staaten Europas erfahren hat, ist er in dem Maße zu einer Grundlage der internationalen Handelsverhältnisse der

1864
13. 10. europäischen Staaten geworden, daß die Gestaltung der ver-
tragsmäßigen Beziehungen des Zollvereins zu diesen Staaten,
durch dessen Stellung zu jenem Grundsatz geradezu bedingt
wird. Wollte der Zollverein denselben ablehnen, so würde er
auf die vertragsmäßige Regelung seiner Verhältnisse zu der
Mehrzahl der, für seinen Verkehr wichtigsten Staaten verzichten
müssen, will er ihn annehmen, so wird die befriedigende
Regelung dieser Verhältnisse voraussichtlich wenig Schwierig-
keiten darbieten.

Der Zollverein hat sich, abgesehen von dem Verhältniß
zu Oesterreich, von differentiellen Begünstigungen einzelner
Länder grundsätzlich und thatsächlich mehr fern gehalten, als
bis vor wenigen Jahren die meisten anderen Länder. In dem
Handelsvertrage mit Frankreich ist diesem Lande die Behandlung
auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zugestanden. Ueber
die Generalisirung aller an Frankreich gemachten Tarif-Con-
cessionen hat, wie oben bemerkt, niemals ein Zweifel bestanden.
Nach diesen Vorgängen schien es uns weder einem grundsätz-
lichen noch einem praktischen Bedenken zu unterliegen, auch mit
andern europäischen Staaten die Behandlung der gegenseitigen
Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meistbegünstigten
Nation zu vereinbaren, unbeschadet derjenigen Beschränkungen,
welche dieser Grundsatz durch die bevorstehenden Verhandlungen
mit Frankreich zu Gunsten Oesterreichs erfahren möchte, und
wir sprachen daher die Erwartung aus, daß vorbehaltlich der
eben bezeichneten Beschränkung, die Anerkennung dieses Grund-
satzes bei Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten
von keiner Seite einem Bedenken begegnen werde.

Sachsen, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen,
Thüringen, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und Frankfurt
schlossen sich unserer Auffassung vollständig an. Auch Bayern,
Württemberg und Hannover erhoben gegen dieselbe keinerlei
prinzipielle Bedenken, zogen es aber vor, sich über den Grund-

saß bei dem, in einzelnen Fällen erforderlichen Benehmen auszusprechen. Unser Zweck war durch diese vorläufige Discussion erreicht. 1864
18. 10.

v. Thile.

(Abschrift.)

Anlage.

Schlußprotokoll.

Verhandelt Berlin, 12^{ten} Oktober 1864.

I. Zum Separat-Artikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864.

Man ist darüber einverstanden, daß der, dem Separatartikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864 beigefügte Zolltarif gleichzeitig mit dem Vollzuge des Handels-Vertrages mit Frankreich, jedoch unter Beachtung der vertragsmäßig feststehenden Fristen in Wirksamkeit zu setzen ist.

Die Preussischen Bevollmächtigten erklären, daß ihre Regierung die vor dem Vollzuge des gedachten Vertrages mit Frankreich zu führenden Verhandlungen sofort nach Ratification des Vertrages vom heutigen Tage einleiten und soweit es irgend thunlich beschleunigen werde. Die übrigen Bevollmächtigten ertheilen die Zusage, daß ihre Regierungen die Erklärung über das Ergebnis dieser Verhandlungen in kürzester Frist abgeben werden.

199.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

La Faraz bei Veraç 18/11 64.

Mit verbindlichem Dank erhalten Sie beifolgend die mir zur Einsicht zugesandten Depeschen. 1864
18. 11.

Es freut mich aufrichtig, daß der Friede endlich ratificirt, und die Herzogthümer somit für immer befreit, nun mehr einen

- 1864 selbständigen Theil des Deutschen Bundes ausmachen werden.
18. 11. Möge nun bald auch der Meistberechtigte unter den Bewerbern in sein rechtmäßiges Erbe als Herzog eingesetzt werden und hierdurch jene Angelegenheit mit dem würdigen Schlusse beendigt sein. Mit unserem Könige freue ich mich über seine und seines tapferen Heeres Erfolge, und mache Ihnen mein Compliment über das Glück, welches Sie in der Herzogthümer- wie in der Zollvereins-Frage auf Ihrer Seite hatten.

Die Rendsburger Angelegenheit wird wohl bald ihre Erledigung finden, wie auch die Besetzung der Elbherzogthümer ihrer Regelung durch die mir gestern selten des Kriegs-Ministeriums zugegangenen Mittheilungen entgegengeht. Unterhaltend finde ich die verschiedenartigen Auffassungen und Auslegungen der italienisch-französischen Convention, die wohl momentan noch in ihrer Wiege schlummert!

Ich verstehe sehr wohl die Motive, welche Sie bewegten in der Zoll- und Handelsfrage Oesterreich ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, und giebt das Reservat in Bezug auf den bloß verhandelnden Charakter jener Annäherung vorläufig eine Art Garantie vor künftigen Concessionen oder Veränderungen unseres Standpunktes. Um so gewichtiger ist für mich Ihr Wort: daß wir keine Zoll-Einigung wollen und daß Oesterreich stets an unserem Willen scheitern wird. Unter solchen Umständen kann ich meine sonst entschiedene Abneigung gegen ein noch so geringes Stückchen Entgegenkommen mäßigen, der Zukunft weitere Belehrung anheimstellend.

In der Köln-Trierer Bischofswahl-Angelegenheit beklage ich auf das Tiefste das dem Trierer Kapitel gemachte Zugeständniß des Listenverfahrens. Dieses, erst in Trier bei Arnoldi's Wahl ins Leben gerufene, sonst nicht gebräuchliche, auch bei den Verhandlungen vor Abschluß der Convention von 1821 entschieden unsererseits abgewiesene Verfahren ist den Jesuiten und Ultramontanen für ihre Zwecke sehr willkommen.

Die Regierung spielt ein Hazardspiel, kann leicht dupirt werden. 1864
Gingegen wird sie sicher gehen, wenn der in der Convention 18. 11.
bezeichnete Weg der Einigung durch den Regierungs-Kommissar
mit dem Kapitel über die persona grata vor Beginn jeglicher
Wahl beibehalten wird. Nach meiner Ansicht darf nicht eher
geruht werden, als bis Kommissar und Kapitel vollständig
fertig durchgekämpft haben, und die persona grata ganz un-
zweifelhaft feststeht, so daß die Kapitels-Wahl nur noch eine
äußere Ceremonie bleibt.

Der gegenwärtige abermals in Trier zugelassene Listen-
Modus, muß in Rom wie auch bei den Jesuiten als ein sehr
willkommener Präcedenz-Fall begrüßt werden und wird die
Kölner Sache nur erschweren. Denn, so werden wir's zu
hören bekommen, warum in Köln die Liste verbieten, wenn
selbige in Trier angängig erschien?

Ich habe meine ganze Aufmerksamkeit auf jene 2 erledigten
Bischöfs-Sitze gerichtet, deren künftige Verwalter uns entweder
die größten Feindseligkeiten oder aber wesentliche Stützen be-
reiten könnten. Ich weiß, daß die vernünftigen Katholiken
unserer Lande sehnlich auf einen endlich gemäßigten, besonnenen
Erzbischof harren, wie es einst v. Spiegel *) war, denn selbst die
Rheinländer sprechen es laut aus, daß die Regierung Ernst
machen müßte, dem täglich mehr um sich greifenden Einfluß der
Jesuiten und Ultramontanen gegenüber, da die westlichen Bi-
schöfe jeder in seiner Art, durch That oder durch Gewähren-
lassen, jenem Treiben die Thore weit geöffnet hätten, und
mithin die verderblichsten Verwickelungen sich vorbereiteten.
Möge denn in Trier die Wahl auch wirklich den Regierungscandidaten treffen! Für Köln lege ich es Ihnen dringend
ans Herz, falls nicht das Schisma innerhalb des Domcapitels
bereits eine directe Vereinbarung mit Rom herbeiführt, jeden-

*) Erzbischof von Köln, † 2. August 1885.

1864 falls kein Listen-Verfahren aufkommen zu lassen, sondern durch
18. 11. einen evangelischen Regierungs-Kommissar die persona
grata feststellen zu lassen.

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm Rßz.

P.S. Ich bitte um einige Tage Bedenkzeit in der
Schweinitz-v. d. Burg'schen Frage.

200.

General Graf v. Moltke an Bismarck.

Verehrteste Excellenz,

1864
26. 11. Ew. Excellenz wird es eine wohlthuende Genugthuung ge-
währen, wenn ein Mann, der in einem langen, sehr bewegten
Leben vielfache Beweise treuer Vaterlandsliebe gegeben, bei der
Ihnen gewordenen, so wohlverdienten Ernennung zum Ritter
des schwarzen Adler-Ordens seine aufrichtige Freude darüber
auspricht, und (Sie) als Kollegen herzlich begrüßt. Unser vor-
trefflicher König hat auf dem Schlachtfeld unterstützt durch seine
tapfere Armee und im Cabinet durch Ihren ebenso weisen als
energischen Rath, Preußen die Stellung in Europa wieder ge-
geben, welche es einst besessen, zu welcher Friedrich der Große
festen Grund gelegt.

Das Vaterland wird seinem König und denen, die ihm so
kräftig beigestanden, dafür treuen Dank bewahren, und die
preussische Geschichte ihre Namen unsterblich machen.

Mit wahrer Hochachtung

Ew. Excellenz

Geben

aufrichtig ergebenster

bei Loewenberg in Schlesien

Graf v. Moltke

den 26. Nov. 1864.

General der Kavallerie.

201.

Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck.

I. Wenn der König das Weitzesche Ehrengerichtsurtheil nicht bestätigt, so würde eine natürliche Folge sein, daß künftig die Ehrengerichte in solchen Fällen auf Freisprechung erkennen, was doch ein arges Uebel wäre. Will der König gnädig sein, so kann er ihn ja nach Befinden nach einiger Zeit begnadigen oder rehabilitiren. 1865 2. 1.

II. In der Schleswig-Holsteinischen Sache ist ein Hauptgrund die Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburger und deren Verbindlichkeit für sein ganzes Haus, an welcher ich als Jurist keinen Zweifel habe. Es ist dieß zugleich ein Ehrenpunkt für Preußen und für Sie selbst, verehrter Freund, da Sie dieselbe vermittelt haben. Aber gerade hierüber ist altum silentium.

Mit verbindlichem Dank für Ihr gütiges Vertrauen
der Ihrige

2. Jan. 65.

L. v. Gerlach.

202.

Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist
an Bismarck.

Verehrtester Freund

Ich wage es nicht, mich in diese höchst delicate Angelegenheit*) ungefragt einzumischen, am wenigsten Ihre Frau Gemalin hineinzuziehen und bin deshalb schon gestern Abend, als sie 1865 7. 6.

*) Bismarck hatte den Abg. Virchow wegen des in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni gegen den Ministerpräsidenten erhobenen Vorwurfs der Unwahrhaftigkeit auf Pistolen fordern lassen.

1865 dieselbe berührte, gar nicht darauf eingegangen, halte mich aber
7. 6. verpflichtet, Ihnen den so eben erhaltenen Brief von Gerlach
zu Ihrer Kenntnißnahme mitzutheilen mit dem Bemerken, daß
ich damit vollkommen einverstanden bin, die Beleidigung an
sich auch nicht für so erheblich halte, um solchen Ausgang zu
erfordern, daß alle Männer von Ehre, die ich darüber ge-
sprochen habe, derselben Ansicht waren und daß es ein sehr
schlimmes Präcedens für alle Minister Sr. Majestät des Königs
wäre, wenn solche Angelegenheiten solchen Ausgang nehmen
müßten.

Mit alter Verehrung Ihr

treu ergebenster

Berlin 7/6. 65.

v. Kleist.

Ich bitte um gütige Rücksendung von Gerlachs Brief,
allenfalls ohne alle Antwort, bin aber natürlich zu
jeder Thätigkeit und Theilnahme bereit.

203.

b. Ratzmer an Bismarck.

Verehrtester Bismarck

1865 Du wirst es mir wohl verzeihen, und der größten Ver-
7. 6. ehrung für Dich, welche mich dazu treibt, zu Gute halten,
wenn ich mich unberufen in Deine Angelegenheiten mische, um
mir die Bitte zu gewähren: an Deine Stelle treten zu dürfen,
wenn eine tödtliche Kugel Dich an der Fortsetzung verhindern
sollte. Die Laune des Schicksals ist unerforschlich, und bin
ich über Deine Angelegenheit so aufgeregt, daß ich es Dir gar
nicht aussprechen kann.

Nochmals bitte ich Dich, meine Zudringlichkeit zu verzeihen,
die Absicht nicht zu verkennen, und die Versicherung meiner

Ergebenheit für alle Fälle zu gestatten, mit der ich in größter 1845
Verehrung stets sein werde 7. 6

Dein

Dich hochschätzender

Berlin, d. 7/6. 65.

C. C. Napmer.

204.

Bismarck an Professor Virchow.

Berlin 8 Juni 1865.

Eure Hochwohlgeboren

haben in der Sitzung vom 2 d. M. eine persönliche Beleidigung 1865
gegen mich ausgesprochen, indem Sie meine Wahrheitsliebe in 8. 6
Zweifel zogen. Ich habe Sie am folgenden Tage durch Herrn
v. Puttkamer*) ersuchen lassen, mir hierfür die Genugthuung
zu gewähren, zu welcher ich mich berechtigt halte. Nach Ihrer
damaligen Rückäußerung durfte ich hoffen, daß Sie die An-
gelegenheit im Wege einer Ehrenerklärung erledigen würden;
die durch Ihre Abwesenheit unterbrochenen Verhandlungen
darüber haben dieses Resultat nicht ergeben.

Ich bin daher in der Nothwendigkeit, die am 3 c. ver-
langte Genugthuung wiederholt von Ihnen zu fordern, und
erbitte Ihre Erklärung, ob Sie bereit sind, meinem durch
Herrn v. Puttkamer an Sie gestellten Verlangen zu entsprechen.
In diesem Falle ersuche ich Sie, einen Ihrer Freunde zu be-
zeichnen, der mit dem Herrn Kriegsminister, welcher die Güte
haben will, mir als Zeuge zu dienen, die nähern Verabredungen
wegen Ort und Stunde trifft.

Ihrer gefälligen Antwort entgegensehend bin ich

Eurer Hochwohlgeboren

ergebener Diener

v. Bismarck-Schönhausen.

*) Bernh. v. Puttkamer, Hauptmann im 2. Garde-Regiment.

205.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

Lieber B.!

1865 Soeben 9 $\frac{1}{2}$ Uhr kehre ich von Virchow zurück. Er war
8. 6. schon um 7 Uhr ausgegangen. Jetzt fahre ich in die Kammer,
wo ich, wenn thunlich, meinen Auftrag ausrichten will. Aber —
Alles wohl überlegt — es scheint mir für Sie kaum ausführ-
bar, das fragliche Geschäft abzumachen und Abends nach Stral-
fund zu reisen. Ich werde indeß mein Bestes thun.

Ihr

v. Roon.

206.

Kriegsminister v. Roon an Virchow.

Berlin 8. 6. 65.

1865 Nachdem ich gestern Abend und heute früh Sie in Ihrer
8. 6. Wohnung zu treffen vergeblich versucht habe, um einen über-
nommenen Auftrag auszurichten, stelle ich Ew. Hochwohlgeboren
anheim, mir für einen Augenblick Ihre Gegenwart im Minister-
zimmer zu schenken; den geeigneten Moment überlasse ich Ihnen
zu wählen.

Hochachtungsvoll

v. Roon.

207.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

1865 Auf Fordenbeds Antrag hat der Präsident*) erklärt, daß
8. 6. Virchow sich nicht schlagen dürfe, daß das Haus allein zu

*) Grabow.

befinden habe, ob ein Minister beleidigt sei. Ich habe geant- 1865
wortet: „der Mann sei der Wächter seiner eignen Ehre, nie- 8. 6.
mand sonst*)!“

Es wird darüber seit ¾ Stunden fort discutirt. Jetzt
brüllt der Löwe vom Stamme Juda. — Der stenographische
Bericht soll Ihnen sobald als möglich zugehen.

v. Moen.

Das an Virchow meinerseits gerichtete Billet ist unbestell-
bar, da er nicht ins Haus gekommen ist. Das Billet lege ich bei.

208.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Prenzlau den 8. Juni 1865 9 Uhr 18 Min. Vorm.

Angekommen in Berlin den 8. Juni 1865 9 Uhr 23 Min. Vorm.

Geben Sie gleich Nachricht nach Stralsund.

Eulenburg.

1865
8. 6.

209.

Bismarck an Minister F. zu Eulenburg.

Telegramm.

Berlin 8 Juni 1865.

Minister Graf Eulenburg.

Stralsund.

Heut früh mehrstündige Debatte auf Antrag Fordenbed, 1865
Duell für Abgeordneten unzulässig erklärend. Von Virchow 8. 6.
eigne Erklärung über Annehmen oder Ablehnen noch nicht
erreicht.

Bismarck.

*) Vgl. Kriegsminister v. Moen als Redner II, 338 ff.

210.

v. Hennig an v. Reubell.

Erw. Hochwohlgeboren

1865 haben mich nicht weiter benachrichtigt, ob Sie die Aussicht auf
8. 6. eine Ausgleichung der zwischen Herrn v. Bismarck und Herrn
Professor Virchow obschwebenden Differenz für nicht mehr vor-
handen ansehen.

Professor Virchow wünscht die Sache zu beenden und hat mich beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß er von der Ansicht ausgehe, er habe seinerseits das Mögliche zu einer Ausgleichung gethan, indem er sich bereit erklärt hat, die von Bismarck gewünschte Erklärung unter einer unverfänglichen Bedingung abzugeben. Da hierauf bis zu diesem Augenblick keine Antwort eingelaufen ist, so habe ich den weiteren Auftrag, Ihnen anzuzeigen, daß Professor Virchow ein Duell bestimmt ablehnt und zwar um so mehr, als die Angelegenheit ohne seine Schuld in die Öffentlichkeit gekommen und heute sogar im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht worden ist. Seine politischen Freunde und auch der Herr Präsident des Hauses haben ihm die Pflicht auferlegt, das Duell nicht anzunehmen.

Ich bitte Sie Herrn v. Bismarck hiervon unterrichten und ihn zugleich davon in Kenntniß setzen zu wollen, daß Professor Virchow bereit ist, die zugesagte Erklärung unter der von mir formulirten Bedingung im Hause abgeben zu wollen, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß es ihm nur auf den Sinn und nicht auf den Wortlaut der letzteren ankommt.

Mit bekannter Hochachtung und Ergebenheit

Berlin, 8/6. 65.

Hennig.

211.

v. Reubell an Kriegsminister v. Roon.

Berlin, den 8. Juni 1865.

Em. Excellenz

beehre ich mich die Anlage zu hochgeneigter Kenntnißnahme mit der gehorsamsten Anzeige vorzulegen, daß ich Herrn von Hennig erwidert habe, ich sei bei der jetzigen Sachlage zur Entgegennahme von Erklärungen des Herrn Professor Virchow nicht mehr ermächtigt. 1865 8. 6.

v. Reubell.

212.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck *).

Br. m. mit der Bemerkung, daß Herr Virchow meinem Boten mit dem Ihnen bekannten Briefe geantwortet, er werde heute Abend zwischen 7 und 8 Uhr zu mir kommen. Er ist bis jetzt — 9 Uhr — nicht erschienen. Unter diesen Umständen halte ich die Angelegenheit im Hinblick auf die heutigen Vorgänge im Abg.-Hause im Wesentlichen für erledigt. 1865 8. 6.

Berlin 8/6. 65.

v. Roon.

213.

Professor Virchow an Kriegsminister v. Roon.

(Ohne Datum, Expeditionsvermerk:
Pr. 8/6. 65 Abds. 9 Uhr.)

Em. Excellenz

erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage ganz ergebenst, daß Herr v. Hennig in meinem Namen heute Herrn v. Reubell benachrichtigt hat, 1865 8. 6.

*) Im Anschluß an v. Reubells Brief.

1865
8. 6.

1) daß ich das Duell ablehne,

2) daß ich noch gegenwärtig bereit bin, die von dem Herrn Minister-Präsidenten gewünschte Erklärung im Hause abzugeben, sobald mir die Zusicherung des Herrn Ministerpräsidenten erteilt wird, daß er seiner Aeußerung über Hannibal Fischer*) keinen für den Berichterstatter (oder die Kommissions-Mitglieder) persönlich beleidigenden Sinn habe unterlegen wollen.

Da ich in diesem Zugeständniß bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen bin, so würde es mir erwünscht sein, eine etwaige weitere Verhandlung über den Wortlaut der Erklärungen nicht persönlich, sondern, wie bisher, durch Vermittelung des Herrn v. Hennig zu führen.

Genehmigen Ihrer Excellenz die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich zeichne

Em. Excellenz

ganz ergebenster

R. Virchow

Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

214.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck**).

1865
8. 6.

Nach meiner Auffassung reicht es aus, daß Hr. B. das Duell ablehnt, um . . . Ich würde darauf allein mich

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1865 hatte Bismarck mit Bezug auf den Antrag der Commission, die von der Regierung geforderten Gelder für den Kieler Hafen abzulehnen, gesagt: „Ich glaube, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfnis haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Commission eine indirecte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte.“

**) Als Randbemerkung auf Virchows Brief.

stügen. Weitere Verhandlungen — zu denen ich übrigens 1865
bereit bin — werden zu gar nichts führen. Das 8. 6.
ist unzweifelhaft, um so mehr, als Herr Virchow die per-
sönliche Verhandlung mit mir ablehnt und den andern —
Hennig vorschreibt, auf dessen Antrieb die heutige parlamen-
tarische Comödie gespielt hat.

v. R.

215.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow war bis gegen 12 Uhr in der Charité; dort holte 1865
ihn der rothe Beder*) ab und brachte einen Brief von Hennig 8. 6.
mit. Beide fahren darauf nach dem Abgeordneten-Hause. Es
ergiebt sich hieraus, daß die Scene im Abgeordneten-Hause
mit Vorwissen Virchows stattgefunden hat.

Zitelmann.

216.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow hat um 2 Uhr zu Taddel**) erklärt, er nehme das 1865
Duell nicht an; Herr v. Hennig werde noch heute an Herrn 8. 6.
v. Buttkamer deswegen schreiben.

Zitelmann.

217.

Graf Arnim-Bohlenburg an Bismarck.

Verehrteste Excellenz!

Vom Lande zurückgelehrt, vernehme ich die Lage der 1865
Virchowschen Angelegenheit. Da manche der Ew. Excellenz 8. 6.

*) Hermann Heinrich Beder, Mitglied der Fortschrittspartei, später
Oberbürgermeister von Köln.

**) Abgeordneter, Mitglied der Fortschrittspartei.

1865
8. 6. näherstehenden Personen abwesend sind, so bitte ich über mich zu bestimmen, falls ich in derselben irgendwie nützlich sein kann, andernfalls aber Ihre Zeit nicht mit einer Antwort zu beschränken. —

Gott sei mit Ihnen.

Der Ihrige

Berlin, den 8. Juni 1865. Graf Arnim-Bonzenburg.

218.

General Graf Rostiz an Bismarck.

Berlin, d. 9. Juni 1865.

Verehrte Excellenz

1865
9. 6. Die Ihnen gewidmete aufrichtige Theilnahme erhält auch mich in steter Besorgniß über das End-Resultat Ihres gegen Herrn Virchow gethanen Schrittes und entschuldigt meine Indiscretion, Sie um ein vertraulich Wort in dieser Sache zu bitten. Ich hoffe, Sie schlagen es nicht ab.

Mit wahrer Hochachtung

Graf v. Rostiz.

219.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Stralsund 9. Juni 1865.

1865
9. 6. Besten Dank für das Telegramm, verehrter Freund. Sie glauben nicht, in welcher Unruhe wir gestern den ganzen Tag über geblieben sind. Ueberm Diner blieben mir die Bissen im Munde stecken, bis endlich ein beruhigendes Telegramm von Moon und endlich Abends spät auch das Ihrige kam. Lassen

Sie es sich nicht verdrießen, mir noch einmal zu telegraphiren 1865
oder zu schreiben, wie die Sache sich definitiv geregelt hat. Ich 9. 6.
bin heute und morgen in Putbus. Gestern ging hier alles gut.
Nur der Gedanke an Sie beunruhigte Ihre Freunde.

Von ganzem Herzen der Ihrige

Eulenburg *).

220.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 18. 6. 65.

Im heutigen Morgenblatt der National-Zeitung lese ich, 1865
der Kronprinz sei gestern aus Pommern zurückgekehrt und habe 18. 6.
sich nach Potsdam begeben. Wissen Sie davon? Haben Sie
es etwa veranlaßt mit Bezug auf die morgen stattfindende
Conseil-Sitzung?

Falls Sie nichts davon wissen, werde ich das Factum
durch telegraphische Anfrage festzustellen suchen, was ich sonst,
um des damit verknüpften Aufhebens willen, vermeiden möchte.
Ich bin sehr unpaß. Guten Morgen!

Ihr

v. Roon.

221.

Bismarck an Kriegsminister v. Roon.

Telegraphisch erfahre ich eben, daß der Kronprinz in Pots- 1865
dam ist und bis morgen früh bleibt. Ich werde, wozu ich in 18. 6.
dem Telegramm die Aufforderung sehe, S. Königliche Hoheit

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Juni 1865 gab
Bismarck die von ihm geforderte Ehrenerklärung, Stenogr. Berichte 1865,
S. 2250—2253.

1865 um eine Audienz nach der Tafel bitten, zu der ich um 2 hinüber-
18. 6. fahre. Soll ich sagen, daß Sie ihn auch sehn möchten, oder
sind Sie zu unpaß? Jedenfalls wünsche ich von Herzen
Besserung.

Ihr

v. Bismarck.

222.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 18/6. 65.

1865 Ich würde es heute nicht unternehmen können nach Pots-
18. 6. dam zu fahren und dort die immerhin schwierige und auf-
regende Verhandlung zu führen.

Ihr

v. Roon.

223.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Erdmannsdorf 9. Juli 1865.

Lieber Bismarck!

1865 Der Ober-Präsident v. Senfft hat mir vor meiner Abreise
9. 7. von Berlin den Entwurf eines Schreibens an S. Majestät
gezeigt, worin er auseinandersetzt, wie wichtig es für die Zu-
kunft des Kronprinzen wie des Landes sei, wenn der Erstere
auch als Spitze der Civilverwaltung der Provinz, deren Statt-
halter er heißt, eingesetzt werde, mit Einem Worte, daß er
nicht bloß commandirender General, sondern auch Ober-
Präsident von Pommern werde. Damit ist die Bitte um
die eigene Verabschiedung Senffts verbunden, während die
Nothwendigkeit eines jungen thatkräftigen Ablatus an seiner
Stelle hervorgehoben wird. Senfft erklärte gleichzeitig, daß
er diesem Project natürlich eine weitere Folge nicht geben

werde, falls es Ihnen nicht passe; er habe mit Ihnen 1865
darüber reden, aber nicht correspondiren wollen und stelle 9. 7.
mir nun Alles weitere anheim, da Sie abgereiset. Er
fügte hinzu, daß er früher schon dem Kronprinzen davon ge-
sprochen und die Antwort erhalten habe, der Herr traue sich
die erforderlichen Eigenschaften nicht zu; die Frau Kronprinzess
habe dagegen ausgerufen: „Lieber heut als morgen.“ —

Natürlich habe ich den alten Projektmacher verpflichtet,
die Sache auf sich beruhen zu lassen, bis Sie sich darüber ge-
äußert. Ich war bisher zu abgespannt, um darüber zu schreiben;
jetzt mahnt mich Senfft, und ich überwinde meine Abspannung.
Senfft habe ich eröffnet, daß es zur Würdigung seines Pro-
jekts sehr wesentlich, wer der Ablatus sein solle; ich fragte,
an wen er dabei gedacht; er antwortete, an den verstorbenen
Werthern. Sie werden begreifen, daß ich Mühe hatte, ihm
nicht ins Gesicht zu lachen. — Ich will Ihnen nicht verhehlen,
daß ich die Pläne Senffts eigentlich nur für Simulation halte,
um zu erfahren, wie wir mit dem Kronprinzen stehen und welche
innere Politik wir zu machen denken; denn es liegt auf der
Hand, daß wir keinen Ober-Präsidenten einsetzen werden, der
nicht mit uns durch Dinn und Didd geht. Ich mußte bereits
durch Moritz*), daß Senfft allerlei bedenkliche Reden über Ver-
fassungs-Eid u. s. w. geführt, und die Nothwendigkeit ange-
deutet, sich vor solchen Eventualitäten zurückzuziehen, weil er
nicht die Verantwortlichkeit des Eindrucks auf sich laden wolle,
den es machen müsse, wenn selbst er, Senfft, bei gewissen Maaf-
regeln, die er nicht mitmachen könne, seinen Abschied fordere; dar-
um sei es besser, er gehe vorher. Seine Liebhaberei für krumme
Wege hat ihm nun eingegeben, jenes bereits vor Jahren ge-
faßte Projekt jetzt zu produziren, um durch unsere etwanige
Genehmigung desselben zu erfahren, daß wir nichts Gefährliches

*) v. Blandenburg.

1865 vorhaben. Ich habe ihm geschrieben, er müsse zunächst den
9. 7. Ablatus in petto nennen, den er neulich noch nicht gewußt.

Ueber das Projekt selbst zu sentiren, halte ich für überflüssig, da die Vortheile, Nachtheile und Schwierigkeiten der Ausführung auf der flachen Hand liegen. Ich hätte Sie überhaupt mit dem Schwindel nicht behelligt, wenn ich Senfft nicht gesagt, ich würde es Ihnen mittheilen. Also gelegentlich ein Wort darüber!

Ich bin am 5. hier eingetroffen und zwar wie S. Majestät Ihnen vielleicht mitgetheilt, nach Entgegennahme verschiedener Loyalitäts-Demonstrationen, die mir von Herrn von Elsner*) u. A. zubereitet waren. Hier, wo es sehr schön, wo Alles schön, außer meinem Zipperlein und Asthma, wird mir von den Loyalen viel vorgeklagt über den schlechten Einfluß der benachbarten Seehandlungs-Fabrik, welche zu besichtigen ich Bodelschwingh versprechen mußte.

Wie geht es Ihnen? Man sagte mir in Berlin, Sie hätten ein rheumatisches Bein? ich komme an manchen Tagen nicht von der Stelle.

In herzlichster Ergebenheit und vollkommener Resignation

Ihr
v. Roon.

224.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Carlsbad den 15 Juli 1865.

Durchlauchtigster Kronprinz
Gnädigster Herr

1865 aus dem anliegenden Auszuge wollen Eure Königliche Hoheit
15. 7. den wesentlichen Inhalt derjenigen Eröffnungen gnädigst ersehen,

*) Johann Gottfried Elsner, ein hervorragender schlesischer Landwirth.

welche Seine Majestät der König befohlen haben, theils am 1865
11 d. M. *) theils am gestrigen Tage an das Wiener Cabinet 15. 7.
zu richten. Die Kürze der Zeit und das Mißverhältniß der
hiesigen Arbeitskräfte zu den laufenden Geschäften machen es
unmöglich, dem Courier eine vollständigere Darstellung des
umfangreichen Schriftwechsels mitzugeben, welcher in den letzten
Tagen zwischen hier und Wien stattgefunden hat. Die Anlage
enthält aber die Darstellung der daraus hervorgegangenen
Situation. Um auf alle Eventualitäten, welche aus derselben
sich entwickeln können, vorbereitet zu sein, wollen des Königs
Majestät die Beschaffung der für eine etwaige Mobilmachung
nöthigen Geldmittel, ohne Contrahirung einer Anleihe, anordnen
und zugleich solche Verbesserungen der militärischen Ausrüstung,
welche ohnehin in Aussicht standen, mit möglichster Be-
schleunigung ins Werk setzen lassen. Um in dieser Beziehung
die nöthigen Beschlüsse zu fassen, wird in Regensburg am
21 d. M. eine Conseil-Sitzung abgehalten werden, zu welcher
ich die Minister auf allerhöchsten Befehl heut einlade. Seine
Majestät waren zwar der Meinung, daß die Entfernung Eurer
Königlichen Hoheit die Betheiligung nicht gestatten werde; ich
glaube indessen, Höchst dieselben, so schnell als es in Ermange-
lung eines telegraphischen Chiffres möglich ist, von der Sachlage
in Kenntniß setzen zu sollen. Sollten Eure Königliche Hoheit
nicht nach Regensburg kommen, so bitte ich unterthänigst, nach
dem Conseil und nach einer Unterredung, welche ich am Tage
darauf mit Baron von der Pfordten haben soll, weiteren Bericht
erstatten zu dürfen. Zugleich erlaube ich mir die ehrerbietige
Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit nicht befehlen, daß Höchst-
denselben aus dem auswärtigen Ministerium ein Chiffre behufs
sicherer telegraphischer Correspondenz übersandt werde. Die
Benutzung desselben wird einem der Adjutanten Eurer König-

*) Vgl. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs IV, 149.

1865 lichen Hoheit gewiß bekannt sein, und ist auch ohne besondere
15. 7. Anleitung nicht schwierig. Ich stelle unterthänigst anheim, Höchst-
dero Befehle in dieser Beziehung direct an Herrn v. Thile
gelangen zu lassen.

Im politischen, wie besonders im finanziellen Interesse,
um das Sinken der Course der vom Staate zu verwerthenden
Effecten zu verhüten, erlaube ich mir die Nothwendigkeit der
sorgfältigsten Geheimhaltung der Situation und der zu fassen-
den Entschließung ehrfurchtsvoll hervorzuheben.

In Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthäniger Diener

v. Bismarck.

225.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Telegramm.

Erdmannsdorf, den 15. Juli 1865, 6 Uhr 40 Min. Vorm.

Ankunft 8 Uhr 40 Min. Vorm.

1865 Meine Kur muß die Reise gestatten; ich werde am 19^{ten}
15. 7. oder 20^{ten} in Regensburg eintreffen.

v. Roon.

226.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 14/12. 65.

1865 Ich war heut $\frac{1}{2}$ 1 an Ihrer Thür, nicht aber an Ihrem
14. 12. Bette, um Sie zu bitten, — vielleicht überflüssigerweise —
zum Freitag Abend und Sonnabend keine Staats-Ministerial-
Sitzung anzusetzen, bei welcher meine Gegenwart etwa erwünscht
wäre, weil ich auf 36 Stunden verreisen will.

Hoffentlich haben Sie so gut als lange geschlafen? — 1865
Se. Majestät scheinen geneigt, 2 Infanterie-Regimenter aus 14. 12.
Schleswig zurückzuziehen.

Ihr

v. Roon.

227.

Marquis Wielopolski an Bismarck.

Monsieur le Comte,

Depuis qu'il m'a été donné de faire la connaissance de 1866
Votre Excellence, je n'ai cessé de suivre avec un constant et 8. 5.
sympathique intérêt les phases de votre noble et courageuse
carrière.

La nouvelle de l'attentat*) commis contre votre personne
m'a vivement ému: je m'empresse de témoigner à Votre
Excellence toute ma joie de la conservation de vos jours et
de vous en féliciter sincèrement.

Avec tant d'autres je forme des vœux ardents pour que,
Dieu aidant, votre grande oeuvre s'accomplisse, afin de devenir
un abri de la vraie civilisation et un rempart de l'ordre social,
que des menées anarchiques, pratiquées de côtés opposés tantôt
dans les bas fonds de la société, tantôt à son sommet au nom
d'un pouvoir aveuglé, font aujourd'hui chanceler sur ses bases.

Recevez, Monsieur le Comte, l'assurance de mon véritable
et profond respect.

Dresde ce 8 Mai**) 1866.

(Ostra-Allée 11.)

Le Marquis Wielopolski.

*) Som 7. Mai (Blinb).

**) Orig.: Avril.

228.

Hofmarschall A. zu Eulenburg an Bismarck.

Adjutantur
Sr. Königlichen Hoheit
des Kronprinzen.

Neues Palais bei Potsdam,
den 24. Mai 66.

Hochgeborner Herr Graf!

1866
24. 5. Euer Excellenz soll ich Seiner Königlichen Hoheit des
Kronprinzen Bedauern darüber aussprechen, daß Höchstderselbe
Sie und Ihre Frau Gemahlin heute gar nicht begrüßt hat.
Seine Königliche Hoheit sandte mich noch ab, um Euer Excellenz
zu suchen, doch fuhr Ihr Wagen eben aus dem Palais.

In größter Hochachtung und Verehrung
Euer Excellenz

gehorsamster

A. Eulenburg.

229.

Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck.

Hochgeborner Herr Graf.

1866
11. 6. Die Depesche vom 4^{ten} d., die mir als eine vertrauliche an
Herrn von Savigny mitgetheilt wurde, lese ich jetzt veröffent-
licht und finde zwei Momente darin, die muthmaßlich zu Re-
clamationen Veranlassung geben werden. Einmal heißt es:
„von einer unpartheiischen Seite in Wien entgegennahm“ zc.*).

*) In der Depesche vom 4. Juni (Staatsarchiv XI, No. 2800
S. 72 ff., Fahn, Fürst Bismarck I, 431 ff.) heißt es: „Ich kann Eurer
Excellenz . . . vertraulich mittheilen, daß zu derselben Zeit, als wir die
oben erwähnte persönliche Mittheilung dem Hofe zu Wien machten, der
König . . . bereitwillig einen Vorschlag zur directen Verständigung von
einer unpartheiischen Seite in Wien entgegennahm und Sr. Majestät

Dieser Satz könnte so verstanden werden, als ob ich mich als ein von Wien Beauftragter gerirt hätte. 1866
11. 6.

Das ist nun eben nicht der Fall gewesen und ich bitte dies eintretenden Falls aufzuklären. —

Sodann möchte ich fragen, ob, wenn von Ew. Excellenz die authentische Quelle zu nennen verlangt wird, ich genannt werde? ich muß allerdings vertreten, was ich auch vertraulich sagte, ich muß es aber auf mich nehmen und darf Niemand compromittiren, deßhalb wünschte ich es zu wissen, wie Ew. Excellenz derartige Anfragen beantworten werden. —

Ehrerbietungsvoll

Ew. Excellenz

ganz ergebenster

Berlin

Freiherr v. Gablenz.

den 11^{ten} Juni 1866.

230.

Professor Gelzer an Bismarck.

Er. Excellenz

dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten

Grafen von Bismarck!

Excellenz!

Ew. Excellenz wissen, wie ich voraussehe, daß ein rein 1866
confidentieller Auftrag an Se. Majestät den König mich hieher 13. 6.
führte. Am Schlusse der Audienz gab Se. Majestät mir an-

dem Kaiser von Oesterreich, ohne Betheiligung des Ministeriums mittheilte, um sich zu vergewissern, ob Se. Majestät noch von dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, angetrieben werde. Der Vorschlag war, die Fragen über Schleswig-Holstein und die Bundesreform gemeinschaftlich zu verhandeln und durch diese Verbindung die Lösung beider zu erleichtern."

1866 heim, ob ich über den Gegenstand meiner Mission mich ver-
13. 6. traulich aussprechen wolle.

Anfangs hielt mich die Erwägung davon zurück, daß Ew. Excellenz inmitten der ungeheuren Spannung dieser Tage schwerlich eine Viertelstunde finden könnten zu einem ruhigen Gespräche, wie es allein mit der Natur meines Auftrages verträglich wäre.

Die vergleichsweise gegen heute idyllischen Tage unserer Neuenburger Conferenzen (Januar bis April 1857) haben nun einer ganz anderen Temperatur der Weltlage den Platz geräumt.

Dennoch glaubte ich schließlich es nicht unterlassen zu dürfen, wenigstens bei Ew. Excellenz anzufragen, ob Sie mich sehen wollen?

In schuldiger Ehrerbietung Ew. Excellenz Entscheidung entgegend — achtungsvoll

Dr. H. Gelzer

o. Professor der Geschichte an der Universität Berlin —
zur Zeit in Basel.

Berlin, 13. Juni 1866

Hôtel de Rome 24.

231.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando
der 1. Armee.

H. N. Görlitz d. 15. Juni 1866.
Morgens 10 Uhr.

Eure Excellenz

1866 ich weiß bis zur Stunde nicht, welche Entschlüsse die Regierung
15. 6. gefaßt hat, namentlich ob am 16^{ten} der Einmarsch in Sachsen nach erfolgter Kriegserklärung zu erfolgen hat. Ohne Zweifel werden mir heute noch die betreffenden Befehle und Mittheilungen zugehen.

Ebenso weiß ich nicht, ob wir auch an Baiern den Krieg 1866
erklären werden. In Bezug auf diesen Punkt richte ich an Sie 15. 6.
diese Zeilen, die möglicher Weise übrig sind, wenn Sie schon
das, was ich sagen werde, selbst gedacht haben.

Im Falle wir an Baiern den Krieg erklären, halte ich es
vom militärischen Standpunkte für wünschenswerth, daß wir
Italien, das eine bedeutende Uebersahl gegen Oestreich disponibel
hat, dazu bewegen, eine möglichst starke Diverfion nach dem
bairischen Tyrol und nach Baiern überhaupt zu machen.

Eurer Excellenz

sehr ergebener Diener

Friedrich Karl.

232.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando H. Du. Görlitz d. 17. Juni 1866.
der 1. Armee. Mittags.

Mein sehr geschätzter Herr Graf!

Heute früh erhielt ich Ihren Brief von gestern*), und gestern 1866
Nachmittag und Abend 2 Telegramme. 17. 6.

Die Bevölkerung in Sachsen war sehr erstaunt über unser
Einrücken, aber nichts weniger als feindlich. Sie war im
höchsten Grade bereitwillig, wenn es sich um Einquartirung
und um Requisitionen zum Wohle der Truppen handelte.

Es sind keine Befehle da, etwa Contributionen einzutreiben,
was der Feind in unserm Lande jedenfalls thäte. Ich habe
nur einige Platten mit Beschlag belegen lassen.

Morgen wird der General Graf Bismarck (Ihr Vetter)
mit dem Blücherschen Husaren- und 1. Pommer'schen Ulanen

*) Concept nicht vorhanden.

1866 Regiment No. 4 auf 3 Tage einen Streifzug über Saugen
17. 6. gegen Dresden unternehmen, um falsche Nachrichten auszu-
sprengen, Kassen zu nehmen, meine frieden- und liebe-athmende
Proklamation an die Sachsen überall anzuhängen und um die
Preußen überall zu zeigen.

Heute ist General Dose mit 3 Batt. 1 Esc. 1 Batterie
nach Saugen gerückt. Ich habe noch nicht Nachricht von ihm.

Die Eisenbahn nach Löbau, resp. Saugen kann bis morgen
hergestellt sein.

Von den Oestreichern weiß ich nichts, als über Berlin.

Ich bin noch ohne Auftrag von Sr. Majestät, concentriere
mich aber immer mehr um Görlitz, so daß ich von übermorgen
ab gleichmäßig für jeden mir etwa werdenden Auftrag bereit-
stehe. Witterung für Marsch günstig.

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mir in der Person
des Herrn von Radowicz einen diplomatischen Beistand
schicken wollten. Er hält sich jetzt in Paris für abkömmlich
und wünscht diese oder eine militairische Verwendung bei mir¹⁾.
Auch letztere könnte ihm werden, weshalb ich nochmals recht
dringend um ihn bitte.

Ich wünsche, wir würden schnell mit Hannover und Aur-
heffen fertig. Von Coblen und Baier wissen wir hier nichts und
von Manteuffel nur, daß er über Hamburg ins Hannoversche
engerückt.

Ihr
sehr ergebener Freund
und Diener

Friedrich Karl.

Ich bin der Meinung, daß ein großer Theil Baiern vor
14 Tagen uns gegenübersteht, wahrscheinlich südlich des Erz-
gebirges, wenn Herwarth energisch ist.

Randbemerkung Bismarcks:

¹⁾ Ja.

233.

Fürst Heinrich LXVII. Reuß an Bismarck.

Eure Excellenz

entschuldigen gütigst, wenn ich (in)*) der bedrängten, bösen Zeit 1866
Sie mit einigen Worten belästige. 21. 6.

Ich als alter Preuße und treuer Anhänger des Königlichen Hauses möchte mir doch die Frage erlauben: Eure Excellenz werden mir und meinem Lande nichts feindliches an-
thun wollen? was ich von meinem gnädigen Gönner, Sr. Maje-
stät dem Könige, wohl überzeugt bin. Daß ich bey dem Bundes-
tag nicht gegen Preußen gestimmt habe, wird Eurer Excellenz
bekannt seyn. Daß ich auf Befehl der damals noch bestehenden
Militärcommission nach Rastatt geschickt habe, war wohl in der
Ordnung, da ich immer gern diesen Anordnungen Folge ge-
leistet habe. Ich bitte und erwarte daher, daß nichts feindliches
gegen mich und mein Land unternommen d. h. (dieses**) mit
Einquartierung u. s. w. gestraft werde und mein Bataillon
ruhig in Rastatt verbleiben kann.

Mit vollkommenster Hochachtung

Eurer Excellenz

Gera, 21. Juni
1866.

ganz ergebenster
Heinrich LXVII. Fürst Reuß j. L.

234.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Steringsdorf 9. Aug. 1866.

Sie haben mir höchst merkwürdige Rundgebungen napo- 1866
leonistischer Gungers zukommen lassen. Indem ich bestens für 9. 8.

*) Fehlt im Orig.

**) Ergänzung des Herausgebers.

1866 die Anlagen danke, gestehe ich, daß ich solche unerhörte Forderungen unter den heutigen Umständen nicht für möglich gehalten hätte. Entweder denkt Napoleon nicht ernstlich an die Erreichbarkeit, oder er hat seiner Zeit nicht an Geld das gesagt, was er wirklich zu thun oder zu unterlassen gedächte.

9. 8.

Sollte Napoleon auf seinem Rhein-Ufer-Gelüst beharren, so haben wir allen Grund ihm dankbar zu sein, daß er uns so rasch zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands unter ein Oberhaupt verholfen hat. Denn wenn auch mit Widerstreben, so werden dann die Deutschen sicherlich nicht anders können als sich dem Norddeutschen Bund anzuschließen.

Die angedeutete Statthalter-Stellung billige ich im Prinzip. Nur gebe ich zu bedenken, ob gerade der Anfang mit Hannover und nicht besser mit Cassel zu machen wäre. Im Ersteren herrscht Haß und Feindschaft, im Letzteren sind diese Abneigungsgesinnungen weniger craft vorhanden. Man könnte vielleicht die Statthalterchaft für Hessen und Hannover einsetzen, ohne den Wohnort bestimmt vorzuschreiben, ein Alternat ankündigend. Zu früh dürfte unter allen Umständen wohl jene Thätigkeit nicht ins Leben treten, auch meine Thätigkeit zuvor genau präcisirt sein.

Sonntag den 12. treffe ich mit den Meinigen Mittags ein, und je nach dem, was ich vorfinden werde, gehe ich entweder die Nacht nach Erdmannsdorf weiter, um bald wiederzukommen oder aber ich bleibe gleich in Berlin und gehe dann ab und zu an „Ruhetagen“ nach Schlesien.

Einer Andeutung Ihrerseits sehe ich am Sonntag entgegen.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm. Rß.

235.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

7 Uhr Abds.

12/8. 66.

Die Kronprinzessin würde sich freuen, Sie heute noch 1866
sprechen zu können, da sie Nachts 11 Uhr nach Schlesien weiter 12. 8.
reist. Wenn nun Ihr Zustand Ihnen gestattet, um 8 Uhr zu
mir zu kommen, so erwarte ich Sie in meinem Palais; fühlen
Sie sich jedoch zu angegriffen, so komme ich zu Ihnen.

Mündliche*) Antwort erbeten!

Friedrich Wilhelm Kz.

236.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

18/2. 67.

Der König theilte mir heute durch Billel mit, daß er 1867
morgen nach Dresden reise, mich fragend, ob ich Lust hätte, 18. 2.
ihn zu begleiten. Lust empfand ich allerdings nicht, glaube aber
Recht zu thun, S. Majestät zu begleiten, zumal man in Sachsen
zur Genüge weiß, wie ich über die Verträge denke, und ich
keinen Groll nachtragen will, wo abgeschlossene Thatfachen
vorliegen.

Da die Reichstags-Eröffnung herannah, auch wohl nächster
Tage die Commissare ernannt werden, möchte ich Sie dringend
auf den Minister v. Wagdorf**) als einen erziehlich***) empfeh-
lenswerthen Candidaten für jene Functionen hinweisen. Ich

*) Zweimal unterstrichen.

**) Großherzogl. sächsischer Staatsminister.

***) d. h. für die nationale Erziehung der Minister anderer Staaten.

1867 nehme nämlich an, daß auch etliche Nicht-Preußen als Commissare
18. 2. fungiren werden, und müßte unter den Ministern des Nord-
deutschen Bundes kaum einen zweiten zu finden, dem 25jährige
Erfahrung, Achtung und großes allseitiges Vertrauen so zur
Seite stünden wie Wagdorf, über den Sie mit mir kürzlich
noch mit lobenden anerkennenden Worten in Folge seines Ver-
haltens in Berlin gesprochen haben.

Ferner möchte ich Sie noch darauf aufmerksam gemacht
haben, daß es des Eindrucks wegen gewiß gut wäre, wenn
bei der Eröffnung aller Pomp entfaltet werde wie 1847 bei
Eröffnung des 1^{ten} vereinigten Landtags und 1861 nach meines
Vaters Thronbesteigung bei der Eidesleistung, wo S. Majestät
sich die Reichsinsignien vortragen ließ. Endlich, ob nicht gleich
am Montag ein großes Diner im weißen Saal für sämt-
liche Reichstagsabgeordnete die „Leute“ gut stimmen würde.

Ihr

Friedrich Wilhelm K^{önig}.

237.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 21. Februar 1867.

1867 Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet für die mir über-
21. 2. sandte Denkschrift über die in unserer Besprechung vom
31. Januar cr. berührten Gegenstände*), und habe mich über
die derselben zu Grunde gelegten Anschauungen aufrichtig
gefreut. Denn ich stimme ganz damit überein, daß die Bil-
dung eines großen, auch Süddeutschland umfassenden Gemein-
wesens der Zielpunkt und Leitstern unserer Politik sei, so daß
diesem Gesichtspunkt Alles, also auch die Behandlung der
Sächsischen Frage untergeordnet werden muß.

*) Concept nicht vorhanden.

Ich finde auch in der Denkschrift zu meiner Befriedigung einen großen Theil dessen wieder, was Sie mir damals mündlich sagten, obgleich Sie meiner Erinnerung nach in jener Unterredung die Nothwendigkeit der nationalen Einheit und den bloß provisorischen Charakter des Norddeutschen Bundes u. s. w. stärker und entschiedener betonten, als in der Denkschrift geschieht. 1867 21. 2.

Da mir über den Abschluß der militairischen Convention mit Sachsen nichts Zuverlässiges bekannt geworden ist, außer dem, was ich in sächsischen Zeitungen gefunden habe, so vermag ich auch nicht mich über denselben zu äußern. Ich kann nur wünschen, daß Preußen ein gewichtiges Recht vorbehalten geblieben ist, um seinen Einfluß auf die königlich sächsischen Truppen zu allen Zeiten geltend zu machen, so daß im Großen und Ganzen der König von Preußen jenen Truppenkörper gleich den preussischen Armee-Corps in der Hand haben wird.

Es ist unmöglich zu verkennen, daß die Gefahr für unsere Politik in der Mißgunst und dem Ehrgeiz Frankreichs liegt. Dieser Gefahr müssen wir muthig ins Auge blicken, aber sie ist zu groß, als daß wir sie provociren dürften. In dieser Beziehung ist mir beruhigend, daß Sie mir am 31ten Januar Ihren entschiedenen Wunsch äußerten, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden.

Lassen Sie mich nur noch die Hoffnung ausdrücken, daß es Ihnen gelingen möge, jene Grundsätze nationaler Politik in der Behandlung unseres Verhältnisses zu Süddeutschland und zu den ihrer Souverainetät müden kleinen Fürsten erfolgreich zur Anwendung zu bringen — nicht minder in der Lenkung des bevorstehenden Reichstags, welche gewiß viel Geduld und vielleicht mitunter, um mich der Worte Ihrer Denkschrift zu bedienen, den Verzicht auf die Befriedigung natürlicher Regungen der Empfindlichkeit von unserer Seite in Anspruch nehmen wird.

Im Hinblick auf den Reichstag beklage ich, daß Sie es

1867 für nothwendig gehalten haben, sich gegen das Gesetz zum
21. 2. Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstags-Verhandlungen zu erklären. Im Uebrigen aber sehe ich mit tiefer Bewegung dem bevorstehenden Tage der Eröffnung entgegen, mit der sicheren Zuversicht, daß aus den Berathungen dieses Reichstags ein fester Ausgangs-Punkt für die Geschicke unseres großen Vaterlandes entstehen muß!

Friedrich Wilhelm Kß.

238.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 13/5. 67.

1867 Ihnen bestens für Ihren Brief von Sonnabend *) dankend,
13. 5. bemerkte ich, daß der König sich gestern, Sonntag, gegen eine unmittelbar bevorstehende Reise der Kronprinzessin äußerte, indem dieß eine Art von empressement sein würde, die wir Napoleon nicht zu Liebe thun sollten.

Nun ist aber so lange schon die Rede von dem Besuch den wir Beide machen sollten, daß meiner Meinung nach das Zurückbleiben der Kronprinzessin gegenwärtig sehr auffällig wäre. Ferner wünschen wir mit dem 31. Mai den Aufenthalt in Paris zu beendigen, damit wir nicht mit den Russen zusammentreffen. Endlich war immer die Rede von einer nochmaligen Reise meiner Person zur Preisvertheilung im Juli, bei welcher Gelegenheit aber die Kronprinzessin nicht mitkommen kann, weil ihr ernstlich eine Seebadcur verordnet ist.

Diese Gesichtspunkte wollte ich Ihnen noch mitgetheilt haben, weil S. Majestät heute mit Ihnen Rücksprache nehmen wollte.

Ihr

Friedrich Wilhelm Kß.

*) Concept nicht vorhanden.

239.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg, d. 28. Mai 67.

Verehrtester Chef,

In meinen offiziellen Berichten habe ich nicht erwähnt, mit welcher regem Interesse die Großfürstin Helene der letzten politischen Phase gefolgt ist und wie sie es sich hat angelegen sein lassen, ihren Einfluß in der ihr eigenen Weise zu unseren Gunsten anzuwenden. 1867 28. 5.

Sie machte sich von Anfang an keine Illusionen über die wenig freundlichen Absichten des französischen Cabinets und traut dem Frieden auch heute noch nicht sonderlich. Die Idee der Reise des Kaisers*) hat sie nie gut geheißsen und ließ sie nur gelten, wenn die beiden Herren gleichzeitig reisen würden. Sie war außer sich, als die Reise des Königs compromittirt schien, und ich glaube, daß sie den Kaiser darin bestärkt hat, so entschieden auf die gleichzeitige Anwesenheit unseres Allergnädigsten Herrn zu bestehen, wie er es, wohl auch aus eigenem Antriebe gethan hat. Daher war sie auch heute sehr erfreut, als ich ihr erzählen konnte, daß sich der König entschlossen hätte, am 5. in Paris zu sein.

Ich komme nicht auf die vielen Wandlungen zurück, welche Fürst Gortschakow in dieser ganzen Zeit durchgemacht hat; ich glaube, ich habe sie in meinen Berichten getreu wiedergegeben. Jedenfalls glaube ich, daß er es jetzt zuletzt ganz aufrichtig wünschte, daß der Kaiser nicht ohne unseren König in Paris erschiene. Es war ihm wirklich bange vor einem Erkalten unserer Beziehungen, und diese Eventualität befürchtete er sehr für seine orientalische Politik, besonders da alle andern an-

*) Nach Paris zur Weltausstellung.

1867 fingen, ihm den Rücken zu drehen: auch Italien, dem er tau-
28. 5. send Coquetterien gemacht hatte.

Trepoff*) theilte mir ein Raisonnement des großen Publi-
kums mit, welches ich auch selbst oft über die Reise gehört
habe und Ihnen doch nicht vorenthalten will. Man ist all-
gemein gegen die Reise des Kaisers. Da der König von Preußen
aber mit dem Kaiser gehen will und Graf Bismarck dies dem
König gerathen haben wird, so muß es nichts Dummes sein;
also mag der Kaiser reisen.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ihr sehr ergebener

H. VII. Pz. Neuß.

240.

Heinrich VII. Prinz Neuß an Bismarck.

St. Petersburg den 7. Juni 67.

Verehrtester Chef,

1867 Fürst Gortschakow trägt mir auf, Ihnen seine Theilnahme
7. 6. an Ihrem erneuten Unwohlsein auszusprechen. Er läßt Ihnen
sagen, Sie möchten sich nicht zu viel über die Kammer ärgern;
er behauptet, es sei ein viel besserer Stand für einen Minister,
wenn er auf die gegen ihn und seine Politik gerichteten An-
griffe öffentlich antworten könnte, als wenn er, wie ihm dies
fortwährend passirte, sich im Dunkeln angegriffen fühlte, ohne
sich wirksam vertheidigen zu können. Was unsere Finanz-Lage
anbetrifft, so meint er, es sei gewiß sehr weise, nicht vom
Capital leben zu wollen, bei unseren geordneten Zuständen und
bei unseren Reserven würde er sich, wenn er Preussischer
Minister wäre, die Sache nicht so zu Herzen nehmen.

*) Polizeidirector von Petersburg.

Der Fürst gedenkt Anfangs Juli neuen Styles, auf Urlaub zu gehen und wahrscheinlich in Baden Homburger Wasser zu brauchen; dann will er einige Wochen ausruhen und zum Schluß eine Trauben-Kur vielleicht am Comer See brauchen. Anfangs October würde er dann wieder hier eintreffen. 1867 7. 6.

Man spricht hier von der Ernennung des Grafen Schotek zum österreichischen Gesandten, doch verlautet noch nichts, wen man nach Wien schicken dürfte. Schumalow meint, Gortschakow habe den jetzt im Auslande weilenden Minister Waloujeff für einen diplomatischen Posten ausersehen, weil er dessen Einfluß hier fürchte und in ihm einen Rivalen erblicke. Schumalow möchte Waloujeff gern an die Stelle des alten Paul Gagarin als président du conseil haben. Der Herr hat aber trotz seiner 81 Jahre einen so guten Magen, daß an seinen Abgang oder an sein Ende nicht zu denken ist.

Mit den besten Wünschen für Ihre baldige Wiederherstellung bin ich in aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. R. Reuß.

241.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 7. July 1867.

Verehrter Chef,

Em. Excellenz Auftrage gemäß habe ich unterm 3. d. M. Savigny benachrichtigt, daß seine Ernennung zum Bundes-vicekanzler beabsichtigt werde, und ihm dabei die geschäftlichen und sonstigen Attributionen dieser Stelle genau nach Ihren Worten veranschaulicht, namentlich hervorgehoben, 1867 7. 7.

daß er die regelmäßigen Geschäfte des Präsidiums erhalten würde und Em. Excellenz nur die Contra-

1867
7. 7.

signatur behielten, die niemand als der Minister-Präsident in den Ressorts der betr. Preussischen Minister üben könne.

So eben bringt mir der nach Carlsbad entsandte Kanzlei-diener die anliegende Antwort Savignys 8 Quartseiten lang. Ob in diesem ausführlichen Erguß ein bestimmtes Ja oder Nein auf die ihm gemachte Offerte zu finden sey, wollen Sie geneigtest selbst prüfen. Jedenfalls ist Ihr Wunsch des „sans phrase“ nur unvollkommen erfüllt worden.

Getreulichst

Ihr

gehorsamster

Thile.

242.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin 17. July 1867.

Verehrter Chef,

1867
17. 7. Savigny ist gestern endlich eingetroffen und hat Ihren Brief entgegengenommen. Er war gestern Abend bei mir und sprach sich sehr verstimmt, aber gewissermaßen gehalten und feierlich aus. Den Gedanken der Vice-Kanzlerschaft weist er auf das entschiedenste von sich und wird Ihnen in diesem Sinne bald schreiben. Später gedenkt er sich zum Könige nach Ems zu begeben und noch später in Wiesbaden sich niederzulassen. Doch sind dies wohl nur vorläufige Gedanken. Die Unterredung mit ihm war mir natürlich peinlich.

Mit den besten Wünschen für Ew. Excellenz ländliche Erholung

Ihr

getreu ergebener

Thile.

243.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 1. August 1867.

So oft ich die Lage unseres Staates für ernst gehalten habe, bin ich zu Ihnen gekommen, um Ihnen meine Ansichten auseinanderzusetzen und die Ihrigen zu hören. Die gegenwärtigen Verhältnisse halte ich für recht gespannt und richte deshalb diese Zeilen an Sie mit der Bitte, mir eine Erwiedering zukommen zu lassen. 1867 1. 8.

Nach allem was ich lese und höre, wird es mir immer klarer, daß wir das Vertrauen der nationalen Partei verlieren, daß dies namentlich in den einverleibten Ländern der Fall ist und daß Süddeutschland weniger wie je Sympathien für uns hegen kann. Wir verlieren unser Ansehen, zu dem uns die Siege von 1866 verholfen hatten, und leisten den Intriguen die uns umgeben und ebenso in Frankreich wie in Oesterreich und auch in Dänemark gesponnen werden, willkommenen Vorschub.

Im Innern des Landes wächst die Unzufriedenheit über die Maßregeln Ihrer Collegen Eulenburg und Lippe, wozu namentlich die Verfolgung von Leuten wie Twesten und Laster beiträgt. Was jenen Beiden während der Reichstags-Sitzungen zu verdanken ist, wissen Sie ebenso genau wie ich, und kann ich nicht verstehen, was es uns nützen soll, derartige Personen zu maßregeln und zu verletzen.

In Hannover kommt zu der ohnehin erbitterten Stimmung neue Gereiztheit über Justiz-Maßregeln, wie auch darüber, daß die Königin vor ihrer Abreise persönlich getränkt worden sein soll.

In Hessen ist die Behandlung der Frage des Staats-Schatzes, der Ersatz älterer Beamten durch junge Landräthe Gegenstand vielfacher lauter Klagen.

1867
1. 8.

In Frankfurt beklagt man sich über fortgesetzten Mangel an Rücksicht und über finanzielle Bedrückung der Stadt.

Wie viel an diesen Vorwürfen Wahres, wieviel Uebertreibung sein mag, bin ich nicht im Stande gründlich zu erörtern. Läugnen läßt sich aber nicht, daß in den Kreisen, die uns zugehan waren, und bei denen wir Stützen gefunden hatten, ein entfremdender Umschwung eingetreten ist, ja man hört vielfach sagen, daß es unerklärlich sei, warum nicht die neuen Landestheile sofort incorporirt wurden, statt eine einjährige königliche Dictatur über sie zu verhängen, die jetzt in Willkür ausartet und einschneidende Maßregeln aller Art vollzieht, welche den schlechtesten Eindruck machen.

Wie unzufrieden die Stimmung in Schleswig-Holstein bleibt, ist Ihnen ebenso bekannt wie auch der sich so häufig wiederholende Vorwurf, „daß es Preußen an organisatorischem Talente mangle“. Endlich hört man vielfach sagen, daß die Anerkennung berechtigter Eigenthümlichkeiten, die man mit schonender Hand kundgeben wollte, zur leeren Phrase geworden sei, da nach kaum einem Jahre die Behandlung durchaus fehlerhaft betrieben werde, so daß Preußen sich völlig discreditire.

Was den Gang der Politik nach Außen betrifft, so sind Sie besser unterrichtet als ich. Die französische Regierung mag die Absicht gehabt haben, die Depesche über Nord-Schleswig abzuschwächen, ihren beunruhigenden Effect hat besagtes Actenstück wenigstens nicht verfehlt, und ich komme auf mein altes Thema zurück, warum haben wir nicht den Gränzstrich gezogen?

Um noch einmal auf Ihre Collegen zurückzukommen, muß es Ihnen doch immerlich sein, daß Sie seit dem Juli vorigen Jahres die Minister des Innern und der Justiz als schädlich und unfähig bezeichneten.

Mehr als je ist jetzt das Unheil, welches durch genannte Minister gestiftet ward, zu Tage getreten, nachdem selbst das Herrenhaus einsehen mußte, daß sich nichts zur Vertheidigung

Vippeß mehr sagen ließ. Kann denn noch irgend etwas mit 1867
solchen Ministern zum Heil des engeren wie des weiteren 1. 8.
Vaterlandes unternommen werden, zumal es jetzt mehr wie je
darauf ankommt, daß wir Friede im Innern haben, um gegen
einen Angriff von Außen so stark zu sein als möglich, und wir
Ansehen und Vertrauen wieder gewinnen müssen.

Dringend lege ich Ihnen diese gewichtigen Fragen ans
Herz in der Ueberzeugung, daß, wenn es Ihr Wille ist,
Sie eine Lösung für dieselben finden werden, und indem ich
gern bereit bin, Ihnen meine Hülfe anzubieten, wenn Sie
glauben derselben zu bedürfen, bin ich

Ihr
ergebener
Friedrich Wilhelm Kß.

244.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 2/8. 67.

Mein Brief von gestern war kaum abgegangen, als ich 1867
einen Aufsatz von dritter Hand zugesandt erhielt, der von einem 2. 8.
eingebornen Hannoveraner verfaßt ist. Die klare Darlegung
der augenblicklichen Verhältnisse wie auch der Mittel, durch
welche den Mißständen abgeholfen werden könnte, trägt den
Stempel der Wahrheit an sich und giebt auch Zeugniß von
den preußischen Gesinnungen eines neuen Unterthanen. Aus
den angeführten Gründen will ich nicht säumen, Ihnen Ab-
schrift gedachten Aufsatzes*) zukommen zu lassen, den Sie nach
Belieben Sr. Majestät mittheilen könnten.

Ihr
Friedrich Wilhelm Kß.

P.S. Der Verfasser ahnt nicht, daß ich den Aufsatz besitze.

*) Nicht vorhanden.

245.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misbroy 7/8. 67.

1867 Seit Absendung meiner letzten 2 Briefe habe ich abermals
7. 8. mehrere Mittheilungen erhalten, die ich Ihnen nicht vorenthalten
kann.

Zunächst muß ich Ihnen meine Freude aussprechen über den günstigen Verlauf, den, wie es mir scheinen will, die Verhandlungen mit den hannoverschen Vertrauensmännern genommen haben. Man hatte wenig Erfolg beim Eintreffen in Berlin erwartet und ist dagegen voll Vertrauen auf die Einsicht und den guten Willen der Regierung von dort geschieden.

Der gute Verlauf, welchen die Verhandlungen nun genommen haben, sollte von selbst dazu führen, in ähnlicher Weise mit den Bewohnern der übrigen neu erworbenen Landestheile eine Verständigung anzubahnen. Je mehr die Stimmung derselben durch die letzten Maßregeln der Regierung, vornehmlich auf dem Gebiet der Justiz und der Finanzen erregt und verbittert ist, um desto mehr sollte man eilen, entgegenkommende Schritte zu thun.

So geschieht die Regierung in der Auswahl der hannoverschen Vertrauensmänner verfahren ist, so würde sich in der Provinz Hessen dennoch ein anderer Modus empfehlen. Das hessische Volk hängt mit der ihm eigenen Zähigkeit und Treue an der Verfassung des Jahres 1831, und es würde klug und geschickt sein, bei den einzuleitenden Verhandlungen an diese Verfassung und ihre Bestimmungen anzuknüpfen.

In Hessen besteht bekanntlich ein sogenannter ständiger Ausschuß des Landtags aus fünf Personen bestehend, die somit recht eigentlich eine Vertrauensstellung im hervorragenden Sinne des Wortes einnehmen. Wenn die Regierung diesen

Ausschuß beauftragte, sich aus Mitgliedern der Ständeverammlung bis auf eine beliebig festzusetzende Höhe zu ergänzen, so würde sie damit nicht allein einen Beweis ihrer Achtung vor den verfassungsmäßigen Zuständen des Landes geben, sondern gleichzeitig sehr klug handeln, da in der Sache selbst nur dasselbe Resultat erreicht würde, welches jeder andere Modus für die Auswahl der Vertrauensmänner ebenfalls herbeiführen würde — d. h. es würden diejenigen Personen gewählt werden, welche auch die Regierung bei ganz einseitigem und unabhängigem Vorgehen berufen müßte, um mit einiger Aussicht auf Erfolg Verhandlungen eröffnen zu können.

1867
7. 8.

Abgesehen von den beklagenswerthen Verordnungen des Grafen Lippe, die einmal gegeben und nicht ohne Weiteres zurückzunehmen sind, würden die hessischen Vertrauensmänner zwei desideria vornehmlich betonen:

1. die Sicherstellung des Staatsschatzes und des Laudemialfonds.
2. die Bildung einer Provinzialvertretung.

Wenn finanzielle Gründe für die Einziehung des Staatsschatzes und des Laudemialfonds sprechen, so sollten höhere politische Rücksichten doch eine andere Entscheidung treffen lassen. Zudem wäre es, was den letzteren Fonds betrifft, geradezu eine schreiende Ungerechtigkeit, ihn der Provinz zu entziehen.

Der Laudemialfonds aus Ablösungs-Summen zc. gebildet, hat nur durch den Eigensinn des Kurfürsten nicht diejenige Verwendung gefunden, welche er finden mußte und auch in den alten Landestheilen zum Besten kommunaler Zwecke gefunden hat. Ihn einzuziehen, hieße die Einwohner der Provinz da noch strafen, wo sie eigentlich Entschädigung verdienten. Zudem dürfte man, wenn der Wunsch nach einer Provinzialvertretung erfüllt wird, wie kaum zu bezweifeln, dieser nicht von Hause aus die Mittel zu einer ersprießlichen Wirksamkeit entziehen.

Was die Bildung dieser Provinzial-Vertretung betrifft, so

1867
7. 8. erscheint es am angemessensten für Hessen sowohl wie auch für Nassau zwei Kommunallandtage und für die ganze Provinz einen gemeinschaftlichen Provinziallandtag einzusetzen. Es erscheint dies mit Rücksicht auf die besonderen und eigenthümlichen Verhältnisse dieser Landestheile um so unbedenklicher, als auch in einzelnen alten Provinzen noch heute ein ähnliches Verhältniß besteht.

Ob es wünschenswerth ist, die hessischen Vertrauensmänner durch Berufungen aus Nassau zu verstärken, muß dahin gestellt bleiben. Es scheint fast, als ob ein zwingender Grund dazu nicht vorhanden wäre, da die Befürchtungen der Nassauer in Betreff einer ungünstigen Ordnung der Domanal-Frage — und sie ist es hauptsächlich, welche Unruhe erregt — hoffentlich nicht gegründet sind. Andererseits aber wäre wohl zu wünschen, daß die Regierung durch Auswahl geeigneter Persönlichkeiten aus Nassau wie aus Frankfurt einen Beweis wohlwollenden Entgegenkommens gäbe, der sicherlich zur Beruhigung der mit Recht erregten Gemüther beitragen müßte.

Was die Verhältnisse in Schleswig-Holstein betrifft, so sind dieselben so eigenthümlicher Art, daß sich schwer sagen läßt, in welcher Weise und mit welchen Mitteln hier am Besten in dieser Frage vorzugehen wäre. Von der Regierung gewählte Vertrauensmänner dürften leicht nur das Vertrauen der Regierung, nicht das des Volkes besitzen, während umgekehrt die vom Volke Gewählten wahrscheinlich des Vertrauens der Regierung entbehrten. Am angemessensten dürfte es sein, über die Verhältnisse, Wünsche und Bedürfnisse der Herzogthümer sich vorläufig mit einem der Abgeordneten derselben zu benehmen, der durch seine Kenntniß des Landes, wie durch ruhige Anschauung und die ertheilte Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge eine Garantie dafür bietet, daß Parteileidenchaften seinen Rath nicht beeinflussen. Als eine solche Persönlichkeit darf der Geh. Rath Franke bezeichnet werden.

Wenn ich noch vor Abgang der Post es erlange, werde ich eine Abschrift eines Briefes einlegen, der sich über die Tappeschen Maßregeln und einiges Andere ausläßt. 1867 7. 8.

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm Rßz.

P.S. mir wird sogar gesagt, daß wenn im angedeuteten Sinn in Hessen zc. verfahren würde, binnen 14 Tagen die Stimmung sich wieder zu der alten vertrauenden umändern werde. Unter den obwaltenden Umständen könne man Sr. Majestät noch nicht rathen, Hessen zu besuchen.

246.

Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck.

Dresden, den 15. Dec. 1867.

Verehrter Herr Graf,

Ich kann es mir nicht versagen, Ihnen meinen wärmsten Dank für die Art auszusprechen, mit der Sie sich meiner anläßlich des unglücklichen Militärcalenders*) angenommen. Ich 1867 15. 12.

*) „Sachsens Militärvereinskalender“ hatte sich in Klagen darüber ergangen, daß ein Theil der sächsischen Infanterie auf Anordnung der jetzigen Machthaber das Symbol des Preußenthums, die Pickelhaube, hätte auf den Kopf stillen müssen, daß ferner die noch geschmacklosere beknapfte Artilleriepickelhaube die Köpfe der braven sächsischen Kanoniere verunziere, daß bei der Generalität der schöne Treppenhut in Wegfall gekommen sei, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der erzwungene Eintritt in das Bundesverhältniß nur Sachsens nächste Zukunft binden könne. Der Abg. Bölsfel brachte dieses Elaborat eines sächsischen

1867
15. 12. brauche es wohl nicht erst zu versichern, daß mir diese Sache ganz fremd, ja daß ich die Existenz dieses Nachwerks kaum ahnte. Doch habe ich dem Redacteur meine Unzufriedenheit zu erkennen gegeben. Es ist übrigens nichts dahinter zu suchen, als Reminiscenzen einer vergangenen Periode. Sie wissen, daß dergleichen in den untern Schichten des Volks noch zu haften pflegen, wenn die oberen längst eines Besseren belehrt sind. Erstere auf unsern Standpunkt zu bringen, ist jetzt unsere eifrigste Sorge. Die Militärvereine selbst sind streng loyale Körperschaften, die viel zur Erhaltung conservativer Gesinnung beitragen (ohne politische Zwecke zu verfolgen), daher aber auch gewissen Zeitungsschreibern ein Dorn im Auge sind. Ein solcher (der Redacteur der constit. Zeitung hier) war es auch, der diese Sache an die große Glocke hing, theils um mir als Mitglied unseres Hauses zu schaden, nächstdem in der Hoffnung, das so glücklich erreichte Einvernehmen zwischen uns und Preußen zu stören. Diese Absicht ist aber an der bewährten und loyalen Haltung Em. Excellenz gegen uns gescheitert.

Indem ich daher um die Fortdauer dieser Gesinnung gegen mein Vaterland und Ihres Wohlwollens gegen mich bitte, verbleibe ich

Ihr ergebener

Albert, Kronprinz v. Sachsen.

Partikularisten im Reichstag am 9. December 1867 zur Sprache, doch Bismarck erklärte, daß Se. Königliche Hoheit sehr gut Protector der Kriegervereine würde sein können, ohne mit diesem Kalender den mindesten Zusammenhang zu haben. Er sei davon um so sicherer überzeugt, als es ganz undenkbar sei, daß Angesichts der nationalen, patriotischen und vertragstreuen Haltung der Königlich Sächsischen Regierung irgend eine amtliche Stelle im sächsischen Lande solche Ausdrücke, wie sie dieser Kalender über das Bundesverhältniß enthalte, sanctioniren sollte, Politische Reden III, 380 f.

247.

Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen.

Berlin 19 December 1867.

Durchlauchtigster Kronprinz,
Gnädigster Herr.

Eure Königliche Hoheit haben mir durch das gnädige 1867
Handsreiben vom 15 eine hohe Freude bereitet und wollen 19. 12.
Höchst dieselben mir gestatten, meinem unterthänigsten Danke
durch diese Zeilen Ausdruck zu geben. Die gnädige An-
erkennung, welche Eure Königliche Hoheit meinen Bemühungen
zur Abwehr unberechtigter Insinuationen zollen, dient mir
zur Ermuthigung in dem Bestreben, durch Kräftigung des gegen-
seitigen Vertrauens die Schwierigkeiten der neuen Situation
zu überwinden. Ich sehe es als die nächste Aufgabe der Bundes-
politik an, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen Preußens,
namentlich aber der hervorragendste unter denselben, das
Königreich Sachsen, es nicht bloß als eine Vertragspflicht,
sondern als ein werthvolles Recht ansehen, dem Bunde anzu-
gehören, ein Recht, welches von allen Betheiligten hoch genug
angeschlagen wird, um im eignen Interesse für seine Erhaltung
und Ausbildung einzutreten. Diese Bedeutung kann der Bund
für seine hohen Genossen nur dann haben, wenn den Sou-
veränen die Ueberzeugung bleibt, daß sie durch die Centrali-
sation eines Theiles ihrer Rechte in der Hand Eines unter
ihnen eine nach menschlichen Begriffen sichere Bürgschaft für
die Gesamtheit ihrer sonstigen Rechte erworben haben, und
daß letztere gegen den Druck innerer Bewegung ebenso gewiß
geschützt ist wie gegen äußere Gefahren. In diesem Sinne der
Gegenseitigkeit und Solidarität unter den hohen Genossen des
Bundes sehe ich es für eine Pflicht des Bundeskanzlers an,
das Ansehen und die Rechte der Fürstlichen Häuser innerhalb des

1867 Bundes mit ebenso gewissenhaftem Eifer zu wahren wie das
19. 12. des eignen Landes Herrn. Dem Durchlauchtigen Hause Eurer
Königlichen Hoheit gegenüber macht meine persönliche Verehrung
mir diese Aufgabe zu einer Pflicht, die ich jederzeit mit freu-
diger Bereitwilligkeit erfüllen werde.

Indem ich Eurer Königlichen Hoheit den wiederholten Aus-
druck meines unterthänigsten Dankes zu Füßen lege, verharre ich
in tiefster Ehrerbietung

v. Bismarck.

248.

Bismarck an v. der Marwitz.

Berlin 24 Januar 1868.

Lieber Marwitz

1868 Auf Deinen Brief erwidere ich in der Eile der Geschäfte,
24. 1. daß ich mich mit dem Dieß'schen Antrage*) weder einverstanden
erklärt habe, noch einverstanden erklären kann.

Es zeigt mir, daß die Organisation einer Regierung un-
bekannter ist, als man glauben sollte, wenn so viele Freunde
einer Regierung anzunehmen im Stande sind, daß eine Gesetzes-
vorlage, welche ursprünglich auf einer Zusage an den Pro-
vinziallandtag beruht, welche demnächst im Staatsministerium
und im Cabinet mit sorgfältiger Erwägung aller Gegengründe
festgestellt, von Sr. Majestät genehmigt und vollzogen, von dem
Gesamt-Ministerium mit Aufwendung aller Kräfte und Argu-
mente in der Commission vertheidigt worden ist, von einem
der Minister gewissermaßen unter 4 Augen und heimlich zurück-
gezogen werden könnte. Die Leichtigkeit, mit der man miß-
verstanden wird, scheint mir so groß, daß ich auch diesen
Worten noch die Erläuterung hinzufügen muß, daß dieselben

*) Auf Zurückziehung des Gesetzentwurfs, betr. die Bildung eines
hannoverschen Provinzialfonds.

keine Bedeutung enthalten, als wären es nur jene äußerlichen 1868
Vorgänge, welche mich auch heut an der Vorlage festhalten 24. 1.
ließen, sondern daß ich noch heut wie vor 4 Monaten das
Princip der Vorlage für das richtige halte, dasselbe, wenn
es nicht schon geschehen wäre, noch heut aus eigener Ueber-
zeugung aufstellen und seine Verwerfung namentlich durch die
konservative Partei und aus ihrem Standpunkte für einen
politischen Fehler halten würde, der sich voraussichtlich in der
Entwicklung sowohl der händverschen wie der provinziellen
Verhältnisse im Allgemeinen strafen würde.

Ich habe nichts dagegen, daß Du von diesem Briefe jeden
Dir gut scheinenden Gebrauch machst.

v. Bismarck.

249.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Hochverehrter Herr Graf!

Aus den Berichten meines Cabinets-Rathes Friedländer 1868
ersehe ich zu meiner großen Freude, mit welcher Wärme Euer 27. 1.
Excellenz Sich Rumäniens und meiner Interessen annehmen.
Es liegt mir am Herzen, nicht zu zögern Ihnen dafür meinen
herzlichsten Dank auszudrücken und Euer Excellenz zu bitten
überzeugt zu sein, in welchem hohen Maße ich dieses zu wür-
digen weiß. — Aber auch Preußen wird stets in mir einen
eifrigen Vertreter seiner Interessen im Oriente finden. — Graf
Kenslerling^{*)}, der sich mir mit größter Bereitwilligkeit stets zur
Verfügung stellt, halte ich au courant aller Ereignisse, so daß er
im Stande sein wird, Euer Excellenz immer vollständige Be-
richte zu liefern. —

Ueber die unbefugte Indiscretion Demetre Bratiano's in
Wien^{**)} bin ich entrüstet, ich habe ihm bestimmte Ordres zugehen

^{*)} Graf Heinrich K.

^{**)} Bruder des rumänischen Ministers Ioan Bratiano.

1868 lassen, streng in den Grenzen seiner Mission zu verbleiben, die
27. 1. in der Behandlung der Consular-Jurisdiction-Frage, Post und
Patent-Angelegenheit besteht. — Die Kammer, welche sich nun
constituirt hat, wird ihre Arbeiten beginnen und erwarte ich
von derselben unter der gewandten Leitung Bratiano's ein
günstiges Resultat. —

Indem ich mich nun Euer Excellenz angelegentlichst em-
pfehle, verbleibe ich, Hochverehrter Herr Graf,

Bucarest,
15/27^{ten} Jan. 1868.

Ihr
ergebener
Carl*).

250.

v. d. Marwitz an Bismarck.

Berlin den 3. Februar 1868.

Verehrter Freund!

1868 Wahrscheinlich sind meine Andeutungen äußerst überflüssig;
8. 2. indessen, ich muß sie los werden — gestern Abend war es
damit nichts.

Sollte es nicht bei der morgenden Debatte für Dich
möglich sein, darauf hinzuweisen, daß die Gleichstellung der
alten Provinzen mit Hannover in Bezug auf den heillosen
Fond in Aussicht genommen sei? Dies würde noch manches
kitzliche Gewissen, das durch die Aeußerung des Gold-Onkels**)
Commissarius in der Commission: für die alten Provinzen
könne keine Zusage gemacht werden, tangirt ist, für die
Stimmabgabe beruhigen.

Dein

treu ergebener

v. d. Marwitz.

*) Bismarck's Antwort vom 27. Februar f. Aus dem Leben des
Königs Karl von Rumänien I, 248 f.

**) v. d. Heydt.

251.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Freitag 6/3 68.

Wenn es Ihre Zeit erlaubt, würde es mir lieb sein, Sie am Sonnabend zwischen 10 und 12 Uhr Vormittags zu sprechen. 1868
6. 8.

Da Sie mir neulich sagten, daß Morgen- und Abendstunden Ihnen jetzt frei zur Verfügung stünden, schlage ich Ihnen jene Zeit vor, bitte Sie aber mir aufrichtig zu sagen, ob Sie morgen etwa verhindert sind, weil ich dann in der nächsten Woche unsere Besprechung noch ansetzen möchte.

Ich komme zu Ihnen ins Haus.

Friedrich Wilhelm Kz.

252.

Professor Gelzer an Bismarck.

Erw. Excellenz

haben bei sehr verschiedenen Veranlassungen, seit mehr als elf Jahren, bei jeder persönlichen Begegnung, mir Wohlwollen und — wenn ich meinen Eindrücken glauben darf — auch Vertrauen bewiesen. Dennoch hielt ich es für unpassend, so lange das Zollparlament noch versammelt war, durch eine förmliche Anmeldung mir den Anschein zu geben, als wollte ich auf die ohnehin seltenen freien Augenblicke Eurer Excellenz Anspruch machen; dies dürfte ich um so weniger, als ich durch keine bestimmten geschäftlichen Aufträge und Vollmachten hieher geführt wurde. 1868
27. 5.

Was mich in erster Linie nach Berlin rief, ist dieselbe Lebensaufgabe, die seit meiner Berufung nach Preußen vor einem Vierteljahrhundert meine Seele erfüllt: das Studium

1868 27. 5. der politischen und der religiösen Krise unser^s Jahrhunderts, ein Studium, nicht allein aus Büchern und Handschriften, sondern aus der Mitte des bewegten Lebens, in unmittelbarer Berührung mit den handelnden Personen und den Ereignissen — getragen von dem unerschütterlichen Glauben an den deutschen Beruf Preußens und an den europäischen Beruf Deutschlands. — Mir selber und denen, die auf mein Wort hören, Rechenschaft zu geben von diesem Glauben (privatim und öffentlich) in Wort und That: das ist der leitende Gedanke meines Lebens und meiner Arbeiten. —

Eben darum wollte ich es nicht versäumen, in diesem Sinn Ew. Excellenz von meiner Anwesenheit in Kenntniß zu setzen, mit voller Bereitwilligkeit, über Alles was Ew. Excellenz von mir zu wissen wünschen, wie früher, unumwunden Rede zu stehen. Mit Hochachtung und Ehrerbietung

Ew. Excellenz

Berlin, 27. Mai 1868.

dienstwillig ergebener

Am Jahrestag der Unterzeichnung des
deutschen Zollvereins in Berlin 1829!

H. Gelzer.

Adresse: Professor Dr. Gelzer Thiergarten-Hôtel, Potsdamer Platz.

253.

Präsident Simson an Bismarck.

Hochgeborner Graf

Hochverehrter Herr Bundeskanzler und Minister-Präsident,

1869 31. 1. Des Königs Majestät haben, wie durch ein Telegramm des Herrn Justiz-Ministers*) zu meiner Kenntniß gebracht wird,

*) Gerhard Adolf Wilhelm Leonhardt.

allergnädigst geruht, mich zum ersten Präsidenten des hiesigen Appellationsgerichts zu ernennen. 1869 31. 1.

Ich weiß sehr wohl, wem und wem allein ich diese Beförderung zu danken habe, die meiner amtlichen Laufbahn einen mich auf das Tiefste befriedigenden Abschluß gewährt. Ew. Excellenz haben, um Sich meiner zu diesem Behuf annehmen zu können, Manches wohlwollend in Betracht ziehen und Anderes großherzig vergessen mögen.

Um so unvertilgbarer wird in mir das Gefühl der tiefen Dankeschuld sein, die Ew. Excellenz mir auferlegt haben und die ich Ihnen gegenüber gern trage. Möchte ich zu — wie auch bescheidener — Mitwirkung bei den großen Plänen berufen bleiben, die Ihre Seele erfüllen und von denen wir einen ansehnlichen Theil in Bewunderung und Staunen sich bereits verwirklichen gesehen haben.

Mit den lebendigsten Wünschen für Ew. Excellenz und mit der Bitte, daß es Ihnen gefallen möge, mir Ihr Wohlwollen zu bewahren, verharre ich in tiefer Verehrung, Herr Graf,

Frankfurt a/D. 31. Januar
1869.

Ew. Excellenz
gehorsamster Diener
Präsident Simson.

254.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

25/2 69.

Wie ich vernehme, ist ernstlich davon die Rede Münchenhausen, den Oberpräsidenten von Pommern, in gleicher Eigenschaft nach Ostpreußen zu versetzen. 1869 25. 2.

Bei den besonderen Beziehungen, die ich zur Provinz Pommern habe, werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich den Wunsch ausspreche, jene Versetzung nicht eintreten zu lassen.

1869
25. 2. Münchhausen hat es in den zwei Jahren seiner Amtsführung verstanden, durch Versöhnlichkeit und Takt manche Schroffheit zu beseitigen und Versöhnlichkeit innerhalb der Parteilungen herbeizuführen.

Nach zweijähriger tüchtiger Einarbeitung in die Geschäfte und Orientirung innerhalb der Provinz wäre es dringend wünschenswerth, daß Münchhausen nun auch Gelegenheit hätte, während einer längeren Reihe von Jahren seine Kräfte dem Landestheile gänzlich zu widmen, den er so eben genau studirt hat, und in dem er sich warm fühlt.

Seiner Majestät habe ich umstehende Gründe vorgetragen und zustimmende Anerkennung gefunden, worauf ich ermächtigt ward, Sie von meinen Wünschen in Kenntniß zu setzen.

Schließlich erwähne ich noch, daß voraussichtlich mein Armee Corps in diesem Herbst Königs revue haben soll, folglich die Anwesenheit eines orientirten Oberpräsidenten dringend erforderlich ist.

Ihrer ernstlichen Berücksichtigung empfehle ich hiermit also die Belassung Münchhausens in Pommern.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm Kz.

Statthalter und Command. General von
Pommern.

255.

Hofmarschall Graf A. Eulenburg an Bismarck.

H.N. Schöneberg 10. Sept. 1869.

Abends $\frac{9}{11}$ U.

1869
10. 9. Seine Königl. Hoheit der Kronprinz bedauert unendlich Euer Excellenz heute verfehlt zu haben, und wünscht Sie jedenfalls während des Manövers morgen zu sprechen.

Mit der Tour über Wien ist Höchstderselbe ganz ein- 1869
verstanden, hat aber gegen Rom ernste Bedenken. 10. 9.

In größter Verehrung

Iuer Excellenz

ganz gehorsamster

A. Eulenburg.

256.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Königsberg i/P. 15/9 69.

Die Reise-Einleitungen sind jetzt im besten Gange, nach- 1869
dem ich mit Zustimmung Sr. Majestät den Admiral Fachmann 15. 9.
hierherberufen habe, um mündlich schleunigst Alles zu be-
sprechen und anzuordnen. Ferner habe ich an Balan tele-
graphirt, man möchte mich zu Mitte October in Constantinopel
anmelden. Wien und Cairo sind noch nicht benachrichtigt, und
möchte ich Sie fragen, ob es nicht rathsam wäre, zunächst sich
ganz vertraulich in der Kaiserstadt zu erkundigen, ob man mich
auch haben will, eventualiter aber, wo der Hof zu Anfang
October weilen wird.

Vorläufig habe ich meine Abreise auf den 5. October an-
gesetzt, um nicht eine gar zu knappe Zeit für die Türkei und
Palästina zu haben, ehe ich zu der auf den 17. November an-
beraumten Canal Eröffnung in Aegypten eintreffe.

Sie deuteten mir in Pansin einige bevorstehende Diplo-
maten Versetzungen an, ohne einen bestimmten Candidaten für
Constantinopel zu nennen. Da nun doch wohl während meines
Aufenthalts daselbst wenigstens ein des Orients kundiger Ge-
schäftssträger sich anwesend befinden mußte, so möchte ich Graf
Kenslerling aus Bucharest in Vorschlag bringen. Derselbe
war bereits länger im Orient thätig und wurde damals sehr

1869 gelobt. Vielleicht könnte die Abwesenheit des Fürsten aus
15. 9. Rumänien der Sendung Reyserlingk's noch Erleichterung ge-
währen?

Schließlich möchte ich von hier aus Ihnen ein Wort zu Gunsten des Ober Präsidenten von Horn sagen. In den ständischen Kreisen wird in heftigster und lautester Weise über ihn geklagt und Alles Mögliche ihm nachgesagt. Ich aber habe mich persönlich überzeugen können, daß die Animosität gegen ihn wirklich ungerecht ist und daß er für die Provinz Vieles und Tüchtiges leistet. Gelänge es seinen Gegnern ihn zu stürzen, so würde ein sehr brauchbarer Beamter verloren gehen, der, ohne ihm manche Formfehler absprechen zu wollen, für diese Provinz doch entschieden ein Segen werden wird. Lassen Sie mich denselben hiermit Ihnen warm empfohlen haben!

Ich bin

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm Rß.

257.

Oberhofmarschall Graf Büdler an Bismarck.

Euer Excellenz

1869 beeile ich mich in Verfolg der sehr gütigen Zuschrift ganz er-
28. 9. gebenst zu erwiedern, wie die sehr dringenden Bitten der Herren Minister Seine Majestät den König bewogen haben, den Landtag in Person zu eröffnen und dazu am 6. wieder in Berlin zu sein. Aus welchen Gründen die Herrn Minister den Plan geändert, da selbst Minister von der Heydt Sr. Majestät gerathen hatte, zu der bevorstehenden Eröffnung nicht nach Berlin zu kommen, kann ich nicht recht erfahren, da jeder der Herrn einen anderen Beweggrund angiebt.

Jedenfalls wollen Seine Majestät nach der Eröffnung 1869
wieder auf einige Wochen nach Baden zurückgehen. 28. 9.

Daß Eure Excellenz auch die Königin bezaubert, freut mich
sehr, und würden einige nichtsagende Aufmerksamkeiten hin-
reichen, dies gute Vernehmen zu erhalten.

Graf Beust hat Ihrer Majestät der Königin gar nicht
gefallen.

Der König hat heute bestimmt, daß außer General v. Stosch
noch der Flügeladjutant Graf Lehndorff den Kronprinzen auf
der bevorstehenden Reise*) begleiten soll. Der Kronprinz ge-
denkt am 3. abzureisen, um in Baden von der Königin Ab-
schied zu nehmen.

Mit den besten Wünschen für Dero Wohlergehen unter-
zeichne ich mich

Euer Excellenz

ganz ergebenster Diener

Büdler.

Berlin,
am 28^{ten} Septembre
1869.

258.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Weinburg, 22^{ten} Oct. 1869.

Euer Excellenz

suche ich in der ländlichen Ruhe mit meinen besten Grüßen 1869
auf, um Ihnen vor Allem meine Verbindung mit der Prinzessin 22. 10.
Elisabeth zu Wied anzuzeigen. Bei dem so regen Interesse,
das Euer Excellenz an meinem Schicksale und dem meines
Landes nehmen, bin ich im Voraus von Ihren guten Wünschen

*) Nach Egypten.

1869 für diese Verbindung überzeugt, die um so bedeutungsvoller
22. 10. für mein Leben ist, als ich sie frei von allen politischen Combinationen, nur der Eingebung des Herzens folgend, eingegangen bin. — Auf meiner Reise habe ich die Ernennung des Grafen Keyserlingk zum Gesandten in Constantinopel vernommen. — Wie ich einer Seits bedauere, dadurch einen treuen Rathgeber zu verlieren, freut es mich doch, die Beförderung des Grafen als eine Anerkennung seiner Thätigkeit in Bucarest betrachten zu können, und hoffe ich, daß er auch in Constantinopel in seiner einflußreicheren Stellung mir seine treue Gesinnung bewahren wird, um, wenn es die Verhältnisse erfordern sollten, auch da meine Interessen nach Möglichkeit zu stützen und zu fördern. —

Was den jetzt vacanten Posten in Bucarest betrifft, so wäre es mir sehr angenehm, wenn die Umstände gestatten sollten, denselben durch eine mir von früher her bekannte Persönlichkeit besetzt zu sehen. Euer Excellenz erlaube ich mir deshalb Herrn v. Radowicz zu nennen, als einen Mann, der, wie ich glaube, alle Eigenschaften besitzt, um in Bucarest die Preussische Regierung würdig zu vertreten und der zugleich seinem lebenswürdigen Character nach besonders geeignet wäre die wärmsten Relationen zwischen der Regierung Sr. Majestät des Königs und der meinigen aufrecht zu erhalten.

Euer Excellenz verfehle ich nicht noch meine besten und aufrichtigsten Wünsche für die völlige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit auszusprechen und verbleibe in vorzüglichster Hochachtung

Euer Excellenz ergebener

Carl.

259.

Minister Camphausen an Bismarck.

Berlin den 29. October 1869.

Ihrer Excellenz

geneigtes Schreiben vom 28. c. *) ist mir heute Abend zugegangen 1869
und hat mir dasselbe große Freude gemacht, wieweil ich 29. 10.
das Vertrauen zu Ihrer Leitung nicht gerade auf alle meine
nunmehrigen Collegen ausdehnen kann. Die Verständigung
mit Sr. Majestät bot durchaus keine Schwierigkeiten, der König
ließ mir gleich durch Graf Eulenburg sagen, daß er meinen
politischen Standpunkt kenne und nicht anfechte, er hat mich
am 27. aufs Gnädigste empfangen und sich mit mir fast eine
Stunde lang über die verschiedensten Punkte unterhalten.

In Bezug auf den Steuerzuschlag wurde gleich anerkannt,
daß er nicht bewilligt werden würde (ich habe Werth darauf
gelegt, diese Thatsache zu constatiren) und daß man weder mir
zumuthen könne, mit einem aussichtslosen Debut zu beginnen,
noch den Mitgliedern der Regierungspartei, sich nutzlos ihren
Wählern gegenüber zu compromittiren. Es handelte sich daher
um die Mittel zur Abhülfe. Ich verwies vor allen Dingen
auf ein anderes System hinsichtlich der Tilgung der Staats-
schulden, worüber ich im Frühjahr dem Minister v. d. Heydt
ein leider völlig unbenutzt gebliebenes Promemoria vorgelegt
habe. Ich verwies ferner auf die in Hannover und Nassau
zu bewirkenden Verkäufe von kleinen, auf 3 bis 6 Jahre ver-
pachteten und schlecht bewirthschafteten Ackerparcellen; dann auf
die Thunlichkeit, einen mäßigen Betrag von Schatzanweisungen
auszugeben, endlich erklärte ich, daß die Seehandlung ohne die
geringste Beeinträchtigung ihres Geschäftsbetriebes mehrere
Millionen abgeben könne. Einen präcisirten Vorschlag behielt

*) Concept nicht vorhanden.

1869 ich mir vor, bis daß ich durch Rücksprache mit meinem Per-
29. 10. sonal nähere Informationen eingezogen. Se. Majestät war mit Allem vollkommen einverstanden und beauftragte mich, Ihm persönlich über den weiteren Fortgang zu referiren, ich möchte dies aber vermeiden, bis ich vorab Euer Excellenz Einverständnisses versichert bin.

Sofort nach dem am 27. Nachmittags erfolgten Austritte meines Amtes habe ich meine Fragen gleich auf munde Fäden gerichtet, sie setzten mich schon am 29. c. in den Stand, mündlich die Skizze eines Planes zu entwerfen, mit dem sich Graf Eulenburg überall einverstanden erklärte und den er gestern Abend Ihnen referirt haben wird, den ich indessen der Sicherheit halber hier wiederholen will.

1. Die Einnahmen des Staatschazes, welche bekanntlich von nun ab zur Bestreitung der laufenden Staatsausgaben verwandt werden müssen, werden sich pro 1870 in der Wirklichkeit um mindestens 1300000 Thlr., wahrscheinlich um 1500000 Thlr. höher herausstellen, als im Etat angenommen ist. Ich habe Auftrag ertheilt, mir das genau nachzuweisen, einstweilen muß ich mich auf die Angaben der Rätthe verlassen.

2. In Bezug auf die Schuldentilgung wird es rathsam sein, zuerst mit der Umwandlung der dazu geeigneten $4\frac{1}{2}$ %igen Anleihen vorzugehen, wodurch eine Minderausgabe von etwa $1\frac{1}{2}$ Mill. Thaler sich erzielen läßt. Bei der günstigen Aufnahme, die meine heutige Andeutung im Abgeordneten-Hause fand, verdient die Frage noch eine sorgfältige Erwägung, ob man nicht sehr bald die Umwandlung der Staatsschuldsscheine folgen läßt, was eine Minderausgabe von mehr als 2200000 Thlr. herbeiführen würde¹⁾.

3. Der vorgelegte Gesetzentwurf wegen Verbriefung der am 15. März, 1. April und 1. Mai l. J. fälligen Schatzanweisungen sollte, wie ich vernommen habe, dem Minister v. d. Heydt abgeschlagen werden. Man wird zugestehen müssen,

daß der jetzige Zeitpunkt für die Verbriefung nicht geeignet ist, 1869
es liegt aber im Regierungsinteresse, die Befugniß zur Ver- 29. 10.
briefung — die von den bisherigen alljährlichen Bewilligungen
unabhängig macht — zu erlangen, dergestalt, daß der Zeit-
punkt, wann von dieser Befugniß Gebrauch zu machen sei, dem-
nächst unter Genehmigung Sr. Majestät des Königs lediglich
seitens der Verwaltung zu bestimmen ist²⁾. Zur Unterstützung
dieser Anforderung hätte man die Unzweckmäßigkeit der jetzigen
Schatzanweisungen, die auf ein volles Jahr laufen und jedes-
mal in einem kurzen Zeitabschnitte, zuletzt vom 15. März bis
1. Mai 1869 ausgegeben worden sind, darzulegen, darauf hin-
zuweisen, daß man Schatzanweisungen auf sechs Monate laufend
ausgeben und die Begebung mehr auf das ganze Jahr ver-
theilen muß u. s. w. Diesen 13 Millionen könnte man für die
Deckung des Deficits 2—3 Millionen hinzufügen. Ob man der
Verwaltung das Recht der Verbriefung zu einem geeigneten
Zeitpunkte für immer oder für einen mehrjährigen Zeitraum
bewilligen wird, steht dahin, ich würde Anstrengungen machen,
es zu erlangen. Würde es versagt, so würde die derzeitige
Abhängigkeit der Regierung nicht verschlimmert, denn es ist
gleichgültig, ob 13 oder 15 Millionen zu bewilligen sind, würde
es bewilligt, so würde die Staatsregierung in eine unabhängigere
Lage gerathen.

Iuer Excellenz werden gleich wahrgenommen haben, daß
alle 3 Vorschläge darauf Bedacht nehmen, die Macht der Re-
gierung nicht schmälern zu lassen. Im Uebrigen beabsichtige
ich ein System verständiger Sparsamkeit (nicht Auauferei) ein-
zuführen, das viel Geduld und nachhaltige Anstrengung er-
fordern, aber auch am sichersten zu einem völlig gesunden Zu-
stande zurückführen wird. Hierbei muß ich am meisten auf
Ihre kräftige Unterstützung hoffen.

Die obige Skizze betrachte ich als einen völlig annehm-
baren, aber nur vorläufigen Plan, indem ich es sehr wohl für

1869
29. 10. möglich halte, noch bessere Combinationen aufzufinden, wenn ich erst tiefer eindringen kann. Meine Thätigkeit zählt erst nach Stunden, und von diesen sind recht viele durch Anforderungen aller Art in Anspruch genommen worden. Es wird mir angenehm sein, wenn Euer Excellenz baldigst, vielleicht durch ein Telegramm, mir mittheilen, ob Sie mit den Grundsätzen des Planes einverstanden sind, dann werde ich alsbald darüber im Staatsministerium und Sr. Majestät mündlichen Vortrag halten.

Mit vollkommener Hochachtung

Eurer Excellenz

ganz ergebenster

Camphausen.

Randbemerkungen Bismarck's:

¹⁾ ja.

²⁾ läuft gegen die Politik der Opposition, schwerlich bewilligt.

260.

Bismarck an Präsident Delbrück.

Barzin 5 Nov. 1869.

Berehrtester Herr Präsident

1869
5. 11. Der Carlsbader erlaubt mir nicht viel zu schreiben, ich schicke daher nur ein Fragment dessen was ich sagen möchte. Daß Camphausen in den Bundesrath muß, sehe ich ein, unabhängig von der Contrasignaturfrage. Ich möchte, daß sein Eintritt nicht zu lange nach dem ins Ministerium, also bald erfolgt, und würde der Kopfzahl wegen wünschen, daß dafür eins der dem Finanzministerium entstammenden Mandate zurückgezogen wird. Welches, darüber bitte ich um Ihre Meinung. Daß Camphausen mit seinem Eintritt in den Bundesrath ein-

verstanden ist, setze ich voraus, ersuche Sie eventuell es zu 1869
constatiren und mir dann den ad regem zu richtenden Antrag 5. 11.
entwerfen zu wollen. Die Motivirung könnte das Bedürfniß
präciserer Einheit der Bundesfinanz-Verwaltung mit der Preußi-
schen hervorheben, und nebenher, für den König aber von
durchschlagendem Gewicht, die Erleichterung, die für mich daraus
hervorgeht, daß der Finanzminister nicht durch mich, sondern
direct seine Verständigung mit dem Bunde und in demselben
bewirkt. Das letzte Motiv militirt auch vorzugsweise für Ihre
eigne Betheiligung an den Sitzungen der Preussischen Minister.
Die Maßregel muß nicht als eine politische, sondern als Ge-
schäftserleichterung Sr. Majestät vorgetragen werden. Das
principielle Einverständnis des Königs habe ich in diesem Sinne
auf mein Ihnen bekanntes Schreiben bereits erhalten. Um
den formalen Antrag zu stellen, muß ich die Sache aber erst
im Staatsministerium zur Sprache bringen. Schwierigkeiten
erwarte ich dort nicht, denn sachlich könnte ja nichts dagegen
eingewendet werden, wenn Sie als generell von mir substituirt
in jeder Sitzung erschienen. Daß der König Ihnen dabei den
Titel als Staatsminister giebt, halte ich unentbehrlich, wegen
Ihrer Stellung im Bundesrath. Ich möchte, daß es dabei
bliebe, daß Friesen*), wenn er da ist, präsidiert, und Sie, wenn
er nicht da ist. Zu diesem Behufe müssen Sie Sich aber, wenn
mehrere unsrer Minister eintreten, den Titulaturwechsel gefallen
lassen; der des Präsidenten des B.R.V.**), dem Sie einen so
guten Namen gemacht haben, kann ja der übliche und geläufige
bleiben, wird aber ein für alle Mal, wie ich glaube, eine
ministerielle Stellung werden müssen, ein Minister für Bundes-
angelegenheiten. Ich denke mir, daß mit der Zeit der Kanzler
für innere Bundesfachen eine Art von Mikado und der Präsident
der Taikun werden wird.

*) Rgl. Sächsischer Minister und Bevollmächtigter zum Bundesrath.

**) Bundeskanzler-Amts.

1869
5. 11. Zunächst bitte ich also um Entwurf von Bericht und Ordre wegen Camphausens Ernennung in den Bundesrath, und werde Ihnen in diesen Tagen mein Schreiben an das Staatsministerium Behufs Ihrer Betheiligung zur vertraulichen Kenntnissnahme und Kritik einsenden.

v. Bismarck.

261.

Staatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 8. Juli 1870.

Verehrter Chef,

1870
8. 7. Benedetti, der mir bei seiner Abreise (vor dem Plätzen der spanischen Bombe) gesagt, daß er auf der Fahrt nach Wildbad nur einen Tag in Coblenz bleiben wolle „pour se rendre à une ancienne invitation de la Reine“ scheint nach den Zeitungen dort länger zu verweilen. Die Absicht ist klar.

Gehorsamst und getreulich

v. Thile.

262.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Petersburg, Januar 1871.

Verehrtester Chef,

1871
? 1. Ihrem telegraphischen Auftrag gemäß habe ich heute Sr. Majestät dem Kaiser und der Großfürstin Helene Ihre Glückwünsche ausgerichtet. Seine Majestät trugen mir auf, Ihnen zu danken. Die Großfürstin antwortete mir durch ein sehr freundliches Billet. Ich lege es hier bei, weil es Ihnen Freude machen wird von ihrer Hand den Ausdruck ihrer treuen Gefinnungen zu lesen. Sie ist sich unverändert gleich geblieben.

Sie versteht, warum wir Krieg führen, und weiß, daß wir diesen Kampf nicht abbrechen können wie ein Theaterstück. Sie ist deshalb auch fern von allem schwächlichen Gewinnsel, welches hier Mode ist unter den Damen und wozu die Allerhöchste den Ton angiebt. 1871
? 1.

Der Kaiser, wenn er auch den Frieden wiederhergestellt sehen möchte, läßt sich doch nicht von diesen Klageweibern anstecken und ist korrekt. Er ist noch unter dem traurigen Eindruck eines Unglücksfalles, der vor einigen Tagen auf der Jagd passirte. Vor seinen Augen wurde auf der Bärenjagd der Jäger-Meister Scariatn durch seine Unvorsichtigkeit unter dem Feuer erschossen. Er trock mit gespannter Büchse in der Deckung einem angeschossenen Bären nach, wobei sich das Gewehr wahrscheinlich durch Streifen an einem Baum entlud. Der Kaiser war ganz außer sich und die ganze Episode sehr traurig.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen gute Gesundheit im neuen Jahre und daß Sie bald Ihren Namen unter einen glorreichen Frieden setzen können.

In aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. K. Reuß.

263.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Gütersloh, 3. Juli 1872.

Das lange Dienstschreiben, mit dem ich Sie schon am 18. v. M. bedrohte und welches ich heute in Ihr Tusculum schleudere, ja schleudern muß, kann ich nicht abgehen lassen, ohne Sie wegen dieses Attentates gegen Ihre Ruhe und Ihr 1872
8. 7.

1872 Behagen gründlichst um Verzeihung zu bitten. Aber ich konnte
8. 7. mich der dazu drängenden Nothigung nicht erwehren. Die Angelegenheit ist für mich ernst, sehr ernst, vielleicht auch ein wenig für Sie, mein durchlauchtiger alter Freund. Und weil ich Sie, Dank Ihrer Güte, so nennen darf, so werden Sie mir auch die Bitte um zwei Worte diktirter Rückäußerung nicht abschlagen; ich bedarf solcher, um mich zu legitimiren. Wenn ich Ihnen sage, daß eine Abschrift meines Dienstbriefes nach Ems geht, so werden Sie mich verstehen. — In der That aber bin ich, ganz abgesehen von jeder Rücksicht auf Allerhöchste Ansichten, selbst und persönlich ganz eingenommen von der Ihnen vorgetragenen Nothwendigkeit. Also bitte eine Rückäußerung, die den Herrn — und kann es sein — auch mich beruhigt.

Nun nur noch meinen herzlichen Gruß! Wie warm und aufrichtig meine Wünsche für Ihr Metablissement sind und sein müssen, könnten Sie wissen. Möchten Sie meines heutigen Diktats wegen nur nicht daran zweifeln!

In etwa 10 Tagen muß ich nach Marienbad, wie der thörichte Böger will, der meine Frau dorthin schon vorausgejagt hat. Jünger werde ich dort wohl auch nicht werden, aber vielleicht auch nicht älter.

Gott mit Ihnen und den verehrten Ihrigen! ich küsse der Fürstin die Hand, in tiefster und wärmster Verehrung. Möchten Sie doch alle recht frisch und gekräftigt zu der alten Marterbank zurückkehren! Denn wills Gott, so müssen Sie daran noch eine Weile aushalten, bis wieder Einer da ist, dem Ihre ausgetretenen Schuhe einigermaßen passen.

In treuester Verehrung

Ihr

herzlich ergebener

alter

Noon.

264.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Berlin ce 15 Nov. 1872.

Cher Prince

Je ne saurais quitter Berlin sans Vous exprimer le regret 1872
de ne pas avoir pu vous y serrer la main et surtout celui de 15.11.
la cause qui motive votre absence. Tous mes vœux sont
pour un prochain rétablissement de votre santé. Personne
comme homme privé et comme homme public n'en reconnaît
d'avantage la valeur.

Je ne veux pas être indiscret en vous fatiguant; mais je
n'aurai pas répondu à un besoin du cœur, si je m'étais refusé
de réclamer par quelques lignes votre bon souvenir et de vous
renouveler l'expression des sentiments invariables que je vous
ai voués d'ancienne date.

Veillez me mettre aux pieds de Madame la Princesse et
me croire,

tout à vous

Gortschakow.

265.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

Varzin ce 20 Nov. 1872.

Cher Prince

je vous remercie de tout mon cœur d'avoir pensé à moi en 1872
passant par Berlin; parmi les privations que m'impose l'état 20.11.
de ma santé, celle de ne pas avoir pu vous serrer la main à
votre passage m'est des plus sensibles. J'ai noué bien des
relations officielles dans ma vie, mais celle avec vous, mon
cher Prince, c'est la seule qu'il me tiendrait à cœur de con-

1872
20. 11. tinuer après la cessation des rapports officiels, et si Dieu nous donnait un temps de repos avant la mort, je serais bien heureux de le passer avec vous comme voisin à la campagne. Pardonnez-moi cette ébullition de sentimentalité allemande, car elle est sincère; vous êtes le seul homme d'État en Europe avec lequel je puisse retracer vingt ans d'affaires sans me souvenir d'un moment d'amertume. Il n'y avait pas toujours communauté d'intérêts, mais toujours droiture de gentilhomme et bienveillance. Ce n'est que dans la position de ministre surchargé d'affaires que j'ai appris à apprécier toutes les bontés et toutes les indulgences que vous avez eues pour moi quand j'étais à Pétersbourg, et parmi mes défauts je n'ai pas celui d'être ingrat.

Ma santé m'oblige toujours de me tenir en dehors des affaires, mais je suis convaincu que je pourrais y rentrer, si jamais mes collègues voulaient me laisser deux mois de repos sans interruption. Toujours j'espère que le Roi voudra bien accueillir ma demande de me dispenser en définitive de toute participation aux affaires intérieures de la Prusse et de restreindre mes occupations à la gestion des affaires étrangères et de celles de l'Empire Germanique. Les affaires intérieures sont celles qui usent mes forces parce qu'elles m'imposent une responsabilité sans autre autorité que celle de la prière et de la persuasion.

v. Bismarck.

266.

Botschafter Graf H. v. Arnim an Bismarck.

Paris, den 17. Januar 1873.

1873
17. 1. Der Dr. Evans theilte mir mit, daß vor einigen Tagen ein von ihm gehegter Verdacht — daß Graf Cavour durch eine Cigarre vergiftet sei — eine ganz positive Bestätigung ge-

funden habe. Er sei fest von der Wahrheit seiner Behauptung überzeugt. — 1873
17. 1.

Auch glaube er aus einigen Aeußerungen, die er gehört habe, schließen zu müssen, daß gewisse Fanatiker seiner Religion — Evans ist Katholik — nicht abgeneigt seien, mit Em. Durchlaucht dieselbe Operation vorzunehmen. — Er bat mich ausdrücklich, Euer Durchlaucht nicht ungewarnt zu lassen.

Die Aeußerung, welche er gehört habe, lasse ihm keinen Zweifel darüber, daß es Personen gäbe, welche Em. Durchlaucht „Lieblingsgewohnheit“ zu Ihrer Tödtung benutzen wollten. — „Does Prince Bismarck smoke much?“ fragte er mich. Auf meine bejahende Antwort sagte er, daß er dann ganz sicher sei, daß die Cavoursche Cigarre eine Rolle spielen soll. Ich bemerke incidenter, daß vergiftete Cigarren auch in Lissabon im Jahre 1872 bei den vielen Todesfällen in der Königsfamilie eine Rolle spielten.

Wir erscheinen dergleichen Dinge immer sehr unwahrscheinlich. Indessen wäre das Kunststück, Ihnen eine Kiste vergifteter Cigarren zu schenken, nicht sehr groß, namentlich wenn der Geber keine Scheu hat, gleichzeitig noch mehrere andre Personen aus Versehen mit um das Leben zu bringen.

Dr. Evans schien selbst von dem Ernste seiner Befürchtungen überzeugt zu sein. Daher habe ich es nicht auf mich nehmen wollen, die Sache unerwähnt zu lassen.

Arnim.

267.

b. Scheele an Bismarck.

Berlin, 9. 4. 73.

Euer Durchlaucht

hoher Erwägung darf ich gehorfsamst anheimstellen, ob Hoch- 1873
Sie den Herrn Miquel zu Sich bescheiden lassen möchten, um 9. 4.

1873
9. 4. ihn für Einbringung des Reichs-Eisenbahngesetzes — in der nunmehr beliebten abgekürzten — Form zu interessiren. Beide über das Reichseisenbahnwesen vom Reichstage angenommenen Anträge führen den Namen Miquél. Schon deßhalb möchte, von der unter den parlamentarischen Großwürdenträgern herrschenden Eifersucht ganz abgesehen Herr Miquél einen stärkeren Anspruch auf ein freundliches Wort des Herrn Reichstanzlers haben, als Herr Bamberger, und ich glaube ausreichenden Grund zu der Befürchtung zu haben, daß ohne gemeinschaftliches Vorgehen Miquéls und Bambergers Euer Durchlaucht Absicht scheitern könnte.

Ehrerbietigst und

ganz gehoramsft

Scheele.

268.

Minister B. v. Bülow an Bismard.

Klein Flottbeck, den 29. Juni 1873.

Verehrtester Fürst

1873
29. 6. Mit aufrichtigem Dank für die mir gewährte Frist kann ich Eurer Durchlaucht nunmehr anzeigen, daß ich Ihrer ehrenvollen Aufforderung Folge zu leisten bereit bin, sobald mir die von den Großherzogen von Mecklenburg zu erbittende Entlassung zu Theil geworden seyn wird. Ich enthalte mich auf die ernstesten Bedenken zurückzukommen, welche Mißtrauen in die eigenen Kräfte und so manche andre Erwägung mir nahe legen: nach gewissenhafter Ueberlegung finde ich meine beste Beruhigung darin, daß Eure Durchlaucht jene Bedenken kennen und daß ich, wie viel mir auch sonst mangelt, doch den Werth von Eurer Durchlaucht Vertrauen und die Ehre zu schätzen weiß, unter Ihrer Leitung und in einer solchen Stellung Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reich zu dienen.

Mit Rücksicht auf meine Entlassung darf ich bitten, mich zu verständigen, wann und ob mit Angabe der an mich ergangenen Aufforderung ich dieselbe nachzusuchen haben werde. Was den Zeitpunkt des Eintritts angeht, so war es mein Plan und ist im Hinblick auf eine arbeitsvolle Zukunft fast eine Nothwendigkeit, von hier nach Marienbad zu gehen; indem ich um das Programm meines Eintritts und der nächsten Monate bitte, erlaube ich mir nur hinzuzufügen, daß etwas Freiheit ein dankbar anerkanntes Geschenk seyn wird, ich übrigens selbstverständlich zu Eurer Durchlaucht Disposition stehe.

Genehmigen Eure Durchlaucht auch heute den Ausdruck der treuen Ergebenheit und Verehrung, in der ich bin

Eurer Durchlaucht

ganz gehorsamster

B. Bülow.

269.

Bismarck an Minister B. v. Bülow.

Barzin 7 Juli 1873.

Verehrter Freund

Mit verbindlichstem Dank habe ich Ihr Schreiben vom 29sten erhalten und bitte nun meinerseits um eine Frist Behufs der weitem Entwicklung, die durch meine Trennung von Sr. Majestät eine schwierige ist und eine Störung der eingetretenen Ferien herbeiführen kann, wenn Empfindlichkeiten explodiren. Wie ich Ihnen sagte, versagt der Kaiser die Ernennung Balans, nachdem der letztere seit fast einem Jahre die Geschäfte geführt hat. Ich habe zu starke andere Frictionen zu überwinden, um aus dieser von Sr. Majestät abhängenden Personalfrage eine Cabinetfrage zu machen. Aber ich möchte auch Balan, der das nicht verdient, nicht kränken, ich muß dies,

1878
7. 7. soweit es geschieht, Sr. Majestät überlassen. Das Programm der nächsten Zeit würde sein: daß ich den Kaiser von dem Inhalte Ihres Schreibens benachrichtige, aber um Aufschub der Entscheidung bis zum 1 September bitte, wo ich Se. Majestät in Berlin zu sehen hoffe. Bis dahin würde Alles beim Alten bleiben. Geschieht früher etwas, so laufen Sie Gefahr, um Marienbad zu kommen, und ich, zum Kaiser nach Ems gehn zu müssen, weil Balan möglicher Weise die dabei zu Tage kommende allerhöchste Mißstimmung gegen seine Person, an die er bisher nicht glaubt und die er in der That nicht verdient, so empfindlich vermerkt, daß er den Abschied verlangt und die Geschäfte nicht fortführt. Ich werde also Sr. Majestät vorschlagen, die Dinge bis zur Beendigung der verschiedenen Baderkuren im alten Gleise fortlaufen zu lassen. Sollte der Kaiser das nicht wollen, so benachrichtige ich Sie ohne Verzug, ich denke aber, Se. Majestät werden einsehn, daß für die nächsten Wochen Jedermann der Ruhe bedarf und Sie des Marienbades. Bis zum Eingang der allerhöchsten Antwort werden ohnehin 8 bis 14 Tage vergehn, und wenn ich remonstriere, nochmal so viel, so daß ich denke, wir können uns einstweilen noch beiderseits der Sommerfreiheit erfreuen.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in alter Freundschaft

der Ihrige

v. Bismarck.

270.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Durchlauchtigster Fürst!

1878
26. 7. Auf meiner Reise in die Hohenzollernschen Lande habe ich die Marken Deutschlands nicht betreten können, ohne noch in

unmittelbarerer Weise als in der Ferne des Mannes zu ge- 1878
denken, der Deutschland zur Einheit und zu nie gekannter 26. 7.
Größe geführt hat. Diese Gefühle konnten in mir nicht rege
werden, ohne gleichzeitig dem Wunsche Raum zu geben, Eurer
Durchlaucht auf dieser Reise zu begrüßen und Ihnen meine
Berehrung persönlich auszudrücken. — Ich glaube als Fürst
von Rumänien die Eigenschaften eines deutschen Fürsten nicht
verläugnet zu haben und würde mich glücklich schätzen, mich
mit Eurer Durchlaucht über die Verhältnisse an der unteren
Donau unterhalten zu können. Der Macht-Einfluß Deutsch-
lands hat, Dank der Politik Eurer Durchlaucht eine Peripherie
erhalten, die weit über die Grenzen Rumäniens hinausliegt,
und so dürften die Zustände des letzteren für Euerer Durch-
laucht von besonderem Interesse sein.

Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung verbleibe ich

Eurer Durchlaucht

Bad Innau,

ganz ergebener

26. Juli 1873.

Carl.

Randbemerkungen Bismarcks:

Wo liegt Innau?

Wie lange bleibt der Fürst in Deutschland, und wo?

Anlagen.

I.

Ganz gehorsamste Meldung.

Bad Innau liegt in Hohenzollern-Neckingen, ist Post- 1878
station (nächste Eisenbahnstation Gmach). 4. 8.

Fürst Carl bleibt, nach Mittheilung seines Bruders, des
Prinzen Friedrich v. Hohenzollern, noch 14 Tage bis 3 Wochen
in Innau und wollte dann die Rückreise nach Bukarest an-
treten.

4. Aug. 1873.

Radowitz.

Bemerk von Bismarcks Hand:

1873 Ich bitte nach Maßgabe der Anlage womöglich zu er-
4. 8. mitteln, was der Fürst beabsichtigt*), ob er erwartet, daß ich
nach Imnau komme, was mir nicht möglich ist, ob er mir die
Ehre erzeigen will, mich hier zu besuchen, oder ob er darauf
rechnet, mich am 2 Sept. in Berlin zu sehen.

v. B.

II.

Ganz gehorjamste Meldung.

1873 Fürst Carl von Rumänien ist gestern 10. August nach
11. 8. Sigmaringen gereist, wo er bis zum 21. d. M. bleiben will.
Am 25. will der Fürst von Wien die Rückreise nach Rumänien
antreten; er hatte nicht die Absicht, vorher nach Berlin zu
kommen. Den Zeitungsnachrichten gemäß hatte der Fürst
geglaubt, vielleicht in dieser Zeit Eurer Durchlaucht in Wien**)
begegnen zu können.

11. August 1873.

Radomitz.

Bemerk von Bismarcks Hand:

Bitte mir Antwort zu entwerfen, mit entsprechenden Redens-
arten und Bedauern, daß Gesundheit mich hier festhalte.

271.

Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, den 10. October 1873.

Eure Durchlaucht

1873 wollen mir gestatten, der offiziellen Meldung meines Dienst-
10. 10. antritts vor Allem die Bitte hinzuzufügen, mir das Vertrauen

*) Fürst Carl beabsichtigte den Rath Bismarcks wegen seiner ge-
planten Unabhängigkeits-Erklärung einzuholen, Aus dem Leben des
Königs Carl von Rumänien II 328.

**) Beim Besuch der Weltausstellung.

zu bewahren, dem ich diese Stellung und das volle Heimaths- 1873
recht im Deutschen Reiche danke. Herr v. Balan hat mich in 10. 10.
diesen Tagen sehr zuvorkommend und sehr instructiv in den
Gang und die Pflichten der laufenden Geschäfte eingeführt, —
die Tage sind mir aber besonders deshalb nützlich und lieb
geworden, weil ich in der Werkstatt sofort Hand und Geist des
Wertmeisters in Action fand und in deren belebender und er-
leuchtender Erkenntniß meinen Weg schon finden werde.

Der Großherzog von Schwerin hat mich bei meiner
zweiten Anwesenheit sehr gnädig und in der reichsfreundlichen
Gesinnung, die der vortreffliche Herr immer hat und bewährt,
entlassen. Ich danke dem Großherzog meine besten Mecklen-
burgischen Erinnerungen und habe mich sehr über die Worte
gefremt, mit denen er mir beim Abschied sein Bild zum An-
denken versprach.

Beim hiesigen diplomatischen Corps scheint das *mot d'ordre*
zu seyn, mich freundlich willkommen zu heißen — ich werde
hoffentlich in den Beziehungen den rechten Weg finden. Ich
habe meinen bisherigen deutschen Collegen und den meisten
andern, namentlich Herrn v. Dubril und Bancroft*) Besuche ge-
macht. Mr. de Gontaut-Biron hat mir aus Baden-Baden ein
Paar Zeilen geschrieben *pour m'offrir tous les compliments à*
l'occasion de mes nouvelles fonctions — ich habe ihm ebenso
artig in allgemeinen Phrasen geantwortet — weniger angenehm
war ein Besuch des französischen interimistischen Geschäftsträgers
Debains (den ich seit alter Zeit kenne und dem ich nicht traue)
der mich auf der Treppe überfiel und von allem Möglichen zu
reden suchte, übrigens sehr in der Coloratur einer neuen Re-
stauration. Herr v. Dubril sagt mir, daß er aus allen Be-
gegnungen mit Franzosen, welcher Parthei sie auch angehörten,
in Baden wie in der Schweiz den Eindruck mitgebracht, daß

*) Gesandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

1873 es sich nur noch darum handle, ob Henri V. in den nächsten
10. 10. Wochen oder zum Frühjahr proclamirt werde: er persönlich glaube mehr an das Interim einer Lieutenant-Générale nach Proclamirung der Monarchie, — ein solches Umding würde dann wohl dem Character des Prätendenten ansprechen, aber schwerlich seinen Hoffnungen: mir scheint undenkbar, daß die Franzosen so lange ruhig in einer Art Winterschlaf die Restauration erwarten sollten.

Mit aufrichtigstem Dank für die durch Herrn v. Radowicz übermittelten Grüße und Bestellungen darf ich mir die Anfrage erlauben, ob Em. Durchlaucht mein Erscheinen in Barzin vor oder nach der Wiener Reise*) genehmer seyn werde? Ich bin jederzeit mit größter Freude bereit einer telegraphischen oder anderweitigen Bestimmung zu folgen, um so mehr, als sich mit jedem Tage des Vernehmens hier auch die Augenblicke mehren, wo ich gerne eine Frage frei hätte.

In treuer Verehrung verharre ich

Em. Durchlaucht

ganz ergebenster

B. Bülow.

272.

Kriegsminister Graf Roon an Bismarck**).

Neuhof bei Oeslau (Coburg) den 12. Octbr. 73.

1873 Nachdem ich Sr. Majestät vor einigen Tagen meine Bitte
12. 10. um Enthebung von den mir anvertrauten Staatsämtern adressirt habe, wende ich mich, unter Anrufung unserer alten Freundschaft, an Sie, mein theurer Fürst, um Sie inständigst

*) Bismarcks zur Weltausstellung.

**) Nach einem Concept veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten Bd. III (4. Aufl.) S. 363 ff., hier genau nach dem Original, das einige kleine Abweichungen aufweist.

zu bitten, meinem Gesuche nach Kräften Vorschub zu leisten. 1873
Ich bin ganz fertig mit meinen geringen Fähigkeiten für den 12. 10.
öffentlichen Dienst und daher fest entschlossen, die mir obliegenden
Amtsgeschäfte nicht wieder zu übernehmen; es widerstrebt
meinem Ehrgefühl noch länger etwas zu scheinen, was ich nicht
sein, wenigstens nicht mehr sein kann; es verstieße wider Pflicht
und Gewissen, alle Ehren und Vorzüge meiner Stellung fort-
zugenießen mit dem Bewußtsein einer totalen Leistungsunfähig-
keit wenigstens für jede amtliche Stellung, welche von ihrem
Inhaber eine regelmäßige und andauernde Thätigkeit, nicht
bloß gelegentliche Impromptus oder irgend eine zufällige
rhapsodische Leistung verlangt. — Auch habe ich die Ueber-
zeugung meiner Entbehrlichkeit — vielleicht schon zu spät —
gewonnen; dafür ist dieselbe aber gegenwärtig so stark, daß ich
ihr unmöglich untreu werden kann.

Ueberraschen wird mein Entschluß Niemand, Sie mein
verehrter Freund, am wenigsten, der Sie meine wachsende Hin-
fälligkeit seit Jahren beobachten konnten, auch wenn diese Hin-
fälligkeit nicht durch meine 71 Jahre und die letzten 14 Jahre
meiner Vergangenheit hinreichend motivirt wäre.

Ich habe Se. Majestät gebeten, den General v. Rameke
an meiner Stelle zum Kriegsminister zu ernennen, da das
Siamesenthum mit mir ihm je länger je unerträglicher werden
mußte und jedes Provisorium je früher desto zweckmäßiger zu
Ende gehen muß. — Zugleich aber habe ich auch dringend gebeten,
das Minister-Präsidium von mir zu nehmen, welches von An-
beginn an den Stempel des Provisoriums gleichfalls vor der
Stirn trug. Mag es sein, daß der Bestand des Ministerii aus
politischen Gründen vor den Wahlen nicht alterirt werden
sollte. Aber — selbst wenn ich deshalb auch noch kurze Zeit
innerhalb des Staats-Ministerii mit meinem Namen figuriren
müßte — ich bin außer Stande, die Geschäfte wieder zu über-
nehmen, und erbat daher von Sr. Majestät auch die Fortdauer

1878 meines Urlaubs, um dem Rathe der Aerzte folgend den Winter
12. 10. im Süden zuzubringen.

Vielleicht erscheinen meine Entschliessungen Seiner Majestät erheblich genug, um mit Ihnen darüber zu conferiren, und erbitte ich daher von Ihrer Freundschaft meinen Standpunkt des non possum wohlwollend zu vertreten, weil ich den Herrn weder erzürnen noch kränken möchte, sondern den größten Werth auf die Erhaltung seiner gnädigen Gefinnungen lege. Wenn Se. Majestät das Widersinnige befehlen sollte, daß ein alter Diener fortbienen soll, selbst wenn er es nicht kann wie ich: so werde ich natürlich auch meinen letzten Athem hergeben; einen andern Zweck hätte es aber nicht.

Zum Schluß dieser Zeilen, die Sie als amtliche nicht ansehen werden, denn sie sind *par excellence* privative und freundschaftliche — erlauben Sie mir, Ihnen aus vollem Herzen nochmals mein „*Adelante adelantador atrevido!*“ zuzurufen und Gottes Segen für Ihr ferneres gedeihliches und großartiges Wirken zu erflehen, und das werde ich immer thun, bis an mein vielleicht nicht mehr fernes Lebensende, gleichviel ob ich auf der Bühne oder im Zuschauerraum meinen Platz habe.

In aufrichtiger Treue

Ihr

v. Noon*).

273.

Finanzminister Camphausen an Bismarck.

Berlin, den 10. November 1873.

Eurer Durchlaucht

1873 zeige ich ehrerbietigst an, daß mir heute früh die Allerhöchste
10. 11. Ordre zugegangen ist, durch welche Se. Majestät auf Ihren

*) Bismarck's Antwort vom 20. November 1873 s. Bismarck-Jahrbuch III, 801 ff.

Antrag mich zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums zu ernennen geruht haben. Ich eile Ihnen für das Vertrauen, das Sie zur Stellung dieses Antrages bewogen hat, wiederholt meinen aufrichtigen Dank zu sagen und die Versicherung hinzuzufügen, daß ich eifrig bestrebt sein werde, in dem erweiterten Wirkungskreise sowohl Eurer Durchlaucht nationale Politik, soweit meine Kräfte reichen, zu unterstützen als auch von den Lasten der Geschäftsleitung so viel als thunlich Ihnen abzunehmen. 1873 10. 11.

Ich setze voraus, daß Eure Durchlaucht während des Aufenthaltes in Varzin mit den preussischen Gesetzentwürfen, wenn sie nicht von besonderer Wichtigkeit sind, nicht bebelligt zu werden wünschen, und werde vorläufig bis auf anderweite Bestimmung hiernach verfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenster

Camphausen.

274.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 10. Nov. 1873.

12 Uhr 55 M. N.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

Désolé que santé et saison m'empêchent aller à Varzin. Si la vôtre ne s'y oppose, serais heureux de vous serrer la main à Dirschau. Pourrais y être jeudi matin. Veuillez me télégraphier, si cela vous convient. Si retard que je ne prévois pas surgissait, vous en préviendrais à temps par télégraphe. 1873 10. 11.

Gortschakow.

275.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

Telegramm.

Varzin 10 11 1873.

Chancelier Prince Gortschacow

Berlin.

1873 Depuis dix jours un mal de gorge assez pénible et même
10. 11. un peu suspect au dire du médecin me retient chez moi. A
mon grand regret je suis pour le moment hors d'état de
voyager et ne puis aller vous embrasser en route.

v. Bismarck.

276.

Fürst Gortschakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 11. Nov. 1873.

9 Uhr 30 M. B.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

1873 Je déplore perdre chance de vous serrer la main et garde
11. 11. conviction que nous continuerons à nous entendre même à
distance. L'essentiel est qu'une santé aussi précieuse à l'état
et à vos amis ne soit exposée à aucun risque. Je quitte
Berlin demain soir. Veuillez faire mes sincères hommages
à la princesse.

Gortschakow.

277.

König Albert von Sachsen an Bismarck.

Dresden, den 19. Nov. 1873.

Verehrter Fürst.

1874 erbieten des Ministers Pfeuffer Gebrauch zu machen, einen er-
6. 7. fahrenen und umsichtigen Bayrischen Polizeibeamten während Anwesenheit des Fürsten in Nissingen zu stationiren. Aus derselben Rücksicht habe ich Herrn v. Madai veranlaßt, einen hiesigen zuverlässigen Agenten dorthin zu senden — der Bayrische heißt Gehret, der diesseitige ist der rühmlich bekannte Polizei-Inspector Weber. Die beiden Herren sind angewiesen, sich mit einander in Beziehung zu setzen, werden übrigens das rücksichtsvollste Incognito beobachten. Se. Durchlaucht braucht die Anwesenheit derselben nur, wenn die Umstände Ihnen solches wünschenswerth oder zweckmäßig machen, zu erfahren: ich gebe Ihnen aber anheim, Sich gelegentlich mit Weber in Beziehung zu setzen. Ich weiß genug von geheimer Polizei und den Stimmungen der katholischen Pfaffen, um Nissingen nicht für absolut ungefährlich zu halten. Deus avertat und segne die Cur.

Mit allen guten Wünschen und aufrichtig ergebenst

B. Bülow.

279.

Finanzminister Camphausen an Bismarck.

Berlin den 9. Juli 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 beehre ich mich über den Gang der mit dem Abgeordneten
9. 7. Dr. Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthschaftlichen Ministeriums gepflogenen Verhandlungen eine ganz ergebenste Mittheilung zu machen.

Gemäß der am 2. l. M. getroffenen Verabredung habe ich den Handelsminister Dr. Achenbach ersucht, sich in geeigneter Weise, ohne vorläufig das Staatsministerium zu engagiren, mit dem p. Friedenthal zu benehmen, um zu erfahren, ob er bereit

1874 bei Erstattung des Immediatberichtes, der bis zum Anfang
19. 7. September auszusehen sein dürfte, zu benutzen sein. Sofern
Eure Durchlaucht den Friedenthal vorab noch sprechen wollen,
wird er sich auf ergehende Aufforderung einfinden. Für jetzt
haben wir Sie damit verschonen wollen.

Eurer Durchlaucht haben die mittlerweile in Bezug auf
die katholischen Gesellenvereine erlassenen Verfügungen erhalten,
auch mit dem Grafen Eulenburg persönlich über diese An-
gelegenheit konferirt.

Morgen will ich die bisher verschobene Erholungsreise
endlich antreten. Mögen Eure Durchlaucht die durch das ab-
scheuliche Attentat unterbrochene Kur mit bestem Erfolge be-
enden! Dies wünscht von ganzem Herzen

Ihr
treu ergebener
Camphausen.

282.

Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, 4. August 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 darf ich für die gütige und gute Zuschrift den herzlichsten und
4. 8. erfreuten Dank aussprechen. Das Autograph, gerade drei
Wochen nach dem Attentat wird als Schatz aufbewahrt werden
und als Erinnerung an das, was damals geschehen ist und
was ohne Gottes Beistand geschehen seyn würde.

Eurer Durchlaucht successive Aufträge sind besorgt oder
doch in Gang gesetzt. Der Cultusminister dankt für die dem-
selben gestern von mir gemachte Mittheilung, im Uebrigen
träfen Euler Durchlaucht Bemerkungen gerade den Punkt, der
ihm am schwersten auf dem Herzen liege: die Apathie oder gar
Opposition des gläubigen Theils der evangelischen Geistlichkeit.

1875
6. 1.

1. ein für sämtliche Herren Staats-Minister bestimmtes Promemoria, die Währungs- und die Bankfrage betreffend vom 19. Sept. v. J.,
2. Abschrift meiner Immediat-Eingabe vom 12. Okt. v. J., worin ich mich über meine Nichtzuziehung zu den Staats-Ministerial-Berathungen über die Bankfrage beschwere,
3. Abschrift des Bescheides, welchen ich in Folge dieser Eingabe von meinem Herrn Chef unterm 15. October v. J. erhalten habe und worin mein Verlangen für unberechtigt erklärt wird,
4. Abschrift meiner Antwort auf diesen Erlaß vom 16. October v. J.

zur hochgeneigten Kenntniß ganz gehorsamst zu überreichen.

Das Promemoria unter No. 1. war, wie gesagt, für sämtliche Herrn Staats-Minister bestimmt. Daß sie dasselbe nicht erhalten haben, liegt nicht an mir, ich bitte Ew. Durchlaucht aber ehrerbietigst, nicht weiter in mich dringen zu wollen, warum die Absendung unterblieben ist, weil ich dadurch einem Manne schaden würde, der mir wohl will und in der besten Absicht gehandelt hat. — Die übrigen Schriftstücke werden für sich selbst sprechen, sie haben aber weiter keine andere Folge gehabt, als daß ich von allen weiteren Verhandlungen über die Bankfrage ganz consequent ferngehalten bin. Die alleinige Schuld hieran trägt nach meiner festen Ueberzeugung der Herr Finanz-Minister, der mich nicht aufkommen lassen will, weil er glaubt, daß ich die vielen und folgenreichen Fehler, welche in der Bank- wie in der Münz-Politik unter seinem dominirenden Einfluß begangen worden sind und uns in die jetzige mehr als bedenkliche Lage gebracht haben, schonungslos aufdecken werde, wenn ich dazu Gelegenheit erhalte.

v. Dechend.

286.

Minister v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 7. Juni 1875.

Em. Durchlaucht

1875 bitte ich ganz ergebenst, mir gestatten zu wollen, unmittelbar
7. 6. und in privater Weise gegen Hochdieselben über einen Gegenstand mich auszusprechen, bezüglich dessen ich mit meinen Collegen im diplomatischen Ausschuss des Bundesraths ohne Vorwissen Em. Durchlaucht mich nicht ins Benehmen setzen möchte.

Die Thatfache, daß, während in jüngster Zeit Kriegsbefürchtungen in so eigenthümlicher Weise Europa beunruhigt haben, die deutschen Bundesregierungen in ihrer Kenntniß von Existenz, Grund und Tragweite einer Krise auf nicht zuverlässige Zeitungsnachrichten sich beschränkt sahen, dürfte es rechtfertigen und nicht als unbescheiden oder vordringlich erscheinen lassen, wenn die Vertreter der Regierungen sich die Frage vorlegen, ob ein solches Verhältniß nicht der Besserung bedürftig und fähig und ob sie nicht einen Anstoß hiezu zu geben befugt und verpflichtet seien.

Deutschland setzt das größte, ein nie dagewesenes Vertrauen in die völkerrechtliche Vertretung des Reichs durch Se. Majestät den Kaiser, in die Leitung der deutschen Politik durch Em. Durchlaucht feste und glückliche Hand. Immerhin ist zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs, wenn dessen Gebiet nicht durch einen Angriff bedroht, die Zustimmung des Bundesraths erfordert und besteht im offenbaren Zusammenhang hiermit im Bundesrath ein besonderer Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten.

Gewiß ist dieser Ausschuss nicht zu eigentlicher Theilnahme an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berechtigt

1875 liegen und Wünsche der Bundesregierungen ein offenes und
7. 6. geneigtes Ohr haben.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Versicherung meiner
verehrungsvollsten Gefinnungen.

Mittnacht.

287.

Bismarck an Minister v. Mittnacht.

Barzin 16 Juni 1875.

Verehrtester Herr College

1875 Ihr gefälliges Schreiben vom 7 c. bietet mir einen will-
16. 6. kommenen Anlaß zu einer Aussprache, die umgehend erfolgt sein
würde, wenn ärztliche Rücksichten mir nicht hinderlich gewesen
wären. Ich sehe in Ihrem Schreiben einen Ausdruck reichs-
freundlichen Vertrauens, von dem ich bedaure, daß er nicht auch
von anderer Seite stattgefunden hat. Das Deutsche Reich kann
keine Politik erfolgreich treiben, die nicht von den im Innern
maßgebenden Factoren, dem Bundesrath und dem Reichstage,
für richtig erkannt wird. Um die letzteren zur Beurtheilung
derselben im Stande zu erhalten, ist eine fortdauernde Fühlung
der durch sie vertretenen Nation mit der Reichspolitik noth-
wendig, und diese Fühlung wird, soweit sie der actenmäßigen
Grundlage entbehrt, falsch beeinflusst durch die Publicistik, auf
deren Gebiet die Reichspolitik sich nicht derselben zuverlässigen
Unterstützung erfreut, deren die Regierungen andrer Länder be-
züglich ihrer Stellung zum Auslande in der Regel sicher sind.

Während der in den letzten Monaten von allen Gegnern
des Reichs in und außer Deutschland versuchten Fälschung der
europäischen Situation bin ich wiederholt in Versuchung gewesen,
dem gerade versammelten Preussischen Landtage die wirkliche
Situation und den wahrscheinlichen Ursprung der Entstellung

1875 der friedlichen Reichsinteressen und also auch den Intentionen
16. 6. aller hohen Reichsgenossen entspräche. Eine offene Aussprache
über die Ziele und die Maßnahmen der Reichspolitik wird
meinerseits mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers jedesmal
ohne Anstand stattfinden, wenn sie den leitenden Ministern
der im diplomatischen Ausschuss vertretenen Souveräne gegen-
über erfolgen kann; es würde sich nur um die Herbeiführung
der Begegnung handeln. Unter welchen Modificationen der
bestehende diplomatische Ausschuss dazu förderlich werden kann,
darüber würde ich gern auf jeden Vorschlag erwägend eintreten,
namentlich wenn er von Eurer Excellenz oder von einer so
wohlvertretenen Regierung wie die Kgl. Württembergische, auch
durch deren ständigen Gesandten zunächst vertraulich an mich
gelangte. Jedenfalls bin ich Eurer Excellenz amtlich und persön-
lich dankbar für die freundliche Anregung des für die Fort-
bildung der Reichseinrichtungen so wichtigen Gegenstandes.

Genehmigen Eure Excellenz die Versicherung meiner Ver-
ehrung und Ergebenheit.

v. Bismarck.

288.

Minister v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 11. Juli 1875.

Em. Durchlaucht

1875 hochverehrliches Schreiben vom 16. vor. Mts. habe ich zu er-
11. 7. halten die Ehre gehabt. Ich sage vor Allem meinen ganz er-
gebensten Dank für dasselbe.

Am 7. d. Mts. und heute hatte ich Gelegenheit, den Gegen-
stand im Allgemeinen mit dem Kgl. Bayrischen Staatsminister
Herrn v. Pfretschner, der im Wildbad eine Cur gebrauchte und
heute zurückreiste, zu besprechen. Herr v. Pfretschner sagte mir,
die Nichtactivität des diplomatischen Ausschusses werde in der neu

1875 Randbemerkungen Bismarcks:

11. 7. 1) schwerlich. 2) Dann muß er sie thun. 3) Ohne Verfassungsänderung? 4) ja! 5) hier.
-

289.

Minister v. Pfretschner an Bismarck.

Durchlauchtiger Fürst,

Hochverehrtester Herr Reichskanzler!

- 1875 Wie Ew. Durchlaucht ermessen können, hat die bekannte
12. 8. Frage des Bundesrathsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten mich schon vielfach beschäftigt. Ich habe auch im vorigen December gelegentlich meiner Anwesenheit in Berlin mit dem Herrn Staatssecretär v. Bülow einen Meinungsaustausch hierüber gepflogen.

Es ist nun mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß bei den Verhandlungen des bevorstehenden bayrischen Landtags, welche für die kgl. Regierung unter den eigenthümlichen Parteiverhältnissen des Landes mehrfache Schwierigkeiten in Aussicht stellen, auch die Frage jenes Ausschusses wieder zur Sprache kommen wird und aus der bisherigen geringen Thätigkeit desselben Angriffe und Vorwürfe für die Regierung und speciell für meine Person, werden abgeleitet werden.

In der That hat der 8. Ausschuß während der letzten Jahre vollständig geruht, so daß ich einer derartigen Discussion gegenüber mich ohne Zweifel in einer schwierigen Stellung befinden werde. Denn mit so lebhaftem Danke ich auch die von der bundesfreundlichen Gesinnung Ew. Durchlaucht ins Leben gerufenen Depeschenmittheilungen erkenne, so muß ich doch bezweifeln, ob die Gegner im Landtage zugeben werden, daß in diesen Mittheilungen ein ausreichender Vollauf der betr. Verfassungsbestimmung oder ein genügender Ersatz hierfür zu erblicken sei.

290.

Bismarck an Minister v. Pfretschner.

Barzin 27 August 1875.

Geehrter Herr College

1875 Auf Ihr gefälliges Schreiben bezüglich des diplomatischen
27. 8. Ausschusses beehre ich mich in derselben privaten Form und vorbehaltlich mündlicher Besprechung einstweilen zu erwidern, daß ich gern jeder Entwicklung unserer gemeinsamen Institutionen förderlich sein werde, welche den Wünschen der hohen Regierungen und den nationalen Interessen entspricht. In dieser Richtung würde ich auch der Frage des diplomatischen Ausschusses bereitwillig näher treten, sobald sich Gelegenheit bietet, dieselbe mit Eurer Excellenz und andern Collegen vertraulich und mündlich zu erörtern. Die Schwierigkeiten, welche dabei zur Sprache kommen, sind von der Natur, daß ich schriftliche und zu weiterer Besprechung geeignete Vorschläge meinerseits nicht machen kann.

Daß die Frage auf dem bayrischen Landtage von Seiten der Gegner der Regierung mit Erfolg wird ausgebeutet werden können, glaube ich kaum. Die Herrn, welche sie anregten, würden ihren nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen. Dieselben würden geltend machen, daß Art. 8 der Verfassung dem Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten keine andre Aufgabe stellt, als den anderen Ausschüssen, d. h. die der Berichterstattung, welche der Bundesrath über die aus dem Geschäftskreise des Ausschusses an ihn gelangenden Vorlagen und Anträge erfordert. Diese Aufgabe tritt in ihrer vollen Wichtigkeit zu Tage, wenn der Fall des Art. 11, Alin. 2 eintritt, der bisher glücklicherweise nicht vorgelegen hat*); sie kann auch in Folge der Alin. 3 Art. 11 an den Ausschuss herantreten, es sind aber bisher Verträge mit dem Auslande

*) Kriegserklärung ohne vorausgegangenen feindlichen Angriff.

1875 un profond regret que je renonce à l'espoir, caressé jusqu'au
18. 10. dernier moment, d'accompagner mon auguste Maître, de rendre mes hommages à Sa Majesté le Roi, de renouer les relations politiques et personnelles avec Votre Excellence et de revoir Votre beau pays. Aussi dans le désir, que Vous me connaissez, de cultiver les relations amicales qui existent entre l'Allemagne et l'Italie et dont le maintien est d'un si grand prix pour les deux pays, ne puis-je me désister que difficilement d'une entrevue avec Votre Excellence.

Je vous prie d'être auprès de S. M. le Roi l'interprète de mes sentiments et d'agréer l'assurance renouvelée de ma considération la plus distinguée.

v. Bismarck.

292.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

5 Dez. 75.

1875 Die Kronprinzessin und ich bitten Sie Ihrer Tochter in
5. 12. unserer Beider Namen zu sagen, daß wir ihr aus tiefstem Mitgefühl nachempfinden, wie schwer sie an dem so unerwartet und plötzlich eingetretenen Tode ihres Bräutigams*) zu leiden hat.

Nach den bangen Wochen abwechselnden Zagens und Hoffens tritt die erschütternde Wirklichkeit eines solchen Verlustes wahrhaft grausam an das jugendliche Gemüth der Braut heran!

Aber auch Ihrer und der Fürstin gedenken wir mit aufrichtiger Theilnahme und ver setzen uns in die bekümmerte Stimmung, die sich Ihrer bemächtigen muß, nachdem so schöne, frohe Hoffnungen für das Wohl der geliebten einzigen Tochter nun geschwunden sind.

*) Des Grafen Wendt zu Eulenburg.

1876 daß ich mich entschieden gegen den f. g. Arnimparagraphen der
1. 1. Strafgesetznovelle*) ausgesprochen habe. Ich lege zu großen
Werth auf das Vertrauen, mit dem Euer Durchlaucht mich zu
beehren die Güte haben, um dasselbe der Gefahr auszusetzen,
durch böswilliges Gerede erschüttert zu werden. Ich erlaube
mir daher zu erklären, daß jene Erzählung auf Erfindung
beruht.

Ich betrachte den fraglichen Artikel mit großem Gleichmuth.
Wäre das nicht der Fall, so würde ich mir gestattet haben,
meine Bedenken Euer Durchlaucht gegenüber selbst zum Aus-
druck zu bringen. Ich kenne und würdige die Motive, welche
Euer Durchlaucht veranlaßt haben, den fraglichen Gesetzes-
vorschlag vorzulegen. Das was dieser Artikel für die Beamten
des auswärtigen Amtes Bedrohliches haben mag, berührt mich
nicht, da ich stets von dem Grundsatz geleitet werde, ein Bot-
schafter dürfe nur solange im Amte bleiben, als er das Ver-
trauen des Kaisers und des leitenden Staatsmannes besitzt.

Vielleicht ist diese Darlegung überflüssig. Euer Durchlaucht
wollen indeßens daraus ersehen, wie groß der Werth ist, den
ich auf Ihr mitr stets erwiesenes Wohlwollen lege. Ich bitte
darum auch für die Zukunft und schließe, indem ich Euer
Durchlaucht meine aufrichtigen Glückwünsche zum Neuen Jahre
darbringe. Möge Gott Ihnen Kraft und Freudigkeit erhalten,
das schwere Amt auch ferner zum Heile von Kaiser und Reich
fortzuführen.

Mit unveränderter Verehrung

Euer Durchlaucht

treu ergebenster

C. F. v. Hohenlohe.

*) Vgl. Bismarcks Politische Reden VI, 318 Anm. 1.

1878 lich gegenüberstand und noch steht. Bei den Verhandlungen,
8. 1. welche im letzten Sommer bei mir angeregt wurden, ist mir von ultramontaner Seite grade der Dr. Geßlen als der Mann angedeutet worden, der eventuell die ultramontanen Wünsche und Interessen zu vertreten bestimmt sei. Ueber sein Buch kann ich ziemlich unbefangen urtheilen, denn ich habe den speciellen Inhalt der Maigesetze, den ich damit nicht tabeln will, nicht zu verantworten; ich war damals an den Arbeiten des Preussischen Ministeriums nicht theilhaftig und namentlich weder Cultusminister noch Ministerpräsident. Um so unpartheischer kann ich constatiren, daß in den mir bekannten Kreisen der Fachmänner Dr. Geßlens Buch als eine leichte Compilation bezeichnet wird, wie seine Kritik der Falkschen Gesetze jedenfalls von dreifacher Anmaßung, aber nicht von sachlicher Prüfung Zeugniß giebt.

Ich habe Herrn Geßlen auf seinen Wunsch zur Professur in Straßburg vorgeschlagen, in dem guten Glauben, daß es ihm um wissenschaftliche Thätigkeit ehrlich zu thun sei, und daß sein Augustenburger und Hanseatischer Particularismus durch die Herstellung des Reiches versöhnt sein werde. Ich habe mit Bedauern gehört, daß ich mich darin geirrt habe, und er selbst an einem so wunden Punkte wie im Elsaß die Reichsinteressen beseindet.

Es würde mich das Alles nicht abhalten, ihn, wie so manchen Gegner, zu sehen, wenn ich nicht eine Unterredung ohne Zeugen mit ihm scheute, und wenn ich nicht fürchten müßte, daß jeder Verkehr mit diesem Werkzeug confessioneller Intriguen das Mißtrauen der öffentlichen Meinung und insbesondere das meiner Kollegen gegen mich wecken müßte.

v. Bismarck.

1876 worden ist, welcher eventuell bestimmt sei, die ultramontanen
12. 1. Wünsche und Interessen zu vertreten, und ich brauche kaum
zu sagen, daß ich unter diesen Umständen, wie sehr ich auch
an der Hoffnung festhalte, daß diese Andeutung ohne sein Vor-
wissen erfolgt ist und auf einer völligen Verkennung seiner
Gesinnungen beruht, doch die Bedenken für zutreffend erachten
muß, welche Sie einer Unterredung mit ihm entgegengesetzt
haben.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm Rß.

298.

Graf v. Noon an Bismarck*).

Grobniß bei Reichenbach Oberlausitz,
den 15. Februar 1876.

Hochverehrter Freund!

1876 Mit dieser meiner Empfindung für Sie entsprechenden
15. 2. Anrede will ich Ihnen auch heute nahen, da nur der Titel
alter Freundschaft mich allenfalls berechtigt, den vielbeschäftigten
Reichskanzler zu belästigen.

Meinen herzlichsten Glückwunsch zur leidlichen Wiederher-
stellung Ihrer Gesundheit und zur würdigen Verabschiedung
des fast unleidlichen Reichstages zuvor! Mögen beide corpora
sich gesunder wiedersehen!

Der Zweck dieser Zeilen ist indeß weder, Ihnen meine
selbstverständliche Theilnahme zu bezeugen, noch über politische
Geschäfte zu sprechen, deren volles Verständniß mir auf meinem
kaufmännischen Pfad vielleicht nicht möglich, sondern vielmehr,

*) Theilweise veröffentlicht in Noons Denkwürdigkeiten III,
S. 428 f.

1876 in der Beam
15. 2. strenge.

Wenn

Sommer a
erkrankte u
es begreift
Wasser um
wig nicht
setzung m

Und

leicht ge
nur J
alten f
jetzt ni
genug
— lä

rang
fische
dür
letz
un
Ø
r
f

Bismarck an Botschafter Graf Münster.

Kissingen 6 Juli 1876.

Geehrter Freund

1876
6. 7.

Der Kaiser schreibt mir heut über den Inhalt Ihrer Immediatberichte und wünscht in einigen Tagen meinen mündlichen Vortrag darüber. Aus der Umgebung wird mir geschrieben, daß Se. Majestät durch Ihren ersten Bericht sehr bewegt und erregt worden, und diese Erregung sich dem Kaiser Alexander mitgetheilt und dessen Mißtrauen gegen England gesteigert habe. Auch Ihre Majestät die Kaiserin hat davon Veranlassung genommen an Ihre Majestät die Königin Victoria zu schreiben. Ich ersehe daraus mit Beruhigung, daß der auswärtige Dienst durch den Ausfall meiner Mitwirkung nichts an Thätigkeit verliert. Ich werde auch im mündlichen Vortrage nicht im Stande sein, Sr. Majestät über den Inhalt Ihrer Berichte etwas Erhebliches sagen zu können, da nur die Zukunft selbst entscheiden kann, ob und inwieweit Vorhersagungen eintreffen.

Der Bruch zwischen England und Rußland wäre eine große Calamität und ein europäisches Unglück; für uns speciell wäre der zwischen Oesterreich und Rußland noch gefährlicher. Nach den Allerhöchsten Randbemerkungen vermuthet ich, daß Se. Majestät Sie beauftragen wird, beruhigend auf England zu wirken, dessen Kriegslust Sr. Majestät in analogem Lichte erscheint, wie die Napoleons 1870. Wenn sie wirklich zum Ausbruch käme, so würde, wie ich glaube, das Urtheil unseres Allergnädigsten Herrn bei allen mit der Sachlage Vertrauten das allgemeine sein. Wenn Se. Majestät Beruhigungsvorstellungen an England befiehlt, so könnten Sie sich ziemlich an den Text des gegen uns gerichteten englischen Circulars vom Frühjahr 75 halten.

1878 die Vermittelung der Correspondenz der Königlich Sächsischen
1. 11. Regierung mit den Reichsbehörden zufällt.

Ich würde mich glücklich schätzen, wenn es mir gelingen sollte, mir Seiten Eurer Durchlaucht das Vertrauen zu erwerben, von welchem meinem Vorgänger so werthvolle Beweise zu Theil geworden sind, und bitte mir zu gestatten, der Bitte um dasselbe noch neben der dem auswärtigen Amte gemachten officiellen Mittheilung Ausdruck zu geben.

Genehmigen Eure Durchlaucht hierbei die Versicherungen der ausgezeichnetsten Hochachtung, welche ich Eurer Durchlaucht nach Ihrer Rückkehr nach Berlin noch mündlich darbringen zu dürfen hoffe, und mit welcher ich zu zeichnen die Ehre habe als

Eurer Durchlaucht

Dresden

ganz ergebenster

den 1. November

v. Mostik-Wallwitz

1876.

R. Sächs. Staatsminister.

306.

Bismarck an Minister v. Mostik-Wallwitz.

Barzin 18 November 1876.

Eurer Excellenz

1878 danke ich verbindlichst für die freundlichen Worte, mit denen
18. 11. Sie mich bei Uebernahme Ihrer erweiterten Functionen begrüßt haben, und werde ich mich glücklich schätzen, die vertrauensvollen Beziehungen, in denen ich mit Ihrem Herrn Vorgänger seit der Begründung der neuen Reichseinrichtungen zu stehen die Freude hatte, mit Ihnen fortzusetzen. Wenn auch meine Gesundheit mir leider die ununterbrochene Betheiligung an unsern gemeinsamen Arbeiten nicht mehr gestattet, so hoffe ich doch, daß es mir gelingen werde, mir die gnädige Gesinnung,

nation scheint sich allerdings gegen Oestreich zu richten zu wollen; auch die russischen Truppen lassen das vermuthen, indem sie neuerdings mehr O Rischenew zum Pivot nehmen. Unter solchen Anzeichen hier gern jemand haben, durch den ich S. M. König Ludwig mit vollem Vertrauen regelmäßig in halten könnte, und beabsichtige zunächst Baron Werthe läufiger Besprechung hierher zu berufen.

Mit herzlichsten Grüßen von den Meinigen und
der Ihrigen

v. Bi

309.


Gambetta—Bismarck.

1877. 1878.

I. Graf Guido Händel Donnersmard an Bismarck

Hochverehrter Fürst!

Ew. Durchlaucht verzeihe ich nicht für den Fall, daß die Werth für Ihre Dispositionen sein sollte, ergebenst mit der Hoffnung, daß ich zu Gambetta in derartigen Beziehungen bin, hierher auf das Land Besuch machen kommt. Bei der Beliebtheit des Südländers ist weit mehr Gelegenheit, wie zu sprechen. Uebrigens ist es der einzige Franzose, über deutsche Verhältnisse zuverlässig und genau informiert und zwar auf Grund eigener in den letzten Jahren vieler Anwesenheiten in Deutschland, bei welchen er die Ausstellungen in allen Richtungen offen gehalten hat und die ihm Geschehendes wohl meist nicht gewußt haben dürften, mit wem zu thun hatten. Kann Ew. Durchlaucht Jemand, der Schatten zu halten weiß, und Ihnen von Grund be



1877 ergeben ist, hierbei von Nutzen sein, so steht derselbe Ihnen
17. 10. wie immer ganz zu Diensten.

Ende August ersuchte ich Radomitz, Erw. Durchlaucht zu wissen zu thun, daß ich zuverlässig übersehen kann, daß die französischen Wahlen eine gleiche Zusammensetzung der assemblées nationales bei einer Verringerung der republikanischen Majorität von mindestens 20 Stimmen ergeben würden. Damals wurde ein derartiger Ausfall der Wahlen lebhaft bestritten und nur zwei Eventualitäten — Erfolg der préfets à poigne oder Verstärkung der republikanischen Majorität — für möglich erachtet. Die Wahlen haben inzwischen meine Angaben bewahrheitet.

In bekannter Verehrung

Erw. Durchlaucht

aufrichtig ergeben

Hendel Donnerstags.

Château de Pontchartrain (Seine et Oise)

den 17. October 1877.

II. Graf Herbert Bismarck an Graf Hendel Donnerstags.

Barzin 30. October 1877.

Verehrter Herr Graf!

1877 Mein Vater hat Ihren freundlichen Brief vom 17^{ten} d. M.
80. 10. vor einigen Tagen mit verbindlichstem Danke erhalten. Er bittet Sie, es entschuldigen zu wollen, wenn er Ihnen nicht eigenhändig darauf antwortet, und durch mich dies besorgen läßt; bei dem schonungsbedürftigen Zustande seiner Gesundheit ist aber jedes Schreiben leider immer noch eine angreifende Aufregung für seine Nerven.

Die Beziehungen, welche Sie mit Gambetta unterhalten, sind meinem Vater sehr interessant. Demselben eigentliche direkte Aufträge oder Mittheilungen, sei es auch durch Ihre

Vermittlung, von hier zukommen zu lassen, hält mein Vater aber für Gambetta selbst nicht nützlich und rathsam. Wenn in Frankreich oder auch nur bei den dortigen Republikanern bekannt würde, daß Gambetta irgend welche Verbindung dem deutschen Reichskanzler hätte, so würde ihm das nicht nur bei seinen Landsleuten im Allgemeinen sondern auch bei seiner Partei schaden, und er selbst vielleicht bald als lästig und drückend empfinden, wenn solche vermittelte Berührungen mit dem preussischen Bismarck mancher Hinsicht sich dem ascendant des letzteren nicht entziehen könnte.

Die Eindrücke, welche Gambetta auf Grund seiner letzten Anwesenheiten in Deutschland gewonnen hat, in welchen er sich überzeugt zu haben scheint, daß das deutsche Volk den Frieden wünscht, findet mein Vater sehr freudlich; es kann für die Entwicklung und das Gedeihen der Nachbarländer nur vortheilhaft sein, wenn ein so einflußreicher und überlegter Politiker wie Gambetta diese Ueberzeugung sich befestigt und seinen Landsleuten nach Möglichkeit theilen sucht. Wie Ihnen, verehrter Graf, wohl bekannt wird, ist mein Vater der Ansicht, daß die republikanische Form, wie sie sich bis zum 16. Mai ruhig entwickeln konnte, die einzige in Frankreich ist, welche eine friedliche Gestaltung seiner Beziehungen zu Deutschland dauernd ermöglicht. Die Masse des Volkes ist, wie in allen Ländern der Welt auch in Frankreich und Deutschland, friedliebend, und man kann wohl dreist behaupten, daß die französische Nation einer neuen kriegerischen Verwicklung ebenso abgeneigt ist wie die deutsche. Mein Vater glaubt deshalb nicht, daß wir den Nationalhaß und das Revanchebedürfniß unserer westlichen Nachbarn allein in die Lage gebracht werden würden, in der Zeit einen neuen französischen Angriff abzuwehren zu können.

Mein Vater ist dieser Art zu raisonniren in gegengetreten; einmal hält er es durchaus nicht für lich, daß ein Krieg mit Frankreich in den nächsten J vermeidlich wäre — niemand könne Vorsehung sp wissen, wie die Welt in einigen Jahren aussehen wi jeder Krieg, selbst ein siegreicher, ein Unglück ist, steht und so lange er nicht wirklich ganz unvermeidlich, r Vater nicht dazu rathen. Es wäre ein zu gefährliches (Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen. Ein anzufangen, wäre nicht so schwer; wie er enden würde man aber nie bestimmt wissen. Das Kriegsglück ist w und die einsichtigsten Militairs täuschen sich mitunter Voraussetzungen und Berechnungen. Man hat dastü jetzt ein schlagendes Beispiel in Bulgarien. Wir brau wollen keinen Krieg mit Frankreich, glauben auch, daß nothwendig hereinbrechen muß, so lange der Papst d unbedingt befiehlt. Tritt letzteres einmal ein, so ist a Frieden allerdings kaum mehr zu glauben.

In Vorstehendem habe ich mich bemüht, Ihnen der nach einige Aeußerungen meines Vaters wiederzugeb ermächtigte mich, dies zu thun und bemerkte dazu, Sie beliebigen Gebrauch davon machen.

Mein Vater läßt sich Ihnen vielmals empfehlen bin, mit ausgezeichnete Hochachtung

Ihr ergebenster

Graf Herbert Bisn

III. Graf Hendel Donnersmard an Bismard.

Hochverehrter Fürst,

Die geheime Geschichte der Sinnesänderung Mac W ist in ihren kuriosen Details Ew. Durchlaucht sicher sch

Kuß Bismards Briefwechsel.

82

1877 kannt, ebenso wie, daß Gambetta den Ahtzehner Ausschuß in
23. 12. allein maßgebender Weise leitete, obwohl er sorgfältig vermied
hervorzutreten.

Vorgestern ließ mir Gambetta durch sichere Gelegenheit wissen, Mitte November habe ich ihm meine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, der Reichskanzler werde nie an die Aufrichtigkeit einer französischen Regierung Deutschland gegenüber glauben, so lange dessen auswärtige Politik in clerikalen Händen und Gontaut Botschafter in Berlin sei; er habe mir damals geantwortet, bis Jahreschluß würden diese Hindernisse nicht mehr existiren; die Ernennung eines Protestanten an die Spitze der auswärtigen Politik Frankreichs *) und der Ersatz Gontauts durch St. Vallier, welcher von Hohenlohe als eine Deutschland sympathische und genehme Persönlichkeit bezeichnet worden sei, seien inzwischen erfolgt als Manifestationen des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten; ob dagegen wohl eine Sympathiebezeugung offizieller Art gegenüber der heutigen französischen Regierung, vielleicht unter Bezugnahme auf die bevorstehende Ausstellung, wenn auch unter Aufrechterhaltung unserer Nichtbetheiligung erhofft werden könne; es würde eine derartige Kundgebung dem Ministerio im heutigen Moment sehr willkommen sein.

Ich antwortete ihm heute, ich sei nicht in der Lage dies zu übersehen; jedenfalls sei eine entschiedene Haltung gegen Rom das sicherste Mittel weiterer Annäherung.

Ende Oktober ließen mir Ew. Durchlaucht durch Ihren Herrn Sohn schreiben, es werde Gambetta offenbar bei seinen Landsleuten schaden, wenn er irgend welche Beziehungen zum Prussien Bismarck unterhalte; demgegenüber kann ich nur erklären, daß Gambettas Prestige in seiner Partei ein unbedingtes ist und der Diktator von Tours in derselben Autokrat blieb.

*) Baddington.

Wenn Sie mir die Erlaubniß dazu ertheilen, würde mich nehmen, Gambetta zu Ihnen nach Barzin zu br zwar ganz nach Ihrer Bestimmung entweder öffentlich daß es Jemand erfährt. Es bedarf hierzu nur Ihre Entgegenkommen und Mitwirkung Frankreichs wird Joseph der heutigen Regierung, der Träger der Maj assemblée générale und eines congrès der beiden p tarischen Körperschaften Ihnen in weitester Ausdehnur um das, was er für nothwendig hält zur Herstellun neter vertrauender Beziehungen in Europa, zur Bi des kommerziellen und industriellen Nothstandes zu ernämlich gemeinsame Stellungnahme Deutschlands und reichs gegen Rom, Wiederherstellung des Vertrauens beiden Nationen, beiderseitige Verständigung über das budget.

In aufrichtigster Verehrung

Erw. Durchlaucht

treuergebenster

Hendel Donners

Neudorf, 23. Decbr. 77.

IV. Bismarck an Graf Hendel Donnersmard.

Barzin 28 Dezember

Verehrter Graf

Ihren Brief vom 23 d. M. habe ich mit verbind Danke erhalten und mit vielem Interesse gelesen.

Ueber den Wechsel in der Person des französische schafters habe ich mich außerordentlich gefreut; wenn etwas geeignet war, bei uns das Vertrauen in die fri Gefinnungen Frankreichs zu fördern, so war das die

1877 berufung Gontauts, der sich mit allen dem Reiche feindlichen
28. 12. Bestrebungen in enge Beziehungen gesetzt hatte, und wenn sich
irgend etwas Ausführbares finden ließe, unsere Freude darüber
äußerlich zu bethätigen, so würde das meinen Wünschen ganz
entsprechen. Die Frage der Ausstellung wieder aufzunehmen
würde materiell die Zeit für unsere Aussteller fehlen — damit
geht es also nicht — ich hoffe aber, daß Gambetta auch ohne-
dem über unsere Absichten vollständig beruhigt ist. Mit letzterem
in persönliche Beziehungen zu treten, würde mir ganz erwünscht
sein, — für den Augenblick würde das aber den Kaiser sehr
erschrecken, da Seine Majestät durch Gontaut und andere Ein-
flüsse in Bezug auf republikanische Propaganda wohl sehr be-
arbeitet und mißtrauisch gemacht ist. Außerdem würde ich es
aber in Gambetta's eigenem Interesse auch für verfrüht halten,
wenn er leichtsinnig genug wäre, sich mit mir zu compromit-
tiren; mir liegt an der Schonung seiner Autorität zu viel, um
ihm eine Erschütterung derselben zu erleichtern. Er ist eine der
wenigen in Frankreich noch existirenden autoritativen Naturen,
und bei seiner friedlichen Gesinnung und der immer noch großen
Macht der ihm entgegenstehenden Parteien glaube ich, daß das
Capital, welches in ihm steckt, vorläufig geschont werden muß.
Jedenfalls bin ich Ihnen sehr verbunden, daß Sie auf diese
Weise indirekte Beziehungen hergestellt haben, die ich gern
benutzen und pflegen werde. Ich freue mich, daß Sie meiner
wohlwollend gedenken, und bitte Sie, auf meine Gegenseitigkeit
zu rechnen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

V. Graf Fendel Donnerstagsmarch an Bismarck

(Telegramm.)

Aufgegeben in Paris am 12. 4. 1878 2 Uhr 20 Min. 9

Angekommen in Berlin am 12. 4. 1878 8 Uhr 50 Min. 1

Prince Bismarck

Berlin.

Primeurs demandées pour le moment introuvables
recherches minutieuses. Envoi ne pourra arriver
huitaine. — Détails partent ce soir.

H.

VI. Graf Fendel Donnerstagsmarch an Bismarck

Hochverehrter Fürst.

Angeichts der morgen beginnenden Reichstagsferien
ich Ew. Durchlaucht nachstehendes Telegramm

Primeurs (etc. wie oben).

heute zu und beehre mich folgendes ergeben zu berichten

Sofort bei meinem Eintreffen hier selbst den 6^{ten}
sandte ich zu der in Rede stehenden Persönlichkeit, erhielt
die Antwort, Gambetta sei in Folge Todes seiner Frau
Nizza gefahren und werde mindestens bis Ende dieser
abwesend bleiben; niemand wisse seine Adresse.

Den nächsten Morgen (Sonntag) veranlaßte ich eine
meine nächsten Freunde, welcher ihn seiner Zeit mit zuführen
festzustellen, wohin ihm Briefe oder Depeschen zu senden
oder falls sein Aufenthalt unbekannt bleiben sollte, ob
Beförderung vermittelt werden könne. Nach Ermitteln
seiner intimsten Freunde ergab sich, daß Niemand weiß
er weilt; jedenfalls ist er nicht in Nizza und wahrscheinl.
Erholung wegen irgendwo geborgen. Sobald derselbe

1878 eintrifft, werde ich das Erforderliche vereinbaren und über den
12. 4. Tag des Eintreffens in Berlin sogleich Mittheilung machen.
Zu meiner Ehre

Erw. Durchlaucht
treu ergebener
Hendel Donnersmard.

Paris 25 avenue des champs Elysées
den 12. April 78.

VII. Bismard an Graf Hendel Donnersmard.

Berlin den 14 April 1878.

Berehrter Freund

1878 ich danke verbindlichst für Ihre Mittheilungen und werde mich
14. 4. jederzeit freuen, wenn wir unsern Verabredungen weitere Folge
geben können. Ich würde ohne Rheumatismus heut schon in
Friedrichsruh sein, gehe dahin, sobald ich reisefähig bin, und
bleibe dort bis zum 1 Mai, wenn die Durchreise des Königs
von Schweden mich nicht veranlaßt, einen Tag, ich glaube, es
ist der 20 cr., in Berlin zuzubringen. Die Fahrt ist nur
4 Stunden, ich würde daher auch auf Ihren Wunsch mich
vor dem 1 Mai jederzeit auf den Berliner Zug setzen und
zur Nacht wieder zu Hause sein können. Ob meine Frau mit
folgt, weiß sie noch nicht, jedenfalls aber ist sie sehr dankbar
und erfreut und jeder Kundige imponirt bei dem Anblick der
wundervollen Marſchall Niel*), die Ihr polyglotter Europäer
von Garteninspector hier unbeschädigt und in voller Blüthen-
pracht abgeseht hat. In freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismard.

*) sc. Rosen.

VIII. Gambetta an Graf Fendel Donnersm

Paris ce 22 avr.

Mon cher Comte. Je suis bien confus d'avoir
causer l'embarras de m'écrire le 6 avril sans pouvo
de réponse. Je vous prie de m'excuser, la perte d
qui m'avait atteint, m'a tenu éloigné de Paris pen
semaines sans communication avec personne. Je d
voir demain entre une heure et deux de l'après-midi s
pour vous faire agréer mes regrets et causer avec vo
vous le désirez.

Croyez à mes meilleurs sentiments

L. Ga

IX. Graf Fendel Donnersmard an Bismar

Paris 23 Avril

Fuerst Bismarck

Friedrichsrh Lauenburg.

Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi soir, se
à votre disposition, détails suivent.

H

X. Graf Fendel Donnersmard an Bismar

Hochverehrter Fürst,

Das geneigte Schreiben vom 14. April habe ich
und Freude gehabt zu erhalten. Gambetta, welcher
Abend hier eintraf, verläßt mich soeben, und sandte ich f
Telegramm nach Friedrichsrh:

Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi se
mardi matin à votre disposition, détails suiv

1878

28. 4.

Gambettas Tante, welche seine Ausbildung mit eigenen Entbehrungen veranlaßte und an welcher er mit inniger Liebe hing, starb ohne vorangegangene Krankheit vom Schlage getroffen. Der Tod erschütterte ihn derart, daß er einige Wochen sich von Jedermann abschließen wollte und sich einsam verborgen hielt. Er ist bereit, ganz zu der Ew. Durchlaucht conveniendsten Zeit nach Berlin zu kommen; erwünscht wäre es ihm, nach Wiederbeginn der Sitzungen (29. April) der assemblée nationale nicht zu lange zu fehlen. Um die unnöthige Fahrt von Friedrichsruh nach Berlin und zurück zu vermeiden, habe ich geglaubt in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich unsere Abfahrt von hier auf Sonntag Abend, unser Eintreffen in Berlin Kaiserhof auf Montag den 29. Abends vereinbarte. Den 30^{ten}, an welchem Tage auch die Reichstagsitzungen beginnen, steht Gambetta zur Disposition und erwarte ich Bestimmung Kaiserhof über die Ihnen convenierende Stunde. Selbstredend bleibt die Sache hier vollständig verschwiegen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebenster

Paris 23. April 1878

Henckel Donnerstags.

25 champs Elysées.

XI. Gambetta an Graf Henckel Donnerstags.

Paris ce 24 avril 1878

Cher Monsieur de Henckel.

1878

24. 4.

L'homme propose . . . le parlement dispose. Quand j'ai accepté hier avec empressement, je n'avais pas compté avec l'imprévu, qui nous tient tous en l'échec.

Les questions relatives au ministère de la guerre ont pris les proportions les plus considérables. On me prévient qu'un

grand débat sera ouvert sur le ministère de la guerre
réunion des chambres.

Je ne peux abandonner mon poste parlementaire
pareil moment et laisser derrière moi un incident à
de conséquence.

Je me trouve donc dans la dure nécessité d'ajouter
au moins après la session, qui sera probablement très
l'exécution d'un projet à la réalisation duquel vous avez
un concours si efficace et si sympathique. J'en conserve
vif sentiment de reconnaissance et après la séparation
chambres vous me permettrez, s'il est toujours temps,
appel à votre intervention.

Veuillez agréer avec tous mes regrets l'assurance
sentiments dévoués.

L. Gambetta

XII. Telegramm an Graf Fendel Donnersmarck

Berlin 24. April

Comte Henckel champs Elysées Paris.

Adressat Ihres gestrigen Telegrammes ist krank und
Ihnen sagen, daß er nach Ansicht der Aerzte erst in zehn
vierzehn Tagen nach Berlin wird zurückkehren können*

*) Eine Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Gambetta
später nicht wieder angeregt worden und hat daher nicht stattgefunden
jedoch ist Gambetta nach Mittheilung eines seiner näheren Freunde
später incognito als Tourist in Abwesenheit des Fürsten Bismarck
Friedrichsruh gewesen und hat sich das Innere des Hauses gezeigt

Bei dieser Gelegenheit kann zugleich festgestellt werden, daß
vom Pariser „Figaro“ im Juli 1901 verbreitete Version über
Besuch des Grafen Fendel-Donnersmarck im Jahre 1887 gelegentlich
Schändele-Galles auf der Redaction der „République française“
zutrifft. Der jetzige Fürst Donnersmarck hat die Redactionsräume
Blattes nie betreten, auch zu Niemandem die Aeußerung gethan,

1878 Gambettas Tante, welche seine Ausbildung mit eigenen
23. 4. Entbehrungen veranlaßte und an welcher er mit inniger Liebe
hing, starb ohne vorangegangene Krankheit vom Schlage ge-
troffen. Der Tod erschütterte ihn derart, daß er einige Wochen
sich von Jedermann abschließen wollte und sich einsam ver-
borgen hielt. Er ist bereit, ganz zu der Ew. Durchlaucht con-
venirendsten Zeit nach Berlin zu kommen; erwünscht wäre es
ihm, nach Wiederbeginn der Sitzungen (29. April) der assemblée
nationale nicht zu lange zu fehlen. Um die unnöthige Fahrt
von Friedrichsruh nach Berlin und zurück zu vermeiden, habe
ich geglaubt in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich unsere Ab-
fahrt von hier auf Sonntag Abend, unser Eintreffen in Berlin
Kaiserhof auf Montag den 29. Abends vereinbarte. Den 30^{ten},
an welchem Tage auch die Reichstagsitzungen beginnen, steht
Gambetta zur Disposition und erwarte ich Bestimmung Kaiser-
hof über die Ihnen convenirende Stunde. Selbstredend bleibt
die Sache hier vollständig verschwiegen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebenster

Paris 23. April 1878

Hendel Donnersmard.

25 champs Elysées.

XI. Gambetta an Graf Hendel Donnersmard.

Paris ce 24 avril 1878

Cher Monsieur de Henckel.

1878 L'homme propose . . . le parlement dispose. Quand j'ai
24. 4. accepté hier avec empressement, je n'avais pas compté avec
l'imprévu, qui nous tient tous en l'échec.

Les questions relatives au ministère de la guerre ont pris
les proportions les plus considérables. On me prévient qu'un

grand débat sera ouvert sur le ministère de la guerre dès la 1878
réunion des chambres. 24. 4.

Je ne peux abandonner mon poste parlementaire en un pareil moment et laisser derrière moi un incident aussi gros de conséquence.

Je me trouve donc dans la dure nécessité d'ajourner tout au moins après la session, qui sera probablement très courte, l'exécution d'un projet à la réalisation duquel vous avez prêté un concours si efficace et si sympathique. J'en conserve un vif sentiment de reconnaissance et après la séparation des chambres vous me permettrez, s'il est toujours temps, de faire appel à votre intervention.

Veuillez agréer avec tous mes regrets l'assurance de mes sentiments dévoués.

L. Gambetta.

XII. Telegramm an Graf Hendel Donnersmard.

Berlin 24. April 1878.

Comte Henckel champs Elysées Paris.

Adressat Ihres gestrigen Telegrammes ist krank und läßt 1878
Ihnen sagen, daß er nach Ansicht der Aerzte erst in zehn oder 24. 4.
vierzehn Tagen nach Berlin wird zurückkehren können*).

*) Eine Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Gambetta ist später nicht wieder angeregt worden und hat daher nicht stattgefunden; jedoch ist Gambetta nach Mitteilung eines seiner näheren Freunde später incognito als Tourist in Abwesenheit des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen und hat sich das Innere des Hauses zeigen lassen.

Bei dieser Gelegenheit kann zugleich festgestellt werden, daß die vom Pariser „Figaro“ im Juli 1901 verbreitete Version über einen Besuch des Grafen Hendel-Donnersmard im Jahre 1887 gelegentlich des Schnäbele-Falles auf der Redaktion der „République française“ nicht zutrifft. Der jetzige Fürst Donnersmard hat die Redaktionsräume jenes Blattes nie betreten, auch zu Niemandem die Äußerung gethan, daß er

310.

Bismarck an Fürst Ehl. zu Hohenlohe.

Barzin d. 1 Januar 1878.

Eurer Durchlaucht

1878 möchte ich im Anschluß an meinen Ihnen schon en clair aus-
1. 1. gesprochenen Glückwunsch zum neuen Jahre noch meinen herzlichsten Dank für die so einsichtige und tapfre Unterstützung sagen, welche Sie mir, wie in allen Fällen, so auch in den letzten schwierigen Monaten in der nachhaltigsten und erfolgreichsten Weise geliehen haben. Leider finde ich das Geschick und den logalen Willen zur Vertretung unsrer Politik nicht immer vereinigt und bin deshalb um so dankbarer für die Ausnahmen, in denen es der Fall ist. Ich werde es stets dankbar erkennen, daß ich während der ganzen Zeit unsres Zusammenarbeitens immer auf Eurer Durchlaucht sichere und erfolgreiche Mitwirkung zählen durfte, ohne die es bei allen Anfeindungen und Intriguen, deren Ziel ich bin, nicht möglich wäre, das Unentbehrliche zu erreichen und das Gefährliche unschädlich zu machen.

Ich bin seit einigen Tagen leider krank und darf mein Zimmer nicht verlassen. Bei der geringen Schonung, mit der man mich in geschäftlicher Hinsicht behandelt, kann ich mich von den Folgen einer an sich unbedeutenden Erkältung noch nicht erholen.

mit Aufträgen des Fürsten Bismarck in Paris sei. Fürst Donnersmarck hat vielmehr einem Besucher aus dem Gambetta'schen Lager, in welchem er mehrere gute Bekannte hatte, auf dessen Frage, ob er den Fall für bedenklich oder gar gefährlich halte, erwidert, er kenne die Sache lediglich aus den Zeitungen, seine Ueberzeugung sei aber, daß sie keinerlei Folgen haben und sich binnen kürzester Frist in befriedigender Weise auflären werde. Darauf hat sich die Antheilnahme des damaligen Grafen Händel-Donnersmarck beschränkt.

Indem ich Eure Durchlaucht bitte, mich der Ehre
zu Füßen legen zu wollen, bin ich in

bekannter Gefinnung

der Ihrige.

v. K

311.

Fürst Hohenlohe an Bismarck.

München den 5. Januar

Durchlauchtigster Fürst.

Die freundlichen Worte, welche Euer Durchlaucht
Beginne des Jahres an mich zu richten die Güte hat
ich hier zu erhalten die Ehre gehabt. Ich sage Ihnen
meinen herzlichsten Dank. Euer Durchlaucht haben
eine große Freude gemacht. Je weniger ich selbst
Leistungen meiner politischen und diplomatischen Thätig-
keiten zu sein pflege, um so wohlthuernder ist mir die
liebenswürdige Anerkennung, die Euer Durchlaucht
Theil werden lassen. Ich werde den Brief als das werth-
volle Dokument meines Hauses Kindern und Enkeln aufbewahren.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß Euer Durchlaucht
auch in Zukunft stets auf meine volle und unbedingte
Wirkung zählen können. Ich kenne die Anfeindungen,
die Sie ausgeht sind, mehr als mancher Andere, da ich
stets die meinigen waren und es auch bleiben werden.
meine Kräfte reichen, werde ich den Kampf fortsetzen
darauf sein, unter Ihrer Leitung wirken zu dürfen.
Gott Ihnen Gesundheit geben und die Kraft erhalten
eine Reihe von Jahren die Leitung der Geschäfte Deutschlands
und Preussens zum Heile des Vaterlandes zu führen.

1878 Um 9 Uhr fahre ich dann den Belgischen Majestäten ent-
17. 2. gegen bis Potsdam, welche 10¼ eintreffen sollen.

Nach jener Abendfeierlichkeit noch mich zu Ihnen begeben,
wäre schier ein Frevel!

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm Kz.

314.

Graf H. Bismarck an Graf Holstein.

Berlin 22. Febr. 78.

Verehrter Gönner,

1878 gestern hat die Abstimmung über die Vertretungsvorlage im
22. 2. Bundesrath stattgefunden, über deren Ausgang Du schon unter-
richtet sein wirst. Die Vorlage ist so, wie sie aus der Aus-
schußberathung hervorgegangen war, mit voller Einstimmigkeit
angenommen. Um die Unanimität zu erreichen, hat mein Vater
die ursprüngliche Fassung des Gesetzentwurfs geopfert: er hat
an dem, was die Vorlage jetzt giebt, das was er geschäftlich
braucht. Mehr erstrebt er nicht und Herr von Pfretschner
hat ihm seinen besondern Dank für das Eingehen auf die Aus-
schußanträge ausgesprochen.

Die ganze Sache, die jetzt ihren bundesräthlichen Abschluß
gefunden, hat so viel Zeitungsartikel und daher Mißverständ-
nisse hervorgerufen, daß wirklich eine Menge Schwierigkeiten
— wenn auch nur eingebildete — sich dagegen erheben zu
wollen schienen. Viele Leute haben sich ganz etwas anderes
dabei gedacht, als die Vorlage wirklich bedeutet, und mein

1878
22. 2. Ich bin in der Lage gewesen, von Barzin aus im Auftrage meines Vaters Briefe an den Staatsminister Bülow zu schreiben, in welchen genau definirt war, daß es sich allein um die Vertretbarkeit handelt, und weshalb es sich jetzt um weiter nichts handeln kann. Mein Vater hat mich auch ermächtigt, Dir das Vorliegende mitzutheilen, weil er Gewicht darauf legt, daß Du darüber orientirt bist. Ich kann Dir danach nur wiederholen, daß mein Vater nach wie vor mit Reichsministerien nichts zu thun hat, und daß die Unterstützung, die er dabei für seinen Standpunkt findet, ihm jederzeit willkommen ist. Es ist auch gar kein Gedanke daran, daß die gegenwärtige Vorlage etwa später eine Brücke zu Reichsministerien werden könnte. So lange die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrathes nicht gekränkt oder verringert werden, sind solche in der Phantasie der Journalisten vegetirenden Ministerien einfach unmöglich.

Die unbezweifelte Möglichkeit vertreten zu werden, muß mein Vater aber haben — sonst kann er nicht Kanzler bleiben, und Niemand wird im Stande sein, es an seiner Stelle zu werden. Neben diesem einen Hauptpunkt sind ihm die Specialitäten, welche in den Gesetzentwurf gebracht werden, ziemlich egal. Das hat er ja gestern auch bewiesen, indem er die im Schooße des Bundesrathes entstandenen Aenderungen bereitwilligst acceptirte.

In den 8 Tagen, die wir hier sind, hat mein Vater wieder gewaltig arbeiten müssen — nach Innen wie nach Außen — und spürt leider schon nachtheilige Folgen für seine Gesundheit davon. Reptre ist grade wegen der Unmöglichkeit der Vertretung schlechter als vor 10 Monaten. Da er alle Sachen im Urlaub und im Bade wie in Berlin schriftlich bearbeiten mußte, so hat er keine Erholung haben können. Die auswärtige Politik nicht bloß lag ihm allein ob. Sein Bestreben ist darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten, und wenn

er darin auch nicht von allen uns befreundeten Mäch-
tigen unterstützt wird, wie er es wohl erwarten
er doch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß wir wei-
Frieden bleiben.

Meine Eltern lassen sich Dir und Deiner Frau
S. 8

315.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck

18. April

Dringend möchte ich Sie noch einmal vor Bese-
Wiener Botschafterpostens wie auch vor einem „Di-
Retirement“, das in Aussicht stehen soll, gesprochen

Auch wäre es mir lieb das zuletzt besprochene „Bi-
dessen die Presse sich jetzt stark bemächtigt, wieder ei-
berühren.

Nicht wissend, wie Sie mit den Ihrigen die Of-
von heute ab, begehen, bemerkte ich meinerseits, daß
bisher gewohnten Stunde Abends, ich die nächst-
frei bin.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm

316.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien den 14^{ten} Mai

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich auf die durch den Grafen Herbert
mir zugegangene Mittheilung vom 11. d. M. *) ganz e

*) Concept nicht vorhanden.

1878 zu erwidern, daß ich Ihrem Wunsche entsprechend die Frage
14. 5. wegen der Dauer meines Hierbleibens heute mit dem Grafen
Andrássy vertraulich besprochen habe. Derselbe äußerte, wie
ich im Voraus bei mir vermuthete, den dringenden Wunsch,
daß ich noch so lange hier bleiben möchte, bis die Frage, ob
der Congreß überhaupt zu Stande komme oder eine andere
Lösung in Aussicht genommen werden müsse, sich entschieden
haben werde, und sprach dabei die Ansicht aus, daß hierüber
innerhalb etwa vierzehn Tagen doch Klarheit zu gewinnen sein
müsse, da die Reise des Grafen Schuwaloff nach St. Peters-
burg die letzte Phase der Vorverhandlungen zu bedeuten scheine.
Graf Andrássy fügte bei, daß wenn dieser Zeitpunkt erst ein-
getreten sey, er ja auch mit einem anderen weiter verhandeln
könne, daß er aber bis dahin den allergrößten Werth darauf
lege, mich persönlich hier zu haben, und bat mich diesen Wunsch
Ihrer Durchlaucht angelegentlichst ans Herz zu legen. Was
mich selbst betrifft, so habe ich, nachdem einmal die Frage meiner
Uebersiedlung nach Berlin im Princip entschieden ist, und ich
jetzt nicht mehr riskire, gleich Anfangs mit dem Reichstage zu
thun zu haben, keine besonderen Ideen und Wünsche bezüglich
des Zeitpunkts meines Abgangs, würde ihn nur gern ungefähr
acht Tage vorher wissen, um hier insoweit abzuschließen, als
meine Anwesenheit dabei nothwendig ist. Politisch halte ich
eine möglichste Berücksichtigung des Andrássyschen Wunsches für
zweckmäßig, da bei ihm die Persönlichkeiten, mit denen er zu
thun hat, sowie seine Bekanntschaft und Vertrautheit mit ihnen
eine besonders große Rolle spielen.

Die von neuem aufgetretene Schwierigkeit wegen der Stel-
lung des Ministers fällt mir sehr unerwünscht. In
Bezug auf evangelische Kirchensachen, denen er überhaupt jetzt
indifferent gegenüberstehen sollte, und auf Unterrichtswesen
halte ich zwar Fall für kein Ideal eines Cultusministers, glaube
vielmehr — soweit ich die Verhältnisse als jetzt mehr entfernt

1878 daß es sich nur darum handeln wird, im einzelnen Falle viel-
14. 5. leicht eine Ausgleichung herbeizuführen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein
Eurer Durchlaucht
ganz ergebenster
Otto Graf Stolberg.

317.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 14. Mai 1878.

1878 Da ich zu meinem lebhaften Bedauern darauf verzichten
14. 5. muß, Sie vor meiner Abreise nach England noch zu sehen,
während meiner Abwesenheit von Berlin aber die Elsaß
Lothringische Angelegenheit möglicherweise in ein weiteres Sta-
dium rücken könnte, so halte ich mich verpflichtet, Ihnen gegen-
über die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß falls die Ent-
scheidung Seiner Majestät für meine Berufung zu der in
Frage stehenden Stellung*) ausfallen sollte, ich mit Freuden
bereit sein würde, einem an mich ergehenden Rufe zu folgen.

Ihr
sehr ergebener
Friedrich Wilhelm Kz.

318.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien, den 28^{ten} Mai 1878.

Euer Durchlaucht

1878 durch das Schreiben des Grafen Herbert Bismarck vom
28. 5. 24^{ten} d. M. an mich gerichtete Mittheilung habe ich gestern
Nachmittag richtig erhalten.

*) Des Statthalters.

1878 laucht zu erwerben, so verdanke ich es in erster Linie der
10. 12. Nachsicht und dem Wohlwollen, mit dem Sie mich vom Be-
ginne meiner Thätigkeit zu beurtheilen die Güte hatten. Das
hat mir den Muth und das Selbstvertrauen gegeben, dessen
ich bedurfte.

Indem ich Euer Durchlaucht bitte, mir Ihr Wohlwollen
auch ferner zu erhalten, verharre ich in aufrichtiger Verehrung

Euer Durchlaucht

ergebenster Diener

C. F. v. Hohenlohe.

322.

Präsident Simson an Bismarck.

Frankfurt a/D. 19. März 1879.

Durchlauchtigster Fürst,

Hochgebietender Herr Reichskanzler.

1879 Die Argumente, welche Ew. Durchlaucht mir gestern zu
19. 8. Gemüthe geführt, haben mich auf das Tiefste getroffen: in der
mir nachgelassenen Unterredung mit den Meinigen hat sich kein
Anhalt für meine Bedenken gefunden: — ich stelle mich rück-
haltlos zu Ew. Durchlaucht Verfügung*).

Wie sehr wünschte ich einiger Maassen ausreichend den
Dank aussprechen zu können, von dem meine Seele für das
Wohlwollen erfüllt ist, dessen Ew. Durchlaucht mich auch bei
diesem Anlaß würdigen!

Der ich in tiefer und treuer Verehrung verharre

Durchlauchtigster Fürst

Ew. Durchlaucht

gehorsamster

App.-Gerichts-Präsident Simson.

*) Für das Amt eines Präsidenten des Reichsgerichts.

1879 Wien in der jetzigen Situation nicht auf meine Verantwortung
80. 8. zu nehmen. Ich glaube daher in 14 Tagen meine Rückreise
über Wien machen zu müssen.

v. Bismarck.

325.

Staatssecretär v. Bülow an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 30. August 1879.

1879 Vortrag heute Abend erstattet. Seine Majestät beauf-
80. 8. tragen mich Eurer Durchlaucht zu sagen, daß er nach gegebenen
Erläuterungen gern mit Gegenbesuch in Wien nach Beendigung
der Cur in etwa 14 Tagen einverstanden. Telegramm habe
sich mit Allerhöchstem Handschreiben gekreuzt, das Motive der
bisherigen Bedenken enthalte. Ueber Anmeldung des Zar zum 3.
lag nur das Eurer Durchlaucht übermittelte Telegramm vor.
Kaiser sagte, er habe nicht ablehnen können, der Nähe wegen
und da eben Kaiser Franz Joseph empfangen.

v. Bülow.

326.

Graf Andrassy an Bismarck.

Schönbrunn, den 1. Sept. 1879.

Befehrter Fürst!

1879 Ich habe meinem gnädigsten Herrn, der sich von Prag
1. 9. direct nach Brudl begab, noch von Gastein aus „in nuce“ die
Tendenz und das vorläufige Resultat unserer Besprechung
telegraphisch mitgetheilt. Ich hob besonders hervor, daß es sich
gegenüber den Rüstungen und der comminatorischen Sprache, die
abwechselnd wir und Deutschland zu hören bekommen, um ein

1870

1. 9.

Ich würde bis zur Erledigung dieser Sache im Amte bleiben. Mein Nachfolger würde erst nach geschlossener Uebereinkunft das Amt übernehmen. Er ist übrigens durch mich eingeweiht und vollkommen einverstanden.

Ich hege keine Zweifel in die persönlichen Absichten des Kaisers Alexander. Ich bin überzeugt, er will heute keinen Krieg. Aber als Minister eines Nachbarstaates kann ich nicht vergessen, daß er auch den Krieg nicht gewollt hat, der eben zu Ende ist, und daß Er vom Anfang bis zu Ende vergeblich versucht hat, der Richtung Herr zu werden, die Seiner unmittelbaren Umgebung entsprungen war.

Daß diesen Gefahren irgend wie vorgebeugt werde, halte ich für eine europäische Nothwendigkeit, und so schwer ich die Ausführung meines schon offenkundigen Rücktrittes jetzt aufschiebe, so wäre es mir als Diener meines Kaisers und meines Landes ein erhebendes Gefühl, mit Ihnen, verehrter Fürst, eine solche Garantie für die Zukunft beider Reiche unterschreiben zu können.

Oesterreich hat seiner Zeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutschlands, welche die beiderseitigen Interessen gesichert hätten, abzulehnen. Es thut mir wohl constatiren zu können, daß man bei uns diesmal den gleichen Fehler nicht begehen wird.

In aufrichtiger Freundschaft und wahrer Verehrung
Ihr ergebenster

Ch. de Saxe

Herrn Ueberbringers zu einer einstweiligen Antwort
Zunächst bitte ich Sie, Sr. Majestät dem Kaiser
furchtsvollen Dank zu Füßen legen zu wollen für die
in welcher S. Majestät meiner Absicht, nach Wien
gedacht hat. Ich freue mich, aus Ihrem Schreiben
daß unser Plan den einen Fuß im Bügel hat
nicht, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen
vollständig sattelfest zu machen. Leider liegt es in
der Dinge, geographisch und politisch, daß mein
Aufgabe so schnell nicht lösbar ist wie die Ihrige.
Ihre Vortrag hat nicht nur den Vorsprung der Gef.
sondern auch den der Einschränkung auf die Beantw.
Fragen, welche Allerhöchsten Ortes wirklich aufgewor.
In der schriftlichen Darlegung aber muß ich alle
ständnisse vorbeugend besprechen, von denen ich besitz
daß sie möglich sind. Ich bin in die Lage gekomm
Sohne, der nach Ihrer freundlichen Erlaubniß
schreibt, genau 60 Bogenseiten zu dictiren und
durch telegraphische freiwillige oder geforderte Zusä.
ausgiebig erläutern zu müssen. Demungeachtet ist e
aller Sorgfalt, nicht geglückt, das Mißverständniß
zu verhüten, als ob in unserm friedlichen Plane
Hintergedanke aggressiver Tendenz stecken müsse.
danke ist natürlich einem mehr als 82jährigen Her
sympathischer, aber ich darf hoffen, daß seine vollsti
sehtigung mir möglich sein wird, wenn es mich auch
lich umfangreiches Postscriptum zu jenen 60 Seiten
Weniger Geld für meine Thätigkeit bietet mir die im
mente meines Herrn liegende Abneigung gegen
Eingehn auf neue Situationen. Für Allerhöchstdenfe
jüngste Verhalten des Kaisers Alexander die erste meh
Beleuchtung einer Situation, die ich in den letzten
schon öfter zu vergegenwärtigen genöthigt war ... A

1879 nun, daß der Kaiser Alexander — ich weiß nicht, ob auf Einfluß
3. 9. oder aus eigenem Entschluß — den Jupiter tonans durch schnellen
Uebergang zum Sonnenschein wieder in den Hintergrund zu
schieben bestrebt ist. In diesem Sinne folgte schon innerhalb
8 Tagen auf die letzten drohenden Aeußerungen eine freund-
liche Einladung um Entsendung von preussischen Offizieren nach
Warschau. Mein Kaiser entsprach derselben durch Anmeldung
des Feldmarschall Manteuffel mit Begleitung, ohne daß ich
von dieser als einer militärischen Maßregel vorher Kenntniß
erhielt. Baron Manteuffel hat in Warschau ein sehr weit-
gehendes, persönliches und politisches Entgegenkommen ge-
funden . . . Ob die für heute beabsichtigte Zusammenkunft in
Alexandrowo auf seine oder auf russische Anregung eingeleitet
worden ist, weiß ich bisher nicht. Die diesseitigen Bedenken
gegen eine Zusammenkunft auf russischem Gebiet sind durch
Hinweisung auf die außerhalb Rußlands so schnell nicht zu
beschaffenden Vorkehrungen für die persönliche Sicherheit des
Kaisers Alexander entwaffnet worden. Diese Zusammenkunft
findet, soviel ich weiß, heute statt; unser Kaiser ist dabei nur
von Seinen Flügeladjutanten begleitet und nach des Ministers
v. Bülows Meinung hauptsächlich von der Absicht beseelt, Er-
klärungen des Kaisers Alexander über seine bedrohliche Haltung
zu erlangen.

Ich darf nicht erwarten, daß ich vorher Antwort auf
meine erst am 2^{ten} dem Kaiser vorgetragene und mir bisher
nur durch Bülow telegraphisch beantwortete Berichterstattung
erhalten werde. Aus Bülows Telegramm geht aber schon das
Einverständnis des Kaisers damit hervor, daß ich in Wien
meine ihm berichteten Besprechungen mit Ihnen, verehrtester
Freund, wiederaufnehme, aber „Nichts ohne Seine Genehmigung
abmache“. Das Letztere ist ja selbstverständlich, und Sie werden
darüber nicht ungeduldig werden, wenn der Herr zu Seinen
Entschlüssen die Zeit beansprucht, welche Seine Jahre,

Seine Gewohnheiten und die Neuheit der Perspektive mit sich bringen. Dazu kommt, und zwar als ein unserm Plane günstiges Moment, daß Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Seinem Herrn Vater zugezogen ist und also Ideen-Austausch beider hohen Herren erforderlich ist. 1879
8. 9.

. . . Wie bei Ihnen, so auch bei mir, befestigt sich mit jedem Tage längerer Ueberlegung meine Ueberzeugung von der Heilsamkeit, von der Nothwendigkeit des von uns unternommenen Werkes, und ich hoffe, daß es uns von Gott gegeben sein wird, unsern beiden großen Reichskörpern die erstrebte Bürgschaft des äußern und des innern Friedens zu sichern. Ich habe für meine Pflicht gehalten, Sie von dem Stadium, bis zu welchem ich in meiner Arbeit gelangt bin, in Kenntniß zu setzen und werde damit fortfahren, sobald mir die versprochene eingehendere Aeußerung meines Herrn zugeht. Wenn Allerhöchstderselbe dazu gelangt, sie schon am 4 in Königsberg niederzuschreiben, so kann ich am 7 spätestens 8 im Besitz derselben sein. Ich war in großer Versuchung, nach Ihrer Abreise in Person nach Berlin zu gehn, um unsere Sache mündlich zu plaidiren; aber der Stand meiner Gesundheit und Kraft war zu niedrig für diese Anstrengung und meine Erfahrung sagt mir außerdem, daß ich wichtige und schwierige Verständigungen mit meinem hohen Herrn im schriftlichen Verkehr zwar nicht schneller, aber sicherer erreiche, als im mündlichen, und daß letzterem mitunter Schwierigkeiten hinzutreten, welche nicht nothwendig in der Sache liegen.

Mit meiner hiesigen Kur hoffe ich zum 15 oder 16 fertig zu werden und dann dem nächsten Winter wieder gewachsen sein.

In der Hoffnung auf unser baldiges Wiedersehen verbleibe ich in freundschaftlicher Verehrung von Herzen

Ihr

ergebenster

v. Bismarck.

1879 Mit herzlichsten Wünschen für Dero Wohlergehen, und in
26. 11. tiefstem Respect und Verehrung Eurer hochfürstlichen Durchlaucht
ergebenster Diener

G. Cardinal v. Hohenlohe Bischof v. Albano.

Rom 26. November 1879.

330.

Graf Lehndorff an Bismarck.

Telegramm.

Berlin 15. Dezember 1879

10 U. 9 M. B.-Mittags.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck

Barzin.

1879 Seiner Majestät dem Kaiser und Könige sind verschiedene,
15. 12. theilweise sich widersprechende Gerüchte über das Befinden
Eurer Durchlaucht gekommen und beunruhigten Allerhöchst-
dieselben so sehr, daß der dringende Wunsch nach directer tele-
graphischer Nachricht entstand. Um so mehr ist der Kaiser be-
sorgt, als Euer Durchlaucht in den letzten Tagen die Besuche
zweier wichtigen Persönlichkeiten *) durchzumachen hatten, und
sieht mit noch ganz besonderer Spannung und Theilnahme der
Beruhigung darüber entgegen, daß die damit verbundene
geistige Anstrengung nicht schädlich eingewirkt haben möge.
Daß es so sei, wünschen und hoffen Seine Majestät von ganzem
Herzen; und senden Eurer Durchlaucht die besten Grüße.

Graf Lehndorff, Flügeladjutant
vom Dienst.

*) Des Grafen Peter Schuwalow und des englischen Botschafters
am russischen Hofe Lord Dufferin.

1880 Kenntniß genommen und spreche ich Ihnen für die Einsendung
2. 5. wärmsten Dank aus, der ich mit besonderer Werthschätzung bin

Ihr

aufrichtiger Freund

München,

Ludwig.

den 2. Mai 1880.

333.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürst von Bismarck!

1880 Ich habe mit großem Interesse von der Vorlage, welche
17. 5. dem preussischen Landtage bezüglich der Kirchengesetze zugehen
soll*), Kenntniß genommen und danke Ihnen auf das Wärmste
für die Uebersendung derselben, welche Sie mit einer so licht-
vollen Darlegung der Verhältnisse begleiteten. Zu meinem
aufrichtigsten Schmerze haben Sie, mein lieber Fürst, hieran
die Mittheilung einer beabsichtigten Zurückziehung von den
Geschäften gereicht. Sie kennen das Maß der aufrichtigen Ver-
ehrung und des unbedingten Vertrauens, welches ich für Sie
unauslöschlich im Herzen trage, um zu erfassen, wie schwer ich
die Verwirklichung Ihres Vorhabens empfinden mußte. Wenn
auch die Gestaltung der Umstände im Reichstage nicht immer
die erfreulichste ist, so wird doch der Bundesrath Ihnen, mein
lieber Fürst, auf der föderativen Grundlage der Reichsver-
fassung in unveränderter Weise stets freudig zur Seite stehen.
Meine Regierung, welche in keinem Augenblicke von jener
Grundlage weicht, war immer von dem sie stützenden Bewußt-
sein durchdrungen, daß sie sich hierbei einig mit dem Manne
weiß, dessen erhabenem staatsmännischem Blicke und Wirken
Deutschland seine neu erstandene Größe auf einem Wege dankt,

1880 Freude gereichen, denn mit wahrer Hochachtung und huld-
15. 6. vollster Gesinnung bin ich stets

Ihr

aufrichtiger Freund

Ludwig.

Schloß Berg,
den 15. Juni 1880.

335.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Wiesbaden 18/11 1880.

1880 Bald nach meiner Rückkehr aus St. Petersburg setzte ich
18. 11. meine daselbst empfangenen Eindrücke auf, ward aber so häufig
dabei unterbrochen, daß ich die Fertigstellung meiner Aus-
arbeitung bis zum Spätherbst zu verschieben beschloß.

Dieses ist zwar geschehen, da ich mich aber verleben ließ,
mit Umbrudtinte zu schreiben, um gedachte Niederschrift nicht
Abschreiben in die Hand zu geben, so entstand ein Product,
welches unter keine Rubrik der Gewerbefreiheit gehören kann.

Da das Uebel nun aber einmal geschehen war, rechnete
ich auf Ihre Nachsicht, statt mich mit calligraphischen Verbesse-
rungen abzugeben, und so wird denn jener Reisebericht bitten,
mehr auf den Inhalt als auf Tintenfarbe, Handschrift und
Ausstattung achten zu wollen.

Jenes merkwürdige Exemplar steht zu Ihrer Verfügung,
und ergänzt das Gespräch, welches ich einige Zeit nach meiner
Rückkehr aus Rußland mit Ihnen führte. Auf meine Unter-
redung mit dem Thronfolger dürfte ich vielleicht im Lauf der
Jahre bisweilen zurückzukommen Gelegenheit finden!

Auf Wiedersehen wohl zur Jahreswende!

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm Rß.

1882 them to the joy of your family, and the happiness of your
1. 4. great Fatherland.

On your birthday I think I may venture to commit an indiscretion and submit privately to you a few extracts of a private Letter just received from Lord Granville.

He says: „Count Herbert Bismarck goes tomorrow and „there is a rumour that he is likely not to return at all,— „or at all events only for a short time.

„This we must sincerely regret. He has made himself „exceedingly popular, and there are many, certainly including „Lady Granville and myself, who would be very sorry indeed „to lose him.

„He has been successful in circles where success was „difficult and not absolutely to be reckoned upon.—He „shows great interest and is energetic in making acquaintance „with all classes of people,—but as you know it requires „some time to get hold of the kernel, and as he is likely to „play a very considerable part in the politics of his own „Country, and as one of the obstacles to the better understand- „ing of the two nations, has been the want of knowledge of „each, which some politicians display,—I venture to think „his early departure a mistake, and to entertain the earnest „hope that he may return and dwell among us as long as „possible.“

In thus committing an indiscretion my object is to show how much Count Herbert has been appreciated in England.

With every good wish believe me, dear Prince Bismarck

yours gratefully

Amphill.

338.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin 7. 5. 1882 1 Uhr 20 N. M.

Reichskanzler Fürst Bismarck

Friedrichsruh.

Prinzessin Wilhelm glücklich von einem Sohn entbunden. 1882

Friedrich Wilhelm Kronprinz. 7. 5.

339.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Eurer Kaiserlichen Hoheit danke ich ehrfurchtsvoll für die 1882
huldreiche Mittheilung und bitte meinen unterthänigsten Glück- 7. 5.
wunsch zu diesem für das Kaiserliche Haus und für das ganze
Land so hoch erfreulichen Ereigniß in Gnaden entgegenzu-
nehmen.

Bismarck.

340.

Präsident Simson an Bismarck.

(Ohne Datum.)

Durchlauchtigster Fürst,

Hochgebietender Herr Reichskanzler,

Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht meinen ehrfurchts- 1888
vollen Dank für die hochgeneigte Mittheilung abzustatten, mit ? 1.
welcher Hochdieselben mich aus Anlaß der von Seiner Majestät
dem Kaiser und Könige, unserem allergnädigsten Herrn, mir

1888 unter dem 18. dieses Monats zu Theil gewordenen — mich
? 1. im eigentlichen Sinne überwältigenden — Anerkennung*) be-
ehrt haben.

Eure Durchlaucht haben die Gnade gehabt, dieser Mit-
theilung einen Glückwunsch zu der mir beschiedenen Auszeich-
nung hinzuzufügen. Mir ist, als hätte Eurer Durchlaucht ich
bei diesem Anlaß nicht allein für den Glückwunsch zu der voll-
zogenen Thatfache zu danken und die Worte sind mir in die
Gedanken gekommen, welche ich am 18. Dezember 1870 in
Versailles bei einem ähnlichen Anlaß Hochdenenselben habe
ausprechen dürfen.

Bewahren Eure Durchlaucht mir Ihre Gemogenheit, der
ich soviel schuldig geworden bin! Ich habe Nichts dagegen zu
bieten als unvergängliche treue dankbare Verehrung. Gott
erhalte den Kaiser!

Dr. Simson
Präsident des Reichsgerichts.

341.

Graf v. Seckendorff an Bismarck.

Eurer Durchlaucht

1888 beehre ich mich beifolgend im Höchsten Auftrage Ihrer Kaiser-
25. 1. lichen Hoheiten des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin
eine Gedenkmünze an den heutigen Festtag**) — 25. Januar
1883 — mit der Bitte zu übersenden, Eure Durchlaucht möchten
Höchstendenselben die Freude bereiten, die Münze als Zeichen
höchsten Wohlwollens und unbegrenzter Dankbarkeit entgegen-
zunehmen.

*) Ernennung zum Wirkl. Geheimen Rath?

**) Silberne Hochzeit.

1885 sehr schwerer und sehr nahe an dem Augenblick war, wo ein
7. 7. Zurückrufen ins Leben nicht mehr möglich gewesen wäre.

In aufrichtigster Anhänglichkeit, in größter Verehrung

Ihrer Durchlaucht

Emß 7. Juli 1885.

gehorsamster

v. Albedyll.

344.

Bismarck an General Albedyll.

(Concept.)

Barzin den 16 Juli 1885.

1885 Ich bin, wie Sie richtig voraussetzten, am 7 im Neuen
16. 7. Palais gewesen und Se. Kaiserliche Hoheit hat Sich zu mir in
demselben Sinne wie zu Ihnen in sehr gnädiger Form und mit
rückhaltlosem Vertrauen auf einem Spaziergange im Garten
ausgesprochen. Ich freute mich von Herzen über das Wohl-
mollen, welches Er mir bewies. war aber doch etwas in Ver-

351.

Flügeladjutant v. Sippe an Bismarck.

8. März 1888 8¹⁰ früh.

Der Schwächezustand bei Seiner Majestät nimmt sehr 1888
zu; Puls setzt zuweilen aus. 8. 8.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm ist auf Ansuchen
der Aerzte ins Palais geholt.

v. Sippe.
Flügeladjutant.

352.

Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck.

Palais 2⁵⁵ Uhr 9. III. 88.

Das Befinden Seiner Majestät neigt dem Ausdruck der 1888
Aerzte nach wiederum zum Schlechten, so daß die höchsten 9. 8.
Herrschaften soeben avertirt worden sind.

von Petersdorff.
Flügeladjutant vom Dienst.

353.

Hofmarschall Graf Radolinski an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Sandshut B. am 11. März 1888 um 11 Uhr Nachm.
Angelommen in Berlin um 11 Uhr 18 Min. Nachm.

Reichskanzler Fürst Bismarck

Berlin.

Seine Majestät haben mir nochmals befohlen, Eure 1888
Durchlaucht zu bitten, den Herren Ministern sagen zu wollen, 11. 8.

Register

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten)

A

Aberdeen, George Hamilton Gordon, Graf v., englischer Premierminister 146.
Achenbach, Heinrich, preussischer Handelsminister 454. 455. 456. 457.
Adalbert, Prinz 123.
Adel, preussischer. Lage über den Rückgang des p. A. 216.
Adolph, Fürst von Schaumburg-Lippe 364.
Aegidi, Ludwig Karl, Wirklicher Legationsrath 458.
Aebdyl, Emil Heinrich Ludwig v., preussischer General d. Cavallerie 540. 542.
Albert, Kronprinz (König) von Sachsen 417. 418. 419. 452. 453. 489. 491.
Albrecht, Prinz 319. 463.
Alexander II., Kaiser von Rußland 253. 298. 302. 303. 304. 309. 315. 316. 318. 319. 330. 336. 367. 370. 407. 408. 436. 437. 484. 488. 492. 522. 524. 525. 526.
Alexander, Großfürst von Rußland (A. III.) 534.
Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Rußland 56.
Alexandrine, Prinzessin von Hanau, Gemahlin des Prinzen Felix von Hohenlohe-Dehringen 186.
Alexandrows 526.

Alvensleben, Albrecht, Graf v., preussischer Staatsminister 94. 171. 176. 183. 191. 192. 193. 197. 198. 228. 237.
Alvensleben, Gustav v., preussischer General der Infanterie 274. 294. 295.
Alvensleben, Gustav Hermann v. 364.
Amphill, Lord Odo William Leopold (Lord O. Russell), englischer Staatsmann 535. 536.
Andrássy, Gyula (Julius), Graf, österreichischer Minister des Auswärtigen und des Kaiserlichen Hauses 514. 521. 522. 524. 528.
Antonelli, Giacomo, Cardinalstaatssecretär 484.
Arnim-Boghenburg, Adolph Heinrich, Graf v. 387. 388.
Arnim-Griewen, Carl Otto Friedrich v. 12.
Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, Heinrich Friedrich, Graf v., preussischer Gesandter in Wien 17. 36. 63. 84. 89. 90. 104. 106. 107. 108. 113. 228. 229.
Arnim-Kröhlendorff, Oscar v. 226.
— Frau Malwine v. A.-K., geb. v. Bismarck 228. 280.
Arnim-Sudow, Harry Karl Curt Eduard, Graf v., preussischer Diplomat 307. 440. 441. 489.
Arnimparagraph 476.
Arnold, Bischof von Trier 376.

Bismarck, Frau Johanna v. 17.
18. 44. 50. 83. 92. 98. 101. 107.
147. 152. 158. 164. 170. 180. 212.
215. 225. 228. 228. 248. 251. 263.
278. 282. 284. 294. 319. 379. 396.
438. 439. 459. 474. 492. 502. 535.
542.
Bismarck, Herbert, Graf v. 453.
494. 497. 498. 510. 513. 525. 536.
Bismarck, Wilhelm, Graf v. 85.
91. 92.
Bismarck, Marie, Gräfin v. 474.
518.
Bismarck-Böhlen, Friedrich Ale-
xander, Graf v. 399.
Blandenburg, Moritz v. 391.
Blindsches Attentat (7. Mai 1866)
395.
Blome, Baron v. 258.
Bloomfield, John Arthur Douglas,
Lord, englischer Diplomat 55.
166. 229.
Bluhme, Christian Abrecht, däni-
scher Minister 29.
Bock, Graf 187.
Bodelberg, v., preussischer Ge-
sandter in München 178. 258.
Bode 33.
Bodelschwingh, Karl v., preussischer
Finanzminister 6. 30. 122. 123.
159. 353. 360. 361.
Böger, Generalarzt 438.
Bonin, Eduard v., preussischer
General der Infanterie, Kriegs-
minister 123. 168.
Bose, Julius Friedrich Wilhelm,
Graf v., preussischer General der
Infanterie 400.
Bothmer, Friedrich, Freiherr v.,
hannoverscher Gesandter am
Bundestag 131 (Charakteristik)
140.
Bourqueney, Baron v., französischer
Diplomat 194.
Brandt, Bürgermeister von Bran-
denburg 12.
Bratiano, Demeter 422.

Bratiano, Ioan, rumänischer Mi-
nister 422.
Brauchitsch, Heinrich v., Regierungs-
rath (sp. Regierungspräsident)
481.
Braun, Ritter v., Legationsrath
bei der österreichischen Bundes-
tagsgesandtschaft 118.
Bray-Steinburg, Otto Camillus
Hugo, Graf v., bayerischer Staats-
mann 315.
Brenner-Felsach, Freiherr v., öster-
reichischer Legationsrath und
Director der Bundeskanzlei 207.
Breslau als Ort der Zusammen-
kunft des Kären Alexander II.
und des Prinzregenten von
Preußen 302. 303. 305.
Brösfige, v., Flügeladjutant 548.
Brud, Karl Ludwig, Freiherr v.,
österreichischer Staatsmann 26.
Brunnemann, preussischer Regie-
rungsrath 345.
Brunnow, Philipp, Graf v., russi-
scher Diplomat 173. 215.
Buddberg, Andreas v., russischer
Diplomat 22. 55. 66. 71. 143.
153. 219. 270. 298. 301. 302. 304.
305. 317. 321. 322. 347.
Bülow, Bernhard Ernst v., däni-
scher Kammerherr und Gesandter
am Bundestag für Holstein und
Lauenburg (nachmals deutscher
Staatsmann) 26. 134. 135. 140.
193. 442. 443. 446. 448. 453. 454.
457. 459. 460. 470. 485. 486. 489.
512. 521. 522. 526.
Bund, Deutscher. Gründe gegen
die Theilnahme des Bundes an
den Londoner Konferenzen 51 f.
Ein Uebergriß der Bundesmili-
tärcommission 285.
Bundesrath. Der diplomatische
Auschuß des B. 3. 464 ff. 467.
468 f. 470 f. 472 f. — Verfassungs-
mäßige Rechte des B. 3. 511.
512.

Deficit, preußisches. Vorschläge
Camphausens zur Deckung des
D. 8 431 ff.
Delbrück, Martin Friedrich Ru-
dolph, preußischer bez. deutscher
Staatsmann 80. 434.
Delorge, Emmerich, Duc de 329.
Demokratische Conspirationen in
Frankfurt a. M. 85.
Depeschen Diebstahl, Berliner 353.
Depretis, Agostino, italienischer
Staatsmann 509.
Deutsch-österreichischer Bündniß-
vertrag (1879) 522 ff. 528 ff.
„Deutsch“ für „Preussisch“ 293.
Deutschland — eine unrichtige Be-
zeichnung für den mitteleuro-
päischen Staatenbund 48.
Dieß-Daber, Antrag D.-D. 420.
Diplomatie, Kleindeutsche. Erbärm-
lichkeit der I. D. 251.
Drouyn de L'Huys, Edouard, fran-
zösischer Staatsmann 144. 347.
Duesberg, Oberpräsident von West-
phalen 6.
Dufferin, Frederic Temple Hamil-
ton Bladwood, Graf (Marquis),
englischer Diplomat 530.
Dufour, Wilhelm Heinrich, schweize-
rischer General 257.
Dunder, Max, vortragender Rath
des Kronprinzen von Preußen
345.
Dungern, Freiherr v., Bundestags-
gesandter für Braunschweig und
Nassau 136 (Charakteristik). 140.

E

Eduard, Prinz von Wales 339.
Eisenbahnen. Uebergang der E.
ans Reich 475.
Eisendeker, Wilhelm v., olden-
burgischer Bundestagsgesandter
137 f. (Charakteristik). 140.
Elisabeth, Königin von Preußen 6.

Elisabeth, Prinzessin zu Wied 429.
Elsaß-Lothringen. Zur Frage der
Statthaltertschaft des Kronprinzen
in E.-L. 516.
Elsner, Johann Gottfried 392.
Emil, Prinz von Hessen 134.
entente cordiale — nicht Bündniß —
zwischen Frankreich - Rußland -
Preußen 309 f.
Epicier. Freie Friedensliebe des
Louis-Philippeschen E. 8 216.
Ernst II., Herzog von Sachsen-
Coburg-Gotha 303.
Ernst August, König von Hannover
18. 24. 32. 39.
Esterhazy, Moritz, Graf v., öster-
reichischer Diplomat 166. 229.
245.
Eugenie (Gräfin von Montijo),
Kaiserin der Franzosen 319.
370.
Eulenburg, August, Graf zu, Hof-
marschall 396. 426. 427.
Eulenburg, Friedrich, Graf zu,
preussischer Minister 352. 354.
383. 388. 389. 411. 412. 431. 432.
457. 458. 460.
Eulenburg, Wendt, Graf zu 474.
Evans, Arzt 440. 441.

F

Fall, Paul Ludwig Adalbert, preußi-
scher Kultusminister 459. 460.
478. 514. 515. 517. 518.
Festungsviereck. Strategische Be-
deutung des F. 8 324.
Firmenich, Dr., Publizist 97. 98.
Fischer, Hannibal, oldenburgischer
Staatsrath 45. 47. 396.
Flahault, Graf, Oberstallmeister
369.
Flotte, deutsche, von 1848: 36.
386.
Flottwell, Eduard Heinrich v.,
preussischer Staatsminister 277.

- Gagarin, Paul, Fürst 409.
 Gager, Heinrich, Freiherr v. 185.
 Gager, Max, Freiherr v. 185.
 Galizien 202.
 Gambetta, Léon, französischer Staatsmann 493. 494. 495. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505.
 Garlieb, dänischer Conferenzrath 111.
 Gessen, Friedrich Heinrich, Professor der Staatswissenschaften 477. 478. 479.
 Gehret, Polizeitagent 454.
 Geistliche, evangelische 460 f. 517.
 Geller, Johann Heinrich, Professor der Geschichte 397. 398. 423. 424.
 Georg, Herzog von Mecklenburg-Strelitz 163.
 Georg V., König von Hannover 24. 89. 90.
 Gerlach, Leopold v., preussischer General 4. 5. 16. 46. 61. 117. 142. 143. 152. 153. 168. 170. 210. 211. 218. 225. 233. 252. 253. 260. 261. 274.
 Gerlach, Ludwig v., Appellationsgerichtspräsident 379. 380. 477.
 Germersheim. Antrag Preußens auf Uebertragung der Dualität einer Bundesfestung von Landau auf G. 265. 266. 267. 268.
 Glinka, Dmitry Grigorjewitsch, russischer Geschäftsträger am Bundesstag 57.
 Goeben, August Karl Friedrich Christian v., preussischer General der Infanterie 400.
 Goltz, Graf Karl Friedrich v. d., preussischer General der Cavallerie 99. 262. 263. 273. 274.
 Goltz, Graf Robert Heinrich Ludwig v. d., preussischer Diplomat 16. 57. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 215. 217. 253. 301. 336. 343. 347. 402.
 Gontaut-Biron, Vicomte de, französischer Botschaft 447. 498. 500.
 Gortschakow, Fürst Michailowitsch, ru- mann 222. 234. 287. 295. 296. 298. 309. 310. 313. 314. 336. 367. 368. 407. 451. 452. 485.
 Gortschakow, Fürst scher General 181.
 Grabow, Wilhelm, Abgeordneter im Abgeordnetenhaus
 Granville, George de Graf, englischer 536.
 Gröben, Karl Joseph preussischer General- lerie 163. 164.
 Grotius, Hugo 317.
 Grundsteuer 331.
 Gruner, Justus v., 2 heimer Rath und secretär im Minister wärtigen 285. 287.
 Grünne, Graf Karl Reichlicher General d 67.
 Gundlach, v., preussischer Kassaffessor 227.

§

- Hahn, Feldjäger 287.
 Hall, Karl Christian Staatsmann 332.
 Hamilton, Herzogin v. Handelsvertrag zwischen und dem Zollverein 371. 372.
 Hannover. Vertrag zwischen und Hannover vom 7 1851: 21. 23. 24. 25. 67. 72. 74. 78. 85. 101. §. 8 in der Zollverein 125. Klagen in Han-

J

Jachmann, Eduard Karl Emanuel,
deutscher Admiral 427.
Jacobini, Rudovico, Cardinalstaats-
secretär des apostolischen Stuhles
529.
Jahdebahn 259.
Jahdehafen 146.
Jasmund, J. v., Dr., Publicist 97.
98. 99.
Jda, Prinzessin von Waldeck und
Pyrmont 865.
Jesuiten 529.
Jmmehatberichte. Trennung der
Materien in J.n 314.
Johann, Prinz (König) von Sachsen
14. 237. 238. 269. 453.
Joseph. „Pater J.“ 499.
Jossica, Nicolaus, Freiherr v.,
Kanzler von Siebenbürgen 85.
Italien. Bildung des Königreichs
J. 322. 324.
Jütland. Besetzung J.s 360. 361.
362.

K

Kalergis, Johann v. 262.
Kamete, Arnold Karl Georg v.,
preussischer General der Infan-
terie, Kriegsminister 449. 486.
Kammer, Erste 57. 58. 59. 60. 61.
62. 218.
Karl, Herzog v. Schleswig-Holstein-
Sonderburg-Glücksburg 366.
Karl I., Fürst (König) von Ru-
mänien 422. 428. 429. 430. 444.
445. 446.
Karl, Prinz 125. 189. 191. 319. —
Prinzeß Karl 273.
Karl Anton, Fürst von Hohen-
zollern-Sigmaringen 294. 320.
Károlyi, Graf Alois, österreichischer
Diplomat 296. 298.
Kehler, v., Vortragender Rath im
Ministerium 273.

Kehner, Journalist
Kehner, Hofrath,
preussischer Bau
Frankfurt a. M.
Kessel, v., preussische
mandeur der preuss.
in Frankfurt a. M.
Ketteler, Wilhelm G.
herr v. 148.
Kettenburg, Runo,
medlenburgischer
126. — Kettenburg
Reubell, Robert v., b
mat 384. 385.
Keyserling, Alexande
248.
Keyserling, Heinrich
427. 428. 430.
Keyserling, Hermann
Kielmanssegge, Graf
scher Bundestags
197. 214. 215. 250.
Kirchenpauer, Gust
Bürgermeister von
140.
Kirchenstreit, oberhe
Kisselew, Nicolai, Gra
Diplomat 260. 322
Kleist, Adolph v.,
gerichtspräsident 3
Kleist-Regow, Hans
dent der Rheinpro
Klenze, hannoversch
steuerdirector 21. 2
Klindworth, v., wür
Staatsrath 65. 73.
Klitzow, v., Directo
schen Ministerium
8. 18. 84.
Koller, Baron v., b
Diplomat 263. 292.
Kölln-Exterer Bischof
Könneritz, Hans Helm
(Graf) v., sächsisch
72. 297.
Kowalewsky, russische
Kreuzzeitung 291.

Maigesetze 478.

Mainz. Pulverexplosion, preußische Anträge auf Erweiterung der Festungsanlagen 265. 268.

Majorsirung Preußens am Bundesstag 290 f.

Malet, Alexander, englischer Gesandter am Bundesstag 187.

Manteuffel, Karl Rochus Edwin, Freiherr v., preußischer Generalfeldmarschall, Statthalter von Elsaß und Lothringen 4. 5. 191. 194. 238. 346. 356. 400. 521. 526.

Manteuffel, Karl, Freiherr v., Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern 11. 14. 32. 34. 40. 62. 187.

Manteuffel, Otto, Freiherr v., preußischer Ministerpräsident, Minister des Auswärtigen 2. 4. 5. 6. 7. 10. 11. 13. 14. 16. 17. 18. 20. 21. 23. 24. 26. 27. 28. 29. 30. 33. 34. 35. 36. 39. 40. 41. 44. 51. 52. 53. 54. 56. 58. 60. 61. 62. 63. 64. 68. 69. 71. 74. 75. 76. 80. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 103. 107. 111. 112. 113. 114. 116. 117. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 126. 142. 143. 144. 147. 152. 153. 154. 163. 166. 167. 168. 170. 171. 173. 175. 178. 179. 182. 186. 187. 188. 189. 194. 195. 203. 205. 206. 212. 213. 215. 218. 219. 222. 223. 224. 227. 228. 230. 231. 232. 233. 234. 236. 238. 239. 242. 244. 248. 249. 250. 251. 252. 255. 256. 261. 265. 270. 271. 272. 273. 274. 276. 278. 342. — Frau v. Manteuffel 7. 10. 18. 22. 30. 40. 41. 44. 56. 58. 74. 83. 93. 107. 125. 147.

Maria, Königin von Bayern 64.

Maria, Königin von Hannover 411.

Maria Theresia, Kaiserin 117.

Marschall von Bieberstein, Adolph Ludwig, Freiherr v., Großherzoglich badischer Kammerherr,

badischer Bur
132 (Charakter
244.

Marwitz, v. d. 42
Matthies, Dirkl.
regierungsrath
100. 101.

Maximilian II., K
55.

Meinung, öffentlic
Menzilow, Alexar
Fürst, russischer
raladjutant des
laus I. 253.

Menzilow, Fürst
Metternich, Fürst
reichischer Staat

Metternich, Fürst
reichischer Diplo

Metz, A., Advocat

Meuselbach, Freih
scher Consul in
169.

Meyendorff, Pete
russischer Diplom
107. 145. 173.

Meyer, Staatsanw

Meyßenbug, Will
Freiherr v., Gr
discher Staatsm.
269.

Meyßenbug, Freih
scher Hof- und
270.

Mitshael Nicolajew
Großfürst 319.

Mitkado-Taitun = Pr
sident des Buni
435.

Mitrolosmus, bunde
Militärbudget, preu

Militärvereine. B
M. 418.

Minden - Jahrbuch
259.

Minutoli, Julius,
Polizeipräsident v

Odescalchi, Fürstin v. 488.
 Officiere, preussische. Besoldungs-
 verhältnisse der p.n D. 4.
 Olfers, v., Generaldirector der
 Museen 315.
 Oppermann 33.
 Orlow, Alexei, Fürst, Vertreter
 Rußlands auf dem Pariser Con-
 greß 261.
 Orzen-Deppin, v., Geheimer Rath,
 medlenburgischer Bundestags-
 gesandter 26. 136 f. (Charakte-
 ristik). 140. 198. 207. 243.
 Oscar II., König von Schweden
 502.
 Osman Pascha 144.
 Osnabrück-Olbenburger Bahn 259.
 Oesterreich fordert Preußen zum
 Verfassungsbruche auf 15. 18 ff.
 Oesterreich — ein wunderbarer
 Gesell 37. De.s Intriguen gegen
 Preußen am Bundestag 42.
 De.s Wunsch nach Zolleinigung
 mit Preußen und dem Zoll-
 verein 48. 69 f. 75 ff. 107 ff. 376.
 De. hegt Preußen gegen Eng-
 land 120 f. 125. De.s Aus-
 schluß aus Deutschland bricht
 dem Katholicismus das Genick
 49. De.s Vertrag mit Frankreich
 (1854) 154. Welche Vortheile
 bietet De. die Herstellung Pol-
 lens? 202. De.s Anschluß an
 die Westmächte 225. 227. 229.
 De. beantragt beim Bunde die
 Mobilmachung gegen Rußland
 232. 235. De.s Uebergewicht im
 Bunde 287 f. Beeinflussung der
 deutschen Presse durch österrei-
 chische Gelder 291 f. De. gegen
 Ernst II. von Coburg 303 f.
 305.
 Ostseeprovinzen, preussische. Aus-
 tritt der p.n D. aus dem Bunde
 14. 18.
 Otterstedt, Freiherr v., preussischer
 Diplomat 167.

Otto, König von Griechenland 85.
 Dubril, Paul v., russischer Diplo-
 mat 270. 367. 368. 447.

§

Palmerston, Henry John Temple,
 Viscount, englischer Staatsmann
 43. 261.
 Pastjewitsch, Iwan Feodorowitsch,
 Graf Erwansti, Fürst von War-
 schau, russischer Feldmarschall 6.
 Pergler v. Perglas, Maximilian
 Joseph, Freiherr v., bayerischer
 Diplomat 259. 492.
 Perponcher-Sebnitzky, Wilhelm,
 Graf v., preussischer Diplomat
 307. 308.
 Petersdorff, v., Flügeladjutant 547.
 Pfeuffer, v., bayerischer Minister
 454.
 Pförden, Carl Heinrich Ludwig
 v. d., bayerischer Staatsmann
 55. 68. 84. 124. 178. 184. 218.
 219. 257. 258. 269. 292. 393.
 Pfeyschner, Adolph, Freiherr v.,
 bayerischer Staatsmann 468. 469.
 470. 471. 510.
 Phillipsborn, v., Director im preußi-
 schen Ministerium 66.
 Pia, Königin von Portugal 508.
 Piepmeteret, allgemeine 292.
 Pius VII., Papst 147.
 Pius VIII., Papst 147.
 Pius IX., Papst 483. 508. 509.
 Platen-Hallermund, Adolph, Graf
 v., hannoverscher Staatsmann
 68. 81. 82. 84. 85. 86. 254. 255.
 258. 259. 268. 270.
 Pleffen, v., Flügeladjutant 544.
 Pleffen, Baron Otto v., dänischer
 Diplomat 271.
 Plombplomb (Plon-Plon) f. Na-
 poleon, Prinz.
 Polen. Pläne zu einer Herstellung
 Polens 201 f. Grund der fran-

Radowitz, Joseph Maria v., deutscher Diplomat 400. 430. 445. 446. 448. 494.
 Rainer, österreichischer Erzherzog 508.
 Rantau, Graf Euno zu 518.
 Rastatt 267. 277.
 Reckberg, Johann Bernhard, Graf v., österreichischer Staatsmann 104. 248. 250. 265. 268. 269. 303. 304.
 Rechenberg, Julius, Freiherr v., preussischer Legationsrath 266.
 Reebz, dänischer Minister d.
 Regensburg. Confell in R. (21. Juli 1865) 393.
 Regentschaft des Prinzen Wilhelm 274 ff.
 Reich, Deutsches. Förderative Grundlage des R.s 511. 532. Reichsminister sind nach der Verfassung des Deutschen R.s unmöglich 511. 512.
 Reichensperger, August und Peter 184.
 Reinhard, v., Gehelmer Legationsrath, württembergischer Bundestagsgesandter 181 (Charakteristik). 140. 186. 187. 197. 243. 269.
 Reischach, Cardinal der römischen Kirche 484.
 Reizenstein, Freiherr v., preussischer General 280.
 Reumont, Alfred v. 253.
 Reuß, Prinz Heinrich VII., preussischer (deutscher) Diplomat 346. 349. 364. 366. 369. 370. 401. 408. 409. 436. 437. 531.
 Reutern, v., russischer Staatssecretär 326.
 Rochow, Theodor Heinrich Rochus v., preussischer General und Diplomat 3. 5. 8. 10. 25. 27. 33. 56. 73. 146.
 Röder, Eugen v. 229.
 Roon, Albrecht Theodor Emil, Graf v., preussischer Generalfeldmar-

schall und Kriegsminister 346. 353. 358. 360. 381. 382. 383. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 392. 394. 396. 437. 438. 448. 450. 480. 483.
 Rosenberg, Freiherr v., preussischer Diplomat 95. 105. 162. 223. 225. 227. 228. 260. 262.
 Rothan, Geh. Legationssecretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin 261.
 Rothschild, Mayer Karl, Baron v. 111. 112.
 Rudhart, v., bayerischer Gesandter in Berlin 492.
 Rudloff, preussischer Assessor (Regierungsrath) 2. 9. 27.
 Rüdte v. Collenberg-Heinstadt, Franz, Freiherr v., bairischer Minister des Innern 240.
 Rußland. Haltung R.s gegenüber dem Kaiserthum Napoleons III. 114. R.s Niederlage im Krimkriege 181. R.s Flotte im Schwarzen Meere 253. Gedanke einer Entente zwischen R. und Frankreich 309 f. Russische Truppenaufstellung (1877) 492 f.

§

Sachsen. Verträge mit S. im Jahre 1866: 403. 405.
 Saint Vallier, Charles Raymond de la Croix de Chevrière, Graf v., französischer Diplomat 498.
 Savigny, Karl Friedrich v., preussischer Diplomat 100. 105. 106. 143. 240. 242. 244. 245. 248. 249. 250. 396. 409. 410. — Frau v. S. 242. 245.
 Scandinavische Union 256.
 Scariatin, Jägermeister 437.
 Scheel, dänischer Minister 255. 256.
 Scheele, v. 441. 442.
 Schöle v. Schölenburg, Eduard Friedrich August v., hannöver-

Sophie, Erzherzogin von Oesterreich 45.
 Souzo, Fürst 206.
 Spiegel, v., Erzbischof von Köln 377.
 Spiegel, v., Oberst, Rgl. sächsisches Mitglied der Bundesmilitärcom-mission 285.
 Spitta, Kämmerer in Branden-burg a. S. 12.
 Stadelberg, Freiherr v., russischer Diplomat 329.
 Statut organique 335.
 Steinberg, v., hannoverscher Ge-schäftsträger in Berlin 21. 30. 31.
 Stellvertretung des Reichskanzlers 510 ff.
 Steuerverein 31.
 Stockhausen, v., preussischer Kriegs-minister 4.
 Stolberg-Bernigerode, Graf Anton zu, Oberstkämmerer 50. 51. 152. 153.
 Stolberg-Bernigerode, Graf Eber-hard zu 152. 153.
 Stolberg-Bernigerode, Graf Otto zu, deutscher Staatsmann 513. 516. 518. 528.
 Stolberg-Bernigerode, Graf Theo-dor zu, Attaché bei der preußi-schen Bundesstagsgesandtschaft 39. 51. 113.
 Stosch, Albrecht v., preussischer General 429.
 Stroffer, Bürgermeister von Her-ford 353.
 Suezcanal 427.
 Syrische Frage 330. — Syrischer Tractat 313.

T

Taddel, Abgeordneter 387.
 Tallenay, Marquis v., französischer Diplomat 206.
 Tann - Rathsamhausen, Ludwig

Samson, Freiherr v. und zu der, bayerischer General 364.
 Teplitzer Zusammenkunft (26. Juli 1860) 312. 313.
 Tessenborn, Staatsanwalt 458.
 Thile, Hermann v., preussischer Staatsmann 283. 370. 375. 394. 409. 410. 436.
 Thouvenel, Edouard Antoine, fran-zösischer Staatsmann 323. 347.
 Throncandidatur, spanische 436.
 Thun und Hohenstein, Graf Fried-rich v., österreichischer Staats-mann 3. 15. 26. 27. 37. 44. 96. 104. 125. 153. 166. 189. 228. 306.
 Titoff, v., russischer Diplomat 187.
 Treppoff, Polizeidirector von Peters-burg 408.
 Trott, v., Kurfürstlich hessischer Bun-desstagsgesandter 133 (Charak-teristik). 140. 198.
 Turgot, französischer Minister des Auswärtigen 42. 144.
 Turnu 181.
 Turtulat 181.
 Twesten, Carl 243.

U

Ugolino 310.
 Uhden, Carl Alexander v., preußi-scher Staatsmann 6. 189.
 Ungarn. Streben U.S. nach Per-sonalunion mit Oesterreich 330.
 Unruh, Hans Victor v. 303. 305.
 Usedom, Carl Georg Ludwig Guido, Graf v., preussischer Diplomat 231. 237. 241. 286.

V

Varennes, französischer Diplomat 114.
 Vatel, Lehrer des Völkerrechts 317.
 Venetien. Werth V.S. für Deutsch-land 324.

König (Kaiser) 23. 1.: 328. 329.
 331. 334. 336. 337. 338. 340. 349.
 351. 352. 353. 354. 355. 356. 358.
 365. 366. 368. 369. 370. 376. 378.
 379. 380. 390. 392. 393. 395. 396.
 397. 400. 401. 403. 404. 406. 407.
 408. 410. 413. 417. 420. 424. 426.
 428. 429. 431. 432. 433. 434. 435.
 440. 443. 444. 449. 450. 455. 457.
 463. 464. 467. 468. 473. 485. 488.
 489. 508. 515. 521. 522. 523. 525.
 526. 527. 528. 529. 530. 531. 538.
 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546.
 547.
 Wilhelm III., König der Nieder-
 lande 135.
 Wilhelm I., König von Württem-
 berg 65. 66. 73. 93. 131. 132.
 Wilhelm, Herzog von Braunschweig
 136.
 Wilhelm, preussischer Prinz (Bruder
 des Königs Friedrich Wilhelm III.)
 22.
 Wilhelm, preussischer Prinz (Kaiser
 Wilhelm II.) 537. 547.
 Wilhelmshaven 146.
 Willisen, General v. 241. 245.
 Wilmowski, v., Chef des Civil-
 cabinets 455.
 Windischgrätz, Alfred Candidus
 Ferdinand, Fürst v., österreichi-
 scher Feldmarschall 45. 46.
 Wisingerode, Friedrich Gerhard,
 Freiherr v., Herzogl. nassauischer
 Staatsminister 63. 66.
 Willeben, v., Oberpräsident der
 Provinz Sachsen 6. 353.

Wölfel, Abgeordneter 417.
 Wolkenstein, Graf v. 49.
 Wrangel, Friedrich Heinrich Ernst,
 Graf v., preussischer General-
 feldmarschall 358.
 Wrschowe, Graf v. 191.
 Wurmbbrandt, Graf v. 45. 46. 47.

Y

Ysenburg-Birchtein, Fürstin Maria
 v. 185.
 Ysenburg, Prinz, preussischer Diplo-
 mat 278.

Z

Zimmermann, Generaldirector des
 hannoverschen Gesamtministe-
 riums 268. 278.
 Zitelmann, preussischer Regierungsrath
 105. 215. 231. 387.
 Zollverein. Intriguen gegen den
 Zollverein Preussens mit Han-
 nover 31. Politische Bedeutung
 des Zollvereins 75. 76 ff. 78. Zoll-
 vereinstarif von 1852: 65 ff. Zoll-
 conferenzen, Berliner 1852: 55.
 73. 93. 94 (Münchener Erklärung).
 Wiener Zollconferenzen 57. 77.
 105. 107 f. Verhandlungen im
 Z. über Einführung des neuen
 Tarifs 371 ff. Antrag Englands
 auf Abschluß eines Handels- und
 Schifffahrtsvertrags mit dem Z.
 372 f.

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart

